

Imperialistische Phänomene:
Struktur und Geschichte kapitalistischer Staatenkonkurrenz

Inauguraldissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

vorgelegt von:
Tobias ten Brink
aus: Frankfurt am Main

20. März 2007

INHALT:

EINLEITUNG	1
ERSTER TEIL DREI SCHÜBE DER THEORETISIERUNG IMPERIALISTISCHER PHÄNOMENE	
I. ERSTER SCHUB	13
1. Ursachen imperialistischer Politik	
1.1. Imperialismus als Krisenlösungsstrategie	
1.2. Kapitalismus führt zum Imperialismus	
1.3. Machtpolitik und Staatenkonkurrenz als Ursache imperialistischer Phänomene	
1.4. Kapitalismus beendet den Imperialismus	
2. Globale Anarchie oder Ultraimperialismus?	
II. ZWEITER SCHUB	28
1. Triebkräfte der Nord-Süd-Konflikte	
2. Triebkräfte des Ost-West-Konfliktes	
3. Ende der amerikanischen Hegemonie?	
III. DRITTER SCHUB	42
1. Empire, US-Hegemonie oder neue imperialistische Gegensätze?	
IV. DEFIZITE UND DESIDERATE	58
1. Kritik des machtheoretischen Ansatzes im (Neo-)Realismus	
2. Kritik der marxistischen Ansätze	
3. Globalisierung = Harmonisierung?	
4. Handlungsorientierte Theorien	
5. Zwischenfazit	
ZWEITER TEIL EIN ANALYTISCHER RAHMEN ZUR ERKLÄRUNG IMPERIALISTISCHER PHÄNOMENE	
I. STRUKTURMERKMALE DES KAPITALISMUS	84
1. Grundlagen einer Analyse des Kapitalismus	
1.1. Analysen der kapitalistischen Produktionsweise	
1.1.1. Warenproduktion: Wechselseitige Abhängigkeit und Konkurrenz	
1.1.2. Ware, Geld, Kapital: Ausbeutung und wettbewerbsgetriebene Akkumulation	
2. Strukturmerkmale des Kapitalismus	
2.1. Ausschlaggebende soziale Formen	
2.2. Vier Strukturmerkmale des Kapitalismus	

- 2.2.1. Lohnarbeitsverhältnisse: Die vertikale Achse kapitalistischer Sozialkonflikte
- 2.2.2. Konkurrenzverhältnisse: Die horizontale Achse kapitalistischer Sozialkonflikte
 - 2.2.2.1. Exkurs: Die Ambivalenz der Bedeutung der Konkurrenz bei Marx
 - 2.2.2.2. Exkurs: Negri und die Subsumtion der Konkurrenz unter das „Kapital im Allgemeinen“
- 2.2.3. Geldverhältnisse
- 2.2.4. Die Besonderung des Politischen und die Pluralität der kapitalistischen Einzelstaaten

II. KAPITALISMUS ALS GLOBAL FRAGMENTIERTES SYSTEM IN RAUM UND ZEIT

128

- 1. Ungleiche/kombinierte Entwicklung, Raum/Zeit-Verhältnisse und das „Internationale“
 - 1.1. Die Notwendigkeit einer globalen Analyseperspektive
 - 1.2. Ungleiche/kombinierte Entwicklung und die Ebene des Internationalen/Inter-Gesellschaftlichen
 - 1.3. Eine Raumökonomie des gegenwärtigen Kapitalismus
- 2. Dynamik des weltwirtschaftlichen Akkumulationsprozesses
 - 2.1. Die Inter- und Transnationalisierung der Einzelkapitalien, Weltmarkt/Weltwirtschaft und Krisentendenzen
- 3. Dynamik des zwischenstaatlichen Systems
 - 3.1. Vielstaatlichkeit als Strukturmerkmal des Kapitalismus in Raum und Zeit
 - 3.2. Internationale politische Institutionen: „Recht des Stärkeren“ und „Verdichtung zweiter Ordnung“
- 4. Überlegungen zu verschiedenen Formen der Konkurrenz
 - 4.1. Die Dynamik vorkapitalistischer Imperialismen
 - 4.2. Geopolitische und ökonomische Konkurrenz: Die Dynamik des kapitalistischen Imperialismus
 - 4.3. Marktkonkurrenz, Rüstungskonkurrenz und Formen geopolitischer Konflikte
 - 4.3.1. Zweiter Weltkrieg: Sonderfall der Konkurrenz im zwischenkapitalistischen Krieg
 - 4.3.2. Ökonomische Effekte geopolitischer Rüstungskonkurrenz im Kalten Krieg
 - 4.3.3. Die Rolle von Rüstungswirtschaft und „militärisch-industriellem Komplex“

III. DIFFERENZIERUNG RAUM-ZEITLICHER KAPITALISTISCHER ENTWICKLUNG IN HISTORISCHE PHASEN UND KONSTELLATIONEN

216

- 1. Strukturmerkmale, Phasen und Konstellationen
 - 1.1. Exkurs zum Verhältnis von „Struktur“ und „Handeln“

IV. WELTORDNUNGSPHASEN UND DIE PERIODISIERUNG SOZIO-ÖKONOMISCHER UND GEOPOLITISCHER KRÄFTEVERHÄLTNISSE

225

- 1. Hegemoniale und nicht-hegemoniale Phasen der Weltordnung
- 2. Phasen der sozio-ökonomischen Entwicklung

- 2.1. Akkumulationsrhythmen der Weltwirtschaft
- 2.2. Die Inter- und Transnationalisierung der Einzelkapitalien im Verhältnis zu ihrer räumlichen Fixierung
 - 2.2.1. Zur Inter- und Transnationalisierung von Unternehmensstrukturen
 - 2.2.2. Transnationalisierung von Klassen?
- 2.3. Periodisierung der Geld- und Währungsverhältnisse
 - 2.3.1. Das gegenwärtige nicht-hegemoniale Währungssystem
- 3. Phasen der Staatlichkeit
 - 3.1. Politisierung der Ökonomie, Ökonomisierung der Politik: Das sich transformierende Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie
 - 3.1.1. Der gegenwärtige marktliberale Etatismus
 - 3.2. Phasen der harten und weichen Geopolitik
 - 3.3. Die Struktur kapitalistischer (Staaten-)Konkurrenz und die Sowjetunion
 - 3.3.1. Die sowjetische Geopolitik
 - 3.3.2. Der Ost-West-Konflikt: Folgen für die Theoriebildung, Folgen für die amerikanische Politik

DRITTER TEIL

MARKTLIBERALER ETATISMUS: GEGENWÄRTIGE IMPERIALISTISCHE PHÄNOMENE

I. DAS GEGENWÄRTIGE MISCHUNGSVERHÄLTNIS ZWISCHEN HARTER UND WEICHER GEOPOLITIK	327
1. Exkurs: Internationales Recht im fragmentierten Kapitalismus	
II. GEOPOLITISCHE UND ÖKONOMISCHE KONKURRENZVERHÄLTNISSE	348
1. Anspruch und Realität des amerikanischen „Imperiums“	
2. EU-USA: Konfliktbeladene Partnerschaft	
3. China-USA: Ein neuer Großkonflikt?	
FAZIT	387

LITERATURVERZEICHNIS

ANHANG ZUR DISSERTATION:

Internationale Konkurrenz- und Konfliktverhältnisse.
Eine theoriegeschichtliche Rekonstruktion

EINLEITUNG

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit einer der wichtigen, oftmals nicht antizipierten Entwicklungen der fortschrittsorientierten Analyse kapitalistischer Gesellschaften auseinander – der fortwährenden Existenz zwischenstaatlicher Konkurrenzverhältnisse, einer militarisierten Außenpolitik und weiterer internationaler, teilweise gewaltsamer Konflikte. Um diese Phänomene theoretisch entschlüsseln zu können, wird versucht, einen analytischen Rahmen zur Untersuchung imperialistischer Politikformen als Weiterentwicklung bisheriger Forschungsansätze auszuarbeiten.

Wie bereits nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde auch nach dem Wegfall der „Systemkonkurrenz“ ab 1989 und dem so genannten „Ende der Geschichte“ hoffnungsvoll in die Zukunft geblickt. Nicht nur ein Zeitalter des Wohlstandes wurde erwartet – die neue Weltordnung sollte auch eine der Kooperation und des Friedens sein. Zunächst schien es so, als sei der politische Multilateralismus, unterfüttert von der zunehmenden Internationalisierung der Weltwirtschaft und ihrer Integration fördernden Tendenzen, bereinigt von störenden anti-liberalen Faktoren, das neue übergreifende Merkmal kapitalistischer Modernisierung. In den Diskussionen über den Prozess der „Globalisierung“ wurden ökonomische Desintegration und Krisenhaftigkeit, Staatenkonkurrenz, Rüstung und Krieg als zunehmend anachronistische Phänomene bewertet. Wenn überhaupt seien kriegerische Handlungen des „Westens“ Antworten auf „äußere“, den liberalen Kapitalismus bedrohende, archaische Verhaltensweisen. Zuversichtlich wurde eine „zweite Moderne“ oder gar eine „Postmoderne“ prognostiziert, die die in Nationalstaaten zergliederte Welt ad absurdum führen sollte.

Die mit dem Diskurs der Globalisierung einhergehende These der Harmonisierung internationaler Beziehungen, die in den 1990ern einen hegemonialen Charakter angenommen hatte und als ein nicht hinterfragbares Einheitsdenken gewissermaßen zum Alltagswissen wurde, wird in der vorliegenden Arbeit grundsätzlich in Frage gestellt. Die in unterschiedlichen Disziplinen der Gesellschaftswissenschaften antizipierte „Pazifizierung der Weltgesellschaft“ (Beck 1998, 26 ff.) – ob in der Form einer starken Globalisierungsthese, volkswirtschaftlicher, neoklassischer Harmonievorstellungen oder in der Theorie der Internationalen Beziehungen, in denen die institutionalisierte Konfliktregulierung durch Kooperation als die Möglichkeit eines zivilisierenden Prozesses von historischer Tragweite gelesen wird – muss als defizient angesehen werden.

Um eine umfassende, empirisch fundierte, theoretische Kritik dieser etablierten Argumentationsfiguren zu entwickeln, wird auf die lange und facettenreiche Geschichte der Aufarbeitung von ökonomischen Abhängigkeiten, staatlicher Gewalt, zwischenstaatlicher Konkurrenz und Krieg – in den Verhältnissen zwischen „Zentrum“, „Semiperipherie“ und „Peripherie“ sowie zwischen den reichsten Staaten der Erde – rekurriert. Den *ersten Teil* der Arbeit bildet eine theoriegeschichtliche Rekonstruktion der Debatten um imperialistische Phänomene im 20. Jahrhundert.¹ Da in den historischen Debatten viele der gegenwärtig diskutierten Fragestellungen und Thematiken bereits vorweggenommen und auf anspruchsvollem Niveau geführt wurden, knüpfen der *zweite* und *dritte Teil* der Arbeit selektiv-kritisch an sie an. Wie in der Kritik der historischen Ansätze bereits im ersten Teil angedeutet und unter Einbeziehung neuerer theoretischer Einsichten im zweiten Teil der Arbeit genauer ausgeführt wird, müssen die in der theoriegeschichtlichen Rekonstruktion herausgestellten theoretischen Defizite überwunden werden, um einen analytischen Rahmen zur Erklärung imperialistischer Phänomene sowie dessen Historisierung entwickeln zu können.

Weil der Begriff des Imperialismus bzw. des imperialistischen Phänomens besonders während des Kalten Krieges zu einem hochgradig besetzten, politischen Kampfbegriff wurde, soll an dieser Stelle eine kurze Definition angeführt werden, die den wissenschaftlichen Gebrauch des Begriffs ermöglichen und vor theoretischen Einseitigkeiten schützen soll. Das Phänomen des kapitalistischen Imperialismus kann hier vorläufig als eine offene oder latente geopolitische Gewaltpraxis von kapitalistischen Einzelstaaten zur Verteidigung, Befestigung bzw. Steigerung ihrer Macht vor dem Hintergrund weltweiter ökonomischer Abhängigkeiten und politischer Fragmentierung verstanden werden. Wenn der Begriff historisiert und präzisiert wird, liefert er wertvolle Einsichten in die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Einzelstaaten im Weltzusammenhang und schützt sowohl vor ökonomistischen als auch universalhistorisch-machttheoretischen Engführungen. In einem auf wirtschaftlicher Ausbeutung, Konkurrenz und Subordination beruhenden weltweiten, dynamisch und zugleich krisenhaft sich vollziehenden Vergesellschaftungszusammenhang sind imperialistische *Politikformen*, die im Folgenden auch mit dem Begriff der Geopolitik umschrieben werden, wesentliche Ausdrucksformen der *Regulierung* von Konkurrenz- und Konfliktverhältnissen. Bisher wurden imperialistische Phänomene häufig in unzulässiger Weise verallgemeinert: Zwar sehen sie nur noch wenige Autoren durch physische und

¹ Dieser Teil baut auf einer weit umfangreicheren theoriegeschichtlichen Darstellung dieser Diskussionen auf, die im Anhang angefügt ist.

psychische Dispositionen (gewalttätige Neigungen des Menschen) begründet. Dennoch werden sie meist als eine universalhistorische Realität betrachtet (z.B. in der Strömung des Realismus in der Disziplin der Internationalen Beziehungen), was dann dazu führt, spezifische gesellschaftliche, d.h. gegenwärtig kapitalistische, Antriebsgründe zu vernachlässigen. Der Sachverhalt der Existenz größerer, systematischer Gewaltkonflikte innerhalb und zwischen Gesellschaften (zumindest seit etwa 8000 Jahren) droht derart zur These eines ewigen Kampfes innerhalb ungleicher Machtverhältnisse bzw. als quasi notwendiger Drang zur Expansion verabsolutiert zu werden. Andere theoretische Ansätze sehen in gegenwärtigen imperialistischen Politikformen eher Überbleibsel vorkapitalistischer Verhältnisse, die mit der endgültigen Durchsetzung liberaler Imperative verschwinden werden, eine Ansicht, die, wie in der weiteren Argumentation beschrieben wird, nicht haltbar ist und zudem auf ökonomistischen Annahmen beruht. Im Gegensatz hierzu gelingt es jedoch auch nur wenigen Autoren, die die Beziehungen zwischen ökonomischen Konkurrenz-, Krisen- sowie Abhängigkeitsverhältnissen und Geopolitik analysieren, bestehende Zusammenhänge überzeugend zu rekonstruieren.

In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, die Entstehung imperialistischer Phänomene mit grundlegenden Strukturmerkmalen einer breit gefassten Kapitalismusanalyse in Verbindung zu setzen. Imperiale Politik steht demzufolge in einem Zusammenhang mit, *erstens*, den internen und externen Klassenverhältnissen moderner Gesellschaften, *zweitens*, den kapitalistischen Konkurrenz-, Krisen- und, *drittens*, Geldverhältnissen sowie, *viertens*, einer im Folgenden unter anderem aus der „Besonderung des Politischen“ begründeten Existenz „vieler“, konkurrierender kapitalistischer Einzelstaaten bzw. gegenwärtig zunehmend makro-regionaler, sich integrierender Zusammenschlüsse. Hierbei wird eine These der strukturellen Interdependenz zwischen „Politik“ und „Ökonomie“ vertreten.

Um die Formen der teilweise gewaltförmigen (Geo-)Politiken genauer voneinander abgrenzen zu können, werden die Eigendynamiken „ökonomischer“ und „geopolitischer“ Konkurrenzverhältnisse herausgestellt sowie „harte“ und „weiche“ Geopolitik voneinander unterschieden bzw. ausdifferenziert. Es existiert nicht *der* kapitalistische Imperialismus, er muss immer in seiner historischen Spezifität analysiert werden. Besonderes Augenmerk verdienen die geopolitischen Konflikte zwischen den stärksten Staaten der Welt, die gegenwärtig unterhalb der Schwelle des zwischenstaatlichen Kriegs und vor dem Hintergrund veränderter weltweiter Kräfteverhältnisse sowie veränderten Akkumulationskreisläufen (was z.B. im Aufstieg Ostasiens einen Ausdruck findet) neuartige Ausbildungen annehmen. Die Entstehung eines weltumspannenden „Empires“, eines unbestrittenen Herrschaftsanspruchs,

wird daher als unwahrscheinlich betrachtet.² Auch der formulierte Anspruch eines „amerikanischen Imperiums“ lässt sich angesichts der geopolitischen Machtrivalitäten im internationalen Staatensystem bzw. ihrer makro-regionalen Verdichtungen, der Instabilität der Weltwirtschaft sowie weiterer inner- und inter-gesellschaftlicher Konflikte nicht realisieren.

Die Instabilitäten der Weltwirtschaft, des internationalen Staatensystems und weiterer inner- sowie inter-gesellschaftlicher Konflikte werden theoretisch meist unzureichend erfasst. Auch anspruchsvolle, gesellschaftskritische Ansätze haben den harmonisierenden Prognosen in der Globalisierungsdebatte bislang wenig überzeugend widersprochen. So zeigen die politischen Arbeiten von einem der anerkanntesten Sozialphilosophen unserer Zeit, Jürgen Habermas, der in den 1990ern seine Aufmerksamkeit auf die inter- und transnationale Ebene richtete und damit die Forschung in den Gesellschaftswissenschaften beeinflusste, Schwächen, die mit seinen normativistischen (teilweise auf Kant zurückgehenden) Annahmen zu tun haben. In der Tat scheint dieser Vorgehensweise eine Vermischung von *Fakten* und *Normen* bzw. *Werten* zugrunde zu liegen. Habermas' Ideal einer kosmopolitischen Demokratie liest sich wie eine globale Projektion seiner Rechts- und Demokratietheorie, die erst einmal primär für innergesellschaftliche Verhältnisse gelten soll (Habermas 1998, 160-169).³ Internationale bzw. „inter-gesellschaftliche“ Entwicklungen können jedoch nur begrenzt mit Begriffen erklärt werden, die primär zur Beschreibung inner-gesellschaftlicher Zusammenhänge entwickelt worden sind. Die Kapitalismuskritiker Negri/Hardt synthetisierten die

² Bislang galt die Definition eines Imperiums für den Bereich, in dem der Hegemon über Befehlsgewalt verfügt und das Recht für sich in Anspruch nahm, das Gesetz zu setzen.

³ In der vorliegenden Arbeit werden vor allem die Schüler dieses Sozialphilosophen in den Politikwissenschaften im Allgemeinen und den Internationalen Beziehungen im Besonderen diskutiert. Anderson kritisiert die öffentlichen Stellungnahmen von Habermas (und auch Bobbio) scharf: „The response by the two philosophers to successive wars waged by the West after the collapse of the Soviet bloc thus exhibits a consistent pattern. First, military action by Washington and its allies is justified on normative grounds, invoking either international law (the Gulf), human rights (Kosovo, Afghanistan), or liberation from tyranny (Iraq). Then, qualms are expressed over the actual way that violence is unleashed by the righteous party (Gulf, Kosovo, Afghanistan, Iraq), in a gesture of humanitarian punctilio. Finally, these in turn are casually minimized or forgotten in the name of the accomplished fact. The tell-tale formula ‘in any case’, peremptorily ratifying the deed once done, says everything. The political complexion of such positions is clear enough. What is most striking about them, however, is their intellectual incoherence. No one could suspect Bobbio or Habermas of an inadequate background in logic, or inability to reason with rigour. Yet here philosophy gives way to such a lame jumble of mutually inconsistent claims and excuses that it would seem only bad conscience, or bad faith, could explain them“ (Anderson 2005, 165). Wie Anderson bemerkt, zeitigt dieser Ansatz problematische politische Folgen: „Against criticisms pointing to the disgraced reality of inter-state relations, the ideal can be upheld as a normative standard untainted by such empirical shortcomings. Against charges that it is an empty utopia, the course of the world can be represented as an increasingly hopeful pilgrimage towards it. In this *va-et-vient* between ostensible justifications by universal morality and surreptitious appeals to a providential history, the upshot is never in doubt: a licence for the American empire as placeholder for human progress“ (Anderson 2005, 165).

Globalisierungstendenzen zu einer radikalen Version dieses liberal-kosmopolitischen Ansatzes: zur „Empire“-These, der zufolge sich die Konkurrenz des Kapitalismus und der Staatenwelt in einen „glatten Raum“ der Machtausübung transformiert.

Der vorliegende Ansatz versucht dagegen mit Hilfe einer global ausgerichteten Analyseperspektive die konfliktbeladene Geschichtsmächtigkeit institutionalisierter, eigendynamischer Strukturen *in* ihrer historischen, d.h. durch politische Praxis vermittelten Veränderung zu analysieren. Die Betrachtung von vier kapitalistischen Strukturmerkmalen wird daher im vorliegenden Ansatz auf ihre Ausprägung in „Raum“ und „Zeit“ hin erweitert. Mit deren Hilfe werden *historische Phasen* des Kapitalismus beschrieben, die intern differenziert sind in unterschiedliche sozio-ökonomische sowie (geo)politische Entwicklungsperioden. Die aus den geopolitischen und sozio-ökonomischen Kräfteverhältnissen resultierenden hegemonialen bzw. nicht-hegemonialen *Weltordnungsphasen* (von 1870-1945, 1945-1989, ab 1989) müssen von den Phasen der sozio-ökonomischen Entwicklung sowie den Ausprägungen der Einzelstaaten unterschieden werden, auch wenn die diskontinuierlichen Rhythmen der Kapitalakkumulation im Weltmaßstab mit den Kräfteverhältnissen innerhalb des internationalen Staatensystems in enger Verbindung stehen. Mit der Historisierung kapitalistischer Strukturmerkmale wird der Versuch unternommen, einen Rahmen zur Erklärung imperialistischer Phänomene auszuarbeiten, der in einem weiteren Schritt dazu dienen kann, so die Hypothese, spezifische historische *Konstellationen* von politisch-sozialen Kräften, die die Ausprägung der von mir beschriebenen Strukturmerkmale noch einmal modifizieren, genauer zu untersuchen. Der hier vorgelegte Interpretationsansatz, besonders die Vorstellung unterschiedlicher Formen kapitalistischer Konkurrenzverhältnisse, wird vor dem Hintergrund historischer Entwicklungen und mithilfe empirischer Untersuchungen auf seine Plausibilität hin überprüft. Dabei werden auch internationale politische Institutionen, die ich als „Verdichtungen“ von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen „zweiter Ordnung“ verstehe, sowie makro-regionale Integrationsprozesse analysiert.

Der in Ansätzen ausgearbeitete, breit gefasste und auf die Erklärung kapitalistischer Staatenkonflikte und Geopolitik fokussierte analytische Rahmen zielt auf eine Überwindung des Strukturalismus der 1970er, die Vermeidung einer verengten nationalstaatlichen Untersuchungsperspektive und die Berücksichtigung der Ebene des Inter- bzw.

Transnationalen⁴ sowie der inner- und inter-gesellschaftlichen Konfliktdimensionen. Dabei sind die Zusammenhänge von materiellen Bedingungen (denen ich eine dominierende Rolle zuschreibe), Institutionen sowie der (weniger elaborierten) Ebene der Ideen bzw. des Normativen und das Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen in unterschiedlichen *Weltordnungen* richtungweisend für die Strukturierung der vorliegenden Arbeit. Um zu einer theoretischen Weiterentwicklung zu gelangen, werden diverse neuere Forschungsergebnisse miteinander verbunden – kritische Strömungen in der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB) ebenso wie raumökonomische Überlegungen in der Geographie, Ansätze der materialistischen Staatstheorie oder neo-weberianische Untersuchungen. Dabei wird für eine interdisziplinäre Herangehensweise und gegen eine oftmals „betriebsblinde“ Trennung der Disziplinen in den Gesellschaftswissenschaften plädiert. Interdisziplinarität bedeutet zu versuchen, ein Problem aus verschiedenen Blickwinkeln zu untersuchen und so einen schärferen Blick auf dieses zu gewinnen. Daher wird analytisch eine globale Perspektive eingenommen, die das differenzierte Ganze zu ihrem Ausgangspunkt nimmt und versucht, einen verengten nationalstaatlichen Fokus aufzugeben.⁵ Die kapitalistische Weltwirtschaft, das internationale Staatensystem sowie weitere inner- und inter-gesellschaftliche Kräfteverhältnisse werden als weltweit wirksame *konfliktorische* Verhältnisse verstanden – im Gegensatz zu normativ-idealisierenden Konzepten wie dem der „Weltgesellschaft“. Vielleicht auch deshalb erscheint der Begriff einer *Internationalen Politischen Ökonomie* als Erfolg versprechender Ansatzpunkt eines undogmatischen Anschlusses an das theoretische Erbe von Marx, in dem versucht wird, politische Phänomene im Zusammenhang mit sozio-ökonomischen Strukturbeziehungen zu beschreiben, ohne diese ökonomistisch zu verkürzen. Zweifellos nimmt die vorliegende Arbeit eine Reihe von Beschränkungen vor. Das ist nicht nur Folge einer Zentriertheit auf die angelsächsischen und westeuropäischen Debatten der

⁴ Mit dem Adjektiv *international* bezeichne ich im Folgenden das zwischenstaatliche bzw. intergouvernementale Zusammenspiel einzelstaatlicher Strukturen, Prozesse und Akteure. Internationale politische Institutionen sind wesentlich Produkt intergouvernementaler Entscheidungen, können jedoch eine relative Autonomie erlangen. Internationale ökonomische Vorgänge (z.B. Handelsbeziehungen) werden von den einzelstaatlichen Strukturen beeinflusst. Dagegen benenne ich mit dem Begriff des *Transnationalen* Strukturen, Prozesse und Akteure, die ihre Macht und Legitimation nicht primär aus dem nationalstaatlich-intergouvernementalen Feld ableiten. Hierbei handelt es sich vor allem um ökonomische (z.B. transnationale Konzerne) oder sozio-kulturelle Prozesse in einem weiteren Sinn. Gleichwohl bleiben sie von einzelstaatlichen Prozessen beeinflusst, wiewohl sie auch diese prägen. Die „Transnationalisierung“ der Politik kann mit dem Begriff des *Supranationalen* gefasst werden.

⁵ Unter dem Begriff des *Globalen* wird der umfassende, anarchische Zusammenhang von Strukturen, Prozessen und Akteuren auf verschiedenen Ebenen, von den lokalen über die internationalen bis zu den trans- bzw. supranationalen Ebenen, verstanden.

letzten Jahrzehnte. Wichtige Dimensionen des weltweiten Kapitalismus werden in meiner auf die stärksten Volkswirtschaften der Erde konzentrierten Analyse nicht oder nur am Rande behandelt: beispielsweise das Institutionengefüge schwächerer Staaten, insbesondere in der sog. Dritten Welt. Daher werden bestimmte Ursachen der Entstehung von geopolitischen Konflikten ausgeblendet, wie z.B. Krisen in Peripherieländern, die als ein gewichtiger Faktor der Auslösung beispielsweise von westlichen Interventionen verstanden werden können (vgl. Jung/Schlichte/Siegelberg 2003). Auch die Bedeutung „subimperialistischer“ bzw. regionaler Konflikte zwischen und/oder in mittleren bzw. kleineren Staaten sowie die Frage, wie die Beschränktheit natürlicher Ressourcen auf die Politik der Einzelstaaten zurückwirkt, werden nicht angemessen berücksichtigt. Ferner wird auf wesentliche Aspekte konkreter historischer Konstellationen wie innergesellschaftliche Kräfteverhältnisse, nationalistische Bewegungen, Legitimationsdiskurse und weitere normative Dimensionen bzw. Potentiale, sozialpsychologisch zu analysierende Dispositionen von Machteliten u.a.m. nur vereinzelt eingegangen. Dies kann die vorliegende Arbeit jedoch auch nicht leisten; die Analyse einer Konstellation muss sich immer am historischen Gegenstand bewähren. Der in der vorliegenden Arbeit skizzierte analytische Rahmen sowie die Periodisierung der kapitalistischen Entwicklung können dabei allerdings hilfreich sein.

In den letzten Jahren wurden die Hoffnungen auf eine friedliche Weltordnung gleich mehrfach enttäuscht. Zu den globalen Integrationstendenzen gesellen sich verstärkt diverse Desintegrationstendenzen. Die „Globalisierung“, die die Idee der „Weltinnenpolitik“ oder „postnationaler Politik“ hat angemessen erscheinen lassen, wird unter anderem von der intensivierten ökonomischen Konkurrenz in Frage gestellt, die etwa in den umkämpften Verhandlungsforen der internationalen Wirtschaftsinstitutionen ausgetragen wird. Der Irakkrieg 2003 hat zu einer ernsthaften Erschütterung der transatlantischen Bündnisbeziehungen geführt. Mit der vorliegenden Arbeit soll nicht zuletzt ein Beitrag zur Erklärung dieser zwischen Integration, US-Hegemonismus und Rivalität schwankenden neuen Weltordnung geleistet werden. Im Gegensatz zur politischen Attraktivität der Globalisierungssemantik stellt sie einen Versuch dar, die Integrationstendenzen *und* Rivalitäten im gegenwärtigen Kapitalismus gleichermaßen konzeptionell zu fassen, um dies für die konkrete Erarbeitung kritischer polit-ökonomischer Analysen und politischer Strategien fruchtbar zu machen.

Aufbau der Arbeit

Auf dem Weg zu einem analytischen Rahmen zur Erklärung imperialistischer Politikformen werden im *ersten Teil* der Arbeit wissenschaftliche Ansätze vorgestellt, die im 20. Jahrhundert die Debatten maßgeblich geprägt haben. Die Diskussionen über die außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Beziehungen kapitalistischer Staaten fanden in drei historischen Zeiträumen statt, die Folge gewaltiger tektonischer Verschiebungen im Weltsystem waren: Der erste Schub der Debatte imperialistischer Phänomene fand zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor dem Hintergrund des klassischen Kolonialismus und sich verschärfender Konflikte zwischen den stärksten Staaten der Welt statt, die schließlich im Ersten Weltkrieg kumulierten (I.). Ende der 1960er entwickelte sich vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und mit dem Ende des langen Nachkriegsaufschwungs ein zweiter Schub an theoretischen Auseinandersetzungen, in denen es unter anderem um die Beantwortung der Frage nach dem möglichen Ende der amerikanischen Hegemonie ging (II.). Mehr als vor dem Zweiten Weltkrieg verlagerten sich diese Diskussionen nunmehr auf die universitäre Ebene, was zur zeitweiligen Etablierung marxistischer, historisch-soziologischer und weiterer kritischer Ansätze etwa in der an Bedeutung erheblich zunehmenden Disziplin der Internationalen Beziehungen führte. Der dritte Schub der Theoretisierung imperialistischer Phänomene, auch wenn diese teilweise nicht mehr derart bezeichnet wurden, setzte bereits in den 1980ern und dann mit dem Ende des Kalten Krieges ein. Nach 2001 gewann der Imperialismusbegriff an Bedeutung (III.).

Der erste Teil der Arbeit stellt unterschiedliche Bewertungen der Triebkräfte imperialistischer Politik genauso wie divergierende Ansichten über die Formungen der weltweiten Kräfteverhältnisse vor. Fokussiert wird auf verschiedene Varianten marxistischer Provenienz sowie auf die sogenannte realistische Schule in der Disziplin der Internationalen Beziehungen, weil diese stärker als andere Ideenströmungen die Konflikthaftigkeit des internationalen Systems betonen. In einem abschließenden Kapitel (IV. „Defizite und Desiderate“) werden diese Strömungen kritisiert. Zudem werden weitere Ansätze eingeführt und auf ihre Plausibilität und Anwendbarkeit für den Fortgang meiner Untersuchung hin untersucht.

Im *zweiten Teil* der Arbeit werden auf der Grundlage der kritischen Rekonstruktion der historischen Debatten Kriterien identifiziert, die bei der Erstellung eines analytischen Rahmens unentbehrlich erscheinen. Dabei werden vier Strukturmerkmale des Kapitalismus, als eines erweitert gefassten Vergesellschaftungssystems, beschrieben (I.), die bei der Überwindung eines defizitären Kapitalismusbegriffes helfen können und in einem weiteren

Analyseschritt auf ihre Veränderung in „Raum“ und „Zeit“ hin konkretisiert werden (II.). Dabei werden zugleich analytische Herangehensweisen verdeutlicht und präzisiert, um die komplexen Zusammenhänge auf „inter-gesellschaftlicher“ Ebene untersuchen zu können. Die Diskussion kapitalistischer Strukturmerkmale verweist auf grundlegende, institutionalisierte Handlungszwänge innerhalb des kapitalistischen Weltsystems, die nicht-antizipierte Konkurrenz- und Konfliktverhältnisse hervorbringen. Dabei wird die Pluralität der Einzelstaaten als grundlegendes Strukturmerkmal des Kapitalismus in Raum und Zeit betrachtet. Gleichsam wird auf die Notwendigkeit einer differenzierten Analyse kapitalistischer Geopolitik und verschiedener Formen der Konkurrenz verwiesen, die nicht auf ökonomische Prozesse zu reduzieren ist, sondern der Eigendynamik der Sphäre des Politischen bzw. der einzelstaatlichen Instanzen Rechnung tragen muss.

Weil eine Theorie (zwischen-)kapitalistischer Sozialkonflikte den bewussten Handlungen von Kollektivakteuren einen hohen Stellenwert einräumen muss, werden daran anschließend theoretische Überlegungen zum Verhältnis von „Struktur“ und „Handeln“ in kapitalistischen Systemen sowie dem Begriffspaar der historischen „Phase“ bzw. der historischen „Konstellation“ entwickelt (III.). Daraufhin wird eine Periodisierung von Weltordnungsphasen vorgenommen, die die Phasen sozio-ökonomischer und geopolitischer Kräfteverhältnisse voneinander abgrenzt und dabei verschiedene Varianten der Geopolitik phasenspezifisch ausdifferenziert (IV.). Insbesondere in diesem Teil werden auch schwer wiegende empirische Einwände gegen vereinseitigende Globalisierungs- bzw. Harmonisierungstheorien skizziert.

Im *dritten Teil* der Dissertation wird der im Hauptteil der Arbeit in Ansätzen entwickelte analytische Rahmen hinsichtlich einiger spezifischer Konstellationen der Phase der neuen „Weltunordnung“ ab 1989 erprobt. Dabei werden das gegenwärtige Mischungsverhältnis zwischen harter und weicher Geopolitik vor dem Hintergrund einer instabilen Weltwirtschaft und eines marktliberal-etatistischen Staatensystems (I.) sowie bestimmte geopolitische und ökonomische Konkurrenzverhältnisse zwischen den stärksten Staaten der Welt untersucht (II.). Die Nicht-Realität eines unhinterfragten amerikanischen Imperiums, die konfliktbeladenen internationalen „Partnerschaften“ selbst im transatlantischen Raum sowie potentiell eskalierende Konfliktverhältnisse im Zusammenhang mit dem Aufstieg der Volksrepublik China werden als Beleg für die in dieser Arbeit vertretene These verstanden.

Abschließend werden in einem Fazit die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit knapp zusammengefaßt.

ERSTER TEIL

DREI SCHÜBE DER THEORETISIERUNG IMPERIALISTISCHER PHÄNOMENE

Bei der Ausarbeitung eines analytischen Rahmens zur Erklärung imperialistischer Phänomene verschafft eine kritische Bestandsaufnahme vorhandener Ansätze eine gute Grundlage. „Die Fähigkeit, die besten Produkte der Denker der Vergangenheit aktiv zu reproduzieren, indem man die Produktionsinstrumente, die sie hinterlassen haben, in Gang setzt, ist die beste Zugangsbedingung zu einem wirklich produktiven Denken“ (Bourdieu 1997, 65). Die inhaltliche Auseinandersetzung um die Einschätzung der Triebkräfte der neuen Welt(un)ordnung hat eine Geschichte, die aufzuarbeiten geboten scheint. Dabei bietet sich eine Einteilung der Debatten in drei historische Phasen an, die jeweils infolge gewaltiger tektonischer Verschiebungen im Weltsystem zu *drei Schüben der Theoretisierung imperialistischer Phänomene* führten (1870-1945, 1945-1989, ab 1989).

Im Folgenden werde ich versuchen, nach Maßgabe dieser drei Schübe der Debatten einen Überblick über den Stand der für meine Dissertation relevanten Ansätze und Thesen zu geben. In den differierenden theoretischen Herangehensweisen zur Erklärung imperialistischer Politikformen wurden regelmäßig zwei Bereiche imperialer Beziehungen thematisiert: Die Verhältnisse zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ und diejenigen zwischen den mächtigsten Staaten. Erstere Beziehungen haben für die vorliegende Arbeit insofern eine Relevanz, als in ihr vor allem deren Verhältnis zu den Konflikten zwischen den reichsten Industriegesellschaften untersucht werden. Den „Nord-Nord-Konflikten“ gilt also das Hauptaugenmerk. Dabei haben sich unter anderem folgende Fragestellungen bis heute durchgehalten:

- Welches sind die Triebkräfte imperialistischer Politik? Behandelt werden Autoren, die vorwiegend ökonomische Ursachen betonen, aber auch solche, die stärker auf politische Momente unterschiedlicher Art wie z.B. Staatenkonkurrenz, nationalistische Bewegungen und andere innergesellschaftliche Verhältnisse rekurrieren.
- Wie entwickeln sich die weltweiten Kräfteverhältnisse? Dargestellt werden Ansätze, die zwischen der theoretischen Herleitung einer sich weltweit homogenisierenden, gemeinsamen kapitalistischen Herrschaft („Ultraimperialismus“, Herrschaft „des Nordens“, „Empire“), der Konstatierung eines in der Mitte des 20. Jahrhunderts

etablierten amerikanischen „Superimperialismus“ und der These sich historisch durchhaltender innerkapitalistischer und/oder zwischenstaatlicher Konkurrenzverhältnisse schwanken.

Die Wurzeln der beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten in der Einschätzung imperialistischer Politik und der Ursachen von zwischenstaatlichen Konflikten haben viel mit den divergierenden Charakterisierungen der kapitalistischen Entwicklung im Allgemeinen und dem Verständnis der Bedeutung und Veränderung der Einzelstaaten im Besonderen zu tun. In einem, die drei Schübe zusammenfassenden Kritikteil, wird daher auch auf die „Meta-Ebenen“ der verschiedenartigen Ansätze eingegangen, die den konkreteren Analysen als theoretische Grundlage dienen. Dazu gehören:

- die Einschätzung der zur Erklärung imperialistischer Phänomene wesentlichen Strukturmerkmale *kapitalistischer* Gesellschaften, d.h. die Konzeptualisierung eines weltweiten „Kapitalismus“ in Raum und Zeit,
- die Einordnung der Auswirkungen der Prozesse der „Globalisierung“ der Weltwirtschaft und/oder sozialer Klassen auf das internationale Staatensystem, sowie
- eine Charakterisierung des sich in der kapitalistischen „Moderne“ herausgebildeten *Verhältnisses* zwischen *Politik* und *Ökonomie* bzw. des internationalen Staatensystems und der weltökonomischen Entwicklungen – sowohl *strukturell* als auch *historisch*, d.h. des Verhältnisses struktureller (System-)Zwänge und Handlungsoptionen gesellschaftlicher Akteure.

Um einen Überblick über die Analysen zu erhalten, werden im Folgenden wesentliche Erkenntnisse *und* Unzulänglichkeiten der Debatten um imperialistische Phänomene anhand der eben benannten Fragestellungen sowie den „meta-theoretischen“ Einordnungen rekonstruiert. Es handelt sich dabei nicht um einen Querschnitt aller theoretischen Argumentationsfiguren oder eine Art „enzyklopädischer“ Übersicht, sondern um eine theoriegeschichtliche Rekonstruktion, die insbesondere Ansätze, auf die ich mich weiter unten beziehen werde, ausführlicher behandelt. Diese Auswahl war notwendig, weil der textliche Umfang der Dissertation sonst gesprengt worden wäre. Die detaillierte und dem Untersuchungsgegenstand angemessenere, d.h. stärker in historischer Perspektive vorgehende und damit die zum jeweiligen Zeitpunkt vorhandenen theoretischen Instrumente in Betracht ziehende theoriegeschichtliche Darstellung bildet den Anhang der Arbeit (vgl. zur Übersicht:

Brewer 1990; Chilcote 2000; Deppe u.a. 2004; Heinrich 2003b; Kemp 1967; Nachtwey 2005; Mommsen 1987; Wehler 1970).

I. ERSTER SCHUB

Für den ersten Schub der Theoretisierung imperialistischer Phänomene bildete der Beginn einer historischen Phase am Ende des 19. Jahrhunderts, die von der Durchsetzung der kapitalistischen Weltwirtschaft geprägt war, den Ausgangspunkt. Die Phase zwischen 1870 und 1945 war zugleich durch eine erhebliche ökonomische Krisenhaftigkeit, massive zwischenstaatliche Konflikte bis hin zu zwei Weltkriegen und politischen Polarisierungen gekennzeichnet. Die Quasi-Hegemonie des „British Empire“ wurde durch eine zunehmend ökonomisch und politisch multipolar strukturierte Weltordnung abgelöst.

Die Frage, wie sich diese Epoche der Etablierung des kapitalistischen Weltsystems, die verbunden war mit Aufrüstung, politischen Rivalitäten, Kolonialismus und Krieg, theoretisch zu fassen war, stellten sich zuerst bestimmte Theoretiker in der Arbeiterbewegung und der linksliberalen Öffentlichkeit. Sie waren es, die den Begriff des „Imperialismus“ zu einem Bestandteil politischer Analysen und Strategien entwickelten.

Wesentliche Streitpunkte in dieser Phase waren zum einen die offene Frage nach den Triebkräften des modernen Imperialismus und zum anderen das Verhältnis von Kooperation und Konflikt zwischen kapitalistischen Staaten.

1. URSACHEN IMPERIALISTISCHER POLITIK

1.1. IMPERIALISMUS ALS KRISENLÖSUNGSSTRATEGIE

Der Linksliberale John A. Hobson versucht in seiner Arbeit *Der Imperialismus* (1902/1968) den Expansionsdrang der kapitalistischen Länder auf zwei Ebenen zu erklären – einer wirtschaftssoziologischen und einer ökonomisch-strukturellen (vgl. Heinrich 2003b, 283 f.). Wirtschaftssoziologisch betrachtet, profitieren zum einen besondere Interessengruppen vom Imperialismus, beispielsweise bestimmte, an der Lieferung nachgefragter Waren in die Kolonien interessierte Produzenten, die Rüstungsindustrie oder Teile der Streitkräfte, die Hobson als „wirtschaftliche Parasiten des Imperialismus“ bezeichnet (Hobson 1968, 67).⁶ Ihre Partikularinteressen lassen sie vermittelt durch die Beeinflussung des öffentlichen Lebens als „nationales Interesse“ erscheinen.

Zum anderen greift Hobson auf ein ökonomisch-strukturelles Erklärungsmuster zurück, um zu erläutern, warum ausgerechnet das Ende des 19. Jahrhunderts den am Imperialismus interessierten Gruppen eine günstige Gelegenheitsstruktur bot. Vor allem die Sicherung des außerhalb des jeweils eigenen Landes investierten Kapitals und die hohen bzw. wachsenden Gewinne jener Auslandsinvestitionen gaben den Anstoß für imperialistische Politik. Nicht nur Unternehmer, sondern ebenso Banken und Finanzkapitalisten entwickelten derart ein mächtiges Interesse daran, einen „Tribut aus dem Ausland“ einzustreichen und die „öffentliche Politik, die öffentliche Geldbörse und die öffentliche Gewalt zu benutzen, um das Feld ihrer privaten Kapitalanlagen auszudehnen und ihre bestehenden Anlagen abzuschirmen und zu verbessern“ (Hobson 1968, 72). Eine zentrale theoretische Grundlage dieser Argumentation bildet die Unterkonsumtionstheorie, von der Keynes behauptete, dass Hobson mit ihr ein neues Zeitalter des ökonomischen Denkens eingeläutet habe (Keynes 1955, 308).⁷ Im Kapitalexport sehen bestimmte Gruppen einen Ausweg aus dem „Nachfragenotstand“, dem schließlich der konstante Druck zur Annektierung von neuen Territorien und Märkten folgt (vgl. Hobson 1968, 92-102). Die Festlegung des Staates auf eine imperiale Politik wird

⁶ Alles in allem sei der Imperialismus ein „schlechtes Geschäft“, er behindere eher den industriellen Fortschritt als ihn zu befördern. Zwar könne imperialistische Politik unter bestimmten Bedingungen legitim sein – „zivilisierte Regierungen“ können, so Hobson in paternalistischer Manier, die „Oberaufsicht über 'niedere Rassen' übernehmen“, wenn damit die „Sicherheit“ und der „Fortschritt“ der Weltkultur „gefördert“ werde und eine internationale Organisation der „zivilisierten Menschheit“ dies überwacht (Hobson 1968, 206, 243) –, insgesamt habe sie aber eine Fehlentwicklung in Gang gesetzt.

⁷ Diese These ist in ihrer übertriebenen Formulierung nicht aufrechtzuerhalten. Bereits vorher stellten Theoretiker wie Sismondi, Louis Blanc und Moses Hess ähnliche Überlegungen an (vgl. Schröder 1970, 109 f.).

auf einer weiteren Argumentationsebene durch den Charakter des Finanzwesens erklärt: Zum einen haben die Banken als Kreditgeber ein Interesse an kapitalstarken, staatlich geschützten Unternehmen, zum anderen möchten sie an der wachsenden Staatsverschuldung (über höhere Rüstungsinvestitionen und den steuerfinanzierten Erhalt der Kolonien) mitverdienen. Derart wird auch der Protektionismus zum „Zweig des imperialistischen Finanzwesens“ (Hobson 1968, 113).⁸

Der Antrieb für den Imperialismus liegt zusammengefasst in den Bemühungen von finanzstarken Kreisen, angesichts einer gesättigten Binnennachfrage gewinnversprechende Kapitalanlagen in „überseeischen“ Gebieten zu finden und zu sichern. Dabei spielt weniger das Ringen um Absatzmärkte als die Suche nach profitablen Investitionen angesichts sinkender Kapitalrenditen im Inland eine Rolle. Weil diverse Interessengruppen fortwährend ihre „sektionalen“ Interessen als die der gesamten „Nation“ propagieren und falsche Informationen durch „schlecht informierten Nationalismus“ streuen, kulminiert eine „Kombination von ökonomischen und politischen Kräften“ (Hobson 1968, 179) in der imperialistischen Politik.

⁸ In seinen Analysen bedient sich Hobson dabei an einigen Stellen antisemitischer Vorurteile (vgl. Brewer 1990, 83).

1.2. KAPITALISMUS FÜHRT ZUM IMPERIALISMUS

Die klassischen marxistischen Imperialismustheorien (im Folgenden kmIt) stellen den Versuch dar, die Verquickung imperialer Eroberungspolitik und globaler ökonomischer Konkurrenz zu analysieren. Im Gegensatz zu einem weiten Verständnis des Imperialismus (wie etwa in der realistischen Schule der Internationalen Beziehungen üblich) – einem ahistorischen, d.h. zu allen Zeiten gültigen Konzept, welches die Beherrschung schwacher durch stärkere Länder bezeichnet – entwickeln Lenin, Bucharin und Luxemburg auf der Basis der Theorien Hilferdings und Hobsons eine engere, historisch spezifizierte Definition. Besonders Lenin und Bucharin betonen, dass der Imperialismus nicht auf die Politik bestimmter Regierungen zu reduzieren ist, sondern eine spezifische Stufe der kapitalistischen Entwicklung ausmacht. Die (von den genannten Autoren theoretisch unterschiedlich konzeptualisierten) Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals veranlassen dieses, mithilfe des jeweiligen Nationalstaats sich international auszudehnen und so höhere Profite realisieren zu können. Die nationale ökonomische Konkurrenz wird auf internationaler Ebene reproduziert und schlägt schließlich in politische Staatenkonkurrenz um. Im Gegensatz zu späteren Theorieansätzen, die vor allem das Verhältnis zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ in den Blick nehmen, betonen die kmIt vielmehr die Notwendigkeit, vorrangig die Verhältnisse zwischen den reichsten Ländern zu analysieren – die Nord-Nord-Verhältnisse sozusagen –, auch und gerade um die Nord-Süd-Verhältnisse besser verstehen zu können. Die kmIt konzeptualisieren zwischenstaatliche Konflikte als eine Form der Konkurrenz zwischen nationalen Kapitalien. Der erste Weltkrieg wird als Resultat einer 40 Jahre andauernden Transformation des klassischen Kapitalismus in einen monopolisierten bzw. staatlich-protektionistischen Kapitalismus verstanden: zur Überwindung seiner Widersprüche ist dieser zunehmend auf die imperialistische Expansion angewiesen.

Basis für die klassischen marxistischen Imperialismustheorien sind neben den Schriften Hobsons die Arbeiten von Rudolf Hilferding, vor allem dessen wichtigstes Werk *Das Finanzkapital* (1910/1955). Er untersucht darin, anschließend an die bereits von Marx aufgezeigten Zentralisations- und Konzentrationstendenzen, wie sich im Laufe der kapitalistischen Entwicklung die Markt- und Unternehmensformen ändern: auf die Marktform des „Konkurrenzkapitalismus“ folgt der „Monopolkapitalismus“. Aus der Tendenz der Monopolbildung bei Industrie und Banken entwickelt Hilferding seine Kategorie des „Finanzkapitals“. Im Verhältnis zwischen Industrie- und Bankkapital spielt das letztere die dominante Rolle: „Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die

Bank [...]. Andererseits muss die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital“ (Hilferding 1955, 335).

Monopole bzw. Kartelle bewirken, dass die Konkurrenz innerhalb von Produktionszweigen ausgeschaltet ist. Die Konkurrenz um neue Anlagesphären und die internationale Konkurrenz können sie aber nicht verhindern. Hierin liegt für Hilferding das Bindeglied zwischen den veränderten Strukturmerkmalen der nationalen Kapitalismen und dem Aufstieg des Imperialismus. Monopole und Kartelle haben ein Interesse an einer protektionistischen Handelspolitik mit Zöllen und Subventionen als den Hauptinstrumenten. Diese hat zwei wichtige Effekte. Erstens ergeben sich aus den Schutzzöllen der anderen konkurrierenden Länder und den Unterschieden in den Profitraten die Motivationen für den verstärkten Kapital- und nicht mehr nur Warenexport. Paradoxiertweise trägt der Schutzzoll somit zur „Durchkapitalisierung der Welt und zur Internationalisierung des Kapitals bei“ (Hilferding 1955, 466). Zweitens steigt die Bedeutung der Größe des eigenen Wirtschafts- und Absatzgebietes. Eine große Volkswirtschaft begünstigt einen höheren Grad der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsteilung und eine wachsende Betriebsgröße. Dies wiederum bedeutet, so Hilferding, dass bei zunehmenden Fixkosten dennoch die Skalenerträge steigen. Je größer das eigene Wirtschaftsgebiet, desto mehr können die Monopole Extraprofite auf dem Binnenmarkt erzielen, mit denen sie auf dem Weltmarkt operieren. Letztlich bedroht aber die internationale Konkurrenz das Fortbestehen des Weltmarktes: „Die Heftigkeit der Konkurrenz weckt [...] das Streben nach ihrer Aufhebung. Am einfachsten kann dies geschehen, wenn Teile des Weltmarktes in den nationalen Markt einbezogen werden, also durch Einverleibung fremder Gebiete, durch die Kolonialpolitik. [...] Hier stoßen die Staaten unmittelbar feindlich aufeinander“ (Hilferding 1955, 485).

Die von Hilferding entwickelte ökonomische Begründung für die aufkommende imperialistische Politik wurde in Wladimir I. Lenins Buch *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (1917/1977) popularisiert, um die Einsichten Hobsons ergänzt und auf ihre politischen Konsequenzen hin zugespitzt. Lenin möchte beweisen, dass der Erste Weltkrieg von allen Seiten als ein imperialistischer Krieg, ein „Eroberungskrieg, ein Raub- und Plünderungskrieg“ (Lenin 1977, 194) geführt wird. Dabei entwickelt er die These, dass imperialistische Politik der Ausdruck einer bestimmten Entwicklungsstufe des Kapitalismus, des Monopolkapitalismus, ist. Mit dem „höchsten“, an anderen Stellen und je nach Übersetzung, „jüngsten“ Stadium des Kapitalismus ist das vom Finanzkapital dominierte

monopolistische bzw. imperialistische Stadium des Kapitalismus erreicht. Weil die Aufteilung der Welt zu Beginn des 20. Jahrhunderts praktisch abgeschlossen ist, kommt es nun zur „Neuaufteilung“ (Lenin 1977, 259). Die Interessen des Kapitals drängen es nach außen und zur Eroberung von Kolonien, denn auf geschützten Kolonialgebieten ist es einfacher, Konkurrenten auszuschalten. Hinzu kommen „außerökonomische“ Gründe für den Drang zur Eroberung von Kolonien – die „Lösung“ der sozialen Frage innerhalb der europäischen Staaten beispielsweise (Lenin 1977, 261).⁹

Rosa Luxemburg, Sozialistin des revolutionären Flügels innerhalb der SPD, vertritt in ihrem Werk *Die Akkumulation des Kapitals* (1913/1981) eine originäre Sichtweise. Der gewaltige Drang des Imperialismus nach Kolonien ist ihrer Ansicht nach nicht einfach als Resultat der Konkurrenz um möglichst hohe Profite zu verstehen. Vielmehr muss die kapitalistische Produktionsweise als Ganze in nicht-kapitalistische Gebiete vordringen, um ihre Existenz zu sichern. Der Kapitalismus braucht grundsätzlich neue Absatzmärkte außerhalb seiner bisherigen nationalen Grenzen, um den in der Produktion geschaffenen Mehrwert auch tatsächlich realisieren zu können. Grundlage ihres Ansatzes ist eine Kritik der von Marx im 2. Band des *Kapitals* entwickelten „Reproduktionsschemata“. Sie geht davon aus, dass die für den Kapitalismus charakteristische, unbegrenzte Entwicklung der Produktivkräfte in einen fundamentalen Widerspruch zur Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft gerät. Die „erweiterte Reproduktion“ stößt im „reinen“ Kapitalismus an ihre nationalen Grenzen. Unter diesen „reinen“ Voraussetzungen müsste der Kapitalismus relativ schnell in sich zusammenbrechen. Die kapitalistische Akkumulation als Ganzes entwickelt sich so nach zwei Seiten: Erstens produziert sie den Mehrwert, und ist damit ein ökonomischer Prozess zwischen Lohnarbeit und Kapital; zweitens spielt sie sich zwischen dem Kapitalismus und „nichtkapitalistischen“ Produktionsweisen ab. Luxemburg schließt daraus, dass es zur Rettung des Kapitalismus aus seinen inneren Widersprüchen der Expansion in „nicht-kapitalistische Milieus“ bedarf (Luxemburg 1981, 363). Der Kapitalismus erfordert zu seiner Existenz und Fortentwicklung nichtkapitalistische Produktionsformen, die die notwendige Nachfrage zur Realisierung des überschüssigen Mehrwerts bereitstellen. Im Prozess der Unterwerfung von Kolonien werden dabei kapitalistische Aneignungsformen belebt, die Marx als „ursprüngliche“ oder „primitive Akkumulation des Kapitals“ bezeichnet hatte. So ist die Kapitalakkumulation ein „Prozess

⁹ Lenin vertritt die These, dass der Begriff des Imperialismus noch weiter gefasst werden müsse, „wenn man nicht nur die grundlegenden rein ökonomischen Begriffe [...] im Auge hat, sondern auch den historischen Platz dieses Stadiums des Kapitalismus in Bezug auf den Kapitalismus überhaupt oder das Verhältnis zwischen dem Imperialismus und den zwei Grundrichtungen innerhalb der Arbeiterbewegung“ (Lenin 1977, 271).

des Stoffwechsels, der sich zwischen der kapitalistischen und den vorkapitalistischen Produktionsweisen vollzieht“ (Luxemburg 1981, 364), dabei die nicht-kapitalistischen Formen auflöst und sie in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse eingliedert. Resultat ist die paradoxe Erscheinung, dass „die alten kapitalistischen Länder füreinander immer größeren Absatzmarkt darstellen, füreinander immer unentbehrlicher werden und zugleich einander immer eifersüchtiger als Konkurrenten in Beziehungen mit nichtkapitalistischen Ländern bekämpfen“ (Luxemburg 1981, 316). Zusammengefasst betrachtet Luxemburg den Imperialismus als politischen Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in Konkurrenz um „die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus“ (Luxemburg 1981, 391).

1.3. MACHTPOLITIK UND STAATENKONKURRENZ ALS URSACHE IMPERIALISTISCHER PHÄNOMENE

Nach 1919 entwickelte sich die Analyse der internationalen Beziehungen zur eigenständigen wissenschaftlichen Disziplin (vgl. Czempel 1965).¹⁰ In den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens wurden die Theorien der Internationalen Beziehungen (im Folgenden IB) von zwei Strömungen, dem so genannten „Idealismus“ und dem „Realismus“, geprägt. Der Idealismus stellt eine auf Fortschrittsglauben basierende Theorie dar, der zufolge die Mängel des internationalen Systems durch eine bewusste Aufarbeitung ihrer Ursachen beseitigt werden können. Dies wiederum setzt ein Vertrauen auf die Durchsetzungsfähigkeit der menschlichen Vernunft voraus. Ökonomisch wird damit in der Regel ein liberal-marktwirtschaftliches Modell gefordert. Es wird davon ausgegangen, dass eine arbeitsteilig und freihändlerisch organisierte Weltwirtschaft die Grundlage für eine dauerhafte Friedensordnung bilden könne. Als ein Klassiker des Idealismus kann die Schrift *Die große Täuschung* (1910) von Norman Angell angesehen werden, der einen geistigen Fortschritt in Richtung eines „allgemeinen politischen Rationalismus“ anstrebt (Angell 1910, 271). In Abgrenzung zu Positionen, die man später „realistisch“ nennen sollte, geht Angell von einer veränderlichen Natur des Menschen aus, der so durch den Fortschritt des Geistes positiv geformt werden kann. Den Ersten Weltkrieg diskutieren die Idealisten als Resultat „realistisch“ dominierter Machtpolitik, aufgrund derer die einzelnen Großmächte jeden Machtzugewinn einer anderen Macht als Bedrohung wahrnahmen und sich derart in einen Teufelskreislauf hineinbewegten.

Trotz anderweitiger Differenzen verbindet den Idealismus mit dem Realismus die Überzeugung, dass internationale Politik bzw. „Außenpolitik“ grundsätzlich von der „Innenpolitik“ unterschieden werden muss, da sie in *anarchische* und nicht in *hierarchische* Strukturen eingebettet ist. Es besteht *über* den zentralen Akteuren keine zentrale Autorität wie innerhalb eines Staates – jeder Staat muss sich daher selbst um seine Sicherheit kümmern. Wer aber sind die Akteure? Der Idealismus betrachtet die „Gesellschaften“ als zentrale Akteure, die im internationalen System durch Staaten vertreten werden. Die grundlegenden Normen und Werte der Gesellschaften beeinflussen Staatlichkeit – daher besteht auch die Möglichkeit, die anarchischen Strukturen überwinden zu können. Im Realismus hingegen steht der rational handelnde Staat im Mittelpunkt, der über das Gewaltmonopol verfügt. Aufgrund der anarchischen internationalen Struktur müssen Staaten zwangsläufig

¹⁰ Philosophische Reflexionen und historische Abhandlungen über zwischenstaatliche Beziehungen wurden freilich schon viel länger angestellt – beispielsweise von Thukydides, Aristoteles, später von Machiavelli, Grotius, Hobbes oder Kant.

Machtpolitik betreiben und sich dabei auch über grundlegende innergesellschaftliche Normen und Werte hinwegsetzen.¹¹

Der Realismus in der Disziplin der IB, dessen wissenschaftliche Untermauerung in den 1930ern einen Aufschwung nahm, kritisiert am Idealismus das angebliche Fehlen des Faktors der „Macht“ in der Theorie, wie es Edward H. Carr in seinem Buch *The Twenty Years' Crises 1919-1939* (1939/1948) ausdrückt. In der Tradition eines Machiavelli oder Hobbes, aber auch eines gegen den Fortschrittsglauben gerichteten Denkers wie Nietzsche, heben die Realisten die kalte Wirklichkeit in den internationalen Beziehungen hervor. Den Idealisten oder „Utopisten“ wirft man vor, Illusionen über die Realität zu verbreiten. Wissenschaft dürfe nicht allein auf noblen Zielsetzungen begründet sein, man müsse lernen zu unterscheiden zwischen dem, was sein soll, und dem, was ist (Carr 1948, 8). Zu einem der wichtigsten Vertreter des klassischen Realismus entwickelte sich Hans J. Morgenthau. Im Mittelpunkt seines Buches *Macht und Frieden* (1948/1963) steht folgende Feststellung: „Da Machtstreben das Merkmal internationaler Politik wie aller Politik ist, muss internationale Politik zwangsläufig Machtpolitik sein“ (Morgenthau 1963, 74). Dabei setzt er sich vom Machtbegriff des Marxismus ab, den dieser durch das Ziel des ökonomischen Zugewinns charakterisiere. Machtinteressen sind etwas anderes als wirtschaftliche Interessen. „In der Blütezeit des Kapitalismus wurde jedoch mit Ausnahme des Burenkriegs von den Großmächten kein einziger Krieg ausschließlich oder auch nur überwiegend aus wirtschaftlichen Gründen geführt“ (Morgenthau 1963, 91). Sowohl der deutsch-französische Krieg 1870 als auch die beiden Weltkriege sind „politische Kriege“ gewesen, Kriege mit dem Ziel einer neuen Machtverteilung: „Was der vorkapitalistische Imperialist, der kapitalistische Imperialist und der 'imperialistische' Kapitalist wollen, ist Macht, nicht wirtschaftlicher Gewinn [...] Das Zeugnis der Geschichte deutet somit auf den Primat der Politik über die Wirtschaft hin“ (Morgenthau 1963, 93).

Morgenthau spricht davon, dass der Realismus sich an dem „im Sinne von Macht verstandenen Begriff des Interesses“ (Morgenthau 1963, 50) orientiert, weil Politik von objektiven Gesetzen beherrscht wird, deren Ursprünge in der menschlichen Natur liegen. Staatsmänner handeln im Sinne eines als Macht verstandenen Interesses, auch wenn deren Motive oft bis zur Unkenntlichkeit von den Gefühlsregungen der Handelnden verzerrt werden. Der „Kampf um Macht“ hat „universellen Charakter in Zeit und Raum“ und stellt

¹¹ Am ehesten noch könne eine Politik des „Mächtegleichgewichts“ Kriege verhindern. Der Idealismus dagegen sieht in der Demokratisierung der Staaten die größte Chance, den Frieden dauerhaft zu sichern (vgl. Zürn/Zangl 2003, 25-37).

„eine unwiderlegliche Erfahrungstatsache dar“ (Morgenthau 1963, 75). Letztlich sind hierfür „biopsychologische Triebkräfte“ des Menschen verantwortlich (Morgenthau 1963, 76). Politik sucht, entweder Macht zu erhalten, und verfolgt dann eine „Politik des Status quo“, oder Macht zu vermehren, dies führt dann zu einer „Politik des Imperialismus“, oder Macht zu demonstrieren, sie betreibt dann „Prestigepolitik“ (Morgenthau 1963, 81).

Weil im Vergleich zum Inneren eines Staates auf der internationalen Ebene anarchische Strukturen vorliegen, kann sich der Machtkampf zwischen Staaten ungehemmt entfalten. Daher wird eine nationale Macht sich niemals sicher fühlen, weil es kein dauerhaftes Gleichgewicht der Kräfte gibt. Morgenthau führt drei Tatsachen zum Beleg dieser These an: Erstens die „Ungewißheit“ des Gleichgewichts der Kräfte: Machtberechnung ist nicht einfach quantifizierbar, insbesondere dann, wenn sich nicht mehr nur einzelne Staaten, sondern Bündnisse gegenüberstehen. Zweitens erscheint das Gleichgewicht der Kräfte „unwirklich“: „Eine Nation muss somit versuchen, zumindest einen Sicherheitsabstand zu wahren, der es ihr gestattet, Fehlkalkulationen aufzustellen und trotzdem das Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten. Zu diesem Zweck müssen alle Nationen [...] nicht nur Gleichgewicht [...] sondern Überlegenheit ihrer Macht anstreben“ (Morgenthau 1963, 184). Drittens wird das Gleichgewicht der Kräfte als „unzulänglich“ beschrieben: „Das Vertrauen in die Stabilität des modernen Staatensystems [...] entspringt nicht dem [realen] Gleichgewicht der Kräfte, sondern [auch] einer Anzahl von geistigen und sittlichen Faktoren“ (Morgenthau 1963, 194), die die außenpolitischen Aktionen von Staaten unvorhersehbar werden lassen.

1.4. KAPITALISMUS BEENDET DEN IMPERIALISMUS

Joseph A. Schumpeter wartete 1919 mit der avanciertesten bürgerlich-liberalen Gegenposition zu linksliberalen und marxistischen Theorien des Imperialismus auf, die nun kurz vorgestellt und kritisiert wird. Als einer der profiliertesten Ökonomen des 20. Jahrhunderts waren (und sind) seine Ansichten von enormer Bedeutung. Schumpeter kritisiert in seinem Aufsatz *Zur Soziologie der Imperialismen* (1919/1953) den imperialismustheoretischen Ansatz von Hobson und Lenin aus einer universalhistorischen Perspektive. Seiner These nach ist der moderne Imperialismus ein historisches Überbleibsel, ein „Atavismus“ aus vorkapitalistischen Epochen und politischen Strukturen, insbesondere aus der Zeit des absolutistischen Fürstenstaates. Der Kapitalismus dagegen ist „seinem Wesen nach antiimperialistisch“ (Schumpeter 1953, 126). „Da die Lebensnotwendigkeiten, die ihn schufen, für immer vergangen sind, muss er, trotzdem jede kriegerische, wenn auch noch so unimperialistische Verwicklung ihn neu zu beleben tendiert, nach und nach verschwinden. [...] Wenn daher unsere These richtig ist, so müssen die Fälle von Imperialismus an Intensität verlieren, einer je spätern Phase der Geschichte des betreffenden Volks und Kulturmilieus sie angehören“ (Schumpeter 1953, 119 f.). Schumpeter konstatiert, dass unter monopolistischen Bedingungen Unternehmer und Financiers durchaus imperialistische Interessen entwickeln können. Wirklich vorteilhaft sind Schutzzölle aber nur für Grundherren (Schumpeter 1953, 131). Die mit der Ausnahme Großbritanniens in vielen Ländern bis zur Personalunion gehenden Allianzen „zwischen der Hochfinanz und den Kartellmagnaten“ agieren nicht „im Interesse des Kapitals als solchen“ (Schumpeter 1953, 133). Er fasst seine Argumentation folgendermaßen zusammen: „Die soziale Pyramide der Gegenwart ist nicht vom Stoff und Gesetz des Kapitalismus allein gebildet, sondern von zwei verschiedenen sozialen Stoffen und von den Gesetzen zweier verschiedener Epochen. Wer Europa verstehen will, darf das nicht vergessen [...]. Die Bourgeoisie ist nicht einfach an die Stelle des Fürsten getreten [...]. [S]ie hat ihm nur einen Teil seiner Gewalt entwunden und sich im übrigen ihm unterworfen. Sie hat den Staat nicht als abstrakte Organisationsform von ihm übernommen, sondern er blieb eine besondere, ihr gegenüberstehende soziale Macht“ (Schumpeter 1953, 142).

Die Schumpeterianische Argumentationsfigur ist bis in die Gegenwart hinein von Bedeutung geblieben, etwa im Ordoliberalismus (Röpke 1945), der Modernisierungstheorie nach 1945 (Rostow 1960), den Geschichtswissenschaften (Mayer 1984), aber auch den Sozialwissenschaften (Dahrendorf 1963; Beck 1998). Sie setzt allerdings, wie weiter unten genauer kritisiert, ein Modell des Kapitalismus voraus, das man eher in den Lehrbüchern der neoklassischen Ökonomie findet, in der vollkommene Konkurrenz herrscht (und

Staatsinterventionen vom kapitalistischen Standpunkt aus i.d.R. irrational sind) und der Kapitalismus im Wesentlichen ein Warenaustauschsystem ist, als in der Wirklichkeit. Schumpeter verallgemeinert ein atypisches Modell des Kapitalismus. Auch empirisch stehen Schumpeters Annahmen auf unsicheren Grundlagen und können teilweise nur um den Preis einer Verdrehung bzw. Auslassung historischer Tatsachen aufrechterhalten werden. Obwohl etwa der historische Soziologe Michael Mann moderne Gesellschaften als Verknüpfung einer Vielzahl von Machtnetzwerken versteht, räumt er ein, dass die Staaten bereits um 1760 in Großbritannien und um 1860 im gesamten Westen vor allem „kapitalistische“ Staaten waren: „[N]ahezu alle politischen Akteure [hatten] die kapitalistische Logik verinnerlicht. Die Länder glichen sich im Zuge dieser Kristallisierung insofern aneinander an, als sie sich allesamt kommerzialisierten und industrialisierten. Westliche Staaten waren und sind kapitalistisch, eine Kristallisation, die weitgehend unangefochten vonstatten ging. Frontale Gegnerschaften von seiten feudaler Strömungen gibt es in dieser Zeit kaum. In Wirklichkeit tendierte der Feudalismus dazu, sich seinerseits in Kapitalismus zu verwandeln“ (Mann 1998, 101). Alles in allem spricht Schumpeter den Kapitalismus von der Verantwortung für die Katastrophen, die die Menschheit zwischen 1914 und 1945 in den Abgrund stürzten, frei: „Wenn es dennoch zum Imperialismus von Industriestaaten kam, so stellte er im Grunde eine Serie von Betriebsunfällen dar, die in schöner Regelmäßigkeit durch das Verschulden und den unheilvollen Einfluss alter Eliten verursacht wurden“ (Wehler 1970, 16).

2. GLOBALE ANARCHIE ODER ULTRAIMPERIALISMUS?

Bereits während der ersten Welle der Imperialismusdebatte wurden Analysen längerfristiger Entwicklungstrends des kapitalistischen Weltsystems vorgetragen. Karl Kautsky's Konzept des „Ultra-Imperialismus“ beispielsweise, das eine vom kapitalistischen Standpunkt aus gesehene Irrationalität des Krieges unterstellt und die Möglichkeit der Kartellbildung über die Nation hinaus thematisiert, nahm viele Positionen des zeitgenössischen Globalisierungsdiskurses vorweg.

Kautsky bezeichnet den Imperialismus, wie andere Marxisten auch, in seinen Aufsätzen von 1914 und 1915 erst einmal als Produkt des hoch entwickelten Kapitalismus: „Er besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres *agrarisches* Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern“ (Kautsky 1914, 909). Stärker als bei anderen Marxisten wird der Konkurrenzkampf zwischen den stärksten Ländern jedoch nicht als Ausdruck kapitalistischer Konkurrenz als solcher, sondern als Resultat politischer Entscheidungen, sowie wesentlich von Partikularinteressen der Rüstungsindustrie bestimmt, erörtert. Demgemäß folgert Kautsky: „Die wütende Konkurrenz der Riesenbetriebe, Riesenbanken und Milliardäre erzeugte den Kartellgedanken der großen Finanzmächte, die die kleinen schluckten. So kann auch jetzt aus dem Weltkrieg der imperialistischen Großmächte ein Zusammenschluss der stärksten unter ihnen hervorgehen, der ihrem Wettrüsten ein Ende macht. Vom rein ökonomischen Standpunkt ist es also nicht ausgeschlossen, dass der Kapitalismus noch eine neue Phase erlebt, die Übertragung der Kartellpolitik auf die äußere Politik, eine Phase des Ultraimperialismus“ (Kautsky 1914, 921). Die kapitalistische Wirtschaft als Ganzes wird durch die Gegensätze der Staaten bedroht. Deshalb müsste jeder Kapitalist seinen „Genossen zurufen: Kapitalisten alle Länder vereinigt euch!“ (Kautsky 1914, 920). An die Stelle des Wettbewerbs der nationalen „Finanzkapitale“ könne perspektivisch die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete „Finanzkapital“ treten.¹² Ähnlich wie Kautsky betont Alexander Helphand, besser

¹² Diese „Friedensutopie“, wie es Rosa Luxemburg abschätzig nennt, kann für Kautsky durch zwei Formen international veränderter Beziehungen erreicht werden: einem internationalen Staatenbund (Kautsky 1915, 75) oder einem europäisch geführten, übernationalen Imperium: Ein vereinigt Europa könne das Gespenst des Krieges für immer bannen, da es über eine gewaltige Übermacht verfügen würde (Kautsky 1911, 105). Den Impuls für die „Vereinigten Staaten von Europa“ könne ein Zollverein des Deutschen Reiches mit seinen Nachbarn geben.

bekannt unter seinem Pseudonym Parvus, die Integrationspotentiale der ökonomischen Monopolisierungs- und Internationalisierungsprozesse (Parvus 1896, Parvus 1900/01).¹³

Im Unterschied zu dieser Erklärungsvariante versuchten andere Autoren innerhalb dieses frühen „Globalisierungsdiskurses“ die Fortdauer global-anarchischer Zustände unter Bezug auf sozio-ökonomische Begebenheiten zu erläutern. Auf der Basis des Konzepts der „ungleichen Entwicklung“ hebt Lenin hervor, dass, wiewohl auf internationaler Ebene „monopolistische“ Strukturen entstehen, diese keineswegs stabil bleiben. Zwar tendiert die kapitalistische Entwicklung, wie von Kautsky behauptet, abstrakt betrachtet in Richtung Weltmonopol oder Weltkartell, aber dies ist nur eine Tendenz, die sich nie vollständig durchsetzen kann. Die konkrete ökonomische Wirklichkeit läuft der Tendenz zur Abschaffung der Konkurrenz entgegen (Lenin 1977, 276). Das Finanzkapital und die Monopole verstärken die Ungleichmäßigkeiten im Wachstum und die Widersprüche innerhalb der Weltwirtschaft, anstatt sie abzuschwächen (Lenin 1977, 273 ff.).

„Ultraimperialistische Bündnisse“ sind daher nur temporär vorstellbar, unabhängig davon, „in welcher Form diese Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in der Form eines allgemeinen Bündnisses aller imperialistischen Mächte. Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf ein und demselben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und Weltpolitik“ (Lenin 1977, 301).

Eine theoretisch anspruchsvollere Version dieser These legt Nikolai Bucharin in seiner Schrift *Imperialismus und Weltwirtschaft* (1915/1969) vor. Bucharin analysiert zwei miteinander verbundene, aber sich gleichzeitig widersprechende Tendenzen: die *fortschreitende Internationalisierung des Kapitals* und die *progressive nationale Organisation und Integration des Kapitals*, die zur Konkurrenz staatlich protegierter Kapitalismen führt. Er spricht dabei der Nationalisierung eine dominierende Rolle zu, so dass sie den Internationalisierungsprozess letztlich beschränkt (Bucharin 1969, 114). Dabei treibt die Kapitalakkumulation im Inneren zum Kapitalexport und zur Schutzzollpolitik an:¹⁴ „Nicht die

¹³ Auch Eduard Bernstein bezieht sich aus diesem Grund positiv auf das Freihandelssystem, denn diesem ist die Friedenspolitik „inhärent“ (zit. in: Czempiel 1998, 289 f.).

¹⁴ Verschärft wird dieses Bedürfnis noch durch die Tatsache, dass nicht mehr nur zirkulierendes Kapital, sondern große Mengen an fixem Kapital (Eisenbahnen, große Plantagen, Elektroanlagen) im „fremden Lande“ angelegt werden (Bucharin 1969, 110).

Unmöglichkeit einer Betätigung innerhalb des Landes also, sondern die Jagd nach einer höheren Profitrate ist die Triebkraft des Weltkapitalismus [...]. Eine niedrigere Profitrate treibt die Waren und Kapitals immer weiter von ihrem ‚Vaterlande‘ weg. Aber dieser Prozess spielt sich gleichzeitig in verschiedenen Teilen der Weltwirtschaft ab. Die Kapitalisten der verschiedenen ‚nationalen Wirtschaften‘ stoßen hier als Konkurrenten aufeinander, und je größer das Wachstum der Produktivkräfte des Weltkapitalismus ist, je intensiver die Zunahme des Außenhandels, desto schärfer wird der Konkurrenzkampf“ (Bucharin 1969, 90).

Imperialistische Konflikte werden als ein Sonderfall der Konkurrenz verstanden. Die durch eine Finanzoligarchie ausgeübte Herrschaft innerhalb der fortgeschrittenen Länder führt zur Etablierung eines nationalen Raums, der ein möglichst großes Wirtschaftsgebiet umfasst. Schutzzollmauern halten die ausländische Konkurrenz von diesem Gebiet fern und ermöglichen so Extraprofite. Volkswirtschaften verwandeln sich in eine Art „nationalstaatlichen Trust“. Ideologischer Ausdruck hiervon ist der wachsende Nationalismus (Bucharin 1969, 119 f.). Bucharin führt die Tendenz zur Verschmelzung von Staat und Kapital im „staatskapitalistischen Trust“ (Bucharin 1969, 131 ff.) zu ihrem logischen Höhepunkt. Mit der gesteigerten Bedeutung des Staates wird dieser „in einem größeren Maße als je zum geschäftsführenden Ausschuss der herrschenden Klassen“ (Bucharin 1969, 143). Die Bildung von staatskapitalistischen Trusts hat radikale Folgen: die Konkurrenz auf dem Binnenmarkt wird minimiert bzw. aufgehoben, um schließlich auf einer höheren Stufe – als Konkurrenz der staatskapitalistischen Trusts auf dem Weltmarkt – weitergeführt zu werden. Genauso wie ein Trust vorgelagerte Produktionsstufen integriert, hat der staatskapitalistische Trust die Tendenz, ganze Länder – und dies beschränkt sich im Gegensatz zu Kautskys Auffassung nicht nur auf agrarische Länder – als Ergänzung der eigenen nationalen Ökonomie zu erobern.

Im Gegensatz zur Hoffnung auf die pazifizierende Wirkung von ökonomischen Prozessen, noch mehr aber gegen die Vorstellung des Idealismus gerichtet, internationale politische Institutionen (z.B. der Völkerbund) könnten den Frieden verstetigen, analysierte der Realismus letztere Institutionen als „Instrumente“ zur Machterhaltung starker Staaten. Morgenthau zufolge sind sie nur solange wirkungsvoll, wie sie von dominierenden Machtinteressen getragen werden. Weil beispielsweise hinter dem Völkerbund keine derartigen Machtinteressen standen, ging er in der Bedeutungslosigkeit unter. Die weiterführende, idealistische Idee eines Weltstaates wird als utopisch bezeichnet (Morgenthau 1963, 426). Weil der Kampf um Macht im anarchischen internationalen System eine

universalhistorische bzw. überhistorische Konstante ist, die nicht exakt gemessen werden kann, müssen die Versuche der Herstellung eines machtpolitischen Gleichgewichts immer wieder scheitern.

II. ZWEITER SCHUB

Das Ende des Zweiten Weltkriegs markierte den Beginn einer neuen Phase internationaler Kräfteverhältnisse. Das europäische Staatensystem war nicht mehr wie einst Dreh- und Angelpunkt der Weltpolitik. Die Vereinigten Staaten ersetzten Großbritannien endgültig als vorherrschende Großmacht. Die Transformation und Institutionalisierung dieser „Dominanz-Position“ in eine, zumindest im „Westen“ (sowie in Japan und vielen Ländern des „Südens“) erst einmal nicht mehr in Frage gestellte und auf breitem Konsens beruhende „hegemoniale“ Position („Pax Americana“), wurde vor dem Hintergrund eines langen Nachkriegsaufschwungs und der Schaffung neuer, internationaler politischer Institutionen erreicht.

Zudem überzeugte eine gemeinsame Bedrohungswahrnehmung: Die Achsen der Weltpolitik verschoben sich nämlich auch nach Osten. Mit der UdSSR entstand ein neuer Industriegigant, gestützt auf eine sich entwickelnde Militärmaschinerie. Hier bildete sich seit den 1920er Jahren ein Wirtschaftssystem aus, das auf einer Verschmelzung ökonomischer und politischer Macht beruhte und als bürokratische Ökonomie betrachtet werden konnte, deren Handeln kapitalistischen Prinzipien mehr und mehr glich. Im Zuge der Ausweitung der Macht der UdSSR und der Entstehung ähnlicher Staaten in Osteuropa nach Kriegsende entwickelte sich so ein regelrechter wirtschaftspolitischer Gegenentwurf zur amerikanischen Vorstellung der „offenen“ Weltwirtschaft, eine „Pax Sovietica“, die jedoch keine hegemoniale Züge trug. Der „Kalte Krieg“, entstanden aus den Konflikten zwischen den Siegern des Zweiten Weltkriegs und den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen jener Zeit, führte zu einem neuen Muster der internationalen Konkurrenz. Ökonomische sowie geopolitische Konflikte wurden vorwiegend in ein bipolares Muster gezwängt.

Das Zeitalter der amerikanischen Hegemonie und des Wirtschaftsaufschwungs beförderte erst einmal harmonistische Ideenströmungen. Imperialismustheorien wurden als veraltet betrachtet.¹⁵ Dennoch wurde die Debatte über imperialistische Politik ab Mitte der 1950er

¹⁵ Es kam, abgesehen von der sowjet-marxistischen Imperialismustheorie, die jedoch vor allem zu einem Instrument russischer Außenpolitik degenerierte, zu einem regelrechten „Absterben“ der Theorie. Auf der politischen Linken kam es zu einem Umdenken. John Strachey etwa versucht in seiner Schrift *The End of Empire* (1959) den alten Imperialismustheorien ihr Ableben zu bescheinigen. Das Problem der „Unterkonsumtion“ ist gelöst, der Druck in Richtung Kolonialisierung aufgehoben (Strachey 1959, 194). 1973 schreibt Alfred Schmidt, dass der Imperialismus als wissenschaftlicher Begriff „kaum respektabel“ ist (Schmidt 1973, 533). Von „Imperialismus“ zu reden, abgesehen vom Zeitalter 1875-1914, ist Ekkehard Krippendorff zufolge nicht wissenschaftlicher Konsens, weil dieser,

auch jenseits des Sowjetmarxismus und im Gegensatz zu den apologetischen Modernisierungstheorien im Westen (Rostow 1960) von einigen Autoren wieder aufgenommen. Mit der Entstehung der „Neuen Linken“, den aufkommenden sozialen Bewegungen seit Mitte der 1960er, dem Ende des Nachkriegsbooms sowie den sich ausdifferenzierenden gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen an den Universitäten veränderte sich die Einstellung in Bezug auf den Begriff des Imperialismus wieder. Zentrale Fragekomplexe der politischen Linken bzw. vieler kritischer Gesellschaftswissenschaftler waren die Nord-Süd-Beziehungen sowie, ab Ende der 1960er Jahre, die Frage nach dem Ende der amerikanischen Hegemonie. In der Disziplin der Internationalen Beziehungen bildete neben der Analyse des Ost-West-Konfliktes vor allem ein ökonomischer Internationalisierungsschub die Folie für theoretische Verallgemeinerungen.

„trotz seines liberalen Ursprungs, zu einem Kampfbegriff der Arbeiterklasse gegen die bürgerliche, die kapitalistische Gesellschaft wurde und von hier aus seine inhaltliche Bestimmung empfing“ (Krippendorff 1976, 70).

1. TRIEBKRÄFTE DER NORD-SÜD-KONFLIKTE

Mit dem offiziell proklamierten Ende der Kolonialreiche, das von erheblicher Bedeutung für mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung war, wurden formelle Abhängigkeiten durch neue, „informelle“, vorwiegend auf sozio-ökonomischen Beziehungen basierende Abhängigkeiten ersetzt. Zugleich gelang es trotz der ungleichen Strukturen der Weltwirtschaft, die stark auf das Wachstum des alten „Zentrums“ ausgerichtet waren, einigen Staaten des „Südens“, einen Entwicklungspfad einzuschlagen bzw. fortzusetzen. In diesem Gefüge von „neokolonialen“ Abhängigkeiten und „peripherer Industrialisierung“ entstanden, nicht nur in Lateinamerika, die so genannten *Dependenztheorien* (vgl. Seers 1981).

In den (verschiedenen Versionen der) Dependenztheorien spielt die direkte politische Herrschaft nur noch eine untergeordnete Rolle. Als entscheidend wird vielmehr die „strukturelle“ Gewalt der ökonomischen Verhältnisse betrachtet, die einen „imperialistischen“ Zusammenhang herstellen. In einigen Texten werden ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse und „Imperialismus“ sogar faktisch gleichgesetzt. Imperialismus wird derart zu einem Synonym für Kapitalismus – da „er“ vor allem in informellen bzw. ökonomischen Formen auftritt.

Zu den wesentlichen Aspekten der „Dependencia“ gehört *erstens* die entschiedene Betonung „externer Faktoren“ für die Entwicklung – im Gegensatz zur Betonung „traditioneller“, innerer Strukturen, die in den westlichen Modernisierungstheorien als Hindernis für Wachstum und Entwicklung dargestellt werden. Ein Vorläufer des neuen Ansatzes, der Politikökonom Paul Baran, behauptet in *Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums* (1957/1966), dass eine mangelnde Entwicklung nicht das Ergebnis von „Rückständigkeit“ oder fehlender kapitalistischer Produktion ist. Es war vor allem die „Infiltration des westlichen Kapitalismus in die heutigen Entwicklungsländer“, die deren Entwicklung hemmte und gleichzeitig zu Reichtumstransfers in die reichen Länder führte (Baran 1966, 239). *Zweitens* wird argumentiert, dass „Unterentwicklung“ kein der „Entwicklung“ zeitlich vorausgehendes Stadium, sondern nur eine Seite der Herausbildung des kapitalistischen Weltsystems und damit „entwickelter“ Staaten ist. Entwicklung und Unterentwicklung bedingen sich gegenseitig und verlaufen historisch gleichzeitig.¹⁶ Andre Gunder Frank spitzt diese These der „Entwicklung der Unterentwicklung“ in seinem Buch *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika* (1967/1969) zu: Der Kapitalismus auf weltweiter und nationaler Ebene hat die „Unterentwicklung in der Vergangenheit hervorgebracht“ und

¹⁶ In gewisser Weise wird damit ein von Hobson und Lenin als „Parasitismus“ bezeichneter Gedanke wieder aufgegriffen.

vertieft sie auch gegenwärtig (Frank 1969, 7). Eine *dritte*, eher implizite These erweckt den Eindruck, dass das Agieren der Einzelkapitalien und Staaten der entwickelten Länder gegenüber dem „Süden“ durchdacht und bewusst geplant abläuft. Daher sind diese in der Lage, etwa die lateinamerikanischen Regierungen so zu manipulieren, dass diese keine unabhängige Politik mehr verfolgen können.

In Nordamerika und in Westeuropa kam es im Zuge des Aufstiegs der Neuen Linken und später der Studentenbewegung zu einer interessierten Aufnahme der Theorien des „Südens“. In der *kritischen Friedensforschung* (u.a. Galtung, Senghaas, Krippendorff) sind das Konzept der „Abhängigkeit“ und das von ihr begründete Konzept der „strukturellen Gewalt“¹⁷ die Schlüssel für das Verständnis imperialistischer Phänomene. Johan Galtung charakterisiert den Imperialismus als speziellen Typus von Herrschaftsverhältnis, der sich auf „Brückenköpfe“ in den Peripherien stützt: „Imperialismus ist eine Beziehung zwischen einer Nation im Zentrum und einer Nation an der Peripherie, die so geartet ist, dass 1. Interessenharmonie zwischen dem Zentrum in der Zentralnation und dem Zentrum der Peripherienation besteht, 2. größere Interessendisharmonie innerhalb der Peripherienation als innerhalb der Zentralnation besteht, 3. zwischen der Peripherie in der Zentralnation und der Peripherie in der Peripherienation Interessendisharmonie besteht“ (Galtung 1976, 35 f.).¹⁸ Im Fortgang dieser Argumentation merkt der um Präzisierungen bemühte Dieter Senghaas an, dass die bisherigen Dependenzstudien „kaum auf innerkapitalistische Beziehungen“ ausgerichtet gewesen sind (Senghaas 1976, 13). Es gelte, Abhängigkeitsstufen und -ketten, die beispielsweise zur Entstehung privilegierter „Subzentren“ innerhalb der Dritten Welt durch Auslagerung arbeits- und lohnintensiver Produktionsprozesse führen, zu untersuchen – eine Kategorie des Subimperialismus wird eingefordert.

Damit nimmt Senghaas Bezug auf die sich in den 1970ern zu einem Teil aus der Dependencia heraus entwickelnde *Weltsystemtheorie*. Das „moderne Weltsystem“ zeichnet sich nach Immanuel Wallerstein durch eine ökonomische Einheit bei gleichzeitiger politischer Dezentralisierung aus. Im Unterschied zu vielen Dependenzansätzen stehen bei Wallerstein

¹⁷ Strukturelle Gewalt unterscheidet sich nach Galtung von personaler bzw. direkter Gewalt dadurch, dass sie nicht unmittelbar durch ein handelndes Subjekt ausgeübt wird. Die strukturelle Gewalt ist „in das System eingebaut und äußert sich in ungleichen Machtverhältnissen und folglich in ungleichen Lebenschancen“ (Galtung 1977, 62).

¹⁸ Galtung lehnt sich seiner Aussage zufolge „weitgehend an Lenin“ an, besonders an dessen Konzept der „Arbeiteraristokratie“. Er behauptet, dass die Peripherie der Zentralnation vom Werttransfer profitiert.

nicht nur ökonomische Einheiten, sondern auch die Staaten im Mittelpunkt der Untersuchung.¹⁹

Das Weltsystem teilt sich in „Zentralstaaten“, „Peripherie-Gebiete“ und "Semiperipherien". Letztere sind notwendiges Strukturelement des Weltsystems und federn den sozialen und politischen Druck aus den Peripherien ab. Allerdings streben Semiperipherien zugleich den Status eines Zentralstaates und daher ein Mehr an regionaler Kontrolle an (Wallerstein 1986, 521). Für Wallerstein bedeutet „Imperialismus“ eine überhistorische Konstante des zwischenstaatlichen Systems (Hopkins/Wallerstein 1979, 162). Als imperialistisch ist „jegliche Anwendung“ politischer Macht durch die Staaten des Zentrums zu bezeichnen, mit der der Weltwirtschaft „Preisstrukturen aufgezwungen werden, die diesen Staaten günstig erscheinen“ (Amin/Arrighi/Frank/Wallerstein 1986, 168) bzw. die Kräfteverhältnisse zugunsten eines starken Staates verschoben werden. Der Imperialismus tritt in formellen und informellen Formen auf und ist „so eng und von allem Anfang an mit der Funktionsweise des kapitalistischen Weltsystems verbunden“, dass der Nutzen einer analytischen Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Imperialismus bezweifelt wird (Hopkins/Wallerstein 1979, 163). Der Kapitalismus selbst wird als eine Wirtschaftsweise charakterisiert, für die die Produktion von Waren für den Verkauf auf dem Weltmarkt nach Maßgabe des Prinzips der Gewinnmaximierung wesentlich ist (Wallerstein 1979, 43). Die Ökonomie wird primär als ein System von Marktrelationen aufgefasst – die Marxschen „Produktionsverhältnisse“ sind weniger bedeutsam als der Austausch in der Zirkulationssphäre (Wallerstein 1979, 45). Zwischen Zentrum und Peripherie findet ein Austauschprozess statt, der zur Ausbeutung der Peripherie führt. Nicht nur durch äußeren Druck, auch vermittels der Unterstützung herrschender Eliten der Peripherie wird diese Struktur aufrechterhalten.

¹⁹ In Deutschland begreift Ekkehard Krippendorff das internationale kapitalistische System als Produkt einer 500 Jahre währenden Geschichte der europäischen Expansion (Krippendorff 1977, 27; vgl. Krippendorff 1983).

2. TRIEBKRÄFTE DES OST-WEST-KONFLIKTES

Im Unterschied zur Analyse „neokolonialer“ Abhängigkeiten und „struktureller“ Gewaltverhältnisse spielte eine Untersuchung des Ost-West-Gegensatzes in den meisten gesellschaftskritischen Ansätzen nach 1945 eine untergeordnete Rolle. Oftmals wurde dabei auf die *Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus* („Stamokap“, im Folgenden SMK) rekurriert, die nach 1945 den Rang einer offiziellen sowjetischen Theorie des Imperialismus im Zeitalter der „Systemkonkurrenz“ erhielt und auch einen politischen Einfluss auf die Debatten im „Westen“ ausübte.

In einer Studie des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED wird „der Imperialismus“ unter den Bedingungen des Kampfes der „beiden Gesellschaftssysteme“ analysiert. Zum zentralen Weltkonflikt ist der Kampf zwischen den „Kräften des Fortschritts und der Reaktion, zwischen Sozialismus und Imperialismus“ geworden (ZK der SED 1971, 104). Der Klassenkampf hat den Charakter einer Systemauseinandersetzung erhalten und sich sozusagen internationalisiert. „Die ehemals allumfassende imperialistische Struktur der Weltwirtschaft wurde zerstört, und es bildete sich ein neues System weltwirtschaftlicher Beziehungen heraus, in dem die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus und des Sozialismus nebeneinander und aufeinander wirken“ (ZK der SED 1971, 106 f.). Dieser Sachverhalt sowie die „allgemeine Krise“ des Kapitalismus und die zunehmende Monopolisierung bewirken, dass der Kapitalismus nur noch über eine Ausweitung politischer Herrschaft, d.h. einer Stärkung des Staates, funktionsfähig gehalten werden kann (ZK der SED 1971, 332). Von der These der Systemkonkurrenz als dem „Hauptwiderspruch“ der Epoche können sowohl die innerimperialistischen Widersprüche als auch der Neokolonialismus abgeleitet werden (ZK der SED 1971, 454).

Im Westen wurde die SMK-Theorie vor allem (aber nicht nur) im Umfeld der Kommunistischen Parteien diskutiert. In Frankreich legten *Paul Boccara* und andere in ihrem Werk *Der staatsmonopolistische Kapitalismus* (1973) eine umfangreiche Analyse des zeitgenössischen Kapitalismus und seiner innerimperialistischen Widersprüche vor.

Andere, sich auf die marxistische Tradition beziehende Autoren wie Baran/Sweezy, argumentierten, dass die „sozialistischen Systeme“ im Wesentlichen „defensiv“ agieren. Im Sozialismus „gibt es keine Klasse oder Gruppe, die – wie die großen Kapitalisten der

imperialistischen Länder – andere Nationen und Völker zu ihrem eigenen Vorteil zu unterjochen sucht“ (Baran/Sweezy 1970, 181).²⁰

Im Gegensatz zur Annahme des *System*-Gegensatzes entwickelte der Realismus als vorherrschende Strömung in der Disziplin der IB eine These der Gleichartigkeit der (staatlichen) Akteure des Kalten Krieges.²¹ John H. Herz spielte eine wichtige Rolle in der Weiterentwicklung des klassischen Realismus zum *Neorealismus*. Im Gegensatz zu Morgenthau argumentiert er nicht mit einer nach Macht strebenden Natur des Menschen, sondern verortet die Machtkonkurrenz im Rahmen eines gesellschaftlichen Problems – dem *Sicherheitsdilemma*: „Das Dilemma entspringt einer grundlegenden Sozialkonstellation, der zufolge eine Vielzahl miteinander verflochtener Gruppen politisch letzte Einheiten darstellen, d.h. nebeneinander bestehen, ohne in ein noch höheres Ganzes integriert zu sein. Wo und wann immer eine solche ‚anarchische‘ Gesellschaft existiert hat, ergab sich [...] eine Lage, die sich als ‚Sicherheitsdilemma‘ bezeichnen lässt. Gruppen oder Individuen, die in einer derartigen, eines Schutzes ‚von oben‘ entbehrenden Konstellation leben, müssen um ihre Sicherheit vor Angriffen, Unterwerfung, Beherrschung oder Vernichtung durch andere Gruppen und Individuen fürchten [...]. Und in einem Streben nach Sicherheit vor solchen Angriffen sehen sie sich gezwungen, immer mehr Macht zu akkumulieren, nur um der Macht der anderen begegnen zu können. Diese wiederum macht die anderen unsicherer und zwingt sie, sich auf ‚das Schlimmste‘ vorzubereiten“ (Herz 1974a, 39). Der Kooperation zwischen den Staaten steht das Sicherheitsdilemma im Weg. Die Angst voreinander und weniger die Machtsucht der Menschen treibt zur Machtpolitik. So hat selbst die Sowjetunion diesem Druck nachgeben müssen. Die „internationalistische Ideologie des Bolschewismus [wurde] der ‚realistischen‘ Tatsache angepasst, dass das eine Land, in dem die Revolution erfolgreich gewesen war, gezwungen war, mit nichtrevolutionären oder gegenrevolutionären Nachbarn in ein und derselben Welt zu leben. Eine realistische Einschätzung der Machtphänomene veranlasste das Regime, seine weltrevolutionäre Ideologie aufzugeben und nur noch für

²⁰ Die Arbeiten einiger dissidenter, an einer Weiterentwicklung der Marxschen Theorie interessierter Autoren (z.B. Cornelius Castoriadis, Tony Cliff, Michael Kidron, Paul Mattick) werden im zweiten Teil der Arbeit vorgestellt. An sie kann kritisch angeknüpft werden, weil für sie im Gegensatz zu fast allen anderen Imperialismusdeutungen der Ost-West-Konflikt eine besonders wichtige Bedeutung als Teil eines *weltweiten* imperialistischen Zusammenhangs spielt (vgl. Castoriadis 1988d, Cliff 1975, Kidron 1974, Mattick 1971).

²¹ In Europa war etwa Raymond Aron ein bekannter „Realist“. Er konstatiert in seinem Buch *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt* (1962/1963) eine „situation hobbesienne“, der zufolge die Staaten in ihren wechselseitigen Beziehungen nicht aus dem Naturzustand herausgekommen sind.

Propagandazwecke zu verwenden. Als eine der Einheiten auf der internationalen Bühne agiert die Sowjetunion mit mindestens ebensoviel Nachdruck auf Selbsterhaltung, 'Souveränität', Sicherheit und sonstige Machterwägungen wie andere Mächte“ (Herz 1974a, 50).

Mit der Veröffentlichung des Buches *Theory of International Politics* (1979) wurde Kenneth Waltz zum wichtigsten wissenschaftlichen Vertreter des Neorealismus. Er erörtert imperialistische Machtpolitik als eine universalhistorische Folge zwischenstaatlicher Konflikte und verlagert den Fokus der Analyse im Gegensatz zu Morgenthau auf die Ebene des „internationalen Systems“, von dessen Strukturen er auf das Verhalten von Staaten schließt (Waltz 1979, 27, 79 ff.). Die Struktur des internationalen Systems wird von Waltz als unabhängig von den Akteuren, den Staaten, gedacht. Sie übt einen eigenständigen, funktionalen Einfluss aus und bewirkt, dass sich verschiedenartige Akteure außenpolitisch ähnlich verhalten. Drei Merkmale sind für die Struktur des internationalen Systems charakteristisch: Zum einen herrscht auf der internationalen Ebene ein *anarchisches* Ordnungsprinzip – im Gegensatz zum hierarchischen Prinzip innerhalb eines Staates.²² Zum zweiten liegt *keine* „funktionale Differenzierung“ der Akteure vor – zwischen den Staaten kann aufgrund der Unsicherheit der Akteure in einem anarchischen Kontext keine Arbeitsteilung innergesellschaftlichen Typs entstehen. „The international imperative is: 'take care of yourself“ (Waltz 1979, 107). Dabei überwiegen politische Überlegungen ökonomische Interessen: „In a self-help-system, considerations of security subordinate economic gain to political interest“ (ebd.). Zum dritten besteht eine spezifische *Machtverteilung* zwischen den Akteuren. Waltz zielt hier auf die relative *Verteilung* der Macht ab und diskutiert unipolare, bipolare oder multipolare Machtrelationen (Waltz 1979, 98), denen allesamt, allerdings in unterschiedlicher Intensität, ein Klima der potentiellen Gewaltanwendung immanent ist: „Among states, the state of nature is a state of war. This is meant not in the sense that war constantly occurs but in the sense that, with each state deciding for itself whether or not to use force, war may at any time break out. [...]

²² Weil Staaten außenpolitisch letztlich identisch handeln müssen, fällt die Innengestaltung der Staaten aus der Analyse weitgehend heraus. Im Gegenteil geht Waltz der Frage nach, warum sich Staaten in ihrer Außenpolitik ähneln, *obwohl* sie innergesellschaftlich sehr unterschiedlich ausgebildet sein können und thematisiert dabei drei „systemische Zwänge“, die für alle Staaten gleichermaßen gelten würden: *Erstens* besitzen alle Staaten ein Überlebensinteresse, was sich im Streben nach staatlicher und territorialer Integrität ausdrückt. *Zweitens* verfolgen alle Staaten die Umsetzung dieses Ziels „rational“. Allerdings besteht hinsichtlich des Agierens anderer Staaten permanent Unsicherheit. *Drittens*, und hierin unterscheidet sich schließlich ein Staat vom anderen, besitzen Staaten eine unterschiedliche Fülle an Machtmitteln (Waltz 1979, 129 ff.).

Among men as among states, anarchy, or the absence of government, is associated with the occurrence of violence“ (Waltz 1979, 102).²³ Eine bipolare Machtrelation neigt im Gegensatz zu multipolaren und unipolaren Ordnungen am wenigsten zu Kriegen, weil diese Ordnung relativ übersichtlich ist (Waltz 1979, 168). In multipolaren Konstellationen dagegen bilden Staaten wechselnde Bündnisse, die in der Regel instabil sind. In der bipolaren Welt der Supermächte rekurren die USA und die UdSSR auf ihre eigenen Ressourcen – ein vergleichsweise stabiles strategisches Verhalten, so Waltz. Die Ankündigung des Endes der amerikanischen Hegemonie im Westen verweist insoweit auf eine Zunahme internationaler Konflikte.²⁴

²³ Zwischenstaatliche Kooperation ist allerdings bis zu einem gewissen Grad im Rahmen von Bündnispolitik denkbar. Die einzige Form internationaler Kooperation, die über die Bündnisbildung hinaus geht, so Waltz, ist eine durch einen Hegemon induzierte Kooperation, in der zumindest zeitweilig eine funktionale Differenzierung erreicht wird. Grundsätzlich geht Waltz aber nicht davon aus, dass die Anarchie des internationalen Staatensystems zu überwinden wäre (Waltz 1979, 194 ff.). Daran ändern auch die Zunahme gemeinsam wahrgenommener internationaler Bedrohungen oder der Aufstieg der multinationalen Konzerne nichts (Waltz 1979, 138).

²⁴ Ein weiterer Vertreter des Neorealismus, Robert Gilpin, argumentiert in seinem Werk *War and Change in World Politics* (1981), dass die Schaffung einer liberalen internationalen Handelsordnung genau von dem Faktor abhängt, den sie angeblich unterminiert: der Präsenz eines starken Staates. Die Stabilität einer solchen Ordnung hängt von der Existenz eines „Hegemons“ ab.

3. ENDE DER AMERIKANISCHEN HEGEMONIE?

Ab Ende der 1960er entwickelte sich eine Kontroverse um ein mögliches Ende der amerikanischen Hegemonie innerhalb des westlichen Blocks. In diese Debatte griffen marxistische Theoretiker ein, die dies mit unterschiedlichen Interpretationen der neueren Tendenzen kapitalistischer Entwicklung, der Internationalisierung und der sich transformierenden Rolle des Staates begründeten. Drei Positionen kristallisierten sich heraus: Erstens die Vorstellung eines unangefochtenen *US-Superimperialismus*. Eine zweite Position aktualisierte die These der gemeinsamen Herrschaft, des *Ultra-Imperialismus*. Eine dritte Position begründete die Vorstellung erneuter *imperialistischer Rivalitäten* und ging dementsprechend von einer verminderten Führungskraft der USA aus. Die Argumentationsfiguren unterschieden sich an drei zentralen Punkten: Erstens in der Einschätzung der relativen Stärke des „US-Kapitals“ und dessen Aussichten, in Japan und Europa industrielle Kernbereiche zu dominieren, zweitens in der Frage der Intensität der Antagonismen zwischen den westlichen Staaten sowie drittens in der Einschätzung des Ausmaßes der „Angst“ westlicher Staaten vor dem „Sozialismus“ und damit dem Interesse, trotz existierender Widersprüche zusammenzuarbeiten.

Eine Reihe marxistischer Theoretiker vertrat Ende der 1960er Jahre die Position eines US-Superimperialismus (u.a. Baran/Sweezy, Magdoff, Jalée). In dieser Perspektive agieren die Vereinigten Staaten als die bei weitem vorherrschende Macht. US-Unternehmen übertreffen, sowohl was Größe, technologischen Fortschritt als auch Wachstum anbetrifft, ihre ausländischen Konkurrenten in hohem Grade. Kernbereiche der europäischen Industrie werden übernommen (Magdoff 1970, 57). Amerika wirkt daher als der Organisator des Weltkapitalismus und garantiert die Einheit gegenüber der Bedrohung durch sozialistische Staaten, auch wenn die Hegemonie nicht immer reibungslos funktioniert (Magdoff 1970, 39). Die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten verlieren an Bedeutung. „Der amerikanische Imperialismus ist also zu einem Superimperialismus geworden, der die übrigen Imperialismen kontrolliert und sich zu diesen etwa wie ein Unternehmen zu seiner Tochtergesellschaft verhält“ (Jalée 1971, 178). Der bedeutsamste Widerspruch besteht zwischen „dem“ Imperialismus und der „Dritten Welt“. Folge der amerikanischen Vorherrschaft in Europa und Japan ist wahrscheinlich die Denationalisierung von Teilen der nationalen Bourgeoisie – was diese zumindest objektiv zu Vertretern des amerikanischen Kapitals werden lässt. Am Avanciertesten wird diese These in den 1970ern von Nicos Poulantzas vertreten. In seinem Essay *Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat* (1973/2001) untersucht er die Veränderungen in der

internationalen Arbeitsteilung, die die verschiedenen imperialistischen Staaten in einer komplizierten Matrix miteinander verbindet, und bezieht diese Umgestaltungen auf den sich wandelnden Rhythmus des Klassenkampfes. Die wichtigste Neuerung im Verhältnis der großen Staaten untereinander ist die Bildung „innerer Bourgeoisien“ unter der Hegemonie der Vereinigten Staaten (Poulantzas 2001, 55). Er grenzt sich dabei allerdings von den Versionen des „Kautskyschen Ultraimperialismus“ ab (Poulantzas zufolge gehören hierzu auch Baran/Sweezy, Magdoff oder Jalée). Eine innere Bourgeoisie verfügt über relevante ökonomische Grundlagen innerhalb des jeweiligen Landes (und kann daher nicht mit den abhängigen „Compradorenbourgeoisien“ im Süden verglichen werden), ist aber gleichzeitig durch vielfältige Abhängigkeiten in die internationale Arbeitsteilung und Kapitalkonzentration unter der Hegemonie der USA verstrickt. Auswirkung hiervon ist die Tendenz zur „Auflösung ihrer politisch-ideologischen Autonomie gegenüber dem amerikanischen Kapital“ (Poulantzas 2001, 52). Die europäischen Machteliten arbeiten nicht zusammen gegen die USA, weil sie jeweils abhängig vom US-Kapital sind. Staaten „nehmen nicht nur die Interessen ihrer inneren Bourgeoisien wahr, sondern gleichfalls die Interessen des herrschenden [amerikanischen] imperialistischen Kapitals und anderer imperialistischer Kapitale, wie sie innerhalb des Internationalisierungsprozesses verbunden sind“ (Poulantzas 2001, 56). Zugleich sind die Widersprüche zwischen den Staaten damit nicht prinzipiell überwunden und können perspektivisch wieder zunehmen (vgl. Poulantzas 1977, 25).

Die Position eines Ultraimperialismus, einer gemeinsamen bzw. einheitlichen Herrschaft, verfochten weniger Autoren explizit und oft auch nur mit Blick auf mögliche zukünftige Entwicklungen (u.a. Hymer). Sie konstatieren i.d.R. eine Schwächung amerikanischer Hegemonie, was die Vereinigten Staaten dazu gezwungen hat, ihre Führung zu teilen. Schärfere Konflikte zwischen den nationalen Kapitalien können durch supranationale Institutionen verhindert werden, was durch den Umstand der allgemeinen Bedrohung des Imperialismus durch Bewegungen in der Dritten Welt und die sozialistischen Staaten noch unterstützt wird. Derart bildet sich eine „Machtpyramide“, die die Form einer „Fusion der separaten Pyramiden der Nationalstaaten zu einer internationalen Pyramide [annimmt] [...]. Der Integrationsprozess, der gegenwärtig in der internationalen Wirtschaft vor sich geht, kann [...] als das gegenseitige Durchdringen nationaler Konzerne und nationalen Kapitals in einem neuen multinationalen Eigentums- und Kontrollsystem“ dargestellt werden (Hymer 1974, 13). Andere Autoren sprechen von der „Konsolidierung einer internationalen herrschenden Klasse“ und der damit verbundenen „Abnahme nationaler Rivalitäten“ (O'Connor 1976, 153).

Durch „internationale Kapitalbewegungen“ der multinationalen Konzerne (MNK), die Zunahme des internationalen Finanzgeschäfts sowie der „internationalen kapitalistischen Produktion“ in Richtung einer integrierten weltweiten Konzernstruktur entsteht die Basis für eine „internationale Regierung“ (Hymer 1974, 11 f.). Weil der Einzelstaat kein konstitutives, sondern eher ein historisches Merkmal des Kapitalismus ist, könne dessen Überwindung gelingen – wenn die MNK die Auseinandersetzung mit der Staatsbürokratie und anderen Kräften gewinnen, die weiter zu einer nationalen Gesellschaft tendieren (Hymer 1974, 34; vgl. Hymer 1976, 203).

Die Position der erneuerten innerimperialistischen Rivalitäten im Rahmen der Schwächung der US-Hegemonie wurde von mehreren Autoren vertreten (u.a. Mandel, Kidron, Cliff, Mattick, Castoriadis).²⁵ Sie verstehen den japanischen und westeuropäischen Wirtschaftsaufschwung als Herausforderung der US-Hegemonie, eine Entwicklung, die durch die Existenz des Ostblocks nicht aufgehalten und durch die Entstehung einer integrierten europäischen Wirtschaft noch verstärkt werde. Die amerikanische Durchdringung von Europa und Japan hat nirgends den Punkt erreicht, an dem herrschende Teile der Bourgeoisien dieser Länder denationalisiert werden. Nationalstaaten verteidigen noch immer vor allem die Interessen ihres nationalen Kapitals. So wie der Kampf um die Weltmärkte sich verschärft, können sich die Konflikte zwischen Nationalstaaten intensivieren. Ernest Mandel schließt auf Veränderungen imperialistischer Verhältnisse, die ihm zufolge auf einer veränderten Bewegung des Kapitals basieren, in der sich die internationale Konzentration auch in „internationaler Zentralisation [dem multinationalen Konzern] niederzuschlagen“ beginnt (Mandel 1973, 294). Dabei verzahnt er die Analyse der Kapitalbewegungen mit der Politik der Staaten. Eine fortgesetzte „inter-imperialistische Konkurrenz“, mit „lediglich veränderten Formen“, gilt als wahrscheinlich: „In diesem Modell ist die internationale Kapitalverflechtung weit genug fortgeschritten, um eine größere Zahl selbständiger imperialistischer Großmächte durch eine kleinere Zahl imperialistischer Supermächte zu ersetzen, sie wird aber durch die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitals so stark behindert, dass die Herausbildung einer globalen Interessengemeinschaft des Kapitals nicht gelingt. Die Kapitalverflechtung siegt auf kontinentaler Ebene, wobei sich die interkontinentale imperialistische Konkurrenz um so mehr verschärft“ (Mandel 1973, 309). Neu an der Konstellation ist, dass nur noch drei

²⁵ Die in der Weltsystemtheorie Wallersteins zyklentheoretisch begründete These des Niedergangs der US-Hegemonie bleibt an dieser Stelle unberücksichtigt (Wallerstein 1979).

Weltmächte (Japan, USA, Europa) sich gegenüber stehen und zudem die Gefahr imperialistischer Weltkriege „äußerst unwahrscheinlich, wenn nicht unmöglich“ geworden ist (Mandel 1973, 310).

III. DRITTER SCHUB

Das Ende des Kalten Krieges führte nach 1989 zu einer gewissen Friedens- und Demokratisierungseuphorie auch und gerade unter westlichen Intellektuellen: „Man sprach in jenen Tagen von einem ‚Wettlauf um Frieden‘, der noch ergänzt wurde durch einen Wettlauf um Demokratie. Eine Epoche, die auf Konfrontation und Polarisierung beruhte, schien überwunden [...]. Kants ‚Ewiger Friede‘ und Norbert Elias’ ‚zivilisatorischer Prozess‘ erlebten eine beachtliche Zitierkonjunktur“ (Brock 1993, 164).

Die Revolutionen in Osteuropa und der Zusammenbruch des Warschauer Paktes ab 1989 bedeuteten zwar das Ende der „bipolaren“ Weltordnung, jedoch nicht das Ende kapitalistischer Konkurrenzverhältnisse. Russland verlor mit Ausnahme seiner militärischen Kapazitäten den Status einer Supermacht, große Teile seines einstigen Einflussbereichs wurden in den „westlich“ dominierten Weltmarkt eingebunden. Vor dem Hintergrund der vergleichsweise mäßigen Steigerung der weltpolitischen Rolle Europas und der Stagnation der japanischen Volkswirtschaft erhielten die Vereinigten Staaten schnell den Titel einer „Hypermacht“ verliehen. Nicht erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde dem mit der These relativer Kontrollverluste der Ersten in der Dritten Welt aufgrund partieller Industrialisierungserfolge oder des ostasiatischen Wirtschaftswunders entgegnet.

Sozio-ökonomisch betrachtet, setzte sich in den 1990ern ein erheblicher Globalisierungsschub, einhergehend mit einer Reorganisation von Staatlichkeit und einer beispiellosen Entwicklung hin zu internationalen Organisationen, Regimen und anderen Kontroll- und Abstimmungsverfahren jenseits der klassischen zwischenstaatlichen Diplomatie, fort, der in den 1970ern und dem Ende des langen Wirtschaftsaufschwungs nach 1945 einen Ausgangspunkt hatte. Der „Washington-Consensus“ der 1990er reflektierte die kurzweilige, annähernde Hegemonie der Vereinigten Staaten und eine allgemeine, wenn auch nur relative Übereinstimmung zumindest der „OECD-Welt“ in dem Versuch, die Verwertungsschwierigkeiten der Akkumulationsprozesse zu überwinden.

Der Globalisierungsschub, die neue Konstellation der internationalen Kräfteverhältnisse nach dem Ende des Kalten Krieges und besonders die Entwicklungen nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 haben die Debatte um imperialistische Phänomene wieder aufleben

lassen.²⁶ Wie die widersprüchlichen Verhältnisse von regionalen und globalen Integrationstendenzen, der „US-Hegemonie“ und neue weltweite Rivalitäten theoretisch zu fassen sind, ist Thema eines heterogenen Geflechts von Erklärungsmodellen.

²⁶ Eine Folge der Ende der 1970er Jahre einsetzenden „Krise des Marxismus“ war ein regelrechtes Desinteresse an Imperialismustheorien (Patnaik 2000).

1. EMPIRE, US-HEGEMONIE ODER NEUE IMPERIALISTISCHE GEGENSÄTZE?

Anfang der 1990er wurde, nicht nur in den seit den 1970ern zusammengeschmolzenen Zirkeln der kapitalismuskritischen Linken, argumentiert, dass die Prognose des Abstiegs der USA sich als übertrieben erwiesen hatte. Zum anderen schien es im Golfkrieg von 1991 und der von der UN mandatierten und von den USA angeführten internationalen Koalition so, als sei es zur Transzendenz rein nationaler Interessen gekommen – eine Entwicklung, die die Idee einer neuen Form der postimperialistischen „imperialen“ Souveränität begünstigte. Verstärkt wurden diese Entwicklungen durch die zunehmende wirtschaftliche Integration, begleitet von Tendenzen der politischen Globalisierung durch inter- und supranationale Institutionen („Global Governance“).

Die Kapitalismuskritiker Michael Hardt und Antonio Negri synthetisieren diese Tendenzen in ihrem Buch *Empire. Die neue Weltordnung* (2000/2002) zur These der Transformation der Konkurrenz des Kapitalismus und der Staatenwelt in einen „glatten Raum“ der Machtausübung (Negri/Hardt 2002, 341 ff.), der gleichsam neuartige Spaltungen hervorbringt. Die Herrschaft des Gesamtkapitals und die Etablierung einer „globalen Kontrollgesellschaft“ betont die Bedeutung der Integration und des Transnationalismus. Sie fußt theoretisch auf einer Darstellung der sich herausbildenden „postindustriellen“ Produktionsverhältnisse und einer Bezugnahme auf eine starke Globalisierungsthese.²⁷ Der „postmoderne“ Kapitalismus befindet sich im Übergang zu einem neuen Typus von Herrschaft, einem „Empire“, einem Weltreich ohne Zentrum, das die alte nationalstaatlich gegliederte Welt sprengt. Form und Funktion von Staatlichkeit verändern sich in der neuen Weltordnung grundlegend: Der Nationalstaat büßt seine zentrale Rolle ein, weil ihm drei wesentliche Felder der „Souveränität“ – Militär, Politik, Kultur – abhanden gekommen sind, die durch die zentralen Mächte des Imperiums aufgesogen werden. Negri/Hardt verstehen unter diesem Niedergang des Staates einen Prozess, der ein Zusammengehen bzw. eine Fusion von Staat und Kapital bewirkt: „Im Niedergang des Nationalstaats wird das Verhältnis von Staat und Kapital im eigentlichen Sinn vollständig realisiert“ (Negri/Hardt 2002, 248). Staat und Kapital verschmelzen: Die „Funktionen“ des demokratischen Staats „sind in die

²⁷ Der Ansatz von Negri/Hardt genauso wie der weiter unten eingeführte Ansatz von Martin Shaw gehören gemäß der Kategorisierung von David Held u.a. zur Kategorie der „Hyperglobalizers“, die im Gegensatz zu den „Sceptics“ und den „Transformationalists“ von einer weltweiten Integration der Märkte, einem abnehmenden oder sogar sich auflösenden Nationalstaat und der Erosion alter Hierarchien sprechen (vgl. Held/McGrew/Goldblatt/Perraton 1999).

Kommandomechanismen transnationaler Konzerne auf globaler Ebene integriert“ (ebenda, 319).²⁸ Eine neue imperiale Konstitution beginnt Formen anzunehmen.

Negri/Hardt gehen von der Existenz einer neuen Form von Souveränität aus, die im globalen Markt entsteht – „Diese neue globale Form der Souveränität ist es, was wir Empire nennen“ (Negri/Hardt 2002, 10). Im Gegensatz zum bislang herrschenden imperialistischen System herrscht dieses „Machtdispositiv [...] supranational, global und total“ (Negri 2001, 23). Das Empire ist kein amerikanisches, wenn auch die USA eine privilegierte Stellung innehaben. Es ist „schlicht kapitalistisch. Es ist die Ordnung des ‚Gesamtkapitals‘, also der Kraft, die den Bürgerkrieg des zwanzigsten Jahrhunderts gewonnen hat“ (Negri 2001, 23).²⁹ Dem Imperium fehlt ein Rom, ein lokalisierbares Zentrum – wie das Internet funktioniert es sowohl dezentral als auch universal. Damit unterscheidet sich das „Empire“ fundamental vom Imperialismus. Es gibt keinen Imperialismus mehr, und wo er weiter besteht, ist er nur noch eine Übergangsform. Anders als für den alten, auf Nationalstaaten zentrierten Imperialismus existiert für das grenzenlose „Empire“ mit seiner globalen Befehlsgewalt kein politisches oder wirtschaftliches „Außen“ mehr. Der Prozess der Modernisierung hat eine „Internalisierung des Außen“ bewirkt (Negri/Hardt 2002, 237 ff.).³⁰ Infolge dessen endet auch die Phase imperialistischer, interimperialistischer und anti-imperialistischer Kriege. Stattdessen entsteht eine Ära interner Konflikte – Bürgerkriege kennzeichnen das Empire. Den Vertretern der Empire-These erscheint „alte“ imperialistische Politik folgerichtig als Anachronismus. Der Imperialismus gefährdet das längerfristige Überleben des Kapitalismus, da seine Logik der „Einkerbung, Kanalisierung, Kodierung und Territorialisierung der Kapitalströme“ die Entwicklung hin zum Weltmarkt aufhält: „Der Imperialismus wäre der Tod des Kapitals gewesen, hätte man ihn nicht überwunden. Die volle Entfaltung des Weltmarkts ist das Ende

²⁸ Das Politische und das Ökonomische bilden derart ein geschlossenes System: „Politik verschwindet dabei nicht; was verschwindet ist jede Art Bedeutung der Autonomie des Politischen“ (Negri/Hardt 2002, 318).

²⁹ Praktisch ist das neue Machtgefüge pyramidenartig aufgebaut: An der Spitze der ersten Stufe stehen die Vereinigten Staaten, auf der nächsten Ebene der ersten Stufe die Reihe der G7-Staaten, die auch speziellen Institutionen oder „Clubs“ (wie etwa in Davos) vorsitzen. Auf einer dritten Ebene der ersten Stufe ist eine heterogene Ansammlung von Assoziationen anzutreffen, die kulturelle und biopolitische Hegemonie ausüben, zusammengesetzt aus den Mitgliedern der ersten beiden Ebenen. Auf einer zweiten Stufe finden sich die transnationalen Konzerne (TNCs), über einer Ebene von Nationalstaaten, „die nunmehr im wesentlichen lokale, territorialisierte Organisationen geworden sind. [...] Die dritte und breiteste Stufe der Pyramide bilden schließlich Gruppen, die innerhalb der globalen Machtordnung populäre Interessen repräsentieren“ (Negri/Hardt 2002, 321 f.). Damit sind besonders die UN-Vollversammlung, die Medien und NGOs gemeint.

³⁰ Hardt/Negris Analyse ökonomischer Entwicklungen bezieht sich auf die Tendenz zur Unterkonsumtion – im Rückgriff auf Luxemburg und Lenin machen sie geltend, dass die Verwertungsprobleme zu den Faktoren gehörten, die das Kapital immer wieder nach „außen“ trieben, in nichtkapitalistische Gebiete (vgl. Negri/Hardt 2002, 234).

des Imperialismus“ (ebd., 342). Der Weltmarkt bedarf des glatten Raums unkodierter und deterritorialisierter Ströme.³¹

In abgeschwächter Form wird diese Vorstellung auch von Sozialwissenschaftlern wie Martin Shaw verteidigt, der schon für die Zeit nach 1945 die Entstehung eines westlichen Blockstaats konstatiert, welcher sich gegenwärtig in einen „global-Western state“ transformiert (Shaw 2002). Shaw zufolge lief die historische Entwicklung bis 1945 noch in den Bahnen der von Bucharin vorausgesagten Entwicklung – der verstärkten, auch militärischen Konkurrenz zwischen Staatenblöcken bzw. Imperien (Shaw 2002, 104). Die Zeit nach 1945 verlief andersartig – eher in der Weise wie sie Kautsky für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg antizipierte. Im Zuge der Systemkonkurrenz formierte sich ein enger Block hoch entwickelter kapitalistischer Staaten unter Führung der USA zu einem westlichen Blockstaat (Shaw 2002, 128) bzw. zu einem „Konglomerat“ an Staaten. Das westliche Staatenkonglomerat wuchs zu einem beachtlichen „national-internationalen“ Machtsystem heran, im Kontrast zum Ostblock, in dem die UdSSR nicht in der Lage war, die Prozesse der Internationalisierung zu nutzen, und schließlich zusammenbrach. Die Nationalstaaten blieben im Westen zwar erhalten, wurden aber im Kontext internationaler Kooperation hegemonial durchdrungen. Dies war zugleich die Voraussetzung für den Globalisierungsprozess seit den 1970ern. Zusammenfassend bildete sich eine widersprüchliche Einheit wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht heraus (Shaw 2002, 87).

Das westliche Staatenkonglomerat der Ära des Kalten Krieges hat sich nach 1989 zu einem „western-global state conglomerate“ entwickelt. Es besteht aus staatlichen Machtnetzwerken, die sich auf den überkommenen westlichen Block konzentrieren, aber in steigendem Maße andere Staaten integrieren. Zentral sind dabei die globalen politischen Institutionen wie die

³¹ Im Buch *Multitude. Krieg und Demokratie im Empire* (2004) geben die Autoren ihren Thesen eine andere Akzentsetzung: Gegenwärtig ist der globale Kriegszustand im Zeichen des „Kriegs gegen den Terror“ zur wichtigsten Frage geworden (Negri/Hardt 2004, 17). Der Krieg wird allumfassend, der Ausnahmezustand zum Normalzustand, zudem ergeben sich innerimperiale Konflikte: „Vielleicht sollten wir deshalb auch die amerikanische Ausrufung einer ‚Achse des Bösen‘ nicht nur als direkte Warnung an die drei relativ schwachen feindlichen Diktaturen verstehen, sondern mehr noch als indirekte Drohung gegenüber den weitaus mächtigeren Freunden in deren Nähe. Möglicherweise lässt sich der Irakkrieg als indirekter Angriff auf Europa verstehen“ (Negri/Hardt 2004, 349).

Auch wenn Negri/Hardt eine „Theorie der Binnenbeziehungen“ im globalen System ausarbeiten, verwenden sie nun wieder den Begriff der Geopolitik, der ursprünglich eine „Theorie der Grenzen“ bezeichnete. Die gegenwärtige „imperiale“ Geopolitik ist am besten vor dem Hintergrund des Konfliktes zwischen den Kräften der „sozialen“ Produktion, der *Multitude*, und der globalen Ordnung von Macht und Ausbeutung, der imperialen Souveränität, zu verstehen. Der Widerspruch zwischen oben und unten hat zur Krise geführt. Nachdem zuvor „Big Government is over“ erklärt wurde (Negri/Hardt 2002, 356), wird nun wieder mehr auf den „starken“ Staat rekurriert (Negri/Hardt 2004, 199).

UN, die WTO oder der IWF. Auch zivilgesellschaftliche Kräfte drängen, über Medien und Fernsehen vermittelt, langfristig auf die Ausweitung globaler Regulierung (Shaw 2002, 255 f). Theoretisch sollte man die Idee der amerikanischen Durchdringung Europas (bei Poulantzas) fallen lassen und, wenn überhaupt noch von Imperialismus gesprochen werden kann, die Kautsky'sche Variante wählen (Shaw 2002, 203). Die gegenwärtige „globale Staatlichkeit“ besitzt zwei zentrale Merkmale. Erstens: „The idea of a unified centre of state power which generates a worldwide web of authoritative relations, backed up by a more or less common, world organization of political force, is now partially – even if, as we shall see, very imperfectly – realized“ (Shaw 2002, 192). Zweitens: „On the other hand – simultaneously and relatedly – the plurality of state power is reproduced in new forms. Both the resilience of some national centres and the continuous emergence of new centres of would-be authoritative force constantly reproduce the contest of violence“ (Shaw 2002, 192). Als hegemonial innerhalb des entstehenden globalen Staates erweist sich das immer enger zusammenwachsende westliche Staatenkonglomerat (Shaw 2002, 255). Die Bush-Administration wird daher als anachronistisch bezeichnet – sie stellt sich dem Trend der Internationalisierung in einer ihr selbst schadenden Weise entgegen.

Mit der Herausgabe des Buches *Empire* von Negri/Hardt und besonders seit dem Beginn des „Kriegs gegen den Terror“ nach dem 11.9.2001 fand eine Art Renaissance marxistischer Erklärungsansätze zum „neuen Imperialismus“ statt.³² Dabei findet die These eines erneuerten *US-Superimperialismus* große Unterstützung.

Für Leo Panitch sind die Staaten, insbesondere der amerikanische Staat, Urheber der „Globalisierung“ und nicht deren Opfer: Bei aller Fairness gegenüber dem gewagten Vorhaben der Beschreibung einer neuen nach-imperialistischen Welt ist genau die Arbeit Hardt/Negris als Beispiel für die Verkennung der Bedeutung des Staates anzusehen (Panitch/Gindin 2002b). Sich in die Tradition Poulantzas stellend, betont er die hegemoniale Rolle des amerikanischen Staates, der sich als Organisator des globalen Kapitalismus andere Staaten, als „prototypischer Globalstaat“, unterordnet (Panitch 2002, 80). In seinem zusammen mit Sam Gindin verfassten Text *Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium* (2003/2004a) wird gegen die „ökonomistische“ Verkürzung in den klassischen marxistischen Imperialismustheorien die Notwendigkeit einer neuen Imperialismustheorie

³² Zunächst war es aber nicht die kritische Wissenschaft, die sich der analytischen Kategorie des „Imperialismus“ wieder annahm. Die Protagonisten der US-amerikanischen Außenpolitik selbst führten in ausgesprochen affirmativer Weise Begriffe wie „imperiale Politik“ und „Imperialismus“ wieder ein (Foster 2002).

begründet. Panitch/Gindin schlagen die Einbeziehung staatstheoretischer Erkenntnisse sowie eine Historisierung der Imperialismustheorie vor, die mit der Vorstellung, „dass das Wesen des modernen Imperialismus ein für alle Mal durch diejenigen Formen ökonomischer Konkurrenz determiniert ist, die mit dem Stand der industriellen Konzentration und der wachsenden Bedeutung des Finanzkapitals“ einhergehen, bricht (Panitch/Gindin 2004a, 24). So wird Raum geschaffen „für eine umfassende Würdigung der historischen Faktoren [...], die zur Formierung eines einzigartigen amerikanischen informellen Imperiums geführt haben“ (Panitch/Gindin 2004a, 15).

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die Vereinigten Staaten das erzielen, was Großbritannien immer verwehrt blieb. Die anderen kapitalistischen Mächte wurden in ein funktionsfähiges Netzwerk integriert, es kam zur „Verknüpfung“ des amerikanischen Staates mit den Exekutivapparaten Europas und Japans (z.B. Finanzministerien) sowie mit deren Zentralbanken (Panitch/Gindin 2004a, 42-48). Die institutionellen Beziehungen, die die USA um sich herum schufen, das amerikanische „Protektoratssystem“, vervollkommnet durch die Militär- und Sicherheitsstrukturen der NATO, führte so zu einer „Veränderung des Wesens des kapitalistischen Zentrums“ und brachte die „innere Transformation der Sozialbeziehungen innerhalb der Protektorate in die Richtung eines amerikanischen ‚fordistischen‘ Akkumulationssystems mit sich“ (ebd., 50). Auch die Nord-Süd-Beziehungen wurden fortan unter der Führung der USA ausgebaut, Interventionen starker Staaten bedurften der Billigung durch die amerikanischen Regierungen. Die Krise der 1970er und die innerwestlichen Spannungen konnten durch die erfolgreiche Re-Etablierung der Vereinigten Staaten als Organisator des globalen Kapitalismus beendet werden. Ein möglicher Rückzug aus der internationalen Ökonomie oder die Infragestellung des amerikanischen Imperiums seitens Europas/Japans war damals aufgrund der hohen Integration in die amerikanische Einflussosphäre ausgeschlossen. Sowohl die militärische Schutzmacht der USA als auch die ausländischen Direktinvestitionen verhinderten dies: Die amerikanischen Auslandsdirektinvestitionen entfalteten einen „direkten Einfluss auf die Klassenstrukturen und die staatlichen Formationen der anderen Kernländer“ (Panitch/Gindin 2004a, 59). Spannungen und Bündnisse nationaler herrschender Klassen konnten nun nicht mehr in rein „nationalen“ Begriffen verstanden werden. Die europäischen Herrschenden wurden gewissermaßen „zersetzt“, konnten nicht mehr als kohärente soziale Klasse verstanden werden. In diesem Kontext hat die „Internationalisierung des Staates“ höchste Bedeutung errungen. Die Nationalstaaten haben damit ihren Aufgabenbereich erweitert anstatt zu erodieren. Im Laufe schwieriger Verhandlungen in den 1970ern „akzeptierten schließlich alle

beteiligten Nationalstaaten die Verantwortung dafür, die notwendigen *inneren* Verhältnisse für eine anhaltende *internationale* Akkumulation zu schaffen, nämlich: stabile Preise, Beschränkung von Arbeitskämpfen, Gleichbehandlung von Auslandsdirektinvestitionen und nationalem Kapital und keine Restriktionen für abfließendes Kapital“ – was den Kern der neoliberalen Umgestaltung der Welt ausmachte (Panitch/Gindin 2004a, 61). Den USA ist es damit gelungen, ihr informelles Empire der Bretton-Woods-Ära auf eine neue Grundlage zu stellen.³³ Insgesamt hat die unter Reagan sich verfestigende neue Form gesellschaftlicher Herrschaft die Basis für die Wiederbelebung des produktiven Kerns der amerikanischen Industrie gelegt.³⁴ Der Anteil an der Weltproduktion verringerte sich nun nicht mehr weiter und verblieb seitdem bei etwa 25 %.

Die Europäische Union bzw. der Euro stellen keine Gefahr für das amerikanische Imperium dar. Daher stoßen sie auch nicht auf ernsthaften Widerstand in den USA. Immer wieder zeigt sich, dass die NATO „der ultimative Polizist Europas“ ist (Panitch/Gindin 2004a, 74). In Ostasien sind noch geringere Kapazitäten für eine unabhängige regionale bzw. globale Führungsmacht vorhanden. China ist noch Jahrzehnte von einer wirklich starken Position entfernt, die Diskussion um eine Dollarkrise irreführend: Eine Dollarkrise hätte negative Auswirkungen auf den Kapitalismus als Ganzen. „In contrast to the old paradigm of inter-imperial rivalry, the nature of current integration into the American empire means that a crisis of the dollar is not an 'American' crisis that might be 'good' for Europe or Asia, but a crisis of the System as a whole, involving severe dangers for all. To suggest, as Arrighi does, that because the holders of American Treasury bills are now primarily in Asia we are therefore witnessing a shift in the regional balance of power, is to confuse the distribution of assets with the distribution of power“ (Panitch/Gindin 2004b, 73). Die Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik seit 2001 ist gleichwohl Beleg für die Tatsache, dass die

³³ Obwohl dieser Prozess die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen regionalen Blöcken forcierte, „brachte er nichts mit der alten zwischenimperialistischen Konkurrenz Vergleichbares hervor“ (Panitch/Gindin 2004a, 18), da der amerikanische Staat für eine globale Regulierung sorgte.

³⁴ Panitch/Gindin zeichnen den historischen Prozess der Entstehung einer globalen Finanzordnung unter der Ägide New Yorks und Washingtons nach und zeigen auf, wie Finanzwelt und imperiale amerikanische Politik sich gegenseitig stärken. Im Gegensatz zu anderen marxistischen Analysen, die die Finanzialisierung mit der fortwährenden Krise bzw. Stagnation des Weltkapitalismus seit den 1970ern in Verbindung bringen, glauben Panitch/Gindin, dass die Expansion des Finanzkapitals integraler Bestandteil einer gesteigerten Akkumulationsrate gewesen ist. Die liberalisierten Finanzmärkte sind ein sich entwickelnder Mechanismus zur Durchsetzung amerikanischer Interessen. Die dominante Stellung der Wall Street auf den internationalen Finanzmärkten ermöglichte eine Erhöhung des Kapitalimports, der sonst nicht vorstellbar gewesen wäre. Die Finanzmärkte haben längst ihre klassische Funktion der Kreditvergabe hinter sich gelassen, und bilden heute ein Herzstück des Akkumulationsprozesses. Auch haben sie dazu beigetragen, Kosten zu senken und dienen als Absatzmärkte für die Computerrevolution (Panitch/Gindin 2004b, 68).

Wiederherstellung der amerikanischen Vorherrschaft dem Kapitalismus insgesamt keineswegs mehr Stabilität verleiht. Der „Neoliberalismus“ mit der für ihn charakteristischen Intensivierung des Wettbewerbs und einer „Hypermobilität“ der liberalisierten Finanzmärkte hat die Volatilität der Märkte eher erhöht. Dass das amerikanische Imperium heute in zunehmend „unverhüllter Form“ auftritt, liegt an dem Bestreben des amerikanischen Staates, die mit der Instabilität verbundenen Probleme, insbesondere in den ärmsten Bereichen der Welt sowie in den „Schurkenstaaten“, anzugehen (Panitch/Gindin 2004a, 80). Das größte Problem für den „Imperialismus als Ganzem“ liegt im Verhältnis zu den Staaten außerhalb des kapitalistischen Zentrums. Hinzu kommt die „Einsamkeit der Macht“: „Die gefühlte Last letztendlicher Verantwortlichkeit (und die seit dem 11. September weit stärkere Sensibilisierung für die Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten als einem Ziel terroristischer Angriffe im In- und Ausland) gaben dem Wunsch Auftrieb, sich eine vollständige ‚Souveränität‘ zu bewahren“ (Panitch/Gindin 2004a, 82). Die Ursache der Krise, die ein heute unverhülltes amerikanisches Imperium hervorgerufen hat, liegt nicht in einer Überakkumulation, sondern in den Hindernissen, die „ein auf der Herrschaft mit und durch andere Staaten gegründetes informelles Imperium für eine Strategie eines koordinierten Wachstums aufstellt“ (Panitch/Gindin 2004a, 78 f.).

Im Gegensatz zu Hardt/Negri, aber auch zu Panitch, warnen eine Reihe von Autoren vor neuen innerimperialistischen Konflikten, die sie teilweise mit einem relativen Niedergang der USA in Verbindung bringen. Vorgestellt werden im Folgenden der Marxist David Harvey, der Weltsystemtheoretiker Giovanni Arrighi und der Neo-Weberianer Michael Mann.³⁵

³⁵ Die Modifikationen des Neorealismus der letzten Jahrzehnte können hier nur kurz erwähnt werden (vgl. Layne 2006). Darunter sticht der „offensive“ Realismus John J. Mearsheimers hervor, der erhebliche Konflikte zwischen den Großmächten erwartet und sogar Kriege zwischen ihnen für möglich hält. Theoretisch begründet wird dieses Szenario, indem er eine alte neorealistische Aussage verwirft, der zufolge die Logik des internationalen Systems zu einem Gleichgewicht tendiert. Stattdessen sieht er die einzige Garantie des Überlebens von Staaten in der ständigen Suche nach Überlegenheit (Mearsheimer 2003, 21). Im Gegensatz zu Waltz' „defensivem Realismus“, bei dem Staaten quasi als defensive Positionalisten agieren, deren primäres Interesse dem *Erhalt* ihrer Position im Staatensystem gilt (vgl. Layne 2006, 16 ff., 136 f.), betont Mearsheimer Aspekte staatlichen Handelns, die nicht nur „balancing“, sondern auch „aggression“ und damit *Ausbau* ihrer Macht beinhalten: „States not only emulate successful balancing behavior, they also imitate successful aggression. For example, one reason that the United States sought to reverse Saddam Hussein's conquest of Kuwait in 1990-91 was fear that other states might conclude that aggression pays and thus initiate more wars of conquest“ (Mearsheimer 2003, 166). Ihre „Sicherheit“ werden Staaten nur erreichen, wenn sie verstehen, dass sie am ehesten dann überleben, wenn sie der mächtigste Staat sind. Aus dem Sicherheitsdilemma resultiert ein beharrliches Streben nach Vorherrschaft, nach einer „grand strategy“ (Mearsheimer 2003, 40).

David Harvey entwickelt in seinem Buch *Der neue Imperialismus* (2003/2005) die These, dass imperialistische Politikformen aus dem Zusammenspiel von „territorialer“ und „kapitalistischer“ Machtlogik entstehen. Er definiert „die spezielle ‚kapitalistischer Imperialismus‘ genannte Sorte, als widersprüchliche Verschmelzung von der ‚Politik von Staaten und Imperialen‘ (Imperialismus als unverkennbar politisches Projekt seiner Akteure, deren Macht auf der Befehlsgewalt über ein Territorium und dem Vermögen beruht, seine menschlichen und natürlichen Ressourcen zu politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zwecken zu mobilisieren) mit den ‚molekularen Prozessen der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit‘ (Imperialismus als diffuser politisch-wirtschaftlicher Prozess in Raum und Zeit, in dem die Befehlsgewalt über und die Verwendung von Kapital Vorrang hat)“ (Harvey 2005, 33). Imperialistische Expansion stellt eine wichtige Möglichkeit dar, um innere Überakkumulationskrisen zu lösen. Da der Staat insgesamt eine enorme Bedeutung als „territorialisierte Rahmenstruktur“ der Kapitalakkumulation besitzt, wird zudem eine Analyse der inneren Verhältnisse des kapitalistischen Staats eingefordert (Harvey 2005, 179 f.).

Die Phase der amerikanischen Nachkriegshegemonie im Westen, in der die USA in „super-imperialistischer“ Manier eine stillschweigende internationale Übereinkunft hervorbrachten, ging mit der in den 1960ern einsetzenden Überakkumulationskrise ihrem Ende entgegen. Die folgende Phase des Imperialismus, die „neoliberale Hegemonie“ von 1970 bis 2000, war geprägt durch eine Machtverschiebung innerhalb der herrschenden Klassen vom Produktivkapital hin zu Instanzen des Finanzkapitals, Internationalisierungsprozessen und zugleich größerer Konkurrenz, in deren Zentrum der „Wall-Street-US-Finanzministerium-Komplex“ stand (Harvey 2005, 66 ff.). Mit der Festigung neoliberaler Grundregeln verringerte sich erst einmal die Gefahr des „Rückfalls“ in politische Staatenkonkurrenz. Mitte der 90er schien sich eine Art „Ultraimperialismus“ gebildet zu haben (Harvey 2005, 72). Unter der Oberfläche entwickelten sich jedoch wieder neue Widersprüche. Neue Industriekomplexe entstanden in Ostasien, was zu „subtilen“ Taktiken des Gegenangriffs auf die Hegemonie der USA im Bereich der Finanzen führte, ablesbar an den steigenden Handelsbilanzüberschüssen Japans und Chinas oder einem Trend zur Regionalisierung der Weltwirtschaft (Harvey 2005, 73).

Seit 2000 ist eine neue Phase des Imperialismus eingeleitet, in der der offen militärgestützte US-Imperialismus als Zeichen der Schwächung der „Dollar-Wallstreet-Regime-Hegemonie“ gelesen wird. Ein Übergang von der Politik des „Konsenses“ zur Politik des „Zwangs“ lässt

Für einen stärker die sozio-ökonomischen Verhältnisse einbeziehenden Neorealismus, vgl.: Link 1999; Layne 2006.

sich nachweisen. Zentral ist nun, wo eine neue Form der raum-zeitlichen Bindung von Kapital zur Linderung des Überakkumulationsproblems lokalisiert sein könnte. Am aussichtsreichsten gilt die Entwicklung Chinas. Das Abfließen von Überschusskapital nach China wird voraussichtlich schwerwiegende Folgen für die amerikanische Wirtschaft haben, da diese von Kapitalzuflüssen abhängig ist, um ihren eigenen unproduktiven Konsum im militärischen Sektor aufrechtzuerhalten: „Das Ergebnis wäre das Äquivalent einer ‚strukturellen Anpassung‘ in der US-Ökonomie und damit verbunden ein bislang ungekanntes Maß an Entbehrungen, wie man sie seit der Großen Depression der 1930er Jahre nicht mehr erlebt hat. In solch einer Situation wären die USA sehr in Versuchung, ihre Macht über das Öl als Bremsklotz China in den Weg zu stellen, was zumindest zu einem geopolitischen Konflikt in Zentralasien führen und sich möglicherweise zu einem globaleren Konflikt auswachsen würde“ (Harvey 2005, 202). Auch das bislang kooperativ-freundliche transatlantische Verhältnis kann sich abkühlen, wie die Bedrohung des Dollar durch den Euro oder die unterschiedlichen Weltordnungsvorstellungen zeigen. Neue potentielle Hegemone sind allerdings in Ostasien wahrscheinlicher (Harvey 2005, 84 ff., 201 ff., 223).³⁶ Alles in allem stehen die Vereinigten Staaten weit schwächer dar, als sie es glauben machen wollen. Die prekäre Situation als Besatzungsmacht im Irak nach 2003 und die Möglichkeit einer Schuldenkrise in den USA verweisen auf die Schwachstellen des US-Imperialismus. In solchen Zeiten könne man schwerlich genaue Vorhersagen treffen, müsse aber mit Allem rechnen.³⁷

Noch stärker wird der Aspekt einer Verschiebung des Zentrums der Weltwirtschaft von Giovanni Arrighi vertreten, der als Vertreter der Weltsystemtheorie den „neuen“

³⁶ Dabei kann der wachsende Nationalismus zu wirtschaftlichen Verwerfungen führen: Er „kann dem internationalen Kapitalstrom und den Dynamiken der Akkumulation tatsächlich Beschränkungen auferlegen. Der Rückzug in regionale Strukturen des Kapitalkreislaufs und der -akkumulation, für den die Zeichen sich bereits häufen, kann durch jeden wachsenden Trend des Nationalismus und Rassismus verschlimmert werden, ganz zu schweigen davon, wie der Gedanke eines Kampfs der Kulturen an Boden gewinnt“ (Harvey 2005, 201).

³⁷ „Wer hätte 1928 einen Krieg zwischen kapitalistischen Mächten voraussagen können? Wer hätte das plötzliche [...] Auseinanderbrechen der Sowjetunion 1985 vorhergesehen? Wer hätte vor vier Jahren vorhergesagt, dass ein Krieg mit dem Irak nahe bevorstand? Und die USA sind höchst verwundbar. Selbst ihre gerühmte militärische Macht ist fraglich. Die USA dominieren vielleicht in ferngesteuerter Zerstörungsmacht, aber sie haben schlicht nicht den Willen oder die Ressourcen, eine langfristige militärische Besatzung auf dem Boden aufrechtzuerhalten“ (Harvey 2005, 225).

Imperialismus in Bezug zu langen „systemischen Akkumulationszyklen“ setzt und den Abstieg der Vereinigten Staaten als Welthegeemon prognostiziert.³⁸

Wie bereits erwähnt, behandelt die Weltsystemtheorie die Welt als ein umfassendes System, welches seit dem 16. Jahrhundert mehr und mehr von einer einheitlichen, kapitalistischen Logik bestimmt ist. Das Handeln der einzelnen Einheiten des Systems, vor allem der Staaten, wird determiniert durch die Einbettung in die jeweilige Struktur des Weltsystems. Arrighi diskutiert in seinem Buch *The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times* (1994) vier systemische Akkumulationszyklen, die jeweils ein „langes“ Jahrhundert konstituierten: Den genuesisch-iberischen Zyklus, der vom 15. bis zum frühen 17. Jahrhundert dominierte, den niederländischen Zyklus, der vom späten 16. bis zum späten 18. Jahrhundert andauerte, den britischen Zyklus von der Mitte des 18. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, und schließlich den US-amerikanischen Zyklus, der seinen Anfang Ende des 19. Jahrhunderts nahm. „Each cycle is named after (and defined by) the particular complex of governmental and business agencies that led the world capitalist system towards first the material and then the financial expansions that jointly constitute the cycle. Consecutive systemic cycles of accumulation overlap with one another at their beginnings and ends, because phases of financial expansion have not only been the ‘autumn’ of major developments of world capitalism. They have also been periods in the course of which a new leading governmental-business complex emerged and over time reorganized the system, making possible its further expansion” (Arrighi 2005b, 5).

Die jeweiligen Hegemone setzten in ihrer Führungsrolle gewisse Standards durch (z.B. den Goldstandard, das Bretton-Woods-System nach 1945) und schafften dadurch eine größere Berechenbarkeit als in Zeiten ohne einen Hegemon. Besser als andere Staaten konnten sie einen Rahmen für die Wahrnehmung und Sicherstellung von Eigentumsrechten setzen und zur Bekämpfung der internen Widersprüche des Systems beitragen. Anknüpfend an Fernand Braudel schreibt Arrighi, dass den Phasen der Hegemonie, die durch ein Ansteigen der Produktion charakterisiert sind, eine Phase der finanziellen Expansion folgt, die charakteristisch für die „Reife“ eines Hegemoniezyklus ist (Arrighi 1994, 5). Erschöpft sich ein Produktionsmodell, fehlt es an ausreichenden produktiven Anlagemöglichkeiten für das Kapital, wird die Überakkumulation des Kapitals temporär gelöst, indem neue Formen von

³⁸ Auch Wallerstein diskutiert weiterhin den möglichen Niedergang der US-Hegemonie (Wallerstein 2004, 19-35). Dabei wird ein Übergang zu einem neuen Weltsystem bis 2050 prognostiziert (Wallerstein 2002, 43 ff.). Wallerstein hält einen Aufstieg Chinas für weniger wahrscheinlich als Arrighi und diskutiert daher die möglichen Folgen der „Kluft“ der „Triade“ (Wallerstein 2004, 242-259).

Finanzanlagen geschaffen werden. Die Vereinigten Staaten befinden sich derzeit inmitten dieser Phase der „Finanzialisierung“ – dem „Zeichen des Herbstes“.

Zwischen den historischen Zyklen bestehen sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede. Immer wieder haben Hegemone in Zeiten der finanziellen Expansion beispielsweise ihre Machtposition erst einmal verstärkt, weil ihre fortgesetzte Zentralität in der Weltwirtschaft ihnen eine besonders gute Position verschaffte, von der finanziellen Expansion zu profitieren. Gleichzeitig wurden die Zyklen immer kürzer und wuchs die Komplexität der führenden Regime beständig an, was eine fortschreitende Steigerung der Kosten für die Aufrechterhaltung der Hegemonie mit sich brachte. Die Zeiten finanzieller Expansion können durch zwei Ereignisse gekennzeichnet werden: Erstens sind sie mit größeren Schüben einer „Akkumulation durch Enteignung“ (ein Begriff, den Arrighi von Harvey übernimmt) verbunden (Arrighi 2005b, 6). Massive Reichtumsumverteilungen sind Schlüsselmomente bestimmter Phasen der Finanzialisierung, Zeiten einer „belle époque“, die das Ende eines Zyklus aber nur aufschieben, wie Arrighi am Beispiel der Renaissance und an den Reagan- bzw. Clinton-Regierungen veranschaulicht. In diesen Zeiten beginnen ebenso die zwischenstaatlichen Konflikte zu eskalieren. Zweitens bricht sich ein Prozess Bahn, der zum Transfer von überschüssigem Kapital in aufstrebende Zentren führt – und damit neue Phasen des Wachstums (neuer Mächte) ermöglicht (Arrighi 1994, 127).³⁹

In Bezug auf den „Herbst“ des jüngsten Akkumulationszyklus kommt Arrighi zu folgenden Überlegungen: Die „Signalkrise“ hat um 1970 stattgefunden. Mittlerweile befindet sich die USA in einer hegemonialen Krise. In diesem Zusammenhang spielen die Konflikte zwischen dem alten Hegemon und einer neuen aufstrebenden Macht (China) eine wichtige Rolle. Die amerikanischen Versuche des Weltregierens mit den Mitteln der „Dominanz ohne Hegemonie“ scheitern jedoch. Erstens erholen sich die USA nicht vom „Vietnamsyndrom“, zweitens verlieren die USA ihre ökonomische Vormachtstellung und drittens beschleunigt der „Krieg gegen den Terror“ die Tendenz der Rezentrierung der Weltwirtschaft in Ostasien nach. Die Probleme, die den USA im Irak und im Krieg gegen den Terror gegenüberstehen, sind ungleich größer als Ende der 1960er/Anfang der 1970er (Arrighi 2005a, 52 ff.). Dabei geht es nicht in erster Linie um die Stärke des irakischen Widerstands, die Abhängigkeit vom Öl oder

³⁹ Arrighi behauptet gleichwohl, dass sich die Menschheit in einem langwierigen Prozess der Formierung eines „Weltstaates“ befindet. War der Weltkapitalismus ursprünglich in einem System von Stadtstaaten verankert, dann in Nationalstaaten, so ist heute der Übergang zur Weltstaatsphase zu erkennen. Allerdings läuft der Übergang mit mehr Friktionen ab, als dies etwa Negri/Hardt annehmen – und wird voraussichtlich nicht im 21. Jahrhundert abgeschlossen werden (Arrighi 2003, 24 f.). Arrighi kritisiert bereits in einem Frühwerk die klassischen marxistischen Imperialismustheorien (Arrighi 1978).

die innenpolitischen Konflikte im Angreiferland selbst. Was auf dem Spiel steht, ist die Frage, ob die USA weiterhin die „Ordnung“ in der Welt bewahren können. Die amerikanischen Zahlungsbilanzdefizite, die Finanzierung des amerikanischen Aufschwungs durch ausländisches, mehrheitlich ostasiatisches Finanzkapital und das Anwachsen der ausländischen Devisenreserven in Dollar-Währung deuten auf einen Verlust der amerikanischen Hegemonie über die Weltwirtschaft und das Geld hin: „the US condition of domination without ‘hegemony’.” (Arrighi 2005a, 64).⁴⁰ Die Vereinigten Staaten wehren sich mit nur mäßigem Erfolg dagegen: Einzig die wirtschaftlichen Gewinne, die ihnen über ihre Rolle des Dollars als (Noch-)Weltgeld zufließen, sind ein ernstzunehmender Gegenfaktor (Arrighi 2005a, 67). Auch wenn die Bush-Regierung glauben mag, dass ein sinkender Dollar-Kurs kein amerikanisches Problem ist, und im Gegenteil ein effektives Mittel darstellt, Freunde und Feinde gleichermaßen dazu zu zwingen, die amerikanischen Kriegskosten und den wirtschaftlichen Aufschwung zu finanzieren, entwickeln sich die realen Verhältnisse fatal für die USA: „In reality, the sinking dollar of the 2000s is the expression of a far more serious crisis of American hegemony than the sinking dollar of the 1970s. Whether gradual or brutal, it is the expression (and a factor) of a relative and absolute loss of the US’s capacity to retain its centrality within the global political economy“ (Arrighi 2005a, 74). Das größte Versagen der neokonservativen imperialen Politik besteht in ihrem Unvermögen, China an seinem Aufstieg zu einem neuen Zentrum der Weltwirtschaft zu hindern. Noch fürchte sich jeder vor einem Niedergang der US-Wirtschaft, denn dieser würde die ganze Weltwirtschaft mitreißen. Folglich versuchen europäische und ostasiatische Regierungen, einen Abstieg der US-Wirtschaft zu verhindern. Sollte aber in Ostasien ein neues Zentrum entstehen, welches an Bedeutung gewinnt, dann wird es mehr und mehr Regierungen gleichgültig sein, ob die amerikanische Wirtschaft in eine Krise gerät. In diesem Fall wird sich China als der „große Gewinner“ des Kriegs gegen den Terror erweisen (Arrighi 2005b, 33).

Eine historische Neuheit der gegenwärtigen Krise kann in der Aufgabelung militärischer und finanzieller Potentiale abgelesen werden. Zwar bleibt das Militär in den Händen des Hegemons konzentriert, aber er besitzt nicht die finanziellen Mittel zur Lösung seiner strukturellen Schwächen: „The declining hegemon is thus left in the anomalous situation that

⁴⁰ Der amerikanische Aufschwung der 1990er basierte Arrighi zufolge auf den „Synergieeffekten“ von zwei Grundlagen: Erstens der Fähigkeit der USA, sich als Garant politisch-militärischer Ordnung und gleichzeitig als „market of last resort“ zu präsentieren, zweitens dem Willen des Restes der Welt, die Vereinigten Staaten mit dem notwendigen Kapital zu versorgen. Der Zusammenbruch des Ostblocks, die schnellen „Siege“ am Golf 1991 oder im ehemaligen Jugoslawien und der New-Economy-Boom garantierten das Funktionieren des Weltsystems. Heute drohen die Grundlagen dieses instabilen Systems zu zerfallen.

it faces no credible military challenge, but it does not have the financial means needed to solve system-level problems that require system-level solutions” (Arrighi/Silver 1999, 278). Folge hiervon ist die Möglichkeit des Abgleitens der jetzigen hegemonialen Krise in eine Periode des „systematischen Chaos“ (Arrighi/Silver 1999, 275), wenn auch Kriege zwischen den stärksten Einheiten des Systems unwahrscheinlich erscheinen.⁴¹

Michael Mann hat eine weitere Version der These des relativen Niedergangs der USA vorgestellt, die er im Rahmen seines historisch-soziologischen bzw. neo-weberianischen Ansatzes begründet. In seinem (noch unvollständigen) Hauptwerk *Geschichte der Macht* (1986-1993/1990-2001) argumentiert er, dass „Gesellschaften“ keine starren, integrierten Systeme und Totalitäten darstellen, sondern aus verschiedenartigen Interaktionsnetzen bestehen. Ausgangspunkt ist für Mann die Idee, dass Gesellschaften als Gebilde betrachtet werden müssen, die aus „vielfältigen, sich überlagernden und überschneidenden sozialräumlichen Machtgeflechten“ bestehen (Mann 1990, 14). Ihn interessieren besonders die organisatorischen Strukturen, in denen in Kollektivzusammenhängen Macht ausgeübt wird.

Mann unterscheidet vier Hauptquellen von sozialer Macht. Erstens sind das ideologische, zweitens ökonomische, drittens militärische und viertens politische Machtgeflechte. Die Wechselbeziehungen dieser vier Hauptquellen von sozialer Macht sind sein zentraler Untersuchungsgegenstand. Sie bilden „Gesamtzusammenhänge“, die die Menschen in eine relativ feste Ordnung einbinden (Mann 1990, 23).⁴² Auf Basis der Annahme einer

⁴¹ Andere Weltsystemtheoretiker sind an diesem Punkt skeptischer. Christopher Chase-Dunn und Bruce Podobnik prognostizieren aufgrund einer neuen Multipolarität nach 1990 und der hegemonialen Krise der USA in Zukunft eine erhöhte Weltkriegswahrscheinlichkeit. Im Falle sich zuspitzender Konflikte wird die Wahrscheinlichkeit von Kriegen zwischen den USA und seinen Herausforderern, vor allem Deutschland und Japan, zunehmen (Chase-Dunn/Podobnik 1999, 42). Die Autoren nehmen an, dass in den Jahren nach 2020 ein neuer Weltkrieg droht (ebd., 54).

⁴² Im Folgenden gliedert Mann verschiedene Machttypen auf. Er unterscheidet zwischen „despotischer“ und „infrastruktureller“ Macht, erstere wird verstanden als die Durchsetzungsmacht der Herrschenden gegenüber Akteuren und Einrichtungen der Zivilgesellschaft, letztere wird begriffen als die institutionellen Voraussetzungen des Staates zur Realisierung politischer Entscheidungen in der und mit Hilfe der Zivilgesellschaft. Eine weitere Unterscheidung wird mit dem Begriffspaar „distributive“ und „kollektive“ Macht vorgenommen. Unter distributiver Macht ist die Fähigkeit zu verstehen, auf Kosten eines anderen Akteurs Macht hinzuzugewinnen. Kollektive Macht ist Machtsteigerung durch Kooperation von Akteuren gegenüber Dritten oder der Natur (Mann 1990, 21). Des Weiteren unterscheidet Mann zwischen „extensiver“ Macht – der Macht, eine große Zahl von Menschen über weite Räume hinweg in einen Kooperationszusammenhang einzubinden – und „intensiver“ Macht – der Fähigkeit zur Bildung einer straffen und starken Organisation von Menschen mit gesteigerter Bindungswirkung. Schließlich differenziert Mann zwischen dem Typus der „autoritativen“ und der „diffusen“ Macht. Erstere ist gekennzeichnet durch eine Machtstruktur, die auf

prinzipiellen Gleichwertigkeit der vier Quellen der Macht entwickelt Mann die These einer hochgradig fragmentierten Welt. In seiner vergleichenden Analyse stellt er in Frage, dass die Durchsetzung eines vermeintlich globalen Kapitalismus in Wirklichkeit allein den Prozess der Integration antreibt. Vielmehr verläuft er bereits auf der ökonomischen Ebene eher „trilateral“ (Europa, Nordamerika, Ostasien) (Mann 1997, 122). Der globale Kapitalismus umfasst zudem wesentlich mehr Brüche und Unterschiede politischer Art, die etwa in der These der Auflösung des Nationalstaates vernachlässigt werden.

In *Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA nicht die Welt regieren können* (2003) spricht Mann von einem „neuen Imperialismus“ der Bush-Administration, der sich nach dem Ende des Kalten Krieges langsam entwickelte und mit der Entstehung von weltpolitischen Konkurrenten wie China zusammenhängt.⁴³ Das American Empire habe sich jedoch imperial überdehnt. Es „entpuppt sich als militärischer Riese, ökonomischer Trittbrettfahrer, politisch Schizophrener und ideologisches Phantom. Das Ergebnis ist ein gestörtes und missgestaltetes Monster, das durch die Welt tapert und stakst. Es meint es gut. Es möchte Ordnung schaffen und Gutes tun, schafft stattdessen aber noch mehr Unordnung und Gewalt“ (Mann 2003, 27). Auf die Volkswirtschaften der Staaten des Westens, aber auch Chinas oder Indiens haben die USA nur begrenzten Einfluss. Auch in den Ländern des Südens steuern sie die Wirtschaftsprozesse nicht gänzlich. Die USA haben ihre industrielle Vormachtstellung eingebüßt – einzig den Finanzsektor dominieren sie weiter. Die „Schizophrenie“ amerikanischer Außenpolitik wird am Oszillieren zwischen multilateraler Einbindung und unilateralen Alleingängen deutlich: „Angesichts einer Welt von Nationalstaaten besitzen die USA keine imperiale politische Macht“ (Mann 2003, 129). Unter dem Stichwort „ideologisches Phantom“ schließlich versteht Mann eine Politik ohne ideellen Rückhalt – die weltweit verbreiteten Ideale von Demokratie und Freiheit widersprechen dem neuen Imperialismus, der streng hierarchisch, klassifizierend und zensierend agiert (Mann 2003, 324).

ein gewisses Maß an freiwilligem Gehorsam beruht, letztere entsteht in einer eher spontanen, dezentralen Weise (Mann 1990, 24). Kapitalistische Marktbeziehungen sind ein typisches Beispiel für diffuse und gleichzeitig extensive Machtverhältnisse, die Befehlsstruktur einer Armee ist dagegen von intensiver, aber zugleich autoritativer Macht geprägt.

⁴³ Bei der Bildung des neuen Imperialismus spielten historische „Zufälle“ eine große Rolle – durch die „Verzerrung“ im amerikanischen Wahlsystem gewann George W. Bush die Wahl, der Einzug neokonservativer „christlicher Etappenfalken mit einer mysteriösen Affinität zur israelischen politischen Rechten“ in Regierungsämter radikalisierte den außenpolitischen Kurs, und der 11. September 2001 lieferte die Legitimation dieses neuen Kurses in der Öffentlichkeit (Mann 2003, 20). Der Irakkrieg wurde nicht nur wegen Ölinteressen, sondern auch aus „Rache“ gegenüber dem irakischen Regime geführt, einem altbekannten imperialen Motiv (Mann 2003, 259 ff.).

IV. DEFIZITE UND DESIDERATE

In der folgenden Argumentation werden Unzulänglichkeiten in den imperialismustheoretischen (und weiteren gesellschaftswissenschaftlichen) Ansätzen thesenartig vorgestellt, die ich im weiteren Verlauf der Arbeit ausarbeite und konkretisiere.

Im Rahmen der drei Schübe der Erklärung imperialistischer Phänomene lassen sich grob zwei konträre Erklärungsmuster unterscheiden: diejenigen, die primär ökonomische Veränderungen zur Erklärung kapitalistischer Staatenkonkurrenz und imperialer Politik heranziehen (linksliberale und marxistische Ansätze) und diejenigen, die in erster Linie machtpolitische Konstanten bemühen, um eine militarisierte Außenpolitik zu analysieren (realistische Ansätze in der Disziplin der IB). Es gelingt keiner der Strömungen, eine hinreichend ausgearbeitete Begründung für die Entstehung imperialistischer Politikformen und Konkurrenzverhältnisse zu liefern, was unter anderem mit einer nicht zufrieden stellenden Erklärung meta-theoretischer Dimensionen zusammenhängt.

Wie anschließend ebenso kritisch gegen Vorstellungen harmonisierender Einflüsse von Globalisierungs- und Modernisierungsprozessen – in Ansätzen der Disziplin der Internationalen Beziehungen (Neoinstitutionalismus und neuer Liberalismus) – eingewandt wird, bedarf es eines komplexeren analytischen Rahmens zur Erklärung imperialistischer Phänomene.

In diesem Kapitel wird zudem bereits in einige ergiebige Ansätze und Theoriebausteine eingeführt, an die zur Erarbeitung eines Instrumentariums zur Erforschung imperialistischer Phänomene angeknüpft werden kann.

1. KRITIK DES MACHTTHEORETISCHEN ANSATZES IM (NEO-)REALISMUS

Der (Neo-)Realismus in der Disziplin der Internationalen Beziehungen zeichnet das Bild einer von staatlichen Selbsterhaltungs- und Sicherheitsinteressen dominierten und daher zerrissenen Welt. Damit demystifiziert er bis zu einem gewissen Grad harmonisierende Gesellschaftstheorien. Zur Begründung seiner Vorstellungen wird jedoch eine unzulässige Vereinfachung der Realität vorgenommen. Wesentliche gesellschaftliche Entwicklungsprozesse werden ausgeblendet.

Eine Kritik des staatszentrierten Realismus, für den jeder Staat, der auf Machtpolitik verzichtet, letztlich zum Opfer der Machtpolitik anderer Staaten wird, was zu einer Unterordnung staatlicher Handlungen unter das Interesse des Machterhalts führt, kann hier nur angedeutet werden (vgl. Rosenberg 1994). Dem „klassischen“ Realismus bei Morgenthau ist ein biologistisches, unterkomplexes Verständnis von Macht eigen, das erstens die Natur des Menschen mit seinem angeblichen Verlangen nach mehr Macht essentialisiert und zweitens Staatshandeln enthistorisiert, um es mit eben diesem universellen menschlichen „Machtdrang“ in Verbindung setzen zu können. Menschliches Verhalten schlägt dieser Vorstellung zufolge grundsätzlich in Egoismus und Aggressivität um, sobald sich Menschen kollektiv organisieren und sich etwa zu Staaten zusammenschließen.

Auch der Neorealismus von Waltz basiert auf unterkomplexen theoretischen Prämissen. Waltz lässt sozio-ökonomische Prozesse genauso wie die Rolle von Subjekten und sozialen Akteuren (außerhalb des Staatsapparats) weitgehend unberücksichtigt.⁴⁴ Es ist wenig überzeugend mit nur einer Variablen, der „Machtverteilung“ im Staatensystem, auch wenn sie nicht mehr biologistisch hergeleitet wird, das Verhalten von Staaten erklären zu wollen. Staaten stehen sich in dieser Perspektive als „geschlossene Einheiten“ gegenüber. „Sie ähneln [...] Billardkugeln. Nach innen abgeschlossen, treten diese Kugeln in je wechselnden Formationen miteinander in Beziehung, berühren sich dabei an den Außenseiten. Ihr Inneres bleibt davon unberührt, ist aber jeweils, was die Außenbeziehungen anlangt, völlig gleichgerichtet: auf die Vergrößerung bzw. Maximierung ihrer Macht“ (Czempiel 1981, 60). Mit anderen Worten: Waltz richtet seinen Blick *auf* die Staaten, aber nicht *in* sie hinein. Die Frage, wie innergesellschaftliche Faktoren und Kräfteverhältnisse auf staatliches Handeln wirken, bleibt in der Analyse ausgeklammert. Damit wird eine überholte, aber weithin akzeptierte wissenschaftliche Aufspaltung von Innen- und Außenpolitik übernommen.

⁴⁴ Diese Herangehensweise führt dazu, rasante Umbrüche im internationalen System nur unzureichend erklären zu können, was u.a. daran liegt, dass Dynamiken auf Ebenen jenseits des internationalen Staatensystems kaum in die Analyse einbezogen werden – die Massenbewegungen in den osteuropäischen Revolutionen von 1989 sind ein gutes Beispiel hierfür.

Allerdings bleibt selbst sein Blick *auf* den Staat undeutlich. Mit dem Verweis auf die universalhistorische Konstante der ungleichen Machtverteilung im internationalen System wird staatliches Handeln ebenso wie bei Morgenthau enthistorisiert. Der Charakter eines internationalen Systems kann nicht allein durch das Bestehen einer Vielzahl miteinander konkurrierender, abstrakter *Einheiten* begriffen werden. Die Nivellierung historischer und struktureller Unterschiede ist eine Konsequenz dieser Vereinfachung, wie an dem undifferenzierten Vergleich des Niedergangs des Römischen Reichs mit dem befürchteten Untergang der USA abzulesen ist. Die Geschichte des Staatensystems ist eine sich qualitativ wandelnde (Rosenberg 1994, 123-158). Dabei käme es darauf an, Macht als eine Kategorie zu verstehen, die je spezifische historische Konfigurationen sozialer Verhältnisse zur Grundlage hat – die des antiken Roms unterscheiden sich vom Spätfeudalismus und ebenso erheblich von denen des Kapitalismus. Diese wiederum führen zu unterscheidbaren institutionalisierten Formen von Staatlichkeit und damit des internationalen Systems.

Der Realismus bzw. Neorealismus als einflussreiche Schule bleibt für die weitere Untersuchung dennoch interessant. Sein Beharren auf dem Staatensystem, dem nationalen Interesse usw., weist auf einen wesentlichen Sachverhalt der kapitalistischen „Moderne“ hin: die überragende Bedeutung staatlicher Macht und außenpolitischer Interventionen, wiewohl dieser Ansatz die Spezifität des kapitalistischen Staatensystems nicht zu begründen vermag, es gar verdinglicht. Der Neorealismus kann als „spontane Ideologie“ des staatlichen (Außenpolitik-)Managements bezeichnet werden, eine Hypothese, die etwa mit dem erheblichen Einfluss realistischer Ideen unter politischen Intellektuellen in den USA belegt werden kann. Indem der Neorealismus die Dilemmata von Staaten dramatisiert, versucht er „realpolitisches“ staatliches Agieren zu rechtfertigen. Dem entspricht auch sein instrumentalistisches Wissenschaftsverständnis: Waltz vertritt die These, dass nicht die Validität der Prämissen, sondern die Brauchbarkeit der aus ihnen ableitbaren Hypothesen und Prognosen den Wert einer Theorie bestimmen: „The question, as ever with theories, is not whether the isolation of a realm is realistic, but whether it is useful. And usefulness is judged by the explanatory and predictive powers of the theory that may be fashioned“ (Waltz 1979, 8). Die These, der zufolge nicht der Wahrheits- bzw. Realitätsgehalt der theoretischen Annahmen relevant ist, sondern die Nützlichkeit der aus ihnen ableitbaren (außenpolitischen) Handlungsanweisungen, muss als äußerst fragwürdig bezeichnet werden (vgl. Rosenberg 1994, Zürn 1994).

2. KRITIK DER MARXISTISCHEN ANSÄTZE

Die klassischen Imperialismustheorien linksliberaler und marxistischer Provenienz sowie ihre neueren Lesarten und Weiterführungen setzen der realistischen Machttheorie einen gesellschaftskritischen Forschungsansatz entgegen. Dies immunisiert sie jedoch nicht gegen unzulässige Verallgemeinerungen, die zu einem unbefriedigenden analytischen Instrumentarium führen.

Die Hobson'sche Imperialismusdeutung kann in historischer Perspektive als ein Fortschritt betrachtet werden, da Hobson im Gegensatz zu universalhistorisch oder biologistisch argumentierenden Autoren jener Zeit die spezifischen sozio-ökonomischen Verhältnisse in den Blick zu nehmen versucht. Seiner Betonung des Kapitalexports sowie hiermit verbundener kolonialer Bestrebungen ist allerdings entgegengehalten worden, dass er den kolonialen Handel überbewertet und gleichzeitig unterschätzt, dass die Binnenmärkte sehr wohl infolge von Produktinnovationen zur Steigerung der Massenkaukraft expandieren können (Brewer 1990, 73-87). Hobson überzeichnet die direkte Korrelation von imperialer (Kolonial-)Expansion und Zunahme des Kapitalexports. Lediglich Minderheiten der Einzelkapitalien profitierten vom Kolonialhandel. Nur ein Teil der Investitionen wurde in den neu erworbenen Kolonialgebieten getätigt, mehrheitlich wurden sie zwischen den großen Industriegesellschaften abgewickelt. Festzuhalten bleibt eher, dass große Teile der herrschenden Eliten in der Schaffung von Kolonialbesitz einen enorm wichtigen Beitrag zur Entwicklung ihrer Macht *erhofften* – wenn auch diese Hoffnungen nicht immer erfüllt wurden (Ziebura 1972, 126). So garantierten britische Kapitalexporte zwar sichere Gewinne, aber nicht unbedingt höhere Renditen als in inländischen Kapitalanlagen. Verlockender als garantiert hohe Gewinne war die Suche nach neuen Märkten. Aber auch diese Strategie war nicht immer erfolgreich. Krippendorff schreibt hinsichtlich der Tatsache des sich teilweise „nachträglich“ herausstellenden Irrtums hinsichtlich der Rentabilität von Kolonien, dass ein anarchisches, irrationales System eben genau in dieser Weise funktioniert: „[E]s war die – wenn man so will: irrationale – Erwartung [...], dass Kolonialbesitz identisch mit ökonomischer Sicherung und stabilem Wachstum sei, die sie zu imperialistischer Politik trieb“ (Krippendorff 1976, 75).

Ebenso wirft Hobsons Krisentheorie Fragen auf. Die Konfusion in seiner Unterkonsumtionstheorie fängt schon bei der Annahme an, der Kapitalismus habe das Ziel der Konsumtion – und die profitorientierte Investitionstätigkeit sei diesem Ziel entsprechend untergeordnet.

Ähnlich wie Hobson liefern auch die klassischen marxistischen Imperialismustheorien sowie neuere polit-ökonomische Ansätze an vielen Punkten keine zufrieden stellenden Antworten. In ihnen kommen Schwächen und Ambivalenzen des „Marxismus nach Marx“ zum Tragen, die sich bei der Frage, was eigentlich den „Kapitalismus“ kennzeichnet, fortsetzen (vgl. ten Brink/Nachtwey 2004). Marx selbst hatte keine allgemeine Konzeption eines kapitalistischen Entwicklungspfades auf Weltebene ausgearbeitet. Er abstrahierte in seinem Hauptwerk weitgehend von der Existenz der Einzelstaaten sowie ihren nationalen Unterschieden, indem er „die gesamte Handelswelt als eine Nation“ auffasste (Marx 1962, 607). Die Konkurrenz „auf dem Weltmarkt“ klammerte Marx aus dem „Kapital“ weitgehend aus. Die theoretische Weiterführung ist den klassischen Marxisten nach Marx nur teilweise gelungen.⁴⁵ Ihre *Beschreibung* mag zwar der Welt von 1914 bis 1945 einigermaßen entsprochen haben, die theoretische Interpretation der Phänomene war aber vielfach nicht stimmig. Die grundlegenden Strukturen und Dynamiken der Gesellschaftsformation um 1914 können mit der Idee des historischen Phasenwechsels vom „Konkurrenzkapitalismus“ zum „Monopolkapitalismus“, die zur Gegenüberstellung von „klassischem“ Kapitalismus und modernem „imperialistischem“ Kapitalismus stilisiert wird – und der damit verbundenen These der Möglichkeit der Steuerung des Kapitalismus –, nicht hinreichend erklärt werden. Zudem ist diesen Ansätzen ein Instrumentalismus bzw. Ökonomismus eigen, der Staat und Politik zu abgeleiteten „Überbauphänomenen“ erklärt – der Staat fungiert unmittelbar im Interesse der „Finanzoligarchie“, er wird zum Instrument des „Monopolkapitals“. Um einige der theoretischen Schwachstellen zu erläutern:

- Die Marxsche Krisentheorie wird in den marxistischen Imperialismustheorien oftmals einseitig aufgegriffen. Lenin oder Hilferding vertreten etwa unterschiedlichen Varianten der Disproportionalitätstheorie an – ökonomische Krisen werden im Wesentlichen als Folge der Anarchie bzw. des ungeplanten Charakters des Marktes, der Unausgeglichenheit unterschiedlicher Sektoren innerhalb einer Wirtschaft, erklärt –,

⁴⁵ Die Schwächen der marxistischen Imperialismustheorien hängen mit der *Interpretation* des Marxschen Werks zusammen. Die bedeutendste Auslegung des Marxismus entwickelte nach dem Tod von Engels der wichtigste Theoretiker der 2. Internationale, Karl Kautsky, der wiederum fast alle Marxisten der damaligen Zeit nachhaltig prägte. Kautsky, beeinflusst vom Darwinismus, rezipierte Marx eklektisch und interpretierte ihn in einem evolutionistischen und deterministischen Sinne (vgl. Callinicos 2004, 54 ff.). Abgesehen von dieser einseitigen Rezeption v.a. des ersten Bandes des *Kapitals* waren viele Schriften von Marx noch nicht bekannt bzw. hinreichend analysiert.

Luxemburg dagegen entwickelt eine fehlerhafte Theorie des „Realisierungsproblems“.⁴⁶ In den 1920ern weist Henryk Grossmann nach, dass die Krisenprozesse überwiegend innerhalb der Zirkulationssphäre lokalisiert wurden. Indem er das „Gesetz“ des tendenziellen Falls der Profitrate (und damit die Produktionssphäre) ins Zentrum seiner eigenen Krisenanalyse stellt (Grossmann 1970, 118 ff.), verfällt er jedoch in eine andere Art von einseitiger Analyse der Krisenprozesse. Die Krisenprozesse können nur in ihrer widersprüchlichen Einheit (d.h. Produktion, Zirkulation und Konsumtion) angemessen erfasst werden.

- Dabei wird, auch noch nach 1945, der Begriff des „Monopols“ unzureichend präzisiert. Monopole, oder genauer, Oligopole, haben in der Regel eine dominante Stellung in *einem* Bereich der Volkswirtschaft, nicht in allen. Die anarchische kapitalistische Entwicklung setzt ein existierendes Oligopol der Gefahr aus, seine Stellung zu verlieren. Ein „Monopolkapital“ in einem Segment der Volkswirtschaft ist kein starres, sondern immer ein prekäres Gebilde, umkämpft sowohl inner- als auch zwischenbetrieblich. Das Profitratengefälle zwischen bestehenden oder neu entstehenden Wirtschaftssektoren beispielsweise zwingt zur Umorientierung der Kapitalien. Exogener technologischer Wandel und dynamische (internationale) Märkte, die sich sowohl in ihrer Größe als auch im Hinblick auf die produzierten und gehandelten Güter ständig verändern, ermöglichen immer wieder den Markteintritt von Konkurrenten. Und selbst wenn es Unternehmen gelingen sollte, einen Markt vollständig zu beherrschen, kann ihnen Konkurrenz durch andere Märkte mit substitutiven Gütern erwachsen (z.B. stand die Eisenbahn in Konkurrenz zum Auto- und Flugverkehr). Mit steigender Unternehmensgröße treten neue Probleme auf. Wie einige marxistische Beiträge der 1970er zu Recht argumentiert haben, ist die Aussage, „das Monopol löse die 'freie Konkurrenz' ab, stehe im Gegensatz zu ihr, [...] zumindest missverständlich; sie impliziert, dass die 'freie Konkurrenz' nicht eine logische Abstraktion, sondern eine tatsächliche historische Phase der Kapitalentwicklung ist“ (Wirth 1973, 24). In dieser Perspektive wird die Aufhebung der Konkurrenz dann

⁴⁶ Rosa Luxemburg irrt in der Annahme, einen logischen Fehler im Marxschen *Kapital* entdeckt zu haben. Eine erweiterte Reproduktion ist innerhalb des Kapitalismus möglich. Es muss nicht zu einem konstanten Anstieg in der Produktivität von Produktionsmitteln losgelöst von der Konsumtion kommen. Produktivität, Löhne und die Akkumulation von Mehrwert können sich gleichzeitig entwickeln – die Konsumtion kann (zumindest im Prinzip) parallel zum Produktionsausstoß wachsen. Tatsächlich bildete auch und gerade die „innere Landnahme“ einen Grund für Wachstumsschübe.

fälschlicherweise als abhängig vom Willen der Subjekte (der „Monopolkapitalisten“) begriffen.⁴⁷

- Noch stärker als in einigen marxistischen Ansätzen erscheint in den Dependenztheorien die kapitalistische (Welt-)Vergesellschaftung mehr als ein durch mächtige Akteure gesteuertes Regime denn als nicht regulierbarer, dynamischer Prozess ohne steuerndes Subjekt. Natürlich verfügen mächtige ökonomische Akteure wie auch Staaten über eine Reihe von Instrumenten bis hin zur Anwendung von Gewalt, um weniger mächtige Kapitalien oder auch Staaten zumindest teilweise ihrem Willen zu unterwerfen. Aber dabei wird oft nicht mehr als nur ein Teil des Erwünschten erreicht, wie an der Entwicklung der relativ unabhängigen neuen Zentren der Kapitalakkumulation im Süden nach 1945 (z.B. Ägypten, Brasilien, Südafrika, Indien, Iran), die keine Spielbälle des „Westens“ waren, abzulesen ist. Auch sind die Gleichsetzungen der stärksten

⁴⁷ Nach 1945 wurde zur Erklärung der ökonomischen Triebkräfte imperialistischer Politik immer wieder auf die kmIt zurückgegriffen. Autoren wie Baran/Sweezy unternahmen den Versuch, die Marxsche Krisentheorie zu modifizieren. Sie argumentieren, dass eine Monopolisierungstendenz den Fall der Profitraten zwar aufgehalten hat, ohne jedoch die Gefahr der Überproduktion zu beseitigen (Baran/Sweezy 1970, 77). Die Frage nach der Absorption des „Surplus“ rückt so in den Mittelpunkt offizieller wirtschaftspolitischer Überlegungen. Da die Verwertung des Surplus immer weniger auf „normalem“ Wege (Eigenverbrauch, produktive Investitionen) stattfinden kann, bietet die Rüstungswirtschaft einen Ausweg, der Militarismus wird zur Krisenlösungsstrategie. Die (amerikanischen) Einzelkapitalien finden sich mit dieser Politik ab (Baran/Sweezy 1970, 181 ff.). Die Analyse des „Monopolkapitalismus“ hinterlässt allerdings den Eindruck, als habe der Kapitalismus keine zentrale Eigendynamik mehr. Der wichtigste Motor der erweiterten Akkumulation des Kapitals, die Konkurrenz der Kapitalien, tritt in den Hintergrund. Sicherlich waren die Auseinandersetzungen im Betrieb und in der Politik (der Konflikt Kapital/Arbeit) in den 1960er Jahren weniger ausgeprägt als 30 Jahre zuvor, und auch nahm die Konkurrenz zwischen (westlichen) Kapitalien und (westlichen) Staaten i.d.R. keine aggressiven Formen an, dennoch wirkten sie unter der Oberfläche fort.

Auch die gegenwärtigen marxistischen Theorieansätze sind lückenhaft. Während Panitchs Forderung nach der Historisierung von Theorie sowie einer differenzierten Darstellung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie im Verlauf meiner Arbeit als eine zentrale Erkenntnis verstanden wird, ist Panitchs eigene Krisenanalyse wenig elaboriert. Die Mutmaßung der unangefochtenen Hegemonialstellung der USA beruht unter anderem auf einer verkürzten Krisentheorie. Die wirtschaftlichen Krisenprozesse werden bei Panitch vorwiegend aus Klassenkräfteverhältnissen und sich hieraus ergebenden Verteilungsverhältnissen bestimmt und nicht auch aus der inneren Widersprüchlichkeit der Produktionssphäre selbst sowie dem anarchischen Charakter der Zirkulationssphäre. Dementsprechend schreiben Panitch/Gindin: „working class resistance [is] both a pivotal factor in causing the crises and a target of its resolution at the end of the 70s and beginning of the 1980s“ (Panitch/Gindin 2004b, 81).

Im akteurszentrierten Ansatz von Panitch/Gindin bringen soziale Klassen ökonomische Krisen hervor. Weder kann mit dieser These die Universalität der langen Stagnation seit den 1970ern erklärt werden (es bleibt z.B. offen, warum die japanische Wirtschaft trotz einer schwachen Gewerkschaftsbewegung ebenfalls eine Periode der Depression durchlaufen musste) noch die Simultanität ihres Beginns (obwohl das Verhältnis Kapital/Arbeit wie auch die institutionellen Regime in den stärksten Volkswirtschaften sehr unterschiedlich ausgeprägt waren).

Industrienationen der Erde mit dem „Westen“ bzw. „Norden“ sowie von „Kapitalismus“ und „Imperialismus“ wenig hilfreich, da die konfliktreichen Verhältnisse im „Norden“ dabei aus dem Blick zu geraten drohen sowie Politik und Ökonomie fusioniert werden.⁴⁸ Kapitalistische Entwicklungspotentiale in der „Dritten Welt“ werden unterschätzt (Elsenhans 1979).⁴⁹ Zwar müssen Verhältnisse von Dominanz und Abhängigkeit als Merkmal des weltweiten Kapitalismus festgehalten werden – bis heute profitieren etwa internationale Kapitalien von den verschiedenartigen Produktionsbedingungen –, diese Verhältnisse sind aber, v.a. räumlich betrachtet, relativ veränderlich. Die Annahme, dass die westlichen Staaten grundsätzlich ein Interesse daran haben, ihre Macht zur Verhinderung peripherer Industrialisierung einzusetzen, ist nicht aufrechtzuerhalten.⁵⁰ Die Wirklichkeit sieht differenzierter aus: Die internationale Arbeitsteilung beispielsweise erzeugte im „Süden“ Räume, die industrialisiert wurden. Die Annahme eines stabilen, fast unveränderlichen Nord-Süd-Gefälles kann weder den Aufstieg diverser, ehemals „unentwickelter“ Staaten, noch, im Umkehrschluss, den relativen Niedergang ehemaliger Großmächte wie Großbritannien, erklären.⁵¹

⁴⁸ Der Begriff Imperialismus wird in dieser Perspektive als ökonomische Ausbeutung der Dritten Welt durch westliche Kapitalistenklassen und „Arbeiteraristokratien“ umgedeutet. Diese Beschreibung tendiert dazu, die internen sozialen Gegensätze in den Ländern des Nordens zu übersehen. Die Erklärung von Reichtumstransfers aus dem Süden mit Hilfe der Kategorie des „ungleichen Tauschs“ ist im Übrigen begründeter Kritik ausgesetzt worden (vgl. Busch 1974, 64 ff.).

⁴⁹ Die weltssystemtheoretische Analyse der kapitalistischen (Unter-)Entwicklung erscheint demgegenüber als *Nullsummenspiel*: Definitionsgemäß können sich bei Wallerstein nicht alle Staaten gleichzeitig entwickeln, denn das System basiert auf der Persistenz ungleich entwickelter Zentral- und Peripherieregionen.

Zudem war die These der extrem hohen Abhängigkeit von Rohstoffen aus dem Süden (vgl. auch Jalée 1971, 131) in den 1960ern (mit Ausnahmen) unhaltbar geworden. Einige Autoren haben herausgearbeitet, dass die Abhängigkeit von Rohstoffen und Exporterzeugnissen aus dem Süden im Allgemeinen nach dem Zweiten Weltkrieg abgenommen hat (vgl. Kidron 1974, 130-137; Barratt Brown 1972, 59-77). Insgesamt wurde aus einer (nachvollziehbaren) Kritik an den apologetischen Modernisierungstheorien heraus oftmals zu einseitig argumentiert. Tatsächlich spielen „interne“ Faktoren im Rahmen ihrer Einbettung in das „Weltsystem“ eine wichtige Rolle bei der Einschätzung von ökonomischen Entwicklungspotentialen – dazu gehören die jeweiligen Sozialstrukturverhältnisse, die „Kombination“ verschiedener Produktionsweisen und die dazu gehörigen spezifischen Institutionensysteme, aber auch soziokulturelle Dimensionen.

⁵⁰ Diese Annahme stand im Übrigen im Gegensatz zu vielen früheren marxistischen Vorstellungen, die davon ausgingen, dass Auslandskapital sehr wohl in den Aufbau der Industrie fließen konnte. In den 1970ern kritisierten einige lateinamerikanische Autoren die starken Aussagen der „Dependencia“. Sie argumentierten, dass die Formen des ökonomischen Imperialismus in der Kombination von Entwicklung und Abhängigkeit auftreten (vgl. Cardoso 1974, 218 f.).

⁵¹ Die Dependenztheorien verloren in den 1980ern an Einfluss (vgl. Boeckh 1993, 121). Marxistische Theoretiker wie Nigel Harris oder der Theorieansatz des „Postimperialismus“ sprachen Mitte der 80er Jahre mit Blick auf die Schwellenländer Ostasiens und andernorts von einer Tendenz zum „Ende der Dritten Welt“ (Harris 1986, Becker/Frieden/Schatz/Sklar 1987). Auf die wenigen

- Eine weitere theoretische Ambivalenz lässt sich an der Art und Weise der Unterteilung verschiedener Kapitalformen nachweisen, etwa anhand Hilferdings Gebrauch der Kategorie „Finanzkapital“, die bis heute einflussreich geblieben ist. Zum einen bezieht sich Hilferding damit auf die Verschmelzung von Finanzwelt und Industrie und ihre damit einhergehende enge Verbindung zum Nationalstaat. Insofern sind bei Hilferding zu Recht die „Schutzzollländer“ Deutschland und die Vereinigten Staaten Musterländer kapitalistischer Entwicklung und nicht das „Freihandelsland“ Großbritannien. Das Bedürfnis der großen Trusts nach einem Staat, der die Macht hat, seine Grenzen auszudehnen, um die Märkte zu vergrößern, in denen sie hohe Profite erlangen können, war eine zentrale Erscheinung des Kapitalismus jener Zeit. Hilferding verwendet den Begriff „Finanzkapital“ aber auch auf eine andere, entgegengesetzte Weise (Hilferding 1955, 307). Diese erinnert eher an Hobsons Darstellung des Finanzkapitals – welches andere Interessen verfolgt als das Industriekapital. In dieser Perspektive erscheint das Kapital in seinen unterschiedlichen Formen (Geld-, Industrie-, Handelskapital) analytisch getrennt und einander gegenübergestellt zu sein. Nicht wenige Autoren haben daraus den unzulässigen Schluss gezogen, dass das „Finanzkapital“ zur treibenden Kraft der Eroberung von Kolonien wird, das „Industriekapital“ dagegen seine Produktion im Prinzip an der Nachfrage auf den Binnenmärkten orientiert. In Hobsons und Lenins Ansätzen, besonders in den Passagen über den „Parasitismus“ des Finanzkapitals, werden diese Zweideutigkeiten übernommen. Die These der Schlüsselstellung des Finanzkapitals trifft jedoch nicht einmal für die Zeit vor 1914 zu. Im Fall Deutschlands war es besonders die Schwerindustrie, die über nationale Grenzen hinweg durch die Einrichtung von Kolonien und Einflussphären expandieren wollte. Zudem war für die amerikanische und russische Ökonomie jener Zeit nicht mehr der Kapitalexport allein

Imperialismuskussionen der 1980er übten die kulturwissenschaftlich ausgerichteten „postcolonial studies“ einen gewissen Einfluss aus, die theoretisch vom Poststrukturalismus und der Theorie der Postmoderne geprägt waren. Ihr Ziel bestand darin, die herkömmlichen Unterscheidungen von Zentrum und Peripherie, Unterentwicklung und Entwicklung zu „dekonstruieren“ – und dadurch die diskursiv erzeugten „objektiven Sachverhalte“ in Frage zu stellen, die zur Unterwerfung der Menschen der armen Länder führten (vgl. Ashcroft/Griffiths/Tiffin 1995).

Neuere Beiträge zur Nord-Süd-Thematik spielen im weiteren Verlauf dieser Arbeit eine untergeordnete Rolle, weshalb an dieser Stelle nur kurz auf einige Autoren hingewiesen werden kann: Ökonomische Enteignung durch Ressourcenabfluss, politische Rekolonialisierung und militärischer Interventionismus bilden dabei die Bezugspunkte – auch wenn jene Themen unterschiedlich bewertet und gewichtet werden (vgl. Ghosh 2001, Biel 2000, Petras/Veltmeyer 2001).

kennzeichnend, sondern auch das Einströmen von Kapitalanlagen aus anderen kapitalistischen Ländern.⁵²

- Eine letzte hier aufgeführte, typische Problematik marxistischer Argumentationsfiguren liegt in einer instrumentalistischen bzw. ökonomistischen Staatstheorie. Viele Autoren schließen unvermittelt von ökonomischen Zusammenhängen, hierin dem Realismus diametral entgegengesetzt, auf politische Phänomene. Nach 1945 wurde besonders in den sowjetmarxistischen oder diesen ähnelnden Imperialismustheorien auf Basis der Annahme einer „allgemeinen Krise“ des Kapitalismus nach 1917 die These vertreten, dass „Staat“ und „Kapital“ als Gegenmittel gegen die allgemeine Instabilität zu einem „einheitlichen Apparat“ verschmolzen sind, wenn dieser auch durch einen widersprüchlichen Charakter gekennzeichnet ist (vgl. Boccara u.a. 1973, 21). „Reduziert man die Zusammenhänge auf das Wesentliche, so ist der Staat wohl ein Instrument des Monopolkapitals. Aber er ist zugleich auch eine Sphäre der Konkurrenz der Monopole um die Ausnutzung der staatlichen Macht zu ihren eigenen Gunsten“ (Katzenstein 1973, 15).⁵³ Selbst bei Sweezy sind Staat und Kapital auf Engste miteinander „verquickt“, mögliche Eigeninteressen staatlicher Instanzen bleiben unberücksichtigt (Sweezy 1970, 73 ff.). Dieses „instrumentelle“ Staatsverständnis entspricht jedoch nicht der Realität. Historisch wurde von staatlicher Seite sowohl versucht, bestehende Oligopole zu zerschlagen als auch Wettbewerber zu unterstützen. Genauso wenig kann als gesichert angenommen werden, dass ökonomische Interessen einfach vom jeweiligen Nationalstaat durchgesetzt werden. Die aus vielen marxistischen Ansätzen abgeleitete Gleichung *Monopol = Stagnation = Wendung nach außen/Kapitalexport = imperialistische Politik* ist zu einfach.⁵⁴ Zudem wurde die Frage, warum eigentlich „viele“ Staaten im Weltsystem miteinander koexistieren, theoretisch ausgeblendet.

⁵² Die „Financiers“ in den Mittelpunkt zu stellen, wird noch problematischer, wenn man sich den Jahrzehnten nach 1914 zuwendet. Großbritannien begann mit der Herausbildung seiner monopolistischen Industrien (z.B. ICI, Unilever) den deutschen Weg einzuschlagen. Zudem entwickelten sich die imperialistischen Mächte nicht zu entindustrialisierten Schmarotzern, die in zunehmendem Maße von Einkommen lebten, das aus der Produktion in anderen Weltteilen erzielt wurde, sondern sie erlebten im Gegenteil die Ausdehnung neuer Industrien in den Jahren zwischen den Kriegen, die den Abstand zwischen ihnen und fast der gesamten übrigen Welt vergrößerte.

⁵³ Dabei wird das Privatkapital als ein „Element der Produktionsverhältnisse, der Basis, der Staat [als] ein Element des Überbaus“ (Katzenstein 1973, 11) verstanden.

⁵⁴ Auch in differenzierteren Ansätzen wird im Regelfall von einem instrumentellen Verhältnis zwischen staatlichem Verhalten und Kapitalinteressen ausgegangen (vgl. Mandel 1968, 90).

Die politisch-gesellschaftliche Entwicklung ab den 1920ern stellte eine massive Barriere für die Weiterentwicklung Marx'scher Ansätze dar. Mehr und mehr wurde die Lenin'sche Imperialismusanalyse im Rahmen der stalinschen Dogmatisierung des Marxismus von einer konkreten politischen Interventionsbroschüre in den Rang eines epochemachenden Werkes erhoben, aus dem Kontext ihrer Zeit herausgelöst und zu einer epochalen „Theorie“ hypostasiert (Kemp 1967, 107 ff.).

Freilich bemühten sich viele Autoren um eine Weiterentwicklung marxistischer Ansätze und um eine Alternative jenseits des stalinistischen Dogmatismus. Um einige zu nennen:

- Fritz Sternberg fordert 1926 ein Durchdenken des bisherigen Verständnisses von „Krisenprozessen“. Er sieht im Krieg die „heutige Form der Krise“ (Sternberg 1971, 322) und konstatiert: „Der Krieg spielt im gesamten marxistischen System keine entscheidende Rolle“ (Sternberg 1971, 299).
- Henryk Grossmann ist einer der ersten Marxisten, der sich den Geld- und Währungsverhältnissen annimmt und die Auseinandersetzungen um die Währungen als Mittel versteht, sich im Konkurrenzkampf einen Preisvorsprung zu sichern (Grossmann u.a. 1985, 420). Zusätzlich zum Kampf „um die Anlagesphären“ kommen derart neue Methoden der Austragung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt zur Anwendung.
- Weniger historisch-fatalistisch als viele seiner Zeitgenossen und ähnlich wie Antonio Gramsci (Gramsci 1967, 376 ff.) analysiert Leo Trotzki einen neuen Entwicklungsschub des Weltsystems – den Aufstieg der Vereinigten Staaten – als einen Prozess von fundamentaler Bedeutung (Trotzki 1972). Er versteht die Weltwirtschaft zudem als ein selbständiges Ganzes, das mehr als die Summe seiner Teile ist (Trotzki 1969, 7). Dieser Einsicht liegt seine Vorstellung der ungleichen und *kombinierten* Entwicklung zugrunde, die im Gegensatz zum „Gesetz der ungleichen Entwicklung“ von einem komplexeren Bild weltweit miteinander verbundener Differenzierungs- und Anpassungsprozesse der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeht. Nach 1945 versuchen sich u.a. Castoriadis, Kidron, Mandel und Mattick an einer Weiterführung dieser Ansätze.

- In Westdeutschland liefern PolitikökonomInnen wichtige Beiträge zur Analyse der Weltwirtschaft und ihrer Währungskrisen (Altvater 1969, Altvater/Hoffmann/Semmler 1979). Im Rahmen des Versuchs einer theoretischen Weiterentwicklung der Marxschen Kapitalismusanalyse betonen die „Weltmarkttheoretiker“ das Wechselverhältnis von Weltmarkt, konkurrierenden Kapitalien sowie Staaten (vgl. ten Brink/Nachtwey 2007). Die Vielzahl von Staaten wird als relevantes Merkmal des Weltkapitalismus gedeutet. In Untersuchungen der Tendenz zur „Internationalisierung der Mehrwertproduktion“ (v.a. Kapitalexport) wird eine Kritik an den klassischen marxistischen Imperialismustheorien entwickelt. Die Internationalisierung ist demzufolge nicht nur Resultat spezifischer historischer, mit (Überakkumulations-)Krisen verbundener Etappen, sondern als „allgemeine“ Tendenz des Kapitals zu bezeichnen (Neusüss 1972). Weil die alten Ansätze die Entwicklung der Kategorien im „Kapital“ nicht als abstrahierte Darstellung der zu allen Zeiten wesentlich bestimmenden Größen und Gesetzmäßigkeiten verstanden, sondern als „Widerspiegelung“ der historischen Entwicklung des Kapitalismus vom „einfachen Tausch“ zur „kapitalistischen Großproduktion“, sind Fehldeutungen entstanden (Busch 1974, 256; Neusüss 1972, 94-104). Dagegen gilt es „aufzuzeigen, in welcher Weise die allgemeinen Bewegungsgesetze des Kapitals in den sich historisch wandelnden Formen exekutiert werden“ (Busch 1974, 258 f.).
- Gegen die ökonomistischen sowie machttheoretisch-politizistischen Überlegungen werden bereits in den 1950ern überzeugende Einwände etwa von den (nicht-marxistischen) Historikern Ronald Robinson und John Gallagher erhoben. Sie kritisieren die Legende einer „prinzipiellen Empirefeindlichkeit“ des mittelviktorianischen Zeitalters in Großbritannien und heben stattdessen hervor, dass Großbritannien sich immer sowohl auf „informellem“ als auch „formellem“ Weg ausweitete (Robinson/Gallagher 1970, 184 f.). Der Begriff des Imperialismus firmiert in dieser Perspektive als „politische Funktion“ des Prozesses der „Eingliederung neuer Gebiete in eine expandierende Wirtschaft“, seine „Erscheinungsform ist weitgehend durch die verschiedenen und wechselnden Beziehungen zwischen den politischen und wirtschaftlichen Elementen der Expansion“ charakterisiert (Robinson/Gallagher 1970, 188). Interessant sind hieran sowohl die Unterscheidung formeller bzw. informeller imperialistischer Expansion und die hiermit in Frage gestellte Dichotomie von

„friedlichem“ Konkurrenzkapitalismus und „kriegerischem“ Monopolkapitalismus als auch die Beschreibung eines Wechselspiels politischer und wirtschaftlicher Elemente.

- In einigen Argumentationen der staatstheoretischen Debatten der 1970er werden sowohl die Verknüpfungen zwischen Ökonomie und Politik als auch der Staat als solcher überzeugender analysiert als in den klassischen Imperialismustheorien (vgl. zur Übersicht: Gerstenberger 1977, Clarke 1990). In einer Kritik der bereits in den 1970ern vertretenen These vom Niedergang des Staates infolge von Globalisierungsprozessen folgert Poulantzas in seiner These der Entstehung „innerer Bourgeoisien“, dass dieses „System von Querverbindungen“ nicht zur Errichtung übernationaler und überstaatlicher Formen oder Instanzen neigt (Poulantzas 2001, 54). Weder entsteht ein oberhalb der nationalen Staaten angesiedelter „Weltstaat“, noch weichen die Nationalstaaten einer von den multinationalen Konzernen beherrschten, grenzen- und staatenlosen Welt. Es widerspricht seinem anti-instrumentalistischem Verständnis des kapitalistischen Staates, dass jede ökonomische Veränderung in Richtung Internationalisierung „automatisch“ eine passende Supranationalisierung des Staates beinhaltet. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis wird durch mehr geformt als durch die unmittelbaren Interessen des sich internationalisierenden Kapitals – er „konzentriert die Klassenwidersprüche der gesamten Gesellschaftsformation“ (Poulantzas 2001, 59). Poulantzas betrachtet Staaten trotz aller ökonomischen Veränderungen als zentral für die Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften (Poulantzas 2002). Der Staat ist der Wirtschaft gegenüber weder nachgeordnet, noch ist er unabhängig von ihr zu verstehen: Er besitzt eine eigene „Materialität“. Poulantzas entwickelt damit die These der „relativen Autonomie“ des Staates gegenüber dem Kapital weiter.⁵⁵

⁵⁵ Mit seinem auf die Klassenverhältnisse gerichteten Blick lenkt Poulantzas die Untersuchungsperspektive auf die Bestimmung *innerer* Antriebskräfte imperialistischer (Außen-)Politik. Historiker wie Hans Ulrich Wehler belegen die Relevanz dieser inneren Faktoren beispielsweise mit der These des „Sozialimperialismus“, der zufolge die imperialistische Expansion Deutschlands Ende des 19. Jahrhunderts auch Folge einer Strategie der herrschenden Machteliten war, einen innenpolitischen „Konsensus“ herzustellen (Wehler 1970, 85, vgl. Wehler 1984, 454-502). Imperialistische Politik wird als äußerer Ausdruck der inneren Zerrissenheit der Gesellschaft gesehen, die das Ziel verfolgt, „die Sprengkraft, die von den ökonomischen Erschütterungen her auf die Gesellschaft einwirkte, durch die Expansion ab[zu]mildern und die traditionelle Gesellschaftsverfassung dadurch von einem unerträglichen Druck entlasten“ zu können (Wehler 1970, 85). Stärker als Lenin und andere, die diesen Punkt schon früher betonten, versteht Wehler imperialistische Politik als Versuch, von inneren „Mängeln“ abzulenken oder zumindest über die „Steigerung des nationalökonomischen Prestiges“ (Wehler 1970, 86) etwas zu kompensieren.

- Eine weitere wichtige Feststellung aus den staatsrechtlichen Debatten ist die von Claudia von Braunmühl vertretene These, dass nicht nur der Staat im Allgemeinen, sondern „die spezifische politische Organisiertheit des Weltmarktes in *viele Staaten*“ analysiert werden müsse (von Braunmühl 1974, 39; herv. TtB). Sie deutet damit auf ein zentrales theoretisches Problem der vorliegenden Arbeit hin.

3. GLOBALISIERUNG = HARMONISIERUNG?

Bereits vor der „Globalisierung“ der 1990er wurde kontrovers über die Folgen der Inter- und Transnationalisierungsprozesse von ökonomischen Akteuren, Staaten und Gesellschaften diskutiert. Im Nachstehenden wird auf einige Schwächen in diesen Diskursen eingegangen, wie sie sich auch in imperialismustheoretischen Argumentationen sowie Theorien in der Disziplin der IB nachweisen lassen (vgl. zur Kritik des aktuellen Globalisierungsdiskurses insgesamt: Rosenberg 2000, 2005, Smith 2006).

Während des ersten Schubs der Debatte um imperialistische Phänomene favorisierten einige Autoren eine starke Globalisierungsthese, wie an der Kautskyschen Analyse des Ultraimperialismus abzulesen ist. Noch heute beziehen sich Autoren auf diese Vorstellung, der man eine Weitsicht unterstellt, mit der etwa die Zeit nach 1945 analysiert werden könnte (vgl. Shaw 2000).⁵⁶ Kautskys Mutmaßung, dass die Internationalisierung des Handels und der Produktion wahrscheinlich staatliches Zusammengehen bewirken würde, beruht jedoch auf einem ökonomistischen Fehlschluss. Ernst Bloch hat dies in seiner Kritik an Kautsky angedeutet. Die kapitalistische Produktionsweise beruht demzufolge nicht auch „auf kriegerischer Übermacht [...]. Der Kapitalismus ist zum ersten Male rein ökonomisches Gebilde, wenngleich noch hineingebaut in einen überkommenen Zwangsstaat. Der Zwangsstaat allein also, isoliert, muss in seiner erst halb überwundenen Feudalgestalt, seinem Militarismus bekämpft werden, nicht aber der industrielle Kapitalismus; denn dieser ist von Haus aus staatsfrei, ohne Zwang“ (Bloch 1971, 65 f.).⁵⁷

Ebenso ist am Beispiel der Autoren Negri/Hardt zu verdeutlichen, welche wenig zufrieden stellende Ergebnisse eine überzeichnete Globalisierungsthese liefert. Ihrem Anspruch zufolge weisen sie über den engen Horizont einiger auf den Nationalstaat fokussierter Theorien

⁵⁶ Dass von einer gemeinsamen, homogenisierten Herrschaft nach 1945 jedoch streng genommen nur dann ausgegangen werden kann, wenn man den Ostblock außerhalb der Logik imperialistischer Weltordnungen analysiert, wird weiter unten anhand einer Blindstelle älterer und neuerer Imperialismustheorien – dem Fehlen einer plausiblen Analyse der Triebkräfte des Ost-West-Konflikts – erörtert.

⁵⁷ Auch an anderen Punkten fällt der Ansatz Kautskys in seiner Erklärungskraft hinter die Theorien einiger seiner Zeitgenossen (v.a. Bucharin) zurück – etwa mit der Annahme, der Imperialismus trachte vorwiegend nach „agrarischen“ Gebieten. Freilich bleibt ebenso der Beitrag Bucharins kritikwürdig. Sein Blick auf die spezifischen Verlaufsformen kapitalistischer Entwicklung war in einem gewissen Sinne zukunftsweisend, wenn auch in vereinseitigter Form. Sein Ansatz von der Entwicklung in Richtung einer immer mehr staatlich durchdrungenen Wirtschaft ist für die Zeit zwischen 1914 und 1945 nur dann plausibel, wenn seine Thesen als Beschreibung *widersprüchlicher Tendenzen* und nicht als die in der Realität sich linear durchsetzenden *Fakten* gelesen werden. Als Resultat der Weltwirtschaftskrise ab 1929 intervenierte der Staat direkter und bewusster als je zuvor im nationalen Interesse. Ende der 1930er standen sich regelrechte (in ihrer Ausprägung aber sehr unterschiedliche) Staatenblöcke gegenüber.

hinaus. Dabei schließen sich Negri/Hardt jedoch in Teilen der vorherrschenden, undifferenzierten starken Globalisierungsthese an. *Empire* erscheint dementsprechend als radikale Version eines „liberal-kosmopolitischen“ Ansatzes (Mouffe 2005, 31 ff.), in der empirische Tendenzen verabsolutiert und teilweise zu Tatbeständen stilisiert werden. Die Internationalisierung der Produktion, des Handels und der Finanzmärkte haben erhebliche Veränderungen bewirkt: dass der globale Kapitalismus aber heute auf dem Weg zur Ordnung des „Gesamtkapitals“ sein soll, wird im Verlauf der Arbeit zurückgewiesen. Wie weiter unten ausgeführt, basiert diese Argumentationsfigur auf einer einseitigen, subjektivistischen Marx-Interpretation, die zur Überbetonung der Rolle der Beziehungen zwischen Kapital (Empire) und Arbeit (Multitude) und damit zu einer unterkomplexen Kapitalismus- und Krisenanalyse führt. Unstimmig ist in Folge dessen auch Negri/Hardts Diskussion imperialistischer Phänomene (auch in den jüngeren Publikationen). Zum einen werden bestimmte internationale Politikformen wie der Irakkrieg 2003 als „imperialistisch“ bezeichnet, die als „Anachronismus“ den eigentlichen Übergang zum Empire erschweren (Negri/Hardt 2004, 78). Andererseits beschreiben sie den Irakkrieg als einen „Regulierungsprozess, der die existierende Ordnung des Empire konsolidiert“ (Negri/Hardt 2004, 41), was den Rückschluss zulässt, dass das Empire bereits existiert. Insgesamt betonen die Autoren, dass zur Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitalismus die „imperiale Logik des politischen, militärischen und diplomatischen Handelns die Oberhand über imperialistische Logiken gewinnen“ muss (Negri/Hardt 2004, 80).⁵⁸ Imperialismus sei irrational. Dem kann entgegengehalten werden, dass „irrationales“ Handeln, d.h. Handeln mit nicht intendierten, paradoxen Effekten unter kapitalistischen Rahmenbedingungen immer schon wesentlich war.

Die gegenwärtige Debatte über die Folgen der globalen kapitalistischen Modernisierung wird unter Bezug auf Ansätze in der Disziplin der Internationalen Beziehungen geführt, beispielsweise den Neoinstitutionalismus und den neuen Liberalismus (vgl. zu weiteren Ansätzen in den IB: Schieder/Spindler 2003). Auf deren problematische Theoriebestandteile soll nun hingewiesen werden. Im Gegensatz zu Waltz geht etwa Hedley Bull, der der sog. „Englischen Schule“ angehört, davon aus, dass regelförmige und verrechtlichte, d.h. institutionalisierte Beziehungen zwischen sozialen Gruppen eine „internationale Gesellschaft“ möglich machen und damit eine harmonisierende Rolle spielen können – auch im Rahmen

⁵⁸ Im Übrigen ist der Terminus „imperiale Souveränität“ auch begriffslogisch problematisch. Diese soll sich angeblich „über die territorialen Grenzen aller bestehenden Staaten hinwegsetzen, obwohl der Begriff der Souveränität [...] die Anerkennung solcher Grenzen meint“ (Heins 2002, 202).

einer Anarchie in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Bull entwickelt Hypothesen zur *Institutionalisierung* internationaler Systeme. Unter der Voraussetzung eines rationalen Interessenkalküls werden die verschiedenen Akteure Verhaltensregeln akzeptieren, sofern diese nicht das vorrangige Ziel ihres Überlebens in Frage stellen (Bull 1977, 101 ff.).⁵⁹

Zu den sich zuweilen im Gegensatz zum Neorealismus befindenden, dem Globalisierungsprozess einen wesentlichen Stellenwert einräumenden, an Relevanz zugenommenen Strömungen in den IB gehört seit den 1970ern die Schule des *Neoinstitutionalismus*. Sie knüpft an den älteren Idealismus, liberale Traditionen sowie Integrations- und Interdependenzanalysen an.⁶⁰ Robert Keohane und Joseph Nye ergänzen den Sachverhalt der (internationalen politischen) Institutionalisierung um die These der Beschränkung der Handlungsfähigkeiten von Staaten aufgrund neuartiger wechselseitiger, „komplexer Interdependenzen“ (Keohane/Nye 1989).⁶¹ Gelten die Staaten im Realismus als die zentralen, in sich geschlossenen, einheitlichen Akteure, so treten im Modell der „komplexen Interdependenz“ andere Akteure zu den Staaten hinzu, z.B. Wirtschaftsunternehmen, die dazu beitragen, dass Macht- und Sicherheitsfragen zum einen in ihrer Bedeutung abgeschwächt und zum anderen schrittweise der Notwendigkeit zur Kooperation untergeordnet werden (Keohane/Nye 1975, 77). Folge der transnationalen Interaktionen ist die Bildung einer höheren „Sensitivität der Gesellschaften füreinander“ (Keohane/Nye 1975, 75) und die Notwendigkeit, aus rationalen, egoistischen Eigeninteressen heraus, mit „multilateralen“ Mitteln ein größeres Maß an internationaler Steuerung durchzusetzen.⁶²

⁵⁹ Bull unterscheidet zwischen einer sich auf Hobbes berufenden Tradition, dem Realismus, einer sich auf Kant beziehenden Schule, dem Universalismus bzw. Liberalismus, und einer von Grotius, einem niederländischen Völkerrechtler des frühen 17. Jahrhunderts, ausgehenden Denktradition, dem Institutionalismus. Der in der Grotianischen Tradition stehende Bull vertritt die Idee, dass auf internationaler Ebene „gemeinsam eine Gesellschaft“ gebildet werden könne, welche „durch die Regeln von Moral und Recht in ihren Beziehungen untereinander gebunden“ sein müsste (Bull 1985, 33).

⁶⁰ Kant schrieb bereits 1795, dass die „Weltgemeinschaft“ in einem Maße zusammengeschrumpft ist, dass „die Rechtsverletzung an *einem* Platz der Erde an *allen* gefühlt wird“ (Kant 1996, 24). Auf Basis dieser Interdependenzvorstellung und seiner Demokratisierungsthese wird gegenwärtig eine „Politisierung entlang kosmopolitischer Bahnen“ erwartet (vgl. Kaldor 2000, 121).

⁶¹ „Komplexe Interdependenz“ ist mehr als bloße Interaktion, Verflechtung oder Verbundenheit. Interdependenz liegt vor, wo „Interaktionen wechselseitige Kostenwirkungen (die nicht notwendigerweise symmetrisch sein müssen) verursachen“ (Keohane/Nye 1975, 75).

⁶² Die wachsenden ökonomischen Interdependenzen haben Keohane/Nye zufolge mehr zur Friedenssicherung beigetragen als Organisationen wie die UNO. Für die USA würde eine einseitige Machtausübung zu suboptimalen Ergebnissen führen (Keohane/Nye 1989, 232). Der Kalte Krieg wird in dieser Perspektive als Resultat einer ungenügenden Institutionalisierung der Bearbeitung von Konflikten verstanden – eine an sich vermeidbare Konfrontation, deren Bearbeitung durch die

Michael Zürn und Bernhard Zangl beschreiben vor diesem Hintergrund einen grundlegenden Wandel moderner Staatlichkeit: Gab es in der „nationalen Konstellation“ meist „nationale Problemlagen“ (z.B. Kriege aufgrund von Grenzkonflikten), so transnationalisieren sich diese heute; wurden die nationalen Problemlagen in der Vergangenheit konsequenterweise durch „nationalstaatliches Regieren“ angegangen, so supranationalisiert sich das Regieren derzeit; bezog der Staat seine „Legitimität“ ehemals extern durch die internationale Staatengemeinschaft und intern durch die nationale Gesellschaft, so transnationalisieren sich heute Legitimierungsprozesse (Zürn/Zangl 2003, 149-171).⁶³ Die „Denationalisierung“ hat eine weltweite qualitative Veränderung hin zu einer „postnationalen Konstellation“ ausgelöst. Der Wandel ist im historischen Vergleich „ähnlich grundlegend [...] wie der Übergang von der Feudalordnung zum System der territorial definierten Nationalstaaten“ (Zürn 2002, 215). Schon 1998 sieht Zürn das „Ende der globalen Konfliktlinien“ voraus, weil sie durch die Denationalisierung ihre Grundlage verlieren (Zürn 1998, 321 ff.).

Die ausdifferenzierten Stränge des neoinstitutionalistischen Ansatzes (z.B. die Regimetheorie) gelten als Korrektiv zur neorealistischen Schule in den IB. In der Tat erscheinen besonders die Hereinnahme der „ökonomischen Ebene“ sowie die historisch fokussiertere Perspektive als Blickfelderweiterung. Allerdings verwickelt sich der Neoinstitutionalismus in Widersprüche, weil er politische Kooperation zu unvermittelt aus ökonomischer Interdependenz ableitet und darüber hinaus deren harmonisierende Tendenzen hypostasiert und/oder normativ-idealisiert begründet. Während marxistische Überlegungen aus einer Analyse der wirtschaftlichen Krisenhaftigkeit oftmals vorschnell die Notwendigkeit der Anwendung militärischer Gewalt ableiten, führen für Neoinstitutionalisten, gewissermaßen spiegelverkehrt, ökonomische Interdependenzen zur politischen Harmonie. Die Entstehung von Interdependenz wird dabei sehr allgemein als eine durch „Modernisierungskräfte“ herbeigeführte Entwicklung beschrieben (Keohane/Nye 1989, 226 ff.).⁶⁴

ideologische Überhöhung des Konfliktes erschwert wurde. Erst die „Entspannungspolitik“ der 1960er Jahre hat zur vermehrten Bildung internationaler „Regime“ auch im Wettstreit der Supermächte geführt, was die Vereinbarung über die Begrenzung von Atomwaffentests verdeutlicht. Diese Ansätze wurden von Keohane in den 1980er Jahren zu einer *Regimetheorie* ausgearbeitet. Er vertritt die These, dass diese Form der Kooperation auch ohne das Bestehen einer Hegemonialmacht möglich ist (Keohane 1984; vgl. Müller 1993).

⁶³ Weil dieser Prozess vornehmlich auf die „OECD-Welt“ beschränkt ist, die „Globalisierung“ also gar nicht global verläuft, sei es allerdings sinnvoller von „gesellschaftlicher Denationalisierung“ zu sprechen (Zürn 1998).

⁶⁴ Damit wird nicht nur einer fragwürdigen Modernisierungs- und Zivilisierungsthese das Wort geredet. Der Ansatz erzeugt auch einen Wirkungszusammenhang, der die Illusion der Gleichartigkeit internationaler Akteure suggeriert: „Wo Interdependenz herrscht, herrscht niemand – oder alle, ist

Auch ein weiterer, viel versprechender Ansatz zur Deutung internationaler Beziehungen, der *neue Liberalismus*, überzeichnet bestimmte Aspekte des kapitalistischen Modernisierungsprozesses. In den theoretischen Überlegungen von Ernst-Otto Czempiel sind die *innergesellschaftlichen* Auseinandersetzungen entscheidende Bestimmungsfaktoren für die außenpolitischen Präferenzen einzelner Staaten. Nicht vorwiegend das „internationale System“ bestimmt das Agieren der Staaten, entscheidend sind Individuen und Gruppen, die ihre materiellen und ideellen Interessen verfolgen. Der gesellschaftliche Kontext bestimmt so die Ziele und Interessen eines Staates sowie die Mittel zur Durchsetzung derselben.⁶⁵ Internationale Politik entspringt in dieser Perspektive dem Aufeinandertreffen der von den unterschiedlichen nationalen Staaten *gebündelten* Präferenzen. Sollten sich die Interessen und Ziele von Staaten mit denen anderer decken, entsteht Kooperation, decken sie sich nicht, müssen sie durch Politikkoordination kompromissfähig gemacht werden. Einem internationalen Konflikt liegen demnach „Positionsdifferenzen“ der beteiligten Akteure zugrunde, die wiederum aus den im Staat repräsentierten gesellschaftlichen Präferenzen herrühren (Czempiel 1981, 198 ff.; vgl. Czempiel 1998).⁶⁶

Staaten bzw. politische Systeme sind mit Kollektiven zu vergleichen, über deren Verhalten in organisierten Entscheidungsprozessen bestimmt wird. Diese wiederum sind durch das „Herrschaftssystem“ determiniert. Das Herrschaftssystem entscheidet nicht nur über den Partizipationsgrad der Bürger, es bestimmt auch über die „Werte Verteilung“. Zentrale Annahme ist nun, dass ein höherer demokratischer Partizipationsgrad eine größere Verteilungsgerechtigkeit, damit verbunden einen stabileren gesellschaftlichen Konsens und deshalb einen niedrigeren Gewaltgrad der Herrschaftsausübung zur Folge hat. Je geringer die Herrschaft des politischen Systems „über das gesellschaftliche Umfeld ausgeprägt ist, desto geringer sind nicht nur die Möglichkeiten, sondern auch die Anlässe zu Machtanwendungen gegenüber anderen politischen Systemen und deren gesellschaftlichen Umfeldern“ (Czempiel 1981, 219). Eine Gesellschaft, die auf einem hohen Maß an Konsens und wenig Zwang beruht – am ehesten werden diese Voraussetzungen in demokratischen Systemen erreicht –, wird dazu tendieren, auch international die Gewalt zu vermeiden.

alles oder sind alle weder abhängig noch unabhängig, sondern eben einfach interdependent“ (Schlupp/Nour/Junne 1973, 248).

⁶⁵ In einer Studie geht Czempiel davon aus, dass „90 Prozent der amerikanischen Außenpolitik innenpolitische Ursachen haben“ (Czempiel 2003, 100).

⁶⁶ Ein „Sicherheitsdilemma“ entsteht also nicht aufgrund einer gewissen Mächtekonstellation oder wegen „Unsicherheit“, sondern resultiert aus divergierenden Präferenzen.

Unterstützung erhalten die neoinstitutionalistischen und liberalen Modelle beispielsweise vom „kosmopolitischen Realismus“ des Soziologen Ulrich Beck – „Weil Staaten überleben wollen, müssen sie zusammenarbeiten. [...] Nicht Rivalität, sondern Kooperation maximiert die nationalen Interessen“ (Beck 2004, 265). Und: Kolonialismus und Imperialismus „sind nicht nur anti-kosmopolitisch [...], sondern auch anti-ökonomisch. Mit der wirtschaftlichen Globalisierung wächst die zivilisierende Macht des ‚pazifistischen Kapitalismus‘“ (Beck 2003, 238 f.). Ähnlich, wenn auch etwas weniger idealisierend, argumentiert der kritische Sozialphilosoph Jürgen Habermas, der in den 1990ern für das Konzept einer politisch verfassten „Weltbürgergesellschaft“ eintritt. Dabei erhofft er sich von den staatlichen Mächten die Bereitschaft, die sich transnationalisierenden Probleme mit Hilfe einer „Weltinnenpolitik“ anzugehen. Die größten Staaten müssen dafür dazu bereit sein, „ihre Perspektiven über die ‚nationalen Interessen‘ hinaus um die Gesichtspunkte einer ‚global governance‘ zu erweitern“ (Habermas 1998, 167; vgl. Habermas 1996; Held 2002; Held/McGrew 2002b; zur Kritik dieses normativistischen „demokratisch-kosmopolitischen“ Modells, vgl. Smith 2006, 127-162).

Der neue Liberalismus thematisiert mit den „innenpolitischen“ Verhältnissen eine wesentliche Analyseebene zur Bestimmung von Außenpolitik. Hiermit wird ein wichtiger Schritt zur Zusammenführung, oder besser, zum Zusammendenken von „Innen-“ und „Außenpolitik“ getan. Die Analyse der innergesellschaftlichen Verhältnisse selbst wirft allerdings viele neue Fragen auf: Die Verbindung von Argumenten des alten „republikanischen“ Liberalismus in der Tradition Kants („Frieden durch Demokratisierung“) mit denen des „Handelsliberalismus“ („Frieden durch Handel“) hat problematische Folgen.⁶⁷ Das gilt für die Unterschätzung der Destabilisierungspotentiale sozio-ökonomischer und politischer Krisen- und Konfliktverhältnisse, die wenig plausible analytische Trennung von Kapitalismus, Staat und Demokratie⁶⁸, den Inhalt des Begriffs der „Demokratie“ als solchen, das Fehlen einer Sozialstruktur- bzw. Klassenanalyse der modernen Industriegesellschaften, sowie den

⁶⁷ In diesem Zusammenhang würden die alten Imperialismustheorien keine Bedeutung mehr besitzen: „Das ‚Zeitalter des Imperialismus‘ ist 1919, spätestens 1945 zu Ende gegangen“ (Czempiel 1981, 253). Die frühere „Symbiose“ zwischen einigen Kapitalfraktionen und bestimmten Teilen des politischen Systems ist in der Folge der „Demokratisierung und Industrialisierung der Ersten und der Emanzipation der Dritten Welt“ zerbrochen (ebd.).

⁶⁸ „Kein Wunder, dass die Vorstellung komplexer Interdependenz [...] mit einem Begriff der Weltgesellschaft korrespondiert, der diese als pluralisierte Welt begreift, die in einzelne, nach eigenen Normen, Regelsystemen und Logiken funktionierende Ordnungen (beliebig) seziert“ (Röttger 1997, 78) werden kann – wie das auch an der Zergliederung in „Gesellschafts“- und „Staatenwelt“ bei Czempiel abzulesen ist (vgl. Czempiel 2003). Folge hiervon ist, dass „die Frage nach komplexen Macht- und Herrschaftsstrukturen und der Re-Distribution sozialer Macht nicht mehr“ aufgeworfen wird (Röttger 1997, 78; vgl. bereits: Marcuse 1995).

behaupteten Zusammenhang zwischen Demokratisierung und Frieden⁶⁹ (im Theorem des „demokratischen Friedens“ vgl. Czempiel 1998).⁷⁰ Imperialistische Politikformen erscheinen in dieser Perspektive, an Schumpeter erinnernd, als Atavismen und/oder als irrationales Fehlverhalten. Wie im weiteren Verlauf der Arbeit herausgestellt wird, droht eine Engführung auf den Demokratisierungsprozess den Blick auf sozio-ökonomische und geopolitische Dynamiken, Interessen und Konflikte zu verstellen.

⁶⁹ Schon Kautsky hat gesehen, so Czempiel, dass die Ursache von Kriegen eigentlich nicht die Wirtschaft, sondern der Staat sei, dass nicht der Gewinn, sondern die Herrschaft das Problem darstelle: „Die ‚Kriegslust der herrschenden Klassen in jedem Staate, der sich seinen Nachbarn überlegen oder zumindest gewachsen fühlt‘ wird nicht durch ‚die kapitalistische Produktionsweise, sondern den Staat‘ ausgelöst. [...] ‚Die Demokratie bedeutet ständigen Frieden dort, wo sie allgemein herrscht“ (Czempiel 1998, 212).

⁷⁰ Gegenbeispiele zu dieser These sind z.B. der „Ruhrkampf“ 1923, als ein militärischer Sanktionsakt der „demokratischen“ Staaten Frankreich und Belgien gegen die „demokratische“ Weimarer Republik, die sich vor allem deshalb auf den „passiven Widerstand“ beschränkte, weil sie zum militärischen Widerstand aufgrund der bestehenden Machtverteilung nicht in der Lage war, sowie während des Zweiten Weltkrieges ab 1941 der Krieg zwischen den „demokratischen“ Staaten Finnland und Großbritannien.

4. HANDLUNGSORIENTIERTE THEORIEN

In vielen Imperialismusdeutungen werden strukturelle Zwänge, die sich über die „Gesetze“ der Kapitalakkumulation bzw. der universalhistorisch begründeten Staatenrivalität in das Handeln (zumindest der herrschenden) gesellschaftlichen Akteure einschreiben, besonders akzentuiert.⁷¹ Hannah Arendt und später Robert W. Cox kritisieren dies aus unterschiedlichen *handlungstheoretischen* Perspektiven und weisen damit einer Darstellung imperialistischer Phänomene den Weg.

Hannah Arendt betrachtet das Phänomen des Imperialismus auch und gerade als Produkt nationalistischer Massenbewegungen. In ihrem Werk *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951/2003) analysiert sie soziale und ideologische Voraussetzungen für das Entstehen verschiedenartiger *Typen* von *Imperialismen* innerhalb des sich entwickelnden Kapitalismus. Die Entstehung unterschiedlicher Typen imperialistischer Herrschaft werden bei ihr als Zwischenschritte vom klassischen Nationalstaat hin zur „totalitären“ Diktatur verstanden, in der das Handeln einer neuen sozialen Unterschicht (des „Mob“) im Bündnis mit dem „Kapital“ zur Durchsetzung imperialistischer und schließlich totalitärer Staaten führt.⁷² Dabei werden bestimmte strukturelle, sozio-ökonomische Merkmale des Imperialismus nicht verneint (Arendt 2003, 308). Im Gegensatz zu Schumpeter vertritt sie die These, dass die Bourgeoisie durch den Imperialismus ihre Mündigkeit überhaupt erst erlangt (Arendt 2003, 316). Die Entwicklung des Imperialismus bis hin zum Totalitarismus ist ihr zufolge aber erst hinreichend als Folge des politischen Handelns völkischer Nationalisten und konservativer Eliten, des Bündnisses „zwischen Kapital und Mob“ (Arendt 2003, 332 ff.), zu verstehen.⁷³ Ohne eine breite, auf die Massen übergreifende Begeisterung für eine expansive

⁷¹ Als aktuelles Beispiel kann die Darstellung wiederkehrender Akkumulationszyklen von Hegemonialmächten bei Arrighi dienen (Arrighi 1994). Sie vermittelt den Eindruck eines geschichtlichen Kreislaufs. Damit verbunden ist eine Unterschätzung des Handlungspotentials historischer Akteure. Die Geschichte hegemonialer Mächte zu rekonstruieren, ist eine plausible Vorgehensweise. Auf dieser Grundlage eine *Zyklentheorie* auszuarbeiten, ist jedoch ein fragwürdiges Unterfangen. Diese geht vom Vorhandensein von Strukturbeziehungen aus, die kohärent sind und sich selbst reproduzieren. Wie es aber zur *Transformation* eines jeweils hegemonialen Systems kommt, und zur Bildung neuer Hegemone, hängt mehr vom Handeln der Akteure ab als Arrighi dies konzidiert. Eine genauere Erklärung des Verhaltens der sozialen Kräfte *außerhalb* des hegemonialen Staates beispielsweise müsste in die Analyse integriert werden, um zu erschließen, ob in einer „Endkrise“ tatsächlich die Handlungsmacht neuer potentieller Hegemone sich entwickelt oder nicht.

⁷² Dies steht im Gegensatz zu einer Version der marxistischen Theorie, etwa bei Lenin, die innergesellschaftlich eher das Bündnis des Kapitals mit der „Arbeiteraristokratie“ als ein wesentliches Moment für den Einfluss imperialistischer Ideologien versteht.

⁷³ Am bedrohlichsten vermischten sich Arendt zufolge die genannten Faktoren in den Teilen Europas, deren imperiale Ambitionen überwiegend fehlschlügen. Die sogenannten „Panbewegungen“, die vor der Zeit des klassischen Imperialismus entstanden und vorwiegend an politischer Macht interessiert waren, sind als besonderer Typus der Verbindung von Eliten und verarmten „Massen“ zu begreifen

Weltpolitik vermögen die herrschenden Machteliten nicht, die Regierungen für eine imperialistische Politik zu gewinnen. Alles in allem ergänzt Arendt damit (eher unbewusst) die Theoretisierung imperialistischer Phänomene um eine handlungstheoretische Dimension und um die Erkenntnis, dass es diverse Typen imperialistischer Nationalstaaten gibt, wenn auch ihre Thesen keine systematisch-theoretische Ausarbeitung erfuhren.⁷⁴

Als gewinnbringend können ebenso die *neogramscianischen* Arbeiten von Robert W. Cox bezeichnet werden, dessen kritische Beiträge zur Theorie der nordamerikanischen Internationalen Beziehungen neben denen von Susan Strange (vgl. Strange 1994) zu den Bekanntesten gehören. Als intellektueller Dissident grenzt sich Cox seit den 1970ern von den vorherrschenden Ansätzen der IB ab, aber auch vom „strukturalistischen Marxismus“. Im Anschluss an den italienischen Marxisten Antonio Gramsci ist Cox darum bemüht, die Rolle der Akteure in der Disziplin der IB stärker zu betonen. Gegen eine strukturelle, ahistorische, statische und abstrakte Konzeptionalisierung der kapitalistischen Produktionsweise legt er in seinem Hauptwerk *Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History* (1987) großes Gewicht auf eine historisierende Darstellung.⁷⁵ Daher bezeichnet für ihn der Begriff des Imperialismus auch ein „eher ungenaues Konzept, das, wenn es praktisch angewandt wird, in Bezug auf jede historische Periode neu definiert werden muss“ (Cox 1998b, 54).

Gegen das zu enge, auf den Staat fixierte Verständnis von Macht- und Herrschaftsbeziehungen im Neorealismus sowie im Neoinstitutionalismus, so Cox, richtet er im Rahmen seiner „historisch-materialistischen“ Methodik die Aufmerksamkeit auf die gesellschaftlichen Konflikte. Anders als in liberalen gesellschaftszentrierten Ansätzen

(Arendt 2003, 480). Damit verbunden war der Aufstieg des völkischen Nationalismus. Besonders in den Ländern Österreich-Ungarn und Russland, in welchen sich das „Zu-kurz-gekommen-sein“ in der territorialen Expansion mit dem „Unvermögen zum Nationalstaat“ verband, fanden die Panbewegungen fruchtbaren Boden vor und bedienten sich des Antisemitismus als einer politischen Waffe (Arendt 2003, 485). In den „erfolgreicheren“ Nationen trugen die Folgen der kolonialen Eroberungen und der Bürokratisierung v.a. der Kolonialverwaltungen zur Barbarisierung der Politik bei (Arendt 2003, 356, 405).

⁷⁴ Der fragmentarische Charakter ihrer Annahmen ist zudem offen für divergierende Interpretationen. So kann Arendt als Verfechterin des Primats politischer Phänomene verstanden und damit einer Verabsolutierung von Teilfaktoren einer weitaus komplexeren Realität geziehen werden. In den Gesellschaftswissenschaften nach 1945 wurde etwa die These des Imperialismus als Funktion des Nationalismus sehr vereinfachend mit der These des Machttriebes (ähnlich wie im Realismus) verbunden (vgl. Geiger 1963, 158 f.).

⁷⁵ Daher bezeichnet für ihn der Begriff des Imperialismus auch ein „eher ungenaues Konzept, das, wenn es praktisch angewandt wird, in Bezug auf jede historische Periode neu definiert werden muss“ (Cox 1998b, 54).

(Czempiel) steht bei Cox eine marxistische Klassentheorie im Vordergrund. Daneben erweitert er die klassische realistische Perspektive dadurch, dass er Staat und Zivilgesellschaft in ihrer wechselseitigen Verschränkung diskutiert (Cox 1998b, 39 ff.). In Cox' Interpretation geht es immer wieder um zwei miteinander verschlungene Vermittlungskomplexe, die der Erklärung von Hegemonie bzw. Nicht-Hegemonie in einem Staat und auf Weltebene dienen sollen. Im Rahmen des ersten Vermittlungskomplexes stellt Cox drei zentrale Elemente dar, die in ihrem wechselseitigen Aufeinanderwirken in einer „historischen Struktur“ bestimmend für die Entstehung von Hegemonie sind: *Materielle Kapazitäten*, verstanden als technologische und organisatorische Ressourcen bzw. die Verfügungsgewalt über sie, *Ideen*, erfasst als intersubjektive Überzeugungen und kollektive Vorstellungen von der gesellschaftlichen Ordnung sowie *Institutionen*, die der Stabilisierung einer bestimmten Ordnung dienen und sich zu einem Komplex von Machtbeziehungen entwickeln, der sich gegenüber den einzelnen Akteuren verselbständigt. Hegemonie bildet sich konkret auf drei Handlungsebenen, dem zweiten Vermittlungskomplex, heraus: auf der Ebene der *sozialen Produktionsbeziehungen*, der *Staatsformen* und der *Weltordnungen*.⁷⁶ Um auf nationaler oder internationaler Ebene eine Hegemonie etablieren zu können, muss sich ein „historischer Block“ herausbilden. Diese Begrifflichkeit bezieht sich auf die Weise, wie führende soziale Kräfte ihre Herrschaft über untergeordnete soziale Kräfte innerhalb eines nationalen Kontextes errichten. Ein historischer Block ist mehr als eine Allianz herrschender Klassen, er vermag vielmehr, verschiedene, auch antagonistische Klasseninteressen zu integrieren und dadurch konsensual zu herrschen (Cox 1998c, 81).⁷⁷

⁷⁶ Die soziale Struktur der Produktion einschließlich ihrer Machtbeziehungen korrespondiert mit jeweils spezifischen nationalen Staatsformen (merkantilistisch, liberal, wohlfahrtsstaatlich, staatskapitalistisch, neoliberal). Neue soziale Produktionsbeziehungen werden vermittelt durch die Ausübung staatlicher Macht hergestellt (Cox 1987, 105). Der Staat bildet für Cox darüber hinaus die zentrale Institution, die zwischen den Strukturen der Produktion und den Strukturen der Weltordnung vermittelt. Nationale soziale Produktionsbeziehungen werden durch die jeweilige Struktur der Weltordnung geformt (Cox 1987, 105ff.). Entscheidend für die Frage nach der Stabilität der Weltordnung ist, ob eine weltweite Hegemonie besteht oder nicht (Cox 1987, 7).

⁷⁷ Cox unterteilt die Geschichte der internationalen Beziehungen in hegemoniale und nicht-hegemoniale Weltordnungen. In seiner Analyse unterscheidet Cox die hegemoniale Ära des britischen Empires zwischen 1845-75, die nicht-hegemoniale Zeit zwischen 1875 und 1945, die hegemoniale Zeit der Pax Americana zwischen 1945 und 1965 sowie die Zeit danach. In allen Perioden bestanden Möglichkeiten, gegenhegemoniale Blöcke aufzubauen (Cox 1987, 390).

5. ZWISCHENFAZIT

In den drei Schüben der Theoretisierung imperialistischer Phänomene finden sich eine Reihe von theoretischen Erkenntnissen, wie beispielsweise die Betonung der Entstehung permanenter internationaler Abhängigkeiten und Konflikte. Sie können als schwer wiegende Einwände gegenüber normativ-idealisierenden Globalisierungs-, Modernisierungs- und Zivilisierungsthesen dienen. Einige der behandelten Autoren trugen in den letzten Jahren zur Wiederbelebung der sozialwissenschaftlichen Debatte über imperiale Gewalt bzw. Gewaltandrohung in und zwischen kapitalistischen Gesellschaften bei (Chibber 2004).

Die zur Erklärung dieser Sachverhalte entwickelten Argumente sind allerdings problematisch, wie das exemplarisch am Neorealismus und seiner politizistisch-universalhistorischen Machttheorie und dem Ökonomismus sowohl marxistischer Ansätze als auch anderer Strömungen in der Disziplin der IB im Ansatz nachgewiesen wurde. Es mangelt mit wenigen Ausnahmen an Versuchen, die komplexen Wechselbeziehungen zwischen Einzelstaaten und ökonomischen Akteuren zu analysieren. Daher käme es darauf an, eine Analyse der Konkurrenz- und Kooperationsverhältnisse des internationalen Staatensystems sowie der international agierenden ökonomischen Akteure im Kapitalismus durchzuführen, die die Unterkomplexität des Neorealismus und anderer Ansätze überwindet.

Zudem weist die Mehrheit der Ansätze, zumindest hinsichtlich ihrer theoretischen Differenzierungen, einen Mangel an Komplexität angesichts der von ihnen untersuchten Problematik auf – das Verhältnis von innergesellschaftlichen zu „inter-gesellschaftlichen“ Entwicklungen wird beispielsweise kaum thematisiert – und bieten nur unpräzise Konzeptualisierungen ihrer zentralen Kategorien an (z.B. Imperialismus, Kapitalismus, Staat, Konkurrenz). Auf der einen Seite werden in den vorgestellten Ansätzen immer wieder historische Entwicklungstrends überzeichnet, wie das am Beispiel der „Monopolisierung“ und der aus dieser Entwicklung scheinbar resultierenden Steuerbarkeit „des“ Kapitalismus oder an der Überbetonung einer idealisierten Globalisierungstendenz beschrieben wurde. Andere Theorien neigen im Gegensatz dazu, „ewige“ Logiken des „Kapitalismus“ bzw. der „Staatenwelt“ abzuleiten und die Potentiale des historischen Wandels zu unterschätzen. Das gilt nicht nur für den Neorealismus, sondern auch für ambitionierte marxistische Beiträge: Zu Recht wurde gegen die Staats- und Weltmarkttheoretiker der 1970er auf die Gefahr hingewiesen, nur noch den objektiven „Selbstlauf“ des „Wertgesetzes“ zu erklären – im „Bannkreis von Ableitungschoreographien befangen“ zu bleiben (von Braumnühl 1976, 326). Und in der Tat konnte in dieser Debatte das Problem des Verhältnisses zwischen den die kapitalistische Gesellschaft bestimmenden und in ihr sich geschichtlich durchhaltenden

wesentlichen Strukturen sowie den sich verändernden Formen, in denen diese Struktur konkret-geschichtlich zum Ausdruck kommt, nicht geklärt werden.

Die nun folgenden Teile der Arbeit zielen darauf, genauer zu bestimmen, was überhaupt unter „Kapitalismus“ zu verstehen ist und zu fragen, ob das internationale Staatensystem als grundlegender Bestandteil des kapitalistischen Weltsystems angesehen werden muss, als auch das Phänomen des kapitalistischen Imperialismus zu historisieren.⁷⁸ Um nicht bei abstrakten theoretischen Strukturen stehen zu bleiben und um sich dem realen Handeln historischer Akteure in den von ihnen geschaffenen, jedoch verselbständigten institutionalisierten Handlungszwängen anzunähern, orientiere ich mich im Fortgang meiner Arbeit an folgender Vorgehensweise: Zuerst geht es darum, das Verhältnis der *konstitutiven Strukturmerkmale* des kapitalistischen Weltsystems (auf Lohnarbeit basierende Mehrwertproduktion, Konkurrenz, Geldverhältnisse, in der vorliegenden Arbeit auch Vielstaatlichkeit sowie der Weltwirtschaftszusammenhang), die in der weiteren Argumentation genauer entwickelt werden, zu diversen *historischen Phasen* der kapitalistischen Entwicklung in Beziehung zu setzen. Daran schließt sich dann, weniger ausführlich, eine Analyse spezifischer *historischer Konstellationen* an (in die weitere Phänomene wie nationalistische Bewegungen, Ressourcenabhängigkeiten, aber auch spezifische gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und normative Faktoren einbezogen werden), in denen die Struktur- und Phasenmerkmale ihre konkrete Gestalt gewinnen. Die drei Ebenen müssen in ihrer *Vermittlung* analysiert werden.

Weil es wenig theoretische Überlegungen gibt, die die Beziehungen zwischen Strukturmerkmalen, Phasen und Konstellationen ergründen, werde ich in den beiden folgenden Teilen der Arbeit versuchen, ein geeignetes analytisches Instrumentarium unter Einbeziehung neuerer Forschungsergebnisse ansatzweise auszuarbeiten und an neueren historischen Entwicklungstendenzen zu erproben. Um über die politikwissenschaftliche Engführung in der Disziplin der IB hinauszugelangen, die gegenwärtig als zentraler akademischer „Ort“ der Diskussion von Konflikten im Weltsystem angesehen werden kann, werden Ansätze aus weiteren Disziplinen – der Soziologie, der Industriegeographie, der Internationalen Politischen Ökonomie sowie der Geschichts- und Wirtschaftswissenschaften – mit einbezogen.

⁷⁸ Dabei gilt es auch Schwächen der vorgelegten handlungsorientierten Ansätze etwa bei Cox zu überwinden, der dazu tendiert, die Wirkmacht struktureller Handlungszwänge des Kapitalismus zu unterschätzen.

ZWEITER TEIL

EIN ANALYTISCHER RAHMEN ZUR ERKLÄRUNG IMPERIALISTISCHER PHÄNOMENE

I. STRUKTURMERKMALE DES KAPITALISMUS

Eine Analyse imperialistischer Phänomene sollte sich auf eine Theorie kapitalistischer Entwicklung stützen können. In den imperialismustheoretischen Diskussionen wird allerdings i.d.R. mit einem defizitären Kapitalismusbegriff gearbeitet, wie im ersten Teil der Arbeit argumentiert wurde. Daher wird sich im Folgenden einer Analyse des Kapitalismus anzunähern versucht (d.h. noch nicht einer kapitalistischen *Gesellschaft*). In einem weiteren Schritt werden zentrale Strukturmerkmale des Kapitalismus herausgearbeitet, die sowohl seine Dynamik als auch seine Krisenhaftigkeit bestimmen. Zunächst werden diese Merkmale auf abstrakter Ebene vorgestellt. Historische Fakten haben nur illustrierenden Charakter.

Im Anschluss an diese abstrahierten Darstellungen wird in den Kapitalismus als weltweitem inter-gesellschaftlichem System in Raum und Zeit eingeführt, wobei neben allgemeintheoretische Überlegungen vermehrt historisch-zeitdiagnostische Argumente treten. Dabei werden Positionen entwickelt, die in der Untersuchung historischer Phasen und Konstellationen aufgenommen werden.

1. GRUNDLAGEN EINER ANALYSE DES KAPITALISMUS

Immer wieder ist der Versuch unternommen worden, den Kapitalismus durch ein einziges Strukturmerkmal zu charakterisieren und andere Merkmale als zweitrangig zu beschreiben. Dabei lassen sich mehrere Ansätze unterscheiden:

- So erklären einige Theoretiker der *industriellen Gesellschaft* bzw. des *Industrialismus* die sich kontinuierlich entwickelnden Formen der Produktion mithilfe des Einsatzes moderner Technologie und wissenschaftlich rationaler Methoden zum ausschlaggebenden Merkmal des Kapitalismus.⁷⁹
- Einer anderen Auffassung zufolge ist der *freie Wettbewerb* bzw. der *Tausch* zwischen privaten Unternehmen das zentrale Kennzeichen des Kapitalismus. Nach dieser Auffassung ist der Kapitalismus mit einer Wirtschaftsordnung des *laissez-faire* identisch (vgl. Eucken 1950, 79).
- Eine dritte Position setzt das *Privateigentum* in den Mittelpunkt einer Charakterisierung des Kapitalismus. Ein kapitalistisches System ohne Privateigentum ist in dieser Perspektive unvorstellbar.
- Einer letzten idealtypisch pointierten Annahme zufolge stellt eine *Gruppe von Kapitalisten* sowohl die zentrale Vorbedingung des Kapitalismus als auch sein hervorstechendes Merkmal dar.⁸⁰

Eine hinreichende Erklärung des Kapitalismus mithilfe der ausschließlichen Betonung eines dieser Merkmale scheint jedoch nicht möglich:

- Die These, der zufolge die Entwicklung der Technik als primäres Kennzeichen des Kapitalismus angesehen werden muss, ist insofern problematisch, als die Entwicklung der Technik eher Wirkung denn Ursache der Entstehung neuartiger sozialer Verhältnisse (der kapitalistischen Warengesellschaft) ist.⁸¹

⁷⁹ Häufig wird diese These Max Weber zugeschrieben, wiewohl das nicht ganz zutrifft, da er auch die Bedeutung anderer Strukturmerkmale hervorhob (vgl. Weber 1920a, 1-16; Weber 1920b, 30-62). Es geht daher im Nachfolgenden nicht um die differenzierte Wiedergabe seines theoretischen Ansatzes, sondern eher um die pointierte Beschreibung einer theoretischen Konzeption (des „Industrialismus“), die eine Relevanz in den Gesellschaftswissenschaften, aber auch und gerade im Alltagsbewusstsein gewonnen hat und in der u.a. auf Weber rekurriert wird.

⁸⁰ Damit verbunden ist die Annahme, dass der Entstehung des Kapitalismus die Bildung einer kapitalistischen Schicht oder Klasse vorausgehen muss (vgl. Sombart 1913, 441 ff.; Sombart 1921, 25). Es muss demzufolge einen kapitalistischen Geist – wenn auch nur im Keim – geben, ehe ein einziges kapitalistisches Unternehmen entstehen kann (vgl. Weber 1958, 238, 302).

⁸¹ Adorno bringt dieses Argument in seinem Vortrag *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?* auf den Punkt (Adorno 1996a).

- Auch die Betonung des freien Wettbewerbs vermag allein nicht zu überzeugen. Die Rolle, die die Markt-Koordination spielt, kann nur angemessen beurteilt werden, wenn die ihr zugrundeliegenden Produktions- und Eigentumsverhältnisse berücksichtigt werden. Zudem spielte und spielt in vielen kapitalistischen Ländern der Staat eine weitaus bedeutendere Rolle als in den Theorien des freien Wettbewerbs vorgesehen.
- Das Privateigentum ist bereits ein Merkmal vorkapitalistischer Gesellschaften gewesen: Es existierte im mittelalterlichen Europa, aber auch im antiken Rom oder Griechenland. Innerhalb des Kapitalismus ergibt sich ein Erklärungsdefizit, wenn man die Bedeutung „verstaatlichten“ Eigentums berücksichtigt. Eine zu enge Verbindung von Kapitalismus und Privateigentum kann leicht zur Annahme führen, dass größere Sektoren der modernen Volkswirtschaften „außerhalb“ des kapitalistischen Systems standen bzw. stehen. Um die Bedeutung des Privateigentums angemessen erfassen zu können, bedarf es einer Konzeptualisierung, die den Zusammenhang mit den bestehenden Rechtsverhältnissen und staatlichen Institutionen sowie den Prozessen der Produktion, der Verteilung und des Austauschs herstellt.⁸²
- Ebenso sind gesellschaftliche Gruppen mit einer kapitalistischen Gesinnungsethik keine hinreichende Bedingung für die Entstehung bzw. Fortdauer des Kapitalismus. Das Problem ist nicht die Anwesenheit oder Abwesenheit von Kapitalisten, sondern die Frage, ob ihre Aktivitäten unter Bedingungen stattfinden, die die dem industriellen Kapitalismus eigentümlichen Muster von wirtschaftlicher Entwicklung hervorbringen und diese zur dominanten Form der Vergesellschaftung werden lassen. Kapitalisten können existieren (und eine gewichtige Rolle in der Gesellschaft spielen), ohne dass ein kapitalistisches Wirtschaftssystem entstehen muss.⁸³ Den *Handels-* bzw. *Kaufmannskapitalisten* früherer Zeiten waren jedoch Grenzen gesetzt. Ihre „Investitionen“ waren noch vorwiegend Anlagen in den Handel und nicht in die Produktion – diese blieb vorkapitalistisch geprägt.⁸⁴

⁸² Diesen Punkt hebt bereits Marx hervor: „In jeder historischen Epoche hat sich das Eigentum anders und unter ganz verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnissen entwickelt. Das bürgerliche Eigentum definieren heißt somit nichts anderes, als alle gesellschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Produktion darstellen“ (Marx 1959, 165).

⁸³ Wie ein geschichtlicher Rückblick zeigt, gab es Gruppen von vorkapitalistischen „Kapitalisten“ z.B. in der mittelalterlichen arabischen oder europäischen Welt sowie dem China der Song- und Yuan-Dynastien (Arrighi/Hui/Hung/Seldon 2003, 275).

⁸⁴ Damit fehlte die für den Kapitalismus charakteristische Massenproduktion ebenso wie ein überregionaler Markt, von dem die Massen der Produzenten abhängig für ihr eigenes Produzieren und Konsumieren sind (d.h. die Entstehung der modernen Arbeiterklasse).

Auch viele an der Marxschen Kapitalismusanalyse orientierte Autoren, die einen Einfluss auf die historischen Imperialismusdebatten hatten, entwickelten einseitige Beschreibungen des Kapitalismus.

- Vertreter der Dependenz- und der Weltsystemtheorie (z.B. Wallerstein, Frank) sowie Paul Sweezy haben die Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus als Resultat des *Wachstums von Handel* sowie überhaupt *monetärer* und *marktlicher Beziehungen* interpretiert. Sie knüpfen an eine zentrale Argumentationsfigur des klassischen Ökonomen Adam Smith an, der zufolge das Wachstum einer auf Handel basierenden Arbeitsteilung die ökonomische Entwicklung antreibt. Diese führt wiederum zu einer Zunahme der Spezialisierung und dadurch zu einer erhöhten Arbeitsproduktivität (vgl. Sweezy 1984, Wallerstein 1986).
- Im Gegensatz zu dieser These steht ein Ansatz, der die *Lohnarbeit* und damit die *Form der ökonomischen Ausbeutung* ins Zentrum der Kapitalismusdefinition stellt. Der junge Ernesto Laclau in der Debatte über Unterentwicklung und Maurice Dobb in der Analyse des Übergangs zum Kapitalismus waren Protagonisten dieser These (Laclau 1971, Dobb 1984). Den Kapitalismus zeichnet aus, dass der moderne Lohnarbeiter ohne Verfügung über Produktionsmittel überleben muss und sich daher einer ökonomischen Ausbeutung zu unterwerfen hat, die wiederum eine spezifische Form gesellschaftlicher Beziehungen mit sich bringt (Dobb 1970, 28).

Keiner dieser beiden Ansätze liefert ein zufrieden stellendes Ergebnis: Während Sweezy/Wallerstein bei der Betonung der Marktbeziehungen die Veränderungen der Produktionsverhältnisse sowie die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen aus dem Blick verlieren (vgl. Gerstenberger 2006, 504)⁸⁵, reicht es ebenso wenig aus, die Ausbeutungsverhältnisse zu analysieren, um die gesamte Wirtschaftsweise verstehen zu können. Das was innerhalb eines Unternehmens passiert, hat mit Entwicklungen außerhalb des Betriebs zu tun, etwa mit dem Wettbewerb unter den Kapitalien oder mit staatlichen Interventionen. Es können daher nicht nur die Verhältnisse „zwischen“ den „Klassen“ sein, die den Kapitalismus charakterisieren, sondern auch die Verhältnisse „innerhalb“ der „Klassen“.

⁸⁵ Dass diese an der Entwicklung des Kapitalismus keinen Anteil hatten, wäre aber ein ebenso unhaltbares Argument. Es ist Peter Kriedte zuzustimmen, der die Entwicklung des Kapitalismus, historisch betrachtet, als die „Kulmination eines Prozesses mit tiefen Wurzeln in den zwei vorausgehenden Jahrhunderten“ in ganz Europa versteht (Kriedte 2002, 503). Es gab keinen direkten Weg vom Handelskapitalismus zum Industriekapitalismus – dennoch bildeten der vorkapitalistische Handel, das Wachstum der Städte etc. Ausgangspotentiale für die kapitalistische Umwälzung.

1.1. ANALYSEN DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSWEISE

„Ein-Punkt-Definitionen“ des Kapitalismus bleiben unzulänglich. Es muss eine komplexere Bestimmung entwickelt werden. Die Marxsche Analyse kann hierfür einen Ausgangspunkt bilden.

Im Nachfolgenden werde ich einige Überlegungen zur Marxschen Kategorie der „Produktionsweise“ anstellen, die Relevanz einer nicht-mechanistischen Interpretation dieses Untersuchungsansatzes betonen, um daran anschließend die Bedeutung kapitalistischer Warenproduktion und wettbewerbsgetriebener Akkumulation herauszustellen. Die Einführung in diese beiden Marxschen Argumente dient der Explikation vier kapitalistischer Strukturmerkmale im nächsten Kapitel.

Zur Untersuchung verschiedener Gesellschaften bzw. der ihnen zugrunde liegenden „Produktionsweisen“ bediente sich Marx des Begriffspaars „Produktivkräfte“ und „Produktionsverhältnisse“. Die verschiedenartigen Produktionsweisen (z.B. feudale oder kapitalistische) sind durch eine je spezifische Kombination von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gekennzeichnet.⁸⁶ Für Marx stellt die Entwicklung der „Produktivkräfte“, die er als die durch menschliche Arbeit geschaffenen Werkzeuge, Maschinen, im weiteren Sinne auch als die Kenntnisse und Fertigkeiten der Menschen selbst sowie ihre kulturellen Wissensbestände charakterisiert, die Bedingungen für Veränderungen der „Produktionsverhältnisse“ dar.⁸⁷ Die „Produktionsverhältnisse“ wiederum, durch die Art und Weise gekennzeichnet, in der die Produktion gesellschaftlich organisiert ist, z.B. durch die Art der Arbeitsteilung sowie die Verteilung der Produktionsmittel auf verschiedene Klassen und daraus sich ergebend, der Form der Aneignung der Mehrarbeit, können die Entwicklung der Produktivkräfte fördern *oder* hemmen. Jeder Form der Produktionsverhältnisse entsprechen charakteristische Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse. Im Laufe der Geschichte werden die Produktionsverhältnisse, metaphorisch gesprochen, zur „Fessel“ der produktiven Ressourcen der Menschen – was auf die Notwendigkeit, allerdings nicht auf einen Automatismus, hin zu radikal veränderten Produktionsverhältnissen hinweist,

⁸⁶ Der Begriff der Produktionsweise kann als widersprüchliche Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verstanden werden. An einigen Stellen benutzt Marx den Begriff auch zur innerkapitalistischen Differenzierung (Haug 2003c, 31).

⁸⁷ Genau genommen muss die Produktivkraftentwicklung als ein Stoffwechselverhältnis zwischen Mensch und Natur betrachtet werden. Sie erfasst somit das Verhältnis zwischen Menschen, Produktionsmitteln und der Natur.

in der die aus der Entfaltung der Produktivkräfte entstandenen Möglichkeiten praktisch realisiert werden können.⁸⁸

Auch wenn die Entwicklung der Produktivkräfte, verstanden als die Gesamtheit der menschlichen Fähigkeiten, wesentlich ist, und eine, wenn auch schwache und z.T. gebrochene Tendenz zu einer eigenständigen kumulativen Entwicklung hat (Wright/Levine/Sober 1992, 76-88), so dürfen doch die Produktionsverhältnisse in ihrer Rolle als „Fessel“ sowie die Auswirkungen von politischen und ideologischen bzw. normativen Kämpfen in ihrer relativen Autonomie nicht unterschätzt werden. Dass gesellschaftliche Veränderungen verknüpft sind mit Veränderungen der Produktivkräfte, bedeutet nicht, dass erstere mechanische Reflexe auf Veränderungen letzterer sind. Das Niveau der Fertigkeiten setzt Grenzen für den sozialen Wandel, es kann ihn aber auch befördern; von den Produktionsverhältnissen hängt es umgekehrt ab, inwieweit die Menschen den Arbeitsprozess verändern und neue Techniken einführen können. Und: An vielen Punkten treffen Menschen Entscheidungen, ob sie diesen oder jenen Weg gehen und ringen um diese Alternativen. Geschichte ist daher, wenn auch innerhalb eines Rahmens möglicher Entwicklungsperspektiven, ein ergebnisoffener Prozess.

In folgenden Kapiteln versuche ich das Konzept der kapitalistischen Produktionsweise, das synonym mit dem Begriff „Kapitalismus“ verwendet wird, in einem breiter gefassten Sinne zu entwickeln. Davon zu unterscheiden ist der Begriff der „kapitalistischen Gesellschaft“, da letztere weitere sozio-kulturelle Institutionen bzw. Dimensionen umfasst (Hausarbeit, Familie, kulturelle Phänomene).⁸⁹

⁸⁸ Die im Marxschen Werk verstreuten und sich teilweise widersprechenden Bemerkungen zur kapitalistischen Produktionsweise haben reduktionistische Deutungen begünstigt (vgl. ten Brink 2006). In den Marx-Interpretationen der II. Internationale wurde die Produktivkraftentwicklung zu einem unvermeidlich fortschreitenden historischen Prozess. Der „Übergang“ zum Sozialismus wurde zu einem vom Willen und Wollen der Menschen unabhängigen Anpassungsprozeß an die sich entfaltenden „Reifungsprozesse“ der Produktivkräfte umgedeutet. Auch in der III. Internationale wurde die Entwicklung der Produktivkräfte spätestens seit Stalin als ehernes Gesetz der Geschichte interpretiert. Nur wenige marxistische Theoretiker widersetzten sich zu dieser Zeit der herrschenden, mechanistischen Interpretation. Einer von ihnen, Antonio Gramsci, betonte die Notwendigkeit eines nicht-deterministischen Zugangs zum Verständnis der historischen Entwicklung. Die Analyse der materiellen „Basis“ ist für ihn eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für das Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung als Ganzes (Gramsci 1967, 199 f.). Für Walter Benjamin war die Vorstellung eines linearen Fortschritts in der Geschichte nicht haltbar. Für ihn konnten den „Fortschritten der Naturbeherrschung“ auch „Rückschritte der Gesellschaft“ entsprechen (Benjamin 1978, 697 ff.). Eine rückläufige Entwicklung (von entwickelteren Produktionsformen auf rückständigere) sei keine historische Ausnahme.

Hier kann nicht näher auf die Interpretationen und Weiterentwicklungen der Marxschen Thesen eingegangen werden, wie beispielsweise der strukturalistischen Lesart bei Althusser/Balibar. Einen kritischen Überblick der Debatte ist zu finden in: Callinicos 2004, 38-106; vgl. Ritsert 2000, 150-158).

⁸⁹ Diese manchmal als „nicht-ökonomisch“ bezeichneten Institutionen dürfen der kapitalistischen Logik jedoch nicht als „enthoben“ verstanden werden, denn sie werden durch die kapitalistische

1.1.1. WARENPRODUKTION: WECHSELSEITIGE ABHÄNGIGKEIT UND KONKURRENZ

Marx beginnt den ersten Band seines Hauptwerks *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie* (1867/1962) mit der Analyse der Ware. Dabei fragt er – als „Volkswirtschaftler“ – nicht nur nach den quantitativen Relationen zwischen den Werten der Waren und wie diese bestimmt werden, sondern auch – als „Soziologe“ – danach, welche Art von gesellschaftlichen Verhältnissen der Warentausch überhaupt darstellt und welche Form der gesellschaftlichen „Regulation“ diese mit sich bringt.

Die Zusammenhänge und Funktionsbedingungen der kapitalistischen Ökonomie gründen Marx zufolge auf zwei allgemeinen sozialen Voraussetzungen. Zum einen auf einer entwickelten gesellschaftlichen Arbeitsteilung und zum anderen auf einer Formbestimmung der Arbeit, durch die der gesellschaftliche Zusammenhang nicht in unmittelbarer, sondern in indirekter Form von „unabhängigen Privatproduzenten“ hergestellt wird, die miteinander in Austauschbeziehungen treten.⁹⁰ Die kapitalistische Warenproduktion setzt eine historisch spezifische Arbeitsteilung voraus – eine Vielzahl von Produktionseinheiten, die unabhängig voneinander über ihre Produktionsaktivitäten entscheiden. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist durch zwei unterscheidbare, aber miteinander verbundene Merkmale geprägt. Zum einen brauchen alle Produzenten die Produkte anderer Produzenten, um sich selbst reproduzieren zu können. Der Kapitalismus ist daher (und das, historisch betrachtet, in steigender Intensität) das entwickelteste System sozialer Interdependenz in der Geschichte der Menschheit. Zum anderen wird jede einzelne Ware von „vielen“ Produzenten erzeugt, von denen wiederum jeder gezwungen ist, seine Waren zu verkaufen, um seine eigene Reproduktion zu garantieren.

Produktionsweise überformt. Diese Überformung soll mit dem Begriff der kapitalistischen Gesellschaft zum Ausdruck gebracht werden.

⁹⁰ Damit ein Austausch nicht zufällig, sondern regelhaft stattfindet, bedarf es eines quantifizierbaren Maßes. Arbeitsprodukte werden getauscht, weil sie nützlich sind. Diese Eigenschaft begründet ihren Gebrauchswert. Aber als Gebrauchswerte sind die Erzeugnisse der Arbeit ganz unterschiedlicher Gestalt, die keine Richtschnur für den Tausch bzw. ihren Tauschwert liefern kann. Um eine Vergleichbarkeit herzustellen, muss ein gemeinsamer „Nenner“ der äußerlich ganz verschiedenartigen Dinge gefunden werden. Marx identifiziert dieses „Gemeinsame“ in der gesellschaftlichen Arbeit, die zur Erzeugung der nützlichen Gegenstände als Waren durchschnittlich erforderlich ist (Marx 1962, 49-56). Um den spezifisch gesellschaftlichen Charakter Waren produzierender Arbeit zu verstehen, muss hieran anschließend die Unterscheidung von „konkreter“ und „abstrakter“ Arbeit entwickelt werden. Das Gemeinsame ist nun abstrakte, wertbildende Arbeit. Verausgabt wird, individuell, konkrete Arbeit. Inwieweit diese wertbildend ist, so Marx, hängt davon ab, ob es sich um „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ handelt, d.h. Arbeitszeit die bei gegebenen Bedingungen durchschnittlich notwendig ist, um diesen Gebrauchswert zu produzieren (Heinrich 2003a, 208 ff.).

Die Warenproduktion basiert auf einem spezifischen System der gesellschaftlichen Handlungskoordination. Es existiert kein übergeordneter Prozess direkter sozialer Kontrolle (und es gibt i.d.R. keine direkte Absprache zwischen den Produzenten). Die gesellschaftliche Regulation vollzieht sich nicht in erster Linie über direkte soziale Interaktionen, sondern sie wird durch den Warentausch hergestellt.⁹¹ Mit anderen Worten ist der Kapitalismus sowohl durch *wechselseitige Abhängigkeiten* als auch durch *Konkurrenz* geprägt. Die gesellschaftliche *Kooperation* stellt sich als *antagonistischer Zusammenhang* dar.

Den Aspekt der wechselseitigen Abhängigkeit betont auch Emile Durkheim. Durch die Arbeitsteilung und die daraus resultierende Spezialisierung der menschlichen Fähigkeiten sind die Individuen aufeinander angewiesen und ergänzen sich gegenseitig. Die Arbeitsteilung wird zur „Hauptquelle der sozialen Solidarität“ und darüber hinaus zur „Basis der moralischen Ordnung“ (Durkheim 1988, 471). Der Konkurrenzcharakter der gesellschaftlichen Kooperation wird von Durkheim dagegen gering geschätzt. In der Disziplin der IB gehen neoinstitutionalistische Überlegungen bzw. Vorstellungen der Regimetheorie von dieser einseitigen Interdependenzannahme Durkheims aus (Cox 1998d, 103).

1.1.2. WARE, GELD, KAPITAL: AUSBEUTUNG UND WETTBEWERBSGETRIEBENE AKKUMULATION

Eine Betonung der kompetitiven Marktmechanismen ist eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Voraussetzung für ein Verständnis des Kapitalismus. Die Warenproduktion für den Markt enthält erst die *Möglichkeit* der Bildung von „Kapital“ und schließlich der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise. Die Verallgemeinerung der Warenproduktion auf den gesamten gesellschaftlichen Produktions-, Zirkulations- und Austauschprozess setzt dagegen die Entstehung des modernen Kapitals voraus.⁹²

Die Kategorie des Kapitals wird bei Marx aus einer Erweiterung der Analyse der Ware bzw. der Warenproduktion und des Austauschs entwickelt. Dabei wird die Vermehrung von Geld

⁹¹ Ein Umriss der Marxschen Werttheorie kann hier nur verkürzt wiedergegeben werden. Vgl. zu einer systematischeren Darstellung der Werttheorie sowie ihrer Ambivalenzen: Heinrich 2003a.

⁹² In den ersten drei Kapiteln des *Kapitals* liefert Marx keine historische Beschreibung der Entwicklung vom vorkapitalistischen Warentausch bis zum entwickelten Kapitalismus, sondern es geht ihm um die Darstellung der „einfachen Zirkulation“. Dass vom Kapital abgesehen wird, ist keine „willkürliche Laune“. „In dieser Abstraktion drückt sich selbst noch ein bestimmter Zug der Wirklichkeit aus: Die einfache Zirkulation, erscheint ‚als das unmittelbar Vorhandene an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft‘, die eigentliche Ökonomie scheint nur aus Kauf- und Verkaufsakten zu bestehen“ (Heinrich 2004, 79).

als spezifischer Zweck des Austauschs bestimmt.⁹³ Wenn Geld sowohl den Prozess des Austauschs eröffnet als ihn auch abschließt, so ist das Ziel des Austauschs ein rein quantitativer, die Vergrößerung der ursprünglichen Summe Geldes. Kapital kann daher in einem ersten Schritt als eine Summe Geld bezeichnet werden, die durch ihre Zirkulation vergrößert werden soll.⁹⁴

Der Kapitalismus ist durch eine überragende Steigerung der Produktivität gekennzeichnet. Es wird überlebensnotwendig für die Einzelkapitalien, sich am „gesellschaftlich notwendigen“ Niveau der Produktivität zu orientieren. Daher ist die kapitalistische Produktion durch einen permanenten Zwang zur Investition in neue, produktivere Produktionsmittel und -methoden charakterisiert. Um ein Merkmal des permanenten, wenn auch widerspruchsvollen Wachstums der Produktivkräfte im Kapitalismus zu erklären – im Rahmen des Warentauschs, in dem idealerweise die Waren zwischen gleichberechtigten Handelspartnern getauscht werden –, verweist Marx im Fortgang seiner Argumentation auf eine Sphäre „jenseits“ des Marktes. Er erklärt, dass der Wertzuwachs („Mehrwert“) bereits entsteht, bevor die Ware auf dem Markt getauscht wird. Es muss eine besondere Ware geben, die den spezifischen Gebrauchswert hat, den Wert von Waren zu steigern. Diese Ware ist die *menschliche Arbeitskraft*. Die produktive Kapazität des Menschen bzw. dessen ökonomische Ausbeutung (die dadurch entsteht, dass ein Arbeiter für seine Arbeitskraft grundsätzlich weniger an Wert erhält, als er durch seine Arbeit produziert) ist der Schlüssel zur Erklärung der Wertsteigerung im Kapitalismus.

In sozialer Hinsicht kann das Kapital nun als ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen den Hauptakteuren des Kapitalismus, den Eigentümern der Produktionsmittel und den Lohnarbeitern, definiert werden. Sozio-ökonomischer Gehalt dieses gesellschaftlichen Verhältnisses ist die Erbringung von Mehrarbeit auf der einen und die Aneignung des

⁹³ Die Kategorie des Geldes spielt bei Marx eine herausragende Rolle. Wesentliche Schritte werden im Gang der Darstellung von Ware und Geld vollzogen: *Erstens* wird die Ware analysiert und ihr Doppelcharakter diagnostiziert: Gebrauchswert und (Tausch-)Wert. Ihre Wertgegenständlichkeit erweist sich jedoch als etwas Besonderes: als eine rein gesellschaftliche Eigenschaft, die nicht der einzelnen Ware zukommt, sondern nur den ausgetauschten Waren als gemeinsame Eigenschaft. *Zweitens* benötigt der Wert gewissermaßen einen selbstständigen Ausdruck, eine gegenständliche Gestalt, die er im Geld erhält. *Drittens* wird die Vermehrung von Geld als spezifischer Zweck des Austauschs erläutert (vgl. Marx 1962, 109-160).

⁹⁴ Auf diesem allgemeinen Niveau der Analyse wäre das Kapital historisch so alt wie das Geld. In vorkapitalistischen Gesellschaften existierten zwei Formen des Kapitals: Handels- und Leihkapital. Der Händler kaufte Waren an einem Ort, um sie an anderen teurer zu verkaufen. Der Verleiher verlieh Geld zu bestimmten Zinssätzen und erhoffte sich derart einen Vermögenszuwachs.

Mehrprodukts auf der anderen Seite, wiewohl dieses Mehrprodukt erst als „Profit“ in der Zirkulationssphäre „realisiert“ werden kann.

Die institutionellen Ausprägungen von kapitalistischen Ökonomien können nun genauer charakterisiert werden. Hauptakteure sind kapitalistische Unternehmen, deren Ziel die Produktion von Waren für den Markt ist, und die direkten Produzenten, die für einen Lohn unter der Kontrolle der Kapitalisten arbeiten, die deren Arbeitskraft mit Werkzeugen, Rohstoffen usw. kombinieren. Ferner lassen sich die Grundlagen einer kapitalistischen Klassenteilung identifizieren: Diejenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen und für andere arbeiten, und diejenigen, die die Arbeitskraft kaufen und andere für sich arbeiten lassen, stehen im Widerspruch zueinander – ihre antagonistischen Interessen stellen die Basis für den kapitalistischen Klassenkampf dar. Die Formierung und Reproduktion einer Klasse besitzloser Arbeiter erweitert das Feld der Warenproduktion und des Warenaustauschs. Die gesellschaftliche Abhängigkeit, die mit der spezifischen Form der Arbeitsteilung unter Bedingungen der Warenproduktion einhergeht, erhält nun eine bestimmte Gestalt – getrennt agierende kapitalistische Unternehmen, deren Handeln durch Konkurrenz auf dem Markt koordiniert wird. Die kompetitiven Beziehungen zwischen den Kapitalien nötigen diese dazu, permanent eine Senkung der Produktionskosten anzustreben und die Produktionsmittel bzw. -methoden zu effektivieren.⁹⁵

Um die bislang entwickelten Überlegungen noch einmal zusammenzufassen: „Ein-Punkt-Definitionen“ des Kapitalismus liefern keine hinreichende Erklärungskraft. Es besteht daher die Notwendigkeit, mehrere Faktoren untereinander zu verbinden, um zu einer hinreichend komplexen Definition des Kapitalismus zu gelangen.

In meinen Erörterungen hat sich folgendes (vorläufiges) Bild herausdestilliert: Die kapitalistische Produktionsweise – hier noch auf einem hohen Abstraktionsgrad dargestellt – verkörpert gesellschaftliche Beziehungen *formeller Gleichheit* (freier und gleicher *Marktteilnehmer*) bei *materieller Ungleichheit* (durch ökonomische Ausbeutung als Existenzgrundlage des Kapitals), die eine gesellschaftliche *Hierarchie* (hier noch zwischen Individuen bzw. Klassen in der Produktion) bedingen. Weder die Anwendung der Lohnarbeit

⁹⁵ Dies ist ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen der ökonomisch herrschenden Klasse im Kapitalismus und den früheren herrschenden Klassen, deren „unproduktiver“ Luxus-Konsum einen viel größeren Teil des Mehrprodukts aufzehrt. Ein Durchschnittskapitalist muss sich insofern an den Normen der „protestantischen Ethik“ orientieren. Viele der von den Theoretikern des Industrialismus hervorgehobenen Merkmale der „Moderne“ – Wachstumszwang, Ausrichtung von Wissenschaft und Technologie an der Produktion usw. – hängen mit der Verallgemeinerung der Rationalisierungszwänge des Kapitals zusammen.

noch die Produktion für den Markt allein bieten die Grundlage für eine angemessene Definition des Kapitalismus. Erst in der Verbindung von *Ausbeutung* und *Konkurrenz* werden wesentliche Merkmale der eigentümlichen Struktur des Kapitalismus sichtbar, die sich durch die ökonomische Ausbeutung der formell Freien und Gleichen durch Freie und Gleiche, die jeweils untereinander konkurrieren, auszeichnet. Auch wenn die freie Lohnarbeit als Folge der gewaltsamen Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln eine zentrale *historische* Voraussetzung für die Entstehung des Kapitalismus war, so ist dieses System nicht nur durch die Ausbeutung, sondern eben auch durch die Konkurrenz charakterisiert. Die „vertikalen“ Klassenkonflikte werden überlagert von den „horizontalen“ Spaltungen der Konkurrenzbeziehungen.

Um zu einer adäquaten Analyse von grundsätzlichen Strukturmerkmalen des Kapitalismus zu gelangen, müssen die Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Dimensionen gesellschaftlicher Spaltungen und ihre Widersprüchlichkeit erfasst werden, die die „Ordnung“ des kapitalistischen Systems immer wieder krisenhaft in Frage zu stellen drohen.

2. STRUKTURMERKMALE DES KAPITALISMUS

In der nun folgenden Argumentation wird der Versuch unternommen, relevante Strukturmerkmale des Kapitalismus „in ihrem idealen Durchschnitt“ (Marx 1986, 839), also stilisiert, darzustellen. Auf den „Kapitalismus in Raum und Zeit“, die permanente, krisenhafte, durch paradoxe Verläufe gekennzeichnete Veränderung seines „Gesichtes“ wird weiter unten eingegangen.

Zunächst werde ich auf die grundlegenden „sozialen Formen“ eingehen, die die kapitalistische Produktionsweise hervorbringt. Diese können als theoretisches Modell dazu dienen, die den sozialen Akteuren äußerlichen Handlungszwänge der „verallgemeinerten Warenproduktion“ zu erfassen, soziale Praktiken, die nicht vorwiegend Resultat intentionalen Handelns sind. Dem folgt die Darstellung von vier kapitalistischen Strukturmerkmalen.

2.1. AUSSCHLAGGEBENDE SOZIALE FORMEN

Eine allgemein in historisch-materialistischen Theorieansätzen geteilte These lautet, dass das zentrale Fundament des gesellschaftlichen Zusammenlebens die materielle Reproduktion ist. Die den Individuen aufgenötigte alltägliche Notwendigkeit, sich, vor allen anderen Dingen, materiell reproduzieren zu müssen, bildet die Grundlage von Gesellschaftlichkeit.

Im Kapitalismus entwickelt sich die Vergesellschaftung der Individuen in spezifischer Weise: Unter kapitalistischen Bedingungen bestimmen maßgeblich die individuellen Handlungsoptionen, die sich für die Masse der Lohnarbeiter in einem Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft, für die Kapitalisten im Zwang zur permanenten Re-Investition von Kapital manifestieren, die Positionen in der Sozialstruktur. Die gesellschaftliche Produktion ist nicht bewusst geplant, sondern vollzieht sich durch unabhängig voneinander betriebene Privatarbeiten, die über das Medium des Marktes zueinander in Beziehung gesetzt werden. Der gesellschaftliche Zusammenhang der Individuen wird „nicht unmittelbar und auf bewusste Weise von diesen selbst hergestellt“, sondern „durch Prozesse, die sich gewissermaßen hinter ihrem Rücken vollziehen“ (Hirsch 2005, 21) – durch die arbeitsteilige Privatproduktion und den Tausch auf dem Markt: „Ihre Gesellschaftlichkeit erscheint ihnen in entfremdeter und ‚fetischisierter‘ Weise, in Gestalt von Sachen gegenüber. Das Geld ist somit nicht einfach ein technisches Zahlungs- und Tauschmittel, wie das in den Wirtschaftswissenschaften unterstellt wird, sondern der objektive, dinghafte Ausdruck eines besonderen gesellschaftlichen Verhältnisses. Im Kapitalismus können die Menschen ihre wechselseitigen Beziehungen weder frei wählen, noch ihre gesellschaftliche Existenz durch unmittelbares Handeln beherrschen. Ihr sozialer Zusammenhalt äußert sich vielmehr in verdinglichten, ihnen äußerlich entgegretenden *sozialen Formen*“ (Hirsch 2005, 21 f.).

Eine Analyse sozialer Formen kann nicht nur helfen, die vermeintliche Naturgesetzlichkeit der Verhältnisse zu dekodieren, sondern ebenso beleuchten, weshalb die vergegenständlichten gesellschaftlichen Verhältnisse zumindest teilweise so sein müssen. In der Formanalyse wird angenommen, dass den Individuen ihr gesellschaftlicher Zusammenhang in einer verstellten Weise zum Ausdruck kommt. Soziale Formen wie Ware, Geld, Kapital, Recht oder das Politische werden als verdinglichte Ausformungen verstanden, die die wechselseitigen Verhältnisse der Menschen in einer gegenüber ihrem bewussten Handeln und Wollen *verselbständigten* Weise annehmen – und die sowohl Wahrnehmungen als auch Handlungen der Akteure prägen. Ein Verständnis der Formbestimmtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse kann begreiflich machen, warum „die immer prekäre und sich verändernde Herstellung gesellschaftlicher Synthesis innerhalb bestimmter grundlegender Muster

vollzieht. Dafür, so die These etwa gegen weberianische Ansätze, reicht der Rekurs auf die handelnden Akteure nicht aus“ (Brand 2006, 63). Das Moment der Verselbständigung der kapitalistischen Formbestimmungen – die Warenform des Arbeitsprodukts kann sich nicht verallgemeinern, wenn es nicht eine verselbständigte Wertform gibt, das Geld kann sich nicht verselbständigen, wenn es nicht eine selbständige Bewegung, als Kapital, vollziehen kann usw. – dient somit dem Verständnis der für den Kapitalismus typischen „Zwangszusammenhänge“.

Gleichsam muss an dieser Stelle auf die Gefahr hingewiesen werden, die Analyse von Formen, die als theoretische Konstruktionen zu verstehen sind, auf eine Art begriffliche „Ableitungschoreographie“ zu reduzieren. Ein die gesellschaftlichen Handlungszwänge anerkennender Begriff der „Institution“ kann daher im Prinzip auch verwendet werden. Indem die sozialen Formen bzw. Institutionen das Handeln *präformieren*, machen sie die grundlegenden gesellschaftlichen Antagonismen „prozessierbar“, d.h. sie stellen die Aufrechterhaltung der Gesellschaft, trotz ihrer Widersprüche, erst einmal sicher. Es ist dabei von einem komplexen Wechselverhältnis zwischen „Struktur“ und „Handeln“ bzw. zwischen der Wirkmacht von gesellschaftlichen Strukturen/Formen und Handlungen von Akteuren auszugehen. Demgemäß muss auch den normativen Dimensionen und Potentialen gesellschaftlichen Handelns eine angemessene Rolle beschieden werden. Die Strukturen/Formen determinieren nicht gesellschaftliche Entwicklungen – sie präformieren sie, d.h. sie stellen einen Rahmen dar, innerhalb dem Ergebnisoffenheit herrscht. Abstrakte Formanalyse und geschichtliche Realanalyse dürfen nicht verwechselt werden, sonst drohen funktionalistische Kurzschlüsse (Hirsch 1994, 162). Gleichzeitig sind die Strukturen selbst als Produkte menschlichen Handelns zu begreifen.

Bei der Ausdifferenzierung sozialer Formen müssen ökonomische Formbestimmungen (z.B. Waren- und Wertform) und die Verselbständigung der politischen Form unterschieden werden. In den ökonomischen Formbestimmungen bzw. den institutionalisierten ökonomischen Zusammenhängen kommt die spezifische, widersprüchliche Form der Gesellschaftlichkeit der arbeitsteiligen, unabhängig voneinander betriebenen privaten Tätigkeiten zum Ausdruck. Auch in der politischen Form drückt sich eine Spezifik kapitalistischer Vergesellschaftung aus: An bestimmten (hier noch nicht weiter ausgeführten) Punkten ist die relative Autonomie des Politischen ein Erfordernis eines entwickelten Kapitalverhältnisses (wiewohl ihre konkrete Institutionalisierung historisch variiert und daher nicht funktionalistisch zu deuten ist). Die Ursache der „Besonderung“ des Politischen bzw. der institutionalisierten politischen Zusammenhänge liegt in der Eigentümlichkeit der

krisenhaft-dynamischen kapitalistischen Reproduktion. Dazu gehört u.a., dass die Aneignung des Mehrprodukts durch die Einzelkapitalien im Regelfall nicht durch unmittelbare Gewaltanwendung, sondern über den scheinbar äquivalenten Warentausch erfolgt. Im Gegensatz zu vorkapitalistischen Gesellschaften, in denen die ökonomisch herrschenden Klassen direkte Gewalt zur Aneignung des Mehrprodukts anwenden mussten, bedürfen die Sphäre der Produktion sowie der formell freie Marktverkehr formell freier, regulierter *Vertragsverhältnisse* (vgl. Bidet 1991).⁹⁶ Dies kann über eine Besonderung des Politischen gewährleistet werden: „Kapitalistische Verhältnisse können sich [...] nur dann voll herausbilden, wenn die physische Zwangsgewalt eine von *allen* gesellschaftlichen Klassen, auch der ökonomisch herrschenden, getrennt ist“ (Hirsch 2005, 23).

Die politische Form (auf dieser Stufe der Konkretisierung also noch nicht der kapitalistische Staat) ist somit konstitutiver Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise.⁹⁷ Das Politische stellt sich als wesentliche Ebene dar, eine Vorstellung, die in den Imperialismusdebatten nur in einer systematisch unzulänglichen Weise berücksichtigt

⁹⁶ Die Gestaltungen der kapitalistischen Marktproduktion legen es deshalb nahe, im Rahmen der politischen Form die Bedeutung der Rechtsform bzw. rechtlich-institutionalisierter Zusammenhänge hervorzuheben. Wie bereits Marx darstellte, entspricht der Warenproduktion eine unüberschaubare Anzahl von Verträgen, von Rechtsverhältnissen (Marx 1962, 99). Das Recht ist ein zentraler Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaften, weil durch die Rechtsverhältnisse die *Berechenbarkeit* von sozialen Verhältnissen möglich wird (vgl. Neumann 1967a, 48 ff.; Neumann 1967b, 107 f.). Franz Neumann sieht das bürgerliche Recht mit drei Funktionen ausgestattet: die Herrschaft des Bürgertums zu verhüllen, das ökonomische System berechenbar zu machen und ein Minimum an Freiheit und Gleichheit zu garantieren: „Eine Wettbewerbsgesellschaft benötigt allgemeine Gesetze als höchste Form der Zweckrationalität“ (Neumann 1967b, 107). Nach Paschukanis stellt das Recht eine „in mystische Nebel gehüllte Form“ eines „spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisses“ dar (Paschukanis 1966, 52). Die durch die Verhältnisse der Warenproduktion aufeinander bezogenen und gleichzeitig voneinander getrennten Individuen sind gezwungen, in Austausch zu treten. In diesem Austausch treten sich die Individuen als freie und gleiche Subjekte, als „Rechtspersonen“, entgegen. Jeder einzelne Tausch unterliegt dem Gesetz der *Freiheit* – keiner der beiden Tauschenden wird zum Kauf bzw. Verkauf gezwungen, beide tauschen freiwillig – und dem der *Gleichheit* – es herrscht Äquivalenz. Der Austausch muss mit anderen Worten die Form des Vertrages annehmen. Im Verhältnis der Warenbesitzer zueinander, dessen Voraussetzung die Rechtsform ist, findet nach Paschukanis das Recht seinen deutlichsten Ausdruck. So bewege sich im Privatrecht das „juristische Denken am freiesten und sichersten“ (Paschukanis 1966, 54). Gleichzeitig erkennt er, dass eine „grundlegende Voraussetzung der rechtlichen Regelung“ die „Gegensätzlichkeit privater Interessen“ ist: „Der Streit ist das Grundelement alles Juristischen“ (Paschukanis 1966, 55). Vgl. zur Kritik an Paschukanis die These, der zufolge das Recht vor allem als Produkt des *produktionsvermittelten* Austauschs verstanden werden sollte (Negt 1975) oder die These, der zufolge das moderne Recht als Bedingung der Existenz der Ökonomie vorgestellt wird (Poulantzas 1972); zur marxistischen Rechtstheorie insgesamt: Maihofer 1992.

⁹⁷ An dieser Stelle wird nur einführend auf die politische Form hingewiesen (vgl. weiterführend: Hirsch 1994, Hirsch 2005, 20-44). Ihr *institutionalisierter* Ausdruck, der kapitalistische Staat, wird weiter unten diskutiert.

wurde.⁹⁸ Diese Verselbständigung ermöglicht die „systemkonforme“ Intervention in die kapitalistische Ökonomie. Wirtschaftliche Prozesse verlangen in der Realität die Konsolidierung von Rechten und Freiheiten sowie eine Reihe an Methoden und Mitteln, diese zu garantieren.

Insofern ist es einseitig, zu argumentieren, das „Ökonomische“ würde das „Politische“ und das „Rechtliche“ verursachen. Trotz eines gegenseitigen Bedingungsverhältnisses in der Empirie kann dennoch, analytisch, dem Ökonomischen gegenüber dem Politischen eine Priorität eingeräumt werden. Die erweiterte Reproduktion des Kapitals hat deshalb eine herausragende Bedeutung, weil sie die strukturellen Grenzen der Politik eher definiert und durch ihre eigene Entwicklung verändert als umgekehrt. Das „Ökonomische“ kann, wie die weitere Untersuchung zeigt, als der dynamischere Teil des komplexen Ganzen der kapitalistischen Produktionsweise aufgefasst werden. Die sozio-ökonomischen Entwicklungsprozesse nehmen also eine besondere Rolle ein. Sie präformieren das internationale Staatensystem und andere inter-gesellschaftliche Kräfteverhältnisse stärker als es umgekehrt der Fall ist.⁹⁹ Hieraus dürfen allerdings keine ökonomistischen Schlußfolgerungen gezogen werden.

⁹⁸ Die „Instrumentalisierung“ der Staaten durch Kapitalinteressen wurde daher eher als Folge subjektiv-intentionalen Handelns (der „Kapitalisten“) beschrieben, nicht auch als ein Resultat einer strukturellen Interdependenz zwischen Politik und Ökonomie (von Braummühl 1973, 24).

⁹⁹ Diese These wird von den neweberianischen Vertretern der *Historischen Soziologie* in Frage gestellt. Doch selbst im Werk des bekanntesten intellektuellen Vordenkers des Neo-Weberianismus, Anthony Giddens, finden sich Aussagen, die den Intentionen des Autors widersprechen und seine These von vier autonomen, institutionellen Organisationsbündelungen bzw. „Dimensionen“ der Moderne – Kapitalismus, Industrialismus, Überwachungsfähigkeiten, Kontrolle über die Mittel zur Gewaltanwendung (vgl. Giddens 1995, 75 ff.) – relativieren. Eine Dimension besitzt auch bei ihm eine besondere Dynamik: der „Kapitalismus“. Der Kapitalismus, den Giddens (enger gefasst als in vorliegendem analytischen Rahmen) als ein System der Warenproduktion versteht, in dessen Kern das Verhältnis Lohnarbeit-Kapital steht und das auf der Produktion für wettbewerbsorientierte Märkte beruht, ist „der Entwicklung des Industrialismus vorhergegangen und hat sogar einen großen Teil der Anstöße zu dessen Entwicklung geliefert“ (Giddens 1995, 82). Der „Industrialismus“ verfügt Giddens zufolge über weniger Eigendynamik als der „Kapitalismus“. In seinem Buch *The Nation-State and Violence* (1987) schreibt er: “[I]ndustrialism is a highly effective form of productive activity but it carries no inner dynamic of the sort associated with capitalist enterprise” (Giddens 1987, 140). Sein Einfluss auf andere Institutionen wird daher als geringer angesehen als die Einflüsse der Warenproduktion. Auch die „politischen“ Dimensionen der „Moderne“ sind stärker von der Dynamik der Warenproduktion beeinflusst als umgekehrt deren Eigendynamik die Letztere prägt. Mit der Entstehung des Kapitalismus, so Giddens, hat sich auch das „Wesen der Klassenherrschaft“ und damit verbunden die Kontrolle über die Gewaltmittel „maßgeblich verändert“. Die „Isolierung des politischen und des ökonomischen Bereichs [beruht] auf der hervorstechenden Rolle, die das Privateigentum an Produktionsmitteln spielt. [...] [Zudem ist] die Autonomie des Staates bedingt, wenn auch nicht im strengen Sinne determiniert durch sein Angewiesensein auf die Akkumulation von Kapital“ (Giddens 1995, 76 f.). Mit anderen Worten übt eine institutionelle Dimension der „Moderne“, die „kapitalistische“ bzw. die in vorliegendem Ansatz als sozio-ökonomische Ebene bezeichnete Dimension, einen nachdrücklichen Einfluss auf die anderen Dimensionen auf, ohne umgekehrt deren

Noch auf einen weiteren grundsätzlichen Punkt soll an dieser Stelle hingewiesen werden: Die Warenproduktion basiert auf dem gegenseitigen Bedürfnis nach den Ergebnissen der Aktivitäten anderer Produzenten und deren Eigentum, aber auch auf strikten Grenzen, was das assoziative Miteinander anbetrifft, weil sie gleichzeitig auf gesellschaftlich konstruierten Antagonismen zwischen den Produzenten beruht. Daher kann als eine allgemeine Notwendigkeit der Warenproduktion die Separierung der Welt der Dinge in voneinander getrenntes *Eigentum* betrachtet werden, von denen jeder Eigentümer sich auf das „Recht“, dieses zu besitzen, stützen können möchte (Macpherson 1973, 295 ff.). Rechtsverhältnisse und die damit verbundene, weit verarbeitete Annahme einer „Rationalisierung“ bzw. „Zivilisierung“ gesellschaftlicher Konflikte schließen *Gewaltverhältnisse* allerdings nicht aus. Wie Cornelius Castoriadis betont, ist der Kapitalismus zwar die erste Gesellschaftsordnung, „die eine Ideologie hervorbringt, derzufolge sie ‚rational‘ wäre. Andere Arten gesellschaftlicher Institution beruhten auf einer mythischen, religiösen oder traditionellen Legitimation. Im vorliegenden Fall wird behauptet, es gebe eine ‚rationale‘ Legitimation“ (Castoriadis 2001, 426). Im Kapitalismus stehen allerdings *Recht* und *Interesse* immer wieder im Gegensatz. In diesem Fall entscheidet in letzter Instanz die Gewalt zwischen den Kontrahenten oder der Staat sanktioniert den Konflikt (letztlich mittels der Anwendung von Gewalt). Gewalt nimmt in kapitalistischen Gesellschaften deswegen nicht nur eine „stumme“ Form an (indem etwa die Masse der Bevölkerung gezwungen wird, ihre Arbeitskraft zu verkaufen). Ebenso sind Formen direkter Gewaltausübung grundlegender Bestandteil. Die krisenhafte ökonomische Entwicklung verunmöglicht den Kapitalien und Produzenten permanent die Realisierung ihrer „Interessen“. Daher besteht eine Tendenz zur „Invasion“ bzw. zum Eingriff in die Besitztümer anderer. Die Konstitution und Erhaltung des Eigentums und seiner Grenzen, die es markieren, ist ein konflikt- und mitunter gewaltträchtiger sozialer Prozess. Das System der Warenproduktion – hier auf einer Abstraktionsebene dargestellt, die die Vielzahl von Staaten noch nicht kennt – bringt daher die Erfordernis zur Produktion von Mitteln der Verteidigung, d.h. Gewaltmittel und ihre Organisation, hervor.

Einflüssen in gleichem Maße ausgesetzt zu sein (vgl. Rosenberg 2000, 117). Die These, dass die kapitalistischen Verwertungsimperative einen derart fundamentalen Einfluss auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Wandlungen ausüben, macht es aber erforderlich, dass diese Imperative und ihre Wirkungen selbst erst noch genauer untersucht werden müssen.

2.2. VIER STRUKTURMERKMALE DES KAPITALISMUS

Im Folgenden versuche ich, grundlegende Strukturmerkmale der kapitalistischen Produktionsweise, die für die Entstehung imperialistischer Phänomene bedeutsam sind, idealtypisch darzustellen. Dabei wird erstens auf die Lohnarbeitsverhältnisse, zweitens die Konkurrenzverhältnisse, drittens die Geldverhältnisse und viertens auf die „Besonderung“ des Politischen eingegangen.

Andere grundlegende Merkmale des Kapitalismus bzw., erweitert, kapitalistischer Gesellschaften, werden an dieser Stelle nicht diskutiert, wiewohl sie weiter unten zu illustrativen Zwecken teilweise aufgegriffen werden. Dazu gehören die *gesellschaftlichen Naturverhältnisse*: Im Zuge der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung, die als ein Stoffwechselverhältnis zwischen Mensch und Natur betrachtet werden muss, kommt es zu einer massiven „Inwertsetzung“ der Natur. Sowohl in der Nutzung der natürlichen Ressourcen als auch in der Nutzung der Natur als Senke (z.B. für Schadstoffe) liegen Beschränkungen, deren Grenzen und Verteilungswirkungen umkämpft sind und in die Analyse des krisenhaften Gesamtprozesses kapitalistischer Gesellschaften einbezogen werden müssen. Das Interesse an der Ressourcensicherung wird im Verlauf der Arbeit angeschnitten, die Frage, wie etwa Ressourcengrenzen auf die Kräfteverhältnisse im Weltmaßstab zurückwirken, bleibt unberücksichtigt (vgl. Altwater 2005, Görg 2003a, 2003b).

Ebenso wenig kann hier auf gesellschaftliche Antagonismen und *Unterdrückungsverhältnisse* eingegangen werden, die nicht direkt aus dem Kapitalismus resultieren bzw. deren Wurzeln vor der Entstehung des Kapitalismus liegen.¹⁰⁰ Zusätzlich bleibt die Diskussion *normativer Potentiale* kapitalistischer Gesellschaften weitgehend unberücksichtigt: In „modernen“ Gesellschaften ist die Etablierung kapitalistischer Systeme auch deshalb gelungen, weil gewisse normative Potentiale (z.B. egalitäre Gerechtigkeitsidee, Individualismus) institutionalisiert wurden, die Ansprüche enthalten, die die Menschen anerkannt oder aufgewertet wissen wollen, und um die daher in der gesellschaftlichen Wirklichkeit in sozialen Auseinandersetzungen gerungen wird (vgl. Hartmann/Honneth 2004).

¹⁰⁰ Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass „der kapitalistische Vergesellschaftungszusammenhang diese Antagonismen [z.B. patriarchale Verhältnisse und Frauenunterdrückung] in spezifischer Weise überformt und ihnen damit eine historisch spezifische Erscheinungsweise verleiht“ (Hirsch 1994, 163).

Im Folgenden wird ebenso die Reproduktion der Lohnarbeit ausgeblendet, die auch auf nicht-bezahlten Formen der Arbeit beruht (familiäre Reproduktionsarbeit). Dabei kommt es im Kapitalismus zu einer institutionellen Trennung von Betrieb und Haushalt. In feministischen Analysen wird die Trennung des Privaten vom Öffentlichen als ein entscheidendes Strukturmerkmal des Kapitalismus diskutiert (vgl. Sauer 2001, 159, 176 ff.).

2.2.1. LOHNARBEITSVERHÄLTNISSE – DIE VERTIKALE ACHSE KAPITALISTISCHER SOZIALKONFLIKTE

Wesentlicher Ausgangspunkt für das Verständnis von Gesellschaften ist die Organisation der produktiven Tätigkeiten der Menschen. Für Marx stellt die Arbeit als Vermittlungsprozess zwischen Mensch und Natur sogar das wichtigste Fundament von Gesellschaftlichkeit dar (Marx 1958, 21).¹⁰¹ Aufgrund des Zwangs der Individuen, sich materiell reproduzieren zu müssen, stellen produktive Tätigkeiten eine von allen Formen des Zusammenlebens unabhängige Existenzbedingung des Menschen dar. In der Tat können die Menschen nur dadurch überleben, dass sie auf eine gewisse Art und Weise zusammenarbeiten, um gemeinsam ihren Lebensunterhalt hervorzubringen.

Historisch haben neue Formen der Kooperation Änderungen in den sozialen Verhältnissen zur Folge gehabt. Die Tatsache des sozialen Aufeinanderangewiesenseins hat gewisse Formen der *Arbeitsteilung* zwischen Gruppen von Menschen zur Folge (in der Ökonomie, aber auch in der Gesellschaft insgesamt). Die Besonderheit der Arbeitsteilung im Kapitalismus besteht in der Besitzlosigkeit der Produzenten in Bezug auf ihre Produktionsmittel, dies jedoch, im Unterschied etwa zu Sklaven, im Rahmen formeller Gleichheit.¹⁰² Im Gegensatz ebenso zu feudalen Gesellschaften beruht die moderne, kapitalistische Ausbeutung *nicht* mehr auf einem *persönlichen* Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnis, in denen der Leibeigene an seinen jeweiligen Grundherren gebunden war und letzterer unmittelbar Gewalt über ersteren ausüben konnte.¹⁰³ Im Kapitalismus dagegen geht der Lohnarbeiter einen *Arbeitsvertrag* mit dem Kapitalisten ein. Er ist formell frei, da ihn im Prinzip niemand zwingt, den Vertrag abzuschließen – ein direktes persönliches Gewaltverhältnis existiert im Regelfall nicht. Im Kapitalismus verwirklichen sich Herrschaft und ökonomische Ausbeutung *vermittels* der formellen Freiheit und Gleichheit der „Tauschpartner“ auf dem Markt über die Erzeugung von Mehrwert in der Produktion und die Realisierung desselben seitens der Kapitaleigner als Profit in der Zirkulationssphäre.

¹⁰¹ Die Auffassung, dass Männer und Frauen in erster Linie über ihre Rolle als Produzenten zu begreifen sind, stand Mitte des 19. Jahrhunderts im Widerspruch zu grundlegenden Annahmen über die Gesellschaft, wie z.B. der klassischen Vorstellung von Aristoteles, der den Menschen als vernunftbegabtes Tier definierte, aber auch die der Nationalökonomien, welche ihre Theorien auf der Vorstellung eines von der Gesellschaft isolierten Individuums gründeten, sowie Hegels Annahmen, in denen, wie Marx schreibt, die „Arbeit, welche Hegel allein kennt und anerkennt“ die „abstrakt geistige“ ist (Marx 1968, 574).

¹⁰² Dies hat auch die Trennung diverser intellektueller Momente von der manuellen Arbeit der Produzenten zur Folge.

¹⁰³ Gestützt auf diese Gewalt eignete sich die herrschende Klasse große Teile der Produkte an, welche die Leibeigenen erzeugten.

Damit sich das Lohnarbeitsverhältnis ausbilden und reproduzieren kann, muss das menschliche Arbeitskraftvermögen in den Marktverkehr einbezogen werden. Die Kapitalakkumulation beruht auf der privaten Aneignung der produzierten Waren, die nicht auf einem zuvor hergestellten gesellschaftlichen Konsens beruht, sondern durch die Tausch- und Eigentumsgesetze des Marktes bestimmt und sanktioniert ist. Mit dem kapitalistischen Lohnarbeitsverhältnis sind spezifische, in der Regel private Eigentums- und Verfügungsverhältnisse verbunden, die die Partizipation der sozialen Akteure an den ökonomischen Entscheidungs-, Planungs- und Kontrollprozessen über Produktion, Verteilung und Konsumtion maßgeblich bestimmen – und stets umkämpft sind (was ihre historische Variabilität begründet).¹⁰⁴ Dezentral agierende Wirtschaftseinheiten fällen die ausschlaggebenden Produktionsentscheidungen.

Auch die „Motivationskriterien“ des Wirtschaftens, die Ziele der verschiedenen Entscheidungsträger und deren Verhaltensweisen haben im Kapitalismus eine spezifische Ausprägung. Werner Sombart hat dafür zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Begriff des „Erwerbssprinzips“ verwendet: „Die Eigenart des Erwerbssprinzips äußert sich darin, dass unter seiner Herrschaft der unmittelbare Zweck des Wirtschaftens nicht die Bedarfsbefriedigung eines lebendigen Menschen, sondern ausschließlich die Vermehrung einer Geldsumme ist. Diese Zwecksetzung ist der Idee der kapitalistischen Organisation immanent; man kann also die Erzielung von Gewinn (das heißt die Vergrößerung einer Anfangssumme durch wirtschaftliche Tätigkeit) als den objektiven Zweck der kapitalistischen Wirtschaft bezeichnen, mit dem (zumal bei vollentwickelter kapitalistischer Wirtschaft) die subjektive Zwecksetzung der einzelnen Wirtschaftssubjekte [Träger von Produktionsentscheidungen] nicht notwendig zusammenzufallen braucht“ (Sombart 1921, 320).¹⁰⁵

Die Abhängigkeit der Lohnarbeiter von der Nachfrage nach Arbeitskraft, die Dispositionsmacht der Kapitaleigner über die Formen der Nutzung der Arbeitskraft sowie das Recht zur Aneignung der (von den Lohnarbeitern) erzeugten Produkte begründen den spezifischen Herrschaftscharakter des Lohnarbeitsverhältnisses.¹⁰⁶ Die Tatsache der

¹⁰⁴ An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass juristisches *Eigentum* und faktische *Verfügungsgewalt* über Produktionsmittel in kapitalistischen Systemen in dem Maße auseinander fallen können, wie die juristischen Eigentümer die Verfügungsmacht ganz oder partiell, freiwillig oder unfreiwillig, an andere Akteure abtreten (an Manager, Staaten, evtl. auch Mitbestimmungsorgane).

¹⁰⁵ Zuvor hatte bereits Marx auf die Spezifik des kapitalistischen „Erwerbssprinzips“ hingewiesen (vgl. Marx 1962, 161 ff.).

¹⁰⁶ Im Begriff der kapitalistischen Lohnarbeit lassen sich mindestens vier Kritikaspkte unterscheiden: Zum einen den Herrschaftscharakter des Kapital-Lohnarbeit-Verhältnisses, zum zweiten die relative Rechtlosigkeit der Lohnarbeiter im Betrieb, zum dritten die physisch und psychisch schädlichen

ökonomischen Ausbeutung, die i.d.R. *ohne* formelle Verletzung des Prinzips des Äquivalententauschs stattfindet, besitzt eine fundamentale Bedeutung für die Konzentration des Reichtums und die Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse in modernen Gesellschaften.

Das Kapital dominiert die Lohnarbeit – zugleich besteht zwischen den beiden „Hauptklassen“ ein Verhältnis wechselseitiger Konstitution und Reproduktion. Das Vorhandensein dieser sozialen Klassen stellt die Basis für einen Grundkonflikt des Kapitalismus dar: Die Auseinandersetzungen zwischen der herrschenden und beherrschten Klasse, der „Klassenkampf“ zwischen Kapital und Arbeit. Die beiden „Hauptklassen“ (die in einer konkret-geschichtlichen Analyse sowohl in ihrer internen Schichtung als auch in ihrer Interaktion mit anderen Klassen begriffen werden müssen) stehen in einem historisch sich unterschiedlich ausbildenden „vertikalen“ Konflikt.¹⁰⁷ Gleichzeitig führen die Kämpfe bzw. die Kräfteverhältnisse zwischen den „Hauptklassen“ des Kapitalismus zu sich verändernden Lohnarbeitsverhältnissen und zu spezifischen Regulationsweisen sozialer Konflikte.¹⁰⁸

Weil sich die Klassen intern in *Konkurrenz* aufeinander beziehen, wie weiter unten ausgeführt wird, sind ihre inneren Strukturen nicht kohärent. Wenn sich spezifische Interessen von Einzelkapitalien bündeln und daran ein subjektives Interesse geknüpft wird, kann von einer *Kapitalfraktion* gesprochen werden. Innerhalb der herrschenden Machtelite lassen sich Kapitalfraktionen analysieren, die sich durch eine gewisse wirtschaftliche, ideologische/normative und politische Einheitlichkeit auszeichnen. Mit Hilfe der Analyse der Klassenverhältnisse im Kapitalismus können hieraus einzelne, historisch variierende *Strategien* unterschieden werden, die sich aufgrund der strukturellen Konkurrenzverhältnisse

Arbeitsbedingungen und viertens die ökonomische Ausbeutung der Arbeiter (vgl. Conert 1998, 156 f.).

¹⁰⁷ Das Konzept der kapitalistischen Produktionsweise (bzw. die vertikale Achse des Sozialkonflikts in ihr) kann komplexere gesellschaftliche Verhältnisse bezeichnen als dies in der Gegenüberstellung von Kapitalisten und Lohnabhängigen auf den ersten Blick zum Ausdruck kommt. „Auch in diesem für die Kategorienbildung bei Marx zweifellos paradigmatischen Fall wären der Produktionsweise [...] eine Mehrzahl unterschiedlicher Produktionsverhältnisse und entsprechender gesellschaftlicher Beziehungen, zumal Herrschafts-, aber auch Kooperationsverhältnisse zuzuordnen. Die Subsumtion mehrerer unterschiedlicher Ausformungen von Produktionsverhältnissen unter eine Produktionsweise – hier die kapitalistische – ist Marx übrigens auch nicht fremd. [...] Marx verweist [...] verschiedentlich darauf, dass die moderne Form der Sklavenarbeit sich nicht aus Verhältnissen in den Kolonien oder den Herkunftsgebieten der Sklaven erklärt, sondern allein aus den spezifischen Bedingungen, unter denen hier kapitalistisch im Sinne der Verwertung des Kapitals und entsprechend der damit bezeichneten Logik und Zwänge produziert wurde, aber eben keineswegs in der Form des Lohnverhältnisses“ (Köbler/Wienold 2001, 181).

¹⁰⁸ In der breiteren Konzeptionalisierung des Lohnverhältnisses bei Aglietta geht es daher neben den Normen der Mehrwerterzielung auch um die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, -technologie und -organisation (Aglietta 1979, 37-65).

im Regelfall als umkämpfte Strategien darstellen. Der Analyse spezifischer Klassenstrategien herrschender Machteliten muss in Analysen imperialistischer Politik eine hohe Bedeutung zugemessen werden.

Es ist daher hilfreich, in diesem Zusammenhang die Begriffe der *Hegemonie* und des *historischen Blocks* einzuführen. Antonio Gramsci bezeichnet mit Hegemonie eine Herrschaft, die über bloße, potentiell gewaltsame Dominanz hinausgeht, da sie auch und gerade auf Konsens beruht. Den herrschenden Eliten gelingt es, ihre Interessen als Allgemeininteressen darzustellen. Seine Überlegung bedeutet, dass die herrschenden Klassen vor allem dann politische Führung und Herrschaft ausüben können, wenn ihre strategischen Projekte „hegemonial“ sind. Für Gramsci geht es darum, „dass eine Klasse auf zweierlei Weise herrschend ist, nämlich ‚führend‘ und ‚herrschend‘. Sie ist führend gegenüber den verbündeten Klassen und herrschend gegenüber den gegnerischen Klassen. Deswegen kann eine Klasse bereits bevor sie an die Macht kommt ‚führend‘ sein (und muss es sein): wenn sie an der Macht ist, wird sie herrschend, bleibt aber auch weiterhin ‚führend““ (Gramsci 2000, 101 f.).

Eine hegemoniale Konstellation etabliert sich durch die Bildung eines relativ kohärenten „Blocks“ an der Macht. Der sogenannte historische bzw. „geschichtliche Block“ setzt sich als umkämpfter Suchprozess um politische, ökonomische und ideologische Kohärenzen durch (Gramsci 1994, 1228, 1249). Im Gegensatz zu einem *Machtblock*, der die „von inneren Widersprüchen gekennzeichnete Einheit von politisch herrschenden Klassen und Fraktionen“ bezeichnet, stellt der geschichtliche Block die widersprüchliche Einheit von Regierenden *und* Regierten dar (Poulantzas 1974, 239). Sowohl konkrete herrschende Machtblöcke als auch geschichtliche Blöcke sind immer nur unter konkret-historischen Kräfteverhältnissen, d.h. unter spezifischen sozio-ökonomischen, politischen und sozio-kulturellen Bedingungen zu analysieren.

Die Verhältnisse zwischen Lohnarbeit und Kapital können somit nicht nur „ökonomisch“ betrachtet werden.¹⁰⁹ Eine Analyse der Veränderungen gesellschaftlicher Arbeit hat immer auch die gesamtgesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die zwar von der Produktion bestimmt werden, aber nicht auf sie zu reduzieren sind, sowie ideologische bzw. normative Dimensionen zu thematisieren. Die Analyse der „vertikalen“ Widersprüche muss daher immer auch Politikanalyse sein.

¹⁰⁹ Das Kapitalverhältnis ist durch eine Vielzahl von gesellschaftlichen Integrationsmodi gekennzeichnet: „Neben der traditionellen ‚Basistriade‘ von Arbeitsplatz, Unternehmen und Markt zählen dazu auch der *middle ground* von Unternehmens-Allianzen und ‚Netzwerken‘ sowie im breiteren Kontext Staat und Territorien“ (Lüthje 2001, 40).

2.2.2. KONKURRENZVERHÄLTNISSE – DIE HORIZONTALE ACHSE KAPITALISTISCHER SOZIALKONFLIKTE

Die Konflikthaftigkeit kapitalistischer Gesellschaften erschöpft sich nicht in den „vertikalen“ Klassenauseinandersetzungen. Diese werden von einer anderen Konfliktachse überlagert, den „horizontalen“ Konkurrenzverhältnissen.

Die kapitalistische Ökonomie weist in ihren konstitutiven Einheiten „systematische Tendenzen zur profitorientierten Produktion für den Markt“ und zur „Akkumulation des Kapitals durch (mehr oder weniger) andauernde Innovation“ auf (Brenner 1983, 80). Unter den Bedingungen der Warenförmigkeit von Kapital und Arbeit sind alle beteiligten Produktionseinheiten dazu genötigt, zu verkaufen um zu kaufen, zu kaufen um zu überleben und sich zu reproduzieren, sowie schließlich zu expandieren und zu innovieren um die ökonomische Position gegenüber anderen Produktionseinheiten zumindest halten zu können.¹¹⁰ Unter diesen Voraussetzungen entsteht ein Zwang, erstens Waren für den Markt zu produzieren anstatt Reproduktionsbedürfnisse direkt zu befriedigen, zweitens Kapital zu akkumulieren, d.h. das Mehrprodukt für die Erweiterung der Produktion zu verwenden sowie drittens die Produktivkräfte zu entwickeln, zu erweitern und damit die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, um weiter akkumulieren zu können.

Die (erweiterte) Akkumulation des Kapitals und die beständige „Innovation“ durch Steigerung der Arbeitsproduktivität setzen voraus, dass das Mehrprodukt für die Erweiterung der Produktion verwendet wird und nicht vorwiegend, wie noch in vorkapitalistischen Gesellschaften, dem Konsum der herrschenden Klassen dient. Für die kapitalistische Produktionsweise ist es charakteristisch, dass, mikroökonomisch betrachtet, der Gewinn eines Unternehmens nicht in erster Linie dem Eigentümer ein angenehmes Leben garantiert, sondern reinvestiert wird, mit dem Ziel eine größere Geldmenge im Verhältnis zum

¹¹⁰ „To state the case schematically: 'production for profit via exchange' will have the systematic effect of accumulation and the development of the productive forces only when it expresses certain specific social relations of production, namely a system of free wage labour, where labour power is a commodity. Only where labour has been separated from possession of the means of production, and where labourers have been emancipated from any direct relation of domination (such as slavery or serfdom), are both capital and labour power 'free' to make possible their combination at the highest possible level of technology. Only where they are free, will such combination appear feasible and desirable. Only where they are free, will such combination be necessitated. Only under conditions of free wage labour will the individual producing units (combining labour power and the means of production) be forced to sell in order to buy, to buy in order to survive and reproduce, and ultimately to expand and innovate in order to maintain this position in relationship to other competing productive units. Only under such a system, where both capital and labour power are thus commodities and which was therefore called by Marx 'generalized commodity production' – is there the necessity of producing at the 'socially necessary' labour time in order to survive, and to surpass this level of productivity to ensure continued survival“ (Brenner 1977, 32).

angewandten Geld zu erhalten. Makroökonomisch gesehen ist daher Geld- bzw. Kapitalverwertung, die erweiterte Reproduktion des Kapitals, der primäre Zweck der Produktion, Bedarfsdeckung ein sekundäres Produkt dieses Prozesses.

Die Dynamik der beständigen Kapitalverwertung entspringt wesentlich dem zweiten, hier eingeführten konstitutiven Strukturmerkmal des Kapitalismus: Die individuellen Kapitalien werden zur rastlosen Gewinnerzielung durch die *Konkurrenz* der anderen Kapitalien gezwungen. Im Gegensatz zum klassischen „Schatzbildner“ ist beim Kapitalisten der Bereicherungstrieb „Wirkung des gesellschaftlichen Mechanismus, worin er nur ein Triebrad ist“ (Marx 1962, 618). Die „Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten“ den Drang zur ständigen Veränderung der Produktions- und Distributionsprozesse – und damit verbunden der Konsum- und Lebensverhältnisse – als „äußere Zwangsgesetze“ auf (ebd.). Würde ein einzelnes Kapital sich diesem Zwang nicht unterwerfen und nicht ständig weiter akkumulieren bzw. den Produktionsapparat modernisieren, würde es von seinen Konkurrenten aus dem Markt gedrängt und seine Existenz zerstört.

Der Prozess der Kapitalakkumulation kennt im Prinzip keine Grenzen, kein immanentes Maß, und ist daher ebenso *maßlos* wie *endlos*. Die hiermit verbundene Dynamik ist ein weiteres Spezifikum des Kapitalismus, da keine erreichte Verwertung ausreichend sein kann, „da es überhaupt kein Maß dafür gibt, was eine ausreichende Verwertung ist. [Dem] entspricht die Tendenz zur Steigerung sowohl des *Grades der Verwertung* (d.h. Steigerung der Profitrate bzw. auf der Ebene des unmittelbaren Produktionsprozesses der Mehrwerttrate) als auch der *Größe des zu verwertenden Kapitals* (d.h. der Akkumulation des erzielten Profits sei es als Investition in produktives oder in zinstragendes Kapital)“ (Heinrich 2003a, 314 f.). Historisch hat dieser maß- und endlose Drang zur Kapitalakkumulation einen Weltmarkt geschaffen und das Kapital internationalisiert. Bereits an dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass dieser Prozess Ursachen von Krisentendenzen des Kapitalismus gebiert, die für die reale kapitalistische Entwicklung im Weltmaßstab sowie für die geopolitischen Kräfteverhältnisse von herausragender Bedeutung sind.

Neben dem „vertikalen“ Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit existiert also ein weiterer konstitutiver Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise: der „horizontale“, zwischen den Produktionseinheiten, der auch mit dem Begriff der *wettbewerbsgetriebenen Akkumulation* gefasst werden kann. Die systematische Notwendigkeit zur Akkumulation setzt sich vermittelt durch die Konkurrenz durch. Diese wirkt als sozialer Sanktionsmechanismus, der jedem Einzelkapital den Zwang zur Akkumulation bei Strafe der Existenzgefährdung unterwirft. Die Konkurrenz setzt, wie Marx es formuliert hat, die abstrakte Notwendigkeit der

Akkumulation konkret durch. Die Notwendigkeit der Akkumulation zusammen mit dem Sanktionsmechanismus der Konkurrenz stellen ein wesentliches Strukturmerkmal eines jeden kapitalistischen Systems dar, das in Form eines überindividuellen Verhaltensmusters durchgesetzt wird.

Der *Markt* als dezentrales Entscheidungssystem ist die wichtigste soziale Institution, in der sich die Konkurrenz vollzieht.¹¹¹ Allerdings handelt es sich beim Marktsystem um eine *spezifische Form der Dezentralität*. Die Übereinstimmung der einzelnen „Entscheidungen“ stellt sich eher „naturwüchsig“ bzw. im Nachhinein her. Die individuellen Wirtschaftspläne und Entscheidungen werden v.a. über Marktsignale „koordiniert“, d.h. über Marktpreise und Lohnsätze, aber auch Mengenindikatoren (Warenvorräte, Lieferfristen etc.).¹¹² Das Fehlen einer planmäßigen Koordination, das Marktsysteme auszeichnet, charakterisiert diese Entscheidungen nicht als schlechthin dezentral, sondern als *privat-dezentral*.

Die Einzelkapitalien unterscheiden sich in Größe und Form voneinander. Quantitativ unterscheiden sie sich durch verschiedene Kombinationen des Arbeitskräfteeinsatzes und der Produktionsmittel, qualitativ können etwa industrielle, kommerzielle oder finanzielle Formen des Kapitals unterschieden werden. Marx unterscheidet zwischen Waren-, Produktiv- und Geldkapital. Historisch kommt dabei der Konzentration (Vergrößerung der Einzelkapitalien) und Zentralisation (Verminderung der Anzahl der Einzelkapitalien) des Kapitals eine wichtige Bedeutung zu.

Die jeweilige Struktur der Konkurrenzverhältnisse hängt maßgeblich von den geschichtlich-konkreten sozialräumlichen Bedingungen und zeitlichen Veränderungen ab. Daher muss die Art und Weise, in der der wettbewerbsgetriebene Akkumulationszwang sich durchsetzt, auf der Ebene historischer Phasen des Kapitalismus und schließlich auf der Ebene der historischen Konstellationen weiter ausdifferenziert werden. Jessop stellt das Verhältnis von „impliziter“ und „expliziter“ bzw. „bewusster“ Konkurrenz heraus: „Competition is mediated

¹¹¹ In der Realität existieren freilich mehrere Märkte, und in der Regel sind Märkte politisch reguliert oder konstituiert. Praktisch verläuft bereits das Geschäft des Austausches in einem institutionalisierten Rahmen ab, denn der Marktaustausch wird nicht nur durch den Preis, sondern auch durch den Vertrag reguliert. Dabei bedarf es sowohl einer Infrastruktur von Vermittlern wie Händlern, Aktienhändlern etc., die wiederum auf eine geographische Infrastruktur angewiesen sind, z.B. eine Fabrikhalle, eine Börse etc. (Sayer/Walker 1992, 124 ff.).

¹¹² „Die Marktsignale bilden sich im Zuge des Konkurrenzprozesses (teilweise auch durch Verhandlungen); sie informieren die Anbieter über Absatz- und Gewinnmöglichkeiten und koordinieren ihre Entscheidungen untereinander und mit den Entscheidungen der Nachfrager (Weiterverarbeiter, Händler, Konsumenten). Die Koordination durch den Markt bedeutet zugleich, dass die Unternehmer für einen anonymen Markt produzieren (abgesehen von der Produktion auf Bestellung) und erst mit dem Verkauf ihrer Waren erfahren, ob ihre Vorstellungen über die Nachfrage zutreffen“ (Kromphardt 1987, 39).

through the invisible hand of the market and would occur whether or not actors explicitly oriented their economic activities to enhancing their competitiveness. In this sense, market forces allocate such activities among places and spaces whether or not attempts occur to attract (or repel) economic activities at levels above individual market agents. Cities, regions and nations can also compete on a more explicit, strategic and reflexive level, however, in developing and pursuing plans and projects to attract investment and jobs and to enhance their performance in competition with other places and spaces. If these competitive strategies are explicit and capable of being pursued, then it is clear that cities, regions and nations really are 'entrepreneurial' actors and are not just describing themselves as such" (Jessop 2002, 188). Im weiteren Verlauf der Arbeit ergänze ich diese Unterscheidung um den Begriff des *Konflikts*, weil dieser sich insbesondere auf der Ebene der geopolitischen Staatenkonkurrenz dazu eignet, politisch bewusst wahrgenommene, „zugespitzte“ Konstellationen, die in der Konkurrenz immer wieder auftreten, zu kennzeichnen.

Auf diesen konkreteren Ebenen lassen sich genauere Aussagen über die „politische Organisation“ der Einzelkapitalien treffen, angefangen mit der Bildung von regionalen oder nationalen *Verbänden*, über die Einflussnahme auf *Parteien* bis hin zur Außenpolitik eines *Staates* und das Wirken *inter- und/oder supranationaler politischer Institutionen*.¹¹³

In vielen Imperialismustheorien wird die Bedeutung der horizontalen Konfliktdimensionen der Konkurrenz als kapitalistischem Strukturmerkmal theoretisch nicht hinreichend berücksichtigt, in optimistischen Globalisierungs- oder Modernisierungstheorien dagegen unterschätzt. Zudem fehlt es an einer differenzierten Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Kapitals, wie weiter unten weiter erläutert wird.

¹¹³ Dabei spielen der Zeithorizont der Akkumulationsstrategien, die Export- oder Binnenmarktorientierung und divergierende wirtschaftspolitische Interessen eine Rolle. Schließlich müssen die Wechselwirkungen zu den vertikalen Lohnverhältnissen berücksichtigt werden. Die Konkurrenzverhältnisse sind eng an die Lohnverhältnisse gekoppelt (vgl. Aglietta 1979). Ein zentraler Bestimmungsfaktor der „Konkurrenzfähigkeit“ ist beispielsweise die Disziplinierung und Kontrolle der Arbeitskraft. Gleichzeitig hängt die Fähigkeit zur Innovation auch von der Arbeitsorganisation in den Produktionseinheiten ab, von Größenvorteilen (economies of scale) und Verbundvorteilen (economies of scope), also auch vom Grad der Konzentration und Zentralisation des Kapitals (vgl. Sayer/Walker 1992). Zusätzlich muss beachtet werden, dass Konkurrenzbeziehungen nicht nur *zwischen* Produktionseinheiten, sondern auch *in ihnen selbst* bestehen: „[C]ompetition is the process by which capital circulates, and 'resources' are allocated to different uses. Thus the process of competition is not restricted to inter-corporate relations of exchange – competition occurs also within corporations, in the way investment funds are allocated between alternative uses. Indeed, it can be argued that the largest corporations are those which are most responsive to investment options, because they face more choices than do smaller and specialised firms as to how to reinvest their surplus. In this sense, there is no incompatibility between corporate size and the process of competition“ (Bryan 1995, 33).

2.2.2.1. EXKURS: DIE AMBIVALENZ DER BEDEUTUNG DER KONKURRENZ BEI MARX

Um die fundamentale Bedeutung der Konkurrenz, als einem der „vertikalen“ Grundstruktur (Lohnverhältnisse) *nicht nachgeordnetem*, sondern gleichrangigem Strukturmerkmal besser verstehen zu können, soll kurz auf die Interpretation der Konkurrenz im Marxschen Werk eingegangen werden.

Die Marxsche Diskussion zur Konkurrenz hat immer wieder einseitige Lesarten inspiriert – selbst z.B. in der ambitionierten Weltmarktdiskussion der 1970er. Die Marxsche Werttheorie wird etwa bei Christel Neusüss und Klaus Busch in einer problematischen Weise verwendet. Zum einen wird das „Wirken“ des „Wertgesetzes“ einfach vorausgesetzt. Zum anderen ist die Konkurrenz (und damit die Anarchie des Marktes) bei ihnen nur „Erscheinung“ an der „Oberfläche“, nicht konstitutiver Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise im Allgemeinen. Das Wertgesetz erscheint derart als die Wirkungsweise eines fiktiven einzelnen, „allgemeinen“ Kapitals, nicht als Resultat der Wirkung der „vielen“ Kapitalien aufeinander – und damit als Ergebnis des Wirkens von Produktion *und* Zirkulation des Kapitals (vgl. Neusüss 1972, 110; Busch 1974, 34 f.).

Meines Erachtens sollte der Marxsche Beitrag zur Konkurrenz, den dieser im Laufe seiner Forschungen mehrmals änderte und der Ambivalenzen aufzeigt, anders aufgegriffen und weiterentwickelt werden. In den *Grundrissen*, der wichtigen Vorarbeit zum *Kapital*, verwendet Marx noch den Begriff des „Kapital im Allgemeinen“, dass er von der Ebene der „vielen Kapitalien“ bzw. der Konkurrenz unterscheidet. Marx beschreibt zu diesem Zeitpunkt die Konkurrenz tatsächlich „nur“ als *Erscheinungsform* der Verwertungsimperative des Kapitals: „Konkurrenz exequiert die innren Gesetze des Kapitals; macht sie zu Zwangsgesetzen dem einzelnen Kapital gegenüber, aber sie erfindet sie nicht. Sie realisiert sie“ (Marx 1983, 644). Die Konkurrenzverhältnisse werden hier als etwas Nachgeordnetes, Abgeleitetes angesehen. Wie Michael Heinrich plausibel dargestellt hat, ist diese analytische Unterscheidung problematisch, da beispielsweise die Beschreibung des Zirkulationsprozesses die Darstellung „vieler“ Kapitalien notwendig machte, was aber wegen der Abstraktionsstufe, auf der das „Kapital im Allgemeinen“ abgehandelt werden sollte, nicht möglich war (vgl. Heinrich 2003a, 179-195). Das Kapital im Allgemeinen ist nicht einfach als die Ebene des durchschnittlichen *einzelnen* Kapitals zu verstehen. Es handelt sich eher um eine gedankliche Abstraktion zum Verständnis der inneren Natur des Kapitals.

In den drei Bänden des *Kapitals* verzichtet Marx auf den Begriff des „Kapital im Allgemeinen“. Nun wird v.a. zwischen dem *individuellen Kapital* und dem *gesellschaftlichen*

Gesamtkapital unterschieden, deren Darstellung auf den drei Ebenen des unmittelbaren Produktionsprozesses, des Zirkulationsprozesses und des Gesamtprozesses erfolgt. Heinrich erläutert, dass der Begriff des „Kapital im Allgemeinen“ fallengelassen wurde, „weil in Abstraktion von der Bewegung der vielen Kapitalien nicht alle Formbestimmungen, die zum Übergang von der ‚Allgemeinheit‘ zur ‚wirklichen Bewegung‘ notwendig gewesen wären, entwickelt werden konnten. [...] Sowohl beim Gesamtproduktionsprozess als auch beim Ausgleichsprozess zur Durchschnittsprofitrate muss ein bestimmtes Verhältnis des individuellen Kapitals zum gesellschaftlichen Gesamtkapital betrachtet werden. [...] Einerseits müssen die individuellen Kapitale, da sie das gesellschaftliche Gesamtkapital erst konstituieren, unabhängig und vor diesem betrachtet werden. Andererseits setzt aber das Gesamtkapital der Bewegung der individuellen Kapitale Schranken, so dass die Darstellung der Einzelkapitale die Darstellung des Gesamtkapitals voraussetzt“ (Heinrich 2003a, 192 f.). Heinrich fasst Marx’ Entwicklung der Begriffe folgendermaßen zusammen. Die alte Konzeption von „Kapital im Allgemeinen“ und „vielen Kapitalien“ geht im *Kapital* nicht einfach verloren. Stattdessen „ging eine ganz bestimmte Vorstellung dessen ein, was unter der ‚wirklichen Bewegung‘ der Kapitalien, die bei der ‚Konkurrenz‘ dargestellt werden sollte, zu verstehen sei: *sämtliche* Verhältnisse, die es mit vielen Kapitalien zu tun haben, gleichgültig auf welchem Abstraktionsniveau. Die Darstellung der immanenten Gesetze des Kapitals sollte daher in Abstraktion von allen Verhältnissen stattfinden, welche die vielen Kapitalien betreffen. Nun hat Marx einerseits erkannt, dass eine Darstellung der immanenten Gesetze unter *dieser* Einschränkung nicht möglich ist. Dies bedeutet andererseits, dass die ‚wirkliche Bewegung der Konkurrenz‘, in welcher die Gesetze des Kapitals bloß exekutiert werden, auch nicht mit der Bewegung der vielen Kapitalien identisch ist, sondern nur einen Teil davon bildet. Und *dieser* Teil bleibt auch in der Darstellung des Kapital ausgespart“ (Heinrich 2003a, 194 f.). Eine Darstellung der „Gesetze“ des Kapitals ist demgemäß nur unter Einbeziehung der Verhältnisse der „vielen“ Einzelkapitalien zueinander möglich.

Marx ist auf dieses komplexe Wechselverhältnis im dritten Band des *Kapitals* ansatzweise eingegangen, beispielsweise bei der Frage der Verhältnisse zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern.¹¹⁴ Die Kapitalisten bilden eine *relative* Einheit gegenüber der Lohnarbeit. An der Ausbeutung der Arbeiterklasse sind die Einzelkapitalien nicht nur aus „Klassensympathie, sondern direkt ökonomisch beteiligt“, weil die Profitraten vom „Exploitationsgrad der

¹¹⁴ An dieser Stelle soll nicht der Frage nachgegangen werden, an welchen weiteren Stellen im 3. Band des *Kapitals* Marx die Grenze zur „wirklichen Bewegung der Konkurrenz“ doch überschritten hat (z.B. bei den Bemerkungen zur Krisentheorie oder des Kredits).

Gesamtarbeit durch das Gesamtkapital“ abhängen (Marx 1986, 207). Ein Einzelkapital kann den neu geschaffenen Mehrwert gleichwohl nur in der Marktsphäre als Profit realisieren, und ist daher wie alle anderen Kapitalien sowohl interessiert an einer möglichst hohen allgemeinen Ausbeutungsrate, als auch gefangen in einem Konkurrenzkampf mit anderen Kapitalien im Hinblick auf die Realisierung des Mehrwerts als Profit bzw. Extraprofit. Marx hat dies folgendermaßen ausgedrückt: „Man hat also hier den mathematisch exakten Nachweis, warum die Kapitalisten, sosehr sie in ihrer Konkurrenz untereinander sich als falsche Brüder bewähren, doch einen Freimaurerbund bilden gegenüber der Arbeiterklasse“ (Marx 1986, 208). Besonders in einer Situation der Stagnation oder Krise stehen die Kapitalisten in erbitterter Konkurrenz zueinander, trotz ihrem gemeinsamen Interesse an einer möglichst hohen Ausbeutungsrate: Aus einer „praktischen Brüderschaft der Kapitalistenklasse“ wird der Kampf um die Realisierung des Mehrwerts „zur Frage der Macht und der List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder“ (Marx 1986, 263).

Die Konkurrenz ist an dieser Stelle ein dem Ausbeutungsverhältnis gleichrangiges Konstituens des Kapitalismus: „Begrifflich ist die Konkurrenz nichts als die innre Natur des Kapitals, seine wesentliche Bestimmung, erscheinend und realisiert als Wechselwirkung der vielen Kapitalien aufeinander. [...] Kapital existiert und kann nur existieren als viele Kapitalien, und seine Selbstbestimmung erscheint daher als Wechselwirkung derselben aufeinander. [...] Da der Wert die Grundlage des Kapitals bildet, es also notwendig nur durch Austausch gegen *Gegenwert* existiert, stößt es sich notwendig von sich selbst ab. Ein *Universalkapital* ohne fremde Kapitalien sich gegenüber, mit denen es austauscht, [...] ist daher ein Unding. Die Repulsion der Kapitalien voneinander liegt schon in ihm als realisiertem Tauschwert“ (Marx 1983, 327, 336).¹¹⁵

Der *anarchische* Charakter der wirtschaftlichen Verhältnisse ist eine Grundlage für eine Analyse von Konflikten im Kapitalismus. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Marx im *Kapital* noch vom internationalen Staatensystem abstrahiert. Man könnte daher sagen, dass er die *kapitalistische Produktionsweise im Allgemeinen* diskutiert – unter partiellem *Einbezug* der vielen Kapitalien (besonders in seinen historischen Illustrationen), aber unter *Absehung* der „vielen“ Staaten, d.h. letztlich von einer Vielzahl kapitalistischer Gesellschaften.

¹¹⁵ Diese Zitate sind nun wieder den *Grundrissen* entnommen – ein Beleg für Marx' ambivalente Konzeptionalisierungen. Vgl. auch: „[Die] Wirkung der einzelnen Kapitalien aufeinander bewirkt eben, dass sie als *Kapital* sich verhalten müssen; das scheinbar unabhängige Wirken der einzelnen und ihr regelloses Zusammenstoßen ist grade das Setzen ihres allgemeinen Gesetzes“ (Marx 1983, 559).

2.2.2.2. EXKURS: NEGRI UND DIE SUBSUMTION DER KONKURRENZ UNTER DAS „KAPITAL IM ALLGEMEINEN“

Marx' begriffliche Differenzierungen sind kaum in die Globalisierungsdebatte eingegangen. Paradigmatisch für die Unterschätzung der Rolle der Konkurrenz auch in kritischen Theorieansätzen ist das Werk Antonio Negris. Sein Bezugsrahmen ist ein integrierter Weltkapitalismus unter der Ägide des „Gesamtkapitals“. Wie beschrieben, finden sich im postmodernen Zeitalter des Empires selbst „Regierungshandeln und Politik [...] völlig in ein System des transnationalen Kommandos integriert“ (Negri/Hardt 2002, 318).

Dieser These liegt eine Lesart des Marxschen Werks zugrunde, die schon auf der Ebene des Ökonomischen eine Subsumtion der Konkurrenz unter das „Kapital im Allgemeinen“ bzw. das „gesellschaftliche (Gesamt-)Kapital“ (Begriffe, die Negri weitgehend synonym verwendet) postuliert. Zentral für die Entwicklung dieser These ist eine spezifische Interpretation der Marxschen *Grundrisse* sowie die Integration poststrukturalistischer Theorieelemente, denen zufolge der Kapitalismus vom Widerspruch zwischen politisierten „Machtverhältnissen“ zweier antagonistischer Klassen *subjektivitäten* angetrieben wird.

Nicht nur in *Empire*, sondern bereits in früheren Artikeln und Büchern bedient Negri sich dieser Argumentation. In seinem Werk *Marx beyond Marx* (1984) unterscheidet er den Marx der *Grundrisse* vom Marx des *Kapitals*. Die Bedeutung der *Grundrisse* liegt Negri zufolge darin, dass sie es ermöglichen, die kapitalistische Produktionsweise als ein *Machtverhältnis* zu analysieren, welches durch den unüberwindbaren Widerspruch zwischen Gesamtarbeiter und Gesamtkapital geprägt ist: „We thus see, throughout the *Grundrisse*, a *forward movement in the theory*, a more and more constraining movement [...] constituted by the *antagonism between the collective worker and the collective capitalist*“ (Negri 1984, 4).¹¹⁶

Negri zufolge antizipieren die *Grundrisse* die Formation eines gesellschaftlichen (Gesamt-)Kapitals – „while in *Capital* the categories are generally modelled on private and competitive capital, in the *Grundrisse* they are modelled on a tendential scheme of social capital“ (Negri 1984, 27). „Through circulation and socialisation capital comes to be really unified [...]. [Social capital] is also and above all a collective power“ (Negri 1984, 113, 121). Dieser Prozess kulminiert in einer Fusion des Gesamtkapitals mit dem Staat: „Marx indicated [...]

¹¹⁶ Seiner Interpretation zufolge privilegiert Marx in den *Grundrissen* die Subjektivität gegenüber dem „Objektivismus“ des *Kapitals*: „*Capital* is also that text which served to reduce critique to economic theory, to annihilate subjectivity in objectivity, to subject the subversive capacity of the proletariat to the reorganizing and repressive intelligence of capitalist power. We can only reconquer a correct reading of *Capital* [...] if we subject it to the critique of the *Grundrisse*, if we reread it through the categorical apparatus of the *Grundrisse*, which is traversed throughout by an absolutely insurmountable antagonism led by the capacity of the proletariat“ (Negri 1984, 18 f).

especially in the Grundrisse, that to say State is only another way of saying capital. The development of the mode of production leads us to recognize that to say State is the only way to say capital: a socialized capital, a capital whose accumulation is done in terms of power, a transformation of the theory of value into a theory of command, the launching into circuit and the development of the state of the multinationals“ (Negri 1984, 188). Die Folge ist die Aufhebung des Wertgesetzes: „The Law of Value dies. [...] Once capital and global labor power have completely become social classes – each independent and capable of self-valorizing activity – then the Law of Value can only represent the power (*potenza*) and violence of the relationship. It is the synthesis of the relationships of force“ (Negri 1984, 172).¹¹⁷

Abgesehen von Negris problematischer Fusionierung des Kapitals mit dem Staat zu einem neuartigen Machtkommando über die Arbeiterklasse vermag bereits seine These über die reale Wirkmächtigkeit des „gesellschaftlichen Kapitals“ (bzw. „Kapital im Allgemeinen“) nicht zu überzeugen. Es erscheint entgegen seiner These sinnvoller, das „Kapital im Allgemeinen“ nur als eine theoretische Abstraktion zu verstehen. Anstelle einer Hypostasierung des „Kapitals im Allgemeinen“ zu einem real existierenden gesellschaftlichen Gesamtkapital, einer Vergegenständlichung eines bloß in Gedanken bestehenden Begriffs, sollte es vielmehr darum gehen, die konkreten Formen der Konkurrenzverhältnisse der „vielen Kapitalien“, die zweifellos auch Kooperation umfassen, auf den unterschiedlichen Ebenen (sektoral, national, international) zu analysieren und ihre Artikulation mit den relativ autonomen geopolitischen Konkurrenzverhältnissen zwischen Staaten bzw. Staatenbündnissen zu untersuchen. Dies würde ein komplexeres Bild ergeben als bei Negri – der die Konkurrenz durch eine umfassende Politisierung der Produktionsverhältnisse und einen Zweikampf zweier Kollektivsubjekte ersetzt¹¹⁸ bzw. die Menschheit zumindest im Übergang zu einer solchen Entwicklungsstufe sieht. Um dies nur kurz zu illustrieren:

¹¹⁷ Negris Verabschiedung der Marxschen Werttheorie beruht unter anderem auf der unzulässigen Gleichsetzung wertbildender „abstrakter“ Arbeit mit zeitlich messbarer Fabrikarbeit. Weil letztere angeblich immer mehr an Bedeutung verliert (was im weltweiten Maßstab nicht zutrifft), verliert die Werttheorie ihre Grundlage. „Abstrakte“ Arbeit ist bei Marx jedoch nicht identisch mit der spezifischen Form der Arbeitsverausgabung, sondern eine Kategorie gesellschaftlicher Vermittlung. Sie deutet auf den gesellschaftlichen Charakter privat verausgabter, Waren produzierender Arbeit hin – egal ob diese Ware ein Auto oder die Betreuungsleistung in einem Krankenhaus ist (vgl. Heinrich 2005).

¹¹⁸ Eine kritische Diskussion des Gegenstücks des gesellschaftlichen Kapitals bei Negri, der gesellschaftliche Arbeiter bzw. die Multitude, ist zu finden in: ten Brink 2004, 49 ff., 149 ff., sowie Wright 2000.

- Die Konkurrenz zwischen Produktionseinheiten, auf internationaler, nationaler aber auch sektoraler Ebene, hat in den letzten zwei Jahrzehnten zugenommen. Diese Entwicklung ist nicht mit einer Fusion von Politik und Ökonomie verbunden gewesen. Die im Prinzip aus der Negrischen Theorie hervorgehende Vorstellung, dass die Preise der Waren heute politisch determiniert sind und nicht vorwiegend aus ökonomischen Prozessen resultieren, ist nicht haltbar, wie das nach 1945 empirisch am Einfluss des internationalen Wettbewerbs auf die Industriesektoren Japans, Deutschlands und der USA belegt werden kann (vgl. Brenner 1998).
- Folge der sogenannten „neoliberalen Wende“ war eher eine relative De-Politisierung bestimmter ökonomischer Prozesse – Staaten sind beispielsweise im derzeitigen Finanzsystem durchschnittlich weniger als noch in den 1950er und 1960er Jahren in der Lage, es zu beeinflussen. Die Intensivierung der ökonomischen Konkurrenz hat es zudem den Einzelkapitalien auf der nationalen Ebene erschwert, zu einem homogenen „Gesamtkapital“ zu werden, weil u.a. mehr internationales Kapital in „ausländische“ Territorien eindringt, was zur Folge hat, dass selbst die größten transnationalen Konzerne die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu kontrollieren vermögen.

Für die Erklärungskraft der Negrischen Theorie hat die Unterschätzung der „horizontalen“ Konkurrenzverhältnisse weitreichende Folgen. Ökonomische Krisen sind bei Negri Ausdruck des Klassenkampfes bzw. des Kampfs zwischen Kollektivsubjekten, nicht mehr auch Ausdruck der innerkapitalistischen Konkurrenzverhältnisse. Negri zufolge wird der Lohn zum unabhängigen und damit entscheidenden Faktor für die Bildung der Profitrate (vgl. Wright 2000, 163). Bereits Marx hatte im Gegensatz dazu plausibel argumentiert, dass der Lohn bzw. die Lohnhöhe in hohem Maße von den jeweiligen Akkumulationsbedingungen abhängt, die eben auch von den horizontalen Konkurrenzbeziehungen zwischen den Kapitalien bestimmt werden (vgl. Marx 1962, 648).

2.3. GELDVERHÄLTNISSE

Das Geld ist ein grundlegendes Medium der Vergesellschaftung in der kapitalistischen Produktionsweise. Es steht am Anfang wie am Ende des Produktionsprozesses. Geld selbst kann nicht konsumiert werden, es hat keinen „Gebrauchswert“. Es verkörpert bei Marx den „Tauschwert“ der Ware und dient dabei als „allgemeines Äquivalent“. Geld ist zugleich potentielles Kapital (Marx 1986, 350 ff.).

Zunächst einmal stellt das Geld ein *Vermittlungsglied* beim Austausch von Waren dar. Kauf und Verkauf fallen auseinander, die beiden „Hälften“ des Prozesses, Ware für Geld und Geld für Ware, verlaufen getrennt. Geld muss nicht sofort wieder in Ware verwandelt werden, es kann auch gehortet bzw. gespart werden und in dieser Weise ein *Eigenleben* führen. Erst wenn jedoch produzierte Waren „wieder in Geld getauscht“ werden, zeigt sich, „in welchem Maße die kapitalistische Privatarbeit die gesellschaftliche Anerkennung findet“ (Becker 2002, 160). Michel Aglietta spricht daher von einem „money constraint“, einer *Geldbeschränkung* (Aglietta 1979, 42 ff.), der auch die Tätigkeit des Staates unterliegt, da dieser sich seine materiellen Ressourcen in Geldform beschafft.

Das Geld in seiner kapitalistischen Form, als ein grundlegendes kapitalistisches Strukturmerkmal, kann verschiedenartige Funktionen besitzen: Hansjörg Herr und Kurt Hübner argumentieren, dass die Grundlage aller Geldfunktionen *Geld als Wertstandard* zum Ausdruck des Wertes der Waren ist. Um auf nationaler Ebene ökonomische Transaktionen oder auf internationaler Ebene Kreditverträge gewährleisten zu können, wird i.d.R. in einem Währungsraum der jeweilige Wertstandard politisch definiert (etwa der Yen in Japan oder der Euro in Teilen Europas). Auf dieser Grundlage kann Geld entweder als *Zahlungsmittel* fungieren (z.B. als Kredit- oder Kaufmittel) oder als *Wertaufbewahrungsmittel* dienen (vgl. Herr/Hübner 2005, 99 ff.).¹¹⁹ Sowohl im industriellen Produktionsprozess als auch bei der

¹¹⁹ Marx unterscheidet drei Geldfunktionen: Erstens die Funktion, für die Waren ein *allgemeines Wertmaß* zu sein, ausgedrückt als ein bestimmtes Quantum Geld. Zweitens das Geld als *Zirkulationsmittel*, das den Austausch der Waren vermittelt (z.B. durch den Kredit), drittens das Geld als „*wirkliches Geld*“: „[A]ls *Wertmaß* muss das Geld nicht wirklich vorhanden sein, es genügt ideelles Geld; als *Zirkulationsmittel* muss Geld zwar wirklich vorhanden sein, es genügt aber symbolisches Geld. Erst als Einheit von Wertmaß und Zirkulationsmittel ist Geld *wirkliches Geld*, d.h. *selbstständige* Gestalt des Werts, was eine Reihe von neuen Bestimmungen einschließt. [...] Es fungiert als Schatz, als Zahlungsmittel und als Weltgeld“ (Heinrich 2004, 66). Als Schatz wird Geld der Zirkulation entzogen, als Weltgeld fungiert das Geld auf dem Weltmarkt, „um einen Kauf zu vermitteln, als Zahlungsmittel, um ihn abzuschließen, oder [...] wenn es nicht um Kauf oder Zahlung, sondern um die Übertragung des Reichtums aus einem Land in ein anderes handelt (z.B. nach einem Krieg)“ (Heinrich 2004, 67). Weil der Wert erst im Tausch eine gegenständliche „Wertform“ erhält, unterscheidet Heinrich zwischen einer „prämonetären“ und einer „monetären“ Werttheorie (vgl. Heinrich 2003a, 196 ff.). Da Wert nur in einem Verhältnis entsteht, kann der Tausch nur als Bezug der

Staatsfinanzierung spielt das Geld als Recheneinheit, Zirkulationsmedium und als Zahlungsmittel eine wichtige Rolle. Dem Zugang zu Kredit und dessen Modalitäten, insbesondere der Zinshöhe, kommt sowohl bei der privaten Geschäftstätigkeit als auch bei der Staatstätigkeit große Bedeutung zu. Auch als Wertaufbewahrungsmittel spielt Geld eine Schlüsselrolle. Durch Inflation kann Reichtum von Gläubigern zu Schuldnern transferiert werden, durch eine Währungsabwertung werden im Regelfall Exporteure gegenüber Importeuren begünstigt.

Der für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess grundlegende Kreislauf des industriellen Kapitals kann nur stattfinden, wenn Geld vorhanden ist bzw. vorgeschossen wird („Geldbeschränkung“). Dieser Tatbestand verleiht ferner dem Kreislauf des *zinstragenden Leihkapitals* eine wesentliche Bedeutung. Der Kreislauf des industriellen Kapitals gewinnt durch den Mechanismus des Kredits sowie des Verkaufs von Aktien oder Anleihen seine charakteristische Elastizität, d.h. zusätzliche Möglichkeiten, Kapital zu mobilisieren (Sablowski 2003, 203). Auf den Finanzmärkten wird mit diesen Wertpapieren gehandelt. Im Zuge dessen erhalten sie, als Finanzkapital, den Charakter *fiktiven* Kapitals, wenn es sich um die Akkumulation von handelbaren Rechtsansprüchen auf Einkommen aus *zukünftigen* Verwertungsprozessen handelt.¹²⁰

Zugleich ist Geld immer auf spezifische Produktions- bzw. Distributionsbedingungen bezogen und auf konkrete *einzelstaatliche* und z.T. *supranationale Währungsräume* (Aglietta 1979, 328 ff.). Die *Geldpolitik* grenzt mit dem Gültigkeitsbereich einer Währung etwa Binnen- und Außenwirtschaft gegeneinander ab. Geld ist somit immer ein politisch reguliertes Medium, was insbesondere für die Ausgabe des Geldes, die *Angebotsseite*, zutrifft (Cohen 2000, 138 f.). In den Geldverhältnissen kommt ähnlich wie in anderen vorwiegend „ökonomischen“ Strukturmerkmalen (Lohnarbeits- und wirtschaftliche Konkurrenzverhältnisse) die konstitutive Präsenz des Politischen zum Ausdruck. Mangels eines (im Weltkapitalismus höchstwahrscheinlich nicht realisierbaren) Weltstaates, gibt es

Waren auf Geld existieren. Geld ist daher konstitutiv. Heute gibt es keine Ware mehr (wie früher das Gold), die auf nationaler oder internationaler Ebene die Rolle einer *Geldware* spielt. Dennoch fungiert das heutige, von Zentralbanken ausgegebene Papiergeld (das eben nicht mehr in Gold einzulösen ist) als *Geldform*, als allgemeines Äquivalent.

¹²⁰ Die unterschiedlichen Formen des Geldes als Finanzkapital können sich von realökonomischen Prozessen entkoppeln und dabei als finanzieller Sachzwang diesen Prozessen auflagern, andererseits bedürfen sie einer realen Fundierung, der sich auch durch Zinspolitik nur *relativ* begrenzt entzogen werden kann. Ohne Geld kämen ökonomische Prozesse in kapitalistischen Gesellschaften nicht zustande – gleichzeitig hätte „ohne die Produktion des Surplus in Form des Mehrwerts (oder Profits) durch Arbeit [...] der Geldüberschuss keine Substanz und bestünde lediglich in inflationistischer Aufblähung“ (Altvater/Mahnkopf 1996, 150 f.).

allerdings kein internationales Geld: „Es sind somit zwingend nationale Währungen, die internationale Funktionen übernehmen müssen, was eine Reihe von Problemen aufwirft“ (Herr/Hübner 2005, 99). Die Regulierung des Geldes hat folglich verschiedene Dimensionen innerhalb und zwischen Währungsräumen.

Um einen stabilen Verwertungsprozess zu garantieren, ist eine politische Regulierung des Geldes notwendig, um unter anderem eine Inflation im Rahmen zu halten. Diese Aufgabe versuchen die Zentralbanken zu erfüllen. Innerhalb größerer nationaler Währungsräume wirken Zentralbanken i.d.R. als „Emissionsstelle“ und als „lender of last resort“, was ihnen erhebliche Machtpotentiale verleiht. Zudem spielen sie „auch eine gewisse Rolle bei der Regulation des internationalen Zahlungsverkehrs. Gegenüber anderen Währungen haben die Staaten mit internationalen Reservewährungen den Vorteil, dass sie für die internationale Geldpolitik normsetzend wirken können, somit maßgeblich beeinflussen und einen wesentlichen Teil ihrer internationalen Transaktionen in eigener Währung abwickeln können“ (Becker 2002, 161). Die Protektion des eigenen Währungsraums mittels des „Währungsprotektionismus“ gilt gegenwärtig als wichtige Komponente in der globalen Währungskonkurrenz (vgl. Altvater/Mahnkopf 1996, 388 ff.).

Über die genannten Fähigkeiten verfügen aber nicht alle Währungsräume bzw. Einzelstaaten gleichermaßen souverän.¹²¹ Die Festlegung von Zinsen und Wechselkursen ist nur wenigen starken Staaten vorbehalten. Währungen von starken Staaten übernehmen z.T. sogar Geldfunktionen in schwächeren Staaten: „Es ist am effizientesten, wenn *ein* Medium [also eine nationale Währung] alle Geldfunktionen übernimmt. In vielen Ländern ist dies jedoch nicht der Fall. Länder mit einem geringen Vertrauen in ihre Währung kämpfen gegen Parallelwährungssysteme. Dollarisierung bzw. Euroisierung ist ein Phänomen, das sich in den 1990er Jahren geschwürartig ausgebreitet hat“ (Herr/Hübner 2005, 100).

Historisch haben sich, wie weiter unten in der Diskussion kapitalistischer Phasen erörtert wird, die nationalen und internationalen Handlungsspielräume der Währungen während verschiedener Entwicklungsphasen verändert. *Hegemonialkonstellationen* (Goldstandard und das englische Pfund als Leitwährung vor 1914, Bretton-Woods-System und US-Dollar als

¹²¹ Zugleich sind die Staaten auch nicht die alleinigen Akteure in diesem „strategischen Spiel“. Die Entscheidung über die Stellung einer nationalen Währung in der Hierarchie der Weltwährungen wird vor allem von den Entscheidungen privater Akteure auf den Devisenmärkten getroffen: „Nationalökonomisch werden lediglich die Angebotsbedingungen (Lohnkosten; Produktivität und alle Faktoren, die darauf Einfluss haben) so zu gestalten versucht, dass sie den Bedingungen der Währungskonkurrenz im globalen Raum Rechnung tragen. Diese Art von globalem Protektionismus schottet sich also nicht vom Weltmarkt ab, sondern versucht, ihn durch Anpassung an die Marktconstellationen als Ressource der Entwicklung zu nutzen“ (Altvater/Mahnkopf 1996, 389).

Leitwährung des Westens nach 1945) sind von *Oligopolkonstellationen* (z.B. die Zeit zwischen 1914 und 1945) abgelöst worden.

2.4. DIE „BESONDERUNG“ DES POLITISCHEN UND DIE PLURALITÄT DER KAPITALISTISCHEN EINZELSTAATEN

Der kapitalistische Einzelstaat als institutionalisierter Ausdruck der „Besonderung“ des Politischen stellt ein weiteres konstituierendes Strukturmerkmal des Kapitalismus dar. Im Folgenden werden seine spezifischen Charakteristika dargestellt. Meine zentrale These, der zufolge der kapitalistische Staat nur im Plural, als „viele“ Staaten, angemessen untersucht werden kann, wird weiter unten in der Analyse des Kapitalismus in Raum und Zeit wieder aufgenommen.

Kapitalistische Staatlichkeit ist ein notwendiger Bestandteil der Gesellschaft der verallgemeinerten Warenproduktion. Nur eine gegenüber ökonomischen und anderen gesellschaftlichen Bereichen „besondere“ Instanz kann, auf der Grundlage des physischen Gewaltmonopols, sich in die Lage versetzen, in Permanenz, d.h. auch unabhängig von Krisen, eine Reihe von sozialen, rechtlichen und infrastrukturellen Integrations- und Anpassungsleistungen zu erbringen, die die Aufrechterhaltung kapitalistischer Vergesellschaftung zu garantieren versuchen (vgl. Jessop 1990, 353-367; Hirsch 2005).

Die Notwendigkeit politischer Institutionen kann zum Teil bereits auf der Ebene des Marktes begründet werden, also vor der Analyse der Widersprüche in der Produktionssphäre. Es bedarf formell freier Vertragsverhältnisse zur Aufrechterhaltung des Marktverkehrs. Kapitalistische Staatlichkeit kann auf das „Prinzip zurückgeführt werden, wonach von zwei Tauschern auf dem Markte keiner das Tauschverhältnis eigenmächtig regeln kann, sondern dass hierfür eine *dritte Partei* erforderlich ist, die die von den Warenbesitzern als Eigentümer einander gegenseitig zu gewährende Garantie verkörpert und dementsprechend die Regeln des Verkehrs zwischen Warenbesitzern personifiziert“ (Paschukanis 1966, 130, Herv. TtB). Der Staat als Konkretisierung der abstrakten Allgemeinheit, als „dritte Partei“, garantiert derart die kapitalistischen Austauschverhältnisse (vgl. Bidet 1991, 1331 ff.).

Aber auch jenseits der Sphäre der formellen (Rechts-)Gleichheit bedarf es einer Instanz, die die Stabilität der kapitalistischen Produktionsweise langfristig gewährleisten kann.¹²² Die Eigentümlichkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse – die in der Verbindung von

¹²² Daher ist es zu kurz gegriffen, wenn die Notwendigkeit des Staates nur aus der „Zirkulationssphäre“ abgeleitet wird, als Garantie des Anerkennungs-Verhältnisses zwischen den (Rechts-)Subjekten. „Die die Produktionsverhältnisse kennzeichnende ungleiche Verfügung über Produktionsmittel wird dabei kaschiert. Durch die einseitige Bestimmung der Rechtsform aus der Sphäre der Zirkulation erscheint diese als Verblendungszusammenhang für die Reproduktion dieser Produktionsverhältnisse. Poulantzas kritisiert hier zu Recht, dass das Verhältnis von Staat und Klassen nur als äußerliches gedacht wird. Mehr noch: die Klassen sind auf dieser Ebene des Rechts und des Staates gar nicht anwesend“ (Hirsch/Kannankulam 2006, 75).

ökonomischer Ausbeutung der formell Freien und Gleichen durch Freie und Gleiche und der Konkurrenz sowohl zwischen den Produktionsmittelbesitzern als auch den Lohnarbeitern sichtbar wird – erfordert eine solche, von den gesellschaftlichen Klassen formell „besondere“ Instanz. Weder das Lohnarbeits-, noch das Konkurrenz- oder das Geldverhältnis können sich allein vermittelt durch Marktbeziehungen reproduzieren.¹²³ Sie bedürfen spezifischer „Regulierungs“- und Regierungsweisen, die die Einzelkapitalien zum Überleben benötigen, aber selbst nicht bereitstellen können.¹²⁴ Diese Integrations- und Anpassungsleistungen werden zentral vom kapitalistischen Staat erbracht.

Der kapitalistische Einzelstaat versucht, idealtypisch folgende „Funktionen“ bzw. genauer, „Aufgaben“¹²⁵ zu erfüllen, die umkämpft sind und daher nicht von vornherein als gesichert gelten können: Fokussiert auf die notwendigen Integrations- und Anpassungsleistungen können drei grundlegende Bereiche unterschieden werden: der Bereich der *rechtlichen Ordnungsaufgaben*, der Bereich der *ökonomischen Aufgaben* und der der *politischen Aufgaben*.¹²⁶ Freilich überkreuzen sich die verschiedenen Aufgaben des Staates bzw. seine institutionellen Kennzeichen in der Realität, zudem kann das relative Gewicht zwischen ihnen variieren.

- Der Bereich der *rechtlichen Ordnungsaufgaben* umfasst zum einen die Notwendigkeit rechtsstaatlicher Verfahren, d.h. eines Minimums an rechtlichen Regelungen und deren Durchsetzung. Im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit werden kapitalistische Verkehrs- und Besitzverhältnisse grundlegend und dauerhaft als Rechtsverhältnisse

¹²³ Bob Jessop hat drei grundlegende Aspekte benannt, die die Notwendigkeit von politischer „Regulierung“ begründen: Erstens die konstitutive Unvollständigkeit des Kapitalverhältnisses, d.h., dass dieses sich nicht vollständig aus sich selbst reproduzieren kann und daher auf sich wandelnde, „außer-ökonomische“ Bedingungen angewiesen ist; zweitens die strukturellen Widersprüche und strategischen Dilemmata kapitalistischer Akkumulation, die durch verschiedene Phasen des Kapitalismus hindurch ständig reproduziert werden; drittens die sozialen Konflikte, die in der Regulierung des Kapitalkreislaufs sowie in der Gesellschaft als Ganzer zum Ausdruck kommen (vgl. Jessop 2002, 18 ff.).

¹²⁴ In der vorliegenden Arbeit wird zwischen „Regulation“ und „Regulierung“ unterschieden. Während ersterer Begriff die komplexen, über die Staatsapparate hinausreichenden gesellschaftlichen Formen der Widerspruchsbearbeitung bezeichnet, verweist letzterer auf den (enger gefassten) Versuch politischer Steuerung.

¹²⁵ Der Begriff der „Aufgabe“ verweist deutlicher als der Begriff der „Funktion“ auf den Aspekt des „Handelns“. Ein Staat erfüllt seine „Funktionen“ nur dann, wenn Akteure sie „erfüllen“. Ein weiterer Hinweis ist an dieser Stelle angebracht: „Staatsfunktionen“ bilden sich „phasenspezifisch“ aus, d.h. die im Folgenden genannten „Aufgaben“ müssen nicht notwendigerweise alle zur selben Zeit in der gleichen Weise in Erscheinung treten. Damit ist zugleich die *historische Variabilität* der kapitalistischen Staaten angesprochen.

¹²⁶ Nicht diskutiert wird hier die für den Staat bedeutsame, wenn auch fiktive, Trennung zwischen Staat und Privatsphäre. Diese Trennung vermag beispielsweise zu verhüllen, dass ein Staat abhängig von der (vorwiegend von Frauen verrichteten) Hausarbeit ist (Sauer 2001, 159).

institutionalisiert.¹²⁷ Zum anderen geht es um die Ausübung der territorialen Souveränität auf der Grundlage der monopolisierten Kontrolle der physischen Gewaltmittel. Im Inneren bedeutet dies, die Entstehung konkurrierender Machtzentren zu verhindern, im Außenverhältnis bedeutet Souveränität, dass der Staat in seinen Beziehungen zu anderen Staaten und weiteren Kollektivakteuren unabhängig entscheidet und agiert.

- Die *ökonomischen Aufgaben* beziehen sich sowohl auf die Notwendigkeit der Schaffung eines institutionellen Rahmens für das Medium Geld als allgemeinem Äquivalent als auch auf gewisse „Infrastrukturfunktionen“ des Staates, unter anderem zur Schaffung allgemeiner Produktionsvoraussetzungen, deren zentraler Bezugspunkt eine gelingende erweiterte Reproduktion des Kapitals ist.¹²⁸ Weiterhin ist die Garantie eines gewissen Ausmaßes an „Sozialstaatlichkeit“, d.h. ein garantiertes Existenzminimum der Arbeitskraft eine wesentliche Aufgabe des Staates.¹²⁹ Hinzu treten schließlich die Aufgaben der Erfüllung einer „Weltmarktfunktion“, die die weltweite Marktstellung sowie überhaupt die vorteilhafte Integration der auf dem jeweiligen staatlichen Territorium agierenden Einzelkapitalien in den Weltmarkt sichern und verbessern soll, sowie einer „Krisenfunktion“, d.h. der Bereitstellung von Mitteln zur Bekämpfung sozio-ökonomischer und politischer Krisen.¹³⁰
- Zum Bereich der *politischen Aufgaben* kann v.a. die Herstellung gesellschaftlicher Kohäsion bzw. Konsensbildung gerechnet werden. Zur sozialen Integration tragen die vom kapitalistischen Staat geschaffenen Arenen der Konfliktaustragung und Willensbildung bei, die z.B. in liberal-demokratischen Formen institutionalisiert sind. Hinzu tritt die sozio-kulturelle Aufgabe, „imaginierte Gemeinschaften“ zu schaffen (Anderson 1996; Gellner 1991). Im Rahmen ungleicher gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zielt der kapitalistische Staat darauf, die antagonistischen

¹²⁷ Die rechtliche Gewährleistung und Regulierung der kapitalistischen Verkehrsverhältnisse beinhaltet u.a. eine Sicherung der Waren Arbeitskraft, Boden, Geld und Wissen sowie ihre Kommodifizierung bzw. De-Kommodifizierung, die Bearbeitung des Widerspruchs zwischen der zunehmend gesellschaftlichen Natur der Produktivkräfte und den weiterhin vorwiegend privaten Eigentumsformen sowie eine Festlegung der Grenzen zwischen ökonomischen und außer-ökonomischen Bereichen (vgl. Jessop 2002, 36 ff.).

¹²⁸ Hierunter sind Strukturen zu verstehen, die von privaten Unternehmen nicht rentabel geschaffen bzw. unterhalten werden können.

¹²⁹ Die Wohlfahrtsfunktionen des Staates hängen eng mit der „Legitimationsfunktion“ des Staates zusammen (vgl. Leibfried/Zürn 2006).

¹³⁰ Unter Weltmarktfunktion ist die Sicherung von Ordnung über das Hoheitsgebiet hinaus zu verstehen, als Funktionsbedingung der Akkumulation; sie umfasst aber auch z.B. die Erhebung von Zöllen.

Einzelinteressen zu einem legitimen „Allgemeininteresse“ zu bündeln, auch gegenüber anderen Staaten bzw., erweitert, Gesellschaften. Das leitet über zu dem Problem eines je konkret durch den Staat zu bestimmenden kapitalistischen Gesamtinteresses, d.h. der Art und Weise, wie der Einzelstaat auf variierende, hier vorwiegend internationale Herausforderungen reagiert. „Die staatliche Politik setzt eine beständige *Ermittlung dieses Gesamtinteresses* und der *Maßnahmen* zu seiner Umsetzung voraus“ (Heinrich 2004, 214). Weil immer alternative, umkämpfte Umsetzungsmöglichkeiten politisch artikuliert werden, lässt sich die staatliche Politik nicht unmittelbar auf die Durchsetzung von einzelwirtschaftlichen Interessen reduzieren.¹³¹

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, d.h. um „Herrschaft“ effektiv ausüben zu können, muss als Voraussetzung die Sicherung des einzelstaatlichen *Gewaltmonopols* garantiert sein. Wie Max Weber betonte, ist der moderne Staat ein „auf das Mittel der legitimen (das heißt: als legitim angesehenen) Gewaltsamkeit gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen“ (Weber 1964, 1043). Die Gewalt bzw. die glaubhafte Drohung mit Gewalt nach innen und nach außen (im Verhältnis gegenüber anderen Staaten und weiteren Kollektivakteuren) ist die wesentliche Voraussetzung dafür, daß der Staat seine Aufgaben erfüllen kann.¹³² Zur Sicherung der Finanzierung der vom Staat zu erfüllenden Aufgaben hat sich der kapitalistische Staat als „Steuerstaat“ etabliert. Unter dem „Steuermonopol“ ist die Machtbefugnis und das exklusive Recht des Staates zu verstehen, sich regelmäßig einen Teil des Einkommens und Vermögens *aller* Bürger anzueignen (Krätke 1991, 118 ff.).

Alles in allem bildet der kapitalistische Einzelstaat eine eigene, besondere „infrastrukturelle Macht“ heraus. Diese bezeichnet die Fähigkeit der staatlichen Institutionen, das Hoheitsgebiet mit Recht, Verwaltung und anderen staatlichen Leistungen (z.B. Sozial- und Familienpolitik) so zu durchdringen, dass die „freien“ Bürger in vielfältiger Weise vom Staat abhängig werden (Mann 1998, 78) und die Staatlichkeit sich in den „Lebensvollzügen“ der Staatsbürger derart verankert, daß sie den Imperativen kapitalistischer Produktionsverhältnisse gemäß handeln (Gerstenberger 2006, 527).

¹³¹ Die Annahme immer fortbestehender Konkurrenzverhältnisse hat zur Folge, dass staatliche Maßnahmen permanent umstritten sind und diese unter Umständen auch Nachteile für bestimmte Kapitalgruppen mit sich bringen können.

¹³² Institutionell ist das Gewaltmonopol in der Regel auf Polizei und Militär aufgeteilt (vgl. Giddens 1987, 192). Dies bedeutet nicht, dass es überhaupt keine Formen außerstaatlicher Gewaltanwendung mehr gibt, wohl aber, dass der Staat sich in der Regel als letzte Gewaltinstanz behaupten kann.

Strukturelle Interdependenz und das „Interesse des Staates an sich selbst“

Am „Steuermonopol“ lässt sich die spezifische Struktur der Beziehung zwischen „Ökonomie“ und „Politik“ im Kapitalismus verdeutlichen. Die Einzelkapitalien und der Einzelstaat bilden ein System, welches durch *wechselseitige strukturelle Abhängigkeiten* bzw. *strukturelle Interdependenzen* gekennzeichnet ist (vgl. Block 1994, 696-705, vgl. Block/Evans 2005; Offe/Ronge 1976). „[This] new paradigm [der strukturellen Interdependenz] begins by rejecting the idea of state intervention in the economy. It insists instead that state action *always* plays a major role in constituting economies, so that it is not useful to posit states as lying outside of the economic activity” (Block 1994, 696; vgl. Mackert 2006, 39 ff.).¹³³

Die Gesetzgebung eines Landes und die Art der Steuererhebungen beeinflussen die interne Organisation (z.B. Kündigungsschutz, Unternehmensführung) und die externen Handlungsmöglichkeiten (z.B. Monopolgesetze) der Unternehmen maßgeblich. Gleichzeitig wirken die Aktivitäten und Interessen der Unternehmen aber auch selbst auf den Staat ein. Dies führt zu einer Vielzahl unterschiedlicher, relativ unabhängiger Kräfteverhältnisse in den verschiedenen *Staatsapparaten*. Der Staat wiederum muss bestimmte Interessen der Kapitalien befriedigen, um seine Besteuerungsgrundlagen zu sichern. Der Staat muss sich sozusagen den ökonomischen Verhältnissen anpassen, in die er sich „eingemischt“ hat (Offe/Ronge 1976, 56). Weil der Akkumulationsprozess die entscheidende dynamische Antriebskraft der kapitalistischen Produktionsweise ist, muss der Staat, um handlungsfähig zu bleiben, der Tatsache Rechnung tragen, dass seine Einkünfte und damit die Mittel, staatliche Politik zu gestalten, letztlich von einer einigermaßen reibungslosen Kapitalakkumulation abhängen. Die „Eigentümlichkeit der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise [liegt daher] in der *Trennung* und gleichzeitigen *Verbindung* von ‚Staat‘ und ‚Gesellschaft‘, ‚Politik‘ und ‚Ökonomie‘“ (Hirsch 2005, 25).

Ein kapitalistischer Einzelstaat kann nur zur Sicherung der Kapitalakkumulation beitragen, wenn er *relativ autonom* den Einzelkapitalien gegenüber agieren kann. Funktionsvoraussetzung des kapitalistischen Systems ist daher eine relativ unabhängige politische Macht, die versucht, die gesellschaftlichen Antagonismen vorübergehend miteinander zu versöhnen – auch wenn das zu Konflikten mit Einzelkapitalien oder Kapitalfraktionen führt. Die Aufgaben des kapitalistischen Staates bestehen daher nicht einfach in der Umsetzung einzelkapitalistischer Interessen. Der Staat ist nicht bloßes „Instrument“ des Kapitals. Der kapitalistische Staat trägt vielmehr zur Sicherung der

¹³³ Zur Übersicht über politikwissenschaftliche Debatten zum Staat und zum Verhältnis Staat/Markt seit den 1970ern: vgl. Esser 1999.

Bedingungen der Akkumulation des gesamten Kapitals bei, die sich jeweils aus der Auseinandersetzung einzelkapitalistischer Interessen ergeben. Eine Regierung verfolgt dieses Ziel nicht allein, weil ihre Mitglieder vom Kapital bestochen oder mit ihm verflochten sind, sondern weil eine reibungslose Kapitalakkumulation die ökonomische Basis des kapitalistischen Staates bildet: „Insofern ist es das ‚Interesse des Staates an sich selbst‘ – oder genauer: das Eigeninteresse seiner bürokratischen und politischen Funktionäre –, das ihn relativ unabhängig von direkten Einflüssen zum Garanten kapitalistischer Produktionsverhältnisse macht. [...] Das Staatspersonal sieht sich selbst dann dazu veranlasst, die Voraussetzungen für das Gelingen des Akkumulations- und Verwertungsprozesses zu garantieren, wenn es keinem direkten Einfluss oder Druck von Seiten des Kapitals ausgesetzt ist. Der Staat der bestehenden Gesellschaft ist also aus *strukturellen Gründen* ‚kapitalistisch‘, und nicht allein deshalb, weil er direkten Einflüssen des Kapitals unterworfen ist“ (Hirsch 2005, 26).

In der charakteristischen Ausdifferenzierung von Politik und Ökonomie¹³⁴ im Kapitalismus besteht ein wichtiger Unterschied beispielsweise zu den Gesellschaften des europäischen Feudalismus, in der die feudale Herrschaft weniger territorialisiert als im kapitalistischen Staat war und kein uneingeschränktes staatliches Gewaltmonopol bestand – man spricht daher von einer „feudalen Parzellierung der Souveränität“ (vgl. Anderson 1981, 175 ff.). Im Unterschied zu den Vorformen der modernen Staatlichkeit ist der kapitalistische Staat im Idealfall durch territoriale Exklusivität, durch eine relativ erfolgreiche innere Befriedung sowie durch eine gelingende, jedoch prekäre soziale Integration gekennzeichnet. Der kapitalistische Staat versucht, dies durch eine sprachliche, ideologische und kulturelle Homogenisierung zu erreichen, und kann sich derart zum *Nationalstaat* entwickeln.

Die „Besonderung“ des Politischen ist eine entscheidende Voraussetzung für die Bearbeitung von gesellschaftlichen Konflikten *zwischen* und *innerhalb* der Klassen. Dabei muss staatliche Politik als Resultat der Wechselwirkung von Strukturbestimmtheit und sozialen Auseinandersetzungen verstanden werden. Das erklärt, warum real existierende Staaten eine spezifische, in sozialen Auseinandersetzungen und aufgrund ihrer spezifischen Stellung auf dem Weltmarkt (etwa als „schwacher“ Staat an der Peripherie oder als „starker“ Staat im Zentrum) herausgebildete Sedimentierung von Kräfteverhältnissen darstellen und dabei eine

¹³⁴ Auf die Ebene der *Zivilgesellschaft*, die sich in der institutionellen Separierung zwischen Ökonomie und Staat gewissermaßen als dritte Ebene herausentwickelt, gehe ich an dieser Stelle nicht ein. Zur Analyse dieser Ebene kann Gramscis erweiterter Staatsbegriff hilfreich sein, bei der es auf den verwobenen Komplex von „politischer Gesellschaft“ (v.a. Regierungsapparat) und „Zivilgesellschaft“ ankommt (Cox 1987).

eigene, charakteristische „Materialität“ (Poulantzas 2002, 162) gewinnen.¹³⁵ Insofern muss die konkrete Ausgestaltung von Staaten im Zuge ihrer historischen Entwicklung analysiert werden, indem man u.a. das konkrete Aufeinanderwirken von Einzelkapitalien, Kapitalgruppen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und kapitalistischem Staat untersucht.

Pluralität der Einzelstaaten

In der vorliegenden Arbeit wird zwischen *politischer Form*, dem kapitalistischen territorialen *Einzelstaat* und dem kapitalistischen *Nationalstaat* unterschieden. Die politische Form ist als eine Abstraktion zu verstehen, der kapitalistische territoriale Einzelstaat dagegen als deren institutionalisierter Ausdruck. Territoriale Einzelstaaten sind nicht notwendig *Nationalstaaten*, d.h. der Nationalstaat ist eine historisch spezifische Formation des kapitalistischen Einzelstaates. Der territoriale, kapitalistische Einzelstaat ist als räumlich homogenes Herrschaftsgebiet mit Zentralgewalt und verallgemeinerter Staatsbürgerschaft zu verstehen, d.h. er muss nicht notwendigerweise „National“-staat sein bzw. eine „nationale Gemeinschaft“ darstellen.¹³⁶ Die politische Fraktionierung des Raumes in „viele“ Einzelstaaten muss daher von den Formen ihrer historischen Realisierung unterschieden werden. Wie noch zu zeigen sein wird, kann die „Besonderung“ des Politischen auf verschiedenen räumlichen Ebenen gleichzeitig stattfinden (auf nationaler oder internationaler Ebene beispielsweise). In der weiteren Argumentation konzentriere ich mich auf den kapitalistischen Einzelstaat, der nur als Teil eines internationalen Staatensystems angemessen verstanden werden kann.

Wie einige Autoren der Staatsdebatte der 1970er bemerkten, z.B. Claudia von Braunnmühl oder Colin Barker, blieb diese Debatte meist in einem frühen Forschungsschritt stecken und litt daher an einer zentralen Schwäche – der Diskussion des Staates lediglich im „Singular“:

¹³⁵ Es war eines der wichtigsten Argumente Nicos Poulantzas in der Staatsdebatte der 1970er, gegen die Idee der mechanistischen „Ableitung“ des Staates die Klassenkämpfe stärker zu berücksichtigen und den Staat somit als ein soziales Verhältnis aufzufassen (Poulantzas 2002; vgl. Demirovic 1987, 49). Poulantzas' Konzept des Staates als einer „Verdichtung“ von Kräfteverhältnissen, das die arbeitenden Klassen als Teil dieses Verhältnisses ansieht, sollte in erster Linie als Organisation der herrschenden Klassen in und durch den Staat verstanden werden: „Der Staat konstituiert also die politische Einheit der herrschenden Klassen“ (Poulantzas 2002, 158). Die hieraus entstehende spezifische „Identität“ eines Staates wird auch in einem diskursiven Verhandlungsprozess, der vom Kräfteverhältnis mit bestimmt wird, hergestellt.

¹³⁶ Ein Beispiel hierfür wäre eine (schwer zu realisierende) konstitutionell institutionalisierte Europäische Union, die über ein Gewaltmonopol verfügt und sich damit in die Lage versetzt, die von mir benannten Integrations- und Anpassungsanforderungen zu leisten. Sie wäre als ein Einzelstaat ohne eindeutige nationale Identität zu betrachten, der in einem Kooperations- und Konfliktverhältnis mit anderen Staaten verstrickt sein würde.

„Their treatment of the state remains at an inappropriate level of abstraction, in particular in that it treats the state as if it existed only in the singular. Capitalism, however, is a world system of states [...] Any discussion, therefore, of the capitalist state form must take account of the state both as an apparatus of class domination and as an apparatus of competition between segments of the bourgeoisie” (Barker 1991, 204; von Braunmühl 1976, 275 ff.). Die Frage, wie das international fragmentierte Staatensystem in eine systematische Darstellung des Kapitalismus eingeführt werden kann, blieb damit offen.

Diese Erkenntnis verweist auf die Untersuchung der „vielen“ Staaten in Raum und Zeit. Die strukturelle Bedeutung „vieler“ kapitalistischer Einzelstaaten basiert, wie weiter unten unter Berücksichtigung von erweiterten Annahmen der Funktionsweise des Kapitalismus in Raum und Zeit argumentiert wird, u.a. auf der Bildung relativ immobiler raum-zeitlicher Fixierungen des Kapitals, die hohe Anforderungen an staatliche Regulierungsapparate stellen, sowie auf der Notwendigkeit der Schaffung klassenübergreifender Koalitionen zur Herstellung innergesellschaftlicher Kohärenz, die im Weltzusammenhang eine konstitutive Bedeutung erlangen.

II. KAPITALISMUS ALS GLOBAL FRAGMENTIERTES SYSTEM IN RAUM UND ZEIT

Wurde bisher ein „idealer“ Kapitalismus dargestellt und dabei von seiner realen Fragmentierung und seinen in der Realität sich vollziehenden, paradoxen Verläufen bzw. Widersprüchen weitgehend abgesehen, so soll im Nachfolgenden dieser in seinen raumzeitlichen Dimensionen analysiert werden. Theodor W. Adorno hat hervorgehoben, dass die enorme Dynamik der im Kapitalismus sich durchsetzenden Strukturprinzipien die zentrale Entwicklungstendenz der bürgerlichen Gesellschaft ist. Diese muss, „um sich selbst zu erhalten, sich gleichzubleiben, zu ‚sein‘, immerwährend sich expandieren, weitergehen, die Grenzen immer weiter hinausrücken, keine respektieren, sich nicht gleich bleiben“ (Adorno 1996b, 37).

In der weiteren Argumentation wird die These vertreten, dass der Zugang zu internationaler Ökonomie, Politik und sozialen Kräfteverhältnissen eines globalen Blickwinkels bedarf. Aus diesem Blickwinkel lassen sich sowohl die *fragmentierte Weltwirtschaft* als auch das *internationale Staatensystem* sowie die Kollektivakteure, die *zwischen* diesen beiden Systemen agieren (z.B. soziale und politische Bewegungen), untersuchen. Daran anschließend wird mit Hilfe des Konzepts der ungleichen und kombinierten Entwicklung versucht, sowohl die differenzierte „Totalität“ als auch die Dimension des „Internationalen“ des weltweiten Kapitalismus zu erfassen. Diese allgemeinen Aussagen werden im Bezugsrahmen einer kapitalistischen „Raumökonomie“ weiter konkretisiert, und etwa auf die territorialen Fixierungen der Kapitalakkumulation sowie die Abhängigkeiten gegenüber politischen Anpassungsleistungen bezogen.

In den daran anschließenden Abschnitten werden die Dynamiken der kapitalistischen Weltwirtschaft und des internationalen Staatensystems detaillierter erörtert. Der Teil mündet in Überlegungen zu verschiedenen Formen der kapitalistischen Konkurrenz. Zur Illustration eher allgemein-theoretischer Bemerkungen werden verstärkt historisch-zeitdiagnostische Bezüge hergestellt.

1. UNGLEICHE/KOMBINIERTE ENTWICKLUNG, RAUM/ZEIT-VERHÄLTNISSE UND DAS „INTERNATIONALE“

1.1. DIE NOTWENDIGKEIT EINER GLOBALEN ANALYSEPERSPEKTIVE

Zur Analyse der vielen Kapitalismen in Raum und Zeit muss eine globale Perspektive eingenommen werden, um über die Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise „im Allgemeinen“, d.h. unter Absehung der „vielen“ Staaten, hinauszugelangen. Zu dieser Vorgehensweise finden sich bei Marx nur Andeutungen. Im dritten Band des *Kapital* bemerkt er: „Die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorwächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt. Hierauf aber gründet sich die ganze *Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens und damit zugleich seine spezifische politische Gestalt*“ (Marx 1986, 799; Herv. TtB). Es muss also näher bestimmt werden, was genau unter der „Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens“ *raum-zeitlich* zu verstehen ist und was sich damit über dessen „spezifische politische Gestalt“ aussagen lässt.

Meine These lautet, dass das „ökonomische Gemeinwesen“ nichts anderes ist als die *moderne kapitalistische Weltwirtschaft*, d.h. das gesamte, sich entwickelnde und interdependente System globaler Produktion, Zirkulation und Konsumtion, von produktiven wie finanziellen Investitionen, aber auch der Bewegungen von Arbeitskräften usw. Seine spezifische „politische Gestalt“ gewinnt der Kapitalismus als *internationales kapitalistisches Staatensystem*, d.h. in der Existenz „vieler Staaten“ bzw. fragmentierter politischer Räume sowie ihrer mannigfaltigen inter- und supranationalen Beziehungen. Wie noch zu zeigen sein wird, sind die internationalen Beziehungen aber vollständig erst dann zu erfassen, wenn diese nicht nur klassisch als ökonomische und politische, sondern auch als „inter-gesellschaftliche“ Beziehungen verstanden werden. Das „Inter-Gesellschaftliche“ geht in der „Weltwirtschaft“ und im „Weltstaatensystem“ nicht auf. Es umfasst ebenfalls soziale, politische, sozio-kulturelle und normative Dimensionen jenseits des Staates und der Ökonomie.

Aus globalem Blickwinkel können relevante Erkenntnisse über den kapitalistischen Einzelstaat gezogen werden: Weil jeder einzelne Staat nur noch als Teil eines größeren Ganzen existiert – als Teil kann er nur in seiner Beziehung zu anderen Teilen bestimmt werden –, wird er begrenzt handlungsfähig sein. Das tangiert auch die Reichweite sozio-ökonomischer und politischer Aktivitäten von einzelnen Staaten (in der Realität besitzen

allerdings „starke“ Staaten mehr Handlungspotential als „schwache“ Staaten). Damit wird zugleich die Unzulänglichkeit einer schroffen analytischen Trennung von Innen- und Außenpolitik angesprochen. Der Einzelstaat befindet sich gegenüber seinen Bürgern in einem hierarchischen Verhältnis, und er muss sich mit anderen und gegen andere Staaten in einem Zustand relativer Anarchie bewähren.¹³⁷ Die Möglichkeit, dass „neue“ Wettbewerber die internationalen Kräfteverhältnisse verändern können, dynamisiert diese Verhältnisse noch einmal.

Aus globaler Perspektive erscheint ferner die klassische Unterscheidung zwischen *Privateigentum* und *Staatseigentum* bzw. die Behauptung, verstaatlichtes Eigentum stelle einen Gegensatz des Privateigentums dar, zweifelhaft. Das Eigentum der Staaten (im Unterschied zur realen Vergesellschaftung von Eigentum) stellt nun keine Negation des Privateigentums mehr dar, sondern kann als *eine* unter mehreren Formen der partikularen *Verfügung* über ökonomische und politische Institutionen im weltweiten Kapitalismus verstanden werden.

Die kapitalistische Weltwirtschaft und das internationale Staatensystem sind durch eine eigentümliche Qualität ausgezeichnet: Sie stellen mehr als die Summe ihrer Einzelteile dar. In ihnen wirkt eine Vielzahl von Akteuren aufeinander, miteinander und gegeneinander. Es bildet sich ein internationales Geflecht von Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionsprozessen sowie Handlungen staatlicher und nicht-staatlicher Kollektivakteure in einer derartigen Komplexität heraus, das durch keine Institution mehr reguliert werden kann. Die Komplexität wird noch gesteigert, weil die Handlungen der Kollektivakteure eine Vielzahl von nicht-intendierten bzw. nicht-antizipierten, paradoxen Folgen haben.

Die kapitalistische Weltwirtschaft gewinnt so eine eigene Dynamik mit komplexen Unternehmensverflechtungen, einer inter- und transnationalen Arbeitsteilung, einer Hierarchie von Märkten, Produktions- und Konsumnormen, die als „Sachzwang Weltmarkt“ auf die verschiedenen räumlich-lokal verankerten Lebens- und Produktionsverhältnisse zurückwirken. Dabei handelt es sich nicht um einen rein ökonomischen Zusammenhang, sondern um in politische und sozio-kulturelle Dimensionen eingebettete asymmetrische soziale *Macht-* und *Herrschaftsverhältnisse*.¹³⁸ Die Weltwirtschaft, das internationale

¹³⁷ Der moderne Staat ist janusköpfig, insofern als er sowohl nach „außen“ als auch nach „innen“ sowie nach „unten“ (gegenüber seinen Bürgern) agieren muss.

¹³⁸ *Macht* wird in der vorliegenden Arbeit im Rahmen spezifischer historischer Konfigurationen der kapitalistischen Produktionsweise analysiert. Dabei bezieht sich der Begriff der Macht auf *Machtbeziehungen* zwischen Gruppen oder Klassen sowie zwischen Staaten und anderen intergesellschaftlichen Akteuren. Wenn diese Machtbeziehungen zur als legitim erachteten Unterordnung

Staatensystem und weitere „inter-gesellschaftliche“ Beziehungen bilden dann die konstitutiven Grundlagen der „internationalen Politik“ und der „wirtschaftlichen Entwicklung“. Hiermit können die ausgetretenen Pfade des „staatenzentrierten“ Neorealismus

einer unter die andere führen, sprechen Marx und Weber auch von „Herrschaft“. Innergesellschaftlich wirken kapitalistische Machtbeziehungen i.d.R. „stumm“, indem z.B. die Mehrheit der Bevölkerung gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, ohne dass hierfür eine direkte Gewaltandrohung notwendig wäre. Macht beruht im Kapitalismus jedoch auch auf Rechtsgehorsam und ist insoweit politisch institutionalisiert. In der vorliegenden Arbeit konzentriere ich mich auf internationale, zwischenstaatliche Formen der Machtausübung (z.B. harte und weiche Geopolitik). Eine solche Analyse ist wichtig, um nicht in machtblinde Argumentationen zu verfallen (Sauer 2003, 622) oder unzulängliche Machtdefinitionen zu übernehmen. Beispielhaft für den ersten Fall sind die harmonistischen, globalisierungsoptimistischen Thesen, paradigmatisch für letzteren die (neo-)realistischen Ansätze in der Disziplin der IB. Gegenüber einer künstlichen Trennung von Politik und Ökonomie und der hieraus folgenden These einer autonomen, nationalstaatlichen Machtpolitik kann auf die *relationalen* sowie *strukturellen* Effekte von Macht bzw. Herrschaft im kapitalistischen Weltsystem hingewiesen werden. Macht hängt sowohl mit asymmetrischen *Beziehungen* und „Macht“-mitteln als auch mit hierarchischen *strukturellen* Bedingungen zusammen, unter denen gehandelt wird. Macht darf nicht auf quantifizierbare Ressourcen reduziert werden, sondern beruht auch auf der Fähigkeit, Projekte zu formulieren und auf der internationalen Ebene Bündnispartner zu finden, die beim Versuch, diese Projekte umzusetzen, kooperieren.

Machtverhältnisse gehen daher über den Staat sowie die ökonomischen Grundstrukturen hinaus. Der noch zu entwickelnde Begriff „inter-gesellschaftlicher“ Beziehungen bezieht sich auf diesen Sachverhalt. Dennoch wird in der vorliegenden Arbeit nicht der Versuch unternommen, historisch-materialistische Gesellschaftskritik mit der vernunftkritischen Geschichtsschreibung eines Michel Foucault zu verbinden, der etatistisch verengten Herrschaftskonzeptionen das Projekt einer „Mikrophysik der Macht“ entgegenzusetzen versuchte (vgl. Honneth 1994, 168-195). In dieser Perspektive droht die Vernachlässigung staatlicher und ökonomischer Strukturen. Wie u.a. das Werk Negris zeigt, ist der Ansatz der Mikropolitik zumindest für die Ebene der Untersuchung internationaler und inter-gesellschaftlicher Konflikte wenig hilfreich. Negri entwickelt eine Machttheorie, die Macht tautologisch erklärt. Die „postmoderne Totalisierung der Macht“ (Negri 1996) bedeutet, dass sie alle gesellschaftlichen Verhältnisse durchzieht. Macht wird nicht mehr nur durch die Verfügungsgewalt über die materiellen und geistigen Produktionsmittel erlangt und erhalten, sondern beruht als „Bio-“ oder „Lebens-Macht“ auf einer Vielzahl von Machtfeldern bzw. -dispositiven. Macht hat sich sozusagen von den Produktionsmitteln emanzipiert, genauso wie die politische Macht vom Nationalstaat. Diese Position, wiewohl sie an bestimmten Punkten einem allzu mechanistischen Machtverständnis entgegenwirken kann, tendiert zu einem „Nietzscheanismus“, in der der Zwang zur Akkumulation vor allem als Ausdruck des allgemeinen Willens zur Macht verstanden werden kann (vgl. die Nietzsche- und Foucault-Kritik von Habermas in: Habermas 1985, 70 ff., 115-120, eine differenziertere *Interpretation* des Foucaultschen Ansatzes auf der Basis des Konzepts der *Gouvernementalität* hat Lemke vorgelegt, der zwischen drei Ebenen der Machtanalyse unterscheidet: den allgegenwärtigen, zwischenmenschlichen „strategischen (Macht-)Beziehungen“, den auf Dauer gestellten, institutionalisierten „Herrschaftszuständen“ und den Formen der Machtausübung, d.h. den „Regierungstechnologien“: vgl. Lemke 2001). Im Gegensatz hierzu gehe ich davon aus, dass die kapitalistischen Produktionsverhältnisse Machtverhältnisse enthalten, die jedoch nicht auf letztere reduziert werden können. Die Machtposition des Kapitals ist beispielsweise nicht ein ursprünglicher Tatbestand, sondern resultiert v.a. aus der ungleichen Verteilung der Produktionsmittel, die permanent reproduziert wird. In einer ähnlichen *nicht-essentialistischen* Weise sollen in der vorliegenden Arbeit die strukturellen und relationalen Machtverhältnisse der internationalen Beziehungen (Konkurrenz und Kooperation zwischen Einzelkapitalien und Einzelstaaten etc.) thematisiert werden: als prinzipiell überwindbare kapitalistische Verhältnisse.

verlassen, aber auch die Schwächen beispielsweise des Neoinstitutionalismus überwunden werden.

Um diese Erkenntnisse für eine Analyse imperialistischer Phänomene fruchtbar zu machen, gilt es den einzelstaatlichen Fokus zu überwinden, ohne dabei die Bedeutung einzelstaatlicher Dimensionen gering zu schätzen. In dieser Perspektive kann ein „heimlicher Konservatismus“ der marxistischen Imperialismustheorien überwunden werden: Die Betrachtung imperialistischer Politik „nur“ unter dem Blickwinkel des „spill-over“ – bei dem ein vormals national aktives Kapital über seine Grenzen hinaus greift und derart Konfrontationen mit anderen Kapitalien, die ebenfalls ihre internen Reproduktionszusammenhänge überschreiten, provoziert – und nicht auch in einer Perspektive, die die Akkumulation des Kapitals und die spezifische politische Organisiertheit des Weltmarktes in viele Staaten im Weltzusammenhang rekonstruiert (von Braunmühl 1974, 35). Zugleich kann diese Perspektive helfen, eine in den Sozialwissenschaften beliebte Dichotomie zwischen einem „überkommenen“ *methodologischen Nationalismus* und einer „wegweisenden“ *postnationalen Theorieperspektive* (vgl. Beck 2004, Zürn/Zangl 2003,) zu überwinden. Es bedarf einer globalen Forschungsperspektive, gerade um die Relevanz einzelner Kapitalismen, Staaten und deren Variabilität und variierenden Machtstrategien untersuchen zu können.

1.2. UNGLEICHE/KOMBINIERTE ENTWICKLUNG UND DIE EBENE DES INTERNATIONALEN/INTER-GESELLSCHAFTLICHEN

Zur Untersuchung des Kapitalismus in Raum und Zeit kann das Konzept der „ungleichen und kombinierten Entwicklung“ hilfreich sein.¹³⁹ Dass Gesellschaften sich in *ungleichem* Maße entwickeln, ist eine triviale Beobachtung. Dass Gesellschaften auf unterschiedlichem Entwicklungsniveau *koexistieren* und miteinander interagieren müssen, findet weniger systematische Beachtung. Auf diesen Sachverhalt weist die Konzeption der *kombinierten* Entwicklung hin.¹⁴⁰ Ein Kennzeichen der Entwicklung von Gesellschaften mindestens in den letzten 1000 Jahren ist ihre Interaktion mit anderen Gesellschaften auf verschiedenartigem Entwicklungsniveau gewesen. Mit der Durchsetzung des Kapitalismus hat dieser Aspekt erheblich an Bedeutung gewonnen (Barker 2006, 78-82). An dieser Stelle ist ein Vorgriff auf das weiter unten eingeführte Begriffspaar „Raum“ und „Zeit“ sinnvoll. „Raum“ und „Zeit“ können nicht einfach als naturgegeben angesehen, sondern müssen auch als gesellschaftlich konstruierte Kategorien verstanden werden. Die Vereinheitlichung der heutigen Zeit- und Raumvorstellungen sind ein Produkt der Geschichte. Sie mussten vereinheitlicht werden.

Vor dem Hintergrund eines derartigen theoretischen Verständnisses von Geschichte bietet die Konzeption der ungleichen und kombinierten Entwicklung eine Alternative sowohl zu den neoklassischen, modernisierungstheoretischen Entwicklungsmodellen als auch zu den Theorien der „Unterentwicklung“, die Wachstumsschübe etwa in „unentwickelten“ Regionen außerhalb der kapitalistischen Zentren nicht oder nur bedingt erklären können.

In den neoklassischen Modellen wird der kapitalistische „Wettbewerb“ als eine Kraft angesehen, die die Beziehungen zwischen den Kapitaleinheiten harmonisiert. Der Wettbewerb und die Bewegung der Kapitalien tendieren zu einem Gleichgewichtszustand und verringern Unterschiede zwischen Unternehmen, Regionen und Staaten („Konvergenzthese“). Diese These basiert allerdings auf nicht haltbaren *analytischen* Prämissen – wie etwa der Annahme einer vollständigen Konkurrenz, homogener Güter, konstanter Produktionstechnik sowie Nachfragestruktur, vollkommene Markttransparenz etc. – und *historischen* Voraussetzungen

¹³⁹ In den letzten Jahren haben in den Internationalen Beziehungen einige bedeutende Kritiker der vorherrschenden Theorien der IB wie Justin Rosenberg und Benno Teschke mit diesem Konzept gearbeitet (Teschke 2003, Rosenberg 2005, 2006; vgl. auch Barker 2006). Es wurde erstmals von Leo Trotzki zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Erklärung der Besonderheiten der Entwicklung des zaristischen Russlands verwendet, wiewohl es explizit erst in seinen späteren Schriften eingeführt wird. Es wurde seitdem hin und wieder verwendet (vgl. Jessop 2001a, 73).

¹⁴⁰ Der Aspekt der kombinierten Entwicklung wird in den Theorien der IB wenig beachtet. Weitgehend ignoriert wird er in den vorherrschenden volkswirtschaftlichen Theorien. In ihnen werden globale ökonomische Prozesse i.d.R. noch immer nur in Begriffen interagierender *nationaler Einheiten* analysiert (kritisch hierzu: Bryan 2001).

wie gleiche Ausgangsbedingungen, Gleichberechtigung der Wirtschaftspartner etc. (vgl. die Darstellung der Neoklassiker bei Ambrosius 1996, 313 ff.; Weeks 1997; Weeks 2001).¹⁴¹ Die Neoklassik ignoriert hierbei drei wesentliche Merkmale der wettbewerbsgetriebenen Akkumulation (Girschner 2004, 145 ff.): *Erstens* hat Konkurrenz mit der *Bewegung* der Kapitalien zu tun, *zweitens* muss in die Bewegung der Kapitalien *die technische Entwicklung* integriert werden, *drittens* muss von *ungleich entwickelten Kapitalien* aufgrund ungleich entwickelter Produktivitätsniveaus in verschiedenen Industriesektoren ausgegangen werden. Entgegen der neoklassischen Annahme führt die kapitalistische Konkurrenz nicht zu einer homogenisierenden, sondern zu einer *widerspruchsvollen* dynamischen Expansion, die unter anderem von ungleichen Monopolisierungsgraden abhängt.¹⁴² Die kapitalistische Entwicklung im Weltmaßstab bringt gravierende raum-zeitliche Ungleichheiten hervor.¹⁴³ Weil sich kapitalistische Verhältnisse historisch betrachtet in nationalstaatlich umgrenzten Räumen entwickelten und festigten, wurden diese sowohl von der binnengesellschaftlichen Regulation als auch von weltweiten Beziehungen abhängig. Dabei bildete die Weltmarktorientierung der Kapitalien die wichtigste Antriebskraft für die sich zunehmend verwickelnden internationalen Beziehungen. Die Entwicklung nationaler Gesellschaften wurde und wird von der räumlichen Mobilität des Kapitals erheblich beeinflusst. Akkumulationsprozesse setzen sich dabei ungleich durch, weil die verschiedenen nationalen Gesellschaften unterschiedliche

¹⁴¹ Es kann daher nicht verwundern, dass die empirischen Langzeitstudien der OECD, entgegen den theoretischen Annahmen, nicht auf eine Konvergenz der Entwicklung selbst ihrer Mitgliedsstaaten verweisen können (vgl. Wade 2005). „[D]er Sportplatz der globalen Ökonomie liegt keineswegs auf ein und derselben Ebene. Sein allgemeiner Umriss wurde von der modernen Geschichte des Kolonialismus entworfen. Gesellschaften, die in den globalen Wettbewerb eintraten, nachdem ihre Ökonomien von den Kolonialmächten restrukturiert und unterentwickelt worden waren, befanden sich in einem Nachteil, den viele nicht zu überwinden vermochten. Darüberhinaus sind die Spielregeln des ‚freien Marktes‘, wie üblich, nachhaltig zu Gunsten der mächtigsten Mitspieler verzerrt“ (McCarthy 2007).

¹⁴² Zur Analyse „unterentwickelter“ Länder käme noch die Beziehung der Logik des Kapitalismus zur Logik vorkapitalistischer Wirtschaftsweisen hinzu (vgl. Weeks 1997, 104 f.).

¹⁴³ Dieter Senghaas hat einen Versuch unternommen, eine Typologie der ungleichen Entwicklung in ihrer derzeitigen Ausbildung aufzustellen. Er spricht von „vier Welten“ und unterscheidet zwischen der „Welt I“, der „OECD-Welt“, und der „Welt II“, der „neuen Zweiten Welt“, v.a. der osteuropäischen, aber auch ostasiatischen Länder, die im weltweiten Vergleich ein relativ starkes Wachstum und hohe Produktivitätssteigerungen vorweisen können und dadurch einige Teile der Welt I mit einem erheblichen Verdrängungswettbewerb bedrohen. Die aus Produktivitätsdifferenzialen resultierenden Gefälle an Möglichkeiten und Kompetenzen der Staaten führen zu einem beständigen Verdrängungswettbewerb zwischen „Vorreitern“ und potenziellen „Nachzüglern“. Unterhalb der Welt II liegen die Staaten der „Welt III“, der Länder in Lateinamerika, in Afrika, im Mittleren Osten und in Südasien, deren Aufstieg in die Welt II nicht ausgeschlossen ist (und die sich zu einem gewissen Grade, d.h. regional, auch geopolitisch betätigen). Davon ist schließlich zu unterscheiden die „Welt IV“ der sogenannten „failing states“ in Afrika und Zentralasien, die Probleme mit der institutionellen Stabilisierung ihrer Gesellschaften haben (Senghaas 2003a, 138 ff.).

Voraussetzungen für die Etablierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse bieten. Der weltweite Kapitalismus bildet so ein Geflecht sich unterscheidender, aber miteinander verbundener und durch ständige Differenzierungs- und Anpassungsprozesse gekennzeichnete *Kapitalismen* aus (Barker 2006, 80 ff.).

Historisch haben die ersten kapitalistischen Ökonomien (in Europa, daran anschließend in Nordamerika und Japan) eine dominierende Position aufrechterhalten können, wenn auch jede von ihnen unterschiedliche Auf- bzw. Abwärtsbewegungen durchlaufen hat. Große Teile der Welt, darunter nicht nur die ehemaligen Kolonien, haben den Status einer kapitalistischen „Peripherie“ nie überwinden können.¹⁴⁴ Dabei geht es nicht darum, wie etwa in Teilen der Dependenztheorien behauptet wird, dass eine Logik wirkt, die Zentrum und Peripherie grundsätzlich voneinander trennt. Die asymmetrischen Beziehungen mussten immer wieder neu produziert bzw. reproduziert werden, und waren bzw. sind von daher relativ offen. Die sich historisch wandelnden „internationalen Arbeitsteilungen“ sind Indikatoren für die sich ständig ändernden Akkumulationsbedingungen in einzelnen Industriesektoren, Clustern und Regionen.¹⁴⁵ Diese Veränderungen können nicht nur als Ergebnis ökonomischer Prozesse verstanden werden: „When we talk of the IDL [Internationale Arbeitsteilung], we suggest that labour is distributed internationally according to the iron laws of proportionality like that principle of organizational optimality which prevails inside capitalist production units. The IDL is in fact much more akin to the division which exists between capitalist units, with some kind of order (the famous schemas of production) but also with its unruly arbitrary competitions, its generalized warfare, its dirty tricks and power-games. In the same way, the real division of labour results from attempts by some nations to control others“ (Lipietz 1984, 92).

Die These der ungleichen und kombinierten Entwicklung ist ferner hilfreich, um einen häufigen Fehlschluss zu vermeiden: nämlich die Vorstellung, der weltweite Kapitalismus sei letztlich ein durch bestimmte, mächtige Kollektivakteure (etwa die Regierung der Vereinigten

¹⁴⁴ In diesem Zusammenhang wird von der Bildung diverser „peripherer“ Fordismen gesprochen. Vgl. zur kritischen Weiterentwicklung des Begriffs des peripheren Fordismus: Alnasseri 2004a, 138-156. Weeks unterscheidet eine *primäre* und eine *sekundäre* ungleiche Entwicklung. Erstere bezeichnet v.a. das Verhältnis zwischen entwickelten und weniger entwickelten kapitalistischen Staaten (Zentren-Peripherien), letztere bezeichnet die ungleiche Entwicklung unter den entwickelten kapitalistischen Staaten, die unterschiedlich entwickelte Industrie- oder Dienstleistungssektoren besitzen (Weeks 2001).

¹⁴⁵ Deren relative Kohärenz, die in Unterscheidungen wie „koloniale Arbeitsteilung“ (bis in die 1930er), „fordistische Arbeitsteilung“ (bis in die 1970er) und „neue internationale Arbeitsteilung“ zum Ausdruck kommt, ist nicht unumstritten (vgl. Candeias 2004b, 1359-1372). Für eine frühe Version der These der „neuen internationalen Arbeitsteilung“ vgl.: Fröbel u.a. 1977.

Staaten) gesteuertes Gebilde: „The very notion of ‚International Division of Labour‘ (not to mention International Economic Order!) suggests the intervention of some Great Engineer-Master Builder who organizes labour according to some preconceived world-wide plan. Depending on our own inclinations and styles, we see this watchmaker's activity as the result of the activities of various readily identifiable subjects, either the Multinationals, the Trilateral Commission or some restless machiavellian ectoplasm such as World Capitalism or the World Economy“ (Lipietz 1984, 81 f.). Der gesellschaftliche Reproduktionsprozess in seiner Gesamtheit muss daher meines Erachtens als Prozess *ohne steuerndes Subjekt* verstanden werden, weshalb die nicht-antizipierten, paradoxen Effekte der Handlungen verschiedener Kollektivakteure immer mit bedacht werden müssen.

Teschke zufolge verspricht die These der ungleichen und kombinierten Entwicklung „sowohl die Fallstricke der komparativen Methode, in welcher internationale Ereignisse gegenüber dem explanatorischen Kern ‚extern‘ und ‚kontingent‘ sind, als auch den Trugschluss der am Primat der Außenpolitik orientierten Ansätze zu vermeiden, die bei ihrer Analyse der geopolitischen Konkurrenz größtenteils von den gesellschaftlichen Dynamiken innerhalb der jeweiligen Gesellschaften absehen. Während diese Perspektive mit (theoretisch unplausiblen und empirisch unhaltbaren) deterministischen und teleologischen Geschichtskonzeptionen bricht, inkorporiert sie auf systematische Weise die multilineare, international verflochtene Entwicklung der länderspezifischen Ausformung in die theoretisch kontrollierte historische Rekonstruktion“ (Teschke 2005, 596).¹⁴⁶

Zugleich kann mit dieser These der Begriff des „Internationalen“ neu konzeptualisiert werden: Das Bestehen von Interaktionen *zwischen* einer „Pluralität von Gesellschaften“ (Görg 2002, 298 ff.) bedeutet, dass die Reproduktion einer jeden Gesellschaft nicht nur von den eigenen, innergesellschaftlichen Verhältnissen abhängt. Sie wird auch durch *inter-*

¹⁴⁶ Teschke zeigt auf, wie das „Entwicklungspotenzial von regional differenzierten Eigentumsregimes inter-regionale Ungleichzeitigkeiten hervorbringt, die sich in internationalen Druck umsetzen und soziopolitische Krisen in ‚rückständigen‘ Gemeinwesen auslösen. Diese Krisen provozieren die tektonischen Erschütterungen von Gesellschaftsformationen und vertiefen die innerstaatlichen Verwertungslinien im Rahmen regional vorgegebener Klassenkonstellationen – Prozesse, die zu Machtkämpfen innerhalb von und zwischen Staatswesen führen, die Klassenverhältnisse, territoriale Umfänge und Staatsformen neu verhandeln und transformieren. Diese gesellschaftlichen Konflikte resultieren in höchst spezifischen Kombinationen des Alten mit dem Neuen“ (Teschke 2005, 595). In seinem Buch *The Myth of 1648* (2003) wendet er die These vor allem auf die Entstehungszeit des Kapitalismus an (vgl. Teschke 2003). Er plädiert aber dafür, sein konzeptionelles Herangehen „auf die Diskussionen um Imperialismus, Globalisierung und Neoimperialismus“ zu erweitern (Teschke 2005, 597).

gesellschaftliche Beziehungen geprägt.¹⁴⁷ Genau dies soll mit dem Konzept der „kombinierten“ Entwicklung zum Ausdruck gebracht werden.¹⁴⁸ In dieser Perspektive wird es schwierig, das klassische Konzept der Gesellschaft als einem innen-gesteuerten System aufrechtzuerhalten: „The consequence is that one would have to abandon at the deepest theoretical level any notion of the *constitution* of society as analytically prior to its *interaction* with other societies. For ‘in reality, the national peculiarities’ which seem to pre-exist and govern international relations are themselves in each case not pre-interactive essences, but rather ‘an original combination of the basic features of the world process’ [...] of human development – that is, of its uneven and combined character [...] And yet if the ‘societal’ dimension of reality thus cannot be regarded as analytically preceding the ‘inter-societal’ one, any attempt to reverse the precedence only produces the nonsensical idea of an inter-societal reality prior to societies. This whole line of reasoning must therefore end with the conclusion that the two are analytically coeval. Hence the definition of social theory must somehow be framed so as to incorporate the inter-societal within the social. Hence, in fact, any social theory which does *not* do this is, to that extent, a false abstraction from ‘the real connections and consecutiveness of a living process’” (Rosenberg 2006, 325 f.).¹⁴⁹

Justin Rosenberg stellt fest, dass in der klassischen Soziologie und in der Disziplin der Internationalen Beziehungen eine genauere Vorstellung von dem fehlt, was gemeinhin mit

¹⁴⁷ Der Begriff der inter-gesellschaftlichen Beziehungen bezieht zugleich mit ein, dass neben ökonomischen und geopolitischen Interessen auch ideologische bzw. normative Veränderungen und Potentiale (z.B. Reformation, Aufklärung und moderne Wissenschaft) internationale Wirkungen entfalten können.

¹⁴⁸ Um ein bekanntes Beispiel zu erwähnen: Die sogenannten industriellen „Spätentwickler“ des 19. Jahrhunderts, wie Deutschland, Japan oder die USA, konnten ihre kapitalistische Entwicklung durch eine Verbindung von *Nachahmung* (des Kapitalismus in Großbritannien) und interner *Innovation* (etwa durch moderne Bankensysteme, die direkt in die industrielle Entwicklung involviert waren, oder durch zentralisierte politische Eingriffe des Staates) sprunghaft vorantreiben. Ihr eigener Entwicklungsschub wiederum beeinflusste die Entwicklung anderer kapitalistischer Gesellschaften, etwa die Großbritanniens.

Das Nachahmen gesellschaftlicher Strukturen und Praktiken ist freilich keine Besonderheit der kapitalistischen „Moderne“. Wie Christopher Bertram anmerkt, waren und sind menschliche Gesellschaften dazu gezwungen, Strukturen und Praktiken nachzuahmen, um überleben zu können. Der Stand der technischen Entwicklung erhöht die *Chance* (d.h. es gibt nicht die absolute Sicherheit) zu überleben (Bertram 1990, 119): „Cultures may adopt social structures (and indeed legal and political superstructures) for all sorts of reasons. The proximate cause may be religious or political, for example. But those countries or cultures who fail to select structures conducive to the development of the productive forces will either be eliminated (or assimilated) by their rivals, or will undergo a crises that will force them to select anew their basic structures” (Bertram 1990, 119 f.).

¹⁴⁹ Auch der historische Soziologe Michael Mann spricht diesen Sachverhalt an, in dem er seinen Begriff der „Gesellschaft“ gegen den einer simplen Einheit oder Gesamtheit stellt: „Eine Gesellschaft ist ein soziales Interaktionsmuster, das an seinen Rändern oder Grenzen einen gewissen Interaktionsgraben zwischen sich und seiner Umwelt aufweist“ (Mann 1990, 33). Gesellschaften werden als föderative, sich überlagernde und überschneidende Geflechte begriffen.

dem „Internationalen“ umschrieben wird. Die Vorstellung inter-gesellschaftlicher Interaktionen (d.h. über zwischenstaatliche Beziehungen und die Sphäre der Weltwirtschaft hinausreichende Interaktionen, etwa durch soziale bzw. politische Bewegungen oder Migrationsströme) wird i.d.R. nicht systematisch in den analytischen Rahmen integriert. Für gewöhnlich werden zwar theoretische Verallgemeinerungen aus dem *internen Wandel* von Gesellschaften etwa in der Form der zeitlichen Reihung antiker, mittelalterlicher und moderner Gesellschaften gezogen. Auch existieren komparative Studien *externer Differenz*, in denen beispielsweise europäische mit indischen oder chinesischen Gesellschaftsstrukturen verglichen werden. Aber: „What we do not find, however, is a drawing together of these dynamic and comparative moments of analysis in order to theorise a specifically inter-societal dimension of social change“ (Rosenberg 2006, 312).¹⁵⁰

Die Begriffe „zwischen-gesellschaftlich“ bzw. „inter-gesellschaftlich“ werden bislang selten verwendet. Die herkömmlichen Theorien der IB etwa beschränken sich auf die „zwischen-staatlichen“ Interaktionen (Realismus, Neorealismus) und neuerdings werden auch die internationalen politisch-institutionellen Ausgestaltungen berücksichtigt (Institutionalismus, Regimetheorie, Konstruktivismus). Insgesamt schwanken die Theorien der IB hinsichtlich der Konzeptualisierung des „Internationalen“ zwischen reduktionistischen und verdinglichten Erklärungen. Letzteres trifft insbesondere auf den Realismus zu, ersteres auf institutionalistische/konstruktivistische Versionen der Theorie der Internationalen Beziehungen (vgl. Teschke/Heine 2002). Während die Realisten sich auf die Staatenkonkurrenz konzentrieren, reduzieren die Konstruktivisten ihren Erklärungsansatz auf innergesellschaftliche Begriffe und können so die Bedeutung der Konkurrenz- und Kooperationsverhältnisse zwischen kapitalistischen Gesellschaften nicht richtig erfassen.

Mit Hilfe des Konzepts der ungleichen und kombinierten Entwicklung lässt sich eine neue Definition des „Internationalen“ gewinnen. Das Internationale ist nicht einfach nur die größtmögliche „Analyse-Einheit“, sondern eine „differenzierte Totalität“, die die dynamischen Prozesse der Artikulation von Konkurrenz und Kooperation zwischen Gesellschaften umfasst. Die internationale Dimension ist eine raum-zeitlich variable Dimension der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die aus der Interaktion vieler Gesellschaften, d.h. nicht nur Staaten, entsteht: „[V]ia reflection on the dynamic, synthetic character of social reality interwoven in this way, we touched the issue not only of what, but also of *where* ‘the

¹⁵⁰ Um die enorme Wirkmacht internationaler Beziehungen auf einzelne Gesellschaften zu analysieren, hat Kees van der Pijl ein Konzept entwickelt, welches in eine ähnliche Richtung wie die hier angedeutete weist: Er spricht in Anlehnung an die Unterscheidung von Produktionsweisen von „modes of foreign relations“ (van der Pijl 2003).

international' really is: for in the end, we found, it subsists neither at a level above, nor in a space between, societies, but rather in a dimension of their being which cuts across both of these 'places' and reaches simultaneously into the 'domestic' constitution of those societies themselves. Perhaps it is this slippery, transversal property which has always made it so difficult to grasp" (Rosenberg 2006, 327).

Das Internationale ist eine von anderen räumlichen Dimensionen nicht abtrennbare und zugleich nicht auf diese reduzierbare Dimension. Es verläuft gewissermaßen *quer* zu anderen räumlichen Dimensionen. Internationale Beziehungen können daher weder als autonomes Untersuchungsfeld verstanden, noch einfach mit innergesellschaftlichen Erklärungsmustern analysiert werden. Demgemäß wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit auch nicht mit dem Konzept der „Welt“-*Gesellschaft* gearbeitet. „Man kann eine solche ‚Weltgesellschaft‘ wollen. Man kann bildlich von einem ‚globalen Dorf‘ sprechen, weil die räumlichen Distanzen mit Hilfe der Medien rasch überbrückt werden können. Die ‚Welt‘ zeichnet sich jedoch ansonsten dadurch aus, dass sie nicht als ‚Gesellschaft‘ und nicht als ‚Dorf‘ funktioniert“ (Narr/Schubert 1994, 23; vgl. Görg 2002).¹⁵¹ Die Hypothese verdeutlicht ebenso, dass Zweifel dagegen angebracht sind, die im *kommunikativen Paradigma* kritischer Theorie von Habermas entwickelten Vorstellungen – etwa die Hoffnung, Exklusionssysteme durch gesellschaftliche Lernprozesse in der Sphäre der Moral und des Rechts zu überwinden – einfach auf die internationalen bzw. inter-gesellschaftlichen Räume übertragen zu können. Das Internationale konstituiert einen Raum gesellschaftlicher Beziehungen spezifischen Charakters, in dem auch und gerade zum Ausdruck kommt, dass sich „Rationalisierung“ immer bloß „partikular“ entfaltet (Adorno 1996d, 231).

Die Kennzeichnung des internationalen Raumes als ein multirelationales Geflecht hat bedeutsame Konsequenzen: Handlungen im internationalen Raum, noch mehr als etwa in der nationalen Dimension, werden von einer unüberschaubaren Vielfalt von Beziehungen überkreuzt, verschoben und verändert. Nicht intendierte bzw. antizipierte Folgen des Handelns sind aufgrund der Komplexität der internationalen Ebene geradezu unausweichlich. Bisher wurde dafür der Begriff der „Kontingenz“ verwendet. Mit der Analyse der inter-gesellschaftlichen Beziehungen ließe sich die inter-gesellschaftliche „Anarchie“ genauer bestimmen.

¹⁵¹ Verschiedene Versionen dieser These werden vorgestellt in: Albert 2004

1.3. EINE RAUMÖKONOMIE DES GEGENWÄRTIGEN KAPITALISMUS

Um Vorgänge in der kapitalistischen Weltwirtschaft sowie Entwicklungen des internationalen Staatensystems verstehen zu können, ist es notwendig, ihre *räumlichen Dimensionen* unter Berücksichtigung ihrer Zeitdimensionen zu erfassen. Die hier verwendete Definition des „Internationalen“ ist ein erster Schritt dazu. Weitere Erkenntnisse sind aus Arbeiten u.a. von Nicos Poulantzas, Henri Lefèbvre, David Harvey und Neil Brenner zu gewinnen. Ihre Studien sind bei der Analyse der Begriffe „Raum“ und „Zeit“ sowie ihrer Anwendung auf die sich wandelnde kapitalistische „Raumökonomie“ hilfreich.¹⁵²

„Raum“ und „Zeit“ müssen als gesellschaftlich konstruierte Kategorien verstanden werden. Wie Poulantzas schreibt, haben sich *Zeit- und Raumvorstellungen* im Verlaufe der Geschichte der Menschheit massiv verändert.¹⁵³ Die Vorstellung eines einheitlichen, linearen, fest abgegrenzten Raums sowie einer gleichförmigen und kontinuierlichen Zeit hat praktisch erst die Durchsetzung des Kapitalismus (und das auch weitgehend erst im 20. Jahrhundert) zum „Allgemeingut“ der Menschheit werden lassen. Lokale Gemeinschaften mit eigenen Raum- und Zeitvorstellungen existieren kaum noch.

Über den Begriff des *Raumes* schreiben Neil Brenner und Henri Lefèbvre: „Space is not merely a physical container within which capitalist development unfolds, but one of its constitutive social dimensions, continually constructed, deconstructed, and reconstructed through an historically specific, multi-scalar dialectic of de- and re-territorialization” (Brenner 1999, 43). „Es ist nicht nur die gesamte Gesellschaft, die zum Ort der Reproduktion [...] wird, sondern auch der gesamte Raum“ (Lefèbvre 1974, 100).

Die Verräumlichung gesellschaftlicher Verhältnisse und die „Pluralität der Räume“ (Schlögel 2006, 60-71) ist Ergebnis strategischer, etwa staatlich-politischer Handlungen. Anthony Giddens charakterisiert diesen Sachverhalt treffend: „Der Satz dürfte bizarr anmuten, doch menschliche Wesen ‚machen ihre eigene Geographie‘ ebenso wie sie ‚ihre eigene Geschichte

¹⁵² Mario Candeias weist darauf hin, dass es unter den „klassischen“ Marxisten vor allem Antonio Gramsci war, der sich intensiver mit verschiedenen Dimensionen des Raumes beschäftigte (Candeias 2004a, 76).

¹⁵³ Allerdings wiesen die antike und mittelalterliche „Zeitmatrix“ Ähnlichkeiten dahingehend auf, dass es sich um „Zeiten der Gegenwart“ handelte, die dem „Vorher und Nachher ihren Sinn“ gab: „In den antiken Gesellschaften handelt es sich um eine weitgehend zirkuläre Zeit der ewigen Wiederkehr des Gleichen: die Vergangenheit wird immer in die Gegenwart reproduziert“ (Poulantzas 2002, 140). Ähnlich wurde Zeit im Mittelalter seitens des Christentums als Anwesenheit der Ewigkeit begriffen. Die kapitalistische Zeitmatrix, bedingt durch die neuen Produktionsverhältnisse, unterscheidet sich davon: sie impliziert eine „segmentierte, in gleiche Momente unterteilte, kumulative und irreversible, da auf das Produkt orientierte Zeit“ (Poulantzas 2002, 142). Das Problem der „Vereinheitlichung“ der segmentierten Zeit zur Kalkulierbarkeit von Handlungen hatten die Staaten zu lösen. Sie mussten Norm und Maß setzen, Abläufe durch Vorgaben regeln etc.

machen'. Das bedeutet, räumliche Konfigurationen des sozialen Lebens sind schlicht ebenso von grundsätzlicher Bedeutung für die Sozialtheorie wie die Dimensionen der Zeitlichkeit, und es ist [...] für viele Zwecke angemessener, in den Begriffen einer Raum-Zeit-Sphäre zu denken als Raum und Zeit getrennt zu behandeln“ (Giddens 1997, 422). Gleichzeitig darf der Raum aber nicht nur als Objekt betrachtet werden – die Organisation des Raumes wirkt auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zurück.¹⁵⁴

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass Raum und Zeit bzw. Reichweite und Dauer Dimensionen aller Strukturmerkmale der kapitalistischen Produktionsweise sind. Sie spielen in „vertikalen“ wie „horizontalen“ Konflikten (d.h. Lohnarbeits-, ökonomischen wie politischen Konkurrenz- und Geldverhältnissen) eine zentrale Rolle und müssen daher in eine Analyse kapitalistischer Entwicklung einbezogen werden. Mit Hilfe dieser Kategorien kann man über den Idealtypus des *Kapitalismus* „im Allgemeinen“ hinausgelangen und zu einer Analyse der historischen Wirklichkeit übergehen.

Der real existierende weltweite Kapitalismus ist als ein wandlungsfähiges und sich beständig im Prozess der Umwandlung befindendes System zu begreifen, in dem die aus ihm heraus sich entwickelnden Tendenzen auf bzw. in verschiedenen Dimensionen des Raums auftreten. Neil Brenner zufolge sollten die Entwicklungen und Rekonfigurationen des weltweiten Kapitalismus in mindestens vier Dimensionen des Raums analysiert werden – er unterscheidet globale, nationale, regionale und urbane Dimensionen (vgl. Brenner 1999, 50 ff.). Keine Dimension hat eine ursächliche Vorrangstellung. Das Globale schafft das Lokale nicht ab. Die „Globalisierung“ des Kapitalismus ist in diesem Verständnis eher als eine Neukonfiguration der sich überschneidenden und überlagernden, gesellschaftlichen Räume zu verstehen, nicht als das zunehmende Primat des globalen gegenüber dem nationalen, regionalen oder lokalen sowie urbanen Raum.¹⁵⁵ Im Unterschied zu vielen Globalisierungstheoretikern, die vorschnell die Erosion des Staates postulieren, gilt es die Rekonfiguration der nationalen bzw. einzelstaatlichen Sphären im Verhältnis zu anderen Dimensionen des Raums zu untersuchen. Denn: Neben den Einzelkapitalien wirkt keine andere Institution als die des Einzelstaates

¹⁵⁴ Auf diesen Punkt weist Candeias hin, der u.a. Harveys strukturalistische Annahmen (zumindest in dessen früheren Schriften) kritisiert und mit Lefèbvre und Gramsci betont, dass der Raum sowohl Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse ist als auch auf diese zurückwirkt. Der Raum dürfe nicht einfach als „Objekt der ziel- und zweckgerichteten Strategien des Kapitals“ erscheinen (Candeias 2004a, 64).

¹⁵⁵ Deshalb „entschwindet“ das Lokale nicht, da es niemals durch die nationale oder globale Ebene „absorbiert“ werden kann. Resultat sind komplexe Überlagerungen verschiedener räumlicher Ebenen. Für die Analyse bedeutet dies: „The principle of interpenetrating and superimposition of social spaces [...] means that each fragment of space subjected to analysis masks not just one social relationship but a host of them that analysis can potentially disclose“ (Lefèbvre 1991, 88).

nach wie vor derart strukturbildend in den verschiedenen Dimensionen des Raums.¹⁵⁶ Allein die Einzelstaaten waren und sind in der Lage, die sich überschneidenden und überlagernden räumlichen Dimensionen zu relativ stabilen Mustern *territorialer Organisation* zu verdichten. Dieses Phänomen hat Henri Lefèbvre bereits in den 1970ern mit dem Konzept des „staatlichen Raums“ (*espace étatique*) zu erfassen versucht (vgl. Lefèbvre 2003, vgl. auch Harvey 1982).

Um dies zu begründen, gilt es, die Struktur der Bewegungen des Kapitals zu verstehen. Wie Harvey hervorhebt, bringt der Austausch von und Handel mit Gütern und Dienstleistungen in der Regel einen „Ortswechsel“ mit sich. Das führt zu „Reibungswiderständen“ (z.B. durch die damit verbundenen Transport- und Logistikkosten). Daher ballen sich die räumlichen Aktivitäten meist an bestimmten Orten, um die Reibungsverluste zu minimieren. Gerade die technologischen Innovationen der Transport- und Kommunikationsindustrie spielen eine Schlüsselrolle bei der Veränderung der Bedingungen der Räumlichkeit. Reibungsverluste konnten historisch betrachtet *verringert* werden.¹⁵⁷ Alles in allem wird derart „die Vernichtung von Raum durch Zeit“ (Marx 1983, 445) vorangetrieben, mit dem der Drang zur Verringerung räumlicher Barrieren zwecks schnelleren Kapitalumschlags zumindest zeitweise befriedigt werden kann. Die Kapitalakkumulation führt zur *Raum-Zeit-Kompression*.¹⁵⁸

Dieser Sachverhalt ist bei Harvey zentraler Grund für die Internationalisierungstendenz der Einzelkapitalien. Die Raum-Zeit-Kompression bringt aber auch eine Gegentendenz hervor: Die „Immobilität“ eines Teils des Kapitals. Nicht nur kann mit einer größeren Anzahl von Ortswechseln der Kostenaufwand für die Verminderung von „Reibung“ sukzessive steigen. Von größerer Bedeutung ist ein anderer Zusammenhang. Kapitalistische Akkumulation ist im Zuge seiner permanenten Ortswechsel und der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten *gebunden* an eine gesellschaftlich produzierte „geographische Infrastruktur“, die wiederum stark von der Bildung *fixen* Kapitals abhängt. Die Ressourcen für fixes Kapital werden zum

¹⁵⁶ Neil Brenner stellt bei vielen Untersuchungen urbaner Räume eine einseitige Forschungsperspektive fest: Die „Weltstadt-Forschung vollzieht sich im Rahmen von Studien, die lediglich nur eine Ebene in den Blick nehmen. Im Allgemeinen ist das entweder die städtisch/kommunale oder die globale Ebene. Die staatliche Ebene, auf der immer noch, und das sogar in einer von transnationalem Kapital und globalen Finanzströmen dominierten Welt, die ‚territorialen Interessen definiert werden‘, wurde von den Forschern fast vollständig ausgespart“ (Brenner 1997a, 13; vgl. auch Brenner 2004).

¹⁵⁷ Dennoch bleiben erhebliche Logistikkosten bestehen, die etwa bei einer Verlagerung der Produktion bedacht werden müssen.

¹⁵⁸ Man denke nur an das Internet als einem potentiellen globalen (Kommunikations-)Raum.

Teil vom Staat zur Verfügung gestellt (vgl. Harvey 1982, 232-238, 395-405).¹⁵⁹ Die Weltmarktendenz des Kapitals hat eine lokale Fixierung von Kapital zur Voraussetzung. Räumlich fixierte Organisation von Kapital ist notwendig, um räumliche Hindernisse zu überwinden. Mit anderen Worten: „Flüssige Bewegung *durch* den Raum kann nur erzielt werden durch die Errichtung einer gewissen physischen Infrastruktur *im* Raum“ (Harvey 2005, 101).¹⁶⁰

Die kapitalistische Entwicklung hat seit dem späten 19. Jahrhundert die „Produktion von Raum“ in einem bisher unbekanntem Ausmaß durchgesetzt – von im Raum verankerten Institutionen, technologischen Apparaten, Organisationsstrukturen etc. In diesem Prozess kommt es zur Umwandlung zeitlicher in räumliche Grenzen der Akkumulation.¹⁶¹ Harvey führte den Begriff der räumlichen Fixierung ein (Harvey 1982, 415), um das Muster gesellschaftlich erzeugter räumlicher Organisation und der ihr korrespondierenden zeitlichen Dimension zu erfassen, die durch die durchschnittliche „Umschlagszeit des Kapitals“

¹⁵⁹ „Eisenbahnnetze, Straßensysteme, Flughäfen, Hafenanlagen, Kabelnetzwerke, faseroptische Systeme, Stromnetze, Wasser- und Abwassersysteme, Rohr- und Kanalanlagen usw. bilden das ‚im Land verankerte fixierte Kapital‘ (im Gegensatz zu den Formen fixen Kapitals, wie Flugzeuge und Maschinen, die mobil sind und von einem Standort zum andern verschoben werden können). Solch eine physische Infrastruktur absorbiert eine Menge Kapital, dessen Zurückgewinnung von ihrer Nutzung an der richtigen Stelle abhängt. Kapital, das in eine Hafenanlage investiert wurde, in der nie Schiffe anlegen, ist verloren. Während das in einem bestimmten Ort investierte fixierte Kapital die räumliche Mobilität für die anderen Formen von Kapital und Arbeitskraft erleichtert, erfordert die Realisierung seines Wertes allerdings, dass die räumlichen Interaktionen der festen geographischen Strukturierung seiner Investitionen folgen. Daher wirkt das im Land verankerte fixierte Kapital – und das schließt Fabriken, Büros, Wohnraum, Krankenhäuser und Schulen ebenso ein wie in Transport- und Kommunikationsinfrastruktur investiertes Kapital – als gewichtiger Hemmschuh für den geographischen Wandel und die räumliche Verlagerung der kapitalistischen Aktivität“ (Harvey 2005, 101 f.).

¹⁶⁰ Damit wird ein Argument gegen Autoren vorgebracht, die die Bedeutung des Raums gering schätzen, weil sie ein einseitiges Verständnis des Kapitalismus als System „abstrakter Tauschförmigkeit“ besitzen. Vgl. die Argumentation von Diner: „Das Territoriale, d.h. die bodenhafte Materiatue des Staates bzw. der Staatsordnung, verliert im Laufe der zivilisatorischen Entwicklung von einer primär agrarwirtschaftlichen zu einer industriellen Produktionsweise ständig an Bedeutung. Die räumliche Stofflichkeit des Bodens wird durch eine von Räumlichkeit relativ unabhängige Industrieproduktion abgelöst. Reichtum nimmt tendenziell abstrakte Formen an. [...] Es dürfte dabei bleiben, dass die Form des politischen Flächenstaates durch die vertikal einwirkende Bewegungsrichtung der Weltwirtschaft als aufgehoben gelten kann“ (Diner 1993, 28). Erst mit der Frage von Rohstoffverknappung und -sicherung könne der Raum wieder relevant werden (Diner 1993, 34).

¹⁶¹ Der Raum ist somit ein potentieller Störfaktor für ökonomische Transaktionen, der in den neoklassischen Wirtschaftswissenschaften oft übersehen wird. Die moderne Mikroökonomie ist konsequenterweise eine geradezu raumlose Theorie. Der Markt gilt ihr quasi als einziger Raumpunkt. Die Probleme von Transport, Logistik, Kommunikation etc. bleiben ausgeblendet. Das Problem der Raumüberwindung wird delegiert an andere Disziplinen. Vgl. auch die Kritik an den vorherrschenden Außenhandelstheorien in: Krugman 1991.

bestimmt wird.¹⁶² Dabei verbindet Harvey seine Analyse der Raumökonomie eng mit der Marx'schen Krisentheorie. Ihm zufolge entsteht die Notwendigkeit räumlicher Fixierungen auch und gerade aus den Versuchen des Kapitals, seine immanente Krisenhaftigkeit durch eine internationale geographische Expansion aber auch durch lokal/regionale Neustrukturierungen zu überwinden. Harvey zufolge lag die widersprüchliche Dynamik von Territorialisierung/Reterritorialisierung und Entterritorialisierung jedem krisenbedingten Restrukturierungsschub seit den 1820ern zugrunde. Bei der „räumlichen Fixierung“ handelt es sich ihm zufolge um eine zentrale Bedingung der Entstehung imperialistischer Politikformen (Jessop 2006, 148 f.).¹⁶³

Um die Prozesse der Territorialisierung/Reterritorialisierung erfassen zu können, gilt es also zwei Momente zu berücksichtigen: *Erstens* die räumliche Organisation unterschiedlicher Kapitalformen unter besonderer Berücksichtigung der „Immobilität“ des fixen Kapitals, und *zweitens* den Bedarf des Kapitals an Anpassungs- und Integrationsleistungen politischer Instanzen in „räumlicher“ Hinsicht.

1. Die Akkumulationsstrategien des Kapitals bilden verschiedenartige Muster hinsichtlich ihrer räumlichen Anordnung. Diese Muster lassen sich (auf hohem Abstraktionslevel) in drei Formen von Kapital aufgliedern – Waren, Geld- und produktives Kapital. Deren Mobilität ist unterschiedlich stark ausgeprägt. Geld- und Warenkapital sind ungleich mobiler als produktives oder auch „variables“ Kapital (Arbeitskräfte). Historisch internationalisierte sich zuerst das Waren- und dann das Geldkapital. Das produktive Kapital ist am wenigsten mobil. Der Versuch der Internationalisierung von Warenströmen ist leichter durchzusetzen als die Verlagerung der Produktion. Die Erscheinungsformen des Kapitals sind unterschiedlich

¹⁶² Harvey bedient sich ausgiebig Marx'scher Kategorien. Bei Marx heißt es: „Die Umschlagszeit des Kapitals ist jedoch gleich der Summe seiner Produktionszeit und seiner Umlauf- oder Zirkulationszeit. Es versteht sich daher von selbst, dass verschiedene Länge der Umlaufzeit die Umschlagszeit und daher die Länge der Umschlagsperiode verschieden macht“ (Marx 1963, 251). Firmen mit kürzeren Umschlagszeiten können Harvey zufolge einen Extraprofit erzielen. Für das Einzelkapital ist also die Dauer des Kapitalumschlags entscheidend (Harvey 1982, 186).

¹⁶³ Neuerdings arbeitet Harvey verstärkt mit dem Begriff der „raum-zeitlichen Fixierung“. Er schreibt, dass eine solche Fixierung eine Metapher „für eine bestimmte Art von Reparatur und der Lösung der kapitalistischen Krisen durch die zeitliche Verschiebung und die geographische Ausdehnung“ sei (Harvey 2005, 116). Neu an dem Konzept ist, dass es die Möglichkeit bietet, anhand der raum-zeitlichen Fixierungen eine Periodisierung des Imperialismus vorzunehmen – „[it] provides a threefold periodization of imperialism, highlights the changing structure and dynamics of American capitalism, and explores the USA's hegemonic role in orchestrating the succession of the last two stages of US hegemony“ (Jessop 2006, 153).

abhängig von politischen Regulierungen: Geldkapital konnte eine größere Unabhängigkeit von staatlichen Interventionen als das Warenkapital erlangen. Produktives Kapital ist durchschnittlich stärker von politischen Regulierungen, dem Bestand an Infrastruktur, ausgebildeten Arbeitskräften usw. abhängig.

Ein gewichtiger Teil des produktiv fungierenden Kapitals ist fixes Kapital. Diese Bestandteile des Kapitals sind im Regelfall lokalisiert.¹⁶⁴ Durch Investition des Geldkapitals wird dieses Kapital in der Produktion fixiert, von wo aus es nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung (in Form von Abschreibungen) in die Zirkulation zurückfließen kann. Es bleibt i.d.R. produktives Kapital, bis genügend verkaufsfähige Waren hergestellt worden sind. Das fixe Kapital geht im Unterschied zu einem anderen Bestandteil des produktiven Kapitals, dem zirkulierenden Kapital, über einen längeren Zeitraum in den Produktionsprozess als Voraussetzung ein. Die quantitative Bedeutung der territorial fixierten Produktionsmittel übertrifft das BIP von Volkswirtschaften bei weitem.¹⁶⁵ Mit fortschreitender Technisierung („Internetökonomie“) nimmt deren Bedeutung nicht ab. Im Gegenteil nimmt die Kapitalintensität (Bruttoanlagevermögen im Verhältnis zur Anzahl der Erwerbstätigen) des fixen Kapitals in diesem Bereich zu (vgl. Sandleben 2003, 78-92).¹⁶⁶

¹⁶⁴ Dies gilt paradoxerweise auch für jene Bereiche, die der Raumüberwindung und Beschleunigung der Umschlagszeit des Kapitals dienen, etwa die Transport- und Kommunikationsinfrastruktur (vgl. Harvey 1982, 376-380).

¹⁶⁵ Das Bruttoanlagevermögen in der BRD lag 1997 bei 15 Bio. DM im Vergleich zu einem jährlichen BIP von etwa 4 Bio. DM (vgl. Sandleben 2003, 78 ff.). Die heutige Wirtschaftsgeographie spricht diesen Prozess an.

Alle größeren Länder besitzen heute eine mehr oder weniger umfassende industrielle Basis. Es lässt sich nicht vorwiegend eine genuin globale Integration beobachten, sondern eine lokale, überregionale (teilweise auch die Nachbarländer einbeziehende) und nationale Integration, wie sie sich beispielsweise an den sog. industriellen „Clustern“ ablesen lässt (Storper/Walker 1989, 70-98). Storper/Walker unterscheiden vier Dimensionen industrieller Restrukturierungen: „localization, clustering, dispersal, and shifting centers“ (ebd., 70) und betonen die Rolle technologischer Innovationen – nicht nur im Sinne der Bedeutung der Technologie als „Produzent“ von neuen Raumökonomien, sondern auch, wie die in bestimmte territoriale Konfigurationen eingebettete Technologie gerade durch diese bestimmt wird (ebd., 99 ff.).

¹⁶⁶ Gertler fasst in seiner Untersuchung des *engen Verhältnisses* von Produzenten und Nutzern von *fixem* Kapital die „räumlichen Schranken“ dieser Form des Kapitals zusammen: „Despite advances in the technologies of transportation and communication, long intervening distances between machinery producers and users do apparently make it considerably more difficult for these two parties to achieve and sustain the kind of close relationship necessary to support the effective deployment of such production technologies. [...] notwithstanding the implementation problems arising solely from the logistical difficulties of sustaining a user-producer relationship over long distances when the product being ‘used’ is highly complex in nature, the truly fundamental difficulties arising in this relationship flow less from logistical limitations or physical realities and more from the fact that *technology is socially constructed*. [...] Because the social relations in the typical Ontario (or American, or British) workplace are so different from those prevailing in machinery production sites such as Baden-Württemberg (or North Rhine-Westphalia), the failure by users to acknowledge these differences in social context means that they have ignored many considerations crucial to the successful

2. Die Akkumulationsstrategien des Kapitals bedürfen in räumlicher Hinsicht erheblicher Integrations- und Anpassungsleistungen durch eine politische Regulierung. Die Mobilität des Kapitals ist immer auch politisch bestimmt, etwa durch das Bestehen unterschiedlicher Währungsräume. Um eine gewisse Berechenbarkeit und Sicherheit zu gewährleisten, müssen wirtschaftliche Verflechtungsräume ein Maß an strukturierter Kohärenz garantieren, die von politischen und sozio-kulturellen Prozessen abhängt.¹⁶⁷ Dabei geht es etwa um die Bereitstellung von Infrastruktur, das „Arbeitskräfteangebot“, das Bildungsniveau oder die politische Stabilität.

Wie aber ist nun die *nationale* mit der globalen und lokal-regionalen Dimension des Raumes verbunden? David Harvey behauptet eine enge Verbindung dieser Ebenen unter der Kontrolle und Lenkung der nationalen, staatlichen Institutionen. Warum jedoch die nationale Ebene wichtiger als etwa die lokal-regionale sein soll, wird von ihm nicht genauer expliziert.¹⁶⁸ Lefèbvre begründet die Bedeutung des „staatlichen Raums“ näher. Der Raum stellt ihm zufolge eines der ausschlaggebenden Instrumente des Staates zur Kontrolle der gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen Individuen, Gruppen, Klassenfraktionen und Klassen dar. Dabei ist der Staat selbst als sozialräumliche Konfiguration zu verstehen. Der „staatliche Raum“ setzt sich aus drei Grundelementen zusammen: einem materiellen, „national-territorialen“ Raum, in dem u.a. wirtschaftliche Prozesse ablaufen, einem „sozialen Raum“, der sich aus einer geformten natürlichen Umwelt, politisch institutionellen Konfigurationen und Symboliken bildet, sowie einem „mentalenen Raum“, den der Staat schafft, um sozialen Konsens bzw. die Legitimation seines Handelns zu sichern (Lefèbvre 2003, 84 ff.). „Nach Lefèbvre stellen die relativ beständigen staatlichen Organisationsstrukturen einen geographisch-institutionellen Rahmen für die zunehmende räumliche Mobilität von Arbeitskraft, Waren und Kapital sowohl auf supra- als auch auf subnationaler Ebene bereit. Staaten sichern diese Territorialisierung von Kapital auf vielfältigen Wegen, z.B. durch die Regulierung der Geldpolitik, Rechtssetzung, Sozialvorsorge und vor allem durch die Schaffung einer großen Spannbreite von

implementation of newly acquired machinery and equipment. In this sense, the continuing geographical specificity of these social relations imposes significant limits on the ‘portability’ of advanced production technologies from one location to another. [...] divergences in social relations are more likely to arise when producer and user are in different nation-states“ (Gertler 1997, 58).

¹⁶⁷ Insofern müssen in die Analyse der Raumökonomie auch nichtstaatliche Kollektivakteure wie soziale oder politische Bewegungen einbezogen werden.

¹⁶⁸ Er räumt zwar ein, dass die Kapitalakkumulation sich auch eigene Netzwerke und Grundstrukturen etwa über eingefahrene enge Bindungen zwischen Unternehmen, „Vetternwirtschaft“ bzw. „crony capitalism“ schafft. Etwas unvermittelt wird dem entgegengehalten, dass die „favorisierte Bedingung“ kapitalistischer Produktion allerdings der kapitalistische Staat sei (Harvey 2005, 92).

Raumkonfigurationen, die als spezifische Produktivkräfte dienen. Wie Lefèbvre [...] feststellte, kann nur der Territorialstaat die Aufgabe übernehmen, Raum ‚auf großer Stufenleiter‘ zu managen“ (Brenner 1997a, 10). Tatsächlich hat bis heute keine räumliche Ebene eine ähnlich umfassende Relevanz wie die nationale bzw. einzelstaatliche Ebene erhalten (Jessop 2002, 179).

Aus dem Vorangegangenen lassen sich wichtige Schlussfolgerungen ziehen: Die „Globalisierungsprozesse“ führen zu wechselseitigen Interaktionen zwischen dem endemischen Drang zur Raum-Zeit-Kompression (De-Territorialisierung) und einer kontinuierlichen Produktion von relativ fixierten, zeitweise stabilisierten Konfigurationen territorialer Organisationen. Für die Produktion und Regulierung territorialer Fixierungen ist wiederum der Einzelstaat aufgrund seiner spezifischen Integrations- und Anpassungsleistungen besonders geeignet.¹⁶⁹ Dieser Zusammenhang wird in den Globalisierungsdiskussionen der Gegenwart meist vernachlässigt – und zwar in doppelter Weise: Zum einen werden die räumlich relativ fixierten territorialen Organisationen wie urbane Zentren, industrielle Cluster und staatliche Regulierungseinrichtungen als Basis internationaler Expansion unterschätzt. Zum anderen verkennen viele Autoren, wie eng der gegenwärtige Globalisierungsschub mit den Umwandlungen der territorialen Organisationen auf den verschiedenen „sub-globalen Ebenen“ verzahnt ist (vgl. Swyngedouw 2004, 35 ff.).

Daran hat auch die erhebliche Beschleunigung der Inter- und Transnationalisierungsprozesse während der letzten 20 Jahre nichts Wesentliches geändert. Unabhängig von der Beschleunigung der Umschlagszeiten des Kapitals bleibt das Moment der Territorialisierung dem Kapital eingeschrieben (Brenner 1999, 63). Auch die überragende Bedeutung des Finanzkapitals seit den 1980ern ändert an diesem Sachverhalt nur wenig: „Selbst wenn die beiden Formen [Produktiv- und Geldkapital] relativ entkoppelt als unterschiedliche Kapitalfraktionen auftreten, bleibt ein konkreter ‚spatio-temporal fix‘ notwendig, um eine

¹⁶⁹ Der Begriff „Glokalisierung“ verweist auf diesen kombinierten Prozess von Internationalisierung und lokal-territorialer Rekonfiguration (vgl. Swyngedouw 1997, 137 ff.). Ebenso könnte von einem „glokalen“ Staat gesprochen werden, als „polymorphe, vielschichtige Form staatlich-territorialer Organisation, die gleichzeitig eine von innen nach außen und eine von außen nach innen gerichtete Dynamik aufweist. Von innen nach außen insofern, als von ihm versucht wird, die globale Wettbewerbsfähigkeit der auf seinem Territorium liegenden Städte und Regionen zu fördern und von außen nach innen insofern, als supranationale Behörden wie EU, IWF und Weltbank immer größeren Einfluss auf die Regulierung und Restrukturierung seiner internen territorialen Räume nehmen. In diesem Sinne scheint in der derzeitigen Globalisierungsrunde Staatlichkeit innerhalb des Prozesses der Redimensionierung des politisch-ökonomischen Raumes eher reterritorialisiert als erodiert oder gar ganz aufgelöst zu werden“ (Brenner 1997a, 17).

Entbettung zur freien Mobilität des Kapitals überhaupt zu ermöglichen“ (Jessop 2000, 347). Was sich in der Tat verändert hat, wird von Brenner mit dem Begriff „multiple geographical scale“ bezeichnet. Die Redimensionierung des Raumes führt zur vermehrten Bildung supra- und subnationaler Formen der territorialen Organisation (Brenner 1999, 52, vgl. auch Brenner 2004, 448 ff.).¹⁷⁰ Damit sind v.a. die Wirtschaftsblöcke in Nordamerika und Ostasien sowie besonders die Europäische Union gemeint, die bislang als einziger Wirtschaftsblock bedeutsame politische Regulierungsinstanzen hervorgebracht hat. In diesem Zusammenhang lässt sich plausibel von der *Relativierung* der nationalen Dimension sprechen: Die historisch vor allem als Nationalstaat institutionalisierte Besonderung des Politischen findet gegenwärtig auch auf anderen räumlichen Ebenen bzw. *auf mehreren Ebenen gleichzeitig* ihren Ausdruck. Die neuen bzw. in ihrer Bedeutung erweiterten internationalisierten politischen Strukturen (z.B. Weltwirtschaftsinstitutionen) sowie Formen zivilgesellschaftlicher bzw. privater Kooperationen stellen eine räumliche und funktionale Auffächerung politischer Strukturen und Prozesse dar, die, wenn sie eine relative Kohärenz erreichen, als „Verdichtungen“ sozialer Kräfteverhältnisse „zweiter Ordnung“ bezeichnet werden können (Brand 2006, 266 ff.).

Aus den Bemerkungen zur kapitalistischen Raumökonomie und ihren Restrukturierungen im Zuge des Globalisierungsschubes der letzten 30 Jahre lässt sich folgende Hypothese formulieren: Der einzelstaatliche Raum behält trotz der Reartikulation verschiedener räumlicher Ebenen eine privilegierte Position, was mit der territorialen Fixiertheit der Kapitalakkumulation, besonders des Produktivkapitals, zusammenhängt, die in umfangreichem Maße von politischer Regulierung abhängt.

Inwiefern sich der Prozess der Reartikulation des Raumes sowie seiner Regulierung durch „viele“ Kollektivakteure in politische „Staatsprojekte“ transformiert und diese wiederum in konträre Positionen zu anderen Staatsprojekten geraten, kann freilich erst unter Berücksichtigung der Ausprägungen in spezifischen historischen Phasen und konkret-historischen Konstellationen beantwortet werden.

¹⁷⁰ *Supranationale* Strukturen, Prozesse und Akteure sind wesentlich das Produkt intergouvernementalen Handelns, können jedoch im Laufe ihrer Entwicklung ein hohes Maß an Handlungsautonomie erreichen. Die Europäische Union kann in einigen Bereichen als supranationale politische Institution bezeichnet werden. Wirkliche Integrationsprozesse liegen quasi dann vor, wenn supranationale Elemente vorhanden sind.

2. DYNAMIK DES WELTWIRTSCHAFTLICHEN AKKUMULATIONSPROZESSES

2.1. DIE INTER- UND TRANSNATIONALISIERUNG DER EINZELKAPITALIEN, WELTMARKT/WELTWIRTSCHAFT UND KRISENTENDENZ

In dieser Arbeit wird in einer globalen Perspektive die Herausbildung des Weltmarkts als eine Konsequenz der historischen Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise betrachtet: „Die Tendenz, den *Weltmarkt* zu schaffen, ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben. Jede Grenze erscheint als zu überwindende Schranke“ (Marx 1983, 321). Der Weltmarkt wurde durch die konkurrenzbedingte Notwendigkeit, die Produktivkräfte beständig zu erweitern und zu revolutionieren, fortwährend ausgedehnt – wenngleich diskontinuierlich. Die Inter- und Transnationalisierung von Tätigkeiten der Einzelkapitalien ist eine ungleichmäßige Erscheinung, die nicht allein durch die Krisenhaftigkeit kapitalistischer Gesellschaften angetrieben wird, sondern als „allgemeine“ Tendenz des Kapitals zu bezeichnen ist (Busch 1974, 96 f., Bryan 1995, 15.). Dabei können, wie weiter unten diskutiert wird, unterschiedliche weltwirtschaftliche Entwicklungsphasen definiert werden, die die Interessen der Einzelkapitalien, diverser Kapitalfraktionen sowie ihr Verhältnis zu den Einzelstaaten erheblich modifizierten (vgl. Altvater/Mahnkopf 1996, Hübner 1998).

Der real existierende *Weltmarkt* bzw. die *Weltwirtschaft* (als eine umfassendere Begrifflichkeit, vgl. Ashman 2006) kennen kein Steuerungszentrum.¹⁷¹ Der Weltmarkt entsteht als eine soziale Tatsache aus dem Zusammenwirken einer unüberschaubaren Anzahl von Faktoren: „Dieser Markt ohne Marktplatz um den Globus kreisend lässt sich selbst von den direkt beteiligten Akteuren nicht präzise durchschauen“ (Narr/Schubert 1994, 24). Der Wettlauf um zukunftssträchtige Investitionen findet zwar in lokalen, regionalen und überregionalen Schwerpunkten, territorialen Fixierungen, statt. Weltwirtschaftliche Zwänge wirken jedoch, häufig über Vermittler wie z.B. transnationale Konzerne, internationale politische Institutionen und die Politik der mächtigen Staaten, auf eine Fülle von großen und

¹⁷¹ Bereits Bucharin hat den Begriff des Weltmarkts vom Begriff der Weltwirtschaft unterschieden. Er versteht unter dem Begriff *Weltmarkt* allein die Zirkulationssphäre. Hinter diesen Markt- und Austauschverhältnissen sieht Bucharin die globalen Produktionsverhältnisse verborgen. Zusammengenommen bilden beide Bestandteile die *Weltwirtschaft*. Er definiert diese als „System von Produktionsverhältnissen und entsprechenden Austauschverhältnissen im internationalen Ausmaß“ (Bucharin 1969, 25).

kleinen Konzernen sowie die Arbeitsmärkte zurück. Der Weltmarkt besteht insofern als weltweit wirksame Größe und übt erhebliche Handlungszwänge aus.¹⁷²

Ein prägendes Merkmal des Weltmarktes bzw. der Weltwirtschaft ist seine/ihre Instabilität. Die Weltwirtschaft ist kein harmonisches Gebilde, sie generiert permanent Unsicherheit. Die wirtschaftliche Dynamik, der Drang zur erweiterten Reproduktion etc. kann in Wirtschaftskrise oder Stagnation umschlagen.¹⁷³ Die kapitalistische Entwicklung verläuft krisenhaft, ihre Entwicklung vollzieht sich nicht linear, sondern diskontinuierlich: „Als Gesamtergebnis [...] strebt der Kapitalismus in seinem ständigen Durst nach unendlicher Kapitalakkumulation stets die Errichtung einer geographischen Landschaft an, die seine Aktivitäten zu einem gegebenen Zeitpunkt erleichtert, nur um sie zu einem späteren zerstören und eine ganz andere Landschaft aufbauen zu müssen. Solcherart ist die Geschichte der schöpferischen Zerstörung eingeschrieben in die Landschaft der tatsächlichen historischen Geographie der Kapitalakkumulation“ (Harvey 2005, 102).

Im Nachfolgenden geht es darum, die kapitalistische Krisendynamik in Bezug auf ihre Destabilisierungs- und Restabilisierungsfunktionen weltweiter ökonomischer und politischer Verhältnisse darzustellen. Weltwirtschaftskrisen, so meine These, haben einen wichtigen Einfluss auf die internationalen Konkurrenz- und Hegemonialverhältnisse, und sind daher in eine Analyse imperialistischer Politikformen einzubeziehen.

Sozio-ökonomische Krisen können allgemein als ein einschneidender Bruch der Alltagsroutine verstanden werden – als extreme, teilweise existentielle Verunsicherung. Durch sie werden Situationen erzeugt, in der, gemessen an kapitalistischen Handlungsrationitäten, der raum-zeitliche Horizont „rationalen“ Handelns stark eingeengt wird, und „irrationale Handlungen“ auftreten. Das oftmals festgestellte krisenverschärfende „Herdenverhalten“ an den Finanzmärkten ist nur ein Moment dieser Tendenz, in denen betriebswirtschaftliches Handeln in einen offenen Widerspruch mit volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten gerät.

¹⁷² Zugleich lässt sich der Weltmarkt gewissermaßen als eine „nicht-institutionalisierte Institution“ fassen, weil sie sich „nicht in klar und deutlich benennbaren Einrichtungen orten [lässt]. Sie besitzt keine ohne weiteres nachvollziehbare Prozedur. Kein einklagbarer Verfassungstext mit entsprechenden Verfahren der Legitimation ist aufzufinden“ (Narr/Schubert 1994, 24).

¹⁷³ Wie Adorno schreibt, haben sich daher moralische Entrüstung und Appelle an die „Vernunft“ der herrschenden Eliten gegenüber den „Fehlfunktionen“ des Kapitalismus immer wieder als fruchtlos herausgestellt, da die Krisen sowie die ungleiche Verteilung des Reichtums im Kapitalismus kein Hindernis seiner Entwicklung, sondern letztlich seine ihm immanente, ureigene Bewegungsform sind: „Die Gesellschaft erhält sich nicht trotz ihres Antagonismus am Leben, sondern durch ihn; Profitinteresse, und damit das Klassenverhältnis sind objektiv der Motor des Produktionsvorgangs, an dem das Leben aller hängt und dessen Primat seinen Fluchtpunkt hat im Tod aller“ (Adorno 1996b, 314).

Besonders die großen „Krisen“ der 1870er, 1930er und 1970er haben das gesellschaftliche Gefüge, das System der Regulation, in Frage gestellt (Hirsch 2005, 108-114).

Bei dem Versuch, die Auswirkungen kapitalistischer Krisen auf die internationalen Beziehungen und Kräfteverhältnisse zu untersuchen, ist es notwendig, nicht nur die einzelnen „nationalen“ Akkumulationsgefüge zu betrachten, sondern von der Weltwirtschaft aus zu denken. Die reale Einheit der Weltwirtschaft setzt sich mit und gegen die nationalen Volkswirtschaften durch. Weltwirtschaftliche Prozesse formen die lokalen Prozesse der Kapitalakkumulation immer schon mit.

Daher muss eine nationalstaatszentrierte Konzeptualisierung der Geschichte des Kapitalismus als einer Abfolge institutionell determinierter, national lokalisierter Entwicklungspfade als problematisch erachtet werden. Nationale Akkumulationsregime und regulative Institutionen sind auf vielfältige Weise mit der internationalen Konkurrenz (und inter- wie transnationalen Politiken) verbunden. Nationale Einheiten stehen nicht unverbunden nebeneinander, sondern sind durch Waren- und Kapitalströme wechselnden Ausmaßes miteinander zu einer internationalen Arbeitsteilung verknüpft bzw. kombiniert.¹⁷⁴ Auch wenn sich im nationalen Rahmen entwickelte Innovationen als sehr wichtig bei der Formung von Entwicklungspfaden der Produktivkräfte erwiesen haben, so unterliegen sie doch einem internationalen Konkurrenzdruck. Die Tatsache des relativ simultanen und allgemeinen Charakters besonders der „großen“ Krisen des Kapitalismus in den 1870ern, 1930ern und 1970ern, obgleich sie unter verschiedenartigen sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen auftraten, verweist auf diesen Zusammenhang.

Wie Robert Brenner und Mark Glick bemerken, ist für die moderne Weltwirtschaft kennzeichnend, dass ihre konstituierenden lokalen, regionalen und nationalen Elemente zu einem großen Teil zur selben Zeit die gleichen ökonomischen Phasen bzw. Perioden durchlaufen haben – trotz der immensen Unterschiede in den Systemen der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse, der Regulierungs- und Regierungsformen, der ökonomischen Institutionen sowie dem Stand der technologischen Entwicklung. Das gilt, mit Ausnahmen, für die bemerkenswerte wirtschaftliche Expansionsphase vor 1914, den relativen Aufschwung Mitte der 1920er und schließlich die tiefe Krise Anfang der 1930er, den größten Aufschwung in der Geschichte des Kapitalismus nach 1945 sowie die Stagnationstendenzen ab den 1970ern: „Despite the heterogenous modes of regulation of its constituent parts, the world

¹⁷⁴ Vor allem das Akkumulationsregime eines international hegemonialen Staates kann auch die „Produktions- und Konsumnormen“ anderer Staaten maßgeblich prägen, wie Aglietta am Beispiel der USA nach 1945 beschrieben hat (vgl. Aglietta 1979).

economy as a whole has possessed a certain homogeneity, indeed unity, in terms of its succession of phases of development. The world economy has, it seems, been able to impose its quite general logic, if not to precisely the same extent, on all of its component elements, despite their very particular modes of regulation. If we are to understand the complex operation of its parts, it is thus perhaps still indispensable to understand the functioning of the system as a whole“ (Brenner/Glick 1991, 112).

Ausgehend von der Annahme, der zufolge die „Weltmarktkrisen“ als die „reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung *aller* Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie“ gefasst werden müssen (Marx 1967, 510), ist für mein Unterfangen eine Krisenanalyse vonnöten, in der mehrere mögliche Krisenursachen in Frage kommen. In der weiteren Argumentation konzentriere ich mich auf unmittelbar ökonomische Triebfedern.¹⁷⁵

Die Krise eines kapitalistischen Systems führt letztlich zu einer Gefährdung seiner wesentlichen Strukturmerkmale bzw. Basisinstitutionen.¹⁷⁶ An Marx anknüpfend, sollte versucht werden, die Hindernisse der Kapitalakkumulation auch und gerade in der *Produktion* zu ergründen. Wichtig ist dabei eine Orientierung am wichtigsten Ziel kapitalistischer Produktion: die Realisierung einer möglichst hohen Profitrate. Dem Einzelkapital gilt die Profitrate als das Maß seiner Verwertung. Die Bewegung der Profitraten ist daher so etwas wie ein *Seismograph* der kapitalistischen Entwicklung.

Marx selbst geht von einem tendenziellen Fall der durchschnittlichen Profitraten aus (Marx 1986, 221-241, vgl. Marx 1983, 641). Wesentlich zur Erklärung des Falls der Durchschnittsprofitraten ist die Begründung einer steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals, d.h. eines Anwachsens des konstanten (Ausgaben für Maschinen, Rohstoffe) im Verhältnis zum variablen Kapital (Ausgaben für Arbeitskräfte). Der tendenzielle Fall der Profitrate bei Marx wird allerdings erst in der Beziehung zu seinen Gegenteilstendenzen¹⁷⁷, den „entgegenwirkenden Ursachen“, ein plausibler Ansatz zur Diskussion einer grundlegenden Krisentendenz im Kapitalismus.¹⁷⁸ Wenn die Krisenhaftigkeit aus dem widersprüchlichen

¹⁷⁵ Real stellt sich besonders eine „große“ Krise immer auch als Einheit von ökonomischer, politischer und ideologischer Krise her (Hirsch 2005, 111).

¹⁷⁶ Dabei kann die Kapitalakkumulation z.B. auch gewisse Systemgratifikationen für die abhängig Beschäftigten nicht immer hinreichend garantieren, so dass „Störungen“ auch durch Handlungen der Beschäftigten produziert werden können.

¹⁷⁷ Marx versteht hierunter z.B. die Erhöhung der Mehrwertrate, die Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals – wodurch der relative Anteil des variablen Kapitals langsamer sinkt – und den beschleunigten Umschlag des Kapitals sowie den Außenhandel (Marx 1986, 242 ff.).

¹⁷⁸ Auf die intensive Debatte um den logischen wie historischen Gehalt des Gesetzes des Falls der Profitraten kann hier nicht eingegangen werden. Zur Kritik des „Gesetzes“ aus marxistischer Sicht vgl.

Zusammenspiel von Tendenz und Gegenteilendungen erklärt wird, darf diese Aussage keinen Automatismus behaupten, sondern muss historisch-empirisch überprüft werden. Auch wenn die Tendenz zur steigenden Kapitalintensität (hoher Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz) historisch als Krisenursache wirksam wird, so erfordert eine Bestimmung der konkreten Auslöser und der Erscheinungsformen der Krise die Einbeziehung weiterer Krisenmechanismen. Ferner muss der jeweilige geschichtlich-spezifische gesellschaftliche Kontext mitgedacht werden, d.h. die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und technologische, politisch-institutionelle sowie ideologische bzw. normative Bedingungen und Potentiale.

Daher ist das „Gesetz“ des tendenziellen Falls der Profitrate nicht zugleich *die* Marxsche Krisentheorie. Es beschreibt zwar eine sich im Verlaufe der kapitalistischen Entwicklung immer wieder herstellende Tendenz zur Krisenhaftigkeit. Die *Wirklichkeit* einer Krise, ihre reale Existenz, muss freilich aus der wirklichen Bewegung der kapitalistischen Produktion als Ganzer (der Konkurrenz zwischen industriellen Sektoren und der Bedeutung des Kreditwesens, der Dienstleistungssektoren etc.) analysiert werden. Unter Einbezug des kapitalistischen Prozesses als Produktions-, Konsumtions- und Verteilungsprozess werden mindestens drei grundlegende Widersprüche der Kapitalakkumulation sichtbar. Historisch traten diese als *Überakkumulationskrisen*, *Unterkonsumtionskrisen* sowie *Disproportionalitätskrisen* auf. Marx beschrieb sarkastisch, wie die Krise die inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise sichtbar macht: in „einer schönen Dreieinigkeit der kapitalistischen Produktion: Überproduktion – Überpopulation – Überkonsumtion, three very delicate monsters, indeed!“ (Marx 1962, 663).

In der kapitalistischen Produktionsweise spielt das Problem der *Realisierung* des bereits produzierten Mehrwerts als Profit eine entscheidende Rolle.¹⁷⁹ Immer wieder tritt es in Form einer fehlenden (kaufkräftigen) Nachfrage in Erscheinung. Allerdings darf die begrenzte Konsumtionsfähigkeit nicht nur klassisch unterkonsumtionstheoretisch (wie etwa bei Hobson) als begrenzte zahlungsfähige Nachfrage der Arbeiterklasse aufgefasst werden. Die Gesamtnachfrage setzt sich nicht nur aus der Nachfrage nach Konsumgütern zusammen, sie kann auch aufgrund einer geringen Nachfrage nach Investitionsgütern „beschränkt“ werden, etwa wenn Unternehmen eine geringe Profitrate erwarten (vgl. Deutschmann 1973, 161

Heinrich 2003a, 327-341, zur Verteidigung (unter Einbezug der Kritik am „Okishio-Theorem“) vgl. Weeks 1982, Harman 1999a, 14-49.

¹⁷⁹ „Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und ihrer Realisierung sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur der Zeit und dem Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die eine ist nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die andre durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft“ (Marx 1986, 254).

ff.).¹⁸⁰ Auf diese Weise kann es zu einer „Überakkumulation“ von Kapital kommen, d.h. zu viel Kapital steht zu wenig lohnenden Investitionen gegenüber.

„Außerhalb“ des unmittelbaren Produktionsbereichs, auf der Ebene des Marktes, spielen noch weitere Faktoren eine Rolle, etwa Disproportionalitäten zwischen und innerhalb von einzelnen Sektoren einer Wirtschaft. Die „Anarchie“ des Marktes führt dazu, dass das Kapital immer wieder zu viele Waren im Verhältnis zur kaufkräftigen Nachfrage nach Gütern produziert (Überproduktionskrise). Anarchie des Marktes in Verbindung zur beständigen Produktivkraftentwicklung heißt zugleich: „Die in der Vergangenheit getroffenen Investitionsentscheidungen, die auf den gegebenen stofflichen und wertmäßigen Bedingungen der Produktion beruhten, werden durch die Entwicklung der Produktivkräfte (die u.a. Resultat dieser Entscheidungen ist) immer wieder obsolet gemacht, da sich die Produktionsbedingungen fundamental ändern. Dies bedeutet nicht nur, dass künftige Entwicklungen prinzipiell unvorhersehbar sind und ein nicht reduzierbares Moment der Unsicherheit für alle Agenten des ökonomischen Prozesses mit sich bringen; vor allem bedeutet dies, dass jede ‚Gleichgewichtslage‘, die die kapitalistische Produktion eventuell erreichen könnte, durch die dem Kapital eigene Dynamik immer wieder unterminiert wird“ (Heinrich 2003a, 364).

Die verschiedenen Komponenten einer Krisenanalyse¹⁸¹ sind in denjenigen Imperialismustheorien, die sich an einer Integration der Krisentheorie versuchen, oftmals nicht gründlich diskutiert worden. Während die klassischen marxistischen Imperialismustheorien entweder einseitig an einer Zusammenbruchstheorie (Luxemburg) oder an Disproportionalitätstheorien (Lenin) festhalten, spielt eine Krisentheorie als solche in späteren Versionen der Imperialismusanalyse eher eine untergeordnete Rolle. Es stellt sich daher die Aufgabe, eine ökonomische Krisenanalyse auszuarbeiten, die sich sowohl von der Vorstellung einer Zusammenbruchskrise¹⁸², als auch von einem Verständnis der Krise als einem bloßen Moment der zyklischen Ausgleichsbewegung unterscheidet. Einen Ansatz, an den sich kritisch anschließen lässt, bietet David Harveys Theorie der „raum-zeitlichen Fixierungen“, die auf einer Erweiterung der Marxschen These des tendenziellen Falls der

¹⁸⁰ Wie Heinrich feststellt, schwankte Marx in dieser Frage (Heinrich 2003a, 365 ff.). Erst Ende der 1870er lehnte Marx den unterkonsumtionstheoretische Ansatz explizit ab und verwies darauf, dass auch die „relative Prosperität der Arbeiterklasse“ der „Sturmvogel“ der Krise sein könne (Marx 1963, 410).

¹⁸¹ Zur Krisenhaftigkeit des Kredit- und Finanzbereichs vgl. Heinrich 2003a, 367 ff.

¹⁸² Krisen sind zugleich „Lösungen, wenn auch gewaltsame, von Widersprüchen“. „Gerade das Zerstörerische der Krisen ist für die kapitalistische Entwicklung ein produktives Moment“ (Heinrich 2003a, 369).

Profitraten und der Untersuchung von Überakkumulationskrisen basiert („first cut“ theory of crisis) (vgl. Harvey 1982, 156-203).¹⁸³ Auf dieser Basis schlägt Harvey weitere Schritte vor, um sich der Komplexität der Wirklichkeit zu nähern. In einem zweiten Schritt diskutiert er die Rolle des Kreditwesens und der Finanzmärkte („second cut“ theory of crisis) (Harvey 1982, 324-329). Diese können temporär überakkumuliertes Kapital absorbieren (und damit die Krise entweder abmildern, verzögern oder räumlich verschieben), aber auch die Krisenwahrscheinlichkeit vergrößern. In einem dritten Schritt integriert Harvey neben der zeitlichen Dynamik der Kapitalakkumulation und deren Vermittlung über die Geld- bzw. Finanzmärkte die *ungleiche geographische Entwicklung* ('third cut' theory of crisis) (Harvey 1982, 424-438). Dabei geht es um die Möglichkeiten der geographischen Ausdehnung, der räumlichen Umorganisation von Kapitalüberschüssen und der politischen Regulationskonstellationen. Ungleiche räumliche Entwicklungen bestimmen u.a., an welchen Orten Entwertungsprozesse einsetzen und in welche Regionen Kapitalinvestitionen fließen. Auf dieser Ebene setzt Harveys These der „Raumproduktion“ ein, die (oftmals staatlich unterstützte oder gar dirigierte) Organisierung neuer territorialer Arbeitsteilungen, die Erschließung neuer Ressourcen und dynamischer Räume für die Kapitalakkumulation. Derart werden überschüssiges Kapital und Arbeitskräfte in einer neuen Weise fixiert bzw. gebunden. Imperialistische Konflikte sind in diese komplexe Dynamik eingeschrieben, weil verschiedene Staaten in sie involviert sind (Harvey 1982, 439-445).¹⁸⁴

Aus der allgemeinen Dynamik der Kapitalakkumulation sowie ihren Krisentendenzen und dem hieraus resultierenden Zwang zur permanenten Restrukturierung können u.a. folgende Strategien des Versuchs der Lösung der Widersprüche dieser Entwicklungsdynamik beobachtet werden:

- die zeitliche Verschiebung von überschüssigem Kapital in Form von langfristigen Investitionen in Kapitalprojekte oder andere Bereiche, wie z.B. Forschung oder Ausbildung, die erst nach einer bestimmten Zeit Profit abwerfen;

¹⁸³ Dies kann um das Argument von Robert Brenner ergänzt werden, der untermauert, dass die ungleiche Entwicklung und der Wettbewerb rivalisierender Kapitalblöcke mit unterschiedlich alten Beständen an fixem Kapital zu Überkapazitäten führt (Brenner 1998, 29 ff.). Die Bestände an fixem Kapital haben den „Nachteil“, dass die Produzenten nicht gleich den betroffenen Bereich verlassen können, weil sie noch fixes, immobiles Kapital besitzen. Oft wird dies dadurch überwunden, dass sie weiter Profite aus dem zirkulierenden Kapital ziehen.

¹⁸⁴ Bei einer derartigen Vorgehensweise sollten die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in eine Analyse sozio-ökonomischer Krisen integriert werden. Die krisenhafte Aneignung und Inwertsetzung der Natur etwa beim Kampf um die Kontrolle der fossilen Energieträger vor dem Hintergrund ihrer *Auszehrung* ist gegenwärtig einer der wichtigsten Schauplätze, auf denen private und staatliche Instanzen um Einfluss ringen (Altvater 2005, 141-176).

- die Kapitalvernichtung, als Folge größerer Krisen, oder die unproduktive Kapitalinvestition etwa in Form der staatlichen Rüstungsproduktion;
- die technische Umwälzung der Produktionsprozesse zur Verbilligung des Werts der Arbeitskraft und/oder zur Wertminderung des Werts des konstanten Kapitals. Letztere kann etwa durch Erschließung billiger Rohstoffquellen erfolgen;¹⁸⁵
- die Verlagerung von Kapital in neu erschlossene Produktionsräume und Märkte, im Rahmen zwischenstaatlicher Aushandlungsprozesse, mitunter aber auch durch gewaltandrohende oder sogar gewaltausübende Politik.

Die Expansion des Kapitals verläuft in zwei Richtungen: Zum einen nach innen („innere Expansion“), und zum anderen nach außen („äußere Expansion“). Die innere „Landnahme“ kann eine wirksame Form der Anti-Krisenpolitik sein. Die „äußere Expansion“ ebenso, sofern etwa neue Märkte erschlossen oder Überkapazitäten abgebaut werden (Hirsch 2005, 174 f.). Wenn sich die Expansion nach außen auf die staatliche Intervention mit militärischen Gewaltmitteln stützt, kann man von einer imperialistischen bzw. geopolitischen Strategie sprechen.

¹⁸⁵ Eine weitere Strategie wäre die Senkung der Löhne.

3. DYNAMIK DES ZWISCHENSTAATLICHEN SYSTEMS

Den territorialen Einzelstaaten wird in dem vorliegenden analytischen Rahmen eine erhebliche Bedeutung zugemessen – als an der Selbsterhaltung interessierte Kollektivakteure, nicht als bloße Instrumente einzelwirtschaftlicher Interessen. Im Folgenden wird erst einmal allgemein auf die Ursache des Fortbestands vieler kapitalistischer Staaten eingegangen. Daran anschließend wird anhand der Entstehung internationaler politischer Institutionen die Internationalisierung des Politischen diskutiert und die Relevanz einer von „vielen“ Staaten ausgehenden Analyse erprobt.

3.1. VIELSTAATLICHKEIT ALS STRUKTURMERKMAL DES KAPITALISMUS IN RAUM UND ZEIT

Wie bereits in der Kritik an der starken Globalisierungs- und Empirethese hervorgehoben, werden die zeitgenössischen Inter- und Transnationalisierungsprozesse oftmals überzeichnet. Damit verbunden ist eine unzulässige Stilisierung der Welt der „unempfindlichen“ Nationalstaaten vor den 1970ern: Wird die einstige „Stärke“ der Nationalstaaten überbetont, wird deren gegenwärtige „Schwächung“ einseitig verallgemeinert (vgl. Mackert 2006, 36-59).¹⁸⁶ Wie schon angedeutet, gehe ich von der Notwendigkeit einer politischen Fragmentierung des Raumes und damit einer Pluralität von *Einzelstaaten* als deren institutionalisierter Ausdruck aus, was nicht zwangsläufig zur heutigen, in *Nationalstaaten* zergliederten Welt – eine historisch zu analysierende Formation – führen muss. Die weitgehende Vernachlässigung dieser Tatsache, dass schon „die Definition des Staates als eines nach außen abgegrenzten Hoheitsgebietes [...] auf ein weiteres Netz von ‚politischen‘ Beziehungen zwischen diesem Staat und anderen Staaten hin[deutet] – auf die Geopolitik“ (Mann 1998, 75), ist eine der zentralen Schwachstellen der modernen Globalisierungs- und teilweise auch Empirediskurse.

Auch wenn der Höhepunkt des Globalisierungshypes wohl seit 2001 überwunden ist, überwiegen weiterhin unzulängliche Analysen.¹⁸⁷ Die heterogenen Auswirkungen des

¹⁸⁶ Das kommt etwa in der Debatte um die Erosion des „Westfälischen Staatensystems“ zum Ausdruck (vgl. zur Kritik: Jessop 2002, 193).

¹⁸⁷ So wird etwa mit dem Weltgesellschaftsbegriff relativ unkritisch hantiert (vgl. die Mehrheit der Beiträge in: Heintz/Münch/Tyrell 2005). Jüngst hat sich der anerkannte Sozialkonstruktivist Alexander Wendt mit einer Behauptung hervorgetan, der zufolge die unausweichliche Bildung eines „Weltstaates“ in den nächsten 100 bis 200 Jahren bevorsteht (Wendt 2003, 491 ff.). Seine Theorie ist, wie er selbst schreibt, „teleologisch“.

Globalisierungsprozesses in verschiedenen Regionen der Erde werden selten unterschieden.¹⁸⁸ Ein differenzierter Blick auf einige den Einzelstaat schwächende *und* andere ihn eher stärkende Entwicklungen, oder die gleichzeitige Berücksichtigung von Trends zur Verlagerung nationaler Regulierungsmechanismen auf internationale, supra- und transnationale Ebenen *sowie* zeitgleich solchen, die den nationalen Staat und den Transnationalismus zugleich beleben oder sogar speziell lokale Ebenen aufwerten, fehlen weitgehend.

Dem steht eine Reihe von Argumentationsfiguren entgegen, die auf die Pluralität von Einzelstaaten rekurrieren. Einige Theoretiker aus der newe Weberianischen Tradition, etwa Michael Mann, erklären diese u.a. aus der Eigendynamik der politischen und militärischen Machtgeflechte (Mann 1990, 15). Der globale Kapitalismus umfasst in dieser Perspektive wesentlich mehr Brüche und Unterschiede politischer Art, als dass sich aus ihnen ein poststaatliches, transnational integriertes System ableiten ließe. Andere, der marxistischen Tradition zuzurechnenden Ansätze, gehen von einer Wechselwirkung zwischen Nationalstaat und Globalisierung aus. Ist der Kapitalismus einmal historisch in nationalen Formen entstanden, so Ellen Meiksins Wood, und wurde er in anderen national organisierten Prozessen imitiert, reproduziert sich dieses System immer und immer wieder: „The inevitably uneven development of separate, if interrelated, national entities, especially when subject to imperatives of competition, has virtually guaranteed the persistence of national forms“ (Wood 2002, 24; vgl. Lacher 2002, Lacher 2005). Es wird die Position vertreten, dass das Unvermögen supra- bzw transnationaler Organisationen, die Widersprüche des Kapitalismus einigermaßen erfolgreich zu regulieren, für den Beibehalt des zwischenstaatlichen Systems sorgt: „[N]o transnational organization has come close to assuming the indispensable functions of the nation state in maintaining the system of property and social order, least of all the function of coercion that underlies all others. No conceivable form of ‘global governance’ could provide the kind of daily regularity or the conditions of accumulation that capital needs. The world today, in fact, is more than ever a world of nation states. The political form of globalization is, again, not a global state but a global system of multiple local states, structured in a complex relation of domination and subordination“ (Wood 2003, 19 f.). Auch und gerade die „transnational“ agierenden Einzelkapitalien profitieren von der politischen Fragmentierung des Raums, weil hierdurch die Ungleichheit der kapitalistischen Entwicklung (etwa ungleicher Arbeitsregime und Lohnkosten) fortgeschrieben wird.

¹⁸⁸ Ein gewisser OECD-Zentrismus in der Debatte verschließt zudem den Blick auf die vielfältigen Verwerfungen des Südens.

Von Nationalismusforschern wie Ernest Gellner oder Benedict Anderson stammt das ergänzende Argument, dass einzig die „Nationform“ die nötige soziale Kohärenz innerhalb von Gesellschaften sichern kann, die notwendig ist, um innerhalb eines dynamischen und zugleich krisenhaften Weltsystems überleben zu können. Die Rolle der Nation bzw. nationalistischer Bewegungen als mächtiger „imaginerter Gemeinschaften“ bleibt trotz aller Globalisierungstendenzen bestehen (Anderson 1996; Gellner 1991; Gellner 1999; vgl. auch Balibar 1998). Die Autoren erklären dabei, wie sich in der Geschichte der letzten 300 Jahre die nationale Form gegenüber anderen Formen (z.B. politisch-kommerzielle Stadtstaaten wie die Hanse) durchgesetzt hat und eine enorme Wirkmacht bis heute behält – als „der am universellsten legitimierte Wert im politischen Leben unserer Zeit“ (Anderson 1996, 12 f.).¹⁸⁹ An sich stellt die Globalisierung der Kapitalbeziehungen die Vorstellung homogener „Nationen“ kontinuierlich in Frage. Der kapitalistischen Vergesellschaftung ist jedoch zugleich eine typische Form der *Individualisierung* eigen, weil sie die Tendenz hat, alle sozialen Beziehungen, traditionellen kulturellen Gemeinsamkeiten und gemeinschaftlichen Orientierungen zu untergraben und fortwährend zu revolutionieren, die eine Gesellschaft überhaupt erst möglich und bestandsfähig machen. Das Gefühl der Unsicherheit, das Problem der sozialen Integration, gehört daher zu den Grundmerkmalen des Kapitalismus.¹⁹⁰ Die moderne Nation und der Nationalismus bilden das Feld, durch das der soziale Zusammenhalt symbolisch neu begründet werden kann: „Dies geschieht durch die auf Macht gestützte Erzeugung von Gemeinsamkeiten und Traditionen, die über lokale und partikuläre Beziehungen hinausgehen. Notwendig ist dies mit der Abgrenzung gegenüber einem Fremden, Äußerlichen, Exterritorialen verbunden. Mit der Vorstellung von „Nationalität“ kann sich die von Individualisierung geprägte, fragmentierte und von sozialen Gegensätzen zerrissene kapitalistische Gesellschaft als bestimmbarer und sinnhafter Zusammenhang, als Einheit begreifen. Dadurch gewinnt sie im Bewusstsein ihrer Mitglieder Konturen, Gemeinsamkeiten und Grenzen und verleiht den Individuen scheinbar einen Ort in Raum und

¹⁸⁹ Der moderne Staatsapparat entwickelte sich historisch vor der Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaften – so sind die Anfänge des kapitalistischen Staates in Westeuropa auf die Bemühungen absolutistischer Herrscher um die Gründung eines einheitlichen, zentral kontrollierten Staatsgebiets und Staatsvolks zurückzuführen. Hinzu kommen Elemente von „National“-Staatlichkeit, die dem Kapitalismus in gewissem Grade vorausgesetzt sind, was Anderson und Gellner mit der Bedeutung von Sprachen und materiellen Voraussetzungen in der Drucktechnik zu erklären versuchen (Gellner 1991, 73; Gellner 1990, 322 f.). Erst der *ausgebildete* Nationalstaat ist v.a. ein Produkt des sich global durchsetzenden kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhangs.

¹⁹⁰ Ein Bedürfnis nach Identität erklärt noch nicht die Existenz nationaler Separierungen. Diese sind künstlich, können aber dem Bedürfnis nach Identität einen gewissen Ausdruck verleihen. Identität jenseits der Nationen ist durchaus vorstellbar.

Zeit, vermittelt das Gefühl von Zugehörigkeit und existenzieller Sicherheit“ (Hirsch 2005, 68).¹⁹¹

Die Persistenz der „vielen“ territorialen Einzelstaaten „nur“ als historisches Produkt der Entstehung und Festigung des Kapitalismus in einem bereits vor dem Kapitalismus existenten zwischenstaatlichen System zu analysieren, greift daher m.E. zu kurz. Joachim Hirsch versucht über die rein „historische“ Erklärungsebene hinauszugelangen. Von der Möglichkeit eines „Weltstaats“ kann ihm zufolge nur dann gesprochen werden, wenn fälschlicherweise unter Kapitalismus ein einfaches Warentauschverhältnis, nicht aber eine auf Ausbeutung und Klassenwidersprüche beruhende Gesellschaft verstanden wird. Damit bezieht er sich auf ein Argument Claudia von Braunmühls, die bereits betonte, dass das „politische Moment von Herrschaft [...] im ökonomischen Gewaltverhältnis von Lohnarbeit und Kapital selbst enthalten ist“ (von Braunmühl 1976, 319), dieses aber nicht auf die theoretische Ebene hob. Die im Kern auf liberale Vorstellungen zurückgehende Idee, das System konkurrierender Einzelstaaten im Rahmen des Kapitalismus beseitigen zu können, ist Hirsch zufolge irrig. Denn damit würden die Institutionen zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft ebenfalls beseitigt: „Der Grund dafür, dass die Vielzahl der Staaten ein *konstitutives* Merkmal des Kapitalismus und keine historisch zufällige Erscheinung darstellt, liegt darin, dass die im kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus enthaltenen sozialen Widersprüche und Gegensätze, d.h. Klassenantagonismus und Konkurrenz sich nicht nur in der ‚Besonderung‘ des Staates gegenüber der Gesellschaft äußern, sondern dass sich diese zugleich über die Staatenkonkurrenz herstellt. Das Staatensystem ist ein struktureller Ausdruck der kapitalistischen Klassen- und Konkurrenzverhältnisse“ (Hirsch 2005, 59; vgl. Görg 2002, 289 ff.). Ohne den Einzelstaat würden grundlegende Mechanismen der Ausbalancierung von Konflikten sowohl innerhalb als auch zwischen den Klassen nicht mehr gewährleistet werden können (Hirst/Thompson 2002, 222 f.). Ohne die „nationalen“ Klassenspaltungen würden wesentliche kapitalistische Integrationsmodi wegfallen. Wenn die in wechselseitiger Konkurrenz stehenden Klassenangehörigen – die Lohnabhängigen ebenso wie die Unternehmer und andere Gruppen – auf staatlicher Ebene zusammengefasst werden, und sie in Gegensatz zu den entsprechenden Klassen außerhalb des staatlichen Territoriums gebracht werden, erhöhen sich die Aussichten auf eine dauerhaft gelingende Kapitalakkumulation.

¹⁹¹ Im Übrigen begründet die fiktive Ethnizität auch einen engen Zusammenhang zwischen Nationalismus und Rassismus sowie Frauenunterdrückung. Dies kann hier jedoch nicht diskutiert werden.

Die Besonderung des Staates ist Hirsch zufolge „entscheidende Grundlage des ‚Staatsfetischs‘, d.h. der Vorstellung, im Staat verkörpere sich ein über die gesellschaftlichen Ungleichheiten-, Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse hinausgehender ‚allgemeiner Wille‘. Entscheidend ist nun, dass die Durchsetzung und Erhaltung dieser Form die Abgrenzung der einzelnen Staaten mit den in ihnen institutionalisierten Klassenbeziehungen und -kompromissen gegen andere voraussetzt. In einem globalen Staat wären diese nicht möglich und der Staatsfetisch könnte nicht wirksam werden, womit eine entscheidende Legitimationsgrundlage der bestehenden Verhältnisse entfiel“ (Hirsch 2005, 59).

Hirsch begründet damit die Notwendigkeit „vieler“ Staaten im Zusammenhang mit den horizontalen *und* vertikalen Sozialkonflikten, wobei er die Bedeutung des „vertikalen“ Klassengegensatzes für das Beharrungsvermögen der vielen Staaten stärker hervorhebt als etwa David Harvey oder Henri Lefèbvre, die, wie beschrieben, eher die „horizontalen“ Konkurrenzverhältnisse zwischen den Kapitalien und die hiermit verbundenen raumzeitlichen Fixierungen von Kapital, auch und gerade des Produktivkapitals, als Grundlage der Persistenz der Einzelstaaten betonen. M.E. lassen sich die beiden Argumente miteinander verbinden und durch die These der *strukturellen Interdependenz* zwischen „Ökonomie“ und „Politik“ ergänzen. Die Bildung klassenübergreifender Koalitionen zur Sicherung des „Standortes“ ist absolut zentral für die Sicherung kapitalistischer Verhältnisse.¹⁹² Die hierfür notwendige *Kohärenz*, die Bildung von imaginierten Gemeinschaften (die nicht notwendig als Nationen vorgestellt werden müssen), ist bis auf Weiteres nur im Rahmen des Einzelstaates denkbar bzw. im (schwer zu realisierenden) Versuch der makro-regionalen staatlichen Integration. Zugleich stellen die raumzeitlichen Fixierungen des Kapitals hohe Ansprüche an den jeweiligen staatlichen Regulierungsapparat, die dieser aufgrund seiner Abhängigkeit von einer kontinuierlichen Kapitalakkumulation zu erfüllen versucht. Von der Inter- und

¹⁹² In seiner die Internationalisierungsprozesse sicherlich nicht unterschätzenden Studie kommt Dick Bryan zu folgendem Ergebnis: „Nonetheless, the spirit of a national collectivity remains critical. Apart from the obvious aspects of political stability, the policies which go under the label of competitiveness require popular adherence for their successful implementation as economic programs. This is why patriotism has become the critical adjunct of ‘competitiveness’, for the individualism and internationalism implicit in the latter cannot reproduce its own collective adherence. It requires a patriotic commitment, and here the state is pivotal, for it is the nation state which gives essentially global processes a national interpretation and national substance“ (Bryan 1995, 186).

Ähnliches gilt auch für die Rolle des nationalen Sozialstaates bei der „Abgrenzung“ gegenüber dem „Außen“, wie etwa Heide Gerstenberger schreibt, die im Konzept der Sozialstaatlichkeit zugleich die Festschreibung der „Nation“ sieht (Gerstenberger 2006, 526).

(teilweisen) Transnationalisierung der Ökonomie und der Klassenverhältnisse auf eine Auflösung des internationalen Staatensystems zu schließen, wäre daher ein Kurzschluss.¹⁹³

Die politische Fragmentierung des weltweiten Kapitalismus bildete seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die Basis internationaler Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse und somit eine Grundlage des kapitalistischen Imperialismus. Die kapitalistischen Staaten waren sowohl unerlässliche Apparate der Macht der Zentren über die Peripherien, als auch Mittel der Auseinandersetzung zwischen Segmenten der Machteliten der reichsten Staaten der Erde.

¹⁹³ Interessant ist, dass selbst Autoren in der Tradition des akteurszentrierten Institutionalismus wie Uwe Schimank zu einer ähnlichen These gelangen wie der Autor dieser Arbeit: Auch wenn die „Moderne“ von Beginn an in einem gewissen Sinne „Weltgesellschaft“ gewesen sei, war ihre Reproduktion als funktional-differenzierte Einheit doch bis heute nur durch eine „segmentär differenzierte“ Pluralität von „Nationalgesellschaften“ zu gewährleisten, wie er unter Bezug auf Luhmann erläutert (Schimank 2005). Schimank unterscheidet dabei drei Gruppen von Funktionen, die die Pluralität der Einzelgesellschaften hervorbringen und bewahren würden: Staatsgrenzen bieten *erstens* zentrale Voraussetzungen der „Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit“ individueller und korporativer Akteure in der Weltgesellschaft. Dazu gehören etwa die Bildung von „Identitätshorizonten“ – einer Orientierung am nationalen Interesse, was „das Konfliktniveau [zwischen den sozialen Klassen] in Grenzen“ hält (Schimank 2005, 403) – oder auch die (staatliche) Dämpfung von Konkurrenzkonstellationen, in denen sich Unternehmen bewegen. Zweitens sorgen Staatsgrenzen dafür, dass die Probleme weltgesellschaftlicher Integration bewältigbar bleiben („Sozial- und Systemintegration“). Drittens verschaffen gerade Staatsgrenzen der Weltgesellschaft bedeutsame „Redundanzen“ für Stabilität und geordneten Wandel (Schimank 2005, 407 ff.). Alles in allem erfüllen Staatsgrenzen für „Akteure in allen gesellschaftlichen Teilsystemen – einschließlich der Politik – in einer ganzen Reihe von Hinsichten die Funktion einer *komplexitätsreduzierenden Begrenzung von Sinnhorizonten* des Erlebens und Handelns“ (Schimank 2005, 399). Es sind noch keine supranationalen „funktionalen Äquivalente“ für das, was Staatsgrenzen leisten, gefunden worden.

3.2. INTERNATIONALE POLITISCHE INSTITUTIONEN: „RECHT DES STÄRKEREN“ UND „VERDICHTUNG ZWEITER ORDNUNG“

Weite Bereiche des (inner)gesellschaftlichen Lebens sind heute staatlich reguliert und reglementiert. Innerhalb der einzelnen Gesellschaften wird für gewöhnlich auf die Staatsapparate, in avancierteren Analysen auf den „erweiterten“ Staat, d.h. auch zivilgesellschaftliche Bereiche¹⁹⁴ verwiesen, um die zentralen Hebel zur Herstellung von Recht, Ordnung und gelingender Kapitalakkumulation hervorzuheben. Weniger erforscht ist die Frage, wie Recht, Ordnung und Garantien für eine reibungslose Kapitalakkumulation auf internationaler bzw. „inter-gesellschaftlicher“ Ebene zustande kommen, auf der nicht nur territoriale Einzelstaaten, sondern auch andere soziale Kräfte interagieren, miteinander kooperieren *und* kollidieren.

Um „internationale Politik“ im Kapitalismus zu verstehen, werden in der weiteren Argumentation zwei Dimensionen in ihrer wechselseitigen Durchdringung eingeführt, die charakteristische Unterscheidungsmerkmale der *inter-gesellschaftlichen* Beziehungen gegenüber den *innergesellschaftlichen* Beziehungen darstellen: Einerseits eine Dimension der „Unsicherheit“, der „Anarchie“, in der das Recht des Stärkeren gilt. Andererseits das um Kooperation bemühte, internationale (diplomatische) Agieren der Repräsentanten von Nationalstaaten und die (historisch späte) Entstehung einiger „verdichteter“ internationaler politischer Institutionen, die eine funktionierende Weltwirtschaft und eine Koexistenz vieler Einzelstaaten bis zu einem gewissen Grad garantieren.

Um die internationale Ebene besser verstehen zu können, ist ein Blick auf eine Form des Rechts hilfreich, die heute als überholt gilt oder gar kriminalisiert worden ist: das „Recht des Stärkeren“, das im wesentlichen als Selbsthilfe und Selbstverteidigung zu verstehen ist.¹⁹⁵

¹⁹⁴ Das Politische kann demzufolge im Sinne eines Vermittlungszusammenhangs zwischen Strukturen, Institutionen und Handeln als erweiterter Staat verstanden werden, d.h. auch Teile der „Öffentlichkeit“ und „zivilgesellschaftliche“ Organisationen umfassen. Für Gramsci stellt der erweiterte Staat eine Rekonfiguration von politischen und öffentlichen Prozessen dar. „Der erweiterte Staatsbegriff Gramscis hält dazu an, den ‚formellen‘ Staat im engen Sinn mit dem ‚informellen‘ der Zivilgesellschaft zusammen zu denken“ (Haug 2003c, 156).

¹⁹⁵ In kapitalistischen Verhältnissen sind Bestandteile des Rechts des Stärkeren dennoch vorhanden. „Den bürgerlichen Ökonomen schwebt [...] vor, dass sich mit der modernen Polizei besser produzieren lasse als z.B. im Faustrecht. Sie vergessen nur, dass auch das Faustrecht ein Recht ist, und dass das Recht des Stärkeren unter anderer Form auch in ihrem ‚Rechtsstaat‘ fortlebt“ (Marx 1961, 619 f.). Die für den Kapitalismus charakteristische „Vertragstreue“ (Sombart 1922, 31 ff.) ist nur relativ. Ein offener Konflikt um einen Vertrag kann immer wieder zur „Gewalt“ eskalieren (z.B. ein wilder Streik oder eine Aussperrung), um die eigene Vorstellung des Vertrags (bzw. dessen, was als Vertragsbruch gewertet wird) durchzusetzen.

Was innerhalb von (stabilen) Staaten fast obsolet geworden ist¹⁹⁶, trifft auf die Beziehungen *zwischen* Staaten weniger zu. Das Grundrecht der Gleichheit auf der internationalen Ebene bezieht sich vor allem auf das sogenannte Grundrecht der Achtung. Das Recht des Stärkeren war und ist daher ein wesentlicher Aspekt des zwischen-gesellschaftlichen Verkehrs. Macht und Einfluss in internationalen Organisationen hängen hiervon entscheidend ab. Militärische Stärke etwa gilt als „diskrete Hintergrundinformation“ über die Kräfteverhältnisse (Müller/Schörnig 2006, 15). Daher auch herrscht in der Außenpolitik eine andere Form von „Rationalität“. Die Diplomatie als ein Bereich außenpolitischen Wirkens wird nicht umsonst als ein weit weniger reguliertes, routinisiertes und vorhersagbares Handeln als das in innergesellschaftlichen Institutionen betrachtet.

Eine kritische Theorie internationaler Beziehungen muss diese anarchischen und asymmetrischen Verhältnisse in der internationalen „Staaten-“ und „Gesellschaftswelt“ berücksichtigen, ohne der Unterkomplexität des Neorealismus zu verfallen. Die Tatsache, dass die neorealistic Schule als Wortführer der These der Anarchie nicht nur in den Vereinigten Staaten entgegen einiger Vorhersagen weiterhin über erheblichen Einfluss verfügt, hat nicht nur mit dem finanziellen und intellektuellen Einfluss ihrer Mentoren zu tun, sondern reflektiert auch die fortgesetzte Wirkmächtigkeit zwischenstaatlicher Konflikte. Daher reicht die für die „deutschen“ Internationalen Beziehungen charakteristische, konstruktivistisch untermauerte *normative Kritik* am Neorealismus nicht aus.¹⁹⁷ Auch der Sachverhalt, dass eine Theorie „einseitig“ oder „unterkomplex“ ist, beantwortet noch nicht die Frage, ob sie nicht dennoch wesentliche Aspekte der internationalen Wirklichkeit

Vor dem Kapitalismus drückte sich das sogenannte „Faustrecht“ z.B. in der Bewaffnung feudaler Lokalherrscher, der gesellschaftlichen Akzeptanz von „Blutrache“ oder dem mittelalterlichen System der „Fehde“ aus.

¹⁹⁶ Heute kann das Recht zur Notwehr als ein Überbleibsel des Rechts des Stärkeren bezeichnet werden. Mit dem Aufkommen privater Sicherheitsdienste taucht es in neuer Gestalt wieder auf, in gesellschaftlichen Krisenprozessen oder gar bei „Staatszerfall“ war es nie ganz verschwunden.

¹⁹⁷ Reinhard Wolf bezeichnet die machtpolitische Wende in der Außenpolitik besonders der USA nach 2001 als die wohl größte Leerstelle in der einflussreichsten Zeitschrift des IB-Diskurses in Deutschland, der *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, weil diese „augenscheinlich kaum zu den theoriegeleiteten Erwartungen“ der meisten Autoren passte (Wolf 2004, 315). Selbst Zürn spricht in einem Aufsatz von der „Re-Realisierung“ der internationalen Politik, und warnt davor, die „machtpolitischen Grenzen“ der institutionalistischen und liberalen Theorien nicht zu übersehen (Zürn 2003, 34 f.). Die sich auf den Global Governance-Diskurs berufenden IB-Theoretiker mussten insbesondere im Zusammenhang mit dem Irakkrieg 2003 konzedieren, dass das „Spezifische dieses Krieges und seine Wirkungen [...] zuweilen Ratlosigkeit ausgelöst haben“ (Hauswedell u.a. 2003, V). Zur Kritik des Konstruktivismus, vgl. Teschke/Heine 2002. Auch wenn diese Strömung in der Disziplin der IB etwa zur Denaturalisierung gesellschaftlicher Phänomene beigetragen hat (oder zu Recht den Transhistorismus des Neorealismus kritisiert), unterschätzt sie die Wirkmacht bzw. verselbständigte Eigendynamik kapitalistischer Strukturen, wenn sie erst einmal gesellschaftlich „konstruiert“ wurden.

thematisiert. Gopal Balakrishnan stellt fest: „Realism is the spontaneous representation of this field [der zwischenstaatlichen Konflikte] from the perspective of the outwardly turned apparatus that embodies the entire state in its relations to other states. However fictional this representation, it is an objectively operative function“ (Balakrishnan 2004, 159). Und Rosenberg ergänzt: „Let us therefore give the Realists their due. [The] phrase ‘anarchical society’ would capture this very well if it did not bring the usual baggage of reification with it. [...] And it has been the great failure of earlier critiques of realism, (my own included), that they have generally proceeded by trying to downplay, gainsay or even wish away this strategic dimension, rather than by capturing and decoding its contents within a genuinely sociological definition of ‘the international’. In this respect, in fact, the Realists have been keepers of the seal of ‘the international’ – even if they have also, to the enduring frustration of their critics, kept it sealed away“ (Rosenberg 2006, 324).

In den letzten Jahrzehnten haben die Reichweite und Intensität, mit der internationale bzw. supranationale politische Institutionen weltweit wirken, zu der These einer Verrechtlichung bzw. Institutionalisierung und damit letztlich Zivilisierung und Harmonisierung der internationalen Beziehungen geführt (vgl. Albrow 1998, Beck 1998, Rosecrance 2001).¹⁹⁸ Um diese Thematik kritisch zu hinterfragen, werden nun in die von mir vertretene These einer Weltordnung, in der das Recht des Stärkeren sowie eine internationale bzw. intergesellschaftliche Anarchie eine zentrale Rolle spielen, die Ergebnisse einiger (neo-)institutionalistischer und (neo-)marxistischer Untersuchungsansätze auf dem Gebiet der Internationalen Beziehungen integriert. Letztere Ansätze widersprechen der These, dass die sich verstärkenden ökonomischen Inter- und Transnationalisierungstendenzen sowie die Delegation von staatlichen Aktivitäten auf supranationale Ebenen zu einer neuartigen Qualität globaler Vergesellschaftung geführt haben, erst einmal *nicht* grundsätzlich (wiewohl sie sie an bestimmten Stellen relativieren¹⁹⁹), ziehen jedoch weniger optimistische Schlussfolgerungen.²⁰⁰

¹⁹⁸ Kritische „Friedensentwürfe“ in der Disziplin der IB, darunter das „zivilisatorische Hexagon“ (vgl. Senghaas 1997, 562 ff.; Senghaas 1995), vermischen dabei normative und deskriptive Elemente der Analyse. Sie haben viel von einer idealtypischen Beschreibung eines gewünschten Funktionierens der Gesellschaft. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass innergesellschaftliche Prinzipien bzw. Prozeduren auf das System internationaler Beziehungen projiziert werden, ohne deren widersprüchlichere Realität vollständig in den Blick zu nehmen.

¹⁹⁹ Faktisch haben die kapitalistischen Staaten schon immer international agiert und dabei Strukturen errichtet, ohne die die Internationalisierung des Kapitals gar nicht hätte funktionieren können (vgl. Picciotto 1993).

²⁰⁰ Die Transnationalisierung der Produktion etwa in der Elektronik- und Kommunikationsindustrie in Form der Kontraktfertigung ist ein Aspekt dieser Entwicklung, in der z.B. Staaten nicht nur „ihre“

Um die Bildung und Verfestigung *inter- und teilweise supranationaler politischer Institutionen*²⁰¹ analysieren zu können, muss deren relative Eigendynamik in den Blick genommen werden. Bereits damit gerät man in Gegensatz zur vorherrschenden neorealistischen Auffassung, der zufolge diese Institutionen einfach die internationale Machtverteilung abbilden (vgl. für den deutschen Kontext: Link 1999, 106). Politische „Institutionen“ können in einem ersten Schritt als ein Ausdruck der grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen und der in ihnen handelnden Akteure begriffen werden.²⁰² Auf einer allgemeinen Ebene werden Institutionen als fortwährend reproduzierte Regeln und Handlungsressourcen verstanden, als gesellschaftlich akzeptierte und relativ stabile Muster sozialer Interaktion. Institutionen erzeugen *Verhaltensregelmäßigkeiten* durch soziale Normen, rechtliche Regeln und Verteilungsverfahren von Macht und kulturellen Ressourcen. Institutionalisierte soziale Handlungsmuster ermöglichen so bestimmte Formen sozialen Handelns oder schließen sie aus (Zintl 1999, 179 ff.). Das Ziel von Institutionen besteht in der Schaffung stabiler, reziproker Handlungserwartungen und der Ermöglichung von Kooperationsbeziehungen. Durch Institutionen werden die Handlungsspielräume durch eine *Erwartungsstabilisierung* erweitert – so zumindest die Annahme optimistischer Institutionalist: Institutionen verlängern die aktuellen Konstellationen ein Stück weit in die Zukunft. Anthony Giddens versteht Institutionen als relativ dauerhafte Gebilde, die gesellschaftliche Praktiken verstetigen (Giddens 1997, 223). Institutionen sind zugleich keine

Heimatkonzerne, sondern stärker auch ausländische Firmen unterstützen bzw. subventionieren (Lüthje/Schumm/Sproll 2002).

Der Versuch der Bildung von „Offshore-Komplexen“ in Europa stellt z.B. die internationale Vermarktung der Regulierungskompetenz souveräner Nationalstaaten dar (Gerstenberger 2006, 532 f.). Das bedeutet, dass ein souveräner Staat ausländischen Investoren die Möglichkeit bietet, auf seinem Hoheitsgebiet von rechtlichen Regelungen zu profitieren, die für die Staatsbürger des betreffenden Hoheitsgebiets nicht gelten. Die herkömmliche Einheitlichkeit und Allgemeingültigkeit des Rechts in einem Staatsgebiet werden damit unterminiert. Allerdings muss auf den umkämpften Charakter der Offshore-Komplexe hingewiesen werden. Wie die Auseinandersetzung um die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union („Bolkestein-Richtlinie“) gezeigt hat, handelt es sich hierbei nicht einfach um das vorherbestimmte Ergebnis einer supranationalen Richtlinienkompetenz, sondern um einen offenen Prozess. Wie jenes Beispiel zudem anzeigt, sind es souveräne Nationalstaaten gewesen, die durch ihre Delegierten in EU-Gremien diesen Prozess in Gang setzten.

²⁰¹ Der neuartige *Supranationalismus* kann von klassischen *intergouvernementalen* Beziehungen unterschieden werden, in denen die Interaktionen souveräner Staaten „nur“ zu einer *Delegation* von Macht an internationale politische Institutionen führten. Um zugleich der Übertreibung vorzubeugen, dass supranationale Politik bloß jenseits der einzelstaatlichen Strukturen ablaufen würde, kann von *Transgouvernementalismus* gesprochen werden (vgl. Knodt/Jachtenfuchs 2002).

²⁰² In den (neo-)institutionalistischen Ansätzen werden der Grad an Autonomie gegenüber Organisationen und die Rolle von Macht, Interessen und strategischem Handeln im Verhältnis zu Institutionen unterschiedlich bewertet. Daher wird der Institutionenbegriff als „theoretisch amorph“ kritisiert (Lepsius 1995, 394). Unterschiedliche Konzepte der politischen Institution werden diskutiert in: Fuchs 1999, 161ff.

bloß konstituierten Handlungsarenen, sondern wirken konstituierend auf Akteure und Strukturen zurück. Für die hier vorliegende Fragestellung ist die Untersuchung von *politischen* Institutionen wesentlich. Da diese intentional geschaffen werden, etwa über intergouvernementale Vereinbarungen, können sie von anderen *sozialen* Institutionen unterschieden werden.

Im Bezug auf die internationalen Beziehungen zwischen Staaten stellt sich nun die folgende Frage: Wie wirkt sich die verstärkte Bedeutung internationaler politischer Institutionen auf das Verhältnis bzw. die Artikulation von internationalen (bzw. inter-gesellschaftlichen) Konflikten und Kooperation aus?²⁰³ Erst einmal gilt es festzuhalten, dass die modernen Staaten zwar im Zusammenhang wechselseitiger Konflikte entstanden sind, sich aber schon früh gewissen Zwängen der *Konfliktregelung* unterwerfen mussten – etwa der Anerkennung der äußeren „Souveränität“ oder der Immunität diplomatischer Vertretungen (Giddens 1987, 255-293). Im 19. und 20. Jahrhundert entstand eine Reihe von Feldern zwischenstaatlicher Regelung, etwa im internationalen Wirtschaftsverkehr, die privaten Wirtschaftsinteressen diene. Bereits vor 1914 gab es eine Reihe zwischenstaatlicher Konventionen und Institutionen, die bestimmte Normen international festzuschreiben versuchten. Allerdings nahm die Zahl internationaler politischer Institutionen nach 1945 erheblich zu, was auf ein erhöhtes Kooperationsinteresse zumindest der starken Staaten schließen lässt (vgl. Rittberger/Zangl 2003).

Einer bekannten Typisierung zufolge lassen sich gegenwärtig vier Formen internationaler politischer Institutionen unterscheiden (Zürn/Zangl 2003, 88 f.). Erstens die internationalen *Organisationen*: Sie sind als handlungsfähige Institutionen zu verstehen und agieren gleichzeitig in mehreren „Problemfeldern“ internationaler Politik (UNO, EU, WTO, NATO, aber auch, auf der zivilgesellschaftlichen Ebene, Greenpeace oder Oxfam). Den zweiten Typ bilden die internationalen *Regime*: Sie regulieren als inhaltliche und prozedurale Normen und Regeln das Verhalten in einem „Problemfeld“, ohne dabei „Akteursqualität“ zu besitzen (z.B. das ehemalige GATT, das Menschenrechtsregime der UNO oder die Abrüstungsregime zwischen der USA und der UdSSR). Drittens werden internationale *Netzwerke* auf einer

²⁰³ Eine weitere, hier nicht weiter diskutierte Frage ist die nach der Bedeutung nicht-staatlicher Akteure auf der internationalen Ebene. Bereits in früheren Phasen der Entstehung internationaler Organisationen spielten zivilgesellschaftliche Akteure eine Rolle. Auch im Hinblick auf die Formulierung internationaler Politik artikulierten sich auf staatlicher Ebene zivilgesellschaftliche Interessen (vgl. Cox 1998b). Wie heute etwa große Teile der Nichtregierungsorganisationen vor dem Hintergrund der Entstehung neuer Politikinhalt und Steuerungsproblemen zur Internationalisierung politischer Regulierungskomplexe beitragen, wird u.a. reflektiert in: Brand/Demirovic/Görg/Hirsch 2001.

Ebene unterhalb der Regime angesiedelt, weil sie zwar prozedurale Normen und Regeln, nicht aber bindende Verpflichtungen umfassen (G8-Gipfel, Weltwirtschaftsforum). Viertens können internationale *Ordnungsprinzipien* als Institutionen bezeichnet werden, die als grundlegende, die internationale Politik strukturierende Normen anzusehen sind (etwa die Anerkennung der Souveränität der Staaten oder von Menschenrechtsdeklarationen der UNO). Zürn/Zangl entwickeln im Anschluss an diese Unterscheidungen die These einer neuen „postnationalen Konstellation“ (Zürn/Zangl 2003, 170). Aufgrund der gestiegenen Bedeutung internationaler Institutionen habe sich die Politikformulierung zunehmend von der nationalen Ebene abgelöst und ihren Charakter geändert. Dabei habe der Globalisierungsschub sogar die bisher streng an die nationale Ebene gebundene materielle Ressourcenbasis der Politik zumindest in Frage gestellt. Zudem würde heute die Souveränität bzw. Legitimität jeder Regierung anhand internationaler Regeln und Normen beurteilt. „Externe Legitimationskontrollen“ durch Organisationen wie IWF, WTO, aber auch NGOs, könnten Staaten zunehmend Probleme bereiten. Zürn/Zangl gehen von einer „Transnationalisierung der Sicherheitsprobleme“ aus, die von den wichtigsten Akteuren mit einem „supranationalen Regieren“ in den Sicherheitsbeziehungen zu beantworten versucht würde (Zürn/Zangl 2003, 206-245). Ein *gemeinsames* Interesse an Problemlösungen wird dabei mehr und mehr zum bestimmenden Faktor der Weltpolitik.

Diese These der „postnationalen Konstellation“ ist u.a. von Ulrich Brand kritisiert worden, der eine neomarxistische bzw. „neo-poulantzianische“ Konzeption internationaler Politik zu entwickeln versucht.²⁰⁴ Im Gegensatz zu den Globalisierungsoptimisten Zürn/Zangl versteht Brand die internationalen politischen Institutionen als materielle Verdichtungen oder Kondensierungen von Kräfteverhältnissen. Sie sind dabei nicht einfach als direkter Ausdruck von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu begreifen. Für ihn sind Kondensierungen vielmehr *Konzentrationen*, d.h. gesellschaftliche Formationen mit eigener Materialität, die eine stabilisierende Funktion und eine gewisse Dauerhaftigkeit besitzen können.²⁰⁵ Internationale politische Institutionen sind in dieser Sichtweise Verdichtungen konfligierender und nur teilweise in einen Kompromiss einzubindender Interessen. Da diese Interessen auf

²⁰⁴ Dabei kritisiert Brand u.a. die Machtblindheit der (neo-)institutionalistischen Theorien.

²⁰⁵ Brand diskutiert den Kampf verschiedener Klassenfraktionen um die Notwendigkeit von „internationaler Regulation“ und die Möglichkeit einer „globalen Hegemonie“ (Brand 2006, 237-261). Letztere hat sich ihm zufolge nicht herausgebildet. Eher sei von einer „fragmentiert-hegemonialen Entwicklungsweise“ auszugehen, in der insbesondere periphere Gesellschaftsformationen ausgeschlossen sind (Brand 2006, 261).

der nationalstaatlichen Verdichtung von Kräfteverhältnissen aufbauen, handelt es sich um die „Verdichtung von Kräfteverhältnissen *zweiter Ordnung*“ (Brand 2006, 266 ff.).

Mit dieser Überlegung kann es gelingen, eine dichotomische Konzeptualisierung des Verhältnisses zwischen nationalen und internationalen Prozessen zu überwinden, wie sie von mir in der Diskussion der Ebene des Internationalen eingefordert wurde.²⁰⁶ Brand knüpft damit an Poulantzas an, der bereits von einem „dialektischen“ Verhältnis von „Innen“ und „Außen“ sprach: „Ein für alle mal muss mit der mechanistischen [...] Auffassung des Verhältnisses von *internen Faktoren* und *externen Faktoren* gebrochen werden. In der gegenwärtigen Phase des Imperialismus gibt es, strenggenommen, nicht auf der einen Seite die externen Faktoren, die lediglich von ‚außen‘ wirken, und auf der anderen Seite die in ihrem eigenen ‚Raum‘ ‚isolierten‘ internen Faktoren. Das Postulat vom Primat der internen Faktoren bedeutet, dass die jedem Land von ‚außen‘ gesetzten Koordinaten der imperialistischen Kette – weltumspannendes Kräfteverhältnis, Rolle dieser oder jener Großmacht usw. – *auf diese Länder nur kraft ihrer Interiorisierung wirken*, durch Verknüpfung mit deren jeweiligen Widersprüchen, die wiederum, in einigen ihrer Aspekte, als *induzierte Reproduktion* von Widersprüchen der imperialistischen Kette in den verschiedenen Ländern zutage treten“ (Poulantzas 1977, 20). Die „Interiorisierung“ außerhalb des Nationalstaates stattfindender Entwicklungen ist nicht nur ein wichtiges Bindeglied für die Verdichtung von *nationalen* Kräfteverhältnissen. Diese wirken umgekehrt auf die *internationale* Ebene zurück: „Mit der Metapher der Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse ‚zweiter Ordnung‘ ist zwar die internationale Ebene gemeint, aber eben keine Hierarchie internationaler Politiken gegenüber nationalen oder umgekehrt. Vielmehr geht es darum, dass sich partikulare Interessen in nationalen Staaten zu einer am Allgemeininteresse orientierten Politik verdichten (Verdichtung ‚erster Ordnung‘). Diese verdichteten Kräftekonstellationen äußern sich international im Sinne der Verfolgung ‚allgemeiner‘ bzw. ‚nationaler‘ Interessen.

²⁰⁶ Das sollte auch für den Bereich der *staatlichen Souveränität* gelten. Das Konzept der Souveränität verweist auf die Möglichkeit, Macht ohne den Bezug auf Recht und Moral als Legitimationsgrundlage auszuüben. Die bedingungslose Akzeptanz staatlicher Souveränität wird etwa durch die Rechtfertigung humanitärer Interventionen wegen der „Verletzung von Menschenrechten“ innerhalb von Staaten in Frage gestellt worden. Die Institutionen der „Global Governance“ wie die G8, der UN-Sicherheitsrat oder die WTO deuten darauf hin, dass Souveränität *Mischformen* annimmt, und staatliche Handlungen oft nicht mehr allein unter Bezug auf die jeweiligen nationalen Verfassungen legitimiert werden können, sondern auch der Autorität einer internationalen Einrichtung und deren Normen unterliegen. Die Formen staatlicher Souveränität wandeln sich also. Allerdings waren Staaten niemals wirklich souverän, immer waren staatliche Handlungsspielräume von innen wie von außen eingeschränkt und unter Druck. „Außen“ und „Innen“ waren nie so klar gesondert, wie das etwa in starken Globalisierungsthesen unterstellt wird. Starke Staaten haben schon immer in kleine Staaten hineinregiert.

Sie müssen nicht per se gegen andere Staaten gerichtet sein, sondern können kooperativ sein und/oder sich an der Bearbeitung von Weltproblemen orientieren. Die auf internationaler Ebene vertretenen und durchaus situativ veränderbaren Interessen, Wertvorstellungen und Identitäten treffen auf internationalen politischen Terrains auf andere ‚nationale Interessen‘ (darin gehen Identitäten und Normen ein) sowie auf nicht-staatliche Partikularinteressen. Dabei werden spezifische Strategien oder gar umfassendere Projekte von einzelnen Staaten oder Staatengruppen oder komplexeren Allianzen formuliert“ (Brand 2006, 267).²⁰⁷

Damit können internationale politische Institutionen als „strategische Felder“ betrachtet werden, auf denen staatliche (und nicht-staatliche) Akteure um die Stärkung und Verstetigung ihrer Positionen ringen. Sie sind dabei an nationale Kräfteverhältnisse und ökonomische Entwicklungen rückgebunden: „Bedingt durch die Art ihrer Konstituierung als verdichtete Kräfteverhältnisse ‚zweiter Ordnung‘ agieren internationale politische Institutionen jedoch nicht autonom oder als neutrale Akteure, die über den Nationalstaaten stehen“ (Brand 2006, 282). So verfügen die internationalen politischen Institutionen als „Teile des internationalisierten Staates“ über „keine autonome Macht, sondern über strategische Kapazitäten, die zum einen ihre Existenz und zum anderen bestimmte Politiken ermöglichen“ (Brand 2006, 283).²⁰⁸

Die These soll am Beispiel der Welthandelsorganisation (WTO) kurz illustriert werden. Diese internationale Organisation hat eine besondere Dichte und relative (supranationale) Eigenständigkeit ausgebildet, was sie insbesondere (aber nicht nur) gegenüber schwachen Staaten in eine dominierende Position bringt.²⁰⁹ Die WTO ist ein Beispiel dafür, dass die

²⁰⁷ *Nationale Interessen* werden in dieser Arbeit als im Prinzip objektiv vorhandene, aber zugleich immer auch subjektiv wahrgenommene betrachtet. Zwischen den inter- sowie inner-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eines Staates und den Interpretationen und politischen Strategien der Staatsorgane, diesen Bedingungen Rechnung zu tragen, besteht eine Spannung. Es bleibt den handelnden Akteuren in einem gewissen Rahmen vorbehalten, wie sie ihren jeweiligen Spielraum interpretieren und diesen auszufüllen bzw. zu erweitern suchen.

²⁰⁸ Brand zufolge finden die Verdichtungen in internationalen politischen Institutionen auf unterschiedlichen „Regelungsfeldern“ statt. Für die Herstellung einer gewissen Kohärenz einzelner Regelungsfelder sind hegemoniale Projekte von zentraler Bedeutung (Brand 2006, 268). Zudem müssen rivalisierende Interessen, Auseinandersetzungen um Ressourcen sowie einseitige oder gegenseitige Nicht-Anerkennung berücksichtigt werden. Zudem muss von einer selektiven Indienstnahme internationaler Institutionen je nach Bedeutung für die eigene Reproduktion ausgegangen werden.

²⁰⁹ Jens Wissel kommt in seiner Untersuchung zum Schluss: „Es gibt eine Erweiterung des indirekten Zugangs zur WTO, was auf der einen Seite die Abhängigkeit der Organisation von den in der WTO agierenden Staaten verringert, sie aber auf der anderen Seite unter den Einfluss ressourcenstarker Privatakteure insbesondere von transnational ausgerichteten großen Konzernen, geraten lässt. Es gibt eine Verselbstständigung des Streitschlichtungsverfahrens und eine eigenständige Fortbildung von Recht, die nicht unmittelbar unter dem Einfluss mächtiger Staaten oder mächtiger Wirtschaftsvertreter

Formulierung einer Politik der sich internationalisierenden Einzelkapitalien und der an der Internationalisierung ausgerichteten Staaten in verstärktem Ausmaß durch internationale Institutionen vermittelt wird, diese Politik aber gleichzeitig in einem Gegensatz zu den in den einzelnen Gesellschaften institutionalisierten gesellschaftlichen Klassen- und Akkumulationsverhältnissen stehen kann.²¹⁰ Verschiedene sozialräumliche Ebenen der Politik können sich in einem strukturellen Konkurrenzverhältnis befinden.²¹¹ Es kann davon ausgegangen werden, dass die verschiedenen einzelstaatlichen Räume (zumindest der starken Staaten) weiterhin zentrales Handlungsfeld der Machteliten bleiben – selbst dann, wenn sich die Inter- und Transnationalisierungsprozesse sowie die Bedeutung der WTO weiter intensivieren sollten. Bei der Aufwertung der internationalen Ebene geht es nicht um ein Nullsummenspiel, bei dem die internationale Ebene „auf Kosten“ der nationalen bedeutsamer wird (Görg/Wissen 2003, 641). Gegenüber harmonisierenden (neo-)institutionalistischen (und anderen) Ansätzen muss betont werden, dass es aufgrund der Existenz verschiedener Regelsysteme und Handlungsorientierungen bei der Durchsetzung von Interessen zu Auseinandersetzungen kommen kann, wobei unter Umgehung der „multilateralen“ WTO-Regelungen auf „bilaterale“ oder „plurilaterale“ Regelungen ausgewichen und auch zwischenstaatliche Machtpolitik betrieben wird (UNCTAD 2005, 23-31).²¹² Die „Krise der WTO“ seit 2003, ausgelöst durch Konflikte innerhalb des „Nordens“ sowie zwischen dem „Norden“ und dem (eine Reihe entwickelter kapitalistischer Volkswirtschaften umfassenden) „Süden“, kann in dem genannten Kontext erklärt werden. „Die WTO, das sollte nicht vergessen werden, ist in einer Phase geschaffen worden, in der amerikanischer

steht. Schaut man sich aber das gesamte WTO-Regime an, so lässt sich feststellen, dass die flexible Einbettung und die entsprechende Selektivität des Regimes sowie die in dem Regime wirkenden strukturellen Machtbeziehungen, bisher keine stabile institutionelle Struktur hat entstehen lassen“ (Wissel 2007, 186).

²¹⁰ Das gilt gegenwärtig auch und gerade für die „makro-regionale“ Ebene. *Regionale Handelsvereinbarungen* sind die wichtigste Ausnahme, die die WTO gegenüber dem Prinzip der „Nichtdiskriminierung“ zulässt, dem zufolge Handelsvorteile, die ein Mitgliedsstaat der WTO einem anderen gewährt, allen anderen WTO-Mitgliedsstaaten auch gewähren muss (Ravenhill 2005, 117 ff.).

²¹¹ „Through the W.T.O., dominant states conduct and arbitrate competitive inter-state commerce among themselves and with less advanced states [...]. Although each W.T.O. member-state exercises one vote, the U.S., international hegemon, or other powerful states, such as Japan, use their greater economic, political, and legal resources to implement their own self-interested agendas, override or ignore other members' suggestions, objections, or counterproposals, or agitate for further rounds [...] Thus, by 1998, the U.S. prevailed in 9 W.T.O.-arbitrated disputes, settled seven cases, and lost only four [...]. By 2003, the U.S. was non-compliant with six W.T.O. rulings, including persistently ignoring \$ 4 billion sanctions against a subsidy to industrial exporters, as it urges W.T.O. sanctions against other states“ (Gritsch 2005, 10).

²¹² In den letzten Jahren hat der Bilateralismus in der Handelspolitik (sowie der Regionalismus hinsichtlich von Währungszonen) erheblich zugenommen (Dieter 2005, 194-208).

Unilateralismus weit weniger bedeutend war als er es heute ist. Am Ende des Kalten Krieges und nach einer schweren Wirtschaftskrise Anfang der 1990er Jahre gab es, für einen kurzen Moment, in den USA eine gewisse Unterstützung für eine multilaterale Ordnung. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts würden die USA der Schaffung einer WTO wahrscheinlich nicht mehr zustimmen“ (Dieter, 2003, 605).²¹³

Der Grund für diese kooperativ-konfliktiven Gemengelage ist die Unmöglichkeit einer dauerhaften Herstellung von Ordnung auf der globalen Ebene, selbst durch eine hegemoniale Macht. Es gehört zu den wesentlichen strategischen Dilemmata der Einzelstaaten, auch in ihren internationalisierten Ausprägungen, dass ihre Handlungsspielräume entscheidend von Bedingungen abhängen, die eben nicht alleine von ihnen bestimmt werden. Auch internationale politische Institutionen bleiben eingebunden in politische und (in der Disziplin der IB vernachlässigte) sozio-ökonomische Verhältnisse, die wesentlich von anderen Akteuren bestimmt werden. Internationale Prozesse sind und bleiben Prozesse ohne steuerndes Zentrum. Die Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten und die daraus folgende Instabilität markieren die Grenzen der internationalen Koordination. Weil zudem die zentrale Frage des *internationalen Gewaltmonopols* als ungelöst betrachtet werden muss (Köbler 2003, 539 f.)²¹⁴, ist davon auszugehen, dass die „unterschiedlichen Regulierungszusammenhänge ein ebenso komplexes wie relativ inkohärentes *Netzwerk der internationalen Regulation* [darstellen]. Dieses zeichnet sich dadurch aus, dass sich in seinen einzelnen Teilen sehr ungleiche Wirkungsreichweiten, Macht- und Dominanzverhältnisse manifestieren. Es ist durch deutliche Hierarchisierungen und damit höchst selektive Möglichkeiten der Problemthematisierung und Interessenberücksichtigung gekennzeichnet“ (Hirsch 2005, 153). Selbst Zürn/Zangl konzedieren, dass „postnationales“ Regieren je nach

²¹³ Letztere These erscheint allerdings ein wenig übertrieben.

²¹⁴ Im Rahmen der liberalen und neoinstitutionalistischen Ansätze einer „Weltinnenpolitik“ wird die Forderung nach einem internationalem Gewaltmonopol gestellt, die organisatorisch die Form einer Weltpolizei annehmen soll (Eppler 2002, 109). Faktisch wird das Gewaltmonopol im Zeitalter der „Globalisierung“ jedoch nicht an „internationale Institutionen delegiert und damit auch nicht auf überstaatlicher Ebene neu konstituiert. In der OECD-Welt bilden sich keine mit dem Staat konkurrierenden Organisationen heraus, die ebenfalls das Gewaltmonopol beanspruchen. Allerdings entstehen bei konkreten Einsätzen von Polizei und Militär Formen von zwischenstaatlicher Zusammenarbeit, in denen versucht wird, hohe operative Effizienz mit größtmöglicher Autonomieschonung zu verbinden. Letztlich bleibt der Einsatz von Polizei und Militär unter strikter staatlicher Kontrolle, und es sind keine Anzeichen erkennbar, dass internationale Institutionen eigenständig, also ohne Rückgriff auf ihre Mitgliedstaaten, über Polizei- oder Militärkräfte verfügen werden“ (Jachtenfuchs 2006, 89). Einschränkend geht der Autor davon aus, dass internationale Institutionen zunehmend die Bedingungen und die Rechtfertigungsgründe für den Einsatz des Gewaltmonopols bestimmen.

Bereich und Region unterschiedlich fortgeschritten ist. Außerdem sind die materiellen Ressourcen (v.a. Steueraufkommen) weiterhin bei einzelstaatlichen Institutionen konzentriert. Es gibt „kaum Indizien dafür, dass der Staat nennenswerte Ressourcen an internationale Institutionen abgibt“ (Zürn/Zangl 2003, 164; vgl. Esser 1999, 128).

Die im relativen Einklang herrschender Machteliten gebildeten internationalen politischen Institutionen müssen nicht von Dauer sein. Entweder sie passen sich an neue Interessenskonstellationen an und verändern (wie etwa der IWF/Weltbank-Komplex ab den 1970ern) ihre Aufgaben oder aber sie verlieren an Bedeutung (wie etwa bestimmte UN-Sonderorganisationen). All dies vollzieht sich in einem Wechselverhältnis von intergesellschaftlichen Beziehungen, in denen die Handlungen von Machteliten eine wichtige, aber keineswegs die allein ausschlaggebene Rolle spielen müssen. Internationale Organisationen und Regime sind nur ein Strukturelement der intergesellschaftlichen Ebene unter anderen. Die Eigendynamik von marktlichen Prozessen, die hiermit verbundenen, mitunter rasant sich verändernden einzelstaatlichen ‚policies‘, das Verhältnis von quasi-staatlichen und privaten Akteuren sowie die innenpolitischen Rückwirkungen spielen ebenfalls eine maßgebliche Rolle. Sozio-ökonomischen Krisen stellen die Routinen von institutionellen Prozessen in Frage und erfordern (oft schmerzliche und umkämpfte) „Anpassungen“ an neue Konstellationen. Eine Verengung der Untersuchungsperspektive auf die internationalen Institutionen kann zur These der Herausbildung einer „postnationalen“ Konstellation führen, ein komplexerer Analyserahmen internationalisierter Politik dagegen zur These einer strukturellen Weltunordnung, in der sich mitunter auch imperialistische Politikformen herausbilden können.

Einer „ethisch-moralischen“ Hoffnung auf „gemeinsame“ Lösungen für „gemeinsame“ Probleme sind in dieser Perspektive enge Grenzen gesetzt. Wenn auch gewisse Errungenschaften nicht zu leugnen sind, können internationale Regelungen doch immer wieder an der fragmentierten Interessenlage einer gespaltenen Welt scheitern.²¹⁵ Zudem wird meist verkannt, dass internationale Regelungen oftmals nur Länder der „OECD-Welt“ umfassen, ein unzulässig verengter Blick auf eine Welt, in der die große Mehrheit der Menschen außerhalb dieses Zusammenschlusses lebt. Vorstellungen einer „Global Governance“ bzw. eines „Weltregieren ohne (Welt-)Staat“ (Rittberger/Zangl 2003, 322 ff.)

²¹⁵ Zürn/Zangl verweisen zu Recht auf eine „Transnationalisierung der Anerkennungspolitik“ durch die Öffentlichkeit. Es kann aber als normatives Wunschdenken bezeichnet werden, wenn sie „beim gegenwärtigen transnationalen Meinungsstand“ [Ende 2002] einen amerikanischen Angriff auf den Irak für unwahrscheinlich halten (Zürn/Zangl 2003, 267).

werden vor diesem Hintergrund kritisiert (vgl. Brand u.a. 2000).²¹⁶ Christoph Görg und Markus Wissen ziehen aus ihren Untersuchungen den Schluss, dass das internationale System der Absicherung widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse dient.²¹⁷ Im internationalisierten Staat ist eine „strukturelle Privilegierung“ von Interessen festzustellen, die auf die Absicherung der herrschenden Gesellschaftsordnungen abzielen (Görg/Wissen 2003, 642).²¹⁸ Aus der Diskussion über den vermeintlich „guten“, demokratischeren „Multilateralismus“ in der internationalen Politik und dem „schlechten“, egoistischen „Unilateralismus“, wird das Fazit gezogen: „Weder ist der ‚Multilateralismus‘ auf das zu begrenzen, was ihm immer zugeschrieben wird – die kooperative Bearbeitung gemeinsamer Probleme – noch kann der ‚Unilateralismus‘ auf multilaterale Institutionen völlig verzichten“ (vgl. Görg/Wissen 2003, 630 ff.).

Abschließend soll noch einmal auf die verschiedenen Funktionen bzw. Aufgaben der sich internationalisierenden staatlichen Aktivitäten als Ausdruck der Notwendigkeit (aber der nur begrenzten realen Möglichkeit) der Regulierung „inter-gesellschaftlicher“ Antagonismen hingewiesen werden (vgl. Brand 2006, 293-305):

- Als *erste Ordnungsaufgabe* kann in Anlehnung an Brand die „Sicherung der Souveränität“ genannt werden. Durch die gegenseitige Anerkennung als souveräne Einheiten und politische Akteure konstituiert sich das internationale Staatensystem überhaupt erst. Durch die im Völkerrecht garantierte Souveränität werden territoriale Räume und die darin organisierten Reproduktionsverhältnisse geschützt. Politische Akteure in der internationalen Politik sind somit im Gegensatz zu anderen Akteuren wie sozialen Bewegungen oder Nichtregierungsorganisationen schon vorgängig konstituiert.
- Als *zweite Ordnungsaufgabe* kann die „legitime Anwendung von Gewalt und physischer Schutz“ bei „friedenssichernden“ Interventionen gelten, die i.d.R. von der UN mandatiert sind. Hierbei behalten die Einzelstaaten eine überragende Bedeutung

²¹⁶ Nach 2003 haben selbst einige Vordenker der Global Governance-Ansätze, wesentlich defensiver als in früheren Aufsätzen, gefragt, ob „es in der polarisierten Weltkonstellation überhaupt noch Räume für kooperative Prozesse gibt“ (Fues/Messner 2003, 51).

²¹⁷ Görg/Wissen belegen diese These u.a. mit der Absicherung intellektueller Eigentumsrechte durch das TRIPS-Abkommen in der WTO.

²¹⁸ Insofern muss im Falle funktionierender globaler Regulierungen von erfolgreichen „neoliberalen“ Anpassungsprozessen ausgegangen werden. Die sozialen und demokratischen Intentionen, die oftmals mit der Idee einer „Global Governance“ verbunden sind, drohen damit in den herrschenden neoliberalen Diskurs eingeschrieben zu werden oder ihn gar unter irreführenden Vorzeichen bloß zu reorganisieren.

in Bezug auf die Kontrolle der physischen Gewaltmittel. Internationale politische Institutionen sollen zudem zur Stabilisierung sozialer Verhältnisse beitragen.

- Als *erste ökonomische Aufgabe* kann die „Etablierung und Sicherung stabiler Reproduktionsbedingungen“ etwa durch die Weltwirtschaftsinstitutionen gelten, wobei wiederum der territoriale Einzelstaat zentrale Instanz bleibt. Angesichts der Internationalisierungsprozesse wird intensiv (aber mit ständig auftretenden Fehlplanungen und Rückschritten) daran gearbeitet, die Rechts- und Planungssicherheit international zu gewährleisten und die Konkurrenzverhältnisse zu regulieren. Die Entwicklung eines (gleichwohl prekären) „globalen Konstitutionalismus“ ist Ausdruck dieser Tendenz, ebenso wie etwa die Einführung eines überstaatlichen Zahlungsmittels (Euro).
- Als *zweite ökonomische Aufgabe* ist die „Wohlfahrtsschaffung und -sicherung“ zu nennen.
- Die *erste politische Aufgabe* besteht in der Schaffung von „Terrains der Konfliktaustragung, Konsensbildung und Legitimation“. Die Schaffung internationaler politischer Institutionen ist insofern selbst ein Modus internationaler Politik.
- Als *zweite politische Aufgabe* kann die „Formung der Kräfteverhältnisse“ verstanden werden, die die sich internationalisierende Staatlichkeit damit auf Dauer zu stellen, d.h. zu institutionalisieren versucht.²¹⁹

Dieses komplexe Muster staatlicher Aktivitäten auf verschiedenartigen Ebenen ließe sich gut mit der oben beschriebenen „kapitalistischen Raumökonomie“ verknüpfen.

²¹⁹ Diese zusammenfassende Darstellung beansprucht keine Vollständigkeit. Zudem sind die genannten Funktionen vor allem auf die aktuelle historische Phase des Kapitalismus nach 1989 anwendbar. Brand selbst führt noch eine „intellektuelle Funktion“ an. Der an Gramsci anschließende Begriff verweist darauf, dass soziale Verhältnisse v.a. dann dauerhaft abgesichert werden können, wenn sie den Beherrschten als annehmbar erscheinen. Zudem diskutiert er die Idee der „Meta-Governance“, die auf die Eigendynamiken in supranationalen Institutionen hinweist und sich zur Kernfunktion einer „hegemonialen Konstellation“ entwickeln könnte (Brand 2006, 404 f.; vgl. Jessop 2002, 240-245).

4. ÜBERLEGUNGEN ZU VERSCHIEDENEN FORMEN DER KONKURRENZ IM KAPITALISMUS

Der Kapitalismus in Raum und Zeit ist als die Gesamtheit der fragmentierten Weltwirtschaft, des internationalen Staatensystems sowie weiterer inter-gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu verstehen. Im Folgenden wird versucht, diesen Wirkungszusammenhang am Beispiel verschiedenartiger Formen der kapitalistischen Konkurrenz aufzuzeigen. Dabei werde ich erstens die im Kapitalismus latent existierende Möglichkeit imperialistischer Politik sowie ihre Differenzen zu vorkapitalistischen Produktionsweisen untersuchen und zweitens das Verhältnis von geopolitischer und ökonomischer Konkurrenz im Kapitalismus herausarbeiten. Dies wird in den daran anschließenden Teilen im Hinblick auf die Rüstungskonkurrenz, die Eigendynamik des zwischenstaatlichen Krieges und die Rolle der militärisch-industriellen Komplexe konkretisiert.

4.1. DIE DYNAMIK VORKAPITALISTISCHER IMPERIALISMEN

Bisher identifizierte ich die „Latenz“ imperialistischer Politik im Kapitalismus mit einem systemischen Zwang zur Konkurrenz sowie einer unvorhersehbaren und nicht steuerbaren Dynamik und Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Weltwirtschaft, des internationalen Staatensystems und der „quer“ zu ihnen verlaufenden inter-gesellschaftlichen Kräfte.

Vorkapitalistische „Imperialismen“ wurden von anderen Dynamiken geprägt. Der Begriff des Imperialismus in vorkapitalistischen Gesellschaften zielt vor allem auf den Gebrauch militärischer Gewalt, mit deren Hilfe vorkapitalistische, staatenähnliche Gebilde andere „Staaten“ zu dominieren und/oder auszubeuten versuchten.²²⁰ Auch wenn viele oberflächliche Ähnlichkeiten bestehen – und daher Vergleiche etwa zwischen dem Niedergang des römischen Reichs und der gegenwärtigen Situation der USA gezogen werden –, so unterscheidet sich die Dynamik dieser Prozesse doch radikal von denen des kapitalistischen

²²⁰ Mir geht es im Folgenden um eine stilisierte Darstellung von Strukturmerkmalen vorkapitalistischer Gesellschaften. Ich beziehe mich auf die Arbeiten von Heide Gerstenberger, Robert Brenner, Alex Callinicos, Perry Anderson, Ellen Meiksins Wood, Michael Mann und Chris Harman. Ihre teilweise divergierenden Positionen werden nicht weiter behandelt.

Eine weitere Vorbemerkung: Gerstenberger weist darauf hin, dass in vielen historischen Arbeiten das Problem besteht, dass frühere Lebenserscheinungen umstandslos auf moderne Begriffe gebracht werden (Gerstenberger 2006, 12). Dies ist auch teilweise in der Terminologie der im Folgenden zitierten Autoren der Fall. Ich versuche dem (wie auch Gerstenberger vorschlägt) dadurch entgegenzuwirken, dass ich heute gängige Begriffe zwar retrospektiv verwende, diese aber in Anführungszeichen setze (z.B. „Deutschland“, „Frankreich“, „Staat“).

Imperialismus.²²¹ Im Gegensatz zur Wachstums- und Expansionsdynamik des Kapitalismus waren für die vorkapitalistischen Gesellschaften eine langsame technologische Entwicklung und lange Phasen der Stagnation charakteristisch (vgl. Maddison 2001, 42).²²² Es gab gesellschaftliche Veränderungen, sie waren jedoch eher die Ausnahme als die Regel. Gelegentliche Innovationsschübe konnten von Jahrhunderten der Stagnation abgelöst werden. Produktionssteigerungen etwa in den europäisch-feudalistischen Gesellschaften ergaben sich vorwiegend durch die „Erweiterung von Anbauflächen und durch den dafür erforderlichen Einsatz vermehrter Arbeitskraft“ (Gerstenberger 2006, 499). Der Produktivitätssteigerung waren enge Grenzen gesetzt. Das „neue“ System der Landwirtschaft in Zentralengland, basierend auf dem schweren Pflug, Dünger, größeren Feldern und Wassermühlen, welches um das Jahr 1000 eingeführt wurde, und relativ friedlich mit den englischen mittelalterlichen Städten koexistierte, dominierte das gesellschaftliche Gefüge bis zur Zeit der „Einhegungen“ im 16. Jahrhundert. Erst dann wurden die agrarische Produktion und die gesellschaftlichen Verhältnisse substantiell verändert. Gesellschaftliche Veränderungen wurden weniger durch das alltägliche Funktionieren des ökonomischen Systems – wie etwa durch die wirtschaftliche

²²¹ Wiewohl es eine imaginäre Kontinuität von der Antike bis ins 21. Jahrhundert geben mag, die mitunter, z.B. mit dem Begriff des „Abendlandes“, politisch-ideologisch wirksam gemacht wird, vertrete ich im Folgenden die These prinzipieller Wesensdifferenzen zwischen dem vorkapitalistischen und dem kapitalistischen Imperialismus. Im Gegensatz zu dieser These argumentieren etwa Niall Ferguson oder Herfried Münkler. Ferguson bedient sich eines universalhistorischen Analysemodells, um die amerikanische Geschichte als die Geschichte eines weiteren „Imperiums“ interpretieren zu können – genau genommen des „achtundsechzigsten“ in der Weltgeschichte (Ferguson 2004, 24). Münkler grenzt zunächst den Begriff des Imperiums von dem der Hegemonie und des Imperialismus ab. Dabei dienen ihm Großreiche wie das Imperium Romanum als historische Blaupausen, die er zyklentheoretisch analysiert. „Imperien sind mehr als große Staaten; sie bewegen sich in einer ihnen eigenen Welt. Staaten sind in eine Ordnung eingebunden, die sie gemeinsam mit anderen Staaten geschaffen haben und über die sie daher nicht allein verfügen. Imperien dagegen verstehen sich als Schöpfer und Garanten einer Ordnung, die letztlich von ihnen abhängt und die sie gegen den Einbruch des Chaos verteidigen müssen. Der Blick in die Geschichte der Imperien zeigt, dass sprachliche Wendungen wie die von der 'Achse des Bösen' oder den 'Vorposten der Tyrannei' nichts Neues und Besonderes sind“ (Münkler 2005, 8). Viel mehr als eine instabile multipolare Weltordnung könne ein übermächtiges „Imperium“ ein Garant für Ordnung sein (vgl. Ferguson 2004, 8; Münkler 2005, 224 ff.). Münklers an den Neorealismus erinnernde Typologie historischer Imperialherrschaft – Steppenimperien (z.B. Mongolisches Reich), Seereiche (z.B. Spanien, Portugal) und Handelsmächte (z.B. British Empire) – bezieht sich stark auf geographische Begebenheiten und weniger auf die gesellschaftlichen Strukturen, der der jeweiligen Politik des betreffenden Reichs zugrundelagen (Münkler 2005, 79-126; zur Kritik: Teschke 2006).

²²² Entgegen einer landläufigen These der „Dauerstagnation“ gab es jedoch auch in vorkapitalistischen Gesellschaften Zeiten relativ großer Innovationsfähigkeit, z.B. in Europa vom 10. bis zum 13. Jahrhundert, im China der Sung-Dynastie (960-1276) oder in Indien zur Zeit des Mogulreiches im 16. und 17. Jahrhundert (Harman 1999b, 225 ff.). Gleichzeitig erlebte etwa der europäische Feudalismus scharfe Krisen, besonders im 14. und 17. Jahrhundert. Der militärische Kampf der Vorläufer der absolutistischen Staaten ist u.a. als eine Antwort auf die Krise der feudalen Produktionsweise zu verstehen.

Konkurrenz im Kapitalismus – als durch außergewöhnliche Begebenheiten wie etwa territoriale Eroberungen, technologische Entdeckungen oder Umweltkrisen hervorgebracht. Es existierten zwar Formen der Konkurrenz, diese brachten aber fast keine systematischen Produktivitätssteigerungen mit sich: Die antike bzw. mittelalterliche Welt war in rivalisierende Imperialmächte, feudale Gewalten, Stadtstaaten usw. zergliedert. Zwischen diesen Einheiten kam es zu fortwährenden kriegerischen Auseinandersetzungen. Keine vorkapitalistische herrschende Klasse konnte es sich leisten, auf eine militärische Aufrüstung zu verzichten, wollte sie ihr Eigentum (v.a. Land) und damit ihre Macht behalten. Es war gerade die *Abwesenheit* einer systematischen Tendenz zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, die den Krieg bzw. die Eroberung zu einem *zentralen* Instrument der herrschenden Klassen hat werden lassen, um ihren Reichtum und/oder ihr Territorium (das die Basis ihres Reichtums war) zu vergrößern. Das Ausmaß des Territoriums bzw. der Eroberungen und die Anzahl der unter Waffen stehenden Soldaten bildeten eine wesentliche Machtgrundlage der rivalisierenden politischen Gebilde. Aus diesem Grund befanden sie sich in heftigen, militärischen Kämpfen um ihre materiellen Ressourcen. In einer Welt, die sich kaum oder wenig ökonomisch entwickelte, bildete der Kampf um das „Mehrprodukt“ quasi ein Nullsummenspiel. Insbesondere mittels staatlich-militärischer Methoden galt es, *auf Kosten* anderer Herrscher (und damit auch Beherrscher) die eigene Ressourcenbasis zu vergrößern. Perry Anderson schreibt, dass der Krieg im Feudalismus „möglicherweise das ‚rationellste‘ Mittel war, das – zudem am schnellsten – einen Reichtumszuwachs versprach“ (Anderson 1979, 37) und ergänzt zur „Logik“ des Nullsummenspiels der feudalen Kriege: „[D]as Ergebnis konnte immer nur darin bestehen, eine bestimmte Landfläche, die als solche niemals [im Gegensatz zur kapitalistischen Warenproduktion] vermehrbar ist, zu gewinnen oder zu verlieren“ (Anderson 1979, 38; vgl. auch Gerstenberger 2006, 497 f.).²²³

Insofern kann es nicht verwundern, dass die vorkapitalistische Welt immer wieder durch militärische Konflikte beherrscht wurde. Bereits das römische Reich in seiner Expansionszeit

²²³ Die sog. „politische Akkumulation“ (Landraub) wirkte in Richtung der Schaffung größerer zentralisierter Machtzentren. Die äußeren und inneren Bedrohungen (Landrevolten, Bauernkriege) machten dies notwendig (vgl. Mann 1994, 372 ff.). Der absolutistische Staat war der Endpunkt dieser Entwicklung. Die historisch sich ergebende Lösung des Widerspruchs zwischen den dezentralen Interessen lokaler Feudalgewalten und der Notwendigkeit einer Zentralisierung der Macht in Richtung absolutistischer Herrschaft folgte jedoch keiner Systemlogik der feudalistischen Produktionsweise. Neben den westeuropäischen Absolutismen bestand ein Gebilde wie das Heilige Römische Reich Deutscher Nation fort, in dem es nicht gelang, mithilfe einer zentralistischeren Staatsmaschinerie (stehendes Heer, Steuersystem, Bürokratie) zu herrschen und zu expandieren, und im Osten Europas kam es mit der sogenannten „zweiten Leibeigenschaft“ zu einer Art innerfeudalen Rückwärtsentwicklung (vgl. Anderson 1979, 237 ff.).

stellte ein anschauliches Beispiel eines vorkapitalistischen „Militär“-Imperialismus dar. Es bildete ein System des Raubes durch Gewaltanwendung, in der die ergiebige Beute – nicht nur Sklaven und Edelmetalle, sondern auch und gerade Land – von den besiegten Feinden in die Verfügungsgewalt der römischen Machtelite transferiert wurde, was wiederum deren militärische Kapazitäten vergrößerte und somit die Basis weiterer, aggressiver Eroberungskriege schuf.²²⁴ Drei Viertel der „Staatsausgaben“ flossen in militärische Mittel (Auernheimer 2004, 646). Das römische Reich wurde von einer landbesitzenden Aristokratie dominiert, deren Programm der territorialen Expansion Ausdruck ihres Interesses an der Vergrößerung ihres Landbesitzes war. Das Land war die wichtigste Quelle des Reichtums, die Sklaverei eine weitere. Sogar die römischen Bauern konnten von den Eroberungen zum Teil „profitieren“, insoweit die von ihnen erhobenen Steuern zeitweise gesenkt wurden (vgl. Wood 2003, 28 ff.).²²⁵

Robert Brenner hat die Dynamik des vorkapitalistischen Imperialismus mit dem Begriff der „politischen Akkumulation“ zu beschreiben versucht. Seine Untersuchungen konzentrieren

²²⁴ Hiermit stand das antike Rom im Gegensatz zu „China“, dass im 3. Jahrhundert v. Chr. eine andere Herrschaftsstruktur ausgebildet hatte. Im Unterschied zu Rom basierte die chinesische Herrschaft auf einem zentralisierten bürokratischen Machtapparat, der sich zwar auf das Militär stützte, dessen Ziel aber im Prinzip nicht das der Kolonialisierung war. Die herrschende Dynastie und die „Staatsbürokratie“, die sich durch die direkte Besteuerung der Bauern alimentierte („tributäre Produktionsweise“), blockierte die Entwicklung mächtiger landbesitzender Klassen. China wird von Wood daher nicht als ein Imperium, sondern als ein Territorialstaat mit überragender Reichweite bezeichnet (Wood 2003, 28).

²²⁵ Die Kombination eines imperialistischen Staates mit einem starken Privateigentum als Machtbasis jenseits des römischen „Staates“ fand u.a. im römischen Recht seinen Niederschlag, mit seiner Betonung eines absoluten individuellen Rechts auf Privateigentum.

Im Hinblick auf den Niedergang des römischen Reiches tritt Ellen Meiksins Wood die These, dass dessen Tendenz zur kolonialen Ausdehnung zur Belastung wurde. Die Armee war nach dem 1. Jahrhundert n. Chr. zusehends nicht mehr in der Lage, das Reich zu kontrollieren. Die Einfälle der „Barbaren“ werden eher als Folge denn Ursache dieses Niedergangs bewertet – besonders im Westteil des Reiches (der Ostteil war stärker bürokratisch-zentralistisch kontrolliert). Wood zieht einen Vergleich mit dem Niedergang des spanischen Reichs im 17. Jahrhundert, in dem das Eigentum an Land (zur Extrahierung von Edelmetallen wie Gold und Silber) ebenso Basis des Reichtums war (und nicht die „staatliche“ Erhebung von Tributen wie im alten China). Das führte zu einer relativ großen Abhängigkeit von den Edelmetallen aus den beherrschten Kolonien, die wesentlich für den Niedergang wurde: „[There exists an] inherent instability of any world empire that depends on extra-economic powers but can extend the geographic reach of those powers only by diffusing them. [...] Spain, like Rome before, was able to extend its imperial domain by vesting power in local landed classes; and it was able to profit hugely from the empire for a time. In that sense, the economic reach of the imperial state already exceeded its political grasp. Yet the essential dependence on extra-economic force – from the military conquest on which the whole system rested to the various forms of extra-economic exploitation adopted by the conquerors, to say nothing of Spain's major role in developing the European slave trade – meant that the economic hold of the empire was always limited by the capacities of its extra-economic power“ (Wood 2003, 43).

sich auf den europäischen Feudalismus und Absolutismus.²²⁶ Brenners These basiert auf drei Prämissen: Erstens stellt er einen relativ geringen Anreiz zur Entwicklung der Produktivkräfte fest. Zweitens geht er von der Neigung der Ausgebeuteten sowie ihrer Ausbeuter aus, vor allem ihre materielle Situation verbessern zu wollen, drittens beobachtet er eine Fragmentierung der ausbeutenden Klassen. Die dritte Prämisse stellt eine Vorbedingung der politischen Akkumulation dar, denn ein wichtiger Teil der Dynamik vorkapitalistischer Gesellschaften entwickelte sich aus den militärischen Konflikten zwischen den Ausbeutern. Die vorkapitalistischen Eigentumsverhältnisse des Feudalismus sind für Brenner durch zwei weitere Merkmale ausgezeichnet: Zum einen haben die direkten Produzenten einen direkten (nicht-marktvermittelten) Zugang zu ihren Produktionsmitteln (Werkzeuge, Land). Zum anderen, gewissermaßen als Konsequenz der direkten Verfügung über Produktionsmittel, sind die herrschenden Klassen gezwungen, sich durch außerökonomische Gewalt ein Mehrprodukt anzueignen, um sich standesgemäß zu reproduzieren (Brenner 1986, 27 ff.). Brenner hat diese Dynamik hinter den militärischen Konflikten wie folgt zusammengefasst: „[I]n the presence of pre-capitalist property-relations [...] the lords found that if they wished to increase their income, they had little choice but to do so by *redistributing* wealth and income away from their peasants or from other members of the exploited class. This meant they had to deploy their resources toward building up their means of coercion – by investment in military men and equipment. Speaking broadly, they were obliged to invest in their politico-military apparatuses. To the extent that they had to do this effectively enough to compete with other lords who were doing the same thing, they would have had to maximise both their military

²²⁶ Brenner deckt somit nicht alle Formen des vorkapitalistischen Imperialismus ab. Im Gegensatz zum Imperialismus der territorialen Landergreifung steht etwa eine vorkapitalistische Form des *Handelsimperialismus*. Auch wenn erst im 20. Jahrhundert der Imperialismus auf der Basis des industriellen Kapitalismus dominierend wurde, existierten vorher imperialistische „Staaten“, die nicht in erster Linie Land aneignen wollten. Ihr primäres Ziel war die Dominanz im internationalen Handel und die hieraus folgende Aussicht hoher Gewinne durch billiges Kaufen und teures Verkaufen. Wood diskutiert drei Beispiele des Handelsimperialismus: das arabisch-muslimische Reich des 7. und 8. Jahrhunderts n. Chr., das z.B. mit Kairo und Bagdad die größten Städte seiner Zeit (außerhalb Ostasiens) hervorbrachte, das Handelsimperium Venedigs im 13. und 14. Jahrhundert, welches insbesondere im Zuge des vierten Kreuzzuges errichtet wurde sowie das niederländische Reich ab Ende des 16. bis ins frühe 18. Jahrhundert: „However much their respective states differed, they all sustained their domination over a wide geographic expanse not simply by means of extending the reach of a single powerful state but by perfecting their role as vital economic links among separate markets in dispersed communities and regions“ (Wood 2003, 47). Der Schutz ökonomischer Verbindungen (Handelswege), die eine relative Bindekraft erzeugten, war Aufgabe des Militärs. Das Handelsimperium der größten Handelsmacht vor dem Kapitalismus, der Republik der Sieben Vereinigten Niederlande (die „Vereinigten Provinzen“), erstreckte sich zeitweilig von den baltischen Staaten bis nach Amerika, und von den indischen und ostindischen Ländern bis nach Südafrika. Hier war die territoriale Expansion zweitrangig. Die „Niederländer“ waren z.B. führend im Sklavenhandel, aber viel weniger dominierend in Bezug auf die direkte Ausbeutung der Sklaven in den Kolonien.

investments and the efficiency of these investments. They would have had, in fact, to attempt, continually and systematically, to improve their methods of war. Indeed, we can say that the drive to *political accumulation*, to *state-building*, is the *pre-capitalist* analogue to the capitalist drive to *accumulate* capital“ (Brenner 1986, 31 f.).²²⁷

In der Diskussion über die vorkapitalistischen Imperialismen spielt ein weiterer Punkt eine Rolle: die Veränderung der „innergesellschaftlichen“ Verhältnisse. Sicher führte die Notwendigkeit der „politischen“ Akkumulation durch Gewalt und Krieg schließlich zur wachsenden Zentralisation der Gewaltmittel in den absolutistischen Staaten.²²⁸ Aber auch innere Klassenkonflikte beschleunigten diesen Trend. Historisch entwickelte sich der moderne Staat daher nicht nur aus dem Krieg bzw. dem Gewaltmonopol, sondern die erkämpfte Abschaffung der Leibeigenschaft und das hiermit verbundenen Ende des alten Abgabensystems führten zur Entstehung des Steuerstaats, der eine Abschöpfung des Mehrprodukts in Form von Steuern ermöglichte (Anderson 1979, 237). Die internen Produktions- und Klassenbeziehungen sind zudem von zentraler Bedeutung, um zu verstehen, *welche* Staaten die Sieger und welche die Verlierer der militärischen Konflikte waren.²²⁹ Der zentrale Konflikt des 18. Jahrhunderts um die Vorherrschaft in Europa zwischen Großbritannien und Frankreich, der erst 1815 zugunsten Großbritanniens gelöst wurde („Waterloo“), kann als Illustration dieser These dienen. So beruhte der Anstieg der Militärausgaben in Großbritannien auf einer Entwicklung der Produktivkräfte, die aus der Entstehung kapitalistischer Produktionsverhältnisse resultierte. Die kontinentale Monarchie Frankreichs dagegen hatte endemische Probleme, ihre steigenden Militärausgaben zu

²²⁷ Brenner untermauert damit die These, dass der Kampf der Feudalgewalten nicht als autonomer Prozess der militärischen Konkurrenz, sondern als Konsequenz des Wesens der feudalen Produktionsverhältnisse (insbesondere der Unfähigkeit der feudalen Herrscher, die Ausbeutungsrate über produktivitätsfördernde Investitionen zu erhöhen) anzusehen ist. Die Vorbereitung auf den Krieg hatte nur eine relative Eigenlogik. Brenner verallgemeinert seine These allerdings vorschnell auf alle vorkapitalistischen Gesellschaften und übersieht dabei die Unterschiede zwischen vorkapitalistischen Produktionsweisen, etwa der feudalen und der tributären (z.B. in China). Zur Kritik: Callinicos 1995, 124 ff., 173 ff.

²²⁸ Die strikte Trennung der militärischen und politischen Dimensionen der Macht bei Michael Mann ist von Callinicos angezweifelt worden, der die beiden Dimensionen im Rahmen ihrer *differenzierten Einheit* diskutiert. „This [die Trennung] seems more a difference in degree than in kind. Centralised territorial control is unlikely to get very far without the ability to back up state decisions with force; equally, warfare among local notables is likely to be endemic unless some carve-up of territory is recognised. Territorial regulation and military force go together, even if their conjunction does not entail the classic Weberian definition of the state [legitimes Gewaltmonopol]“ (Callinicos 2004, 185).

²²⁹ Das Europa um 1500 bestand aus etwa 500 mehr oder weniger unabhängigen Einheiten – vierhundert Jahre später gab es nur noch 25 Staaten. „Ungleich mehr moderne Nationalstaaten sind aus Krieg und Revolution hervorgegangen als aus friedlicher Verständigung oder dank der Mutation älterer Herrschaftssysteme“ (Wehler 2000, 229).

finanzieren (vgl. Callinicos 2004, 169). Die wechselseitige Durchdringung von Feudaladel und absolutistischem Staat hatte zur Folge, dass der Adel von der Besteuerung ausgenommen wurde. Die Steuerlast trugen also die Bauern, deren Produktionsbedingungen jedoch weiterhin nur eine langsame, vorkapitalistische Entwicklung zuließen. Die wachsende Steuerlast breiter Bevölkerungsschichten, die von einem expandierenden bürokratischen Staatsapparat eingetrieben wurde, war ein Hauptgrund für die sozialen Proteste im vormodernen „Frankreich“.²³⁰

Die Kapazität, Krieg zu führen, hing mehr und mehr von der Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse ab – der Zugang zu den neuen Militärtechnologien etwa vom Niveau der kapitalistischen Industrialisierung.²³¹ Die Industrialisierung des Krieges trug ab Mitte des 19. Jahrhunderts zur widersprüchlichen *Vermittlung* zweier „Logiken“ bei – der Dynamik der geopolitischen Kämpfe zwischen Staaten, die eine spezifische, kapitalistische Form annahm, und der Dynamik der ökonomischen Konkurrenz akkumulierender Kapitalien –, die zum wichtigsten Merkmal des kapitalistischen Imperialismus werden sollte.

²³⁰ Der absolutistische Staat besaß zwar bereits einige Merkmale des kapitalistischen Staates, war aber noch v.a. ein umgebauter, effektiverer Apparat der feudalen Herrschaft, der dazu diente, die Bauernmassen auf ihre „angestammten“ sozialen Positionen zu verweisen. Er stellte eine Neujustierung der politisch-rechtlichen Gewalt dar (vgl. Anderson 1979, 20 f.). Die Fiskalkrise der Bourbonen-Monarchie unter Ludwig XVI. war ein wichtiger Grund für die Revolution von 1789. Eine ähnlich gelagerte Finanzkrise führte unter der englischen Stuart-Dynastie zu den Revolten der 1640er.

²³¹ Der Aufstieg Preußens bzw. des Deutschen Reichs Ende des 19. Jahrhunderts demonstrierte den Quantensprung an Machterweiterung, den die Durchdringung von Kapitalismus, Militarismus und Staat ermöglichte: „Das vermutlich 'klassische' Modell zur Demonstration des Zusammenhangs zwischen staatlich forcierter Rüstung und frühkapitalistischer Industrialisierung stellt [das] aufstrebende Preußen dar“ (Krippendorff 1983, 196).

4.2. GEOPOLITISCHE UND ÖKONOMISCHE KONKURRENZ: DIE DYNAMIK DES KAPITALISTISCHEN IMPERIALISMUS

Der historische Übergang von vorkapitalistischen zu kapitalistischen Formen des Imperialismus war ein komplexer Entwicklungsprozess, an dessen Ende zwei miteinander verbundene, aber nicht aufeinander zu reduzierende kapitalistische Formen der Konkurrenz – geopolitische und ökonomische Konkurrenz – standen.²³²

Erste Formen des kapitalistischen Imperialismus waren im britischen „Imperium“ anzutreffen. Die Entwicklung des britischen Kapitalismus bestimmte mehr und mehr die Form auch der imperialistischen Politik.²³³ Bereits im 17. Jahrhundert, während der Kolonisierung Irlands, ließen sich erste Züge des kapitalistischen Imperialismus erkennen. Die Militärmacht trat nicht mehr nur als Eroberungsmacht auf, die etwa Ressourcen extrahierte, sondern trug zur gesellschaftlichen Transformation Irlands bei – in einer neuartigen Weise. Durch die Besiedlung irischen Landes wurde eine Umwälzung des Agrarwesens eingeleitet (die auf heftigen Widerstand der irischen Bevölkerung stieß). Das spezifisch Neue an dieser imperialistischen Politik war ihre Verbindung zur kapitalistischen Warenproduktion. Die Legitimation der Enteignung irischen Landes hatte einen neuen Inhalt: „Irish lands can be expropriated, not because they are unoccupied (which they are not), nor even because they are uncultivated (which they are not), but because they are not fruitful and profitable by the standards of English commercial agriculture” (Wood 2003, 82). Wood erkennt hier ein neues Konzept des Imperialismus: „It testifies to the new principles of property already introduced into the English countryside and now invoked as a justification of empire. No longer is empire simply a means of subjecting populations for the purposes of tax and tribute or the extraction of precious resources. Nor is it simply a means of ensuring commercial supremacy by controlling the networks of trade. We can observe here the transition from commercial

²³² Es geht im Folgenden darum, kapitalistische Formen der Konkurrenz herauszuarbeiten und nicht die reale geschichtliche Entwicklung exakt nachzuzeichnen. Bestimmte Autoren tendieren dabei dazu, eine stilisierte Theorie der kapitalistischen Entwicklung zu entwerfen und den komplexen realgeschichtlichen Entwicklungsprozess darunter zu subsumieren. Exemplarisch dafür ist die starke These von Wood, der zufolge allein die Entwicklung Englands den Weg zum Kapitalismus erklärt. Die Ansätze anderer Formen kapitalistischer Produktion in bestimmten Teilen der Welt bleiben gering geschätzt (z.B. das Wachstum der Städte und des Handels, Formen der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals). Man muss nicht auf die starke These der Weltsystemtheorie zurückfallen, um eine sorgfältige Analyse des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus entwickeln zu können (vgl. Kriedte 2002, Harman 1998).

²³³ Konkret ist damit die Revolutionierung des englischen Agrarwesens gemeint, die Konzentration des Landbesitzes im Rahmen der „Einhegungen“, die Übertragung der außerökonomischen Machtmittel von den Landbesitzern auf den Staat und die zunehmende Abhängigkeit derselben von den Produktivitätsanreizen ihrer Pächter. In diesem Prozess kam es zur allmählichen Ausbildung kapitalistischer Imperative (Wood 2003, 75 ff.).

conceptions of profit [...] to capitalist profit, the profit derived from competitive production, from the increased productivity enabled by 'improvement'. And with these new conceptions of property and profit come new forms of, and new reasons for, colonization“ (Wood 2003, 82 f.).

Die Entwicklung hin zur Durchsetzung der Struktur des kapitalistischen Imperialismus war freilich nicht ungebrochen. Bei der Eroberung amerikanischer Gebiete, die zuvor zu Frankreich gehörten, sowie besonders bei der Annektierung des heutigen Kanadas im 18. Jahrhundert, überwogen militärische und vorkapitalistische geopolitische Erwägungen und nicht kapitalistische Imperative (vgl. Wood 2003, 102-109). Auch die britische Herrschaft in Indien ab 1756 hatte viel mehr mit dem vorkapitalistischen Kolonialismus zu tun als etwa die Kolonisierung Irlands. Die berühmte English East India Company war zu Beginn ein vorkapitalistisches Handelsunternehmen, welches wie frühere Handelsgesellschaften von einer Monopolstellung und militärischem Schutz profitierte. Das änderte sich erst an der Wende zum 19. Jahrhundert – weil britische Kapitalisten nun an der Eroberung des indischen *Marktes* interessiert waren (Wood 2003, 113; vgl. Arrighi 1994, 261).²³⁴

Der britische Kapitalismus konnte (insbesondere nach 1815) seine Vormachtstellung etablieren, wie sie wohl noch keine andere Macht in der Geschichte der Menschheit vorweisen konnte. Die internen Strukturen und Klassenverhältnisse auf dem europäischen Kontinent hinkten dem „Fortschritt“ im „Vereinigten Königreich“ hinterher. In dieser Zeit spielte die *Nachahmung* eine wichtige Rolle. Auf diese Weise nahm etwa der absolutistische französische Staat immer mehr die Züge eines kapitalistischen Staates an. Er „modernisierte“ sich und die französische Gesellschaft, allerdings mit keinem durchschlagenden Erfolg. Die Revolution von 1789 war ein Resultat dieses Unvermögens. Die Revolution und in deren Gefolge der Feldzug Napoleons lösten „passive“ Revolutionen in anderen Ländern aus,

²³⁴ Wood strapaziert ihre starke These, indem sie alle nicht direkt als kapitalistisch zu bezeichnenden Entwicklungen im Prozess des Übergangs zum Kapitalismus als dem neuen System „äußerlich“ versteht. Dabei konstruiert sie einen Dualismus von einer „ökonomischen“ Logik des Kapitalismus und dieser Logik entgegengesetzten, „nicht-kapitalistischen“ Phänomenen. Stattdessen wäre dieser Dualismus als die zwei „Seiten“ des Kapitalismus in ihrer wechselseitigen Beziehung zu thematisieren. Der Sklavenhandel z.B. war ein zentraler Bestandteil der Entwicklung des Kapitalismus in Großbritannien, kein dieser Entwicklung entgegengesetzter Prozess (die auf Baumwolle basierende Industrialisierung war sowohl von der Baumwollproduktion durch Sklaven in den Kolonien als auch von den Gewinnen aus dem Sklavenhandel abhängig). Wood mangelt es zudem an einer Darstellung „ökonomischer“ Funktionen des Staates, weil sie vor allem sein „außer-ökonomisches“ Gewaltmonopol und nicht seine Rolle thematisiert, die er z.B. bei der Realisierung des Surplus oder der Kontrolle der nationalen Währung spielt. Vgl. für eine Darstellung, die die Rolle des britischen Staates auch in den Phasen des „Freihandels“ berücksichtigt: O'Brien 1999.

Revolutionen „von oben“.²³⁵ Diese Form von bürgerlich-kapitalistischen Revolutionen drängte in Richtung einer strukturellen Transformation des Verhältnisses von Politik und Ökonomie im Inneren der Gesellschaften, zuweilen jedoch mit Verzögerungen und Rückschlägen (etwa in Frankreich oder Preußen). Die Entwicklung Preußen-Deutschlands, einem um 1800 im Vergleich zu Großbritannien und auch Frankreich unentwickelten Gebiet, ist ein Beispiel dafür, dass der Anstoß für die kapitalistische Entwicklung zu einem Gutteil von „außen“ kam – in Gestalt der Niederlage Preußens von 1806 und der nachfolgenden französischen Besatzung, die die „innere Morschheit und Schwäche Preußen-Deutschlands“ bloßlegte (von Braummühl 1976, 296). Die fehlende innergesellschaftliche Eigendynamik wurde nun durch den Druck des entstehenden Weltmarktzusammenhangs ersetzt.²³⁶

Immer mehr bestimmten in der Mitte des 19. Jahrhundert kapitalistische Imperative die gesellschaftliche Entwicklung auch Mittel- und Westeuropas, was sich in einer rasanten industriellen Expansion im 19. Jahrhundert widerspiegelte. Wood veranschaulicht den ideologischen Umschwung jener Zeit: „With that inadequacy [in Bezug auf die deutsche Rückständigkeit] in mind, Hegel constructed, in his *Philosophy of Right*, a political philosophy based on the premise that what Germany needed to counter such a threat was a French state and a British economy, a synthesis of Napoleon and Adam Smith” (Wood 2003, 123). Eine neue, kapitalistische Form des Kapitals, das industrielle Kapital, gewann nun eine vorherrschende Stellung. Dessen Entwicklung war wesentlich von der Ausbeutung freier Lohnarbeit, der wettbewerbsgetriebenen Akkumulation und der damit verbundenen Produktivkraftentwicklung bestimmt. Traditionale politische Instanzen und soziale Gruppen übernahmen mehr und mehr die Funktion der Sicherung und Entwicklung der neuen Gesellschaftsstruktur (was sich z.B. in der Allianz der preußischen Junker mit dem Bismarckschen Industrialismus zeigte), wenn auch von Land zu Land unterschiedlich – in Deutschland und Italien war die „bürgerliche“ Machtelite bis ins letzte Drittel des 19. Jahrhunderts zu schwach, um eine Dominanz in einem Einheitsstaat zu erkämpfen.

Zugleich waren die „bürgerlichen Revolutionen“, verstanden in einem breiten, d.h. die historische Variabilität der unterschiedlichen Entwicklungspfade zum Kapitalismus anerkennenden Sinne, umfassende Prozesse der Enteignung, allen voran der Fürsten (vgl. Gerstenberger 2006, 514 ff.). Die Legitimität ihrer bisherigen Verfügungsrechte wurde

²³⁵ Antonio Gramsci bezeichnete damit bürgerliche Umwälzungen, die ohne eine direkte Erhebung des Volkes vollzogen werden.

²³⁶ Es folgten 1810 die Gewerbefreiheit, ab 1811 die kapitalistische Umgestaltung der preußischen Gutshöfe und 1834 der Zollverein unter Preußens Vorherrschaft, eine Freihandelszone auf vier Fünfteln des „deutschen“ Territoriums.

bestritten. „Aus personaler Herrschaft wurde öffentliche – subjektlose – Gewalt“ (Gerstenberger 2006, 517; vgl. Bromley 1995, 238 ff.). Durch den Ausbau des Verwaltungsapparates begann sich der Staat von der Person des Herrschers abzulösen, es entstand die sachliche Herrschaft der Verwaltung. Diese Entwicklung hatte wichtige Konsequenzen: „Bürgerliche Revolutionen zerstörten die dynastische Basis der Souveränität, die den Vertragsparteien des Westfälischen Friedens noch als selbstverständlich gegolten hatte. Erst jetzt, und nicht schon 1648, wurde ‚das Volk‘ zur zentralen Bezugsgröße von Souveränität. Folglich entstand auch nicht bereits 1648, sondern erst im Verlauf bürgerlicher Revolutionen jenes Konzept staatlicher Souveränität, das seither die Grundlage des internationalen Rechts bildet“ (Gerstenberger 2006, 518).²³⁷ Damit entstand (zumindest in den starken Staaten) eine relative Kongruenz von staatlich-administrativem Bereich und den territorialen Abgrenzungen (Giddens 1987, 172 ff.). Die Beseitigung personaler Herrschaft und ihre Ersetzung durch die moderne Staatsgewalt bewirkte zugleich die Freisetzung des Marktes.

Mit der Durchsetzung kapitalistischer Akkumulationsprinzipien vollzog sich ein Prozess, den man als die Subsumtion der Dynamik der geopolitischen Expansion unter die Dynamik der kompetitiven Akkumulation des Kapitals bezeichnen kann, in deren Folge sich die Geopolitik qualitativ veränderte und eine kapitalistische Form annahm.²³⁸ Der kapitalistische

²³⁷ Die Kriege unter dem Imperativ der „politischen Akkumulation“ im Absolutismus hatten ihre Ursache oft im Erbfall einer „Dynastie“, denn „nicht Staatsvolk, Nationalität oder Sprache, sondern die Dynastien waren die Klammern der Staatengebilde, die durch Eroberungs- oder Heiratspolitik entstanden waren und sich allmählich aus lose zusammenhängenden Territorialstaaten in ständigen Konflikten zu fest umrissenen Machteinheiten formten“ (Siegelberg 2000, 21). Noch der Wiener Kongress 1815 drückte das aus: Bei der Neuordnung Europas nach den Napoleonischen Kriegen dominierten dynastische und konfessionelle Interessen – Osteuropa wurde beispielsweise unter den „Romanows“, den „Habsburgern“ und den „Osmanen“ aufgeteilt (Gellner 1999, 71).

²³⁸ Der Begriff der *Geopolitik* kann besonders im deutschen Sprachraum (zu Recht) provozierend wirken. Die sog. deutsche geopolitische Schule um Karl Haushofer hat dieses Konzept geprägt – und mit einem biologistischen Staatsbegriff, einer sozialdarwinistischen Auffassung zwischenstaatlicher Beziehungen als Kampf um „Lebensraum“ und einer Bestimmung des Politischen durch den „natürlichen“ Raum verbunden. Später erlebte die Geopolitik als offensive Legitimationstheorie nationalsozialistischer Großraumpolitik ihren Höhepunkt. Der Neorealismus hat die „klassische“ Konzeption der Geopolitik zum Teil naiv-sorglos übernommen (vgl. Teschke 2001, 322 ff.; vgl. zur gegenwärtigen Kulturalisierung der Geopolitik: Schlögel 2006, 72-78).

Ich verwende diesen Begriff dagegen in einem historisch-materialistischen Sinne: Geopolitik ist Resultat spezifischer gesellschaftlicher Entwicklungen und Widersprüche innerhalb bestimmter Produktionsweisen. Ich unterscheide daher zwischen vorkapitalistischer und kapitalistischer Geopolitik. Weil die „geopolitische“ Seite des modernen Kapitalismus in der an das Marxsche Werk anknüpfenden Theoriebildung bisher vernachlässigt worden ist, möchte ich mit der Verwendung dieses Begriffs eine theoretische „Lücke“ zu schließen versuchen. Zugleich nehme ich damit einen Begriff auf, der im angelsächsischen Raum seit den 1970ern verstärkt in gesellschaftskritischen Diskursen benutzt wurde (z.B. im Neo-Weberianismus, Neogramscianismus, der Weltsystemtheorie

Imperialismus verallgemeinerte sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts als eine Vermittlung zweier strukturell interdependenter Konkurrenzlogiken: Die ökonomische Konkurrenz in der entstehenden kapitalistischen Weltwirtschaft und die moderne, geopolitische Konkurrenz zwischen kapitalistischen Staaten. Hinzu traten weitere „inter-gesellschaftliche“ Kräfteverhältnisse.

Es hatte zwar bereits im Feudalismus „Geopolitik“ gegeben, sie nahm aber im Zuge ihrer Verknüpfung mit kapitalistischen Imperativen eine neuartige Gestalt an. Dazu gehörte *einerseits*, dass die Austragung geopolitischer Rivalitäten zwischen Staaten ohne eine industrielle Basis nicht mehr länger erfolgreich gewährleistet werden konnte.²³⁹ Die Militärmacht eines Landes wurde abhängig von der Entwicklung neuer kapitalistischer Techniken und organisationeller Strukturen. Friedrich Engels schrieb 1892: „Von dem Augenblick an, da die Kriegsführung ein Zweig der grande industrie wurde (Panzerschiffe, gezogene Geschütze, schnellfeuernde Repetierkanonen [...]) ist die grande industrie, ohne die alle diese Dinge nicht produziert werden können, eine politische Notwendigkeit geworden. All das kann man nicht ohne eine hochentwickelte Metallindustrie haben, und diese wieder ist unmöglich ohne eine entsprechende Entwicklung aller anderen Industriezweige“ (Engels 1968a, 467).²⁴⁰ In der Historischen Soziologie wird dieser Prozess mit dem Terminus „Industrialisierung des Krieges“ gefasst (Giddens 1987, 222-236). Die Industrialisierung des Krieges erfordert eine komplexe industrielle und institutionelle Struktur, die sie mit den notwendigen Mitteln der Kriegsführung versorgt. Tatsächlich stützt sich die Rüstungswirtschaft bis heute auf zentrale Schlüsselindustrien und hat selbst technologische Innovationen hervorgebracht. Die Verschmelzung von Militär und Industrie im Staat bewirkte aufgrund neuartiger Technologien eine erhebliche Steigerung der Zerstörungskraft. Der Telegraf, die Eisenbahn und das Dampfschiff revolutionierten die Kriegsführung.²⁴¹ Hinzu kam die Professionalisierung in den Systemen der stehenden Heere und der allgemeinen Wehrpflicht. Die Ökonomie schaffte die Mittel der Industrialisierung des Krieges, der Staat war die wichtigste Instanz der Führung des Militärs und des Krieges.

oder der neueren diskursanalytischen „critical geopolitics“; vgl.: Mann 2003, Bieler/Morton 2003, Nölke 2003, Albert/Reuber/Wolkersdorfer 2003).

²³⁹ Eine Beschreibung der Unterschiede der Kriegsführung vor und nach der Industrialisierung des Krieges bieten: Müller/Schörnig 2006, 24-30.

²⁴⁰ Eine Diskussion zum Thema Rüstung und Krieg in den Schriften von Marx und Engels ist zu finden in: Steiner 1989, 92-111.

²⁴¹ Der Siegeszug der Eisenbahn von 1840 bis 1870 bewirkte große Fortschritte, wie etwa die Erfolge des preußischen Militärs zeigten. Das Militär in Preußen hatte einen erheblichen Einfluss auf den Eisenbahnbau (Giddens 1987, 224).

Die kapitalistische Geopolitik ist *andererseits* dadurch geprägt, dass die Einzelstaaten ab Mitte des 19. Jahrhunderts auch in einem weiteren Sinne von den neuen gesellschaftlichen Dynamiken geformt wurden. Die wettbewerbsgetriebene Akkumulation der Einzelkapitalien prägte mehr und mehr das Gesicht der modernen Staatlichkeit. Die Weltmarktrendenz des Kapitals begann sich durchzusetzen. Dies bedeutete aber nicht ein Ende des Staates. Im Gegenteil waren die konkurrierenden Kapitalien von Beginn an grundsätzlich auf den Staat angewiesen, der in vielen Bereichen intervenierte: von der Erzeugung allgemeiner Produktionsvoraussetzungen über den Protektionismus gerade der „Nachzüglerwirtschaften“ und den staatlichen Rüstungsaufträgen bis hin zur aggressiven Kolonialisierung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.²⁴² Die kapitalistischen Staaten selbst waren nicht einfach Spielball der „ökonomischen“ Revolution. Sie waren selbst aktiver Motor der Herausbildung kapitalistischer Gesellschaften, wenn auch die Zusammensetzung der herrschenden Klasse dem nicht immer „entsprach“: Die preußischen Junker konnten z.B. relativ schnell ihre spätf feudalen Wurzeln überwinden und „kapitalistisch“ agieren.

Von diesem historischen Moment an bedarf es eines Verständnisses der kapitalistischen Akkumulationsstruktur, beginnend mit den bereits eingeführten „vertikalen“ und „horizontalen“ Widersprüchen des Kapitalismus, um auch die geopolitische Konkurrenz zwischen Staaten zu erfassen. David Harvey, Alex Callinicos und andere haben den Versuch unternommen, diesen Prozess eingehender zu analysieren. Es besteht ihnen zufolge im Kapitalismus ein Spannungsverhältnis zwischen der Kapitalbewegung und der einzelstaatlichen politischen Form. Aus diesen beiden Formen resultieren zwei Muster der Konkurrenz, die relativ unabhängig voneinander bestehen und nicht aufeinander reduziert werden können: die sich wandelnden Formen der *ökonomischen* und der *geopolitischen* Konkurrenz (Callinicos 2003, 99 ff.) bzw. die Verhältnisse von *kapitalistischer* und *territorialer* Macht (Harvey 2003, 33 ff.).²⁴³ Im Prinzip versuchen diese Theoreme die Realität einer fragmentierten Weltwirtschaft *und* eines internationalen Staatensystems zu erfassen. Harvey betont den systematischen Unterschied dieser beiden Logiken: Der

²⁴² Die Staatsausgaben stiegen in jener Zeit an. Das Finanzvolumen der Zentralregierungen von Preußen-Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten weitete sich im 19. Jahrhundert massiv aus (Mann 1998, 200), auch wenn es erst einmal keine größeren kriegerischen Auseinandersetzungen gab. Der prozentuale Anteil der staatlichen Aktivitäten an der volkswirtschaftlichen Gesamtaktivität ging dann bis zum 1. Weltkrieg leicht zurück (Mann 1998, 209). Der nächste Schub eines wachsenden Staatsanteils begann in den 1930ern.

²⁴³ Vgl. für eine frühere, anders konzeptualisierte Variante: Arrighi 1994, 32 ff. Im Unterschied zu Arrighi, der die beiden Logiken als Herrschaftsformen diskutiert, verstehen Harvey/Callinicos sie im Rahmen der Unterscheidung des Politischen und des Ökonomischen.

Einzelkapitalist operiert „im Raum-Zeit-Kontinuum, während der Politiker innerhalb der Grenzen seines Hoheitsgebiets operiert und, zumindest in Demokratien, in einer vom Wahlzyklus diktierten Zeitlichkeit. Andererseits kommen und gehen kapitalistische Firmen, sie verschieben ihren Standort, fusionieren oder schließen, wohingegen Staaten langlebige Einheiten sind, nicht abwandern können und, außer unter außergewöhnlichen Umständen geographischer Eroberung, auf Territorien mit festen Grenzen beschränkt sind“ (Harvey 2005, 34). Üblicherweise dominiert im Imperialismus kapitalistischen Typs im Gegensatz zu anderen Typen des Imperialismus die ökonomische Logik, wiewohl „zeitweise die territoriale Logik in den Vordergrund tritt“ (Harvey 2005, 39) – während des Kalten Kriegs spielte z.B. die geopolitische Rüstungskonkurrenz eine herausragende Rolle.

An den Autoren anknüpfend, könnte davon gesprochen werden, dass die ökonomischen/kapitalistischen und die geopolitischen/territorialen Handlungsstrategien sich an zwei verschiedenen *Kriterien der Reproduktion* orientieren – die der Einzelkapitalien und die der staatlichen Instanzen. Theoretisch kann dies, wie weiter oben begründet, mit der „Besonderung“ des Politischen in kapitalistischen Gesellschaften in Verbindung gebracht werden. Die unterschiedlichen Kriterien führen zu unterschiedlichen Strategien, um deren Ziele zu erreichen bzw. die Stellung zu behaupten. Das wesentliche kapitalistische bzw. ökonomische Kriterium der Reproduktion besteht in der Behauptung der relativen Kapitalstärke (und damit der Profitabilität); sollten Einzelkapitalien dieses Ziel verfehlen, drohen der Bankrott oder die Übernahme. Das wesentliche Kriterium der territorialen bzw. geopolitischen Reproduktion zielt dagegen darauf, die Herrschaft gegenüber der jeweiligen Bevölkerung und gegenüber anderen Staaten sowie „äußeren“ sozialen Kräften zu behaupten. Kapitalistische Geopolitik zielt auf die *Kontrolle von Räumen*, d.h. sowohl auf „politische“ Sicherheits- als auch auf „ökonomische“ Einflussphären sowie Gebietsansprüche, Ressourcenzugang etc. Hier droht im Falle des Scheiterns eine Delegitimierung der Herrschaft und im schlimmsten Fall der Staatszerfall.²⁴⁴ Die differierenden Kriterien der Reproduktion können und werden immer wieder auch zu divergierenden Strategien und Positionen führen – die weitverbreitete Skepsis der amerikanischen Wirtschaft (auch der

²⁴⁴ Als Belege für das extreme Beispiel des Staatszerfalls können etwa Staaten wie Sierra Leone, Somalia oder die Demokratische Republik des Kongo dienen. Das Kriterium der Reproduktion der Staaten ist nicht auf die Geopolitik beschränkt. Die äußeren Dimensionen der staatlichen Macht sind aber mit den inneren Dimensionen verbunden. Einem Staat, der sein eigenes Territorium nicht mehr unter Kontrolle hat, droht die Intervention seiner Nachbarn oder von Großmächten. Der Zerfall der DDR und der Anschluss an die BRD ist ein Beispiel jüngeren Datums aus Europa.

Ölindustrie) gegenüber dem Angriff auf den Irak 2003 kann als Illustration hierfür dienen.²⁴⁵ Ökonomische Interessen setzen sich nicht einfach in Staatshandeln um. Dennoch wird die wechselseitige strukturelle Abhängigkeit beider Dynamiken immer wieder auch zu kongruenten Handlungsstrategien führen. Die Handlungsfähigkeit eines Einzelstaates hängt von der Masse und Stärke der Kapitalien bzw. einer gelingenden Kapitalakkumulation auf seinem Territorium ab, genauso sind die Einzelkapitalien bzw. Kapitalfraktionen von diversen staatlichen Aktivitäten abhängig.²⁴⁶

Sollten die raum-zeitlichen Akkumulationsprozesse die Grenzen des betroffenen, i.d.R. staatlichen Gebietes überschreiten, ist die Frage, wie sich dies auf die Handlungen des jeweiligen Kapitals *und* des ursprünglichen Standortes (des Staates) auswirkt. Ist es für den Staat absehbar, dass dieser Prozess der Kapitalakkumulation seine Macht potentiell unterminieren könnte, ringt er mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit darum, Investitionsströme mit viel „Mühe und Besonnenheit zu seinem eigenen Vorteil“ zu lenken, sowohl intern als auch extern: „Und was den externen Bereich angeht, wird er typischerweise große Aufmerksamkeit auf die Asymmetrien legen, die immer aus dem Handel zwischen Räumen entstehen, und versuchen, die Trümpfe der monopolistischen Kontrolle so stark zu machen, wie er kann. Er wird sich, kurz gesagt, notwendig am geopolitischen Kampf beteiligen und wo er kann auf imperialistische Praktiken zurückgreifen“ (Harvey 2005, 108). Die Formen der *Konkurrenz* würden sich in letzterem Fall in einen *Konflikt* steigern.²⁴⁷ Um die vielgestaltigen Konfliktformen unterhalb der Schwelle der offenen Gewaltanwendung bzw. dem zwischenstaatlichen Krieg kennzeichnen zu können, wird nachfolgend mit einem Konzept gearbeitet, das Typen der internationalen Auseinandersetzungen auf einem Kontinuum anordnet.

²⁴⁵ Eine Analyse der Kontrolle der Weltölreserven und der hiermit verbundenen Konflikt- und Kooperationsverhältnisse zwischen den mächtigsten kapitalistischen Staaten unter der Vorherrschaft der USA hat Simon Bromley vorgelegt: vgl. Bromley 2005.

²⁴⁶ Der Versuch der politischen Regulierung von *Währungsräumen* ist ein Beispiel für die komplexe Vermittlung von ökonomischen (Konkurrenz-)Verhältnissen und politischen Kontrollstrategien, wie weiter unten ausgeführt wird.

²⁴⁷ Ich unterscheide zwischen Wettbewerb/Konkurrenz und dem „zugespitzten“ Konflikt zwischen Akteuren (vgl. zum Begriff des Konflikts: Bonacker 2005). Ursachen der Entstehung von Konflikten sind unvereinbare Interessen, die im Wettbewerb immer wieder auftreten. Aber nur wenn sie den Akteuren „(1) bewusst sind, (2) handlungsbestimmend werden und (3) eine kritische Spannung im Beziehungszusammenhang erzeugen, entsteht ein manifester Konflikt“ (Link 1994, 100). Die „kritische Spannung“ gibt an, dass es ein Moment des Umschlages von Wettbewerb in Konflikt gibt, dann nämlich, wenn die Struktur der Beziehungen – die gleichzeitig aus Gemeinsamkeiten und Gegensätzen bestehen kann – gefährdet ist.

Bob Jessop fasst die Argumentation zusammen: „Whereas the state is based in the first instance on the territorial logic of political, diplomatic and military power oriented to fixed territorial boundaries; capitalism is based in the first instance on the spatial logic of (economic) power that flows across and through continuous space and time. Each logic generates contradictions that must be contained by the other. This results in a spiral movement as contradictions are displaced from one logic to the other in a continuing process of mutual adjustment and reaction. This is reflected in different forms and dynamics of uneven geographical development, geopolitical struggles and imperialist politics“ (Jessop 2006, 156). Was nicht vergessen werden darf (und auch schon Ende des 19. Jahrhunderts eine Rolle spielte): Sollten die Akkumulationsprozesse die Grenzen des Einzelstaates überschreiten, können die sich daraus ergebenden Konkurrenzen auch über die Schaffung supra-staatlicher Abmachungen bzw. internationaler politischer Institutionen (temporär und z.T. längerfristig) reguliert werden. Das gleichzeitige Vorhandensein bzw. eine sich wandelnde Artikulation von Konkurrenz *und* Kooperation (oder Interdependenz) ist nicht erst ein Faktum des späten 20. Jahrhunderts.

An diesem Punkt ist eine Erweiterung des analytischen Rahmens der Erklärung der Dynamik des kapitalistischen Imperialismus erforderlich. Für Harvey geht es um eine „doppelte Dialektik“ zwischen „erstens der territorialen und der kapitalistischen Logik der Macht und zweitens den inneren und äußeren Beziehungen des kapitalistischen Staates“ (Harvey 2005, 179 f.). Der jeweilige nationale Imperialismus lässt sich nicht ohne Analyse des kapitalistischen Staates bzw. der nationalen Gesellschaften verstehen, denn v.a. deren vielfältige Varianten sind es, die eine Vielzahl verschiedenartiger kapitalistischer „Imperialismen“ hervorbringen. Die politischen und sozialen Kämpfe im Rahmen der territorialen Logik der Macht, im und um den Staat, bringt die jeweilige Spezifik imperialistischer Politik, ihre Kontingenz und Variabilität, hervor.²⁴⁸ Daher erfordert eine Theorie der „vielen“ kapitalistischen Imperialismen auch eine Analyse des Phänomens moderner „Massenpolitik“ (z.B. Nationalismus, Rassismus/Kulturalismus, aber auch Antikolonialismus bzw. Antiimperialismus) sowie Kräfteverhältnisse in Parlamenten und diversen politischen Apparaten.

²⁴⁸ Harvey nimmt mit den Klassenbeziehungen und -kämpfen innerhalb einer territorial begrenzten Gesellschaft die These des *Sozialimperialismus* wieder auf (Harvey 2005, 124). Was in mehreren Staaten Ende des 19. Jahrhunderts stattfand, nämlich eine Ablenkung von ungelösten inneren sozialen Problemen durch eine aggressive Außenpolitik, setzt sich heute in ähnlicher Weise fort, wie Harvey an der Politik der Bush-Regierung verdeutlicht.

Gleichzeitig gilt es, beide Seiten des Prozesses der geopolitischen und ökonomischen Handlungsstrategien in ihrer Bewegung zu verstehen. Viele neorealistiche Analysen verengen den Blick auf die staatliche „Logik“ und dabei insbesondere auf „Sicherheitsfragen“, während ökonomistisch argumentierende Autoren (etwa liberale Institutionisten und einige Marxisten) staatliche Handlungen einseitig durch ökonomische Ursachen erklären.

Sowohl bei Callinicos als auch bei Harvey sind die Untersuchungen zur territorialen Logik der Macht bzw. zur geopolitischen Konkurrenz nicht so elaboriert wie ihre Untersuchungen zur kapitalistischen bzw. ökonomischen Logik der Macht. Daher werden nun weitere Faktoren kapitalistischer Geopolitik kurz eingeführt, die für eine Theoretisierung imperialistischer Politikformen eine Relevanz besitzen und auf die ich im weiteren Verlauf der Arbeit weiter Bezug nehme:

- *Die ökonomische Dimension kapitalistischer Geopolitik:* Ökonomische Kraft ist zentral für die Herstellung einer politisch-militärischen „Wettbewerbsfähigkeit“ – eine Steigerung derselben liegt daher im Interesse eines kapitalistischen Staates. Die Stärke eines Staates hängt zentral mit seinem akkumulierten Reichtum zusammen. Hiermit verbunden sind die verfügbaren militärtechnischen Möglichkeiten. Die Gestalt der Geopolitik wird immer auch von den technischen Bedingungen geprägt, die die Qualität der „Destruktionskräfte“ bestimmen. Dabei muss der Einsatz von Technik immer auch im Zusammenhang mit ihrer sozialen Vermitteltheit und Beschränktheit gesehen werden. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass in der Herstellung geopolitischer Stärke auch der Faktor „Geo-Ökonomie“ – die Weise, wie sich eine Wirtschaft in die regionale und die globale Geographie einfügt – von Bedeutung ist.²⁴⁹
- *Die Rolle ideologischer bzw. normativer Kraft in der Geopolitik:* Hierunter sind normative „Ressourcen“ zu verstehen, die es einer Staatsführung ermöglichen, eine Politik der Androhung oder Ausübung von Gewalt, die der eigenen Bevölkerung unter Umständen Opfer abverlangt, notfalls auch länger durchzuhalten. Diese Potentiale,

²⁴⁹ „Britannien hat Jahrhunderte ‚gewartet‘, bis die Revolution in der Nautik und die ‚Entdeckung‘ der Neuen Welt es reich machten und seine küstennahe Geo-Ökonomie sich als Machtquelle erwies“ (Mann 1998, 159). Eine günstige geo-ökonomische Position ist bis heute für die Vereinigten Staaten ein Vorteil, wenn auch die Raum-Zeit-Kompression diesen Faktor abgeschwächt haben mag (und daher nicht übertrieben werden darf, wie es der Neorealist Mearsheimer zu tun pflegt, vgl. Mearsheimer 2003, 114-137).

etwa ein starkes nationales Identitätsgefühl oder projizierte Ängste vor einer Bedrohung von „außen“, spielen bis heute eine nicht unerhebliche Rolle. Zugleich ermöglicht die Analyse nationaler Bewegungen und Argumentationsmuster eine präzisere Beschreibung unterschiedlicher kapitalistischer Imperialismen (vgl. bereits: Arendt 2003).

- *Die militärische Dimension der Geopolitik:* Eine starke Armee setzt nicht nur ein hinreichend großes Bruttoinlandsprodukt voraus, sondern auch ein umfassendes militärisches System, welches diese ökonomischen Ressourcen für die Militärausbildung und die Kriegsführung nutzbar machen kann (vgl. Deudney 2000).²⁵⁰ Wie noch aufgezeigt wird, sind die militärischen Anstrengungen des amerikanischen Staates wie der europäischen oder asiatischen Staaten nicht nur als Ausdruck von Sonderinteressen bzw. bornierter Unbelehrbarkeit eines militärisch-industriellen Komplexes zu werten, sondern auch und gerade als ein Versuch zu verstehen, für das „Allgemeininteresse“ spezifische globale Einflussmöglichkeiten zu verbessern. Dabei muss die zentrale Bedeutung der Rüstungskonkurrenz als eine Form des geopolitischen Wettbewerbs verstanden werden.
- *Der Einfluss politischer Organisation und Allianzbildung in der Geopolitik:* Anhand empirischer Studien lässt sich nachweisen, dass in den seit 1945 geführten Kriegen die ökonomischen Ressourcen allein keinen verlässlichen Indikator für den Ausgang der Konflikte abgaben. Die „bessere politische Organisation“, so Mann, kann dafür ausschlaggebend sein, wie ein Konflikt ausgeht, wie z.B. der Sieg Nordvietnams über Südvietnam und die USA zeigt. In diesem Zusammenhang spielen auch politische

²⁵⁰ „[F]our main phases of the forces of destruction, each defined by the presence of an ensemble of technological and geographic factors can serve as the working framework for a reformulated geopolitical model – (1) Pre-modern (to 1500) composed of horses and camels, sails and oars, and bows and catapults; (2) Early modern (1500-1850) composed of horses and camels, ocean sailing and navigation, and gunpowder; (3) Global-Industrial (1850-1945) composed of steel ships powered by coal and oil, airplanes, telegraphs and radio, and high explosives; and (4) Late Global or Planetary-Nuclear (after 1945) composed of jet airplanes, rockets and missiles, satellites and nuclear explosives“ (Deudney 2000, 89).

In den letzten Jahrzehnten ist es zur Einführung einer neuen Form der geopolitischen Anwendung technologischer Innovationen im Militär gekommen. Neben den klassischen vier Dimensionen strategischer Macht des Militärs – Seemacht, Landkraft, Luftmacht und „Weltraummacht“ – wird heute eine fünfte Dimension relevant: der *digitale Informationsraum* (vgl. Rennstich 2003). Die Schaffung einer informationellen Infrastruktur gehört zu den wichtigsten Errungenschaften moderner Militärpolitik. Die amerikanische „Revolution in Military Affairs“ (RMA) der 1990er basierte auf der Anwendung der modernen Informationstechnologien (Müller/Schörnig 2006, 97 ff.).

Allianzen eine wichtige Rolle: „Ökonomistische Theoretiker scheinen zu vergessen, dass alle großen Kriege der Moderne zwischen Allianzen ausgefochten wurden. Denn: Hätten die Verlierer sich stärkere Verbündete zu verschaffen gewusst, dann hätten sie nicht nur gewinnen können, sondern wären auch plausible Kandidaten für eine hegemoniale Herrschaft gewesen“ (Mann 1998, 161).

- *Der Faktor der Führerschaft:* In komplexen internationalen Zusammenhängen nimmt die Bedeutung kurzfristiger Entscheidungen zu. Daher kommt diplomatischen und politisch-militärischen Entscheidungen ein hohes Gewicht zu.²⁵¹

Das Wesen kapitalistischer Geopolitik unterscheidet sich alles in allem erheblich vom geopolitischen System des Feudalismus (Rosenberg 1994, 139 ff.).²⁵² In letzterem waren Krieg und „politische Akkumulation“ zentrale Mittel der Aneignung des Mehrprodukts. Die Okkupation von „fremdem“ Territorium im Kapitalismus ist zwar möglich, aber nicht zwingend notwendig wie noch im Feudalismus, weil der Zweck ein anderer ist: Sollte die Kontrolle von fremden Räumen u.a. zur Ermöglichung und Absicherung ökonomischer Durchdringung bzw. Verwertung auch ohne direkte Herrschaft möglich sein, ist dies i.d.R. ein befriedigender Zustand für die interessierten Staaten und beteiligten Machteliten.²⁵³ Kapitalistische Geopolitik bedeutet dementsprechend nicht notwendigerweise direkte Gewalt. Politische Drohungen und militärischer Wettbewerb unterstützen auch und gerade das „friedliche“ Management der internationalen öffentlichen Sphären bzw. die Regulierung der „Anarchie“ des Raumes des Internationalen und der inter-gesellschaftlichen Beziehungen. Militärisches Potential bedeutet hier politische Macht, die wiederum als Bedingung für

²⁵¹ Historische Zufälle müssen daher in einer komplexen Theorie eine angemessene Rolle spielen können, wie Mann am Beispiel des Ersten Weltkriegs aufzeigt: „Jedes Geschehnis hat seine speziellen Ursachen. [...] Bei meiner Untersuchung allgemeinerer struktureller Ursachen geht es mir einzig und allein um die Erklärung des generellen Klimas, das den Krieg zu einem Resultat irgendwo zwischen Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit werden ließ. Unfälle können sich ereignen, aber sie ereignen sich im Rahmen einer gewissen Wahrscheinlichkeit. Dass die Erklärung sich nicht ausschließlich oder auch nur hauptsächlich alternativ auf die Innen- oder Außenpolitik konzentrieren kann, ist offensichtlich. Entscheidungen wurden durch die Innen- und die Außenpolitik bestimmt, die stets sowohl innerhalb als auch zwischen den Nationalstaaten ineinander verschränkt waren“ (Mann 2001, 295; vgl. Mann 1994, 447).

²⁵² Hiermit ist ein wichtiger Unterschied zur theoretischen Logik des Neorealismus angesprochen, für den das Staatensystem mindestens seit 1648, wenn nicht bereits wesentlich länger, denselben Regeln gehorcht.

²⁵³ Im Vergleich zum 19. Jahrhundert sind ein gewachsenes Nationalbewusstsein und bessere technologische Möglichkeiten der Verteidigung weitere Gründe für die Vermeidung direkter kolonialer Besatzung.

internationales Mitspracherecht und Durchsetzungsvermögen gilt – es dient der „diskreten Hintergrundinformation“ über die Kräfteverhältnisse.

Die geopolitischen bzw. raumpolitischen Kontrollstrategien lassen sich in eine *formelle Expansion* (mehr oder weniger direkte Kontrolle von vormals fremden Räumen) und eine *informelle Expansion* (in der starke Staaten etwa Prinzipien des Wirtschaftsverkehrs gegenüber schwächeren Staaten durchsetzen, ohne direkt militärisch zu intervenieren) unterscheiden. Allerdings sind die beiden Formen der Expansion nicht schematisch zu trennen, denn beide Formen können historisch u.U. gleichzeitig auftreten. Zudem setzt auch die informelle Expansion wirksame militärische Drohpotentiale voraus.

In diesem Zusammenhang kann hinsichtlich der *Mittel* bzw. *Strategien*, die zur Kontrolle von Räumen angewandt werden, zwischen einer *weichen Geopolitik* bzw. „weichen Macht“ und einer *harten Geopolitik* bzw. „harten Macht“ differenziert werden: „Through ‘hard’ geopolitics, states use militarism, organized violence, and war to competitively acquire, control, and defend territory; access strategic natural resources; promote national security; and achieve military-political hegemony within the ‘competitive inter-state system’. [...] Against this ever-present backdrop of military potentiality, stalemate, and re-ascendant warfare, advanced capitalist states can exercise and seek geo-political hegemony, non-militaristically. ‘Soft’ geopolitics represents states’ competitive and coercive interactions, using political-economic tactics to exercise and increase their political clout and maximize their individual economic gain“ (Gritsch 2005, 2). Unter weicher Geopolitik ist etwa die Einflussnahme starker Staaten auf internationale politische Institutionen und ausländische Märkte zu verstehen, ihre etwaige „Vorbildfunktion“ als wirtschaftspolitisches und/oder sicherheitspolitisches Leitbild bis hin zu ihrem kulturellen Einfluss. Einzelstaaten nutzen diese Mittel, um weltwirtschaftliche und andere internationale Entscheidungen beeinflussen zu können. Harte und weiche Geopolitik überkreuzen sich freilich in der Realität. „[Weiche Macht] kooptiert die Menschen, anstatt sie zu zwingen. Weiche Macht beruht auf dem Vermögen, die politische Tagesordnung auf eine Weise zu bestimmen, welche die Präferenzen anderer formt. [...] Natürlich hängen harte und weiche Macht zusammen, und beide können sich gegenseitig verstärken. Beide sind Aspekte unserer Fähigkeit, die eigenen Ziele zu erreichen, indem wir das Verhalten anderer beeinflussen“ (Nye 2003, 30 f.).²⁵⁴ Auf der Grundlage dieser Differenzierungsmerkmale

²⁵⁴ Susan Strange spricht mit ihrer *Darstellung* von vier strukturalen Dimensionen der Macht die weichen und harten Formen der Machtausübung an. Sie unterscheidet die „harte“ Sicherheitsstruktur von der „weichen“ Produktionsstruktur, der Finanzstruktur (die in einer Kontrollmacht derjenigen über die Entwicklung der internationalen Ökonomie mündet, die die Fähigkeit besitzen, Kredite bereitzustellen) sowie der Wissensstruktur (d.h. der privilegierte Zugang zu Wissen). Akteure sind

werden weiter unten – in einer Anknüpfung an den Hegemoniebegriff Gramscis – historische Weltordnungsphasen unterschieden, die verschiedenartige Mischungsverhältnisse von Zwangs- und Konsenselementen umfassen. In nicht-hegemonialen Weltordnungsphasen treten im Unterschied zu hegemonialen Phasen die Elemente des Zwangs und der Gewalt in den Vordergrund (vgl. Bieling 2005, 250).

Die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems hat in den letzten 200 Jahren immer wieder zu geopolitischen Konflikten von historischer Tragweite geführt, die die Kräfteverhältnisse zwischen den Staaten verschoben – auch und gerade verursacht durch Handlungen in und von aufholenden Staaten, von „contender states“, Herausforderern (van der Pijl 2006). Um die unterschiedlichen *Kapazitäten* kapitalistischer Staaten zu fassen, ist es plausibel innerhalb der Gruppe der starken Staaten verschiedene Typen zu unterscheiden: erstens global vorherrschende oder gar hegemoniale Staaten, zweitens makro-regional führende Staaten mit globalem Wirkungsradius, drittens makro-regionale Mächte mit weniger großer Wirkungsmacht sowie viertens starke Staaten mit geringerem Aktionsradius. Letztere Staaten können, sofern sie sich imperialistischer Praktiken bedienen, als subimperialistische Mächte bezeichnet werden. Unter der Kategorie des *Subimperialismus* ist zu verstehen, dass Länder im regionalen Maßstab nach einer ähnlichen politischen Vorherrschaft streben wie die entwickeltesten kapitalistischen Staaten im makro-regionalen oder gar globalen Maßstab.

Um eine unzulässige universalhistorische Erklärung ökonomischer und geopolitischer Konkurrenz bzw. Konflikte zu vermeiden, soll noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Geopolitik sich im Übergang zu kapitalistischen Imperativen selbst transformiert hat und auch in ihrer folgenden geschichtlichen Entwicklung Veränderungen unterlegen war. Es ist daher eine historisierende Theorie geopolitischer sowie militärischer Konflikte anzustreben, ein Erklärungsansatz, der die strukturellen Unterschiede zwischen verschiedenen Produktionsweisen in Betracht zieht sowie die Ausprägungen in spezifischen innerkapitalistischen Entwicklungsphasen und historischen Konstellationen berücksichtigt.

„mächtig“, wenn sie diese Strukturen beeinflussen können. „Production is basis of life and therefore the fundamental essential. But production (or wealth) cannot be enjoyed, or even produced, without order; and order requires the provision of security” (Strange 1989, 166).

4.3. MARKTKONKURRENZ, RÜSTUNGSKONKURRENZ UND FORMEN GEOPOLITISCHER KONFLIKTE

Wie im Kapitel zu den kapitalistischen Strukturmerkmalen beschrieben wurde, ist für den Kapitalismus ein Spannungsverhältnis zwischen Gleichheit/Freiheit und Ausbeutung sowie Konkurrenz, das Herrschaft bedingt, konstitutiv. Daher auch wird das kapitalistische System in seiner realhistorischen Fragmentierung niemals auf die Anwendung von Gewalt-, Überwachungs- und Disziplinierungsmittel verzichten können und ist damit als eine Form *sozialer Beherrschung* zu verstehen. Es gilt die „Irreduzibilität des Phänomens extremer Gewalt als strukturelle Determinante des Kapitalismus“ anzuerkennen (Balibar 2001, 1287).²⁵⁵ Ohne das kontinuierliche Drohpotential von (staatlich monopolisierten) Gewaltmitteln besteht die Gefahr der Unterbrechung der ökonomischen Ausbeutungs- und Austauschprozesse. Für die innergesellschaftlichen Prozesse ist dies hinreichend nachgewiesen worden. Im Folgenden versuche ich zu beschreiben, wie sich dieses Erfordernis auch in der Konkurrenz zwischen kapitalistischen Staaten durchsetzt, u.a. in Form der Rüstungskonkurrenz.

In neorealistischen Ansätzen der Disziplin der IB wird die Rüstungsdynamik unterkomplex als ein „außengeleiteter“ Prozess analysiert, in dem Staaten „rational“ auf externe Stimuli reagieren. In liberalen Ansätzen wird dagegen eher auf die „inneren“ Ursachen der Rüstungsdynamik verwiesen, z.B. auf die Sonderinteressen des militärisch-industriellen Komplexes oder die geringere „Neigung“ zu Rüstung und Krieg in „demokratischen“ Gesellschaften (vgl. zur Übersicht: Müller/Schörnig 2006, 60-72). Beide Ansätze bieten keine zufrieden stellende Grundlage, denn zur Analyse der Rüstungskonkurrenz sind sowohl inner- als auch inter-gesellschaftliche Dynamiken relevant.

Dabei kann an einer polit-ökonomischen Überlegung angeknüpft werden. Wenn Marx erläutert, wie verschiedene Einzelkapitalien zueinander in Beziehung gesetzt werden, spricht er von anarchischen *Markt*mechanismen. Aber im Prinzip gibt es keinen Grund, warum nicht andere Mechanismen, die Produktionsprozesse in ungeplanter Weise aufeinander beziehen,

²⁵⁵ Daher muss das bekannte Bild der gesellschaftlichen Entwicklung als „Rationalisierungs“- oder „Zivilisierungsprozess“ kritisiert werden. Es scheint sinnvoller, Gewalt selbst als Bestandteil und nicht lediglich als Gegenpol von Zivilisierungsprozessen zu begreifen, wie bereits Horkheimer/Adorno und andere argumentiert haben (Horkheimer/Adorno 1998). Die verbreitete These, der zufolge Gewalt und Barbarei „Rückfälle“ bzw. „Regressionen“ in die unzivilisierte Vormoderne seien, ist einseitig. Die „Barbarei“ ist Teil des Prozesses der „Zivilisierung“ bzw. des Prozesses der weltweiten Ausbreitung und Verankerung des Kapitalismus. Die vordergründige Plausibilität des Zivilisierungstheorems kann nur um den Preis der Ausblendung der Widersprüche der Moderne erreicht werden.

eine ähnliche Rolle spielen können.²⁵⁶ Die Rüstungsproduktion bzw. die Rüstungskonkurrenz stellt eine derartige Möglichkeit dar. Rüstungsgüter werden nur zu einem Teil getauscht; es kommt zur Außerkraftsetzung von „Marktregulativen“.²⁵⁷ Die typische Situation für Rüstungskonzerne ist es, für einen einzigen Käufer, den Staat, zu produzieren, und dabei die kostenmäßigen Bedingungen zu diktieren. Es handelt sich um „ausgehandelte Vertragsbeziehungen“ (Rödel 1972, 18). Der Markt spielt keine direkte Rolle – allerdings wirkt sich das Produktivitätsniveau in anderen Bereichen der Wirtschaft auf die Rüstungsproduktion aus. Die Geschichte des Kalten Kriegs hat gezeigt, dass die militärischen Möglichkeiten von der wirtschaftlichen Stärke einer Volkswirtschaft abhängig sind.²⁵⁸

Die staatliche Rüstungsproduktion produziert jedoch, obwohl sie an sich ein „wettbewerbsarmer“ Vorgang ist, eine kapitalistische Konkurrenzdynamik, die sich auf der *geopolitischen* Ebene des internationalen Staatensystems ausdrückt. Der Rüstungswettbewerb gehört zu den wichtigsten Komponenten der geopolitischen Konkurrenz, die historisch betrachtet in allen Phasen des Kapitalismus anzutreffen war.²⁵⁹ Zur Unterscheidung der beiden hier diskutierten Dimensionen der Konkurrenz, Markt- und Rüstungskonkurrenz,

²⁵⁶ Ein solcher, über die reine Marktkonkurrenz hinaustreibender ökonomischer Prozess, ist mit dem missverständlichen Begriff der Monopolisierung bezeichnet worden. Zutreffender ist der Begriff Oligopolisierung. Diese bedeutet eine quantitative Modifizierung der Konkurrenz, nicht ihre Abschaffung. Das Vordringen von Großunternehmen in Industrie, Handel und Dienstleistungsbereichen hat zudem eine partielle Verlagerung des Wettbewerbs vom Preiswettbewerb zu anderen Wettbewerbsformen, wie Produktdifferenzierung und Werbung mit sich gebracht (Kromphardt 1987, 157). Im dritten Band des *Kapitals* beschreibt Marx eine Tendenz, der zufolge das industrielle Kapital einen steigenden Teil seines Reichtums in die Aufgabe der *Realisierung* des Mehrwerts in der Zirkulationssphäre investieren muss, also etwa in Ausgaben für Werbung oder in die Finanzierung von Konsumentenkrediten (Marx 1986, 310).

²⁵⁷ Vor allem im Waffenhandel ist das jedoch der Fall. Im Folgenden wird vom *Waffenhandel* abstrahiert – hierbei wird Rüstung nämlich sehr wohl getauscht. Zur Analyse geopolitischer Indienstnahme bundesdeutscher Rüstungsexporte: vgl. Henken 2005; Biermann/Klönne 2004, 186 ff.

²⁵⁸ Melman betont die bestimmende Position des US-Verteidigungsministeriums in diesem Prozess: „The state management has also become the most powerful decision-making unit in the U.S. government. Thereby, the federal government does not ‘serve’ business or ‘regulate’ business, since the new management is the largest of them all. Government *is* business. That is state capitalism” (Melman 1997, 312). Niskanen weist darauf hin, dass die „Verteidigung“ in den USA Ende der 1980er, nach der UdSSR und China, für sich genommen die drittgrößte Planwirtschaft der Erde bildete (Niskanen 1990, IX).

²⁵⁹ Die Rüstungsproduktion gehorcht insofern einer anderen Logik als die Produktion von staatlichen Sozialleistungen. Liberale Kritiker der Rüstungswirtschaft wie John K. Galbraith haben zwar den konjunkturpolitischen Aspekt der Rüstung beschrieben. Aber sie hielten die Rüstung als Motor der Konjunktur für durchaus ersetzbar durch andere, „soziale“ Staatsausgaben wie etwa den Wohnungsbau oder soziale Transferleistungen. Wie Kidron bemerkt, geht von der Rüstungsproduktion allerdings ein stärkerer „Dominoeffekt“ aus (Kidron 1971, 68 ff.), der mit der Pluralität von Einzelstaaten und der Bedrohungswahrnehmung der in ihnen herrschenden Machteliten zu tun hat. Es gibt weniger Grund zur Annahme einer externen Bedrohung durch das Wohlfahrtsniveau als einer externen militärischen Bedrohung.

könnte gesagt werden: Der marktliche Wettbewerb geht mit der (meist privaten) Erzielung von Profit einher, der geopolitische Rüstungswettbewerb zielt dagegen auf die Steigerung des Machtpotentials von Einzelstaaten (als Hintergrundinformation über das Durchsetzungsvermögen), die Kontrolle von Räumen und/oder auf die Bemächtigung von Reichtümern, etwa die Verfügung oder sogar Aneignung über bzw. von Territorien, Produktionsmittel(n) und Menschen. Diese Seite des Kapitalismus ist bisher theoretisch nur unzulänglich aufgearbeitet worden. Es bedarf hierzu einer breit gefassten Darstellung der Mittel, deren sich kapitalistische Staaten bedienen, um im „Wettbewerb“ zu bestehen.²⁶⁰

In der Soziologie gibt es Ansätze, die den Sachverhalt der Rüstungsdynamik und, erweitert, gewaltförmiger Auseinandersetzungen überhaupt, unter dem Stichwort des „Gewaltcharakters der Moderne“ zu beschreiben versuchen (Imbusch 1999, 147 ff.). Hans Joas wendet in einem Aufsatz gegen die zu Beginn der 1990er Jahre sich im Auftrieb befindlichen Modernisierungstheorien ein, dass „Krieg und Bürgerkrieg die Moderne, wie wir sie kennen, in ihrem innersten Wesen geprägt“ haben (Joas 1996, 24). Bei den Kriegen zwischen konkurrierenden Territorialstaaten handelte es sich um eine bestimmende Form der Gewaltausübung der letzten 200 Jahre.²⁶¹ Insofern sie Reichtum vernichten und neue Akkumulationszyklen und/oder Akkumulationsregime ermöglichen, können Kriege im Kapitalismus sogar „produktiv“ sein: Der „Keynesianer“ Galbraith anerkennt, dass die „Große Depression“ der 1930er „erst durch das ganz andere Drama des Zweiten Weltkriegs beendet [wurde]. Krieg, nicht etwa ökonomische Weisheit, beendete die Depression“ (Galbraith 1995, 91).

Natürlich haben sich Gewalt, Krieg und überhaupt Formen der Geopolitik im Laufe der kapitalistischen Entwicklung erheblich verändert (vgl. Kolko 1999; Herberg-Rothe 2003; Jung/Schlichte/Siegelberg 2003). So hat etwa die Entwicklung und Anwendung von Atomwaffen militärische Strategien radikal modifiziert, da die Nuklearwaffe wie keine andere Waffe in der Geschichte bereits *vor* ihrer Anwendung als ein politisch wirksames Druckmittel

²⁶⁰ Die Tatsache, dass die fragmentierte Weltwirtschaft und das internationale Staatensystem durch ein „Klima der Gewalt“ geprägt sind, wird in den deutschen Theorien der IB unterschätzt. Selbst in den gesellschaftskritischen neogramscianischen Ansätzen wird die Rolle der Gewalt bzw. des Militärpotentials vernachlässigt.

²⁶¹ Wie Gabriel Kolko in seiner Untersuchung der Kriege des 20. Jahrhunderts festhält, haben die Kriegsherren „niemals die Tragweite ihrer Entscheidungen überblicken können [...]. Militärstrategen haben zwar durchaus großartige Pläne gemacht, aber es kam immer ganz anders“ (Kolko 1999, 384). Diese Tatsache korrespondiert mit der hier theoretisch entwickelten Hypothese, der zufolge nicht intendierte Folgen menschlichen Handelns der internationalen bzw. inter-gesellschaftlichen Ebene inhärent sind.

genutzt werden kann.²⁶² Die meisten geopolitischen Konflikte finden seit der Etablierung des kapitalistischen Weltsystems unterhalb der Schwelle des „klassischen“ Krieges statt: „Die Daten zu den *Militarized Interstate Disputes* (MID) belegen erstens, dass die Mehrzahl zwischenstaatlicher Konflikte seit 1816 auf die erfassten Intensitätsstufen der Androhung von Gewalt (*threat to use force*), der Zurschaustellung militärischer Mittel (*display of force*) und den begrenzten Einsatz von Gewalt (*use of force*) beschränkt bleibt [...]. Zweitens hat sich die absolute Zahl von MIDs seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs deutlich erhöht [...]; normalisiert über die Staatenzahl im internationalen System sind die Risiken des Auftretens und der Dauer von MIDs jedoch seit 1816 relativ konstant [...]. Auf der Grundlage der MID-Daten lässt sich auch zeigen, dass zahlreiche Staatenpaare wie Griechenland/Türkei oder Indien/Pakistan seit Jahrzehnten in lang anhaltende, strategische Rivalitäten (*enduring rivalries*) verwickelt sind“ (Chojnacki 2006, 51 f.).

In den heutigen militärischen Konflikten, Kriegen und Bürgerkriegen lassen sich teilweise neue Formen der Militärpolitik beobachten. Münkler schreibt, dass sich die Geschichte des Krieges in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als eine „sukzessive Herauslösung untergeordneter taktischer Elemente des Gewaltgebrauchs aus dem Rahmen einer genuin militärischen Strategie begreifen“ lässt (Münkler 2002, 187). Einstmals *taktische Elemente* früherer Kriegsführung wurden zur *Strategie* fortentwickelt. Hierunter fällt erstens der offensive „Blitzkrieg“, der auf die Vermeidung langer Kriege setzt (z.B. der Zweite Golfkrieg 1991), zweitens die defensive „Maginotdoktrin“, die darauf setzt, die Verteidigungskräfte tendenziell unverwundbar zu machen (die in der Diskussion um Raketenabwehrsysteme ihre aktuelle Entsprechung findet), und drittens ein „indirect approach“, der von der Wirtschaftsblockade bis zum „strategischen Luftkrieg“ reicht (Münkler 2002, 214 ff.). In der Entwicklung nach 1989 wurde zudem der „Krieg als Terror“ zum Modus einer permanenten Kriegsführung, d.h. eines dauerhaften Krieges (meist) „niedriger Intensität“, der die Grenze zwischen Krieg und Nicht-Krieg verwischt.²⁶³ Mit dem Ende des Kalten Krieges sind Rüstung und kriegerische Vorgänge also nicht verschwunden. Auch wenn heute der totale Atomkrieg weiter entfernt ist als etwa 1961, heißt dies nicht, dass ein „säkularer“ Trend der

²⁶² In diesem Sinne dienten auch die amerikanischen Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki 1945 nicht primär dem Ziel, das bereits geschlagene Japan militärisch zu besiegen. Zuallererst unterstützten sie das Vorhaben, das Kräftegleichgewicht unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs zu Gunsten der USA zu verschieben.

Im Übrigen war damit die Vorstellung einer soliden „nationalen Souveränität“ schon lange vor der „Globalisierung“ ein „Anachronismus“ geworden (van der Pijl 1996, 234).

²⁶³ Eine weitere neue, oder genauer gesagt, reaktualisierte Tendenz ist die „Entstaatlichung“ des Krieges.

„Zivilisierung“ sich problemlos durchsetzen könne. „Was [nach 1989] auf den ersten Blick wie eine ‚Hegung des Krieges‘ (Carl Schmitt) erscheinen mag, erweist sich als Rückgewinnung militärischer Optionen, die in der Ära des Kalten Krieges verstellt waren“ (Bröckling 2000, 84 f.). Die völkerrechtliche Sanktionierung von Angriffskriegen, etwa im Rahmen der Jugoslawienintervention 1999 oder des Irakkriegs 2003, hat die Gewaltanwendung wieder zum (umstrittenen) Mittel der „westlichen“ Außenpolitik gemacht.²⁶⁴

Zugleich hat der exponentielle Anstieg der Verwüstungen durch den Krieg im 20. Jahrhundert den Beginn von Kriegshandlungen zu einem unkalkulierbaren Risiko werden lassen. Senghaas argumentiert, dass im 18. und 19. Jahrhundert jene Staaten, die einen Krieg begannen, ihn in 80 % der Fälle auch gewonnen haben. Im 20. Jahrhundert kehrte sich dieses Verhältnis um: „Hier haben diejenigen, die einen Krieg begannen, ihn in 60 % der Fälle verloren; die Siegchancen sind also dramatisch gesunken. Dies hat mit der Intensivierung des Mitteleinsatzes zu tun und damit mit der entfesselten Eskalationsdynamik und ihren Unkalkulierbarkeiten“ (Senghaas 2003b, 307). Weil „riskante“ Handlungen, besonders in Zeiten der Instabilität, zum Handlungsrepertoire kapitalistischer Akteure bzw. Staaten und Staatenallianzen gehören, bleiben Formen zwischenstaatlicher Kriege demnach eine Eventualität. Dass der zwischenstaatliche Konflikt heute eher in der Form der „Gewaltandrohung“ bzw. „Kriegsdrohung“ in Erscheinung tritt, bedeutet nicht, dass er endgültig obsolet geworden ist. Aufgrund dessen sind Vorstellungen einer „Weltzivilgesellschaft“ (Kaldor 2005) als normatives Wunschdenken zu verstehen, denn sie berücksichtigen nicht die weiterhin „unzivilisierte“ Rivalität innerhalb des kapitalistischen Weltsystems (vgl. Colás 2005).

²⁶⁴ Hartmann argumentiert, dass in den letzten Jahren der Übergang von einer vorwiegend ökonomischen, „neoliberalen Phase“ schöpferischer Zerstörung zu einer neuen „postneoliberalistischen Phase“ strategischer Reorganisation zu beobachten sei. Wie er an der westlichen Balkanpolitik verdeutlicht, wird hierbei die Zerstörung alter Nationalstaatlichkeit in Kauf genommen und darauf gesetzt, an deren Stelle neue regionale Subeliten für die Beherrschung der Region in Dienst zu nehmen (Hartmann 2001). Der Krieg selbst wird dabei zum Instrument der Reorganisierung von Staaten. „Fragmentierte“ Staaten ermöglichen u.a. eine Durchkapitalisierung der Region.

Hinsichtlich der oft ethnisch gefärbten Konflikte und (Bürger-)Kriege im „Süden“ reagieren die hochentwickelten kapitalistischen Staaten oftmals nur indirekt, indem etwa Flüchtlingsbewegungen reguliert werden. Die meisten (innerstaatlichen) Kriege werden von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. In der Regel üben geopolitisch relevantere Konfliktzonen des Südens auch eine höhere „Bereitschaft“ zum Handeln aus, wobei die Herstellung von Ordnung und Kontrolle primäres Ziel ist.

4.3.1. ZWEITER WELTKRIEG: SONDERFALL DER KONKURRENZ IM ZWISCHENKAPITALISTISCHEN KRIEG

Eine Extremform der Vermittlung von ökonomischer und geopolitischer *Konkurrenz* im zwischenstaatlichen *Konflikt* stellten im 20. Jahrhundert die großen Kriege zwischen kapitalistischen Staaten dar. Ihre relative Eigendynamik wird beispielsweise im Zweiten Weltkrieg deutlich (vgl. Kolko 1999, 182 ff., 384 ff.).

In den 1930ern konnte in den großen Volkswirtschaften u.a. als Folge der schweren Weltwirtschaftskrise eine beschleunigte Zusammenführung von nationalen Kapitalien unter den Direktiven des Nationalstaats beobachtet werden. Zugleich wurden Mittel des Protektionismus angewandt, um die direkte Marktkonkurrenz ausländischer Kapitalien zu beschränken. Der internationale Handel schrumpfte, der Aufbau von regionalen Währungszone n gewann an Bedeutung (vgl. Eichengreen 2000, 70-77; Herr/Hübner 2005, 154).

Die alte internationale Ordnung brach infolge dessen zusammen. Meilensteine dieser Entwicklung waren Großbritanniens Aufhebung des Goldstandards 1931²⁶⁵, der New Deal in den USA, die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik und schließlich der faktische Zusammenbruch des Völkerbundes zu Gunsten „autarker Imperien“ (Polanyi 1977, 42, 261). Weil die Abhängigkeiten von Ressourcen und Märkten außerhalb der kontrollierten Machtzonen bestehen blieben, die Einzelkapitalien weiterhin über die „Grenzen“ der Währungszone n hinausdrängten und staatliche Institutionen sich zugleich in schweren Krisen befanden, führte dies zu einem Expansionsdrang einiger Nationalstaaten. Zunehmende geopolitische Spannungen waren eine Folge dieser Entwicklung.

Die außerordentlich aggressive Außenpolitik des deutschen und des japanischen Staates in jener Zeit hatte neben der faschistischen Repression im Inneren auch mit der globalen ökonomischen und geopolitischen Konstellation zu tun. Die Siegermächte des Ersten Weltkriegs, v.a. Großbritannien und Frankreich, konnten sich weiter auf ihre Kolonialimperien stützen. Deutschland dagegen war auf ein noch kleineres nationales Gebiet als 1914 beschränkt. Das nationalsozialistische Hitler-Regime gründete seine aggressive Propaganda u.a. auf eine unterstellte Übermacht Frankreichs in West-, und der Sowjetunion in Osteuropa. Durch vorwiegend bilaterale Handelsvereinbarungen konnte sich der deutsche

²⁶⁵ Die Aufhebung der Goldkonvertibilität des Pfund Sterling führt zum Ende der Vorherrschaft über globale Finanztransaktionen unter der Ägide der „City of London“ (Arrighi 1994, 274).

Kapitalismus jedoch in den 1930ern verstärkt Einfluss in Südosteuropa verschaffen.²⁶⁶ Der „Drang nach Osten“ setzte sich durch.²⁶⁷ Der schnell wachsende japanische Kapitalismus sah sich in ähnlicher Weise durch die Kolonialherrschaft der Franzosen über Vietnam, der Briten über Malaya (Malaysia), der Niederländer über Ostindien (Indonesien) und der USA über die Philippinen in seiner ökonomischen Handlungsfähigkeit eingengt – noch dazu übten Großbritannien und Frankreich weiterhin Einfluss in China aus.

Das Hitler-Regime übte seine diktatorische Macht aus, um die Wirtschaft zu reglementieren, wobei wichtige kapitalistische Gruppen intakt blieben, und lenkte Gelder in die Aufrüstung (Sohn-Rethel 1973, 120 ff.). Tatsächlich wurden die Rüstung und der hiermit verbundene Ausbau der Schwerindustrie zum Wachstumsmotor für die deutsche Wirtschaft. Wie Sohn-Rethel schreibt, wurde in zentralen Kapitalfraktionen Deutschlands und deren Verbänden (etwa dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag oder der Harzburger Front) die territoriale Ausdehnung der Grenzen des Deutschen Reiches angestrebt, mit dem Ziel, sich andere Volkswirtschaften einzuverleiben und deren Industrien den Notwendigkeiten der militärischen Aufrüstung zu unterwerfen (Sohn-Rethel 1973, 78 ff.).²⁶⁸ Diese Politik führte in Europa schließlich zu geopolitischen Zusammenstößen. Ähnliches galt für den japanischen Expansionsdrang in Ostasien.

Besonders im Falle Deutschlands setzte das Ziel der militärischen Expansion eine Eigendynamik in Gang, denn die Herausforderung der bestehenden Kolonialmächte erforderte ein Maximum an militärisch-industrieller Leistungsfähigkeit. Erfolgreiche imperialistische Strategien führten fortan zu einer Ausweitung ihres *formellen* Kontrollbereichs – wie die Okkupation der Mandschurei durch Japan, die Annexion Österreichs und schließlich der Tschechoslowakei durch Deutschland zeigten. Im Gefolge dieser Expansion wurden die anderen Industrienationen dazu genötigt, ebenfalls auf den Entwicklungspfad der Aufrüstung einzuschwenken. Im sich anbahnenden Weltkrieg ab 1937 in Ostasien und 1939 in Europa entfaltete das Ziel der geopolitischen Expansion schließlich eine unaufhaltsame Dynamik. Dabei eskalierte der klassische imperialistische Krieg (v.a. im Falle Nazi-Deutschlands) zum Vernichtungskrieg, bei dem die letzten „rationalen“ Kalküle der Kriegsführung verloren gingen.

²⁶⁶ Interessant ist, dass die deutsche Wirtschaft selbst noch während des Krieges den Großteil ihrer Ressourcen aus Westeuropa, v.a. dem besetzten Frankreich, bezog (Abelshauser 1999, 521).

²⁶⁷ Zur Analyse der deutschen Expansionsstrategien siehe: Sohn-Rethel 1973, 78-119.

²⁶⁸ Was für Teile des Privatkapitals auch heißen konnte, unter die direkte Kontrolle der Diktatur zu geraten. Die besondere Rolle der faschistischen Politik, ihre Autonomie gegenüber den Kapitalinteressen, kann hier nicht weiter diskutiert werden.

Im Weltkrieg wurde eine veränderte Struktur der Konkurrenz sichtbar. In ihm wurde der Versuch der Staaten, mit direkter Gewalt die bisherigen internationalen Einflussphären zumindest zu verteidigen, und hierfür gigantische Summen in die Rüstungswirtschaft zu investieren, zum zentralen Reproduktionsmechanismus. Damit änderte sich auch der *Zweck* der Produktion: „[The] difference is that in market competition it is accumulation of productive forces that matters; in war it is the accumulation of destructive forces, which in their turn depend upon the level of the productive forces“ (Harman 1999a, 72). Zwar findet die Akkumulation von Destruktionsmitteln auch im kapitalistischen Normalzustand statt. Während des Zweiten Weltkrieges wurde sie jedoch allumfassend: „[O]nce all-out war had begun, things could be rather different. Both sides were converted into military state capitalisms in which all that mattered was the growth of the national military potential, even if this did not necessarily lead to an increase in the surplus value available to the national capitalist class. Any reserves of surplus value had to be ploughed straight into the war effort, regardless of all considerations of profitability. The existence of a *mass* of surplus value, rather than of any particular *rate* of profit, was the factor determining whether new industrial and military investments were embarked upon“ (Harman 1999a, 72).²⁶⁹ Die Rüstungsexplosion nach 1942 bringt dies zum Ausdruck (Abelshauser 1999, 527).²⁷⁰

Dieser Trend zur *negativen erweiterten Reproduktion*, einer Sonderform kapitalistischer Konkurrenz- bzw. Konfliktverhältnisse, in der nationale Marktkräfte und herkömmliche Rentabilitätsabwägungen scheinbar keine Grenzen mehr setzen, hatte fast alle großen Industriestaaten erfasst. Bestimmte Bereiche der Volkswirtschaften wurden zwar weiterhin von der kompetitiven Marktlogik beherrscht. Es waren aber nicht diese Inseln eines „klassischen“ Kapitalismus, sondern gerade die konkurrierenden, staatlich regulierten Kapitalismen, die in dieser historischen Konstellation mehr als alles andere das Gesicht des kapitalistischen Weltsystems prägten. In diesem Sinne sollte der Weltkrieg nicht als eine Unterbrechung der kapitalistischen Produktionsweise, sondern als ihre barbarischste Existenzform gelesen werden: „Total war is the ultimate horrific expression of the world of alienated labour, in which human beings become dominated by the products of their own past

²⁶⁹ Sohn-Rethel spricht in seiner Analyse des deutschen Faschismus von einem Kapitalismus, der nicht mehr in der Lage ist, seine eigenen „Spielregeln des ökonomischen Konkurrenzkampfs“ einzuhalten (Sohn-Rethel 1973, 174).

²⁷⁰ Es wirkten sich dabei zwei „Rationalisierungsstränge“ in der deutschen Rüstungswirtschaft aus: Zum einen die „organisatorische“ Rationalisierung, mit der die unübersichtliche und z.T. einander zuwider laufende Planungsstruktur des Rüstungswesens „gereinigt“ wurde, zum anderen die „technische“ Rationalisierung in der Rüstungsindustrie selbst, d.h. es zahlten sich große Investitionsprojekte der 1930er Jahre erst jetzt aus (Abelshauser 1999, 529 f.).

activity“ (Harman 1999a, 72).²⁷¹ Wie Hannah Arendt schreibt, war diese Barbarei bereits in den Weltanschauungen früher Vordenker der bürgerlichen Gesellschaft angelegt: Die Philosophie Hobbes', auf deren „nackte Brutalität die Elite der Bourgeoisie sich erst in unserer Zeit zu berufen wagt, nimmt nur voraus, was sich am Anfang klar abzeichnete. [...] Im imperialistischen Zeitalter wird die Machtphilosophie des Hobbes zur Philosophie der Elite. Sie hat erfahren und ist bereit zuzugeben, dass die radikalste Form der Herrschaft wie die des Besitzes die Vernichtung ist“ (Arendt 1976, 25).

²⁷¹ Daher ist auch die weit verbreitete These, der zufolge der Zweite Weltkrieg allein Folge der Expansionspolitik des Nationalsozialismus gewesen ist, den die alliierten Großmächte in Verbindung mit der UdSSR in einem „antifaschistischen“ Krieg zu beenden versuchten, in Frage zu stellen. Damit soll nicht die Besonderheit des Nazi-Regimes geleugnet, sondern nur verdeutlicht werden, welchen Zwängen *alle* kapitalistischen Länder ausgesetzt waren – auch wenn sie nicht einer faschistischen Herrschaft unterlagen.

Zugleich muss hinzugefügt werden, dass die Analyse ökonomischer und geopolitischer Zusammenhänge nicht hinreichend ist, um alle Entwicklungen im Verlaufe des Weltkrieges zu erklären. Das schrecklichste Verbrechen in der Geschichte der Menschheit etwa, der Holocaust, ist nur in Verbindung mit weiteren Faktoren angemessen zu analysieren (Callinicos 2001b, 385-414).

4.3.2. ÖKONOMISCHE EFFEKTE GEOPOLITISCHER RÜSTUNGSKONKURRENZ IM KALTEN KRIEG

Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahmen geopolitische Konflikte zwischen Staaten eine kapitalistische Form an. Der Rüstungswettbewerb gehörte von Anbeginn zu den wichtigsten Komponenten der geopolitischen Konkurrenz im kapitalistischen Weltsystem. Im Zuge dessen beschleunigte sich die Bildung eines staatlichen Wirtschaftssektors, in dessen Zentrum die staatlich regulierte Produktion von Rüstungsgütern stand. Der Militarismus als „Gebiet der Kapitalakkumulation“ (Luxemburg 1981, 404) kann erhebliche ökonomische Effekte zeitigen, wie nun dargestellt werden soll.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Rüstungsindustrie nicht wie noch nach 1918 zu großen Teilen auf zivile Produktion umgestellt. Stattdessen setzte ein gigantischer Rüstungswettlauf ein. Genau genommen nahm das Zeitalter der „permanenten Rüstungswirtschaft“ bereits in der Aufrüstungspolitik des Deutschen Reichs nach 1935 seinen Ausgang. Die Aufrüstung und die folgende Kriegspolitik waren nicht in erster Linie irrationalen politischen Motivationen geschuldet, sondern stellten den Versuch des nationalsozialistischen deutschen Staates dar, dem deutschen Kapitalismus neue, profitträchtige Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Einflussphären jenseits der nationalen Staatsgrenzen gewaltförmig zu erschließen (vgl. Sohn-Rethel 1973). Ab 1935 übertrafen die deutschen Rüstungsausgaben das Volumen anderer öffentlicher Investitionen und lösten die zivilen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ab (Abelshauer 1999, 512). Im Rahmen eines „Vierjahresplans“ wurde die staatliche Wirtschaftslenkung und -verwaltung ausgeweitet. Es entstand eine staatliche Kommandowirtschaft, die die Autonomie des Privatunternehmertums erheblich einschränkte (Abelshauer 1999, 522). Zweistellige Wachstumsraten bildeten die Grundlage für eine Ausweitung des Kapitalstocks, von der der Nationalsozialismus bis 1943 zehren konnte. Ökonomisch half die Aufrüstung bei der Überwindung der Krise der 1930er. In den USA dagegen hatte die New-Deal-Politik ab 1934 nicht die erwünschten Ergebnisse herbeigeführt – bereits 1937 mussten die Vereinigten Staaten wieder eine massive Rezession durchstehen. Erst als die USA 1940 ihre Volkswirtschaft ebenfalls auf die Rüstungsproduktion umstellte, erlebte sie einen ähnlichen Wachstumseffekt wie das Deutsche Reich (vgl. Deutschmann 1973, 26). Nach 1945 verstetigte speziell der Korea-Krieg den Effekt der permanenten Rüstungswirtschaft (Rödel 1972, 24).

Im Rahmen des „Supermachts-Imperialismus“ konnte die Rüstungskonkurrenz für etwa 20 Jahre ihre Bedeutung aufrechterhalten. Der internationale Wettbewerb nahm vor dem Hintergrund des langen Aufschwungs nach 1945 innerhalb des westlichen Blocks fast

ausnahmslos ökonomische Züge an, während es zwischen den Blöcken auch zu einer scharfen geopolitischen Konfrontation kam: zwischen den Vereinigten Staaten (und ihren Verbündeten), die auf eine ökonomische Öffnung der Welt drängten, und der Sowjetunion (sowie ihren Verbündeten), deren relative ökonomische Schwäche durch eine auf Autarkie ausgerichtete Wirtschaftspolitik ausgeglichen werden sollte. Die kapitalistischen Akkumulationszwänge drückten sich in einer „verschobenen“ Form aus, in einem erbitterten Drang nach „Gebrauchswerten“, genauer gesagt der Schaffung von Destruktionsmitteln. Die geopolitische Konkurrenz des Kalten Kriegs, die die Welt mehrere Male an den Rand der nuklearen Zerstörung brachte, und auch deshalb eigentlich nicht als „kalt“ bezeichnet werden sollte, weil sie außerhalb der Territorien der beteiligten Staaten sehr wohl „heiße“ Formen annehmen konnte („Stellvertreterkriege“²⁷², vgl. Greiner/Müller/Walter 2006; McMahon 2006), prägte die westlichen Volkswirtschaften in vielerlei Weise.

Wichtig waren dabei die ökonomischen Folgewirkungen des Rüstungskapitalismus. Wie bereits Alfred Sohn-Rethel in den 1930ern andeutete, stellt die staatliche Rüstungsproduktion eine besondere Form der Produktion von Gütern im Kapitalismus dar. Es geht dabei um die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Nachfrage nach „nicht-reproduktiven“ Werten, also Produkten, die nicht in die Reproduktion menschlicher Arbeitskraft oder materieller Produktionsmittel einfließen – in „erster Linie Rüstungsgüter, in zweiter Linie Luxusgüter“ (Sohn-Rethel 1973, 50). Bei der Rüstungsproduktion bedarf es einer Staatsmacht, um „Nachfrage dieser Art effektiv zu machen“ (ebd.). Bereits früher wies Rosa Luxemburg auf diesen Sachverhalt hin: „In Gestalt der militärischen Aufträge des Staates wird die zu einer gewaltigen Größe konzentrierte Kaufkraft der Konsumentenmassen [...] der Willkür, den subjektiven Schwankungen der persönlichen Konsumtion entrückt und mit einer fast automatischen Regelmäßigkeit [...] begabt“ (Luxemburg 1981, 410). Wie Michael Kidron, Mike Davis oder Christoph Deutschmann in Untersuchungen gezeigt haben, brachte die staatliche Rüstungsproduktion nicht nur eine stabile *Nachfrage* nach Rüstungsgütern mit sich, die zur Stabilisierung des US-Wachstums in der Nachkriegszeit führte (vgl. Davis 1978, 249 ff.). Die Tatsache, dass Kapital aus dem gewöhnlichen Investitionskreislauf herausgenommen wurde, das ansonsten in neue, produktive Investitionen hätte fließen können, verlangsamte auch den Prozess einer steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals (d.h. das Verhältnis von konstanten zu variablen Kapitalbestandteilen) und damit die Tendenzen zum Fall der durchschnittlichen Profitraten: „[Der tendenzielle Fall der Profitraten] beruht auf zwei

²⁷² Daher auch erscheint die These, das „nukleare Patt“ habe zu einer „regelrechten Rationalisierung“ aller nur denkbaren Konflikte im Rahmen der Bipolarität geführt (vgl. Diner 1993, 7), als übertrieben.

realistischen Annahmen. Erstens: Alle ‚outputs‘ fließen wieder als produktiver Verbrauch in das System zurück. Im Idealfall gibt es keine undichten Stellen und nur die Möglichkeit, den gesamten Produktionsertrag zwischen Investitionen und notwendigem Konsum aufzuteilen. Zweitens: In einem geschlossenen Wirtschaftssystem wird diese Aufteilung sich immer mehr zugunsten der Investitionen [und damit einer steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals] verschieben. Die erste Annahme ist die zentrale; wenn sie zusammenbricht und das Verhältnis der auf Kapital und Arbeit verteilten Erträge unbestimmt wird, wird auch die zweite Annahme hinfällig“ (Kidron 1971, 66). Die Rüstungsproduktion hat eine derartige Wirkung: Es werden in der Rüstungsproduktion keine neuen Produktionsmittel geschaffen (die sogenannte Abteilung I, wie Marx sie nannte), noch trägt sie maßgeblich zur Konsumtion bei (d.h. sind Teil der Abteilung IIa). Die Endprodukte der Rüstungsproduktion tragen nicht zur weiteren Produktion bei – sie werden gewissermaßen *unproduktiv* verbraucht, vergleichbar mit der Konsumtion von Luxusgütern (Abteilung IIb oder III). Die Eigentümlichkeit der Rüstungsproduktion liegt darin, dass der Verbrauch ihrer Produkte in der Regel keinen gewöhnlichen volkswirtschaftlichen Effekt entfaltet. Im Normalfall gehen hergestellte Güter in irgendeiner Weise wieder in den Produktionskreislauf ein. Rüstungsgüter werden dagegen „unproduktiv“ konsumiert.²⁷³ „Wie Waren werden die Produkte der Rüstungsindustrie von Lohnarbeitern produziert [...] Die spezifische stoffliche Bestimmtheit ihrer Arbeit schließt jedoch aus, dass ihre Arbeit als Bestandteil des gesellschaftlichen Kapitals realisiert werden kann und dadurch zur gesellschaftlichen Wert- und Mehrwertproduktion beiträgt“ (Deutschmann 1973, 184).

Da bis in die 1960er erhebliche Anteile dessen, was für neue Investitionen zur Verfügung gestanden hätte, vom amerikanischen Staat als Steuer vereinnahmt und für unproduktive Militärgüter ausgegeben wurde, wuchs die Wertzusammensetzung des Kapitals langsamer – was ein Grund für relativ stabile Profitraten war.²⁷⁴ Für den Zeitraum von 1945 bis Mitte der 1960er Jahre lassen sich, aus einem globalen Blickwinkel betrachtet, eine stabilisierende Bedeutung der US-Rüstungsproduktion für die BIP-Wachstumsraten besonders der USA, aber auch wachstumsfördernde Impulse in anderen Volkswirtschaften nachweisen. Staatliche Rüstungsausgaben füllten die Auftragsbücher der Rüstungsindustrie fast wie zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs. Der Koreakrieg zu Beginn der 1950er wirkte wie ein riesiges Konjunkturprogramm – auch für andere Teile der Weltwirtschaft, indem etwa die

²⁷³ Das heißt nicht, dass Rüstungsproduktion „unproduktiv“ für die daran beteiligten Kapitalien wäre. Ihre Investitionen schaffen Waffen als „Tauschwerte“, wodurch sie Profite realisieren können.

²⁷⁴ Vgl. zu einer divergierenden Erklärung der Rüstungswirtschaft das Kapitel „Permanente Rüstungswirtschaft und Spätkapitalismus“ in: Mandel 1973, 255-288.

amerikanische Rüstungsproduktion die Nachfrage nach deutschen Maschinenbauprodukten steigerte. Bis in die 1960er Jahre schwankten die Militärausgaben um die 10 % des BIP der USA (Brenner/Glick 1991, 92). Jeder fünfte Steuerdollar ging in Rüstungsaufträge, was – wegen der stabilen Nachfrage nach Rüstungsgütern und Gütern der damit verbundenen Zuliefererindustrien – einen stabilen, wenn auch nicht so eindrucksvollen Aufschwung wie in Japan oder der BRD beförderte (Kidron 1971, 59). Die ökonomischen Effekte waren größer, als es der Zahlenwert von 10 % des BIP vermuten läßt (vgl. Davis 1978, 251). Die Tatsache, dass etwa die Rüstungsausgaben auf die bis dahin von Nachfrageschwankungen geprägten Investitionsgüterindustrien konzentriert waren, wirkte stabilisierend. Technischer Fortschritt durch staatlich finanzierte Forschungen bewirkte zudem gewisse technische Innovationen ziviler Projekte, ferner wurde der Handel mit Rohstoffen angeregt. Neue Rüstungstechnologien wurden für die Einführung produktivitäts- und gewinnsteigernder technischer Neuerungen in der zivilen Produktion verwendet (Rödel 1974, 193).²⁷⁵ Während Kritiker der Rüstungsausgaben deren Belastungen für die Gesamtwirtschaft zu beweisen suchten (vgl. Smith/Dunne 1994, 515 ff.), konnten die Befürworter auf spezifische technische „spillovers“ (die Nutzung militärischer Technologien im zivilen Sektor) und einen positiven Einfluss auf Wachstum und Beschäftigung verweisen (vgl. Pivetti 1994, 523 ff.).

Insgesamt hat der mit dem Kalten Krieg verbundene Rüstungskapitalismus wichtige Voraussetzungen für die Wachstumskonstellation des „goldenen Zeitalters“ (Glyn/Hughes/Lipietz/Singh 1991) bzw. des „fordistischen Konsummodells“ geschaffen (vgl. Hirsch/Roth 1986, 48-53).²⁷⁶ Es gehört beispielsweise zu den paradoxen Auswirkungen der deutschen Kriegswirtschaft, „dass sie weit über die Rüstungsanstrengungen der ersten Hälfte der vierziger Jahre hinaus auch Voraussetzungen für einen raschen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach 1945 geschaffen hat“ (Abelshauser 1999, 531). Das galt insbesondere für die Durchsetzung neuer Management- und Fertigungsmethoden, die schnell zum Standard auch in zivilen Bereichen wurden. Die Automobilindustrie etwa profitierte

²⁷⁵ Auf die Folgen *staatlicher* Militärforschung und -anwendung macht Manuell Castells aufmerksam. Ihm zufolge ist das Internet ein Produkt dieser Forschung (Castells 2001, 49-56, 158). Auch die Mikroelektronik, die seit den 1970ern als Schlüsseltechnologie der „dritten“ technologischen Revolution beschrieben wird, entwickelte sich im Rahmen der Rüstungswirtschaft. Das amerikanische Unternehmen IBM entwickelte in den 1950er Jahren seinen ersten Computer ausschließlich für militärische Bedürfnisse. Es waren rüstungspolitische Anforderungen etwa der Radartechnik oder der Miniaturisierung der Waffensysteme, die der Mikroelektronik zum Durchbruch verhalfen (vgl. Klenke 2001, 36 f).

²⁷⁶ Leider besitzt die Debatte um die Rüstungswirtschaft gegenwärtig keinen großen Stellenwert mehr. Selbst in kritischen polit-ökonomischen Ansätzen wie der Regulationstheorie spielt sie kaum eine Rolle.

insbesondere von der Anwendung fordistischer Massenproduktion in der Rüstung. Zudem basierte das spätere „Wirtschaftswunder“ auch auf einer ab den 1930ern verbesserten Qualifikationsstruktur (Abelshauer 1999, 536). Die Zerstörungen des Krieges bildeten zudem einen Stimulus für Neuinvestitionen, die zu einer Verjüngung des Kapitalstocks führten.

Die den langen Aufschwung nach 1945 (im Prinzip schon nach 1940) tragende Rüstungswirtschaft konnte jedoch keine dauerhafte ökonomische Stabilität gewährleisten. Der Kapitalismus als dynamisches, global fragmentiertes System blieb nicht langfristig in der Konstellation des Kalten Krieges eingezwängt. Die hohen Rüstungsausgaben der USA hatten zwar eine stabilisierende Funktion im Inneren. Zugleich brachte diese Konstellation aber auch ökonomische Nachteile mit sich, die die Wettbewerber im Westen (v.a. Japan, BRD) auszunutzen wussten. Die Umleitung von produktiven Ressourcen in den Rüstungssektor führte in Kernbereichen der amerikanischen Privatwirtschaft (z.B. der Automobilbranche) zu einer abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit gegenüber deutschen und japanischen Konkurrenten. Dies verhalf Japan und Deutschland, denen die Rüstungsproduktion in großem Umfang als Weltkriegsverlierer untersagt war, dazu, über den Export ihre Weltmarktstellung auszubauen und dadurch ihre inneren Krisen zu überwinden (Altvater/Hübner 1988). Die Volkswirtschaften der BRD und Japans forderten die ökonomische Vorherrschaft der USA in den 1960ern heraus. Die ökonomische Konkurrenz innerhalb des westlichen Staatenblocks schwächte die Position der USA in der geopolitischen Rüstungskonkurrenz zwischen den Blöcken.²⁷⁷ Die Dynamik der Marktkonkurrenz im Westen veränderte daraufhin die Dynamik der vorwiegend über den Rüstungswettlauf vermittelten Konkurrenz zwischen den USA und der Sowjetunion: Eine Konsequenz dieser Entwicklung war die Drosselung der amerikanischen Rüstungsausgaben im Gefolge des Vietnamkrieges. Erst in den 1980ern kam es erneut zu einer Hochrüstungspolitik.

²⁷⁷ Ausführlicher wird dieser Prozess dargestellt in: ten Brink 2004, 107 ff.; Brenner 1998; Harman 1999a, 75-121; aus regulationstheoretischer Sicht: Conert 1998, 288 ff.; Hirsch/Roth 1986.

4.3.3. DIE ROLLE VON RÜSTUNGSWIRTSCHAFT UND „MILITÄRISCH-INDUSTRIELLEM KOMPLEX“

Die Analyse des Rüstungswesens ist ein notwendiger Bestandteil einer Theorie des kapitalistischen Imperialismus. Dabei sollte der Rüstungskomplex im Rahmen eines breit gefassten Analyserahmens – des Kapitalismus als einer Form *sozialer Beherrschung* – begriffen werden.

In den letzten Jahren sind nur wenige sozialwissenschaftliche Untersuchungen zur Rüstungsdynamik erschienen (vgl. Müller/Schörning 2006). Die nach 1989 imaginierte „Friedensdividende“ hat wohl mit diesem mangelnden Interesse zu tun. Noch in den 1950er und 1960er Jahren deuteten dagegen kritische Autoren immer wieder auf die besondere Bedeutung des „militärisch-industriellen Komplexes“ (MIK), einem Konglomerat hoher Militärs, Politiker, Rüstungsindustrieller und wissenschaftlicher Think Tanks, hin. Sie wiesen auf die Gefahren einer Verselbständigung des MIK hin, der seine „eigenen Ziele“ und Interessen gegen Abrüstungsbestrebungen zu verteidigen suchte. Ebenso kritisierten sie etwa den amerikanischen Vietnameinsatz unter dem Gesichtspunkt der „Absatzmärkte für Waffen“, als Mittel des beschleunigten Verschleißes, um derart politisch die Produktion von neuen Waffen zu rechtfertigen. Der bekannte Kritiker der Rüstungspolitik, C. Wright Mills, betonte ein Aufbausuchen internationaler Spannungen seitens des „Kriegsapparats“, als Anlass für erhöhte Rüstungsausgaben (Mills 1959, 80).²⁷⁸ Die Argumentation läuft darauf hinaus, dass durch den Einfluss dieser Sondergruppe ein zu hohes Niveau an Rüstungsausgaben, gemessen an den „tatsächlichen“ sicherheitspolitischen Notwendigkeiten, vom Staat durchgesetzt wird (vgl. auch Senghaas 1972).²⁷⁹

Die Untersuchungen von Mills und anderen können als Reaktionen auf die Einflussnahme bestimmter Kapitalgruppen und politischer Kreise mit dem Ziel forcierter Aufrüstung gelesen werden.²⁸⁰ Sie trösteten sich aber auch insofern über die Problematik hinweg, als es im Prinzip „nur“ die gesonderten Interessen einer (wenn auch) mächtigen Schicht sind, die zum

²⁷⁸ „Heute aber ist es dahin gekommen, dass militärische Einrichtungen und Ziele einen großen Teil des Wirtschaftslebens in den Vereinigten Staaten bestimmen“ (Mills 1959, 80). Aktuell spricht Corinna Hauswedell davon, dass die amerikanischen „Waffenschmieden“ niemals zuvor „mehr Einfluss auf eine Regierung gehabt“ hätten (Hauswedell 2003, 43). Der Angriff auf den Irak 2003 ist dem zufolge als ein Ausdruck einer Militarisierung der Politik zu verstehen, der eine Eigendynamik des militärischen Komplexes zum Ausdruck brachte.

²⁷⁹ Vgl. für eine Analyse des deutschen „militärisch-industriellen Komplexes“: Brzoska 1989, 501-512. Der Autor verweist u.a. auf die Notwendigkeit, das besonders für die USA geeignete Konzept für die Beschreibung der BRD abzuwandeln, da hier beispielsweise, anders als in den USA, die Rüstungsindustrie stärker in große, zivile Konzerne (etwa Daimler-Benz) integriert ist.

²⁸⁰ Vgl. für die bundesdeutsche Diskussion die Arbeit von Fritz Vilmar (Vilmar 1965). Er betont die Bedeutung der Aufrüstung als Mittel der Eindämmung des „Kommunismus“.

Militarismus führen. Im Prinzip, so lautet die These, könne auch anders gehandelt werden, denn die Aufrüstung diene nicht dem Interesse großer Teile des „Kapitals“ und der „Eliten“. Dieser „Mangel an Weitblick“ (Mills 1959, 129) könne politisch überwunden werden.

In einer breit gefassten Konzeption der Rolle der Rüstung im Kapitalismus sollte dagegen die Rüstungsproduktion auch als ein permanenter, historisch variabler Bestandteil der kapitalistischen Akkumulations- und Krisenprozesse im Ganzen betrachtet werden. Der global-fragmentierte Kapitalismus ist nicht nur eine Produktions- und Konsumweise, er ist eine *soziale Beherrschungsweise*. Genauso wie eine kapitalistische Gesellschaft im Inneren ohne staatliche Überwachung, Disziplinierung und Gewalt nicht vorstellbar ist, kann auch die Außenpolitik von kapitalistischen Staaten nur als eine von Gewalt(-androhung), Militär und Rüstung geprägte verstanden werden. Die jeweilige Artikulation des Ökonomischen und des Militärischen mit den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen mag variieren – so hat das Unvermögen der USA, nach 1975 mithilfe von Bodentruppen militärisch zu intervenieren („Vietnamsyndrom“) v.a. innenpolitische Gründe, oder wurde die relative Entspannung im „Zweiten Kalten Krieg“ ab 1986 auch von den sozialen Bewegungen der frühen 1980er durchgesetzt –, allerdings in Spielräumen, denen Grenzen gesetzt waren. Grenzen, die mit der „Lebensfähigkeit“ von Staaten zu tun haben, wiewohl diese Überlebensfähigkeit wiederum unterschiedlich wahrgenommen wird (und daher ein komplexeres Phänomen ist, als in neorealistischen Analysen angenommen). Die Betonung der Eigendynamik des MIK allein kann seine Rolle nicht zureichend erfassen, weil der MIK seine Position und Dynamik gerade auch aus der Reproduktion weiterer gesellschaftlicher Verhältnisse, zu deren Verteidigung er beitragen soll, bezieht (vgl. Serfati 2004).

Ein angemessenes Verständnis des Rüstungswesens bleibt auch gegenwärtig relevant. Dabei gilt es eine Entsprechung der optimistischen bzw. harmonistischen Globalisierungs- und Weltgesellschaftsthesen der 1990er zu hinterfragen: Die Vorstellung der „Friedensdividende“ – eines dauerhaft sinkenden Bedarfs an Militär und Rüstung in der neuen Weltordnung (vgl. zu den weltweit wachsenden Verteidigungsausgaben: SIPRI 2005). Die Tatsache, dass in den Gesellschaftswissenschaften die Analyse der Rüstungsindustrie derzeit nur eine randständige Rolle spielt, ist ferner deswegen schwer nachvollziehbar, da sie weiterhin von zentraler Bedeutung für technologische Entwicklungspfade und nationale Innovationssysteme ist. Der militärische Sektor setzt weiterhin industrielle Standards für die Zivilproduktion (Sayer/Walker 1992, 145).

In der gegenwärtigen historischen Phase gibt es wenige Anzeichen dafür, dass die Rüstungsausgaben so massiv zum wirtschaftlichen Aufschwung beitragen wie noch nach

1940. Trotz der enormen Steigerung des Anteils der Rüstungsproduktion am amerikanischen Staatshaushalt seit Ende der 1990er sind nicht mehr als 0,75 % des gesamten Zuwachses des BIP in den Jahren 2001/2002 auf das Wachstum der Militärausgaben zurückzuführen (Brenner 2004, 20). Die absolute Summe der Verteidigungsausgaben mag Rekorde brechen, ihr geringerer Anteil am BIP als noch nach 1945 lässt eine stabilisierende Wirkung wie damals weniger wahrscheinlich werden. Dennoch dürfen die Nachfrageeffekte auf die gesamte Wirtschaft nicht unterschätzt werden. Im Zuge der Wirtschaftskrise 2000/2001 wurde das Potenzial des Rüstungssektors als Mittel zur Konjunktursteuerung wieder sichtbar. Eine Rückbesinnung auf den „Militärkeynesianismus“ der Reagan-Ära deutete sich an.

Daneben besitzen die Rüstungsausgaben jedoch weiterhin eine primär geopolitische Bedeutung, insofern ein funktionsfähiger, militärisch potenter Staat als Garant der Stärke in einer instabilen Welt betrachtet wird (vgl. Higgs 1990). Die Schaffung von „Sicherheit“, die „Verteidigung“ der Globalisierung, d.h. der Erhalt von Stabilität und Funktionstüchtigkeit internationaler Kommunikationsnetze, Finanzbeziehungen, Transportsystemen, Energieversorgung etc., wird weiterhin mit dem verfügbaren militärischen Potential in Verbindung gebracht. Die Bedeutung der „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ hat im Vergleich zum Kalten Krieg nicht abgenommen. Dasselbe gilt für die Rolle nationaler bzw. heute auch teilweise transnational agierender militärisch-industrieller Komplexe. Shimshon Bichler und Jonathan Nitzan haben in einer Untersuchung auf die wieder gewonnene Stärke der amerikanischen „Weapondollar-Petrodollar Coalition“, einer Kapitalgruppe, bestehend aus Rüstungs- und Ölindustrie, hingewiesen. Sie hat gegenüber der in den 1990ern gestärkten „Technodollar-Mergerdollar Coalition“ aufgeholt (Bichler/Nitzan 2004, 302 ff.). Im Zuge der Wirtschaftskrise ab 2000 konnte sie sogar wieder zur dominanten Kapitalgruppe werden. Bichler/Nitzan schreiben: „In our view, without this change in the outlook of dominant capital, September 11 probably would not have become America’s ‘new Pearl Harbor.’ Had the attacks on the Twin Towers and the Pentagon occurred not in 2001, but in the mid 1990s, at a time when the stock market boom was still in full swing, when ‘emerging markets’ were still red hot, and when high-tech mergers were reshaping the corporate land-scape, it is doubtful that a U.S. administration – even one headed by George Bush Jr. – would have been able to substitute ‘infinite war’ for ‘neoliberal globalization.’ In this sense, the 2001 timing of the attacks was ‘perfect’ (if that is the proper word). The attacks came after the stock market had been punctured, after the merger boom had collapsed, after the neoliberal rhetoric had begun to backfire in ‘emerging markets,’ and after deflation had emerged as a threat. When the Twin Towers came down, the Technodollar-Mergerdollar Coalition was already in tatters,

its profits melting, its neoliberal vision tarnished. Dominant capital was finally ripe for a 'regime change' in the nature of differential accumulation, ready to accept the resurrected Weapondollar-Petrodollar Coalition as its new locomotive, ready to shift from 'peace dividends' back to 'war profits'“ (Bichler/Nitzan 2004, 320). Man muss die schematisch wirkende Abgrenzung von petro-militärischen und technologisch-finanziell orientierten Kapitalien nicht teilen, um dennoch die Bedeutung dieser Entwicklung anzuerkennen.²⁸¹ Wie Claude Serfati erklärt, hat sich der Rüstungskomplex in den Vereinigten Staaten gerade *dank seiner engeren Allianz* mit den Organisationen der Finanzwirtschaft „substanziell regeneriert“ (Serfati 2004, 22).²⁸² Die Existenz von Finanzanlagegesellschaften an der Spitze von Rüstungskonzernen stellt keine Seltenheit mehr dar.²⁸³

Ähnlich wie in der Privatwirtschaft vollzogen sich auch Veränderungen innerhalb des amerikanischen Staates. Die Militärinterventionen der 1990er wurden von einer Militarisierung der Außenpolitik begleitet, die in institutionellen Verschiebungen innerhalb des Staatsapparates der USA ihren Niederschlag fand (Mann 2003, 314 ff.). Nach 2000 hat das Verteidigungsministerium einen Bedeutungszuwachs erfahren, während andere Staatsorgane (wie der CIA und das Außenministerium) an Bedeutung verloren haben. Auch der „Nationale Sicherheitsrat“ (NSC), der direkt dem Präsidenten unterstellt ist, hat in den 1990ern einen Bedeutungszuwachs erlebt. Bereits die Clinton-Administration veranlasste Umgestaltungen der Streitkräfte und des Sicherheitsapparates (Mann 2003, 18). Daneben übernehmen Funktionsträger der US-Armee immer mehr auch originär außenpolitische

²⁸¹ In ihrem Aufsatz kommen Bichler/Nitzan zu einseitig zugespitzten Thesen: So behaupten sie, der Zweck des laufenden „Kriegs gegen den Terror“ sei eine Verteuerung des Öls, um die Profite des petro-militärische Komplexes zu steigern und die Welt vor einer Deflation zu retten. In dieser Perspektive ist der petro-militärische Komplex nicht an einem raschen billigen Sieg interessiert, sondern an einem möglichst teuren langen Krieg. Diese Argumentation wird jedoch m.E. nicht plausibel gemacht und erinnert fast an eine Verschwörungstheorie. Zu einer plausibleren Argumentation bezüglich amerikanischer Ölinteressen vgl. Bromley 2005.

²⁸² „Die Organisationen des Finanzkapitals haben bei diesen industriellen Konzentrationsprozessen eine entscheidende Rolle gespielt. Die Finanzinstitute, allen voran die Fondsgesellschaften, haben in der Rüstungsindustrie ein lukratives Investitionsfeld entdeckt. In diesem Sektor sind die Gewinnmargen beträchtlich, die Aufträge garantiert (denn diese Konzerne nehmen in ihrem Tätigkeitsbereich eine beinahe monopolistische Stellung ein) und – ein sehr wichtiger Aspekt im Land des Liberalismus – die großen Unternehmen zu groß, um in Konkurs gehen zu können (too big to fail). In der Tat hat es der Wettlauf um die Unternehmensübernahmen Lockheed-Martin, Boeing, Raytheon und einigen anderen erlaubt, das Volumen ihrer Verträge mit dem Pentagon zu erhöhen“ (Serfati 2004, 30 f.).

²⁸³ Dabei wirft der Ausbau privater Militärunternehmen ein Schlaglicht auf die Verbindungen zwischen Privatwirtschaft und Staat. Die meisten dieser Unternehmen, die auch im Ausland wirken, sind angebunden an große, staatlich beeinflusste Rüstungsunternehmen: z.B. ist Kellogg, Brown & Root eine Abteilung der Halliburton Corporation, gehört Military Professional Resources Inc. zu L3 Communications und ist die Vinnell Corporation ein Tochterunternehmen des Rüstungskonglomerats Northrop-Grumman (vgl. Johnson 2003, 193 ff.).

Aufgaben. Die Oberbefehlshaber der US-Armee, etwa für die fünf, die Welt umspannenden Regionalkommandos, sind im Laufe der 1990er Jahre teilweise einflussreicher geworden als die in den Regionen zuständigen amerikanischen Botschafter (Johnson 2003, 167 ff., vgl. Ignatieff 2003). Durch diese Verschiebung konnte sich die „neokonservative“ Strömung innerhalb der amerikanischen Machteliten profilieren und diesen Prozess ihrerseits bewusst vorantreiben.

Das Ende der 1990er Jahre wurde zum Beginn eines globalen Zyklus von steigenden Verteidigungsausgaben. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 waren hierfür nicht ursächlich verantwortlich, sondern eher als Katalysator eines bereits ablaufenden Prozesses zu verstehen. Anstelle eines Endes des „militärischen Fordismus“ deutet einiges auf einen neuen globalen Rüstungswettlauf hin. In den USA ist der „Militär- und Sicherheitskomplex“ gestärkt worden. In einem Umfeld, in dem die Globalisierung des Kapitals „soziale Katastrophen verursacht und beschleunigt“, nimmt die Vorbereitung auf militärische Interventionen zu (Serfati 2004, 47). Auch die Entwicklung in Europa lässt eine Bedeutungszunahme des Rüstungskomplexes sowie der politisch-militärischen Vorbereitung auf militärische Interventionen feststellen. Die Bildung von zwei mächtigen „europäischen“ Rüstungskonzernen (EADS, BAe Systems) hat eine Konstellation hervorgebracht, in der zum einen die Divergenzen zwischen den Industriekonzernen der drei großen europäischen Länder (British Aerospace, Aérospatiale Matra und DASA) die Schaffung *eines einzigen* europäischen Konzerns verhinderten, und in der zudem ein erheblicher amerikanischer technologischer Vorsprung besteht (vgl. Bieling 2005, 260).²⁸⁴

Im Rahmen einer neuartigen Struktur der Weltunordnung und konfliktträchtiger weltwirtschaftlicher, zwischenstaatlicher und inter-gesellschaftlicher Beziehungen scheint sich der Imperativ des Rüstungszwangs erneut zu verallgemeinern.

²⁸⁴ Serfati geht davon, aus, dass die nächsten Jahre eine „Zunahme der transatlantischen Forschung und Entwicklung [...] mit sich bringen werden, deren Umsetzung in der Mehrheit der Fälle unter Federführung der amerikanischen Konzerne erfolgt. Das schließt Bestrebungen für rein europäische Programme nicht aus wie zum Beispiel das Transportflugzeug A400M und im Bereich der Raumfahrt die Programme Galileo und GMES“ (Serfati 2004, 44).

III. DIFFERENZIERUNG RAUM-ZEITLICHER KAPITALISTISCHER ENTWICKLUNG IN HISTORISCHE PHASEN UND KONSTELLATIONEN

Die Diskussion kapitalistischer Strukturmerkmale verweist auf grundlegende, institutionalisierte Handlungszwänge innerhalb des kapitalistischen Weltsystems, die nicht-antizipierte Konkurrenz- und Konfliktverhältnisse hervorbringen. Eine Theorie (zwischen-)kapitalistischer bzw. inter-gesellschaftlicher Sozialkonflikte muss allerdings den bewussten Handlungen von Kollektivakteuren einen hohen Stellenwert einräumen, auch wenn diese „strukturell“ präformiert sind. Um das in der vorliegenden Arbeit angestrebte Ziel der Analyse kapitalistischer Strukturmerkmale in ihrem historischen Wandel zu erreichen, werden nun einige theoretische Überlegungen zum Verhältnis von „Struktur“ und „Handeln“ sowie dem Begriffspaar der historischen „Phase“ bzw. der historischen „Konstellation“ vorgestellt.

1. STRUKTURMERKMALE, PHASEN UND KONSTELLATIONEN

Die Darstellung der konstitutiven Strukturmerkmale des Kapitalismus ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Grundlage für die Entwicklung eines analytischen Rahmens zur Untersuchung imperialistischer Phänomene. Die stetige Veränderung kapitalistischer Gesellschaften in Raum und Zeit stellen die theoretische Analyse und die empirisch-historische Forschung vor die Aufgabe, das Verhältnis *konstitutiver Strukturmerkmale* des kapitalistischen Weltsystems (Lohnverhältnisse, Konkurrenzverhältnisse, Geldverhältnisse, Besonderung des Politischen bzw. Pluralität der Einzelstaaten) zu den verschiedenen *historischen Phasen* der kapitalistischen Entwicklung in Beziehung zu setzen, d.h. der Art und Weise, wie sich die Strukturmerkmale zu relativ stabilen, *typischen* Kennzeichen einer bestimmten historischen Epoche ausprägen (etwa hinsichtlich einer hegemonialen oder nicht-hegemonialen Weltordnung). Dieser analytische Rahmen soll dabei helfen, die Untersuchung spezifischer historischer *Konstellationen*, in die weitere Faktoren wie strategische Projekte, Ressourcenabhängigkeiten, aber auch spezifische inter- und innergesellschaftliche Kräfteverhältnisse sowie normative Potentiale einbezogen werden müssen, zu ermöglichen. Damit wird gleichsam das Unterfangen problematisiert, eine allgemeine Theorie „des“ kapitalistischen Imperialismus überhaupt entwickeln zu können, denn es muss der Variabilität verschiedener kapitalistischer *Imperialismen* Rechnung getragen werden. Um Missverständnisse zu vermeiden, werden im Folgenden die Begriffe „Konstellation“ und

„Phase“ erörtert. Daran anschließend wird an bisherige Periodisierungsmodelle kapitalistischer Entwicklung, Theorieansätzen „mittlerer Reichweite“, und weiteren Untersuchungen angeknüpft, um eine „Periodisierungs-Typologie“ imperialistischer Kräftekonstellationen zu entwickeln.

Mit der Untersuchung einer *historischen Konstellation* sollen die wirklichen Widersprüche vieler Gesellschaften in einem bestimmten Moment ihrer Entwicklung erfasst werden. Eine konkret-historische Konstellation bezeichnet die Gesamtheit der Entwicklungen und Kräfte in einer bestimmten historischen Situation.²⁸⁵ Damit ist die Konstellation als der vorhandene und täglich neu geschaffene geschichtliche „Stoff“ zu verstehen, an dem eine Untersuchung ansetzen muss, um ihn entschlüsseln zu können. Die kapitalistische Entwicklung ist immer durch soziale Kräfte vermittelt, die in spezifischen institutionellen Kontexten wirken. Insofern kann die Konstellation als ein Kreuzungspunkt zwischen einer Theorie kapitalistischer Entwicklung bzw. ihrer Ausformung in spezifischen Phasen und einer Theorie des Handelns von Akteuren (v.a. Kollektivakteuren) verstanden werden, als Kristallisation (in dem vorliegenden Falle) internationaler, inner-gesellschaftlicher und inter-gesellschaftlicher Prozesse sowie deren Konflikthaftigkeit.

Bei der Untersuchung konkret-historischer Konstellationen können methodische Ungenauigkeiten unterlaufen, z.B. in Form einer statischen „Momentaufnahme“ der geschichtlichen Wirklichkeit, bei der die Persistenz und Wirkungsmächtigkeit grundlegender Strukturmerkmale des Kapitalismus ausgeblendet wird – paradigmatisch können hierfür die in den Gesellschaftswissenschaften geäußerten Hoffnungen auf Stabilität, Frieden und Wohlstand in den Jahren nach 1945 oder 1989 gelten. Eine ebenfalls unbefriedigende Herangehensweise besteht in einer unvermittelten Ableitung von Konstellationen aus den Strukturmerkmalen *unter Absehung* ihrer jeweiligen Phasenausprägungen und den historisch-spezifischen Anordnungen der gesellschaftlichen Widersprüche. Die Geschichte des Kapitalismus bzw. seine Zukunft lassen sich nicht durch eine vorgegebene Logik ableiten bzw. voraussagen. Im Gegensatz hierzu ist ein Theorieansatz erforderlich, für den der

²⁸⁵ In der Kritischen Theorie haben Adorno und Benjamin mit dem Terminus der Konstellation gearbeitet, um ihr philosophisches Deutungskonzept zu erläutern. Dazu schlägt z.B. Adorno ein konstellatives Verfahren vor, in dem es darum geht, die Phänomene in eine Konstellation bzw. in wechselnde Versuchsanordnungen zu bringen, bis sie „lesbar“ sind: „Der Konstellation gewahr werden, in der die Sache steht, heißt soviel wie diejenige entziffern, die es als Gewordenes in sich trägt. [...] Erkenntnis des Gegenstands in seiner Konstellation ist die des Prozesses, den er in sich aufspeichert. Als Konstellation umkreist der theoretische Gedanke den Begriff, den er öffnen möchte, hoffend, dass er aufspringe etwa wie die Schlösser wohlverwahrter Kassenschränke: nicht nur durch einen Einzelschlüssel oder eine Einzelnummer sondern eine Nummernkombination“ (Adorno 1996b, 165 f.).

Versuch, vom „Abstrakten zum Konkreten“ aufzusteigen, nicht eine einfache Deduktion darstellt, sondern die Konkretisierung in einer reichhaltigeren Komplexität, in der die Strukturmerkmale modifiziert werden. Eine Analyse konkret-historischer Konstellationen der Weltwirtschaft sowie des internationalen Staatensystems beruht daher auf einer methodischen Herangehensweise, die den Gedankengang der Abstraktion verbindet mit einer Bewegung vom „Einfachen“ zum „Komplexen“.²⁸⁶ Daher müssen die in den vorangegangenen Kapiteln eingeführten Strukturmerkmale der kapitalistischen Produktionsweise in einem Prozess fortschreitender Konkretisierung mit weiteren Merkmalen der gesellschaftlichen Wirklichkeit verknüpft werden, so dass die allgemeinen Merkmale in jeweils spezifischen, relativ variablen Formen in Erscheinung treten. Die Strukturmerkmale müssen zum Verständnis ihrer realen Auswirkungen *historisiert* werden.²⁸⁷

Als vermittelndes Bindeglied zwischen Strukturmerkmalen und Konstellationen kann eine Analyse der spezifischen Ausprägungen kapitalistischer Strukturmerkmale in *historischen Phasen* dienen. Es ist notwendig, „to distinguish between two kinds of intermediary analysis that, while of a higher resolution than general theorizing about the capitalist mode, operate at different levels, respectively, that of a specific phase of capitalist development and that of a

²⁸⁶ Diese Methode ist bereits von Marx in Umrissen erläutert worden: In der „Einleitung“ der *Grundrisse* (vgl. Marx 1983, 34-42).

²⁸⁷ Colin Hay hat auf Unzulänglichkeiten bei der Konzeptualisierung des geschichtlichen Wandels hingewiesen (vgl. Hay 2002, 143 ff.). Er kritisiert zum einen die *synchronische Analyse* (synchronic analysis): Dabei wird ein Objekt an einem *bestimmten Zeitpunkt* untersucht. Diese Methode kann, abhängig von den analytischen Fähigkeiten des Beobachters, die Gestalt etwa eines Staates in einem spezifischen Moment beschreiben. Es wird allerdings kaum möglich sein, etwas zu den Prozessen, die zu jener Gestalt geführt haben, auszusagen. Daneben steht die Herangehensweise der „*comparative statics*“: Dabei handelt es sich um eine Variante der synchronischen Analyse, bei der der Beobachter zu unterschiedlichen Zeitpunkten durchgeführte synchronische Analysen miteinander vergleicht. Zwar kann diese methodische Vorgehensweise dazu dienen, den Inhalt sowie die Richtung des Wandels näher zu bestimmen – den Prozess des Wandels selbst kann sie aber kaum erfassen. Würde man etwa den amerikanischen Staat 1932 mit dem von 1948 vergleichen, so könnte man erhebliche institutionelle Veränderungen erkennen. *Wie* diese Wandlungen zustande kamen, bliebe dem Betrachter verschlossen, sofern er nicht auch die Periode *zwischen* 1932 und 1948 einbezieht. Ohne einen umfassender konzipierten analytischen Zugang ergibt sich ein wenig aussagekräftiger Dualismus, der die Unterscheidung von historischen Phasen erschwert: „Comparative statics thus tends to be associated with conceptual pairings and oppositions such as modernity versus postmodernity, fordism versus post-fordism, closed national economies versus an open global economy, and, so forth. As suggested above, this counterposing of static snapshots taken as reflective of stages of development of the system in question in fact tends to prejudice and foreclose any discussion and analysis of the process and hence the temporality of change“ (Hay 2002, 147). Um dies zu verhindern sei eine dritte Vorgehensweise, nämlich die *diachronische Analyse* (diachronic analysis), in empirische Untersuchungen einzubeziehen. Dabei geht es darum, den Prozess des Wandels im Laufe der Zeit zu berücksichtigen. Diese historisch-empirisch informierte Methode kann Hay zufolge die Komplexität und Kontingenz von Entwicklungsprozessen am ehesten erfassen. Allerdings drohe auch ein „Sich-verlieren-in-der-Zeit“.

determinate historical moment [historische Konstellation]“ (Callinicos 2005, 42). Unter dem Begriff der historischen Phase verstehe ich Struktur- und Handlungsmuster, die eine gewisse Festigkeit erreichen und über Jahre bzw. Jahrzehnte prägend sind. Im Unterschied zur Chronologie besteht die Absicht der Periodisierung in Phasen darin, einen „sonst undifferenzierten Fluss historischer Zeit durch die Klassifizierung von Ereignissen und Prozessen nach Maßgabe ihrer internen Zusammengehörigkeit und externen Unterschiede zu interpretieren, um Perioden relativer Invarianz und die Übergänge zwischen ihnen auszumachen. [...] Periodisieren können wir, wenn sich relative Kontinuität mit relativer Diskontinuität abwechselt. Relative Kontinuität setzt nicht den Stillstand identischer Selbstreproduktion voraus, sondern nur, dass relevante Veränderungen nicht die Kohärenz erschüttern, die für die jeweilige Epoche typisch ist“ (Jessop 2001c, 9).

In der vorliegenden Arbeit wird der erhebliche Einfluss jeweils relativ kohärenter Phasenkennzeichen hervorgehoben. So waren beispielsweise die internationalen Beziehungen und innergesellschaftlichen Verhältnisse zwischen 1945 und 1989 in spezifischer Weise durch die Struktur der Weltordnung überlagert: Die Phase des Kalten Kriegs prägte die Entwicklungsdynamik der internationalen Beziehungen innerhalb des „Westens“ sowie des „Ostens“ und bewirkte, wie weiter unten beschrieben, eine partielle Verselbständigung der geopolitischen von der ökonomischen Konkurrenz. Zwar wirkten sich in dieser Zeit durchaus „objektive“ Gesetzmäßigkeiten aus (die aus der Wirkungsweise der kapitalistischen Strukturmerkmale resultierten), die nicht beliebig außer Kraft gesetzt werden konnten; zugleich wurden diese „strukturellen“ Dynamiken in der historischen Realität in wesentlichem Umfang politisch-sozial überformt.

Der Versuch der Periodisierung des Kapitalismus ist nicht neu.²⁸⁸ Dabei sind oftmals Periodisierungen vorgenommen worden, die sich an einer deterministischen Geschichtsphilosophie orientieren.²⁸⁹ Von zentraler Bedeutung ist daher die Art und Weise, in

²⁸⁸ Die frühen Marxisten (Hilferding, Lenin etc.) unterschieden zwischen Konkurrenz- und Monopolkapitalismus. Einige Neomarxisten übernehmen dieses Entwicklungsmodell: Fredric Jameson unterteilt drei Stadien des Kapitalismus. Neben den klassischen beiden Stadien (Konkurrenz- und Monopolkapitalismus) bezeichnet er das dritte Stadium als „späten“, transnationalen oder informationellen Kapitalismus (Jameson 1992, 522). Diese Dreiteilung korrespondiert mit seiner „kulturellen Periodisierung“ – Realismus, Modernismus, Postmodernismus (Jameson 1991, 36).

²⁸⁹ Daher sind sie auch immer wieder Gegenstand der Kritik geworden: „[To] talk of stages smacks of determinism – of a mechanistic presumption that all social formations must pass through them in a linear succession“ (Laibman 2005, 291). In der Realität treten die im Folgenden vorgetragenen Phasenausprägungen niemals in reiner Form auf. In jeder Phase sind charakteristische Bestandteile sowohl der vorausgegangenen als auch zukünftiger Phasen aufzufinden, die komplex miteinander verbunden sind. Daher auch kommt der Analyse des Wandels von einer zur nächsten Phase eine zentrale Bedeutung zu, etwa der Untersuchung „organischer Krisen“ im gramscianischen oder Krisen

der eine Periodisierung vorgenommen wird. Eine Phaseneinteilung ist m.E. nicht einfach nach Maßgabe objektiver Kriterien vorzunehmen, sondern hängt mit der Fragestellung der Untersuchung zusammen, in vorliegendem Falle insbesondere den weltweiten Kooperations- und Konkurrenzverhältnissen vor allem der reichen Industriegesellschaften: „Die Grundlagen von Periodisierungen sind vielfältig, ihre Kriterien variieren je nach Gegenstand. So werden etwa zusehends konkretere und komplexere Kriterien benötigt, um die Einheit des Kapitalismus als Produktionsweise, die des Staatskapitalismus als Stufe desselben, die des Fordismus als eines Akkumulationsregimes“ zu bestimmen (Jessop 2001c, 11 f.; vgl. Hirsch 2001; Candeias/Deppe 2001). Der Begriff der Phase ist als Terminus zu verstehen, der die für maßgeblich gehaltenen Tendenzen gewissermaßen pointiert. Daher lassen sich Phasen auch dann leichter identifizieren, wenn sie historisch abgeschlossen sind – dies erklärt vielleicht die umstrittene Umschreibung einer „neuen Phase“ des Kapitalismus nach 1989.

Das Bindeglied der Phasen kann dabei helfen, eine unvermittelte Ableitung spezifischer Konstellationen aus den konstitutiven Strukturmerkmalen des Kapitalismus in Raum und Zeit zu vermeiden. Es muss klar zwischen dem abstrakten Modell der kapitalistischen Produktionsweise und konkreteren Variationen des Kapitalismus unterschieden werden.²⁹⁰

Dazu bedarf es einer Analyse auf einer intermediären Ebene, um die historischen Phasen des Kapitalismus und die mit ihnen sich wandelnden imperialistischen Phänomene auf Weltebene unterscheiden zu können. Diese muss jedoch im Gegensatz zu früheren Periodisierungsmodellen neu konzeptualisiert werden, um die Komplexität des Imperialismus zu fassen. Besonders trifft dies auf das sich wandelnde Wechselverhältnis zwischen „Ökonomie“ und „Politik“ sowie zwischen den hegemonialen bzw. nicht-hegemonialen Weltordnungsphasen zu, wie weiter unten erörtert wird.

der „Entwicklungsweise“ im regulationstheoretischen Sinne. Die Theoretisierung von *Strukturen* wäre zu ergänzen durch eine Theorie der *Transformationen* innerhalb des Kapitalismus.

Meine Unterteilung in grundsätzliche Strukturmerkmale des Kapitalismus, verschiedene Phasen und Konstellationen unterscheidet sich von der sog. Uno-Schule. Diese Strömung, die sich seit den 1940ern auf der Grundlage der Arbeiten des japanischen Marxisten Kozo Uno entwickelte, differenziert drei Ebenen der Untersuchung – die Prinzipien des „reinen“ Kapitalismus, die Stadientheorie und die historische Analyse –, bedient sich aber einem wesentlich engeren Kapitalismusbegriff als in der hier vorliegenden Arbeit (vgl. Itoh 2001, 111 f.; Westra 2001, 305 ff.).

²⁹⁰ Dabei sollte die Einseitigkeit des „Varieties of Capitalism“-Ansatzes überwunden werden, der sich tendenziell in den Unterschieden verschiedener Kapitalismen verliert, ohne die Gemeinsamkeiten aller Kapitalismusvarianten zu bestimmen (vgl. Hall/Soskice 2001; zur Kritik vgl. Panitch/Gindin 2003, 114 ff.).

1.1. EXKURS ZUM VERHÄLTNIS VON „STRUKTUR“ UND „HANDELN“

Mit der Unterscheidung zwischen kapitalistischen Strukturmerkmalen und historischen Phasen als einer Grundlage zur Untersuchung historischer Konstellationen kann das Verhältnis von „Struktur“ und „Handeln“ in der vorliegenden Arbeit nun etwas genauer bestimmt werden. Werden mit den *Strukturmerkmalen* einige durch menschliches Handeln reproduzierte Grundformen des Kapitalismus bezeichnet, die durch institutionalisierte Handlungszwänge zur Geltung kommen, so bezieht sich die mittlere Ebene der *historischen Phasen* auf die im geschichtlichen Prozess (wiederum konstituiert durch menschliches Handeln) sich wandelnden Variationen bzw. Ausprägungen dieser Strukturmerkmale. „[Die kapitalistische Produktionsweise ist] kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus“ (Marx 1962, 16). Die kapitalistischen Strukturmerkmale werden historisch vermittelt durch gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen reproduziert *und* modifiziert.²⁹¹ Damit wird nicht für eine strukturalistische Gesellschaftsanalyse optiert. Vielmehr weist die Notwendigkeit, analytisch von *historischen Konstellationen* auszugehen, darauf hin, dass den bewussten Handlungen der Akteure Rechnung zu tragen ist, auch wenn diese „strukturell“ präformiert sind. Eine angemessene Berücksichtigung der Handlungsebene kann dazu dienen, die relevante Rolle strategisch-politischer Projekte von Machteliten, Klassenfraktionen sowie die „anarchisch-kontingenten“ Entwicklungen in den internationalen Beziehungen zu erfassen.

Pierre Bourdieu hat das Zusammenwirken „objektiver“ Strukturen und „subjektiver“ Handlungen zu erfassen versucht: „Beide Aussagen: dass die kollektiven Aktionen das Ereignis schaffen wie dass sie deren Hervorbringung sind, sind wahr und falsch zugleich. In der Tat bilden sie das Resultat einer *Konjunktur* [Konstellation], d.h. einer *notwendigen Verbindung* von Dispositionen mit einem *objektiven Ereignis*. [...] In der dialektischen Beziehung zwischen Dispositionen und Ereignis bildet sich jene *Konjunktur* heraus, die fähig ist, die objektiv koordinierten, weil an partiell oder total gleichen objektiven Notwendigkeiten ausgerichteten Handlungen in *kollektive Aktion* zu transformieren. Ohne je vollkommen koordiniert zu sein, da sie das Erzeugnis von ‚Kausalreihen‘ mit unterschiedlicher struktureller Dauer bilden, sind die Dispositionen und die Situation, die sich synchron

²⁹¹ Sie stellen einen gesellschaftlichen Handlungsrahmen dar, der grundsätzlich von historischen Akteuren verändert und/oder überwunden werden kann.

Mit der Expansion des Kapitalismus in den letzten 200 Jahren hat sich das Verhältnis zwischen Struktur und Handeln erheblich verändert. „The balance between the role played by structural contradictions and conscious human agency in resolving organic crises has shifted from the former to the latter in the course of the past 1,500 years“ (Callinicos 2004, 267).

vereinigen, um derart eine bestimmte Konjunktur zu stiften, doch auch niemals gänzlich unabhängig, da sie ja durch die objektiven Strukturen hervorgebracht werden, in letzter Instanz also durch die ökonomischen Grundlagen der jeweiligen Gesellschaftsformation“ (Bourdieu 1979, 182 f.). Eine Untersuchung von historischen Konstellationen muss daher sowohl den Strukturalismus bzw. mechanischen Materialismus (Objektivismus) als auch den Intentionalismus (Psychologismus) bzw. Idealismus/Konstruktivismus überwinden, denn aus beiden Ansätzen kann kein angemessenes Verständnis für die komplexe Beziehung von subjektiven Handlungsorientierungen und strukturellen Kräfteverhältnissen gewonnen werden.²⁹² Es gilt, den Gegensatz zwischen gesellschaftlich bedingter individueller Handlungsfähigkeit und institutionalisierten Handlungszwängen zu überwinden.²⁹³

²⁹² Anthony Giddens zielt in seinem Werk auf die Überwindung der Dichotomie zwischen Struktur und Handeln, indem er sie in ihrer wechselseitigen „Konstitution“ begreift (vgl. Giddens 1997, 67 ff.). Giddens’ Grundannahme besteht darin, dass gesellschaftliche Verhältnisse *reflexiv* gestaltet werden. Mit der Betonung der Sinnhaftigkeit des Handelns dürfen jedoch strukturelle Zwänge nicht vernachlässigt werden. Die Subjekte reproduzieren durch ihr routinisiertes und unbewusstes Handeln die gesellschaftlichen Strukturen (vgl. zur Diskussion des structure-agency-Problems: Archer 1990, 73-88; Callinicos 2004, 38-106, 273-278; Görg 1994b, 31-84; Hay 2002, 89-134; Wright/Levine/Sober 1992, 61-88).

Als paradigmatisch für einen die Strukturen überbetonenden Ansatz gilt das Werk Althussers. Ein Beispiel für einen die Handlungsfreiheit überzeichnenden Theorieansatz ist der *akteurszentrierte Institutionalismus*. Die zentralen analytischen Kategorien dieses (von Renate Mayntz und Fritz Scharpf entwickelten) in den Politikwissenschaften in Deutschland einflussreichen Ansatzes sind Akteure und Akteurskonstellationen sowie die sie rahmenden Institutionen und Deutungsstrukturen. Hieraus werden Möglichkeiten und Restriktionen kollektiven Handelns erwogen. Dabei wenden sie sich erst einmal zu Recht gegen Ansätze etwa des Markttheoretikers Friedrich von Hayek und des Systemtheoretikers Niklas Luhmann. „Luhmann ist so sehr davon überzeugt, dass Intentionen – und erst recht kollektiv abgestimmte Intentionen – in der gesellschaftlichen Realität immer nur kläglich scheitern können, dass er konsequenterweise das gesellschaftliche Geschehen nicht als Handlungs-, sondern als Kommunikationszusammenhänge konzeptualisiert. In diesen sind Akteure und damit natürlich auch Zusammenschlüsse von Akteuren nur noch als unter gewissen Umständen naheliegende Deutungen dessen zu sehen, was material immer nur kommunikative Autopoiesis ist“ (Schimank/Werle 2000, 11). Auch wenn diese Kritik an Luhmann zutreffen mag, überzeichnen die handlungszentrierten Ansätze die faktischen Handlungsmöglichkeiten. Die beispielsweise der gegenwärtigen Transformation von Staatlichkeit zugrunde liegenden sozio-ökonomischen Entwicklungen werden kaum berücksichtigt. Oft stellen diese Ansätze auch „normative Postulate“ dar, die mitunter in deutlichem Gegensatz zur realen Entwicklung stehen (Hirsch 2002, 119). In gewisser Weise repräsentieren sie die demokratische Hoffnung auf die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik, z.B. Ideen, wie in „Mehrebenensystemen“ wie der EU mit „Steuerungsdefiziten“ umgegangen werden könnte (vgl. Benz 2000, 97-120).

²⁹³ Einen Versuch, das Verhältnis zwischen Struktur, Subjekt und Handlung näher zu bestimmen, unternimmt Mario Candeias (Candeias 2004a, 32-46). Dabei rekurriert er u.a. auf die Kategorie der „Handlungsfähigkeit“ und entwickelt dabei den Habitus-Begriff Bourdieus weiter: „Die Subjekte produzieren, reproduzieren und transformieren das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse sowohl durch ihre (gegenständliche, an den Arbeitsprozess gebundene) Tätigkeit als auch durch kulturelles Orientieren, Konstruieren und Aneignen der Verhältnisse in ideologischen Formen“ (Candeias 2004a, 36).

Gesellschaftlicher Wandel hat mit den *strukturellen Kapazitäten* von Akteuren zu tun, ihre Umwelt zu verändern (Callinicos 2004, 96-106, 273-278; Hay 2002). Der institutionelle Kontext, in dem sich handelnde Subjekte bzw. Kollektivakteure bewegen, ist, wie der Begriff struktureller Kapazitäten anzeigt, sehr wichtig. Dabei muss von *differierenden* strukturellen Kapazitäten unterschiedlicher Akteure ausgegangen werden: „If contexts might be seen as presenting actors with a range of opportunities and constraints, then it is important that we acknowledge the invariably uneven distribution of opportunities and constraints which they present to different actors. Differential access to strategic resources – such as knowledge and capital – may be a significant determinant of the capacity of actors to realise the opportunities inherent in any given social or political context“ (Hay 2002, 164). Das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse schafft verschiedenartige *Bedingungskonstellationen* für die Akteure, die differierende *Handlungsmöglichkeiten* zulassen. Unterschiedliche Möglichkeiten bieten im Regelfall nicht nur *eine* praktikable Handlungsperspektive an. Kontexte präsentieren Handlungsoptionen und präformieren zugleich Handlungen – und erst die konkrete Durchführung bestätigt, ob die Möglichkeiten realisiert werden konnten. Hierbei spielt der zeitliche Horizont eine gewichtige Rolle. So eröffnen sich in den Momenten akuter, d.h. auch durch die Akteure wahrgenommener gesellschaftlicher Krisen Handlungshorizonte, die zuvor verschlossen waren oder es zumindest schienen: „During moments of perceived crisis, for instance, the opportunity for institutional and ideational change may be rather greater than at other moments of political time“ (Hay 2002, 165).

In der Disziplin der IB schlagen Bieler/Morton in neogramscianischer Perspektive eine dem hier vertretenen Ansatz ähnliche Herangehensweise vor, indem sie eine Unterscheidung in Makro-, Meso- und Mikrostrukturen vorschlagen.²⁹⁴ In dieser Perspektive sind die aus Handlungen von Akteuren sich ergebenden historischen Entwicklungen nicht allein mit dem Verweis auf die „Notwendigkeiten“ der Kapitalakkumulation abzuleiten, stattdessen ist ihr instabiler, krisengetriebener, kompetitiver und relativ kontingenter Charakter hervorzuheben: „At a very deep level, we may identify what we can now call macro structures, such as feudalism or the capitalist mode of production. Although originally brought about through human interaction, the state and market within capitalist social relations, for example, appear as separate, objective entities and therefore shape and constrain, but also enable human agency. At a second level, which we now call the meso level, we can locate the successive

²⁹⁴ Bieler/Morton und andere neuere sozialwissenschaftliche Forschungen beziehen sich auf die im angelsächsischen Raum relevante philosophische Strömung des „critical realism“ (vgl. Archer 1990; Callinicos 2004, 2006; Bieler/Morton 2001; Jessop 2001d).

stages of world order [...]. Although these stages are all located within the capitalist mode of production, there is also a clear difference between them as far as the interaction of material capabilities, ideas and institutions is concerned at the levels of the social relations of production, forms of state and world order. Finally, we can identify what can be called the micro level of structures, which refers to those structures instantiated through day-to-day interaction. Clearly, the more that structures are deeply embedded, the more difficult it is to realize that they are also the result of human interaction and the more difficult it is to bring about change. While micro structures may be changed constantly, meso structures may survive over decades and macro structures such as capitalism even over centuries. [...] Structures, being both constraining and enabling, do not determine action, but they define the framework within which agents can choose several alternative strategies. [...] In short, agency is located in structure, but not determined by it“ (Bieler/Morton 2001, 26 f.). Die Geschichte des weltweiten Kapitalismus vollzieht sich also durch das Handeln der Akteure, zugleich aber hinter ihrem Rücken und über ihre Köpfe hinweg.

Vor dem Hintergrund einer vermittelnden Analyse von Makro-, Meso- und Mikrostrukturen, in denen jeweils den handelnden Kollektivakteuren Rechnung getragen wird, so meine Hypothese, lassen sich die historische Variabilität kapitalistischer Entwicklung und ihre, teilweise gewaltsamen, geopolitischen Verlaufsformen angemessen darstellen.

IV. WELTORDNUNGSPHASEN UND DIE PERIODISIERUNG SOZIO-ÖKONOMISCHER UND GEOPOLITISCHER KRÄFTEVERHÄLTNISSE

Ausgehend von meiner Feststellung, der zufolge die globale Entwicklung und die innere Verbindung der vier diskutierten kapitalistischen Strukturmerkmale *in ihrer Veränderung* beobachtet werden müssen, diese keinem einseitigen Determinationsverhältnis unterliegen, d.h. eine „Geschichte“ haben, die die Ausprägungen der Strukturmerkmale variiert, wird nun folgende These erläutert: Um das komplexe Verhältnis von ökonomischen und geopolitischen Konkurrenzverhältnissen fassen zu können, gilt es deren historische Umgestaltungen auf mehreren Ebenen zu erschließen.

Dabei werden erstens *historische Weltordnungsphasen* beschrieben, die nicht der herkömmlichen Unterscheidung von wirtschaftlichen Entwicklungsphasen sowie Phasen der Staatlichkeit bzw. des Staatsinterventionismus entsprechen. Die Differenzierung von Weltordnungsphasen und ihrer (in einem zweiten Schritt eingeführten) variierenden *sozio-ökonomischen* und *geopolitischen Verlaufsformen* wird nach Maßgabe von unterschiedlich ausgeprägten Unterscheidungsmerkmalen vorgenommen. Weil es, trotz wechselseitigen Abhängigkeiten, unterschiedliche Kriterien der Reproduktion der Einzelkapitalien sowie der Einzelstaaten gibt, verlaufen auch die sozio-ökonomischen und (geo-)politischen Phasen nicht deckungsgleich.

Meiner Herangehensweise einer globalen Analyseperspektive folgend, wird der Versuch einer Periodisierung von Phasen imperialistischer Kräfteverhältnisse mit der breitest gefassten Ebene – der Analyse von „Weltordnungen“ und deren hegemonialen bzw. nicht-hegemonialen Charakter – eröffnet. Dem folgt eine Periodisierung, die besonders auf die sozio-ökonomische Entwicklung fokussiert. Schließlich wird mit besonderem Augenmerk der Wandel von Staatlichkeit und Staatenkonkurrenz diskutiert.

1. HEGEMONIALE UND NICHT-HEGEMONIALE PHASEN DER WELTORDNUNG

Ein zentraler Aspekt der Periodisierung kapitalistischer Phasen ist die Art und Weise, wie historische kapitalistische Formationen definiert und voneinander abgegrenzt werden. Aus dem Horizont einer globalen Forschungsperspektive erscheint es sinnvoll, die Geschichte der internationalen Beziehungen entlang der *Phasen der Weltordnung* zu periodisieren. Eine jeweilige Phase bzw. „Struktur“ der Weltordnung ist als ein Muster sich gegenseitig beeinflussender sozialer Kräfte zu verstehen, in der bestimmte, relativ kohärente Kräftekonstellationen für einen längeren Zeitraum eine beträchtliche Wirkung entfalten (Cox 1987).²⁹⁵ Es lassen sich grob drei Hauptphasen unterscheiden, die sich durch erhebliche Veränderungen des Vermittlungskomplexes von ökonomischen Kapazitäten, politischen Institutionen sowie ideologischen bzw. normativen Dimensionen²⁹⁶ auszeichnen:

- **1870-1945: Phase des „klassischen Imperialismus“**

Diese Phase beruhte auf der Erosion der britischen Quasi-Hegemonie seit 1815 und begründete eine nicht-hegemoniale Zeit, in der rivalisierende Imperialismen das britische Reich herausforderten. Die Epoche kulminierte in zwei Weltkriegen.

- **1945-1989: Phase des „Supermachts-Imperialismus“**

Als Resultat des Zweiten Weltkrieges überlagerte eine neue Konfrontation die älteren Konflikte: der Ost-West-Konflikt. Die hegemoniale Pax Americana und die stärker auf Dominanz beruhende „Pax Sovietica“ prägten die Struktur der Weltordnung.

- **ab 1989: Phase der „neuen Weltunordnung“**

Der Zusammenbruch des Ostblocks führte zu einer Vorherrschaft der Vereinigten Staaten, die dies vor dem Hintergrund von inner- und inter-gesellschaftlichen Konkurrenzverhältnissen und einer globalen sozio-ökonomischen Instabilität nicht in eine erneute, nunmehr globale Hegemonie überführen konnte. Die Globalisierung der Weltwirtschaft schafft neue Formen imperialistischer Phänomene.

²⁹⁵ „[C]lass is important as the factor mediating between production on the one hand and the state on the other. [...] The same mediating role can also be examined at the global level. Here class formation and conflict mediates between the world economy of production and the interstate system. The classes that participate in this mediation have their origins in national societies, but form links across the boundaries separating national societies” (Cox 1987, 356 f.).

²⁹⁶ Den ideologischen bzw. normativen Dimensionen (und damit ihren Potentialen) wird in dieser Arbeit nur am Rande nachgegangen. Es würde ihren Rahmen sprengen. Vgl. Deppe 1999, 2003, 2006.

Diese Hauptphasen können in einem weiteren Schritt noch einmal untergliedert werden. Das Ende des New Economy-Booms ab dem Jahr 2000 und das Ereignis 11. September im Jahr 2001 markieren beispielsweise eine erhebliche Verschiebung innerhalb der *Phase* der neuen Weltordnung und können als eine spezifische historische *Konstellation* innerhalb der gegenwärtigen historischen Phase verstanden werden.

Wie festzustellen ist, anerkennt diese Unterteilung von historischen Weltordnungsphasen die Bedeutung der jeweiligen geopolitischen Kräfteverhältnisse. Anders als etwa in neorealistischen Theorieansätzen werden diese aber mit der sozio-ökonomischen Entwicklung in Verbindung gebracht, welche die Transformationen geopolitischer Verhältnisse gewissermaßen „vorbereitet“ (nicht determiniert) haben: der ökonomische Aufstieg des Deutschen Reichs bzw. der Vereinigten Staaten Ende des 19. Jahrhunderts oder das Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft heute, genauso wie die ökonomische Stagnation der UdSSR ab den 1970ern sind ein Beleg dafür. Zugleich wird den geopolitischen Verschiebungen eine herausragende Bedeutung zugewiesen. Die ungleiche und kombinierte Entwicklung des Weltsystems hat in den letzten 200 Jahren immer wieder zu geopolitischen Konflikten von epochaler Tragweite geführt. Oft waren es Handlungen in und von „contender states“ (van der Pijl 2006), Herausforderern bzw. „aufholenden“ Staaten, die dramatische Neukonfigurationen des internationalen Systems anstießen. Dies geschah durch den Sturz des französischen Absolutismus und die daran anschließenden Napoleonischen Kriege (die, obwohl sie streng genommen noch mehr von Prinzipien vorkapitalistischer Geopolitik bestimmt wurden, die Entstehung des Kapitalismus in Europa beschleunigten), ebenso wie durch die vom aufstrebenden deutschen Staat maßgeblich verursachten Weltkriege (in einem etwas geringeren Ausmaß trifft dies auf Japan im ostasiatischen Raum zu). Ebenso justierte die Russische Revolution 1917 die globalen Kräfteverhältnisse neu. Gegenwärtig kommt der „territorialen“ Logik der Macht wieder eine erhebliche Bedeutung zu: Der Zusammenbruch des sowjetischen Blocks, der größten geopolitischen Verschiebung seit 1945, hatte erhebliche weltpolitische und nicht zuletzt weltwirtschaftliche Veränderungen zur Folge, auch wenn die sozio-ökonomischen Ursachen der Krise des Ostblocks weiter zurück liegen. Der Zusammenbruch des sowjetisch geführten Ostblocks ließ etwa an seinen südlichen Rändern in Zentralasien ein Machtvakuum entstehen, das zu einer der wichtigsten Konfliktzonen heutiger Weltordnungs- und Energiepolitik geworden ist.

Auch wenn weltwirtschaftliche Entwicklungen und Kräfteverhältnisse innerhalb des internationalen Staatensystems miteinander in Verbindung stehen, müssen die aus den geopolitischen und sozio-ökonomischen Kräfteverhältnissen resultierenden Phasen der

Weltordnung (von 1870-1945, 1945-1989, ab 1989) von den Phasen der sozio-ökonomischen Entwicklung der Weltwirtschaft unterschieden werden, die ich unter Berücksichtigung der „großen“ Krisen wie folgt gliedere: 1873-1929/1933, 1933-1973, ab 1973. Die „großen“ Krisen bewirkten nicht direkt die jeweiligen Verschiebungen der Struktur der Weltordnung. Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 führte (weil u.a. aufgrund des Nichtvorhandenseins einer hegemonialen Führungsmacht keine nationale und/oder internationale Institution dazu in der Lage war, einen Aufschwung zu orchestrieren) zum Zerfall der Weltwirtschaft und bereitete der expansionistischen Strategie des deutschen Faschismus den Boden. Die Krise der 1970er bereitete erhebliche weltpolitische Verschiebungen vor, löste sie aber nicht direkt aus. Die Entwicklung kam 1989 mit dem durch Massenrevolten ausgelösten Zusammenbruch der Sowjetunion zu einem Abschluss, der zu einer neuen historischen Phase bzw. Struktur der Weltordnung überleitete.

Die Weltordnungsphasen lassen sich in *hegemoniale* und *nicht-hegemoniale Weltordnungen* differenzieren:

1. Eine Tendenz zur Berechenbarkeit hatte die Weltordnungsstruktur eher dann, wenn sie einen hegemonialen Charakter hatte, d.h. ein auf Zwang *und* Konsens gestütztes Herrschaftsverhältnis war, das stärker als in nicht-hegemonialen Phasen materielle Zugeständnisse garantierte.²⁹⁷ Ein hegemoniales Verhältnis auf internationaler Ebene hat seine Basis nicht einfach nur in der Staatenordnung: „Sie ist eine Ordnung innerhalb der Weltwirtschaft mit einer dominanten Produktionsweise, die alle Länder durchdringt [...]. Sie ist auch ein Komplex internationaler sozialer Beziehungen, der die sozialen Klassen der verschiedenen Länder miteinander verbindet. Welthegegonie lässt sich so beschreiben als eine soziale, eine ökonomische und eine politische Struktur“ (Cox 1998c, 83). Gramsci ergänzt, dass Hegemonie zwar immer „eine politische, aber auch und besonders eine ökonomische [ist], sie hat ihre materielle Basis in der entscheidenden Funktion, welche die hegemoniale Gruppierung im entscheidenden Kern der ökonomischen Aktivität ausübt“ (Gramsci 1992, 499). Im Verlauf der Geschichte des Kapitalismus ging die Bildung einer internationalen Hegemonie bisher immer von einem Einzelstaat aus.²⁹⁸ Die britische „Quasi-

²⁹⁷ Dessen ungeachtet bewahrten diese Weltordnungen einen grundlegend gewaltförmigen Charakter.

²⁹⁸ Hübner weist gegen staatszentrierte Ansätze darauf hin, dass internationale Stabilität auch von *mehreren* weltpolitischen Akteuren hergestellt werden könnte: „Die Herstellung weltwirtschaftlicher Stabilität ist, anders als dies das [realistische] Theorem hegemonialer Stabilität behauptet, keineswegs an die Existenz einer hegemonialen Nation gebunden. Auch im Falle des relativen Positionsverlustes einer Hegemonialnation wie die USA seit den siebziger Jahren besteht prinzipiell die Möglichkeit,

Hegemonie“ ab 1850 dauerte 25 Jahre, die amerikanische Hegemonie nach 1945 konnte sich länger erhalten, war allerdings auf den „Westen“ und Teile des „Südens“ beschränkt.²⁹⁹ In den 1990ern schien es so, als sei die USA zur ersten wirklich globalen hegemonialen Macht aufgestiegen – besonders seit 2000/2001 wird dies in Frage gestellt.

Großbritannien und die Vereinigten Staaten gewannen ihre Vorherrschaft nicht allein aufgrund militärischer Überlegenheit, sondern weil sie zuvor einen starken und relativ eigenständigen Akkumulations- und Regulationszusammenhang geschaffen hatten und derart „international verzahnen konnten, dass ein selbsttragendes, stetiges und starkes wirtschaftliches Wachstum möglich wurde“ (Hirsch 2005, 104).³⁰⁰ Für eine gewisse Zeit wurden sie zum Direktionszentrum internationaler Waren-, Geld- und Kapitalströme, verfügten über die Schlüsselproduktionen der jeweiligen Epoche, besaßen die Vorreiterstellung hinsichtlich neuer Technologien und setzten derart Produktions- und Konsumnormen durch: „In der Geschichte des modernen Staatensystems stellten sich [...] hegemoniale Verhältnisse dann her, wenn ein Staat in der Lage war, seinem Gesellschaftsmodell den Charakter eines allgemeinen Leitbildes zu verleihen und mit seinen Machtmitteln eine internationale Ordnung zu garantieren, das auch untergeordneten Staaten und Regionen eine Stabilitäts- und Entwicklungsperspektive eröffnete. Dies galt – zumindest im Bereich der westlichen Hemisphäre – für die USA zur Zeit des Fordismus. Ihre Stellung beruhte nicht nur auf militärischer Dominanz und der Verbreitung ‚amerikanischer‘ Wertvorstellungen und Leitbilder, sondern auch auf einem praktisch für die ganze Welt modellhaft gewordenen Produktions- und Gesellschaftssystem“ (Hirsch 2005, 192).³⁰¹ Die

dass kollektive Handlungen einer kleinen Zahl von Akteuren äquifunktionale Leistungen zu erbringen vermögen“ (Hübner 1990, 82). Allerdings muss das nicht mit einer Dezimierung von Konflikten einhergehen. Auf Basis dieses Arguments sowie der These einer Internationalisierung der herrschenden Klassen schlagen Alnasser u.a. vor, internationale Hegemonie nicht als die eines Nationalstaates zu konzeptualisieren, sondern als die einer *Entwicklungsweise* (d.h. als ein stabilisierter Zusammenhang von Akkumulationsregime und Regulationsweise) (Alnasser/Brand/Sablowski/Winter 2001).

²⁹⁹ Der Begriff der *Quasi-Hegemonie* verweist auf eine geringere hegemoniale Führungskraft, verglichen mit der der Vereinigten Staaten nach 1945 (zur historischen Begründung vgl.: O’Brien 2003). O’Brien kritisiert in diesem Zusammenhang die zyklischen Geschichtsvorstellungen sowohl der Theorie der hegemonialen Stabilität als auch der Weltsystemtheorie.

³⁰⁰ Auch Jessop präzisiert den Neogramscianismus dahingehend, dass ein hegemoniales Projekt sich letztlich auf eine florierende Akkumulation des Produktivkapitals stützen können muss (Jessop 1990, 198 ff.).

³⁰¹ Dieser Analyse liegt eine Kernannahme der Regulationstheorie zugrunde: Die kapitalistischen Gesellschaften bilden im Verlauf ihrer Entwicklung unterschiedliche Akkumulationsregime heraus, die dann eine gewisse Stabilität erhalten, wenn „sich eine politisch-institutionelle Regulationsweise herausbildet, die es gestattet, die darin liegenden spezifischen Widersprüche mit den kapitalistischen Grundstrukturen [zumindest zeitweise] vereinbar zu halten“ (Hirsch 2001, 42).

nationalen Produktionsbeziehungen wurden durch das hegemoniale „Leitbild“ mitgeformt (Cox 1987, 105 ff.).³⁰²

2. Eine *nicht-hegemoniale Weltordnung* war historisch die Regel, nicht die Ausnahme gewesen – eine Erkenntnis, die bei einer Konzentration auf den transatlantischen Raum nach 1945 (wie sie in den Sozialwissenschaften vorherrscht) leicht aus dem Blick geraten kann. Die relative Kurzlebigkeit bisheriger hegemonialer Weltordnungen hing nicht nur mit der ungleichen und krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft zusammen, sondern auch mit der Schwierigkeit, auf internationaler bzw. inter-gesellschaftlicher Ebene ein kohärentes Regulationssystem zu entwickeln.³⁰³ Die Existenz konkurrierender Einzelstaaten verhinderte dies. Daran auch wird vermutlich die Vorstellung einer neuen „globalen Hegemonie“ als Ausdruck hegemonialer, auf Internationalisierung ausgerichteter sozialer Kräfte, welche nicht mehr nur unter Führung eines Nationalstaates bzw. Staatenblockes stehen („Empire“), in der Realität scheitern. Es mangelt an einer im einzelstaatlichen Raum etablierten zentralisierten Staatsgewalt, in der sich ein hegemoniales Verhältnis verdichten und länger erhalten kann. Ein kohärenter „state/society-Complex“ (Cox/Schechter 2002, 32) ist schwer durchsetzbar bzw. reproduzierbar. Das internationale Regulationssystem ist zu schwach, um die herrschenden sozialen Kräfte in ein gemeinsames gesellschaftliches Projekt einzubinden, relevante Konkurrenzverhältnisse auszuschalten und zugleich eine Anerkennung der bestehenden Verhältnisse seitens der Bevölkerungen zu erlangen.

Um ein genaueres Verständnis dieser Hindernisse zu gewinnen, müssen die unterschiedlichen Dimensionen des Hegemoniebegriffs in Betracht gezogen werden: „Hegemonie beinhaltet nicht nur *ideologische* Dominanz im Sinne der Verallgemeinerung bestimmter Vorstellungen von Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft, sondern beruht auch auf *politischer Führung*“ (Hirsch 2005, 192). Letztere ist auf internationaler Ebene schwieriger herzustellen als auf einzelstaatlicher Ebene, was die Erzeugung von Hegemonie auf der internationalen

³⁰² Das sagt auch Entscheidendes über die abhängigen Staaten und Ökonomien in einer Weltordnung aus: „Abhängigkeit lässt sich [...] in ähnlicher Weise erklären wie Dominanz. Sie beruht darauf, dass es auf Grund der bestehenden Klassenkräfteverhältnisse nicht zur Herausbildung einer kohärenten und relativ autonomen Akkumulations- und Regulationsweise kommt. Die ökonomischen und sozialen Prozesse werden dann besonders stark durch die von den dominanten Ökonomien gesetzten Bedingungen – Produktionstechnologien, Akkumulationsweisen, Konsummodelle, Ressourcenbedarf usw. – bestimmt“ (Hirsch 2005, 105).

³⁰³ Die Regulierung der Kapitalakkumulation auf internationaler Ebene ist schon lange abhängig von institutionellen Formen der „internationalen Regulation“ (Alnasseri/Brand/Sablowski/Winter 2001, 29).

Ebene behindert (und darauf hinweist, dass der „Rückfall“ der Vereinigten Staaten in hegemonistische bzw. dominante Außenpolitik seit 2001 nicht nur den politischen Strategien der „Neokonservativen“ in den USA zuzurechnen ist). Die gegenwärtige Weltordnung ist zwar durchaus von einer Vorherrschaft neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik unter Führung der Vereinigten Staaten bestimmt, die auch bereits einigermaßen fest institutionalisiert wurde, zugleich hat sich aber keineswegs ein hegemoniales *politisches Führungsverhältnis* herausgebildet.³⁰⁴ Die Tatsache, dass verschiedene kapitalistische Staaten ein im Kern ähnliches neoliberales „policy regime“ durchsetzen, bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass unter ihnen keine ernsthaften Interessengegensätze bestehen oder entstehen können. Insofern steht die heutige Forschung imperialistischer Phänomene vor der Herausforderung, die Bedingungskonstellationen potentieller ökonomischer und geopolitischer Konflikte zwischen den entwickelten Industriegesellschaften vor dem Hintergrund der nur relativen Zusammenfassung derselben unter amerikanischer Vorherrschaft zu untersuchen. Es ist nicht verwunderlich, dass in den 1990ern unter dem Eindruck einer überwältigenden Vormachtstellung der USA und der gleichzeitigen ökonomischen Stagnation Japans und Westeuropas weder letztere Staaten bzw. Staatenbündnisse noch andere Mächte (Russland, China) eine aggressive „Balancepolitik“ gegenüber der Hegemonialmacht betrieben. Es bleibt jedoch eine offene Frage, ob dies so bleiben wird.

Allerdings darf die Vorstellung einer gegenwärtig nicht-hegemonialen Weltordnung *nicht als eine einfache Wiederholung* der historischen Phase vor 1945 interpretiert werden. Die Akteure in einer nicht-hegemonialen Weltordnung im Kapitalismus mögen, durch unterschiedliche Phasen hindurch, ähnlichen institutionalisierten Zwängen unterliegen, deren konkrete Ausprägung stellt sich aber immer vor dem Hintergrund variierender historischer Kontexte her. Daher wandelt sich die konkrete Gestalt internationaler Abhängigkeits- und Konkurrenzverhältnisse. Internationale Konkurrenzverhältnisse und geopolitische Konflikte müssen nicht automatisch in Kriege eskalieren, Abhängigkeitsverhältnisse nicht in einer formellen Kolonialisierung münden. Ihre Erscheinungsformen wandeln sich in den historischen Entwicklungsphasen, wie weiter unten unter Bezugnahme auf die Verhältnisse zwischen „Politik“ und „Ökonomie“ näher ausgeführt wird. Daher macht es Sinn, eher von

³⁰⁴ Maßgebend ist dabei u.a. ein paradoxer Effekt des neoliberalen Projektes: „Die neoliberale Deregulierungs- und Privatisierungspolitik beinhaltet sozusagen programmatisch den Verzicht auf politische Gestaltung und soziale Integration. Sie setzt im Wesentlichen auf die Wirksamkeit von Marktmechanismen, deren politisch und sozial desintegrierenden Folgen notfalls mit Gewalt bearbeitet werden“ (Hirsch 2005, 194).

geopolitischen als von *innerimperialistischen* Konflikten zu sprechen, weil die Konnotation letzterer stark an den *zwischenstaatlichen Krieg* erinnert und nicht so augenscheinlich an die vielschichtigen Konfliktformen unterhalb eines offenen Gewaltaustrags, die mit den Begriffen *weicher* und *harter* Geopolitik weiter ausdifferenziert werden können.

Die Erkenntnis des sich wandelnden Charakters der Weltordnungen führt zur Fragestellung der *Mechanismen der Transformation* von Weltordnungen und des *Übergangs* zu neuen Phasen (Cox 1987, 209). Wie in der weiteren Argumentation weiter ausgeführt, waren und sind in diesen Transformationen immer zugleich mehrere Faktoren im Spiel: beispielsweise der Wandel hinsichtlich der relativen Stärke der stärksten kapitalistischen Staaten, die ungleiche und kombinierte Entwicklung der Produktivkräfte, die zu Kräfteverschiebungen führt, die Machtverschiebungen zwischen sozialen Kräften innerhalb einzelner Gesellschaften und die Emergenz neuer strategischer Projekte und Machtblöcke, aber auch die Entwicklung „kontingenter“ historischer Ereignisse mit geopolitischen und/oder ökonomischen Auswirkungen.

2. PHASEN DER SOZIO-ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG

Ausgehend von meiner Überlegung, der zufolge sich die vier zentralen Strukturelemente des Kapitalismus in der historischen Wirklichkeit in verschiedener Weise ausprägen und artikulieren, macht es Sinn, von verschiedenen *Kapitalismen* zu sprechen. Mit dem Modell der sozio-ökonomischen Periodisierung soll nun der vorsichtige Versuch unternommen werden, verallgemeinerbare Aussagen über die Entwicklungsphasen der hochentwickelten kapitalistischen Länder zu treffen. Es werden verschiedene Phasen unter Berücksichtigung der „großen Krisen“ unterschieden. Zudem werden typische Merkmale der historischen Entwicklung u.a. mit differierenden BIP-Wachstumsraten identifiziert.³⁰⁵ Damit verbunden werden analytische Instrumente vorgestellt, um charakteristische Merkmale einer sozio-ökonomischen Phase bestimmen zu können.

Ein wesentliches Interesse dieses Kapitels liegt in der empirischen Untermauerung der Bedeutung von Phasenkennzeichen. Hierzu werden *erstens* differierende kapitalistische Akkumulationstypen beschrieben und dominante bzw. aufholende Ökonomien unterschieden. *Zweitens* sollen die sich historisch wandelnden Inter- und Transnationalisierungsprozesse ökonomischer Akteure phasenspezifisch gekennzeichnet werden, ein Vorgehen, das ich hinsichtlich der empirischen Validität inter- und transnationaler Unternehmensstrukturen sowie der Transnationalisierung von Machteliten (die im Globalisierungsdiskurs als Beleg für eine zunehmende globale Integrationstendenz gewertet werden) noch einmal konkretisiere. *Drittens* wird mit der Erörterung von Phasen der Währungsverhältnisse versucht, ein weiteres Strukturmerkmal des Kapitalismus in seiner historischen Veränderung zu erläutern.

Auch wenn in folgendem Kapitel der Fokus auf der wirtschaftlichen Entwicklung liegt, soll nicht vergessen werden, dass der Kapitalismus immer nur als „politische“ Ökonomie zu verstehen ist, der auf strukturellen Interdependenzen zwischen „Politik“ und „Ökonomie“ beruht.

Auf die Entwicklung der Lohnarbeitsverhältnisse wird nur am Rande eingegangen. Festzuhalten bleibt, dass diese einen entscheidenden Einfluss auf die innergesellschaftlichen

³⁰⁵ Andere langfristig entscheidende Variablen des ökonomischen Wachstums (z.B. Akkumulationsraten, d.h. der preisbereinigte, jährliche Zuwachs an Realinvestitionen, Profitraten oder die Arbeitsproduktivität) werden nur am Rande einbezogen. Ebenso bleiben wichtige Strukturveränderungen in kapitalistischen Wirtschaftssystemen seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts wie die Transformation der Struktur des privaten Sektors – deutlicher Rückgang des Primärsektors (Landwirtschaft) zugunsten einer Ausweitung der sekundären (Industrie-) und tertiären (Dienstleistungs-)Sektoren – oder die Einschränkung der Preiskonkurrenz (auch zwischen den Arbeitnehmern, wenn Tariflöhne in kollektiven Tarifvereinbarungen festgelegt werden), unberücksichtigt.

Kräfteverhältnisse ausüben und damit die Handlungsfähigkeit der Staaten mit prägen.³⁰⁶ Zudem bestimmt das Muster der internationalen Arbeitsteilung (z.B. „koloniale“, „fordistische“, „neue internationale Arbeitsteilung“, „transnationale“ Arbeitsteilung) die Politik der Einzelstaaten immer mit (vgl. Lüthje/Schumm/Sproll 2002).

2.1. AKKUMULATIONSRYTHMEN DER WELTWIRTSCHAFT

Gemessen an den Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes der größten Industriegesellschaften sind folgende Entwicklungsrhythmen evident:

- die Krisenphase der 1870er und der anschließende Wachstumspfad ab den 1890ern bis zum Ersten Weltkrieg,
- die nur durch eine kurze Phase des Wachstums unterbrochenen 1920er, die in einer Weltwirtschaftskrise mündeten, welche erst durch Aufrüstung und Krieg überwunden wurde,
- der Aufschwung des Nachkriegskapitalismus nicht nur im „Westen“,
- die Krisenphase ab 1973 sowie die seitdem trotz kurzer Erholungen instabile, realwirtschaftliche Grundtendenz.

Die Unterscheidung von weltwirtschaftlichen Akkumulationsrhythmen weist darauf hin, dass die Weltwirtschaft *trotz* der großen Unterschiede in den Ausprägungen der nationalen Kapitalismen eine bestimmte Homogenität besaß (Brenner/Glick 1991, 112). Augenscheinlich war und ist sie dazu in der Lage, ihre umfassende Dynamik ihren einzelnen Bestandteilen aufzuprägen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Die „großen“ strukturellen Krisen (1870er, 1930er, 1970er) äußerten sich als eine Einheit von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politisch-ideologischen Entwicklungen. Wiewohl ihre konkreten Ursachen differiert haben, sind die wiederkehrenden strukturellen Krisen zentrale Bezugspunkte für die Periodisierung der sozio-ökonomischen Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus.³⁰⁷ Folge aller strukturellen Krisen war die Erzeugung von erheblichen

³⁰⁶ Die mit der neoliberalen Transformation einhergehende Vertiefung gesellschaftlicher Spaltungen und Ungleichheiten, die Stagnation oder gar Rückläufigkeit der Realeinkommen usw. im Zuge der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Lohnabhängigen kann als ein wichtiges Moment etwa in der Bildung nationalistischer oder populistischer Bewegungen verstanden werden. Auf dieser Basis ist ein neuartiger „Sozialimperialismus“ in Form der Ablenkung von innergesellschaftlichen Konflikten auf außenpolitische Felder vorstellbar.

³⁰⁷ Bezogen auf die Geschichte des amerikanischen Kapitalismus haben Duménil/Lévy enge Verbindungen zwischen den großen Krisen des 19. Jahrhunderts sowie der 1970er und den zuvor

ökonomischen und institutionellen Veränderungen sowie neu artikulierten Klassenverhältnissen bzw. Machtkonfigurationen. Dabei konnte es zu erheblichem Widerstand kapitalistischer Machteliten gegen die veränderten Akkumulations- und Regulationsverhältnisse (etwa hinsichtlich der ausgeweiteten Staatsintervention in den 1930ern) genau so kommen wie zur aktiven Anpassung an neue Verhältnisse (vgl. etwa die amerikanische Unternehmensrevolution ab Ende des 19. Jahrhunderts, die als Krisenlösungsstrategie fungierte: Duménil/Lévy 2001, 156 f.). Neben diesen großen Krisen waren es nur die Weltkriege, die in derartiger Intensität und Geschwindigkeit umfassende Neukonfigurationen der weltweiten Kräfteverhältnisse herbeiführten.

Um eine Periodisierung der ökonomischen Entwicklungsgeschichte vornehmen zu können, die zugleich dazu beiträgt, die innerhalb einer Periode existierenden Unterschiede zu konturieren, kann an bereits vorhandenen Theorien „mittlerer Reichweite“ angeknüpft werden. In den vergangenen Jahrzehnten haben u.a. verschiedene Regulationstheoretiker Unterscheidungen von Phasen des Kapitalismus vorgenommen (vgl. Aglietta 1979; Lipietz 1985; zur Übersicht: Alnasseri/Brand/Sablowski/Winter 2001; Görg 1994a; Hirsch 2005).³⁰⁸ Sie führen intermediäre Begriffe ein, um eine trennscharfe Charakterisierung von historischen Phasen treffen zu können: etwa das (dominant intensive oder dominant extensive) *Akkumulationsregime*³⁰⁹, die (kompetitive oder monopolistische) *Regulationsweise*³¹⁰, d.h. die

gefallenen Durchschnittsprofitraten nachgezeichnet (Duménil/Lévy 2004a; Duménil/Lévy 2001). In der Krise der 1930er wogen andere Krisenursachen (z.B. spekulative Überhitzung und hiermit verbundene Überproduktion, das Fehlen internationaler regulativer Instanzen, Kredit- und Bankenkrise) mindestens ebenso schwer (vgl. Brenner 1998, Harman 1999a).

³⁰⁸ Andere Periodisierungsmodelle wie die Theorie der „langen Wellen“ (Mandel 1973, 101-137), der Ansatz der „social structures of accumulation“ (vgl. McDonough 1999) oder auch neoschumpeterianische Modelle, die technologische Entwicklungen in den Mittelpunkt einer Periodisierung stellen, bleiben hier unberücksichtigt.

³⁰⁹ Das Akkumulationsregime ist ein „Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes“, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen zwei Prozessen herstellt: der Veränderung der Produktionsverhältnisse und andererseits des Konsums, den „Bedingungen des Endverbrauchs“ (Lipietz 1985, 120). Ein Akkumulationsregime umfasst im Wesentlichen drei Gesichtspunkte: die Formen der Nutzung der Arbeitskraft in der Produktion, der Bestimmung des Lohns und der Reproduktion der Arbeiterklasse (Aglietta 1979, 69 f.). Die Formen der Mehrwertproduktion und -verwertung können historisch *und* räumlich betrachtet unterschiedliche Gestaltungen annehmen, voneinander unterscheidbare Akkumulationsregime ausbilden. Zentraler Bezugspunkt in der Regulationstheorie ist dabei, ob und inwiefern Akkumulation und Konsumtion eine Kohärenz bilden. Lipietz etwa denkt, dass die Marxschen Reproduktionsschemata aus dem zweiten Band des *Kapitals* ein „Skelett“ des jeweiligen „Akkumulationsregimes“ darstellen (Lipietz 1985, 120). Dabei sind zwei weitere Voraussetzungen nötig: Jedes konkrete Akkumulationsregime findet auch „außerhalb“ seines Terrains statt, und zwar in einem doppelten Sinne; einmal werden innerhalb eines kapitalistischen Akkumulationsregimes auch formell nicht-kapitalistische Verhältnisse angetroffen und tendenziell einverleibt (etwa die familiäre Reproduktion oder Formen nicht-kapitalistischer Produktion), zum

institutionellen Formen, die zur Garantierung und Sicherstellung makroökonomischer Kohärenz dienen, sowie die jeweils typischen *Produktions- und Konsumnormen*. Die Regulationstheoretiker beziehen sich u.a. auf Marx, wenn sie von der Notwendigkeit sprechen, eine jeweils „bestimmte“ Produktion in ihrer Artikulation mit „Konsumtion, Distribution, Austausch und *bestimmte Verhältnisse dieser verschiedenen Momente zueinander*“ untersuchen zu wollen (Marx 1983, 34).³¹¹ Die Regulationstheorie ist mittlerweile mit einer Reihe ernstzunehmender Kritiken konfrontiert worden.³¹² Im Folgenden

anderen wird von einer kapitalistischen Formation nach außen nicht notwendigerweise in kapitalistischer „Manier“ agiert (internationale Austauschbeziehungen).

³¹⁰ Eine spezifische *Regulationsweise* stellt eine Reihe von internalisierten Regeln und Prozeduren dar, die gesellschaftliche Strukturen in individuelle Verhaltensmuster übersetzt. Sie stellt „die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern“, dar (Lipietz 1985, 121). Sie bezeichnet also ein umfassenderes Geflecht als die unmittelbaren Staatsapparate, z.B. die Regulation des Lohnverhältnisses (Arbeitgeberverbände-Gewerkschaften), des Geldes und des Kredits sowie der Normen, Werte und Weltbilder (Erziehungssystem, Medien) (vgl. Hirsch 1990, 34 ff.). Die kompetitive Regulationsweise zeichnet sich im Gegensatz zur monopolistischen Regulationsweise durch eine Bestimmung der Preise und Löhne durch Wettbewerb aus, während in letzterer wissenschaftliches Management und ein oligopolistisches System die Preissetzung sowie ein ausgeklügeltes System von Vertragsbeziehungen das Lohnverhältnis regeln (Lipietz 1985, 124 f.).

³¹¹ Bei der Periodisierung müssen mehrere Ungleichzeitigkeiten beachtet werden: „a) zwischen den Dynamiken des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise, b) innerhalb der Regulationsweise zwischen den einzelnen institutionellen Formen sowie c) zwischen den einzelnen Gesellschaftsformationen, die auf globaler Ebene koexistieren“ (Alnasseri/Brand/Sablowski/Winter 2001, 26).

³¹² Die Kritik an den regulationstheoretischen Ansätzen von Aglietta und Lipietz kann hier nur ansatzweise wiedergegeben werden (zu ihrer internen Ausdifferenzierung: vgl. Becker 2002; Jessop/Sum 2006, 1-57). Hirsch etwa kritisiert die Verengung auf den nationalstaatlichen Rahmen sowie die Nichteinbeziehung der materialistischen Staatstheorie (Hirsch 2005, 87). Mike Davis erinnert in diesem Zusammenhang an die wachstumsfördernden Impulse der staatlich regulierten Rüstungswirtschaft nach 1945, die etwa von Aglietta unterschätzt werden (vgl. Davis 1978, 249 ff.). Eine andere Schwäche der Regulationstheorie besteht in der Geringschätzung des „horizontalen“ Grundkonflikts des Kapitalismus: „Systematisch wird [...] nur die vertikale Achse des Sozialkonflikts erarbeitet, nicht aber die horizontale Achse [der Konkurrenz]“ (Becker 2002, 123). Die Vernachlässigung der Zwänge des interkapitalistischen Wettbewerbs artikuliert auch Robert Brenner (vgl. Brenner/Glick 1991, 113; Brenner 1998, 13-24). Hiermit verbunden sind an der Krisenanalyse der Regulationstheorie begründete Zweifel angemeldet worden. Die Krise der 1930er Jahre wurde z.B. nicht einfach durch die in sozialen Kämpfen durchgesetzte monopolistische Regulationsweise gelöst (Aglietta 1979, 158). Die militärische Aufrüstung und der Weltkrieg spielten eine mindestens ebenso wichtige Rolle (Brenner/Glick 1991, 92). Die Krise des US-Kapitalismus wurde lange vor der Instandsetzung der maßgeblichen Institutionen der „monopolistischen Regulationsweise“ überwunden (zur Kritik der Erklärung der nächsten „großen“ Krise, die der 1970er, vgl.: Brenner 1998, 93-137; Callinicos 2001, 233 ff.). Bei Aglietta etwa „herrscht ein disproportionalitätstheoretisches Krisenverständnis vor, das sich vor allem an der immer wieder auftretenden Inkompatibilität von Produktivitätssprüngen in der Produktion mit den vorherrschenden Reproduktionsnormen der Lohnarbeit festmacht. Die allgemeinen Ursachen kapitalistischer Krisen werden aus der ungleichen Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln („Abteilung I“) und der Produktion von Konsumtionsmitteln („Abteilung II“) [entwickelt] [...] Dabei kommt den gesellschaftlichen Kämpfen

möchte ich dennoch einige Bestandteile ihres theoretischen Bezugsrahmens – hinsichtlich ihrer Vorstellung von Periodisierung und der Erarbeitung hierfür geeigneter Begriffe bzw. Instrumentarien – kritisch aufnehmen. Bei der Untersuchung der ökonomischen Entwicklung ist beispielsweise die Unterscheidung verschiedener Typen der Akkumulation hilfreich. Becker hat drei „Typisierungsachsen“ idealtypisch herausgearbeitet (Becker 2002, 64-77, 269 ff.), die ich, mit Einschränkungen, übernehme:³¹³

- **Typisierungsachse extensive/intensive Akkumulation**

Den Ausgangspunkt der drei Typisierungsachsen bildet die Annahme, der zufolge die Produktion des „relativen Mehrwerts“ die zentrale Antriebskraft kapitalistischer Entwicklung bildet (vgl. Marx 1962, 531 ff.; Brenner 1977). Durch Produktivitätssteigerungen oder durch die Verbilligung der Kosten für die Arbeitskraft erschließen die Einzelkapitalien, in einer Situation, in der die „reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“ dominierend wird (Marx 1962, 533), neue Mehrwertquellen. Aglietta entwickelt auf dieser Grundlage den Typus eines *dominant extensiven Akkumulationsregimes*, welches einerseits die Bedingungen der Arbeitsorganisation transformiert, zugleich aber den Lebensstil der Lohnabhängigen unverändert belässt (Aglietta 1979, 71). Räumlich beinhaltet diese recht instabile Konfiguration eine zuweilen rein auf das Ökonomische beschränkte, manchmal auch kriegerische Expansionslogik. Es besteht eine Tendenz der expansiven Dominanz der Produktionsmittelindustrie (Abteilung I). Im Gegensatz hierzu transformiert das *dominant intensive Akkumulationsregime* sowohl den Bereich der Produktion selbst als auch die gesellschaftlichen Konsumnormen: „The intensive regime of accumulation accomplishes an integration of the two departments of production that makes possible a far more regular pace of accumulation and a far more rapid increase in the rate of surplus value“ (Aglietta 1979, 72).³¹⁴ Auch wenn das intensive Akkumulationsregime mehr Wachstum bei weitreichender Integration der Arbeiterklasse zu versprechen scheint, gerät es in Krisen bzw. es werden Grenzen seiner „Markterweiterung“ erreicht, denen man durch zwei Strategien

um die Höhe der Mehrwertrate eine entscheidende krisenauslösende Bedeutung“ zu (Lüthje 1993, 35).

³¹³ Einzig die dritte Typisierungsachse der „Akkumulation produktiven/fiktiven Kapitals“ habe ich durch „industriell- und finanzgetriebene Akkumulation“ ersetzt. Der Begriff „fiktives Kapital“ (Marx 1986, 482 ff.) ist an dieser Stelle zu eng, es geht um Finanzkapital in einem breiteren Sinne.

³¹⁴ Aglietta nimmt an, dass in der Realität beide Typen (intensiv/extensiv) in jeder Periode auf unterschiedliche Weise miteinander kombiniert werden – wobei ein Typus dominierend werden kann. Daher auch die Voranstellung „dominant“. Aufgrund der Veränderung von Konsummustern und neuen Branchenhierarchien muss der Außenhandel nicht an Bedeutung verlieren, wie die Exportökonomien Japans und Deutschlands nach 1945 bewiesen haben.

entgegentreten versucht: zum einen durch verstärkte Verlagerung ökonomischer Aktivitäten jenseits des angestammten Marktes (z.B. Exporttätigkeiten), zum anderen durch Erweiterung der ökonomisch durchdringbaren Sphären innerhalb des „bisherigen“ Raums der Akkumulation (etwa durch die Schaffung neuer Konsumbedürfnisse, andere Formen „innerer“ oder internationaler „Landnahme“). Alnasseri/Brand/Sablowski/Winter beschreiben hinsichtlich dieser Typisierungsachse drei Phasen der industriellen Entwicklung. Eine Phase der dominant extensiven Akkumulation vom 19. Jahrhundert bis 1914, ausgehend von Großbritannien, eine Phase der dominant intensiven Akkumulation, die sich erst nach 1945 bis Ende der 1960er stabilisierte und schließlich eine Phase der „Krise des Fordismus“ und der Suche nach einer neuen Entwicklungsweise einleitete (Alnasseri/Brand/Sablowski/Winter 2001, 31).³¹⁵ In der Phase der „neuen Weltunordnung“ ist die dominant extensive Akkumulation wieder auf dem Vormarsch.

- **Typisierungsachse extravertierte/intravertierte Akkumulation**

Mithilfe dieser Unterscheidung lässt sich die räumliche Orientierung des Kapitals erfassen: Die *extravertierte* Akkumulation richtet ihre Profitrealisierungsabsichten primär nach außen (z.B. auf die Erschließung neuer Märkte oder billiger Ressourcen im Ausland). Die *intravertierte* Akkumulation richtet sich dagegen vornehmlich am Binnenmarkt aus. Abzulesen ist der Grad an Außen- bzw. Binnenorientierung an den „Flüssen der verschiedenen Formen des Kapitals – Warenkapital, Produktionskapital, Geldkapital“ (Becker 2002, 70) und wird weiter unten anhand der ausländischen Direktinvestitionen genauer nachgezeichnet. Während in der bisherigen Geschichte größerer kapitalistischer Volkswirtschaften der Binnenmarkt eine entscheidende Rolle auch und gerade in Bezug auf die Ausgangsbedingungen einer erfolgreichen „extravertierten“ Orientierung spielte, blieb in schwächeren Volkswirtschaften die ökonomische Dynamik relativ stärker durch die Außenwirtschaftsbeziehungen geprägt. Hier hatten und haben die Asymmetrien zwischen den historisch ungleich entwickelten kapitalistischen Gesellschaften einen bedeutenden Einfluss. Einen maßgeblichen Einfluss auf die Investitionsstrategien des Kapitals spielen neue Produktionsstandorte außerhalb alter Einflussbereiche – in den letzten 15 Jahren die ehemaligen Ostblockländer sowie vor allem China und andere Teile Ostasiens. Als Folge der

³¹⁵ Wie Brenner/Glick nachzuweisen versuchen, besitzt die intensive Akkumulation allerdings bereits im Rahmen der so genannten kompetitiven Regulationsweise ab Mitte des 19. Jahrhunderts eine weitaus wichtigere Rolle als viele Regulationstheoretiker annehmen (Brenner/Glick 1991, 75). Bereits damals spielten *Massenproduktion* und *Massenkonsum* eine maßgebliche Rolle für die kapitalistische Reproduktion (vgl. auch Lüthje 1993, 34).

großen Krise der 1970er und der Schwächung des vorwiegend auf den Binnenmarkt konzentrierten „westlich-fordistischen Modells“ haben ehemalige Entwicklungsländer Zugang zu den Akkumulationskreisläufen des „Nordens“ gewonnen (vgl. Lipietz 1987, 69-111).³¹⁶ Diese neuen Akkumulationszentren (die nachfolgend als *aufholende* Ökonomien beschrieben werden) entwickelten sich auch und gerade aufgrund der (Nachfrage-)Grenzen ihres eigenen Binnenmarktes zu exportorientierten Ökonomien, die den Status von ernstzunehmenden Wettbewerbern für die Kapitalien in den Metropolen annehmen können – ein Sachverhalt, der die These einer multipolaren, von Konkurrenzverhältnissen durchzogenen Welt unterfüttert.

- **Typisierungsachse industriell- bzw. finanzgetriebene Akkumulation**

Um diese Typisierungsachse definieren zu können, sind einige Vorbemerkungen erforderlich: Eine schematische Auftrennung in Produktiv- und Finanzkapital ist auf der Ebene der wirklichen Bewegung der vielen Einzelkapitalien unzulänglich, weil diese Formen des Kapitals in der Wirklichkeit eng miteinander verknüpft sind.³¹⁷ Zum einen sind viele Geldvermögensbesitzer gleichzeitig in den Bereichen Handel und Industrie tätig und umgekehrt. Zum anderen kann der für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess grundlegende Kreislauf des „industriellen Kapitals“ (Kapital, das die drei Formen Geldkapital, produktives Kapital und Warenkapital durchläuft) nur bestehen, wenn Geld vorhanden ist bzw. vorgeschossen wird. Dieser Tatbestand verleiht dem Kreislauf des „zinstragenden Leihkapitals“ eine wesentliche Bedeutung. Der Kreislauf des industriellen Kapitals gewinnt durch den Mechanismus des Kredits sowie des Verkaufs von Aktien oder Anleihen seine charakteristische Elastizität, d.h. zusätzliche Möglichkeiten, Kapital zu

³¹⁶ Freilich entwickelten auch Kapitalfraktionen des „Nordens“ ein Interesse an der Schwächung des binnenmarktorientierten Modells: Die Elektronikindustrie Silicon Valleys erscheint „als ein wesentlicher Exponent jener ‚post-fordistischen‘ Kapitalfraktionen, die in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren die innerkapitalistische Rebellion gegen das traditionelle, binnenmarktorientierte Akkumulations- und Wachstumsmodell des US-Nachkriegskapitalismus trugen“ (Lüthje 2001, 45).

³¹⁷ Die Aufteilung in Finanz-, Waren- und Produktivkapital bei Marx gilt erst einmal für die (abstrahierte) Ebene des *gesellschaftlichen Gesamtkapitals*. In der Realität der *vielen Einzelkapitalien* werden diese Funktionen des Kapitals meistens kombiniert. „[There is a] conceptual confusion of the levels of individual capitals and total capital. It seeks to differentiate individual capitals by a criterion appropriate only to total capital. From the perspective of total capital, individual capitals may be seen to specialise in the spheres of: provision of money (for example banks); production of value (for example primary industry); and the circulation of commodities (for example retailers). But from the perspective of individual capitals, such specialisation is not apparent. An individual capital which, from the perspective of total capital, specialised exclusively in the provision of money capital, must still employ wage labor and undertake a labor process. It must also sell credit in the form of a commodity” (Bryan 1995, 94 f.).

mobilisieren (Sablowski 2003, 203; vgl. Heinrich 2003a, 284-305). Auf den Finanzmärkten wird mit diesen Wertpapieren gehandelt. Infolgedessen kann das Finanzkapital den Charakter *fiktiven* Kapitals erhalten, wenn es sich um die Akkumulation von handelbaren *Ansprüchen* auf Einkommen aus *zukünftigen* Verwertungsprozessen handelt. Neben dem zinstragenden Leihkapital fungiert auch das „fiktive Kapital“ als Finanzkapital.

Die Folgen der Gewichtsverlagerung zwischen industriell- und finanzgetriebener Akkumulation in Folge der strukturellen Krise der 1970er werden von Thomas Sablowski wie folgt benannt: „Funktional bauen die Kreisläufe des industriellen Kapitals, des zinstragenden Leihkapitals, des fiktiven Kapitals und der Derivate aufeinander auf. Sie bilden eine Pyramide, die allerdings – betrachtet man die Entwicklung seit den 1970er Jahren – zunehmend auf dem Kopf zu stehen scheint. Durch die Krise des Fordismus und die Deregulierung, Liberalisierung und Globalisierung der Finanzmärkte wurde eine im Vergleich zur Akkumulation des industriellen Kapitals beschleunigte Akkumulation des Finanzkapitals angestoßen“ (Sablowski 2003, 205).³¹⁸ Die Folgen dieser *Gewichtsverschiebung* zugunsten der finanzgetriebenen Akkumulation werden unterschiedlich interpretiert. Boyer etwa sieht mit der Tendenz zur Herausbildung eines „finanzgetriebenen Akkumulationsregimes“ eine Stabilisierung des Weltkapitalismus im Bereich des Möglichen (vgl. Boyer 2000)³¹⁹, andere Autoren wie Brenner, Harvey, Arrighi oder Duménil/Lévy sehen in der Zunahme der relativen Bedeutung von Finanzanlagen m.E. zu Recht einen Zusammenhang mit einer eher

³¹⁸ „Gleichzeitig ist der Übergang von einem eher bankorientierten zu einem marktorientierten Finanzsystem zu verzeichnen, d.h. das fiktive Kapital und die derivativen Finanzinstrumente rücken gegenüber den einfachen Formen des Kredits in den Vordergrund. Dabei haben Akteursgruppen wie Investmentbanken und institutionelle Anleger (Versicherungen, Investment- und Pensionsfonds) an Einfluss gewonnen. Gegenüber der industriellen Kapitalakkumulation, deren Wachstumsraten rückläufig sind, türmen sich in immer größerem Umfang die aus dem fiktiven Kapital resultierenden Einkommensansprüche der Geldvermögensbesitzer auf“ (Sablowski 2003, 205; vgl. Duménil/Lévy 2004a, 110-127).

Die stärker gewordene Macht des zinstragenden Kapitals seit den 1980ern äußert sich z.B. darin, dass sich die Unternehmen zunehmend auf die Realisierung kurzfristiger Gewinne orientieren. Hierbei ist es wichtig, nicht einfach die *Macht* der „Shareholder“ der *Ohnmacht* der Manager von Unternehmen entgegen zu setzen. Die Gewichtsverlagerungen wurden meist vom Management selbst betrieben, das eigenständige Handeln von Unternehmen behält seinen Einfluss (Kädtler 2003, 229-238; vgl. Glyn 2006, 58 ff.). Die These, das Management sei selbst nur Getriebener der Finanzmärkte, dient u.a. dem firmeninternen „Bargaining“ mit Betriebsräten und Gewerkschaften.

³¹⁹ Die Behauptung, der zufolge steigende Wertpapierpreise zu einer Quelle höherer Konsum- und Investitionsnachfrage, und dadurch letztlich auch vermehrter Akkumulation im Industriebereich werden, wird u.a. dadurch in Frage gestellt, dass die Steigerung der Wertpapierpreise, empirisch betrachtet, im Verhältnis zu anderen Bestandteilen der effektiven Nachfrage zu geringeren Konsumeffekten führt (vgl. Sablowski/Alnasser 2001, 144 ff.). Zudem kann der Druck der „Shareholder Value“-Orientierung zur kurzfristigen Ausschüttung von Gewinnen zur Investitionszurückhaltung führen, der längerfristig die notwendigen Ressourcen von Unternehmen schmälert.

stagnativen Entwicklung des realen Akkumulationsprozesses in den kapitalistischen Zentren insgesamt (vgl. auch Herr/Hübner 2005).³²⁰ Zugleich generiert die finanzgetriebene Akkumulation Instabilitäten, die sowohl Rückwirkungen auf die „Realwirtschaft“ als auch auf die internationalen Kräfteverhältnisse zwischen Staaten und Regionen hatten und haben.³²¹

Die unterschiedlichen Kombinationen dieser Typen der Akkumulation in einzelnen Volkswirtschaften in Verbindung mit den diversen Ausprägungen der Regulation der ökonomischen Verhältnisse weisen auf differierende nationale und regionale Entwicklungspfade der Produktivkräfte hin. Variationen kapitalistischer Entwicklung in verschiedenen Ländern und Regionen sind daher die Regel und zugleich ein wichtiger Bestimmungsfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit moderner Ökonomien.

Dominante und aufholende Ökonomien

Während die verschiedenen Phasen der sozio-ökonomischen Entwicklungsgeschichte in dem hier vorliegenden Modell zeitlich aufeinander folgen, läuft diese Entwicklung für verschiedene kapitalistische Länder in der Realität nicht homogen ab. So kann zwischen *dominanten* oder gar *hegemonialen* Ökonomien und *aufholenden* Ökonomien innerhalb einer historischen Phase unterschieden werden. Bestimmte Länder wie beispielsweise Großbritannien ab Mitte des 19. Jahrhunderts oder die USA im 20. Jahrhundert besaßen in der Entfaltung ihrer Produktivkräfte einen Entwicklungsfortschritt gegenüber anderen Ländern. Diese dominanten Länder konnten wesentliche Entwicklungen der globalen Ökonomie entweder hegemonial oder, stärker mit Elementen des Zwangs verbunden, als dominante

³²⁰ Duménil/Lévy sprechen von Perioden finanzieller Vorherrschaft zu Beginn und gegen Ende des 20. Jahrhunderts. Durch die Aktivitäten an den Euromärkten, die Dollarkrise 1971 und schließlich die Umstellung der Geldpolitik der amerikanischen Zentralbank ab 1979 konnte die Vorherrschaft der „finance“ wieder hergestellt werden (Duménil/Lévy 2004a, 156 ff.).

³²¹ Der Finanz- und Devisenbereich gilt allgemein als „globalisierteste“ ökonomische Sphäre; er ist aber weniger „global“, als die Globalisierungssemantik unterstellt: „International finance [...] provides a clear illustration of the centrality of nationality within global accumulation. [...] [D]espite the technological and state-regulatory facilitation, it is well recognized that finance maintains national characteristics. It does not move systematically so as to equalize savings and investment in each nation“ (Bryan 2001, 60). Und: „Especially in relation to finance, the nation state plays a critical role of securing the general terms of conversion across currencies, as a contribution to the reproduction of a broadly stable global monetary system. That role is directly contingent upon national policies designed to secure monetary stability. With national classifications primary, all other social divisions become secondary (or irrelevant) and subordinated to the national question. The nation is presented both rigidly delineated but internally infinitely flexible. The anarchy of global competition is presented as self-ordering around a system of national units“ (Bryan 2001, 72) Die Gefahr des Überzeichnens des „Finanzmarkt-Kapitalismus“, das die „ökonomisch bestehenden territorialen Bezüge“ vernebelt, spricht auch Sandleben an (Sandleben 2003, 26).

Ökonomie, steuern. Dabei wurden sie zugleich durch ihre eigene Entwicklungsdynamik gezwungen, andere Länder an ihrem Vorsprung „partizipieren“ zu lassen (etwa durch den Transfer von technischem und organisatorischem Know-how). Impulse, die von dominanten Ökonomien ausgingen, haben für bestimmte relativ weit entwickelte kapitalistische Länder eine ganz andere Bedeutung als für unentwickelte Länder. Diese „aufholenden“ Ökonomien – vor dem Ersten Weltkrieg die Vereinigten Staaten und Deutschland, ab den 1930ern vor allem Frankreich, Japan, weiterhin Deutschland sowie die Sowjetunion, heute z.B. China – konnten vom Technologietransfer ungleich stärker profitieren, weil sie technisch in der Lage waren, sich das Handlungswissen relativ billig durch Imitation bzw. Lizenzen zu beschaffen, andererseits oftmals im Vergleich zu den dominanten Ökonomien über ein flexibles Arbeitskräfteangebot (meist aus dem Agrarsektor) und damit über eine günstige Lohnkostenstruktur verfügten. Gegenwärtig begünstigt eine Restrukturierung des produktiven Kapitals in Ostasien besonders Chinas industrielle Entwicklung und hebt das bevölkerungsreichste Land der Erde damit in den Status eines neuartigen, weltweit relevanten strategischen Standorts der einstigen „Peripherie“ (Lüthje 2004, 69).³²²

Eine Kehrseite des Entwicklungsimpulses in aufholenden Ökonomien war oftmals die Verlangsamung der Akkumulation in der dominanten Ökonomie, die etwa im Falle Großbritanniens ab den 1870ern und den USA ab Mitte der 1950er nachzuweisen ist, nicht zuletzt deshalb, weil Einzelkapitalien aus der dominanten Ökonomie an der beschleunigten Expansion der Industrie und/oder anderer Bereiche der aufholenden Ökonomien partizipierten (zu Großbritannien: Arrighi 1994, 269 ff.; O'Brien 1999, 62-77; zu den USA: Brenner 1998, 48-76). Die Auslandsdirektinvestitionen (ADI) bzw. Kapitalexporte der dominanten Ökonomie flossen dann verstärkt in die aufholenden Ökonomien. Dies hatte zum einen den Effekt, dass die Akkumulation der aufholenden Ökonomien auch von dieser Seite her zusätzliche Impulse erhielt und zum anderen, dass mit den Direktinvestitionen technisches und organisatorisches Wissen importiert wurde, das die Grundlage für hohe Produktivitätssteigerungen bildete. In dieser Weise stimulierte die dominante Ökonomie den Akkumulationsprozess der aufholenden Ökonomie. Gegenwärtig ist dies an der Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft ablesbar, die von umfangreichen Auslandsdirektinvestitionen profitiert. Dies kann auf der zwischenstaatlichen Ebene zu geopolitischen Konflikten führen, wie der Fall China nahelegt.

³²² Vgl. die der hier vorgetragenen Argumentation ähnelnde Analyse Brenners, der die ökonomische Konkurrenz von Kapitalblöcken mit großen Beständen an national fixiertem Anlagevermögen seit 1945 empirisch nachzeichnet (Brenner 1998).

Der Konkurrenzkampf zwischen Ökonomien bildet allerdings kein Nullsummenspiel. Ebenso wenig besteht ein Automatismus darin, dass aufholende Volkswirtschaften die dominierende Ökonomie *überholen*. Die Diskussion des japanischen Wirtschaftsaufschwungs der 1980er kann als ein Beispiel hierfür dienen: Das „Modell Japan“ („Toyotismus“) mit seinen charakteristischen langfristigen Investitionshorizonten und seiner dirigistischen staatlichen Industriepolitik, den „staatskapitalistischen“ Keiretsu-Unternehmensgruppen, einem auf der Macht der Banken gründenden Finanzsystem usw., galt als die Zukunft kapitalistischer Entwicklung. Zu Beginn der 1990er stellten sich viele der Investitionen als Überinvestitionen heraus, es kam zur Krise des Aktien- und Immobilienmarktes und die japanische Wirtschaft geriet in eine Dauerstagnation. Die 1990er wurden zu einem amerikanischen, nicht zu einem japanischen Jahrzehnt.

2.2. DIE INTER- UND TRANSNATIONALISIERUNG DER EINZELKAPITALIEN IM VERHÄLTNIS ZU IHRER RÄUMLICHEN FIXIERUNG

In der weiteren Argumentation werden historische Phasen des Verhältnisses zwischen der Internationalisierung der Einzelkapitalien und ihrer nationalen/regionalen Fixierung beschrieben. Dabei muss von verschiedenen *Zyklen der Offenheit* nationaler Ökonomien ausgegangen werden (Altvater/Mahnkopf 1996, 22 ff.). Ich unterscheide vier Entwicklungsphasen, die relativ eng mit der Periodisierung „großer“ Krisen sowie dem Wandel der BIP-Wachstumsraten zusammenhängen:

- 1873-1914: eine Phase, in der ein „Globalisierungsschub“ festzustellen ist, der zugleich von einer nationalstaatlichen Fixierung des Kapitals beherrscht blieb,
- 1914-1945: eine Phase des Rückgangs internationaler Kapitalströme und einer engen Verzahnung von Nationalstaat und Einzelkapitalien,
- 1945-1973: eine Phase, in der sich Internationalisierungs- und Nationalisierungstendenzen in etwa die Waage hielten,
- ab 1973: eine Phase, in der die internationale Integration in den Vordergrund trat, jedoch weiterhin, wenn auch unter anderen institutionellen Rahmenbedingungen, von einer nationalen und/oder makro-regionalen Fixierung des Kapitals abhängt.

Die Tendenz der Einzelkapitalien, im Weltmaßstab zu agieren, hat sich in den letzten 150 Jahren erheblich beschleunigt und vertieft.³²³ Die Eroberung fremder Märkte, die Überwindung von Handelsbarrieren, die Vermeidung von Wechselkursschwankungen, die Suche nach kostengünstigen Produktionsstandorten usw., bildeten wesentliche Momente des kapitalistischen Internationalisierungsprozesses. Zugleich fand die Inter- und Transnationalisierung des Kapitals auch immer ihre komplementäre Ergänzung – nämlich als fortwährende, sich zugleich intern transformierende Bedeutung der lokalen und makro-

³²³ Es müssen nunmehr wichtige Unterschiede in den Kriterien der Reproduktion von Einzelkapitalien und Einzelstaaten mitgedacht werden: „there is [a] big difference between firms and nations in regard to their economic activity. Firms tend to ‘export’ the vast bulk of their produce: well up to 99 per cent, one suspects. They sell it on the market ‘outside’ of their own institutional boundaries and they do not consume much of it themselves or allow their own workers to do so. [...] However, this is not the case with nations. The bulk of their product (measured by GDP) is consumed ‘internally’, and by their own citizens, so that only a small percentage is exported“ (Hirst/Thompson 2002, 130).

regionalen, vor allem aber auch nationalen Organisation des Kapitals *und* seiner Absatzmärkte. Hinsichtlich der „Globalisierung“ des Warenhandels („Realisierungsebene“) sowie der Verlagerung von Investitionen und Produktion („Produktionsebene“) lässt sich folgendes feststellen:³²⁴

1. Internationalisierung und Makro-Regionalisierung des Warenhandels und des Warenabsatzes

Der Anteil der weltweiten Warenexporte der heutigen OECD-Ökonomien am Weltbruttoinlandsprodukt ist von 5,2 % im Jahr 1850 auf 11,9 % im Jahr 1913 gestiegen. Zwischen 1914 und 1945 sank der Anteil. 1950 lag er erst wieder bei 7,1 %. In den folgenden Jahrzehnten expandierte der internationale Handel enorm. 1993 erreichte er 17,1 % des Weltbruttoinlandsprodukts (Hübner 1998, 59 ff.; vgl. Maddison 2001, 99, 127).³²⁵ Gegenwärtig vollzieht sich ein Drittel des Welthandels innerhalb der multinationalen Unternehmen und ein weiteres Drittel zwischen ihnen. Trotz der erheblichen Verringerung sowohl der Handelsbarrieren (z.B. Zölle) als auch der Transportkosten während der letzten Jahrzehnte hat dieser Anstieg nicht zu einer umfassenden *globalen* Integration geführt. Weiterhin wirken geographische, soziale und politische Friktionen als Barrieren des internationalen Handels (Frankel 2004, 4 ff.; 27 f.).³²⁶

Seit den 1960ern ist hinsichtlich des Warenhandels eine „Triadenstruktur“ (Nordamerika, Ostasien, Westeuropa) zu erkennen.³²⁷ Neun Industrieländer vereinen seitdem etwa 60 % des

³²⁴ Von der weltweiten, partiellen Integration der Finanzmärkte wird hier abgesehen. An dieser Stelle sei jedoch erwähnt, dass die historische Integration dieser Märkte starke Schwankungen aufweist, die erheblich auf die sich wandelnden institutionellen Kontexte zurückzuführen waren und sind. Die relativ geringe Tiefe der globalen Integration von Arbeitsmärkten bleibt ebenfalls ausgeblendet (vgl. Hübner 1998, 67 -74).

³²⁵ Die nationalen *Exportquoten* (prozentuales Verhältnis des Exports von Waren und Dienstleistungen im Verhältnis zum nationalen BIP) sind in den letzten Jahrzehnten angestiegen (Beisheim u.a. 1999, 266 ff.). Die Exportquote der USA bewegt sich seit den 1970ern in einem Aufwärtstrend (zwischen 5 % und 10 %), die Japans zwischen 10 % und 15 %, die der Bundesrepublik Deutschlands stieg erheblich von 20 % auf etwa 40 %.

³²⁶ „Canadians are ten times more likely to trade with other Canadians than with Americans, despite the physical and cultural proximity of the two countries [...]. National borders still matter a lot“ (Frankel 2004, 5). Selbst die geographische Lage ist weiterhin relevant: So erklärt sich etwa die relativ niedrige Exportquote Australiens auch aufgrund seiner geographischen Abgeschiedenheit. Im Gegensatz hierzu kann die hohe Offenheit kleinerer Ökonomien auf günstig gelegenen Handelsregionen verweisen (z.B. Belgien). Hinzu kommt, dass weitere Faktoren wie z.B. die SARS-Epidemien oder die erhöhten Sicherheitsstandards für den Handel (z.B. Containerhandel) die Ausweitung des Welthandels gefährden können (vgl. Frankel 2005).

³²⁷ Von einer Triade im engeren Sinne, bei der die USA, Japan und Deutschland in „ihren“ Makro-Regionen als Epizentren fungieren, kann heute nicht mehr gesprochen werden: „Die Triadisierung der Weltwirtschaft hat einem Typus der *Balkanisierung* Platz gemacht. Etablierte regionale Zentren sind

gesamten Weltwarenexports auf sich (Hübner 1998, 216; Rugman/Verbeke 2004). Gegenwärtig dominiert sowohl innerhalb des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA als auch in der EU sowie in der Wachstumsregion Ostasien der *intra-regionale* Handel (Hay 2005, 255 ff., Ravenhill 2005, 138 ff.), doch auch untereinander sind die Regionen verflochten. Eine Untersuchung der Absatzmärkte von 380 der 500 größten multinationalen Konzerne im Jahr 2000/2001 weist darauf hin, dass durchschnittlich bis zu 80 % der Waren auf den jeweiligen makro-regionalen Märkten (Nordamerika, Westeuropa, Ostasien) abgesetzt werden, wobei der Verkauf auf den nationalen Märkten überwiegt (Rugman/Verbeke 2004, 3 ff.; vgl. Ruigrok 2005).³²⁸ Selbst die größten Unternehmen sind daher darauf angewiesen, makro-regionale Strategien zur Realisierung von Profiten zu verfolgen. Dass diese von den regionalen politisch-institutionellen Rahmenbedingungen abhängen, liegt nahe (vgl. zu den politisch regulierten Handelskonflikten im transatlantischen Raum: Decker/Mildner 2005). Daher vertrete ich die These, dass bedeutende Kapitalfraktionen ein starkes Interesse daran haben, eine politische Regulierung auf makro-regionaler Ebene institutionell zu verankern (vgl. die Untersuchung zum *European Roundtable of Industrialists* in: van Apeldoorn 2000).

unter Druck geraten und stehen in schärferer Konkurrenz zueinander als zuvor. Neue Akteure [wie China] sind auf die Bühne getreten, mit der Folge einer intensiver werdenden oligopolistischen Konkurrenz“ (Hübner 2006, 131).

In den letzten Jahren ist es zudem zwischen den sog. BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) und anderen Schwellenländern zu einem verstärkten Handel gekommen. Die Verschiebung der Handelsstrukturen wird von einer Reihe bilateraler Verträge zwischen den BRIC-Staaten bzw. sog. Entwicklungs- und Schwellenländerkoalitionen (die die Verhandlungsstrukturen der WTO nachhaltig verändert haben) begleitet (Schmalz 2006).

³²⁸ Bei Großkonzernen wie Nike ergibt sich eine interessante Aufgabelung: Nike lässt fast seine gesamten Produkte im Ausland herstellen, verkauft diese jedoch zu 58 % in seiner Heimatregion. Da die Realisierung des Profits auf dem Markt entscheidend ist, sind auch global agierende Unternehmen weiter auf die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen des Heimatstandortes angewiesen.

Nur 36 der 380 untersuchten Konzerne erreichen bezogen auf den Absatz einen „bi-regionalen“ Status, d.h. sie setzen mindestens 20 % ihrer Produkte in *zwei* Teilen der „Triade“ ab (z.B. Mc Donalds, Unilever, Bayer, Aventis). Nur 10 Konzerne sind als genuin „globale“ Konzerne zu bezeichnen, weil sie tatsächlich in allen drei Teilen der Triade mindestens 20 % ihres Absatzes tätigen (z.B. Nokia, Intel, Sony, Flextronics). Die Mehrheit dieser „global player“ im Verkauf entstammt der IT- und High-Tech-Branche. Eine Gruppe von 11 weiteren Konzernen bilden so genannte „host region“-Unternehmen, die mindestens 50 % ihres Verkaufs in einem anderen Teil der Triade realisieren (z.B. DaimlerChrysler in Nordamerika) (vgl. Rugman/Verbeke 2004, 3-18; Rugman/Collinson 2005, 258 ff.). Als Beispiel eines bi-nationalen Konzerns („merger of equals“) gilt DaimlerChrysler. Faktisch werden die internationalen Aktivitäten dieses Konzerns jedoch weiterhin vorwiegend von einem nationalen Raum aus gesteuert. Abzulesen ist dies etwa an der Verschiebung des Stimmenverhältnisses im Vorstand zugunsten der deutschen Mitglieder sowie an der stärkeren Einbettung in die Politik und Unternehmenskultur Deutschlands sowie der EU. Weil DaimlerChrysler mehr als 50 % seines Umsatzes in Nordamerika erzielt, werden stabile Beziehungen zum amerikanischen Staat freilich geschätzt und gefördert.

2. Inter- und Transnationalisierung von Investitionen und Produktion

Die Internationalisierung der Einzelkapitalien entwickelte sich auch hinsichtlich der Produktionsebene bis 1914 rasch. Vorwiegend konzentrierten sich internationale Direktinvestitionen auf die entwickelten Ökonomien. Die kolonialistische internationale Arbeitsteilung (Handel von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten sowie von industriell hergestellten Waren zwischen Peripherien und Zentren) kannte bereits die „produktionsseitige Vernetzung der Kernindustrien“ innerhalb des Zentrums: „Bis zum Jahr 1914 verfügten beispielsweise 41 US-amerikanische Großunternehmen über zwei oder mehr Fertigungsstätten im Ausland. Obwohl sich ein größerer Teil dieser Filialen im nahe gelegenen Kanada befanden, bildeten Großbritannien und Deutschland mit 23 respektive 21 Filialbetrieben US-amerikanischer Mutterkonzerne die zusammen bedeutsamste Ländergruppe“ (Hübner 1998, 66). Quantitativ betrachtet, erreichte der Anteil des aus ausländischen Direktinvestitionen resultierenden Produktionsvolumens an der gesamten Weltproduktion 1913 die Rate von 9 %. In der Zeit von 1914 bis 1945 fiel er analog zum Warenhandel. Erst 1991 wurde der Wert von 1913 wieder erreicht (Hübner 1998, 67). Mittlerweile hat die Verlagerung von Investitionen alle jemals erreichten Werte weit überschritten.³²⁹

Die besondere Bedeutung der *Auslandsdirektinvestitionen* (ADI) im Gegensatz zu den quantitativ oftmals bedeutenderen, jedoch meist kurzfristig orientierten *Portfolioinvestitionen* soll im Folgenden näher untersucht werden.³³⁰ Kurt Hübner unterscheidet zwei Formen der

³²⁹ Qualitative Veränderungen sind etwa bei der *Internationalisierung der Produktion* festzustellen: Galt die bereits im 19. Jahrhundert praktizierte *stand-alone-Strategie*, bei der die ausländischen Filialen (mit Ausnahmen) die gesamte Wertschöpfungskette der Konzernmutter übernahmen, um auf diese Weise die einheimischen oder benachbarten Märkte zu beliefern, noch nach 1945 als typisch, haben sich in den letzten Jahrzehnten zwei weitere Strategien bewährt: zum einen die *simple integration-Strategie*, „bei der die technisch und teilweise auch finanziell abhängigen ausländischen Filialen einen nach Gründen der Kostenminimierung bestimmten begrenzten Umfang der Wertschöpfungsglieder übernehmen und diese den Mutterkonzernen zuliefern“, zum anderen die *complex integration-Strategie*, „bei der alle Glieder der Wertschöpfungskette in diskrete Funktionen aufgeteilt werden und diese unter Kostengesichtspunkten nach Maßgabe der effektivsten Verwendung für den Gesamtkonzern regional verteilt werden“ (Hübner 1998, 226).

³³⁰ *Auslandsdirektinvestitionen* umfassen Kapitalströme über nationale Grenzen hinaus, die dann statistisch erfasst werden, wenn ein ausländischer Anleger (meist in der Form von Aktien oder Anleihen) einen Anteil von 10 % oder mehr am Eigenkapital eines Unternehmens erwirbt, und die Vermutung unterstellt werden kann, dass der Anleger nun in der Lage ist, Einfluss auf die Unternehmensführung zu gewinnen (Herr/Hübner 2005, 19; vgl. Hirst/Thompson 2002, 76-87). Bei einem Eigentumsanteil von unter 10 % geht man von einer *Portfolioinvestition* aus. Diese umfassen zudem private und öffentliche Schuldverschreibungen sowie Anleihen. Ein Anstieg der Portfolioinvestitionen bedeutet daher i.d.R. keinen oder wenig Einfluss auf die Unternehmensführung der Schuldner (vgl. Hübner 2003, 108; Herr/Hübner 2005, 39 ff.). Sie werden deshalb an dieser Stelle nicht weiter behandelt. Der von der BRD ausgehende Kapitalexport (ADI und Portfolio) schlüsselte

internationalen ökonomischen Integration. Beim Typus der *shallow integration*, gekennzeichnet durch Marktbeziehungen via internationalem *Handel* von Waren und Dienstleistungen und durch grenzüberschreitende Kapitalströme, kommt es eher zu einer kurzfristigen Vernetzung. Beim Typus der *deep integration*, gekennzeichnet durch *ausländische Direktinvestitionen*, entstehen „längerfristige *linkages* zwischen ökonomischen Akteuren verschiedener Nationen und zwischen verschiedenen funktionalen Räumen. [...] Dieses simple Kriterium der Fristigkeit und dauerhaften Fixierung ökonomischer Verkehrsbeziehungen und Verknüpfungen, hinter dem sich die Aufsplittung unterschiedlicher Glieder der Wertungskette verbergen, entscheidet letztlich darüber, ob die internationale ökonomische Integration lediglich auf der Markt- und Tausch- oder auch auf der Produktionsebene verläuft. Im letzteren Fall, wenn es denn zu einer dichten Verknüpfung nationaler Produktionspunkte in globalem Maßstab kommt, könnte dann von einem international integrierten Produktionssystem gesprochen werden“ (Hübner 1998, 151).

Die weltweiten Ströme der ADI weisen seit den 1980er Jahren hohe Zuwachsraten auf. Zwischen 1982 und 2004 ist das weltweite Volumen zugeflossener ausländischer Direktinvestitionen von 628 Mrd. auf 8,9 Billionen US-Dollar gestiegen. Der steile jährliche Zuwachs der ADI nach 1997 kam 2001 ins Stocken. Seitdem pendelt er sich bei Werten ein, die bereits Mitte der 1990er erreicht waren (UNCTAD 2005, 3, 14). Das enorme Wachstum der Direktinvestitionen ist allerdings regional höchst ungleich verteilt: EU, USA und Japan vereinen zu Beginn des 21. Jahrhunderts mehr als zwei Drittel der Zuflüsse von Direktinvestitionen auf sich (Hübner 2003, 104).³³¹ Andere Bereiche der Weltwirtschaft sind mit der wichtigen Ausnahme Ostasiens kaum von dieser Entwicklung berührt. Das weltweite regulative Rahmenwerk für ausländische Direktinvestitionen wurde historisch betrachtet eher langsam liberalisiert (Hübner 1998, 55).

Eine genauere Untersuchung dieser ausländischen Investitionstätigkeiten verweist auf den überwiegend *makro-regionalen* Charakter der Internationalisierungsprozesse. Die Makro-Regionalisierung bildet einen Kern des so genannten Globalisierungsschubes (Dieter 2005, 194 ff.; vgl. Freeman 2004, 54 ff.; Held/McGrew 2002b, 38 ff.; Hirst/Thompson 2002, 66-76, 114-121, 228 ff.). Innerhalb der Makro-Regionen besitzt jeweils ein Staat eine regionale

sich zwischen 2001 und 2003 wie folgt auf: etwa 50 % des Kapitalexports floss in die internationale Anlage auf den Kapitalmärkten (u.a. kurzfristige Portfolioinvestitionen), über 30 % in die internationale Verflechtung von Produktion und Vermarktung und etwa 18 % dienen dem Erwerb von Anleihen in ausländischen Versicherungen und Banken (vgl. Deutsche Bundesbank 2005, 6 ff.).

³³¹ „Die USA spielen als Gastgeberland für ausländische Investitionen eine immer zunehmend wichtige Rolle – ihr Anteil ist von 13,1 % auf 19,3 % gestiegen. Obwohl auch Japan an Bedeutung gewinnt, liegt sein Anteil nach wie vor unter einem Prozent“ (Köhler 2004, 35).

Hegemonie (USA) oder zumindest Vorherrschaft (Deutschland, in abgeschwächter Form und unter Konkurrenz zu China stehend, Japan) ebenfalls in anderen Bereichen von Ökonomie und Politik (Jessop 2002, 181).³³²

Das Feld der Verflechtungen von Direktinvestitionen in der EU beispielsweise ist überwiegend „europäisch“ lokalisiert. Anders als in früheren Integrationsphasen der EU dominierten in den 1990ern „EU-residierende ökonomische Akteure den Direktinvestitionsprozess, demgegenüber die USA einen relativen Bedeutungsverlust hinnehmen musste“ (Hübner 1998, 175). Von besonderer Bedeutung sind die deutschen ADI: „Ende 1999 waren 84 % aller deutschen Direktinvestitionen in Industrieländern angelegt, davon wiederum der weitaus größte Teil innerhalb der EU. Größtes einzelnes Zielland sind die USA, in denen deutsche Unternehmen ein Direktinvestitionsvermögen von 129 Mrd. Euro halten. In den Entwicklungsländern halten deutsche Unternehmen dagegen gerade einmal 10 % ihrer Direktinvestitionsbestände. Ein Spezifikum der deutschen Direktinvestitionsverflechtung stellen allerdings die Direktinvestitionsströme nach Osteuropa, insbesondere in die Ökonomien der EU-Beitrittsländer dar. [...] Die geographische Nähe dieser Ökonomien in Verbindung mit ihren relativen Kostenvorteilen dürfte wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen haben“ (Hübner 2003, 105; vgl. Deutsche Bundesbank 2005). Die Wirklichkeit der Weltwirtschaft ist insgesamt betrachtet noch weit entfernt von einem international integrierten Produktionssystem, auch wenn einzelne Kapitalien dies für sich realisiert haben.³³³ 1995 lag der Anteil der Auslandsdirektinvestitionen am BIP in den Ökonomien mit den höchsten Zuwachsraten der ADI bei etwa knapp einem Prozent (Hübner 1998, 155). Der Anteil der weltweiten Zuflüsse von Direktinvestitionen am weltweiten Kapitalstockaufbau betrug im Jahr 1992 durchschnittlich 3,7 % (gegenüber 1,1 % im Jahr 1960). Zwischen 1998 und 2003 befanden sich etwa 13 % des Kapitalstocks in ausländischer Hand (Glyn 2006, 100; vgl. Koechlin 2006, 375 ff.). Besonders innerhalb der EU hat sich das Verhältnis der Auslandszuflüsse zu den Gesamtinvestitionen im Inland erheblich gesteigert.³³⁴ Dabei hat sich die amerikanische Dominanz hinsichtlich ausländischer Tochtergesellschaften

³³² Es bietet sich an, zwischen *Regionalismus*, d.h. der inter-gouvernementalen, *politischen* Kooperation zwischen Einzelstaaten, der supranationale Formen annehmen kann, und *Regionalisierung*, d.h. der wachsenden *ökonomischen* Interdependenz zwischen Einzelkapitalien, zu unterscheiden (vgl. Ravenhill 2005, 117).

³³³ Auch der sog. asiatisch-pazifische Wirtschaftsraum (APEC) wird weiterhin durch eine spezifische ostasiatische sowie eine nordamerikanische Regionalisierung überlagert (Ziltener 2002). Vgl. zur Untersuchung makro-regionaler Strategien japanischer Großunternehmen: Collinson/Rugman 2005.

³³⁴ Im Zeitraum 1998-2003 steigerte sich der prozentuale Anteil ausländischer Investitionen in den EU-Ländern auf über 23 % (es handelt sich überwiegend um EU-interne Investitionen), in den USA befindet er sich bei über 9 %, in Japan nur bei etwa 1 % (Glyn 2006, 100).

in den letzten 30 Jahren abgeschwächt.³³⁵ Unternehmen mit Hauptsitz in den USA verfügten 1970 über 80 % der weltweiten ausländischen Tochterunternehmen. 1998 kontrollierten sie nur noch 29 %, gegenüber einem Anteil von 23 % bei japanischen und 18 % bei deutschen Unternehmen (Kentor 2005, 271 ff.).³³⁶ Man kann dies als einen Indikator für die These des relativen (ökonomischen) Machtverlustes der USA gegenüber westeuropäischen und ostasiatischen Kapitalismen bezeichnen.

Selbstverständlich bedeutet ein erheblicher Anteil an den Direktinvestitionen in einem anderen Land eine gewisse ökonomische Macht, die bisweilen auch durch „externe“ politische Einflussnahme unterstützt bzw. ausgebaut werden kann. Ordnet man die „Nicht-Triadenökonomien“ gemäß den „Kriterien dominante Stellung eines Triadenmitglieds bei den inward-Strömen [ADI] und -Beständen den einzelnen Triadenökonomien“ (Hübner 1998, 222) zu, dann lässt sich ein aufschlussreiches Cluster erkennen:

- „Japan dominiert: Hongkong; Malaysia; Südkorea; Singapur; Sri Lanka; Taiwan; Thailand; Fiji.
- Die Ökonomien der EU dominieren nach den gleichen Kriterien: ehemalige Sowjetunion; Tschechien; Ungarn; Polen; Slowenien; früheres Jugoslawien; Albanien; Bulgarien; Rumänien; Brasilien; Paraguay; Uruguay; Ägypten; Ghana; Kenia; Marokko; Nigeria; Tunesien; Zambia; Jordanien; Bangladesh; Indien; Sri Lanka.
- Die USA dominieren demnach: Argentinien; Bolivien; Chile; Kolumbien; Dominikanische Republik; Ecuador; El Salvador; Honduras; Mexiko; Panama; Peru; Venezuela; Bangladesh; Indien; Pakistan; Philippinen; Taiwan; Papua Neu Guinea; Ghana; Nigeria; Saudi Arabien“ (ebenda).

Das Cluster lässt ein augenfälliges Muster deutlich werden: „Gleichsam in einer Verdreifachung des berühmten Hinterhof-Konzeptes der USA findet sich bei allen drei Triadenmitgliedern eine Verdichtung der Direktinvestitionsbeziehungen auf engem regionalem Raume, wobei innerhalb von jedem dieser drei regionalen Räume jeweils ein

³³⁵ Das Bestehen ausländischer Tochterunternehmen kann mit einem Machtverlust des „Gastlandes“ einhergehen. Wenn „externe“ Akteure eine Kontrolle über Teile der „inneren“ wirtschaftlichen Dynamik ausüben, kann dies die Steuerungsfähigkeiten von Staaten einschränken. Allerdings wird dies auch davon abhängen, wie mächtig das jeweilige Gastland ist. In den stärksten Industriegesellschaften der Welt können etwa rechtliche Bestimmungen ausländische Konzerne davon abhalten, eigenständige Strategien zu entwickeln, die der eigenen Wirtschaft aus Sicht der staatlichen Institutionen schaden könnten. In weniger entwickelten kapitalistischen Ländern kann die Einflussnahme transnationaler Konzerne durch politische Interventionen u.U. nur unzureichend begrenzt werden.

³³⁶ Der überraschend hohe japanische Anteil verweist darauf, dass trotz der Stagnation der 1990er die Kontrolle ausländischer Tochterunternehmen stabil geblieben ist.

Triadenmitglied dominiert“ (Hübner 1998, 222 f.). Dass sich diese jeweilige ökonomische Dominanz auch in eine politische Einflussnahme niederschlagen kann, liegt in der hier vorgetragenen Perspektive nahe.

Alles in allem kann nicht von einer „globalen Ökonomie“ gesprochen werden, sondern eher von einer „weltweiten internationalen Ökonomie“. In dieser verweist in den letzten Jahrzehnten die Erhöhung der grenzüberschreitenden Transaktionen besonders innerhalb und, abgeschwächt, zwischen den „Triadenländern“ auf eine *Interdependenzsteigerung* zwischen nationalen ökonomischen Räumen, die sich zunehmend auf einer makro-regionalen Ebene vernetzen, allerdings nicht auf deren Auflösung. Weiterhin bedürfen die inter- und transnationalen Kapitalbewegungen der Voraussetzung einer *im Raum* verankerten und von politischen Institutionen geschützten Kapitalreproduktion. Damit die Unternehmen auf globalen Märkten erfolgreich operieren können, müssen sie staatlich und zivilgesellschaftlich gestützt werden.³³⁷ Gegenwärtig zählen auf dem Weltmarkt „bei vergleichbarer Qualität und (inzwischen) international üblichem Design die monetär bewerteten Kosten der Waren. Diese sind (grob kalkuliert) abhängig von (erstens) der Produktivität der Arbeit, (zweitens) von den Lohnkosten, (drittens) dem Wechselkurs und natürlich (viertens) von den öffentlichen Subventionen, die zur Förderung und zum Schutz von ‚Standorten‘ verteilt werden, (fünftens) von den Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Güter sowie (sechstens) von den Möglichkeiten der ‚Externalisierung‘ privater Kosten als soziale Kosten in den globalen Umweltraum“ (Altvater/Mahnkopf 1996, 41). Dies bedeutet, dass mindestens vier der sechs Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt von den Einzelstaaten beeinflusst werden. „Globalisierung“ bedeutet daher *Konkurrenzfähigkeit von Standorten*. Die Internationalisierungstendenz der Kapitalakkumulation nötigt die Einzelstaaten (die sich an anderen Kriterien der Reproduktion als die Einzelkapitalien orientieren) dazu, sowohl internationale wie auch nationale Strategien zu entwickeln, die den Interessen der am jeweiligen Standort operierenden Kapitalien entsprechen bzw. entgegenkommen, um *sich selbst* reproduzieren zu können.³³⁸ Historisch betrachtet, erleichterte die Bildung

³³⁷ Ebenso darf nicht vergessen werden, dass z.B. die Verlaufsform der Internationalisierungsprozesse nach 1945 stark von den weltweiten *institutionellen Rahmenbedingungen* und deren Wandel mitbestimmt war, die wiederum von den dominierenden Volkswirtschaften unter hegemonialer Führung der USA geschaffen wurden (IWF, Weltbankgruppe, GATT und später WTO).

³³⁸ Hierbei muss bedacht werden, dass unterschiedliche Einzelkapitalien bzw. Kapitalgruppen etwa in verschiedenen Wirtschaftssektoren innerhalb einer Volkswirtschaft unterschiedliche Verbindungen zum Weltmarkt pflegen und daher ganz unterschiedliche Erwartungen gegenüber politischer Regulierung und Schutz haben. Der Prozess, in dem sich Kapitalinteressen in staatliche Politik transformieren, ist daher stets umkämpft.

internationaler politischer Organisationen dieses Interesse zumindest aus Sicht der stärksten Staaten, auch wenn es in diesen Organisationen immer wieder zu Konflikten kommt.

Die Konkurrenzfähigkeit des nationalen „Standortes“ verweist auf die fortdauernde Bedeutung des Nationalismus (u.a. als sozialem Integrationsfaktor). Dabei konzentrieren sich nationalistische Diskurse u.a. auf die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die internationale Geltung. „Gute“ Leistungsbilanzen sind Gegenstand des „nationalen Stolzes“ geworden. „The relation between the internationalisation of capital and national forms therefore has two dimensions. One is the relation between internationalised accumulation and *national economies* [...]. The second is the relation between international accumulation and the nation state, where the state plays an indispensable role in securing the reproduction of (international) accumulation. If we further proffer that the image of the national economy is itself a construction of the state – for reasons of 'national political harmony' – then the contradictions of internationalisation become expressed inherently within the nation state, in the dual requirements of nationalism and internationalism“ (Bryan 1995, 42). Hinsichtlich der Prekarität dieses Prozesses heißt es weiter: „[T]he principal contradiction is not that between the nation state on the one hand, and internationalised capital on the other, as much Marxist analysis and 'world systems theory' would postulate. It is the contradiction of the inability of nation states to successfully secure the conditions of reproduction of internationalised accumulation. This inability then manifests as a contradiction both within internationalised accumulation (that the necessary functions of the state performed on behalf of capital cannot be performed with international coherence) and within nation states themselves (as the inability to reconcile the duality of nationalism and internationalism)“ (Bryan 1995, 42 f.).

2.2.1. ZUR INTER- UND TRANSNATIONALISIERUNG VON UNTERNEHMENSSTRUKTUREN

Eine Analyse imperialistischer Phänomene sollte Veränderungen der Unternehmensorganisation berücksichtigen, weil mit diesen ökonomische Konkurrenzverhältnisse und politische Institutionen beeinflusst werden. Einer weit verbreiteten These zufolge beherrschen heute „transnationale“ Unternehmen den Weltmarkt. Diese seien immer weniger auf nationalstaatliche Hilfestellungen angewiesen. Scheinbar unabhängig von staatlichen Grenzziehungen und Interventionen strukturieren sie ihre eigene Raumökonomie. Im Nachstehenden wird der empirischen Validität dieser These nachgegangen.³³⁹

Mithilfe des sogenannten „Transnationalisierungsindex“ (TNI), den die *United Nations Conference on Trade and Development* (UNCTAD) seit Anfang der 1990er Jahre regelmäßig berechnet, wird ein so genannter Grad der „Transnationalität“ beschrieben.³⁴⁰ Unter den 100 größten transnationalen Konzernen sind deutliche Unterschiede in den erreichten Niveaus der Transnationalisierung festzustellen: „Während die Werte für Japan zwischen 33,6 % und 40,6 % liegen und für die USA immerhin zwischen 41,0 % und 51,1 % – beides Länder mit sehr großen inländischen Absatzmärkten – ergeben sich für die Niederlande Zahlen zwischen 72,8 % und 86,7 % und für die Schweiz sogar zwischen 78,2 % und 98,2 % – diese beiden Länder haben nur relativ kleine einheimische Absatzmärkte, so dass Konzerne aus diesen Heimatländern verstärkt transnational expandieren, um ihre Gewinne durch Maßstabeffekte steigern zu können. Überdurchschnittlich hoch sind die Werte auch in den UK, was sich durch eine lange Tradition ausländischer Wirtschaftsaktivitäten erklären lässt“ (Köhler 2004, 42). Der Transnationalisierungsgrad schwankt im Rahmen differierender marktlicher und institutioneller Kontexte erheblich. Daneben besteht eine *regionale und sektorale Konzentration* der 100 größten transnationalen Konzerne: Etwa 90 % befinden sich in den „Triadenländern“, bezogen auf den Geschäftsbereich dominieren die (bekanntermaßen über erheblichen Einfluss verfügenden) Automobil-, Elektronik-, Telekommunikations- und

³³⁹ Eine Ebene zwischen dem Einzelunternehmen und dem Markt, die Ebene *kooperativer strategischer Allianzen zwischen Unternehmen*, die in den letzten Jahrzehnten eine wachsende Bedeutung erhalten hat (und die in wachsendem Maße transnational verlaufen, vgl. Beisheim u.a. 1999, 316 ff.) bleibt hier unberücksichtigt. Dies kann möglicherweise als ein meiner These entgegenlaufender Trend gewertet werden.

³⁴⁰ Der TNI errechnet sich als arithmetischer Mittelwert aus dem Anteil der ausländischen an den gesamten Vermögenswerten, der ausländischen an den gesamten Umsätzen und der ausländischen an der gesamten Beschäftigung. Ein TNI von 50 % bedeutet demnach, dass durchschnittlich die Hälfte der Vermögenswerte, Umsätze und Arbeitskräfte einer Firma im Ausland liegen.

Erdölunternehmen. Waren 1962 noch 83 % der Hauptquartiere transnationaler Konzerne in den USA beheimatet, sind es 1998 noch 29 % (Kentor 2005, 272). Zudem ist der Abstand zwischen den größten und kleinsten der 100 Konzerne gestiegen: Die größten unter den Konzernen transnationalisieren sich schneller als die kleineren (UNCTAD 2005, 17).³⁴¹

Deutlich scheint eine globalisierungsoptimistische Sicht in den UNCTAD-Berichten durch: Das Sample der 100 größten transnationalen Konzerne beispielsweise setzt sich nicht, „wie zunächst zu vermuten, aus den ‚größten transnationalen‘ Konzernen der Welt zusammen, sondern eher aus den ‚transnationalsten großen‘ Konzernen“ (Köhler 2004, 32). An einer genaueren Untersuchung der Aufteilung der ADI der größten Konzerne hinsichtlich ihrer Makro-Regionalisierung (z.B. ADI aus dem deutschen Markt in anderen Staaten der EU) mangelt es in den UNCTAD-Dokumenten. Eine Diskussion über die bestehenden Verbindungen zum „Heimatmarkt“ und zum „Heimatstaat“ wird kaum geführt (vgl. Rennstich 2002). Dabei werden bis heute durchschnittlich zwischen der Hälfte und zwei Dritteln der Umsätze selbst der transnationalen Konzerne auf den jeweiligen Heimatmärkten erwirtschaftet. Freilich wird entgegen diesem Trend zur Regionalisierung eine kleinere Zahl von wirklich global agierenden Unternehmen nicht abgehalten, in nahezu allen global-regionalen Räumen anwesend zu sein.

Die Abhängigkeit von einzelstaatlichen und regionalen politischen Interventionen bleibt im Durchschnitt betrachtet jedoch auf einem hohen Niveau (vgl. Ruigrok 2005, 203 ff.). Selbst Konzerne, die globale Netzwerkstrukturen aufbauen, werden dadurch nicht „bindungslos“, denn Netzwerkstrukturen werfen etwa komplexe Steuerungsprobleme auf, die der politischen Regulierung bedürfen (Hübner 1998, 229). Um ein realitätsgerechteres Bild zu erhalten, gilt es zwischen verschiedenen Unternehmenstypen hinsichtlich ihres Internationalisierungsgrades zu differenzieren. Im Rekurs auf empirische Untersuchungen lassen sich mindestens folgende Idealtypen unterscheiden (vgl. Hübner 1998, 127-143; Hübner 2003; Bryan 1995, 83-102; Rugman/Verbeke 2004):

- *globale Unternehmen*, die weltweite Produktionsnetzwerke gebildet haben und über intensive überregionale Handelsverflechtungen innerhalb des Konzerns und hinsichtlich ihrer Verkaufsstrategie verfügen,

³⁴¹ Im Gegensatz zu den 100 größten ökonomischen Akteuren weisen, wie zu erwarten, Unternehmen durchschnittlicher Größe und vor allem die nationalen Volkswirtschaften (hinsichtlich ihrer Offenheit) einen erheblich geringeren „Transnationalisierungsgrad“ auf. Hier sind es oft kleinere Ökonomien wie Belgien oder Luxemburg, die den höchsten Grad an Offenheit erreicht haben. Der Durchschnittswert der entwickelten Volkswirtschaften liegt 2002 bei etwa 11 % (UNCTAD 2005, 15).

- *global-regionale Unternehmen*, die stark internationalisiert sind, ihre Kapitalkreisläufe im Gegensatz zum globalen Konzern jedoch auf makro-regionale Räume (etwa der EU) konzentrieren,
- *überregionale Unternehmen*, die den Heimatmarkt überschritten haben, aber innerhalb *einer* Makro-Region agieren und zugleich über ein hierauf beschränktes arbeitsteiliges Produktions- und Vertriebsnetz verfügen,
- *nationale Unternehmen*, die mit hoher nationaler Fertigungstiefe arbeiten und sich schwerpunktmäßig auf die nationalen und/oder regionalen Märkte konzentrieren. Produktion, Realisierung und Reinvestition fallen überwiegend in den einzelstaatlichen Raum.³⁴²

Die hohe Zahl regionaler und nationaler Produktionssysteme weist auf die umfassende Bedeutung spezifischer, territorialisierter, oftmals staatlich (nicht notwendigerweise bundesstaatlich) hergestellter *Produktionsvoraussetzungen* sowie *ökonomische Zwänge* (durch das territorial fixierte Produktivkapital oder hohe Logistikkosten, die mit wachsender Entfernung und Infrastrukturunterschieden in verschiedenen Regionen und/oder Staaten steigen können) hin. Umfangreiche Untersuchungen industrieller Cluster bzw. lokal und/oder regional vernetzter Industriestandorte belegen dies (vgl. zu Silicon Valley: Lüthje 2001; allgemein: Swyngedouw 2004).³⁴³ Im Gegensatz zur vorherrschenden These des

³⁴² Die vorwiegend national situierten Unternehmen sind noch einmal zu unterteilen in solche, die über abhängige ausländische „Satelliten“ bzw. *Auslandsfilialen* verfügen, solche, die auf erheblichen ausländischen *Beschaffungsstrukturen* bzw. *Vorleistungen* beruhen, und solche, die national produzieren, aber zugleich eine starke *Exportorientierung* (und allenfalls Vertriebsstrukturen im Ausland) besitzen.

³⁴³ Dass die Unternehmen auch und gerade im gegenwärtigen Prozess des bislang stärksten Inter- und Transnationalisierungsschubes von staatlichen Hilfeleistungen abhängen, wird auch von Dick Bryan thematisiert. Er kontrastiert – unterhalb der Ebene der globalen und oberhalb der Ebene der nationalen Unternehmen – die Interessen der „marktabhängigen“ von denen der „investitionsabhängigen“ Einzelkapitalien: „In contrast with the global circuit, the market-constrained circuit involves production for realisation only within the nation of production. Thus capital in this circuit produces non-traded and import-competing commodities. Conspicuous here is the production by transnational corporations of services (which are consumed at the point of production), of perishables which cannot be transported any significant distance (for example, the McDonalds restaurant chain), and of commodities which are not produced at internationally-competitive costs of production, but are protected by nation state regulations which restrict imports. The state's tariff and exchange rate policy is therefore of central concern to many capitals in the market-constrained circuit. These policies form a critical divide between different sorts of transnational corporations in their expectations of nation state policies“ (Bryan 1995, 91). Dagegen beinhaltet der Kapitalkreislauf der „investitionsabhängigen“ Einzelkapitalien internationale *Absatzstrategien* bei gleichzeitiger nationaler *Reproduktion* des Kapitals. „Capital in this circuit is therefore integrated into international accumulation at the level of exchange, but not the level of production“ (Bryan 1995, 91). Auch diese Kapitalgruppe hängt von

„heimatlosen“ Unternehmens liegt also eine differenzierte *Abhängigkeitsstruktur* ungleich internationalisierter Unternehmenstypen von staatlicher Regulierung bzw. dem lokalen, nationalen oder makro-regionalen institutionellen Kontext vor (vgl. auch Rennstich 2002, Mair 1997).³⁴⁴

Die zeitgenössische Debatte über die Inter- und Transnationalisierung des Kapitals leidet an lückenhaften Argumentationsketten. Die Frage, ob überhaupt noch von „nationalem“ und „ausländischem“ Kapital gesprochen werden kann, wird nicht zufrieden stellend beantwortet: Der „nationale“ Charakter eines Unternehmens ist nicht einfach aus der Nationalität bzw. Staatsangehörigkeit ihrer Eigentümer bzw. Vorstände abzuleiten. Auch wird dieser Charakter nicht durch den Firmensitz oder den Schwerpunkt der produktiven Tätigkeiten sowie den Absatzmärkten hinreichend bestimmt, denn die Tendenzen des international streuenden Firmen- bzw. Aktienbesitzes sowie die Potentiale eines global-dezentralisierten Managements (im Zusammenhang mit der Fortentwicklung der Telekommunikation) und der Internationalisierung der Produktion (weniger der Internationalisierung der Absatzmärkte) stellen die Vorstellung „nationaler“ Unternehmen zumindest in Frage. Der vorwiegend „nationale“ Charakter vieler Einzelkapitalien wird nicht nur durch die eben benannten (und z.T. sich relativierenden) Faktoren hergestellt, sondern entsteht insbesondere durch die wechselseitigen Abhängigkeiten gegenüber politischen Institutionen. Eine Vielzahl der betrieblichen ökonomischen Vorgänge sind von einzelstaatlichen Interventionen, Vorleistungen, rechtlichen Maßgaben, Hilfestellungen usw. abhängig. Das gilt auch in der „neoliberalen“ Phase des Kapitalismus, in der „Liberalismus“ nicht mit Freisetzung von Politik gleichgesetzt werden darf.³⁴⁵ „US firms find that there are very real benefits in

politischer Regulierung ab: „Capital in this circuit has increasingly become the target for state policy initiatives, associated with national policy agendas to make 'national industry' more 'internationally competitive'. However, there are also individual capitals, more conspicuous in the 1970s than now, which can be considered to have achieved sufficient size and administrative capability to produce internationally, yet continue to focus their production within a single country. Critical here has been nation state intervention in the international circulation of capital which has secured for a particular set of individual capitals the availability of a range of profitable investment opportunities which precluded the need by these capitals to expand internationally in order to achieve profitable investments. This has conspicuously been the objective of national foreign investment controls. Particularly in smaller countries with few large companies, it has been left to a relatively small number of companies to undertake privileged access to large-scale investments preserved by the state for companies which have been classified as 'national'“ (Bryan 1995, 92).

³⁴⁴ Interessant ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, dass einige der am stärksten transnationalisierten Konzerne wie Nestlé, Ciba-Geigy oder Phillips aus Räumen stammen (Schweiz, Niederlande), in denen der Staat ökonomisch und geopolitisch gesehen über einen vergleichsweise geringen internationalen Einfluss verfügt (vgl. Hübner 1998, 131).

³⁴⁵ Zugleich müssen historische Veränderungen in Betracht gezogen werden: Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals kann zu Veränderungen der Akkumulationsformen führen, wenn etwa

remaining distinctly American that stem from the power and functions of the national state [...] for example, that the US dollar still largely remains a key medium of international trade, that regulatory and standard-setting bodies like the Federal Aviation Administration and the Food and Drug Administration are world leaders and work closely with US industry, that the US courts are a major means of defence of commercial and property rights throughout the world, that the federal government is a massive subsidizer of R&D and also a strong protector of the interests of US firms abroad“ (Hirst/Thompson 2002, 273). Gegenwärtig lässt sich sagen, dass die Mehrheit der Einzelkapitalien, auch wenn das „Kapital“ in erster Linie ein soziales Verhältnis ausdrückt, dessen „Motor“ nicht das „nationale Interesse“, sondern das „Eigeninteresse“ an einer möglichst hohen Profitrate ist, im Durchschnitt vorwiegend in nationalen und/oder makro-regionalen Räumen agieren. Auf der einzelstaatlichen Ebene kann dies zur Entstehung (umkämpfter) *nationaler* ökonomischer Interessen führen (und im makro-regionalen Raum dementsprechend beispielsweise zu „europäischen“ Interessen), wie an den nationalen Leistungsbilanzen und dem Interesse an einer Währungssouveränität in der Wirtschaftspolitik der EU-Staaten abzulesen ist. Den Leistungsbilanzen wird weiterhin eine erhebliche Bedeutung zugemessen, auf denen die nationale Wirtschaftspolitik aufbaut und unter deren Maßgaben wirtschaftliche Ziele diskutiert werden (Bryan 1995, 135; Bryan 2001). In dieser Weise werden „nationale Volkswirtschaften“ als kohärente Entitäten immer wieder rekonstruiert und reproduziert. Dies dient zugleich der Überlagerung der inneren vertikalen Sozialkonflikte.³⁴⁶

Zwischenfazit

Insgesamt hat es die Forschung mit einem komplexen Geflecht von Unternehmenstypen und -strategien zu tun. Für die Diskussion ökonomischer Strukturverhältnisse und imperialistischer bzw. geopolitischer Phänomene lassen sich daraus einige Folgerungen ziehen.

Weiterhin sind die Einzelkapitalien bzw. deren Unternehmensteile auf politisch-institutionelle Ressourcen besonders der Einzelstaaten, und/oder, bisher in einem geringeren Umfang, von makro-regionalen bzw. internationalen institutionellen Arrangements angewiesen. Wenn sich das mikroökonomische Verhalten von Unternehmen weiter in Richtung Transnationalisierung

mittelgroße Unternehmen der „investitionsabhängigen“ Ebene sich dem Export zuwenden und dafür institutionelle Unterstützung einfordern.

³⁴⁶ Die Konstitution eines nationalen „Standortinteresses“ als politischem Leitbild verdeckt die vielfältigen, konfligierenden Interessen innerhalb einer „Nation“, ohne sie beseitigen zu können. Der Wandel des Inhalts eines nationalen Interesses beispielsweise von einer Politik des Protektionismus hin zur Öffnung der Märkte bzw. von festen zu flexiblen Wechselkursen kann aus Verschiebungen der inneren Klassenverhältnisse sowie der internationalen Kräfteverhältnisse resultieren.

verschieben sollte, wird dies künftig in modifizierter Form gelten.³⁴⁷ Eine größere Anzahl von Konzernen bemüht sich bereits, regulatorische Hilfestellungen auch von mehreren Staaten gleichzeitig und/oder internationalen politischen Institutionen zu erhalten und gerät damit in neue Abhängigkeiten gegenüber diesen institutionellen Rahmenbedingungen.

Die Weiterentwicklung dieses Trends verbietet analytische Kurzschlüsse: Das gilt z.B. für das Verhältnis *mikroökonomischen Handelns* und *makroökonomischer Zusammenhänge*. Eine Konzentration auf die konkreten Träger ökonomischer Prozesse (Unternehmen) darf nicht zur Ausblendung der Markt- und Verwertungszusammenhänge sowie deren politisch-institutioneller Einbettung führen: „Auf diese Weise [würde] einer Sichtweise Vorschub geleistet, die meint, mit der Aggregation mikroökonomischen Verhaltens bzw. mikroökonomisch bestimmter Strategien auf die Form und Dynamik makroökonomischer Zusammenhänge rückschließen zu können. [...] Die mikroökonomische Ebene der Firma ist eine notwendige, aber eben keine hinreichende Untersuchungsebene für die theoretische Erfassung von Globalisierungsprozessen“ (Hübner 1998, 142 f.).

Zwischen den mikroökonomischen Interessen von Einzelkapitalien und dem wirtschaftspolitischen, stärker von makroökonomischen Erwägungen getragenen Verhalten einzelstaatlicher Institutionen können erhebliche Differenzen bestehen, was u.a. mit den differierenden Kriterien der Reproduktion dieser Kollektivakteure zu tun hat. Auch wenn Unternehmen mehr und mehr „global“ denken und agieren (und sich etwa auf die infrastrukturellen Hilfestellungen mehrerer Staaten gleichzeitig beziehen), werden die Einzelstaaten auch künftig von international wettbewerbsfähigen „nationalen“ bzw. „einheimischen“ Kapitalien ausgehen müssen (und ein Interesse an dauerhaften Beziehungen zu ihnen haben), weil sie sich in einer strukturellen Abhängigkeit gegenüber einer gelingenden Kapitalakkumulation innerhalb *ihres* Territoriums befinden.

Ferner kann vermutet werden, dass im Falle der politischen Einflussnahme durch Einzelkapitalien bzw. Kapitalfraktionen/Verbände nicht automatisch deren Hegemonie in den Staatsapparaten die Folge ist. Ob und in welcher Form Kapitalinteressen in einer bestimmten Weise auf die Politik von Staaten durchschlagen, muss daher empirisch, d.h. auf der Ebene der historischen Konstellation, nachgewiesen werden. Die vorliegende Arbeit, in der eine strukturelle Interdependenz von Einzelstaaten und Einzelkapitalien behauptet wird, geht von einer gewissen Regelmäßigkeit dieses Zusammenhangs aus.

³⁴⁷ Schon seit einigen Jahrzehnten lässt sich ein Prozess beobachten, in dem sich z.B. immer wieder regionale/lokale Industriecluster verschiedener nationaler Staaten überkreuzen und sich fortan auf beiden Seiten einer Staatsgrenze erstrecken (z.B. El Paso und Ciudad Juarez; Rhône-Alpes und Teile Baden-Württembergs).

2.2.2. TRANSNATIONALISIERUNG VON KLASSEN?

Wie weiter oben dargelegt, ist der „vertikale Sozialkonflikt“ als ein zentrales Strukturmerkmal kapitalistischer Gesellschaften zu verstehen. Die sich wandelnden Verhältnisse zwischen den beiden antagonistischen Hauptklassen im Kapitalismus, Lohnarbeit und Kapital, hatten sich historisch in einzelnen Nationalstaaten verfestigt. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts konnte zugleich *temporäres* „transnationales“ Klassenhandeln festgestellt werden, welches etwa die Politik von Staatenallianzen beeinflusste, sich in „globalen“ Interessen des Finanzkapitals ausdrückte³⁴⁸ oder internationale Arbeitersolidarität hervorbrachte. Artikulationsverhältnisse von Konkurrenz, Konflikt *und* inter- bzw. transnationaler Kooperation prägten das kapitalistische Weltsystem seit seiner Entstehung und, in wandelnden Ausprägungen, durch die verschiedenen historischen Phasen hindurch.

In der Diskussion um die „Globalisierung“ von wirtschaftlichen und politisch-institutionellen Prozessen ist die These einer *dauerhaften* Transnationalisierung von Klassen und „Klassenhandeln“ entwickelt worden. Insbesondere weltmarktorientierte Kapitalfraktionen sind dabei ins Blickfeld geraten, daneben transnationale politisch-bürokratische Apparate, globalisierte Expertennetzwerke („epistemic communities“) sowie Eliten im Konsumbereich (z.B. Handel und Medien) (vgl. Sklair 2002, 98 ff.). In globalisierungsoptimistischen Ansätzen wird von einer Transnationalisierung des Handelns mächtiger gesellschaftlicher Akteure, mit der Hoffnung auf integrationsfördernde Effekte (d.h. dem Ziel einer „kosmopolitischen“ Welt), ausgegangen (Beck 2004).³⁴⁹ Andere Autoren, die insbesondere die Bedeutung der gesellschaftlichen Kräfte „jenseits“ der staatlichen Ebene betonen, verwenden die Klassenterminologie expliziter: Die Phase der Nationalstaaten wird in dieser Perspektive von einer transnationalen Phase abgelöst, in der sich die Klassenbildung transnationalisiert – „resulting in the accelerated division of the world into a global bourgeoisie and a global proletariat“ (Robinson/Harris 2000, 17; vgl. auch Robinson 2002). Leslie Sklair hebt die enorme Macht der „transnationalen kapitalistischen Klasse“ (die er bewusst im Singular definiert) noch stärker hervor: „Members of the transnational capitalist class drive the system, and by manipulating the design of the system they can build variations

³⁴⁸ Für Karl Polanyi spielt die internationale „haute finance“ des 19. Jahrhunderts dabei eine friedensfördernde Rolle. Ihr spezifisches Prinzip des Internationalismus widersprach zwar nicht einer Vielzahl kleiner, kurzfristiger oder örtlich begrenzter Kriege: „Doch ihre Geschäftsinteressen waren gefährdet, sollte ein genereller Krieg zwischen den Großmächten die monetären Grundlagen des Systems zerstören“ (Polanyi 1973, 43).

³⁴⁹ Die ehemalige Präsidentin der Harvard Business School, Rosabeth Moss Kanter, diskutiert die Bildung einer „Weltklasse“ von Managern und Unternehmern, die nicht nur kosmopolitisch ausgerichtet, sondern auch untereinander sehr eng verbunden seien (Kanter 1996, 93 ff.).

into it” (Sklair 2002, 115). Harris zufolge verläuft der wesentliche weltweite Konflikt gegenwärtig „zwischen Globalismus und Nationalismus“ (Harris 2004, 657; vgl. Beck 2004, 112). Die Bush-Administration vertritt in dieser Perspektive die Interessen des nationalistisch-staatlich orientierten Teils der herrschenden Klasse gegenüber der global ausgerichteten Mehrheit der US-Unternehmer.

Unter den neogramscianischen Theoretikern hat Robert Cox eine ähnliche These vertreten. Cox spitzte seine ältere These des „internationalen historischen Blocks“ als Träger der westlichen Nachkriegshegemonie in den 1990ern zu und spricht von einer globalen Klassenstruktur mit einer „transnationalen Managerklasse“ an der Spitze (Cox 1993, 261). Es werde immer notwendiger, von einer „globalen Gesellschaft“ auszugehen, in der die „globalen Eliten“ die Impulse zur Gestaltung der Ordnung geben (Cox 1998d, 110 f.).³⁵⁰ Kees van der Pijl hat eine weitere Version dieser These vorgelegt. Er stützt sich u.a. auf die Untersuchungen von Stephen Gill, der das Wirken der „Trilateralen Kommission“ untersuchte, einer seit den 1970ern bestehenden, informellen amerikanisch-westeuropäisch-japanischen Planungsgruppe (van der Pijl 1996, 340 f.). Diese einflussreiche Gruppe war von der Idee geleitet, nicht nur nationale Eigeninteressen, sondern auch die internationale Ordnung zu verteidigen und so zu einem kollektiven Management der Welt zu gelangen.

In der Tat lassen sich *Tendenzen* neuartiger Formen transnationalen Klassenhandelns, der Politikkoordination usw. empirisch nachweisen. Formen der „Global Governance“ dürfen nicht einfach als ideologische Phänomene abgetan werden, sondern müssen als institutionalisierte Politikkoordinierung, in der aber die Konkurrenz nicht aufgehoben, sondern fortgesetzt wird, analysiert werden. Die Schwachstelle der Argumentation von Robinson, Sklair u.a. besteht darin, dass sie diese Tendenzen i.d.R. überzeichnen und zugleich den herrschenden Machteliten eine unverhältnismäßig große Handlungsfreiheit zuschreiben (Colás 2002, 198 ff.).³⁵¹ Es entsteht zuweilen der Eindruck der Bildung eines „totalisierenden“ Klassensubjekts, das die Handlungszwänge der weltweiten Kapitalakkumulation in den Griff bekommen kann. Auffällig ist, dass die „horizontalen“ sozio-ökonomischen Konkurrenzverhältnisse zwischen den Einzelkapitalien, die sich in den letzten 20 Jahren verschärft haben, unterschätzt werden. Wie Michael Mann hervorhebt, ist der kapitalistische Markt im Gegensatz zum Typus der „autoritativen“ Macht – die eine

³⁵⁰ Dabei versucht er nachzuweisen, dass „Interessen“ auch das „Handeln“ anleiten, so dass sich die transnationale „Klasse-an-sich“ gewissermaßen zur „Klasse-für-sich“ entwickelt.

³⁵¹ Es scheint so, dass selbst Cox, trotz seiner Betonung, dass keine der von ihm eingeführten Handlungsebenen eine kausale Priorität besitze, den herrschenden Klassen in letzter Instanz diese Rolle zubilligt.

Machtstruktur kennzeichnet, die auf einem gewissen Maß an freiwilligem Gehorsam beruht – ein Typus der „diffusen“ Macht. Er entsteht immer in einer eher spontanen, dezentralen Weise und ist prinzipiell nicht steuerbar (Mann 1990, 24). Es kann daher immer nur eine brüchige „Solidarität“ zwischen den Kapitalien existieren. Gerade weil die Kapitalien sich im Kapitalismus nur in der Konkurrenz aufeinander beziehen können, sind auch die inneren Strukturen der herrschenden Klassen bzw. selbst von Klassenfraktionen niemals kohärent. Die immer nur relative Einheit kann insbesondere in krisenhaften Phasen zerstört werden. Machteliten mögen global denken und handeln wollen, sie können dies jedoch nicht losgelöst von ökonomischen Funktionszusammenhängen und politisch-institutionellen Kontexten. Weil das unterschätzt wird, tendieren selbst Cox und Gill dazu, „to overemphasize the institutional and ideological self-representation of the ruling class on a global scale at the expense of the constitution of these classes within local contexts“ (Colás 2002, 200 f.). Eine Hegemonie, erst recht eine „globale“, bedarf etwa eines florierenden ökonomischen Wachstums, das selbst komplexe, konsensual angelegte Normen nicht oder nur begrenzt ersetzen können.³⁵²

Es reproduziert sich bei diesen Ansätzen eine Unzulänglichkeit, der auch Negri/Hardt mit ihrem subjektivistischen Marx-Verständnis unterliegen – nur seitenverkehrt: Während letztere die Rolle der beherrschten „Multitude“ voluntaristisch überbewerten, verabsolutieren erstere die autonome Handlungsfähigkeit der herrschenden, „transnationalen“ Bourgeoisie(n). Dabei wird vernachlässigt, dass die Wirkmacht von herrschenden Klassen bzw. Machteliten im Kapitalismus nur in ihrem Verhältnis zu anderen Klassen (z.B. im Prozess der ökonomischen Produktion) verstanden werden kann. Die Tatsache der relativ immobilen räumlichen Position der nationalen Arbeiter- und Mittelklassen der entwickelten kapitalistischen Welt müsste insofern stärker in eine Analyse der internationalen Klassenbildung und ihrer Grenzen miteinbezogen werden. Die determinierende Rolle der „nationalen“ Ebene und überhaupt der räumlichen Ebenen unterhalb der Ebene des Globalen ebenso wie die Wirkmacht nationalistischer Ideologien werden unterschätzt (vgl. Cox/Schechter 2002, 88). „Transnationale“ Machteliten versuchen zwar eine weltweite „neoliberale“ Ideologie

³⁵² Auch die von Sklair beschworene Medienmacht bzw. die Produktion einer transnationalen Kulturindustrie zur Stimulierung und Lenkung von Konsumbedürfnissen reicht hierfür nicht aus (Sklair 2002, 105 ff.). Dieser Argumentation liegt ein mechanistisches Verständnis der Wirkung von herrschenden Ideologien bzw. Normen zugrunde. Wie u.a. Giddens und Callinicos gezeigt haben, ist eine starke „dominant ideology thesis“ nicht aufrechtzuerhalten. Die Vorstellung, dass es v.a. die normative Integration der Akteure in die Gesellschaft ist, die soziale Stabilität erklärt, übersieht sowohl die Bedeutung des „Stroms des Alltagslebens“, der Routinisierung (Giddens 1997, 36 f., 111-116), als auch die vorwiegend pragmatische Akzeptanz (im Gegensatz zur normativen Unterstützung) der gesellschaftlichen Verhältnisse durch breite Bevölkerungsschichten. Regierungen werden i.d.R. „ertragen“, nicht geliebt (vgl. Callinicos 2004, 152-179).

durchzusetzen, sind aber selbst nicht von der nationalen Ebene (oder auch lokalen und makro-regionalen Ebenen) unabhängig – zum einen weil sie immer wieder nationale Kompromisse mit anderen Akteuren (z.B. auch Kapitalfraktionen, deren Interessensphären sich auf das staatliche Territorium oder andere subnationale Räume begrenzen) eingehen müssen³⁵³, zum anderen weil der Globalisierungstrend Grenzen aufweist (vgl. die weiter oben beschriebene lokale Fixierung des produktiven Kapitals und dessen staatlicher Schutz³⁵⁴). Daher tendieren (im Durchschnitt) selbst transnationale Unternehmen dazu, sich vorzugsweise auf einen Nationalstaat zu beziehen.³⁵⁵ Es ist voreilig, von den hohen Transnationalisierungsgraden der größten Konzerne auf die gesamte Struktur der Weltwirtschaft zu schließen. Sicherlich haben gerade die am stärksten transnationalisierten Konzerne ein großes Interesse an der Stabilität des *globalen* Systems (Harris 2004, 659). Aber hieraus den Übergang zu einer „globalen Bourgeoisie“ mitsamt den von ihr kontrollierten Staatsapparaten abzuleiten, wäre ein ökonomistischer Fehlschluss. Es ist unverzichtbar, die differierenden Kriterien der Reproduktion wirtschaftlicher *und* einzelstaatlicher Akteure in Rechnung zu stellen, die schließlich gemeinsam die Basis einer herrschenden Klasse bilden. Natürlich wird die Politik der Einzelstaaten von den sich transnationalisierenden Konzernen geprägt – sie sind aber nicht die einzige Quelle politischer Einflussnahme. Andere Kapitalfraktionen, nationale Kräfteverhältnisse sowie Akkumulations- und Regulierungsbedingungen, z.B. die hinter der Internationalisierung der Investitionen zurückbleibende Internationalisierung vorwiegend nationaler Arbeitsmärkte, sind ebenfalls nicht zu vernachlässigende Einflussfaktoren (vgl. Hönekopp/Jungnickel/Straubhaar 2004; Hübner 1998, 68 ff.). „While the networks of capital ‘jumped scales’ for the organisation of production through both intensification and extension of their flows and networks, consumption and reproduction remained fundamentally nationally regulated“ (Swyngedouw 2004, 36).

³⁵³ Hierzu gehört der nicht zu unterschätzende Einfluss von Verbänden auf die Politik der Staaten, etwa in der Form der politischen Opposition gegen den „Freihandel“ oder die „Internationalisierung“, in denen sich z.B. Interessen von national ausgerichteten Unternehmen bündeln (vgl. etwa den Widerstand von Teilen des deutschen Mittelstands gegen die EU).

³⁵⁴ „Consequently this neo-Gramscian approach apparently renders a theory of the state redundant. A new accumulation strategy is the result again of conscious planned struggle organised by intellectuals from the vantage point of capital fractions articulating a particular ideal which incorporates other elements of the ruling class, the state and the representatives of the working class. Both the state and working class struggle therefore recede from view in this approach since state strategy is explained as the outcome of fractional struggles which take place in cloistered ruling class circles“ (Burnham 1991, 88).

³⁵⁵ Allerdings haben bestimmte Einzelkapitalien verstärkt auch zu anderen Nationalstaaten Bindungen entwickelt.

Der Widerspruch zwischen transnationalen, internationalen und nationalen Tendenzen kann daher nicht einseitig zugunsten der ersteren aufgelöst werden. Transnationale bzw. globale ökonomische Tendenzen werden überlagert durch inter- bzw. transgouvernementale politische Übereinkommen und Konkurrenzen sowie nationalen (und vermehrt makro-regionalen) Funktionszusammenhängen und Handlungszwängen. Auch eine Weltordnung, die durch einen Hegemon geprägt wird, unterliegt diesen Rahmenbedingungen. Daher konzediert etwa auch van der Pijl, dass sich der realhistorische „Trend“ zur Transnationalisierung der kapitalistischen Klasse „widersprüchlich“ entfaltet, da diese auf die nationale Grundlage ihrer Macht nicht verzichten kann: „Eine Klasse – die als soziales Verhältnis letztlich in der begrenzten menschlichen Beherrschung der Naturkräfte verankert ist – kann niemals aus der Kette (ungleicher) Interdependenzen herausgelöst werden. Selbst die am stärksten transnational orientierte, ‚globale‘ Klasse steht daher in einer konfliktorischen Beziehung mit den weniger globalen, ‚lokalen‘ Kräften“ (van der Pijl 2001, 121).³⁵⁶ Van der Pijls Differenzierung hängt mit seiner Ausführung von genaueren *Bestimmungsmomenten* einer „global herrschenden Klasse“ zusammen – ihre Existenz würde sowohl ein elementares Klassenbewusstsein voraussetzen, das ein globales „Steuerungs- und Kontrollkonzept“ hervorbringt, was wiederum einen staatsähnlichen Apparat auf internationaler Ebene unterstellt, als auch einen internationalen Raum, der durch die Beseitigung der Konkurrenz charakterisiert sein müsste (van der Pijl 1998, 216).

Dass diese Bestimmungsmomente noch nicht realisiert sind, beschreibt u.a. Michael Hartmann in einer länderübergreifenden Studie, die belegt, dass der Grad der Internationalisierung in den Vorstandstagen großer Unternehmen bei weitem nicht so hoch ist, wie in der Wirtschaftspresse oft unterstellt wird: „In den 40 führenden deutschen Unternehmen stellen Ausländer gerade einmal 4 Prozent der Vorstandsmitglieder und nur jeder dritte Vorstand verfügt über Auslandserfahrung. Ähnlich sieht es auch in den übrigen führenden Industrieländern aus. Die *nationalen Karrierewege* dominieren ganz eindeutig“ (Hartmann 2004, 150; vgl. Ruigrok 2005, 205). Ebenso bleiben die jeweiligen nationalen Bildungswege immer noch Voraussetzung für Spitzenpositionen. Der „Nachwuchs“ der Machteliten wird weiterhin vorwiegend in national lokalisierten Elite-Bildungsinstitutionen

³⁵⁶ Zwar nötigt die Inter- und Transnationalisierung des Kapitals die nationalen Staaten, sich auf einer über-nationalen Ebene zu reorganisieren. Dieser Trend wird aber von der „gesellschaftlichen Realität“ gebremst, in der die Fähigkeit zu herrschen „in den tiefsten Quellen der Nation“ liegt (van der Pijl 2001, 127). Das Schicksal der Machteliten bleibt ihrer nationalgesellschaftlichen Verankerung verhaftet. Zentrale Entscheidungen werden weiterhin dort getroffen – „und nicht im alpinen Winter-Urlaubsort Davos, wie sehr sich die nationalen Vertreter im Lichte ihrer transnationalen Verbrüderung auch sonnen mögen“ (van der Pijl 2001, 127).

ausgebildet, was Hartmann u.a. am Beispiel Japans, Deutschlands, Frankreichs und der USA empirisch nachgewiesen hat (Hartmann 2004, 109-147).³⁵⁷ Sicherlich haben einzelne Studien eine begrenzte Aussagekraft. Es wird beispielsweise nicht überprüft, wie stark die Internationalisierung der *Eigentümer- und Aktionärsstruktur* im Gegensatz zu den Unternehmensvorständen fortgeschritten ist.³⁵⁸ Auch könnte eingewandt werden, dass die Persistenz nationaler Karrierewege keineswegs eine globale Interessenübereinstimmung der nationalen Eliten ausschließen muss. Allerdings ist die hierfür notwendige soziale Kohärenz zwischen den nationalen Machteliten noch nicht erreicht. Für die Entstehung einer dauerhaften internationalen Klasse fehlt sowohl die dafür erforderliche „interne“, d.h. in diesem Fall grenzüberschreitende Mobilität (Hartmann 2002, 197), als auch eine gemeinsame „Elitesozialisation“. Die für einen gemeinsamen klassenspezifischen „Habitus“ notwendige soziale Homogenität konnte bisher nicht hergestellt werden. Von noch weiter reichender Bedeutung ist die Feststellung, dass diese Untersuchungsergebnisse in „noch stärkerem Maße [...] auf Politik, Verwaltung und Justiz“ zutreffen (Hartmann 2004, 150). Über die Karrieren in den höchsten Gremien und Verwaltungsebenen der EU wird vorwiegend in den jeweiligen Einzelstaaten entschieden.

Hartmanns Ergebnisse können einer notwendigen Differenzierung dienen, die an den differierenden Kriterien der Reproduktion unterschiedlicher Teile der Machteliten anknüpft. Eine herrschende Klasse bzw. eine Machtelite besteht sowohl aus verschiedenen ökonomischen „Kapitalfraktionen“, die unterschiedlich weit inter- bzw. transnationalisiert sein können, als auch einer „politischen Klasse“.³⁵⁹ Letztlich werden zentrale politische und wirtschaftliche Fragen in einem „Inter-Eliten-Verbund“ (Demirovic 1997, 136) entschieden, der aus privaten und staatlichen Akteuren besteht und die vielfältigen Interessenlagen innerhalb der Machtelite sowie breiterer Bevölkerungsschichten reflektieren muss. Diesen

³⁵⁷ Die Bedeutung internationaler *Business Schools* wird z.B. überschätzt (Hartmann 2002, 186 ff.).

³⁵⁸ Tatsächlich entwickelt sich in diesem Bereich bereits ein weiter reichender Transnationalisierungsprozess. Die Tatsache, dass v.a. hinsichtlich ihrer Aktionäre die Deutsche Bank nach eigener Aussage keine deutsche Bank mehr ist, verweist auf einen meiner These entgegenlaufenden Trend. Wie stark z.B. der wachsende Einfluss der transnational agierenden *institutionellen Anleger* die nationale oder regionale Fixiertheit der Konzerne untergräbt, ist jedoch schwer einzuschätzen. Zudem gibt es erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Einflusses etwa von Pensionsfonds. In Deutschland (und noch mehr in Japan) sind sie im Vergleich zu den USA oder den Niederlanden verhältnismäßig weniger bedeutsam (Glyn 2006, 56). Zugleich sind es eher die *Vorstände* der Unternehmen als die *Aktionäre*, die sich mehr an den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen orientieren müssen und sich daher über deren Bedeutung bewusster sind.

³⁵⁹ Besonders die oberen Schichten der Staatsbürokratien sind zwar gegenüber privaten Kapitaleigentümern relativ autonom, aber als Teil der kapitalistischen Machtelite anzusehen, auch wenn sie nicht über Produktionsmittel verfügen.

Aspekt muss auch eine sich transnationalisierende Fraktion des Kapitals berücksichtigen, selbst wenn sie die „dominierende“ Fraktion ist. Es kommt daher u.U. zum Konflikt zwischen den Intentionen des transnationalen Kapitals und denen der Staatsbürokratie, die anderen strukturellen Belastungen ausgesetzt ist.

Makro-regionale Integration von Machteliten am Beispiel der EU

Eine Kritik der These einer „transnationalen herrschenden Klasse“ darf allerdings nicht auf eine „globalisierungsskeptische“ Position zurückfallen. Vielmehr gilt es die veränderte Bedeutung verschiedenartiger räumlicher Ebenen angemessen zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang muss auf einen Aspekt hingewiesen werden, der im Diskurs über die globale bzw. transnationale Ebene oftmals vernachlässigt wird: die *makro-regionale Ebene* (v.a. Europäische Union, NAFTA, ostasiatischer Wirtschaftsraum).

Der Trend zur Schaffung internationaler Kooperation und Politikkoordinierung ist in Europa am stärksten ausgebildet. Dies wurde nicht nur durch die im kollektiven Gedächtnis sedimentierten Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und des Faschismus verursacht (vgl. Habermas 1998, 155 f.; Habermas/Derrida 2003). Die Verhältnisse innerhalb der EU sind auch deshalb relativ integriert und weitestgehend befriedet, weil sich dieser Teil der Weltwirtschaft nach 1945 in einer Lage der Unterordnung gegenüber den USA befand, der sich keine europäische Wirtschaftsmacht alleine hätte wirksam entgegensetzen können. „Für die europäischen Wirtschaftseliten verband sich damit von Anfang an die Überlegung, dass langfristig nur ein *europäischer* Kapitalismus dem US-amerikanischen Kapitalismus als gleichwertiger Konkurrent auf dem Weltmarkt entgegentreten könne“ (Deppe 2006, 52). Das deutsch-französische Bündnis, das erhebliche wirtschaftliche Vorteile barg, bildete seit den 1950ern einen relativ kohärenten Block in Europa, der die Bildung einer Staatenunion vorantrieb. Die Tatsache, dass (im Gegensatz zu Nordamerika) zwei mächtige Staaten (und einige weitere starke Staaten in unmittelbarer Nachbarschaft, die sich ebenso Vorteile versprachen) an der Bildung einer Wirtschaftsunion interessiert waren, musste sich in spezifischer Weise auf die ökonomischen und politischen Strukturen der Integration auswirken. Die Ursachen des europäischen „Mehrebenensystems“ liegen nicht in erster Linie in pazifistischen Grundhaltungen der europäischen Machteliten, sondern eher an der Interessiertheit *mehrerer*, in etwa *gleich starker* Staaten (von den Interessen der USA mindestens bis 1989 an einem relativ stabilen Europa ganz abgesehen). Besonders Deutschland und Frankreich spielen hierbei bis heute eine Schlüsselrolle. Weil beide Staaten

eher an nationaler Stärke und weltweitem Einfluss verlieren würden, wenn sie nicht Teil der Union wären, kämpfen sie um ihr Bündnis.

Die wichtigsten politischen Projekte der europäischen Integration seit Anfang der 1950er waren „ungeachtet aller außen- und sicherheitspolitischen Aspekte zumeist vor allem ökonomisch motiviert“ (Bieling 2004, 134).³⁶⁰ Bis heute hat sich auf der Basis vertraglicher, institutioneller und regulativer Veränderungen eine „europäische Ökonomie“ konstitutionalisiert. Das EWS, der EG-Binnenmarkt, die Währungsunion und schließlich die Finanzmarktintegration haben zu einer relativen Harmonisierung der Waren-, Kredit- und Geldverhältnisse geführt, die gleichsam die „Verzahnung und Integration der nationalen Wirtschaftsräume vorantreiben“ (ebd., 135).³⁶¹ Doch selbst in einem derart hochgradig integrierten Wirtschafts- und zunehmend „Mehrebenen“-Politikraum ist nicht von einer integrierten, kohärenten herrschenden Klasse auszugehen. Besser sollte man von einer *partiellen Herrschaftssynthese* sprechen. Selbst in Bezug auf die Mitgliedstaaten der EU darf die instabile Situation, in der sich die herrschenden Machteliten befinden, nicht unterschätzt werden (Röttger 1997, 115 f., 161).³⁶² Das liegt nicht nur an den spezifischen nationalen Kräfteverhältnissen und den aufgrund ungleicher einzelstaatlicher Einflussmöglichkeiten sich regelmäßig ergebenden Konkurrenzen auf europäischer Ebene (hier ist z.B. an das wechselhafte Verhältnis zwischen Deutschland/Frankreich und Großbritannien sowie zwischen starken und schwachen Mitgliedsstaaten zu denken) – die auch durch noch so komplexe, innereuropäische Regulierungsmechanismen nicht ausgeschaltet werden können –,

³⁶⁰ Die Zielsetzung sowohl des Projekts zur Schaffung eines Binnenmarktes als auch der Währungsunion war eine doppelte: „einerseits die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber Kapitalien aus anderen Regionen [horizontale Ebene], andererseits die Verschiebung der Kräfteverhältnisse auf der vertikalen Konfliktachse. [...] Durch die Schaffung von Binnenmarkt und Währungsunion erhalten jene sozialen Kräfte einen Vorteil, die mobil genug sind, um potentiell den ganzen EU-Raum zu nutzen. Das sind speziell größere Kapitalgruppen“ (Becker 2002, 253).

³⁶¹ Diese Prozesse führen zu einer Transformation des Staates, die Poulantzas mit dem Begriff des „autoritären Etatismus“ umschrieb, und die heute als *neuer Konstitutionalismus* bezeichnet werden: „Die strukturellen Merkmale des ‚neuen Konstitutionalismus‘ bestehen vor allem darin, durch trans- oder supranationale vertragliche, institutionelle und regulative Arrangements einen Handlungsrahmen zu schaffen, der einerseits relativ rigide wirtschafts-, geld- und finanzpolitische Kriterien definiert und diese andererseits zugleich der demokratischen Kontrolle und Einflussnahme tendenziell entzieht. Die Regierungen und politischen Entscheidungsträger werden hierdurch einer Disziplin unterworfen, die in erster Linie durch den globalen Markt und transnationale Wirtschaftsakteure bestimmt ist und demokratische Verfahren substanziell beschneidet“ (Bieling 2004, 136).

³⁶² Mario Candeias argumentiert, dass auf der globalen Ebene ein Übergang zu einem transnationalen Machtblock, der transnationale Elemente eines integralen Staates entwickelt, zu beobachten sei (Candeias 2004a, 250 ff., 268 ff.). Diese starke These relativiert er in seinen stärker empirisch unterfütterten Argumentationen wieder. „Die auf europäischer Ebene prononcierte Regimekonkurrenz zwischen den Nationalstaaten verhindert die Entwicklung eines europäischen ‚Transnationalismus‘“ (Candeias 2004a, 317; vgl. auch 326 f.).

sondern auch weiterhin an den widersprüchlichen Prozessen der Kapitalakkumulation und -konzentration. Letztere können durch eine Interaktion mindestens dreier Tendenzen gekennzeichnet werden: Zum einen existieren weiterhin größere, vorwiegend national gebundene Konzerne, zum anderen bilden sich überregionale und global-regionale „europäische“ Konzerne und Kooperationen (Rugman/Collinson 2005).³⁶³ Hinzu kommen einige Zusammenschlüsse und Verbindungen zwischen Firmen in europäischen Ländern und denen des ostasiatischen sowie nordamerikanischen Raums.³⁶⁴ Ausdruck dieser Ausdifferenzierung der Kapitalkonzentration sind unterschiedliche wirtschaftsstrategische und wirtschaftspolitische Vorstellungen. Einige Kapitalfraktionen betonen die Bedeutung nationaler Volkswirtschaften, andere streben den Ausbau der Europäischen Union an, wieder andere sehen diese nur als Übergangsphase zu einer Weltwirtschaft ohne nationale Schranken. Diese reale Ungleichheit der Interessen zwischen den Kapitalien lässt die Entwicklung eines relativ einheitlichen Raumes als problematisch erscheinen. In der Praxis stellt sich daher die Herausbildung eines politisch integrierten makro-regionalen Raumes als ein umkämpfter Prozess dar, der in der Regel langsamer als geplant vonstatten geht (vgl. Hübner 1998, 134-148; Bieling 2004; Carchedi 2001).³⁶⁵

„Innere Bourgeoisien“?

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich Tendenzen zur Transnationalisierung von Teilen der weiterhin vorwiegend auf die Einzelstaaten bezogenen herrschenden Machteliten zwar nachweisen lassen (z.B. Abkommen im Bereich der ökonomischen Deregulierung). Es handelt sich jedoch eher um relativ fragile Formen von kooperativem inter- und/oder

³⁶³ Die Entstehung von „europäischen“ Konzernen schafft ebenso eine komplizierte Ausgangslage, wie der Fall der bis dato größten grenzüberschreitenden Bankenfusion in Europa zwischen der deutschen HypoVereinsbank und der italienischen Unicredito im Jahr 2005 zeigt. In Folge der Fusion obliegen dem (in diesem Fall italienischen) Mehrheitseigner die maßgeblichen Entscheidungen, das deutsche Management hat teilweise das Unternehmen verlassen. Die Bayerische Staatsregierung hatte erhebliche Bedenken gegen die Fusion angemeldet, konnte sich aber nicht durchsetzen.

³⁶⁴ In der Wirklichkeit überlappen sich diese Prozesse oft. Ein großer national orientierter Konzern kann in einem Produktionssegment innereuropäische Kooperationspartner haben, in einem anderen dagegen japanische oder amerikanische.

³⁶⁵ Die EU befindet sich auch deshalb in einem hybriden Zustand, weil in ihr klassisch-intergouvernementale und supranationale Ebenen koexistieren. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU wird etwa als intergouvernementaler, die Agrarpolitik und die Außenhandelsregulierung dagegen werden als supranationale Bereiche verstanden (Ziltener 2000, 80). Aus der Perspektive des „liberalen Intergouvernementalismus“ entwickelt Moravcsik eine plausible Argumentation. Die EU wird als noch vorwiegend intergouvernementale Steuerungsinstitution v.a. zur Regulierung ökonomischer Interdependenz verstanden, in der die Schritte zur Integration nicht in erster Linie durch die supranationalen Institutionen wie die Europäische Kommission, sondern durch die Mitgliedsstaaten selbst vorangetrieben wurden und werden (Moravcsik 1998).

transnationalem Klassenhandeln. Ein dauerhaftes, kohärentes Klassenhandeln mit stark integrierenden bzw. harmonisierenden Effekten ist kaum absehbar. Bestimmte weltweit ausgerichtete Unternehmensgruppen sind dabei von den weniger mobilen politischen Eliten zu unterscheiden. Im Raum der EU sowie, wie weiter unten gezeigt wird, im transatlantischen Raum, hat dies zu einem höheren Grad der Homogenisierung der Interessenslagen geführt als dies außerhalb dieser Räume der Fall ist.³⁶⁶

Besonders innerhalb der *europäischen* und teilweise auch der *transatlantischen* Beziehungen kann es daher Sinn machen, von „inneren“ Bourgeoisien (Poulantzas 2001) zu sprechen. Der Begriff der inneren Bourgeoisie legt „im Unterschied zu Begriffen wie dem der ‚transnationalen Managerklasse‘ [...] den Akzent darauf, dass der Nationalstaat trotz der Transnationalisierungsprozesse ein bedeutender Bezugspunkt dieser Klassenfraktion bleibt“ (Wissel 2007, 120). Dabei ist eine sorgfältige, empirisch abgesicherte Argumentation anzustreben. Die starke These der amerikanischen Durchdringung Europas etwa, der zufolge die Übermacht des amerikanischen Kapitals nach dem Zweiten Weltkrieg die europäischen, nationalen Kapitalien „ersetzt“ und das Ende „kohärenter“ nationaler Bourgeoisien eingeleitet habe (Panitch/Gindin 2004a), ist in dieser zugespitzten Form nicht haltbar.

Erstens kann die Art und Weise dieser Poulantzas-Interpretation in Frage gestellt werden. Auch wenn starke Bourgeoisien die Politik schwächerer Bourgeoisien maßgeblich bestimmen, so bleiben für Poulantzas, global betrachtet, die nationalen Staaten als Reproduktionsstandorte der verschiedenen Machteliten weiter in einem Konkurrenzverhältnis zueinander bestehen.³⁶⁷ „Nur die verblasene Vorstellung von einem ‚Superimperialismus‘ ist imstande, die Vorherrschaft eines imperialistischen Landes über die anderen mit der ‚Befriedung‘ der innerimperialistischen Spannungen gleichzusetzen (Poulantzas 1977, 25). Zudem sieht er bedeutende Unterschiede zwischen den transatlantischen Beziehungen und denen zwischen Zentren und Peripherien: „Diese neue Abhängigkeit [die US-Vorherrschaft in Europa] ist nicht gleichzusetzen mit derjenigen, die die Beziehungen von Metropolen und beherrschten Formationen kennzeichnet. Sie kann absolut nicht analog zu dieser behandelt werden, weil eben diese Metropolen zum einen weiterhin eigene Zentren der

³⁶⁶ Dies war nach 1945 einer unter mehreren Gründen für das Ausbleiben kriegerischer Konflikte innerhalb des „Westens“.

³⁶⁷ Poulantzas behandelt die Konflikte zwischen den USA und europäischen Ländern z.B. in seiner Diskussion des Sturzes der Militärdiktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien in den 1970ern. Westliche geopolitische Konflikte um die Einflussnahme und Kontrolle dieser schwächeren Länder hatten zur Instabilität der betroffenen Militärregime beigetragen. Dabei differenziert er die Machteliten in den betroffenen Diktaturen in „innere“ (also nur teilweise autonome) Bourgeoisien und Kompradorenbourgeoisien (Poulantzas 1977, 37 ff.).

Kapitalakkumulation darstellen, und zum anderen selbst die abhängigen Formationen beherrschen. Besonders die Unterschätzung dieses letzten Elementes charakterisiert die Konzeptionen des Ultra-Imperialismus: tatsächlich liefern sich der amerikanische Imperialismus und der Imperialismus dieser Metropolen eine Schlacht um die Herrschaft und Ausbeutung dieser Formationen“ (Poulantzas 2001, 28 f.). Insofern kann die These einer amerikanischen Vorherrschaft als ein Merkmal des historischen Kräfteverhältnisses des westlichen Blocks ab 1945 verstanden werden, nicht aber als gewissermaßen neues Strukturmerkmal des Kapitalismus. Die These der Bildung „innerer Bourgeoisien“ darf nicht als geradliniger Weg zur Auflösung einer Machtelite in einer anderen bzw. als Übereinkunft zwischen ihnen betrachtet werden. Fortbestehende Interessensgegensätze, Konflikte und Krisen machen „Rückfälle“ z.B. in nationalen Protektionismus durchaus möglich. Zudem sollten kurzschlussige Folgerungen vermieden werden: Ein Mehr an ausländischen Unternehmensbeteiligungen oder Direktinvestitionen muss nicht automatisch ein Mehr an politischer Macht in dem betroffenen Gebiet bedeuten. Die enge Verbindung etwa der USA und Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg hatte nicht nur mit Auslandsdirektinvestitionen zu tun, sondern war auch Ausdruck einer spezifischen, vorwiegend geopolitisch vermittelten (Supermachts-)Kräftekonstellation, in der innerwestliche Konflikte vom Ost-West-Gegensatz überlagert wurden.

Um die reale Existenz innerer Bourgeoisien nachzuweisen, bedarf es *zweitens* überzeugenderer empirischer Belege.³⁶⁸ Es käme daher gegenwärtig darauf an, genauer zu untersuchen, ob es beispielsweise nicht auch eine „innere“ Bourgeoisie in den USA gibt, mit deren Hilfe westeuropäischer oder ostasiatischer Einfluss in den Vereinigten Staaten geltend gemacht wird.³⁶⁹ Dasselbe gilt für die innereuropäischen Verhältnisse – etwa für die deutsche Durchdringung osteuropäischer Ökonomien oder die deutsch-französischen Bindungen. Es muss dabei aber der weiterhin bestehenden, relativen Unabhängigkeit der großen Kapitalismen (und zunehmend auch ihrer makro-regionalen Ausdehnung) Rechnung getragen werden. Die Entstehung „innerer“ Bourgeoisien macht die „alten“ nationalen Machteliten nicht obsolet.

³⁶⁸ Wie Jessop bemerkt, ist auch Poulantzas dafür kritisiert worden, dass „innere“ Bourgeoisien in Griechenland, Portugal und Spanien in Wirklichkeit kaum existierten (Jessop 1985, 280).

³⁶⁹ Man denke dabei z.B. an den starken Einfluss europäischer und ostasiatischer Autohersteller und Zulieferer. Das Territorium der USA beherbergt seit Jahren die größte Anzahl ausländischer Tochterunternehmen weltweit (Kentor 2005, 276).

2.3. PERIODISIERUNG DER GELD- UND WÄHRUNGSVERHÄLTNISSE

Als ein grundlegendes Strukturmerkmal kapitalistischer Ökonomien sind die Geldverhältnisse, welche einerseits der realwirtschaftlichen Akkumulation eine „Geldbeschränkung“ auferlegen, andererseits dieser vermittelt über den Kreislauf des zinstragenden Kapitals eine spezifische Elastizität verleihen, historisch immer bezogen auf spezifische Produktions- bzw. Distributionsbedingungen und auf konkrete einzelstaatliche und heute teilweise supranationale Währungsräume (EU).³⁷⁰

Die Verfügung über Geld und die Möglichkeit, die Geldmenge in gewissen Maßen zu steuern (durch die Zentralbanken), bilden eine Grundlage von Macht im Kapitalismus.³⁷¹ Das Geld (bzw. die „vielen“ Währungen) als ein politisch reguliertes, in der Regel auf Einzelstaaten bezogenes Medium der Vergesellschaftung führt zu einer Reihe von Konkurrenzverhältnissen, die für die Untersuchung weltweiter Kräfteverhältnisse wichtig sind.³⁷² Die Rolle von nationalen Währungen (und von Wechselkursen) muss in der Analyse der weltwirtschaftlichen Akkumulationsrhythmen einbezogen werden. Das gilt für die mikroökonomische Ebene – „the exchange rate, on which nation states are directly and indirectly influential, remains a major, on-going, and irresolvable point of conflict between

³⁷⁰ Die Staaten der Europäischen Währungsunion werden seit der Einführung des Euro (geld)ökonomisch quasi als eine Nationalökonomie betrachtet. Derzeit wird auch in Ostasien und Lateinamerika verstärkt über eine monetäre Kooperation nachgedacht (Dieter 2005, 302-320). Eine gegenläufige Entwicklung von einem großen Währungsraum in eine Vielzahl kleinerer Währungsräume konnte bei der Auflösung des Ostblocks nach 1989 beobachtet werden.

³⁷¹ In diesem Abschnitt gilt es aufgrund von divergierenden Kriterien der Reproduktion wiederum zwischen den einzelökonomischen und den einzelstaatlichen Interessen zu differenzieren. Einzelkapitalien bzw. bestimmte Branchen sind u.U. viel weniger um die eigene Währungssouveränität bemüht als das betroffene Staatspersonal und/oder die Zentralbanken. Für staatliche Institutionen ist Währungssouveränität lebenswichtig. Sie wurde weiter oben als eine der grundlegenden Aufgaben des kapitalistischen Einzelstaates bezeichnet.

³⁷² Es war u.a. die Schaffung von Zentralbanken, die im 19. Jahrhundert zu einer Zentralisierung des Geldwesens und zur Schaffung einer einheitlichen Währung führte. Zuvor existierten oftmals mehrere Währungen innerhalb einer politischen Einheit (Cohen 2000, 27-34). Vor dem 19. Jahrhundert war das Vorhandensein vieler, annähernd gleichwertiger Währungen innerhalb eines Territoriums keine Seltenheit. In den USA zirkulierten noch um 1850 neben den mexikanischen Dollars weitere ausländische Währungen. 1861 wurde der Dollar zwar gesetzliches Zahlungsmittel, es dauerte jedoch weitere fünf Jahrzehnte, bis er mit der Schaffung der amerikanischen Zentralbank standardisiert wurde.

Die Währungssouveränität war also eine historisch späte Erscheinung. Cohen diskutiert Vorteile einer souveränen, territorial regulierten Währung, etwa das nationale Geld als Mittel der Schaffung nationaler Identität (Cohen 2000, 35 ff.). Der gegenwärtige Souveränitätsverlust ist nicht einfach mit der vorkapitalistischen Epoche zu vergleichen. Zwar wird gegenwärtig die Entscheidung über den Rang einer nationalen Währung maßgeblich von den privaten Akteuren der Devisenmärkte getroffen (Altvater 2005, 129 ff., Cohen 2000, 113-118), allerdings werden die „Angebotsbedingungen“ eines Währungsraums, die Lohnhöhe, die Produktivität etc., immer auch „nationalökonomisch“ bestimmt. Diese Art des „Protektionismus“ trägt den Bedingungen der Währungskonkurrenz im globalen Raum Rechnung.

capitals engaged in different forms of accumulation“ (Bryan 1995, 93) – genauso wie für die makroökonomische Ebene. Dabei muss die „Währungskrise“ als ein Bestandteil der allgemeinen Krisenhaftigkeit kapitalistischer Gesellschaften gesehen werden. Entgegen der neoklassischen Dichotomie von Realwirtschaft und Geldzirkulation muss der Verknüpfung von Krise in der Produktions-, Zirkulations- und Konsumsphäre mit den eigenständigen Mechanismen des Geld- und Finanzverkehrs Rechnung getragen werden. Ebenfalls in Abgrenzung zur Neoklassik, die eine Neutralität des Geldes unterstellt und dementsprechend bei der Abwesenheit von Mobilitätsschranken von Kapital und Arbeit keine Differenz zwischen Regionen innerhalb einer Währungszone und Ländern mit eigenständigen Währungen sieht, muss der Unterschied zwischen *Interaktionen innerhalb eines gemeinsamen Währungsraums* und *Interaktionen zwischen Staaten mit eigener Währung* beachtet werden (Herr/Hübner 2005, 118; vgl. Busch 1974, 34-46).³⁷³

Die Existenz vieler Währungsräume ist begleitet von einer Dominanz der mächtigsten unter ihnen gegenüber den schwächeren (Altvater/Mahnkopf 1996, 390). „International führende Währungen haben in der Regel einen Währungsraum, der über die eigenen Staatsgrenzen hinausgeht. Erstens werden internationale Kredite nur in den führenden Währungen der Welt vergeben. Zweitens sind Länder mit Währungen mit einer geringen Vermögenssicherungsqualität von Parallelwährungssystemen bzw. Dollarisierung [oder Euroisierung] bedroht, da ausländische Währungen auch im Inland Geldfunktionen übernehmen und die nationalen Finanzsysteme penetrieren“ (Herr/Hübner 2005, 107). In dieser Weise kann ökonomische Macht die Abhängigkeit schwächerer Ökonomien vergrößern

³⁷³ Ein weiterer Hinweis auf den „gekerbten“ Raum (Mouffe 2005, 36) des kapitalistischen Weltsystems stellt die Entwicklung von *Profitraten*, *Zinsraten* und *Preisen* dar. Im Gegensatz zu den Zinsraten, die durch Weltmarktentwicklungen direkter als die Profitraten beeinflusst werden und immer wieder Tendenzen zur Angleichung aufweisen, variieren die Profitraten in einzelnen Branchen an unterschiedlichen Orten stärker, was den fortwährenden Einfluss territorialer Zusammenhänge bzw. Räumen, in denen Produktion und materieller Austausch stattfinden, widerspiegelt. Doch auch bezogen auf die Zinsraten muss die vorherrschende Konvergenzthese relativiert werden: „Die globale Integration der Finanzmärkte hat seit den 1980er Jahren zwar massiv zugenommen [...], freilich ohne dabei eine vollständige Konvergenz der realen Zinssätze in der OECD-Welt zur Folge zu haben. Verwunderlich ist dieser Sachverhalt allerdings nicht, denn es existiert das folgende Paradox: Zwar haben sich in den letzten Jahrzehnten grenzüberschreitende Kapitalströme massiv erhöht, jedoch stehen als Anlagemöglichkeit immer nur nationale Währungen zur Verfügung. [...] Die Globalisierung der Finanzmärkte konnte damit in keiner Weise die Segmentierung der Finanzmärkte in verschiedene Währungen überwinden. Da internationale Anleger bei ihren Anlagen neben dem Zinssatz auch Wechselkursveränderungen berücksichtigen müssen, ist von einer Konvergenz der Zinssätze nicht auszugehen“ (Herr/Hübner 2005, 32 f.). Ebenso kann nicht von einheitlichen Preisen ausgegangen werden, auch wenn etwa eine Marktöffnung und die Internationalisierung der Produktion zumindest Tendenzen des Preisausgleichs generieren: „Von einheitlichen Preisen kann genauso wenig die Rede sein, wie von vollständig integrierten Märkten. Auch lassen sich keine dominanten Tendenzen einer Annäherung nationaler Preise feststellen“ (Herr/Hübner 2005, 20).

(etwa durch finanzielle Verschuldung) und/oder zur Externalisierung von sozio-ökonomischen Krisen dienen. Die monetäre Macht hilft dabei, Einfluss auf ausländische Ökonomien zu nehmen: Der Versuch der „Öffnung“ von Entwicklungs- und Schwellenländern im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme des IWF (in dem die mächtigsten Volkswirtschaften der Erde die größten Stimmanteile auf sich vereinen) und/oder im Gefolge wirtschaftlicher Krisen (etwa in Ostasien nach 1997), ist ein Hinweis dafür, wie finanzielle Abhängigkeiten instrumentalisiert werden können. In einigen Analysen der 1970er wurde die Rolle der mächtigsten Währung, des US-Dollar als „Weltgeld“, zu Recht auch als ein politisches Vehikel des amerikanischen Staates angesehen, der die anderen Staaten strukturell an die USA und ihre Handelsinteressen bindet: „So implizierte die Anerkennung des Dollar als Weltgeld durch die kapitalistischen Staaten notwendig die ökonomische Stützung (und in der Regel auch die politische Stützung) des US-Imperialismus überall in der Welt“ (Neusüss/Blanke/Altvater 1971, 87 f.). Schmidt spricht in diesem Zusammenhang vom „monetären Arm der Hegemonie“ (Schmidt 2005, 5 ff.).

Historisch lassen sich vier Phasen hegemonialer bzw. nicht-hegemonialer Währungssysteme unterscheiden (vgl. Eichengreen 2000):

- eine Quasi-Hegemonialkonstellation unter dem „Goldstandard“ und der faktischen Leitwährung des englischen Pfund Sterling, die von den 1870ern bis 1914 vorherrschte,
- eine Oligopolkonstellation zwischen 1914 und 1945,
- eine Hegemonialkonstellation im Rahmen des Bretton Woods-Systems und dem US-Dollar als Leitwährung zumindest im Westen³⁷⁴ nach 1945,
- eine sich abzeichnende erneute Oligopolkonstellation, für die die Krise des US-Dollar in den 1970ern ihren Ausgangspunkt darstellte, die sich aber erst in den letzten Jahren deutlicher konturierte.

³⁷⁴ Im Ostblock waren die einzelnen Währungen offiziell untereinander nicht konvertibel. Stattdessen wurde der Zahlungsverkehr mit dem sog. „Transferrubel“ von der Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ) mit Sitz in Moskau abgewickelt.

In den oligopolistischen Phasen bzw. während der *Multiwährungsstandards* haben jeweils *mehrere* Währungen in relevantem Umfang internationale Geldfunktionen übernommen, in den hegemonialen Konstellationen bzw. in einem *Leitwährungssystem* dagegen erfüllte vorwiegend *eine* Währung diese Aufgaben. Das Leitwährungssystem vor dem Ersten Weltkrieg basierte auf dem Goldstandard, der eigentlich ein Pfund-Sterling-Standard war, und brachte die Quasi-Hegemonie Großbritanniens zum Ausdruck.³⁷⁵ Die Grundlage des Goldstandards war die absolute Priorität, die von den Ländern mit Goldwährung der Konvertibilität ihrer Währung (in Gold) beigemessen wurde.³⁷⁶ Es wurde im Rahmen internationaler Kooperation durch mehrere Krisen hindurch bis 1914 aufrechterhalten (Eichengreen 2000, 53-57, 66 ff.). 1944 wurde das Bretton Woods-System unter der Hegemonie der USA etabliert.³⁷⁷ Es geriet Ende der 1960er Jahre in eine Krise und zerbrach 1973. Die Verbindung zwischen ökonomischer Stärke und politisch-militärischer Schlagkraft auf der einen und der Kapazität, eine Leitwährung zu bilden, auf der anderen Seite, war in diesen Systemen eng: „Historisch wurde die Leitwährungsfunktion immer von Ländern übernommen, die einerseits dank ihrer ökonomischen Potenz in der Weltwirtschaft eine wichtige Rolle spielten und die andererseits auch politisch und militärisch dominierten“ (Herr/Hübner 2005, 146). Im Rahmen der bisherigen Leitwährungssysteme dominierten *relativ feste Wechselkurse*, die an die Leitwährungen gebunden waren, vor dem Hintergrund relativ stabiler, d.h. hegemonial abgesicherter Kapitalströme zwischen den starken Volkswirtschaften. Insbesondere nach 1945 konnte die amerikanische Hegemonialmacht die internationalen Geld- und Währungsinstitutionen als ein relativ stabiles System aufbauen (Herr/Hübner 2005, 296). Vor 1914 dominierte das englische Pfund bzw. die Londoner City das internationale Währungsgeschehen nicht ganz so umfassend. Ein wichtiges Resultat der Entstehung einer Leitwährung, die als internationaler Wertstandard und Zahlungsmittel fungierte, war das wachsende Interesse vieler ökonomischer Akteure, die Leitwährung auch als internationales Wertaufbewahrungsmittel zu gebrauchen.³⁷⁸ Zudem konnte das

³⁷⁵ 60 bis 90 % des Welthandels waren Ende des 19. Jahrhunderts in Pfund Sterling fakturiert (Chinn/Frankel 2005, 11).

³⁷⁶ Die Fähigkeit, dies zu gewährleisten, hing mit dem „vertikalen“ Kräfteverhältnis im Inneren der Gesellschaften zusammen. Da es „noch keine Tarifverträge gab, konnte ein plötzliches Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz, zu dessen Behebung die inländischen Ausgaben gesenkt werden mussten, durch eine Senkung der Preise und Löhne behoben werden“ (Eichengreen 2000, 52).

³⁷⁷ Zur inneren Periodisierung des Bretton Woods-Systems vgl. Eichengreen 2000, 132 ff.; Hirst/Thompson 2002, 34f., 54 ff.

³⁷⁸ Diese und andere Faktoren drängten die Leitwährungsländer immer wieder in eine Konstellation von Handels- und Leistungsbilanzdefiziten: „Großbritannien bewegte sich vor dem Ersten Weltkrieg langsam in eine solche Situation hinein [...], die USA nahmen ab den 1980er Jahren diese Rolle ein.

Leitwährungsland die Entwicklung des Zinsniveaus in der gesamten Welt mit bestimmen.³⁷⁹ Ausgehend von der monetären Ebene gingen z.B. von den Vereinigten Staaten politische Impulse in Richtung der Schaffung einer stabilen Weltwirtschaft aus. Die amerikanische Regierung zog derart Vorteile aus den globalen Kräfteverhältnissen, etwa durch Gewinne aus der Geldschöpfung der Zentralbank, sog. „Seignioragegewinnen“ (Chinn/Frankel 2005, 6 ff.; Carchedi 2001, 103 f.).

In den nicht-hegemonialen Währungssystemen bzw. den *Multiwährungsstandards* übernahmen zwei oder mehrere Reservewährungen die internationalen Geldfunktionen, ohne dass diese jeweils tatsächlich gleich stark sein mussten.³⁸⁰ Zwischen 1914 und 1945 galt dies für den Kampf zwischen dem noch mächtigen Pfund-Sterling und dem aufstrebenden US-Dollar (Chinn/Frankel 2005, 12). Der Erste Weltkrieg bedeutete das Ende des Goldstandards. Freie Wechselkurse waren die Folge.³⁸¹ Ein Versuch des Neubeginns des Goldstandards im Jahr 1926 wurde durch die Abwertung des Pfund Sterling durch Großbritannien 1931 wieder beendet. Bis 1932 war das globale Währungssystem in drei Blöcke zerfallen („Goldblock“ unter der Führung der USA, „Sterling-Block“ unter der Führung Großbritanniens, „Reichsmarkblock“ unter der Führung Deutschlands) (Eichengreen 2000, 75). Die Erosion der britischen Quasi-Hegemonie, die Tiefe der Krise sowie unterschiedliche Interpretationen der Krisenursachen verunmöglichten die Anstrengungen um eine erneute internationale Koordinierung der Währungspolitik. Weniger polarisierte, aber dennoch ähnliche Tendenzen zeichneten sich in den letzten Jahrzehnten ab (Herr/Hübner 2005, 152). Der

Es soll nicht verschwiegen werden, dass solche Konstellationen latent zur Schwächung der monetären Rolle des Leitwährungslandes führen können, nämlich dann, wenn zweite oder dritte Länder heranwachsen, die eine Gläubigerstellung aufbauen“ (Herr/Hübner 2005, 149). Diese Phase hält in den USA bereits seit den 1980ern an (vgl. Arrighi 2005a, 71 ff.).

³⁷⁹ „Der Zinssatz in der Leitwährung definiert den Standard, der anderen Ländern vorgegeben ist. Die Grundlage für diese Macht der Zentralbank des Leitwährungslandes liegt in der hohen Reputation des Leitwährungslandes [...] Ein besonders gutes Beispiel für den beschriebenen Fall ist die Hochzinsphase in den USA Ende der 1970er Jahre, die das Weltzinsniveau nach oben trieb und der sich kein Land mit liberalisiertem Kapitalverkehr entziehen konnte“ (Herr/Hübner 2005, 148).

³⁸⁰ Von den für die gegenwärtige Phase relevanten Konflikten zwischen den *unterschiedlichen Geldfunktionen* – etwa der Funktion des Geldes als Handelswährung (um z.B. mit Hilfe eines niedrigen Wechselkurses billiger exportieren zu können) und der Funktion als Reserve- und Anlagewährung (um z.B. die Sicherheit einer Vermögensanlage zu garantieren), wird im Folgenden abgesehen.

³⁸¹ „Um die für den Krieg benötigten Ressourcen zu mobilisieren, erließen die Regierungen neue Steuern und gaben Staatsanleihen aus. Als sich die Ressourcen als unzureichend erwiesen, setzte die politische Führung die Bestimmungen außer Kraft, die den Staat und seine wichtigste währungspolitische Institution, die Zentralbank, bislang verpflichtet hatten, die Landeswährung durch die Haltung von Reserven in Form von Gold oder Devisen abzusichern. Sie gaben Papiergeld ohne Deckung aus, um die Soldaten bezahlen und Kriegsgerät im eigenen Land kaufen zu können. Unterschiedliche Anteile der deckungslosen Noten am gesamten Geldumlauf in den einzelnen Ländern hatten starke Unterschiede der Wechselkurse zur Folge“ (Eichengreen 2000, 71).

Multiwährungsstandard zwischen 1914 und 1945 und (weniger ausgeprägt) in der gegenwärtigen Konstellation, war und ist kaum dazu in der Lage, die internationalen ökonomischen Abläufe zu stabilisieren. Feste Wechselkurse waren und sind in derartigen Phasen nicht zu erwarten.

Aber es sind auch deutliche Unterschiede zwischen den Phasen auszumachen. Der Spielraum der Wechselkursschwankungen der nationalen Währungen wurde beispielsweise im 20. Jahrhundert vergrößert: Der in der Weltwirtschaftskrise ab 1931 endgültig außer Kraft gesetzte internationale Goldstandard, der die Währungen an die jeweils verfügbaren Goldreserven gebunden hatte und den Einzelstaaten nur geringe wirtschaftspolitische Spielräume ließ, wurde durch das internationale Kreditgeldsystem im Rahmen des Bretton Woods-System modifiziert. Das Ende des Zwangs zur Golddeckung gestattete den Einzelstaaten eine eigenständigere Geld- und Wirtschaftspolitik. Die nationalen Zentralbanken besaßen in der Phase nach 1945 erhebliche Einflussmöglichkeiten u.a. über die Festsetzung der Währungspolitik bzw. die Währungsparitäten, das Halten verschiedener Währungsreserven, die Emission von Banknoten sowie die Beaufsichtigung des Bank- und Finanzsektors. All dies war eine wesentliche Bedingung für eine relativ unabhängige „nationale“ Wirtschaftspolitik. Mit politischen Strategien der „Unterbewertung“ ihrer Währungen konnten sich sowohl Japan als auch die BRD zu starken Exportökonomien entwickeln (vgl. Altvater/Hübner 1988). Mit der Abkehr vom Goldstandard eröffnete sich also die Möglichkeit einer gezielten *Währungskonkurrenz*. Stärker als am Ende des 19. Jahrhunderts versuchten (und versuchen) die Zentralbanken, den Wert „ihrer“ Währung zu steuern, um wirtschaftspolitisch handlungsfähig zu bleiben.³⁸² Da die für die Geldwertstabilität bzw. Wertsicherung verantwortlichen quasi-staatlichen Institutionen dies im Verhältnis zu den jeweiligen anderen Währungen durchsetzen müssen, entsteht eine Währungskonkurrenz, die bis zum *Währungskonflikt* eskalieren kann (Altvater 2005, 128 ff.).

³⁸² Dies variiert, wie ein Blick auf die Zentralbanken verschiedener Staaten verrät. Sind sie in Deutschland oder den USA als relativ unabhängige, quasi-staatliche Institutionen anzusehen, so unterliegen sie in Großbritannien, Frankreich oder Japan direkter den Weisungen der Regierungen.

2.3.1. DAS GEGENWÄRTIGE NICHT-HEGEMONIALE WÄHRUNGSSYSTEM

Die Analyse des gegenwärtigen Währungssystems bezieht sich auf eine Phase des erhöhten Einflusses der Devisen- und Finanzmärkte. Die parallel vorangetriebene Vermarktwirtschaftlichung auch von politischen Institutionen führt allerdings nicht zur Auflösung der quasi-staatlichen Regulierung des Geldes, sondern modifiziert diese (Cohen 2000, 131-149, Mosley 2003, 17, 304 ff.). Auch wenn die starken Staaten auf der *Nachfrageseite* des Geldes einen Einflussverlust hinnehmen mussten (aufgrund der gewachsenen Kapitalmobilität), können sie doch weiterhin die Ausgabe des Geldes, die *Angebotsseite*, bestimmen.³⁸³ Zudem erfordern die heutigen internationalen monetären Transaktionen einen hohen rechtlichen Regelungsbedarf. Die Deregulierung der Absatz- und Finanzmärkte gebietet gewissermaßen die „Re-Regulierung“ auch und gerade der Geldbeziehungen. „Das ‚disembedding‘ stößt also auf Grenzen. Das ökonomische System bedarf der politischen Hilfe“ (Altvater/Mahnkopf 1996, 171). Zwar wurden die Möglichkeiten nationaler Geldpolitik besonders in schwächeren Einzelstaaten im Zuge der Deregulierung des Kapitalverkehrs erheblich eingeschränkt, und auch in starken Staaten ist etwa der

³⁸³ Cohen, der die soziale Konstruktion der „Geographie des Geldes“ betont, diskutiert das gegenwärtige Verhältnis von politischen Institutionen und privatwirtschaftlichen Akteuren wie folgt: „[T]he interaction has been transformed from *monopoly* to *oligopoly*. The monetary role of government has not been so much diminished as redefined. States, once largely supreme in their own territories, have now become something like competing firms in an oligopolistic industry. The point is simple. Markets have two sides: supply and demand. Hence not one but two sets of actors are involved – not just the users of money but also its principal producers, who happen still to be governments. With deterritorialization states have lost the dominant authority they once enjoyed over demand: their local monopolies. Since some transactors now have an alternative, the happy option of Exit, government can no longer easily enforce Loyalty, an exclusive role for their own currency within established political frontiers. But states do still dominate the supply side of the industry, largely retaining control over the issuance of money. Thus they can still, like oligopolistic firms, exercise influence over demand insofar as they can successfully compete, inside or across borders, for the allegiance of market agents. Authority, accordingly, is retained to the extent that user preferences can be swayed. Like oligopolists, governments do what they can, consciously or unconsciously, to preserve or promote market share for their product [...] The competition state [...] participates in markets only indirectly, mainly to alter incentives confronting agents on both demand and supply sides. What is unique about cross-border currency competition is that the state participates directly, as the dominant actor on the supply side. It is the government's own creation, its money, that must be marketed and promoted“ (Cohen 2000, 138 f.). Eine mögliche Herausforderung für die „Angebotsseite“ des Geldes (d.h. die Steuerung der Geldmenge) – in der Form von „E-Money“ bzw. „E-Cash“ – hält Cohen für unwahrscheinlich, weil dieser elektronischen Ausgabe von Geld eine zentrale Grundlage fehlt: Vertrauen (Cohen 2000, 135).

Von einigen Autoren werden die sog. Derivate als neue, von den Nationalstaaten losgelöste Form des Weltgeldes überzeichnet – „derivatives as a new global money produced by the market rather than nation states. It is this transcendence of national money, we argue, that permits derivatives to play their anchoring role“ (Bryan/Rafferty 2006, 15, 135-161; vgl. zu einer ausgewogeneren Darstellung der modernen Formen des Finanzkapitals: Sablowski/Rupp 2001; Sablowski 2003).

spekulativ induzierte Wechselkursverfall wahrscheinlicher als früher, dennoch besitzen gerade die Vereinigten Staaten und die Europäische Union erhebliche Möglichkeiten hinsichtlich der Regulierung ihrer Währung (Dieter 2005, 281 ff.). Formen des Protektionismus, v.a. die Verteidigung des nationalen bzw. supranationalen Währungsraums, zielen dabei mehr und mehr auf den weltweiten Markt, in dessen Hierarchie eine angemessene Stellung für die eigene Währung zu erreichen versucht wird: Währungs-„Protektionismus“ und (selektive) „Offenheit“ schließen sich keineswegs aus, sie gehören zusammen.³⁸⁴

Wenig beachtet ist in den letzten Jahren die Hegemonialposition des US-Dollar geschwächt worden. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die Weltwirtschaft nach 1945 „langsam von einem Hegemonialsystem unter der Dominanz der USA zu einem Multiwährungsstandard bewegt hat und diese Tendenz auch zukünftig anhält. [...] Es deutet sich [...] an, dass sich bei der Übernahme der Weltgeldfunktionen eine intensive Konkurrenz zwischen dem US-Dollar und dem Euro entwickelt. Der Yen hat bei der Übernahme internationaler Funktionen verloren. Weitere Währungen spielen bei der Übernahme internationaler Funktionen eine untergeordnete Rolle. Der US-Dollar kann derzeit kaum mehr als 50 % an internationalen Geldfunktionen auf sich vereinigen. Dies hat die Funktionsweise des Währungssystems fundamental verändert“ (Herr/Hübner 2005, 146). Mit der Auflösung des festen Wechselkurssystems 1973 entwickelte sich bis heute eine Kombination verschiedener „Währungsregime“, die von „völlig freien Wechselkursen zwischen den großen Währungsblöcken US-Dollar, DM (Euro) und Yen über Varianten des Managed Floating bis hin zu Currency Boards und einheitlichen Währungen innerhalb supranationaler Räume reicht“ (Herr/Hübner 2005, 44). Das Währungssystem ist in *Währungsräume* gegliedert, die durch flexible Wechselkurse untereinander verbunden sind, intern jedoch relativ feste Wechselkurse haben. Zwar *dominiert* der Dollar weiterhin die internationalen Währungsbeziehungen, seine unangefochtene, hegemoniale Rolle hat er aber verloren: Im Vergleich zu den 1950ern und 1960ern ist seine Vorherrschaft bei der Abwicklung des internationalen grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungs- sowie des Kapitalverkehrs geringer geworden. Dennoch sind bis heute durchschnittlich 40 % des Welthandels mit Gütern und Dienstleistungen sowie der grenzüberschreitenden Forderungen im US-Dollar denominiert. Auch in Bezug auf den Dollar als internationalem Kreditmittel hat

³⁸⁴ Im Folgenden bleiben die Potentiale des *monetären Regionalismus* in Südostasien sowie Lateinamerika und ihren möglichen Folgen für die globale Wirtschaftsordnung unberücksichtigt (vgl. Dieter 2005, 281-323).

dieser seine Monopolstellung als hegemoniales „Weltgeld“ eingebüßt, denn bei den wichtigsten Indikatoren liegt er unter 50 % (etwa bei den Fremdwährungsforderungen von Banken oder der Emission von internationalen festverzinslichen Wertpapieren in Dollar) (Herr/Hübner 2005, 106 f.). Das gleiche gilt für die Rolle des Dollars als internationalem Zahlungsmittel.³⁸⁵

Im Gegensatz zu früheren „Dollarkrisen“ ist mit dem Euro zugleich ein Währungs- und Wirtschaftsraum entstanden, der sich mit dem des US-Dollars messen und dessen Position langfristig gefährden kann (vgl. Chinn/Frankel 2005). Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg existiert eine Währung, die als Konkurrent des Dollar um die Rolle des Weltgeldes potentiell in Frage kommt. Da es vor allem Erwartungen sind, welche die Entscheidungen kapitalistischer Akteure bestimmen, stellt der Euro eine stärkere Bedrohung für den Dollar dar, als sich aus derzeitigen Statistiken ablesen lässt.³⁸⁶ In der Tat lässt sich bereits seit den 1970ern eine Tendenz zur Intensivierung der Währungskonkurrenz feststellen (Herr/Hübner 2005, 46; vgl. Altvater 2005, 136 ff.), u.a. wegen der stagnativen Grundtendenzen der internationalen Ökonomie und aufgrund des Abbaus von Kapitalverkehrsbeschränkungen³⁸⁷ – ohne dass dies allerdings bislang zu ernsthaften Währungskonflikten oder schärferen geopolitischen Auseinandersetzungen geführt hätte.³⁸⁸ Allerdings warnen nicht wenige Kommentatoren vor einem Umschlagen der Währungs- in internationale Sicherheitskonflikte (vgl. Dieter 2005, 196). Eine Ankopplung des Euro an den Dollar ist unwahrscheinlich: „Da die USA bei einem solchen System keinerlei Rücksichten auf die Länder nehmen müssten,

³⁸⁵ Vgl. für eine Gegenposition zu dieser These: Panitch/Gindin 2004b. Chinn/Frankel argumentieren hinsichtlich der Währungsreserven in Dollar der Zentralbanken außerhalb der USA, dass der Dollar in den 1970ern und 1980ern gegenüber DM und Yen an Boden verloren, diesen in den 1990ern aber wieder gutgemacht habe. Erst in den letzten Jahren ist eine neuerliche Trendumkehr festzustellen. Chinn/Frankel gehen davon aus, dass der Euro den Dollar als Weltreservewährung nach 2020 überholen wird, wenn der Euroraum geographisch und ökonomisch weiter wächst sowie die amerikanische Politik die Dominanz in der globalen Finanzpolitik einbüßt und dadurch das Vertrauen in den Dollar gemindert wird (Chinn/Frankel 2005, 30-36).

³⁸⁶ Bezogen auf die ausländischen Währungsreserven hielten die Zentralbanken im Jahr 2003 19,7 % in Euro gegenüber 63 % in Dollar (Chinn/Frankel 2005, 49). Bei den internationalen festverzinslichen Wertpapieren wurden 2003 30,4 % in Euro und 43,7 % in Dollar emittiert (Herr/Hübner 2005, 107).

³⁸⁷ Die Verschärfung der Währungskonkurrenz drückt sich in einer relativen Konvergenz der Inflationsraten (zwischen 1 % und 4 %) in der OECD-Welt aus. Tendenziell sind die (nur relativ unabhängigen) Zentralbanken dazu übergegangen, Inflationsraten „vorbeugend“ niedrig zu halten, um in der Währungskonkurrenz bestehen zu können (Herr/Hübner 2005, 31).

³⁸⁸ Dabei muss sich die transatlantische Währungskonkurrenz bei wachsender Größe des Euro-Währungsraums nicht notwendigerweise verschärfen, wie am Beispiel des möglichen Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Währungsunion deutlich wird: „Einerseits würde sich der Euro-Kapitalmarkt enorm vergrößern, andererseits eine engere Anbindung der gesamten Euro-Zone an die USA stattfinden. Britannien könnte damit zu einer monetären Schnittstelle des Atlantischen Kapitalismus werden“ (Schmidt 2005, 13).

die sich mit ihren Währungen an den Dollar ankoppeln, könnten binnenwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitiken in den USA den ankoppelnden Ländern große Kosten aufbürden. [...] Eine Ankopplung des Euro oder des Yen an den US-Dollar dürfte jedoch auch aufgrund von (macht-)politischen Gründen bezweifelt werden. Da die Leitwährungsstellung eines Landes Vorteile für das Leitwährungsland in verschiedenen Bereichen erzeugt, ist es wahrscheinlicher, dass Europa gegebenenfalls lieber den US-Dollar entmachten möchte, als sich ihm zu unterwerfen. Eine einseitige Ankopplung des US-Dollar an eine andere Währung erscheint gänzlich undenkbar“ (Herr/Hübner 2005, 297).³⁸⁹

Die globale Währungskonkurrenz und die Politik der Währungsauf- und abwertungen kann als ein Kampfmittel der nationalen bzw. makro-regionalen Standorte angesehen werden. Auch in der Post-Bretton-Woods-Welt, trotz des formal flexiblen Regimes, wurden und werden die Wechselkurse politisch reguliert. Beim Plaza-Abkommen 1985 und zehn Jahre später beim „umgekehrten“ Plaza-Abkommen wurden die Dollar-Konvertibilitäten auf dem Weltmarkt politisch ab- bzw. aufgewertet. Mit dem Plaza-Abkommen von 1985 leiteten die Finanzministerien und Zentralbanken der stärksten Volkswirtschaften der Welt unter dem Druck der Vereinigten Staaten einen 10-jährigen Fall des US-Dollar ein, dem eine Aufwertung des Yen und der DM entsprach (Brenner 1998, 214 ff.; vgl. Hübner 2006, 18 f.). Hiermit wurde die Erholung des produzierenden Gewerbes der USA unterstützt.³⁹⁰ Die Steigerung amerikanischer Wettbewerbsfähigkeit sorgte für eine damit einhergehende Schwächung der deutschen und insbesondere der japanischen Exportindustrien, die unter Folgen hoher Wechselkurse litten (Brenner 2003, 123-156). Zugleich wurde dadurch das hohe exportgestützte Wachstum der anderen, an den Dollar gekoppelten ostasiatischen Volkswirtschaften stimuliert. Die Stärkung der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der härtesten Konkurrenten hatte allerdings auch negative Rückkoppelungseffekte: Einige amerikanische Gläubiger waren etwa an der Stabilität der japanischen Wirtschaft interessiert, zudem wuchs die weltweite Nachfrage langsamer. Angesichts dieser Entwicklung stellte das sog. „umgekehrte“ Plaza-Abkommen einen Wendepunkt dar (Brenner 2003, 157-162), das 1995 unter der Federführung des amerikanischen Finanzministeriums eine

³⁸⁹ Die ungleiche Entwicklung der Weltwirtschaft lässt unterschiedliche Ansprüche an Währungspolitik entstehen: So lauern in exportstarken, dynamischen Ländern wie China oftmals Inflationsgefahren. Im Kontrast hierzu haben langsamer wachsende Ökonomien wie Japan oder Deutschland eher Angst vor deflationären Tendenzen. Vorstellungen einer Weltwährung sind daher unrealistisch.

³⁹⁰ Von weiteren, mit diesem Prozess einhergehenden Faktoren (etwa die Reallohnstagnation der 1980er sowie die Restrukturierung der amerikanischen Industrie) wird hier abgesehen.

Aufwertung des Dollar und eine Abwertung des Yen und der DM zum Ergebnis hatte.³⁹¹ Vor dem Hintergrund einer drohenden Depression in Japan (u.a. deshalb, weil der Yen seinen historischen Höchststand erreicht hatte) mit erheblichen potentiellen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, wurde eine Umkehr der amerikanischen Außenwirtschafts- und Währungspolitik eingeleitet. Damit wurde ein wichtiger Konkurrenzvorteil der USA im Interesse der Stabilisierung der Weltwirtschaft erst einmal aufgegeben, allerdings mit der Aussicht auf einen Zufluss von Investitionen aus dem Ausland sowie billiger Importe. Tatsächlich beförderte das „umgekehrte“ Plaza-Abkommen einen Boom auf den amerikanischen Finanzmärkten und bei der Nachfrage nach US-Vermögenswerten (Brenner 2003, 168). Nebenprodukt dieser Politik war die Beseitigung einer der währungsbedingten Wettbewerbsvorteile des ostasiatischen Wirtschaftsaufschwungs.

Vordergründig handelte es sich bei den beiden Plaza-Abkommen (sowie weiteren Vereinbarungen wie dem Louvre-Abkommen 1987) um eine an einer stabilen und wachsenden Weltwirtschaft orientierte, „kooperative“ Interessenspolitik der beteiligten Staaten. In der Tat spiegelten sie aber auch das zwischenstaatliche Ringen um „ihre“, teilweise das nationale Territorium überlappenden „Standorte“ vor dem Hintergrund einer amerikanischen Vorherrschaft wider (Helleiner 2005, 161 f.).³⁹² Das amerikanische Verhalten beim „umgekehrten“ Plaza-Abkommen verwies darauf, dass die USA mehr als andere Volkswirtschaften eine globale Wirtschaftspolitik betreiben können. Die Asienkrise ab 1997, das Ende des amerikanischen Dot.Com-Booms und die Weltwirtschaftsrezession ab 2000 stellten zugleich die Grenzen dieses Versuchs dar. Sollte die USA ihre Vorherrschaft in der Finanzpolitik verlieren und der US-Dollar stärker von rivalisierenden Währungen herausgefordert werden, drohen härtere finanz- und währungspolitische Konflikte.

³⁹¹ Ab 2001 kann nun wieder von einer „politisch initiierten“ *Abwertung* des US-Dollars gesprochen werden, das ihr komplementäres Gegenstück in den politischen Anstrengungen der USA findet, die „chinesische Regierung zu einer Aufwertung des Yuan gegenüber dem US-Dollar zu forcieren“ (Hübner 2006, 165).

³⁹² Tatsächlich schoss die Politik des umgekehrten Plaza-Abkommens über das Ziel der USA hinaus. Schließlich konnte sich sowohl die deutsche als auch die japanische Wirtschaft eine Steigerung ihrer Exporte erhoffen. Im Jahr 2001 beanstandete der amerikanische Präsident Bush die starke Abwertung des Yen (Gritsch 2005, 12).

3. PHASEN DER STAATLICHKEIT

Zu den vier Strukturmerkmalen des Kapitalismus in Raum und Zeit gehört in der vorliegenden Arbeit die Pluralität der Einzelstaaten. Wie sich dieses Strukturmerkmal historisch gewandelt und welche Modifikationen dies hinsichtlich der Außen- bzw. Geopolitik von Einzelstaaten hervorgerufen hat, ist Gegenstand des vorliegenden Kapitels.

Um meine theoretischen Annahmen zu untermauern, werden nun *erstens* phasenspezifische Ausprägungen des Verhältnisses zwischen „Politik“ und „Ökonomie“ vorgestellt und *zweitens* Perioden vorwiegend „weicher“ bzw. vorwiegend „harter“ Geopolitik unterschieden. Schließlich wird, *drittens*, meine erweiterte Kapitalismusanalyse an der Interpretation des Ost-West-Konfliktes erprobt.

3.1. POLITISIERUNG DER ÖKONOMIE, ÖKONOMISIERUNG DER POLITIK: DAS SICH TRANSFORMIERENDE VERHÄLTNIS ZWISCHEN POLITIK UND ÖKONOMIE

Wie oben beschrieben, gehe ich davon aus, dass die kapitalistischen Einzelstaaten verschiedene Aufgaben zu erfüllen versuchen, die entscheidend zur Integration moderner Gesellschaften beitragen: dazu gehören *rechtliche Ordnungsaufgaben* sowie *ökonomische* und *politische Aufgaben*. Die Einzelstaaten bzw. ihre sich transformierenden institutionellen Kennzeichen müssen als wesentliche Bestandteile kapitalistischer Gesellschaften, nicht als Residuen vorkapitalistischer Epochen oder als „nicht-kapitalistische“ Instanzen analysiert werden.

Um die Bedeutung des Einzelstaates in der kapitalistischen „Ökonomie“ erfassen zu können, müssen die oftmals verengten Analysehorizonte in Wirtschafts- und Politikwissenschaften überschritten werden. Die Untersuchung des Verhältnisses von staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren liegt in einem gewissen Sinne quer zur Arbeitsteilung der Einzeldisziplinen in den modernen Wissenschaften. Daher werden etwa in den Internationalen Beziehungen derartige Untersuchungen nur ausnahmsweise angestrengt. Auch in den Wirtschaftswissenschaften sind sie selten: Im neoklassischen Theoriemodell gehört der „öffentliche Sektor“ nicht mehr zum eigentlichen Untersuchungsfeld, obwohl stukturelle Interdependenzen zwischen „Staat“ und „Wirtschaft“ bestehen (vgl. Block 1994, 699-705; vgl. Block/Evans 2005). Im Folgenden werden diese Zusammenhänge im Hinblick auf die sich wandelnden Handlungsoptionen von Einzelstaaten untersucht.

Der Einfluss staatlicher Apparate auf die „Ökonomie“ lässt sich u.a. an diesen Bereichen anschaulich machen:

- *Realwirtschaftliche Beziehungen:* Staatliche Apparate können Güter und Dienstleistungen produzieren und diese der „freien“ Wirtschaft kostenlos oder gegen Entgelt zur Verfügung stellen (z.B. infrastrukturelle Voraussetzungen der Produktion).
- *Wirtschaftspolitische Beziehungen:* Einzelstaaten können die Einnahmen- und Ausgabenseite in den Betrieben und Haushalten und damit die Menge der Güter, die produziert oder konsumiert werden, etwa über die Steuer- und Haushaltspolitik beeinflussen. Damit sind auch die Sozialpolitik sowie die „Krisenfunktionen“ des Staates angesprochen.
- *Ordnungsetzende Beziehungen:* Hierunter ist die Regelung der Beziehungen zwischen den Wirtschaftssubjekten zu verstehen. Beinahe alle die Volkswirtschaft bestimmenden Regeln werden durch staatliche Institutionen (in Form von Gesetzen, Verordnungen) festgelegt und durch den territorialen Einzelstaat garantiert.
- *Monetäre Beziehungen:* Staaten entziehen der Ökonomie über Steuern und Abgaben Geld und leiten sie über Transfers und Subventionen wieder zurück. Es handelt sich dabei um interdependente Beziehungen, denn das Finanzaufkommen, durch das staatliches Handeln erst ermöglicht wird, ist abhängig von der Fähigkeit der Wirtschaft, Steuern und Abgaben aufzubringen. Zudem wird, wie oben beschrieben, die „Angebotsseite“ des Geldes über die Währungs- und Wechselkurspolitik zumindest beeinflusst.

Strukturell hat sich eine Neigung zum *staatlichen Interventionismus* herausgebildet, die nicht mit einem ehernen Gesetz der wachsenden Staatstätigkeiten, sondern mit der Struktur sowie der Geschichte kapitalistischer Gesellschaften zusammen hängt. Mit der Entfaltung der Produktivkräfte werden sowohl die Anforderungen an die *physische Struktur* der Produktions-, Distributions- und Konsumtionsprozesse (z.B. Anlagen, Produktionsmittel, Märkte) als auch an das *variable Kapital* (Arbeitskräfte) höher. Die zunehmende Arbeitsteilung bzw. sich ausdifferenzierende Produktionsstrukturen erfordern eine Ausweitung der administrativ-ordnungsetzenden Infrastruktur (z.B. Rechtswesen, Verwaltung) und ökonomischen Infrastruktur (z.B. Verkehr, Kommunikation). Ferner verlangt die ansteigende Kapitalintensivierung der Produktionsprozesse eine gewisse Risikoübernahme durch den Staat mittels Subventionen, Direktbeteiligungen etc. (Lindlar 1997, 311 ff.). Zugleich waren

und sind die Einzelstaaten angehalten, für ein Mindestmaß an ausgebildeten Arbeitskräften, deren Weiterbildung und soziale Sicherheit zu sorgen. Sie stellen damit die Reproduktionsfähigkeit einzelner Gesellschaften sicher.³⁹³ Zu all diesen Herausforderungen treten noch die genuin „politischen“ Aufgaben des Staates, d.h. unter anderem die Konsensbildung.

Historisch haben die strukturell interdependenten Beziehungen zwischen Einzelstaaten und Einzelkapitalien zur Intensivierung der wechselseitigen Einflussnahme geführt. Kaum ein Unternehmen verzichtet freiwillig auf seine Beziehungen zu politischen Institutionen. Wirtschaftssubjekte üben einen erheblichen Einfluss auf die Politik des kapitalistischen Staates aus, was nicht zuletzt von deren Größe sowie Macht abhängig war und ist. Das Wachstum eines Einzelkapitals hängt nicht nur vom ökonomischen Erfolg im Markt, sondern von seinen Machtressourcen ab, die es aufbringen kann, um Druck auf Geschäftspartner, auf Kreditgeber, aber auch auf die Geld-, Steuer-, Infrastruktur- und Technologiepolitik der politischen Apparate auszuüben. Trotz der teilweisen Dezentralisierung der Produktion in den letzten 30 Jahren bleibt ein bedeutender Sachverhalt weiterhin wirksam: Größen- und Einflussvorteile verschaffen Wettbewerbsvorteile. Damit sind nicht nur die Betriebsgrößenvorteile, Vorteile im Finanzierungsbereich, im Vertriebsbereich und im Beschaffungsbereich gemeint (Kromphardt 1987, 158 ff.). Großunternehmen gelten oftmals auch deshalb als kreditwürdiger, weil unterstellt wird, dass der Staat aus politischen Gründen einen eventuellen Bankrott nicht hinnehmen wird („too big too fail“).³⁹⁴

Desgleichen ist der territoriale Einzelstaat strukturell an Einflussmöglichkeiten in der Ökonomie interessiert. Da der Einzelstaat von einem Akkumulationsprozess abhängt, der erst einmal jenseits seiner Organisationsmacht liegt, ist jede Staatsmacht grundsätzlich daran interessiert, jene Bedingungen zu begünstigen, „welche dem privaten Akkumulationsprozess förderlich sind“ (Offe/Ronge 1976, 56). Auch wenn sich dies historisch in den vielfältigsten Formen durchsetzt, ist staatliche Politik immer eine „auf sich selbst“, auf die Selbsterhaltung bezogene Tätigkeit. Dieser institutionelle Reflex entsteht nicht nur wegen bestimmter Einflüsse von außen (etwa durch Industrielobbys), sondern auch und gerade aufgrund der strukturellen Abhängigkeit der Staatstätigkeit vom Funktionieren der Kapitalakkumulation.

³⁹³ Unberücksichtigt bleiben an dieser Stelle demographische Faktoren, Bevölkerungsdichte, Urbanisierung sowie die sozialen und ökologischen Folgekosten kapitalistischer Produktion, die ebenfalls einen Einfluss auf die Staatsinterventionen sowie die Staatsausgaben ausüben.

³⁹⁴ Das schließt in langfristiger historischer Perspektive nicht eine erhebliche Umstrukturierung innerhalb der Großunternehmen aus. Fast drei Viertel der 100 weltweit größten Industrieunternehmen von 1912 waren 1995 entweder geschrumpft oder ganz verschwunden (Hannah 1998, 515).

Dieses Interesse besteht ebenso auf der internationalen Ebene, was das internationalisierte staatliche Management vor komplexe Herausforderungen stellt, um seine weltwirtschaftlichen Aufgaben zu garantieren.³⁹⁵ Ebenso relevant ist in diesem Zusammenhang die „Krisenfunktion“ des Einzelstaates. Da die Dynamik kapitalistischer Akkumulation die anhaltende Tendenz aufweist, die Produktions- und Tauschbeziehungen zu stören oder zu unterbrechen, versuchen die Einzelstaaten, die politische Herstellung der Bedingungen zu garantieren, unter denen ein gelingender Tauschverkehr stattfinden kann, wiewohl sich historisch erwiesen hat, dass aufgrund der Krisenhaftigkeit der Weltwirtschaft politische Steuerung immer eine prekäre Aufgabe war (Burnham 2002, 124 ff.).

Die strukturelle Interdependenz zwischen Einzelstaaten und Einzelkapitalien führte historisch dazu, dass sich die „Separierung“ bzw. Ausdifferenzierung zwischen ökonomischen und politischen Instanzen immer nur tendenziell herstellte.³⁹⁶ In Ausnahmesituationen wurde sie sogar zeitweise, allerdings nur auf der Ebene von Einzelstaaten, fast aufgelöst (in staatlich dirigierten Kriegswirtschaften und den staatskapitalistischen Kommandowirtschaften). Die „staatliche“ Intervention in „ökonomischen“ Angelegenheiten darf daher nicht per se als „nicht-kapitalistische“ Steuerung kapitalistischer Mechanismen missverstanden werden. Wie beschrieben, kann der Unterschied zwischen *Privateigentum* und *Staatseigentum* (sofern letzteres nicht unter demokratischer Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung steht, denn dies würde ein grundlegendes Strukturelement der kapitalistischen *Klassengesellschaft* in Frage stellen) innerhalb des kapitalistischen Weltsystems aus globaler Perspektive als ein *quantitativer* verstanden werden. „State ownership offers a different legal framework for production, but does not sunder the enterprise from the capitalist economy“ (Sayer/Walker 1992, 145). Die Staatsintervention sowie das Staatseigentum stellen keine Negation des Privateigentums dar, sondern sollten als eine unter mehreren Formen der partikularen Verfügung über ökonomische und politische Macht in der Welt der vielen Kapitalismen, Einzelstaaten und inter-gesellschaftlichen Beziehungen verstanden werden. Mit dieser Herangehensweise soll ein Fehlschluss vermieden werden, der sich aus einem zu engen, d.h. auf die ökonomische Sphäre reduzierten Kapitalismusbegriff ergeben kann. Durch ihn wird das wenig überzeugende, wirtschaftsliberale Argument wiederholt, dem zufolge die Periode

³⁹⁵ „If one country has a critical mass of internationally competitively successful companies located on its territory, that country will demonstrate a revealed absolute competitive advantage, characterized by an increasing share of world trade and/or sustained appreciation of its currency. If a country is unlucky enough to have a set of companies located on its territory who lose out in the competitive struggle, then a cumulative downward spiral might result“ (Hirst/Thompson 2002, 128).

³⁹⁶ Vielleicht entspricht diesem Phänomen daher der Begriff der „Ausdifferenzierung“ eher als der, eine permanente Trennung suggerierende Begriff der „Separierung“.

zwischen den 1930ern (bzw. schon 1917) und 1989 durch eine „Störung“ der liberalen Weltwirtschaft gekennzeichnet gewesen sei. In der vorliegenden Arbeit wird dagegen die durch eine besonders hohe staatliche Interventionsdichte gekennzeichnete, „staatskapitalistische“ Phase der hoch entwickelten Volkswirtschaften ab den 1930ern als eine effektive, „kapitalistische“ Antwort auf die tief greifenden Instabilitäten jener Zeit verstanden, auch wenn diese Formen der staatskapitalistischen Interventionen später zur Hürde der weiteren Entfaltung des Kapitalismus wurden.

Historisch lassen sich grob drei Phasen des Verhältnisses von Staat und Ökonomie unterscheiden, die relativ eng mit den Krisenzyklen der Weltwirtschaft (wenn auch nicht den Weltordnungsphasen) verbunden waren:

- 1870–1929: eine historische Phase, in der es zur Ausweitung staatlicher Interventionen in die Ökonomie kam: der „Ordnungsstaat“ wurde vom „Interventionsstaat“ abgelöst,
- 1929–1973: eine Phase, in der als Folge von Weltwirtschaftskrise und Rüstungsproduktion die Hochphase „staatskapitalistischer“ Regulierung eingeleitet wurde, die jedoch in den 1970ern an ihre Grenzen stieß,
- ab 1973: eine Phase, in der sich das Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie erneut transformierte und ein „markoliberaler Etatismus“ entstand.

Im Gefolge der wirtschaftlichen Instabilität entwickelte sich ab den 1870ern nicht nur ein außenwirtschaftlicher Protektionismus, sondern auch der Ausbau einer staatlich kontrollierten ökonomischen und sozialen Infrastruktur sowie eines differenzierteren Gesetzes- und Verordnungsrahmens in den größten Volkswirtschaften der Erde. Eine relative Konvergenz der Wirtschaftspolitik entwickelte sich. Die Entwicklung vom „Ordnungs-“ zum „Interventionsstaat“ beschleunigte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Noch stieg der Anteil der Ausgaben des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt aber eher langsam. Auch der

Dirigismus der Kriegswirtschaften während des Ersten Weltkriegs wurde wieder rückgängig gemacht.³⁹⁷

Eine qualitative Ausdehnung erfuhren die Staatsinterventionen in der Zeit nach 1929. Die Weltwirtschaftskrise und ab 1935 die ausgedehnte Rüstungsproduktion machten insbesondere den amerikanischen Staat über den Weltkrieg hinaus zum Akteur einer „Globalsteuerung“, der Teile der Gesamtnachfrage antizyklisch steuerte. Auch wenn Bereiche wie die Außenwirtschaft nach 1945 grundlegend liberalisiert wurden, hielt der Trend zum „Staatskapitalismus“ an. Die „mixed economy“ der Vereinigten Staaten stellte eine spezifische Variante dieses Trends dar (Mattick 1971, 162 ff.). Der Dauerinterventionismus seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs führte zu erheblichen Veränderungen der amerikanischen Volkswirtschaft: Die immer neue Investitionschancen schaffende staatliche Rüstungsnachfrage ließ einen durch Vertragsbeziehungen geregelten öffentlichen Sektor anwachsen. Die Verträge mit staatlichen Behörden schufen ein System, das weder „frei“ noch klassisch „kompetitiv“ war (vgl. Rödel 1972).³⁹⁸ Aber auch außerhalb der USA bedienten sich die einzelstaatlichen Apparate eines differenzierten Instrumentariums im Bereich der Mikro- (Haushalte, Unternehmen), Meso- (Gruppen, Regionen, Sektoren) und Makropolitik (Gesamtwirtschaft), die eine Flut von allgemeinen Normen und spezifischen Vorschriften in Form von Gesetzen und Verordnungen beinhalteten. In der Phase des langen Wirtschaftsaufschwungs nach 1945 entwickelte sich zudem ein umfassendes System sozialer Absicherung, das Ausdruck des Booms sowie einer gesellschaftlichen Kräfteverschiebung zugunsten der Arbeiterklassen war.

Die auf der globalen Ebene sich vollziehenden Prozesse der ungleichen und kombinierten Entwicklung haben historisch die Tendenz zum Staatsinterventionismus besonders in

³⁹⁷ Im Zuge militärischer Konflikte kam es im Verlauf des 20. Jahrhunderts zu einer regelrechten (allerdings nur zeitweiligen und von Widersprüchen durchzogenen) Fusion staatlicher und ökonomischer Macht. Die kapitalistischen Kriegswirtschaften waren als temporäre Einheiten anzusehen, die dem nahe kamen, was Bucharin 1915 unter dem Terminus „staatskapitalistischer Trust“ für die gesamte Zukunft der Weltwirtschaft vorhersagte (Bucharin 1969, 131 ff.).

³⁹⁸ „Statt einer freien Unternehmerwirtschaft entsteht so zunehmend ein System des staatlich garantierten privaten Profits. Das Unternehmen, das mit einer staatlichen Behörde einen Beschaffungsvertrag abschließt, behält seinen rechtlichen Status als Privatunternehmen, und seine Geschäftspolitik bleibt weiterhin profitorientiert. Gleichzeitig fungiert es jedoch als quasi-öffentliches Unternehmen, das öffentliche Aufgaben zu erfüllen hat. Der staatliche Auftraggeber vermag durch den Vertrag das Produktionsprogramm, die Art der Kapitalbeschaffung (zum Beispiel stellt der Staat die Produktionskapazitäten selbst zur Verfügung) und die interne Organisation des Unternehmens (zum Beispiel die Art der Rechnungsführung und Kostenkalkulation) zu bestimmen. [...] Die Preise, Qualitätsstandards und Produktionsprogramme der quasi-öffentlichen Unternehmen sind nicht mehr durch Marktbeziehungen vermittelt, sondern werden in politischen bargaining-Prozessen festgelegt, auf die das einzelne profitorientierte Unternehmen in seinem eigenen Interesse Einfluss zu nehmen vermag“ (Rödel 1972, 27 ff.).

„aufholenden“ Ökonomien vorangetrieben. Das galt bereits für die Volkswirtschaften Deutschlands und der Vereinigten Staaten Ende des 19. Jahrhunderts. Der etwas später einsetzende japanische und schließlich der sowjetische Aufstieg zur Wirtschaftsmacht ab den 1930ern ging mit einer staatlich dekretierten Landreform und der institutionell erzwungenen Ordnung und Konzentration von Ressourcen einher. Ähnliches galt später für einige Volkswirtschaften in Ostasien. Das *Staatseigentum* war (und ist) dabei nur eine unter mehreren Formen der Politisierung der Ökonomie.³⁹⁹ Die staatliche *Wirtschaftsplanung* konnte ebenso eine einschneidende Bedeutung erlangen (Sayer/Walker 1992, 145).⁴⁰⁰

Die Bedeutung einzelstaatlicher Einflussnahme in Volkswirtschaften lässt sich an der historischen Entwicklung der Staats- und Steuerquote, der öffentlichen Beschäftigung sowie den Formen der Marktregulierung quantitativ⁴⁰¹ ablesen: Als Indikator zur Erfassung der staatlichen Aktivitäten dient i.d.R. die *Staatsquote*, die die gesamten Ausgaben und Transfers des Staates ins Verhältnis zum Sozialprodukt setzt.⁴⁰² Vergleicht man die Staatsquoten der größten Volkswirtschaften, so lässt sich in den großen Ökonomien im 20. Jahrhundert eine stark ansteigende Quote beobachten. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte keine der größeren Volkswirtschaften eine Staatsquote von über 15,1 % (vgl. Lindlar 1997, 218). Ab den 1930ern stieg die Quote erheblich an. Von 1960 bis 2000 stiegen die Staatsausgaben in Deutschland von 32 % auf 44,5 %, in Japan von 18,3 % auf 31,9 % und in den USA von 27,2 % auf 32,7 % (Hay 2005, 246, vgl. Maddison 2001, 135). Die Zahlen bei Jochem/Siegel, die die Staatsquote in drei Zeiträumen über jeweils fünf Jahre (1960-1964, 1978-1982 und 1998-2002) erhoben haben, zeigen ein ähnliches Bild. Danach ist die Staatsquote Deutschlands von 23,3 % in den Jahren 1960-1964 auf jeweils 48 % sowohl im Zeitraum 1978-1982 als auch 1998-2002 gestiegen. In Japan hat sie sich von 18,6 % (1960-1964) über 31,8 % (1978-1982) auf 38,0 % (1998-2002), in den USA in den gleichen Zeiträumen von 26,7 % über 31,5 % auf 34,3 % erhöht (Jochem/Siegel 2004, 361). Auffallend ist die Tatsache, dass die Staatsquote

³⁹⁹ Der Anteil der staatlichen Unternehmen am weltweiten Sozialprodukt hat sich von 1979 bis 2004 von 10 % auf 6 % reduziert (Glyn 2006, 37).

⁴⁰⁰ Japan ist ein herausragendes historisches Beispiel für die enorme Macht dieses Instruments bei einem nur geringen Volumen an direktem Staatseigentum, Brasilien dagegen stand zeitweise für eine Wirtschaftspolitik des freien Marktes bei gleichzeitig hohem Anteil an Staatsbesitz.

⁴⁰¹ Hierbei verbleibe ich auf der quantitativen Ebene der Transfers und Ausgaben, auf die qualitativen Inhalte, d.h. die Frage, wohin die Transfers gelenkt werden (Familienpolitik, Förderung der öffentlichen Infrastruktur, Rüstung), wird hier nicht näher eingegangen.

⁴⁰² „Für die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Markt bieten die Staatsausgaben [...] eine ungefähre Abbildung des Volumens an monetären Ressourcen, die entweder durch staatliche oder staatsnahe Institutionen transferiert oder konsumiert oder von diesen investiert werden“ (Jochem/Siegel 2004, 360).

insgesamt in den letzten 30 Jahren zwar nicht mehr substantiell wächst, jedoch auf einem hohen Niveau verharrt und nur in wenigen Fällen tatsächlich fällt (z.B. Irland, Schweden, Großbritannien). Während die Staatsquote zwischen 1960 bis 1980 im Mittel um knapp 50 % anwuchs, lag ihr Niveau im Jahr 2000 nur geringfügig über demjenigen des Jahres 1980 (Hay 2005, 246).

Eine ähnliche Entwicklung ergibt sich historisch für die durchschnittlichen *Steuerquoten*, dem Anteil der Steuereinnahmen am BIP, der gegenwärtig in den OECD-Ökonomien durchschnittlich bei über 20 % liegt. Werden Steuer- und Sozialversicherungsaufkommen zusammen gerechnet, so werden Quoten von beinahe 40 % erreicht (Genschel/Uhl 2006, 94). Auch das Volumen der *öffentlichen Beschäftigung* ist im Zeitraum von 1960-2000 (mit Ausnahmen) gestiegen: „the evidence is unequivocal. This period, the much-vaunted era of globalization, has witnessed the development of the largest states the world has ever seen and there is little evidence of this trend being reversed“ (Hay 2005, 247). Die Staatsbürokratien bilden so bis heute eine soziale Schicht von beträchtlicher Bedeutung für die Stabilität und das Funktionieren einer kapitalistischen Gesellschaft.

Der kapitalistische Einzelstaat hat noch weitere regulative Aufgaben zu bewältigen: Pryor unterscheidet zwischen der allgemeinen *gesetzlichen Rahmenregulierung* (z.B. im Zivil- und Strafrecht), der industriespezifischen *Marktregulierung* (z.B. Lizenzierungsverfahren, Handelsgesetze) und den *allgemeinen wirtschaftlichen Regulierungen* (z.B. im Arbeitsrecht oder bei der Regelsetzung für ökonomische Transaktionen) (Pryor 2002, 694). In einer Untersuchung von 21 OECD-Volkswirtschaften hinsichtlich ihrer allgemeinen wirtschaftlichen Regulierungen im Außenhandel, auf den Arbeitsmärkten, den Produktmärkten sowie im Finanzbereich kann bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein hoher Regulierungsgrad nachgewiesen werden. Bemerkenswert ist, dass die USA sich „nur“ auf einem mittleren Platz hinsichtlich ihres Umfangs nicht-marktlicher Regulierung befinden (Pryor 2002, 696 f.).

Im Gegensatz zur landläufigen These haben sich die politischen Institutionen seit der Krise des „Fordismus“ in den 1970ern nicht zurückgezogen, sondern sie transformieren sich in einem umkämpften Prozess, der bis heute andauert. Im Zuge der „Globalisierung“ seit den 1970ern haben „klassische“ Methoden der staatsinterventionistischen bzw. staatskapitalistischen Intervention (z.B. Staatseigentum, Protektionismus, Exportförderung der heimischen Unternehmen) teilweise an Bedeutung verloren, statt dessen rückten neue interventionistische Methoden in den Vordergrund (z.B. stärkere Steuerung der Wirtschaft über die Zins- und Steuerpolitik sowie die Zentralbanken, öffentlich-private Eigentumsformen). Neuere

Untersuchungen etwa der Vereinigten Staaten stellen fest, dass auch und gerade die stärkste Macht des Weltsystems über wirksame staatsinterventionistische Instrumente verfügt, die sie bei Bedarf einsetzt (Duménil/Lévy 2004a). Im nächsten Abschnitt wird näher auf diese Form eines neuartigen marktliberalen Etatismus eingegangen, der sich ab den 1970ern etablierte.

3.1.1. DER GEGENWÄRTIGE MARKTLIBERALE ETATISMUS

Im Gefolge der sozio-ökonomischen Instabilität der 1970er und der Verlangsamung der BIP-Wachstumsraten agierten die starken Einzelstaaten mehr und mehr im Rahmen einer veränderten wirtschafts- und finanzpolitischen Strategie zum Zwecke der allgemeinen Verbesserung der Bedingungen der Kapitalverwertung. Damit wurde die Wende hin zum „Neoliberalismus“ (damals meist als Monetarismus bezeichnet) eingeleitet. Die große Krise der 1970er war zugleich eine Krise der Politik.⁴⁰³ Die hieraus resultierenden Transformationen der Staatlichkeit waren Teile desselben weltweiten Prozesses, der auch die Transformationen der Ökonomie vorantrieb.

Seit den 1970ern entwickelte sich ein neues Leitbild des Staates – das des *marktliberalen Etatismus*. Nicht das Ende oder eine Erosion des kapitalistischen Staates zeichnet sich hiermit ab, sondern seine *Reorganisation*. Was effektiv vor dem Hintergrund veränderter weltökonomischer Wachstumschancen und Bedingungen der Erzielung von Profiten sowie veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen erodiert, ist eine bestimmte historische Ausprägung des kapitalistischen Einzelstaates: der *keynesianische Wohlfahrtsstaat*. Der Umbau und Abbau des Sozialstaates sowie die Tendenz zur Privatisierung bzw. Teil-Privatisierung ehemaligen Staatsbesitzes, ist jedoch nicht gleichbedeutend mit dem Ende der Besonderung des Politischen, d.h. der Bildung einer Vielzahl kapitalistischer Einzelstaaten. Während einige Sektoren des „alten“ nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaates sich rückläufig entwickeln, schrumpfen andere staatliche Kernbereiche wie das Militär, die Polizei, die Judikative, die Verwaltung etc. kaum. Parallel entstehen als Reaktion auf die Krise des „atlantischen Fordismus“ neue Formen eines marktliberalen, „schumpeterianischen“ Wettbewerbsstaates (Jessop 2002, 123; vgl. Swyngedouw 2004, 40 ff.). Diese reartikulierten territorialen Einzelstaaten versuchen weiterhin, die Herstellung gesellschaftlicher Kohäsion unter Beibehaltung ihres Gewaltmonopols zu garantieren. Daher bleibt auch die einzelstaatliche Ebene die wichtigste räumliche Arena der Auseinandersetzung zwischen globalen, supra- bzw. transnationalen, makro-regionalen, nationalen und regionalen bzw. lokalen Kräften (Jessop 2002, 210 ff.). Internationale oder supranationale politische

⁴⁰³ Die „Strukturwidersprüche [...] in staatskapitalistischen Gesellschaften [...] [konnten] gleichermaßen auf der *ökonomischen*, der *politischen* und der *ideologischen* Ebene identifiziert werden“ (Offe/Ronge 1976, 65). Auf der Ebene der Ideologie bestand der paradoxe Sachverhalt „staatskapitalistischer Systeme darin [...], dass sie durch ihre Funktionsweise das normative Syndrom des possessiven Individualismus unterhöhlen“ (Offe/Ronge 1976, 69). In dem Maße, wie Austauschverhältnisse nicht mehr marktlich vermittelt, sondern politisch hergestellt bzw. veranlasst wurden, kam es zu einer Schwächung der moralisch-normativen Grundlage der Tauschgesellschaft (vgl. Habermas 1973, 128 ff.).

Institutionen mögen mehr und mehr den nationalen Regierungen vergleichbare Aufgaben übernehmen (was in den Theorien der IB als der Übergang von „Government“ zu „Governance“ bezeichnet wird⁴⁰⁴) –, ohne eine substantielle Ausweitung sowohl ihrer materiellen Ressourcenbasis als auch ihrer demokratischen Legitimität werden sie nur schwerlich die Aufgabe der Herstellung gesellschaftlicher Integration übernehmen können. Der marktliberale Etatismus weist folgende Charakteristika auf⁴⁰⁵:

- Das Selbstbild eines *Wettbewerbsstaates*, dessen Zukunftsfähigkeit entscheidend von der Qualität des eigenen „Standortes“ in einer „globalen Ökonomie“ abhängt und die Politik der Einzelstaaten prägt – „being proactive in promoting the competitiveness of their respective economic spaces in the face of intensified international [...] competition“ (Jessop 2002, 124). Zwar waren die Einzelstaaten streng genommen auch in den 1960ern „Wettbewerbsstaaten“, das Selbstbild der größten Einzelstaaten war jedoch weniger stark in dieser Weise geprägt. Wie Jessop allgemein im Hinblick auf die Konkurrenz festhält, kann diese sich auf implizite, unbewusste Weise, aber auch auf explizite, bewusste Weise vollziehen (Jessop 2002, 188 f.; vgl. Hirst/Thompson 2002, 114 f.). Der gegenwärtige marktliberale bzw. neoliberale Staat verfolgt eine explizite Konkurrenzstrategie. Das gilt auch und gerade für den Bereich der Außenpolitik, was durch die Aufwertung oder Einführung nationaler „Sicherheitsstrategien“ belegt wird.
- Eine *transformierte Form der Regulierung der Konkurrenz*, die sich von der früheren staatsinterventionistisch-monopolistischen Regulierung durch eine Intensivierung der privat-dezentralen Marktbeziehungen im Gefolge neuer etatistischer Regulierungsformen unterscheidet: „Konkurrenzverhältnisse werden – durch De-

⁴⁰⁴ Dies kann die Regelung sowie Entscheidungsfindung in netzwerkartigen Strukturen mit halbstaatlichen oder privaten Akteuren einschließen (vgl. Esser 1999; Knodt/Jachtenfuchs 2002; vgl. Hirst/Thompson 2002, 268 ff.). „Governance“ kann als die politische „Regulation neoliberaler sozialer Verhältnisse“ beschrieben werden, als Bezeichnung für Staatlichkeit im Kontext ihrer Internationalisierung, als eine „neue Technologie des Regierens und Steuerns“ (Sauer 2003, 625). Governance sollte daher nicht als ein „Anderes“ im Vergleich zu staatlicher Organisation und Herrschaft bzw. als ein Gegenmodell zu nationalstaatlichen Strukturen charakterisiert werden, sondern als ihre ergänzende und teilweise mit ihr konfligierende Form.

⁴⁰⁵ Im Folgenden geht es nur um Bereiche, die für die vorliegende Arbeit von Belang sind. Unberücksichtigt bleiben weitere Veränderungen der Staatlichkeit seit den 1970ern, etwa die Entstehung eines neuartigen Netzes der „sozialen Sicherung“ im „workfare state“ (Jessop 2002, 152-162) oder die Transformation und Internationalisierung des „erweiterten Staats“ durch die Expansion halb-staatlicher bzw. privater Netzwerke sowie public-private-partnerships (Hirsch 2005, 140).

regulierung und Privatisierung – staatlich durchgesetzt und eben dies erfordert wiederum neue Formen der Regulierung [z.B. die Regulierungsbehörden im Energie- und Telekommunikationsbereich, die Internationalisierung der Monopolkontrolle im Rahmen der EU]. Es handelt sich dabei keinesfalls um einen ‚Rückzug‘ des Staates, sondern um eine Interventionsform, die sich unmittelbarer an den einzelkapitalistischen Profitinteressen („Angebotspolitik“) orientiert und den Abbau von Sozial- und Arbeitsschutzbestimmungen im weitesten Sinne zu ihrer wesentlichen Komponente zählt“ (Hirsch 2005, 154).

- Hinsichtlich der *makroökonomischen Einflussmöglichkeiten der Wirtschafts- und Finanzpolitik* haben die neoliberalen Umstrukturierungen die *Institutionen des Staatsinterventionismus* nicht zerstört, sondern *restrukturiert*.⁴⁰⁶ Im Fall der amerikanischen Zentralbank lässt sich dies exemplarisch aufzeigen. Ihre Macht wurde in den frühen 1980ern im Rahmen der Umgestaltung des institutionellen Rahmens der amerikanischen Ökonomie gestärkt, indem ihr neue Rechte eingeräumt wurden, Druck auf wirtschaftliche Akteure auszuüben (Duménil/Lévy 2004a, 165 ff.).⁴⁰⁷ Ähnliches gilt für staatliche Apparate in Europa und Ostasien.⁴⁰⁸ Auch die Technologiepolitik unterliegt bis heute einer starken staatlichen Einflussnahme, wie das für die amerikanische und europäische Rüstungsindustrie nachgewiesen werden kann (vgl. Serfati 2004). Die einzelstaatlichen Kernkompetenzen wie Steuererhebung, Militär, Polizei und Justiz behalten im Rahmen ihrer Umstrukturierung ihre Schlüsselfunktionen, was jedoch ihre Teil-Privatisierung nicht ausschließt.

⁴⁰⁶ Ganz allgemein gilt hier ferner: Wenn sich der Gegensatz zwischen kurz- und langfristigen ökonomischen Kalkülen weiter verschärfen sollte, wächst damit im Prinzip „die Notwendigkeit, mittels staatlicher Politik für die technischen und sozialen Produktionsvoraussetzungen zu sorgen, deren Entwicklung längere Zeit erfordert“ (Hirsch 2005, 157).

⁴⁰⁷ Bekannt geworden sind die Zinssatzsenkungen, die Ende der 1990er eine längerfristige Börsenhausse sichern sollten („Börsen-Keynesianismus“) oder die Schaffung eines Rettungsfonds für den Hedgefonds LTCM in Höhe von 3,6 Milliarden Dollar im Jahr 1998 (Brenner 2003, 199 f.; Glyn 2006, 70-73).

⁴⁰⁸ Das japanische MITI (Ministerium für Internationalen Handel und Industrie; im Zuge einer Reform 2001 mit Abteilungen anderer Ministerium zusammengeführt und in METI umbenannt) übt seit 1925 einen erheblichen Einfluss auf japanische Unternehmen aus. Die Verbindung zwischen Ministerium und Konzernlenkern hat eine Außenhandelspolitik befördert, die bis heute in vielen Bereichen eng mit Bemühungen zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit heimischer Kapitalien verbunden ist, etwa durch die Bereitstellung von Schutzmechanismen vor Importkonkurrenz und die Hilfe bei der Lizenzierung ausländischer Technologien (Duménil/Lévy 2004a, 186 f.). Das japanische Finanzministerium verfolgt eine sehr aktive Wechselkurspolitik (Hübner 2006, 156).

- Ferner ist eine *räumliche Differenzierung staatlichen Handelns* zu beobachten, sowohl hinsichtlich der Räume unterhalb wie auch oberhalb des nationalen Rahmens, ohne dadurch die Wirkmächtigkeit der nationalen Sphäre (zumindest der stärksten Staaten) entscheidend zu schwächen: „While the world market and the triads have become the most significant *spaces of competition*, however, the most important *spaces of competitiveness* are more often national, regional or local [...] the pursuit of place-specific competitive advantages by firms, states and other actors is still rooted in local, regional or national specificities. This shapes the forms of competition and strategies to build competitiveness“ (Jessop 2002, 181). In Bezug auf die globalen, makro-regionalen, nationalen und regionalen bzw. lokalen Räume spielen die nationalen Räume weiterhin die führende Rolle.⁴⁰⁹ Sie üben in der Regel sowohl in den makro-regionalen Räumen als auch in den regionalen/lokalen Räumen Einflüsse aus, denen sie umgekehrt nicht in gleichem Maße unterliegen.
- Auf der makro-regionalen sowie globalen Ebene kommt es zur *Inter- bzw. Supranationalisierung der politischen Regulierungssysteme* (d.h. zu einer Aufwertung internationaler politischer Institutionen). Man könnte den Trend zur Internationalisierung der Staatlichkeit auch als eine Bewegung hin zu einem Supra-Staatskapitalismus bezeichnen, um dabei die Wirkmächtigkeit politischer Regulierung im „neoliberalen“ Kapitalismus nicht aus den Augen zu verlieren. Diese Verdichtungen von Kräfteverhältnissen „zweiter Ordnung“ (Brand 2006) in der Phase der neuen Weltordnung umfassen vielfältige Kooperations-, Konkurrenz- und Konfliktverhältnisse zwischen den Staaten Europas, Nordamerikas, Ostasiens und einiger aufholender Volkswirtschaften im Rahmen einer Vorherrschaft der USA bei unverkennbarer Subordination der unterentwickelten Länder sowie der Schwellenländer. Diese Machtstruktur beeinflusst die Möglichkeiten und Grenzen internationaler politischer Einflussnahme entscheidend.

⁴⁰⁹ Selbst in der Europäischen Union gibt es beispielsweise bisher keine echte „Europasteuer“ (Genschel/Uhl 2006, 116). Die EU ist von den Beitragszahlungen der einzelnen Mitgliedsstaaten abhängig. Dagegen schreitet die Integration auf militärischem Feld, wenn auch langsamer als geplant, vergleichsweise voran.

Trotzdem erscheint das Haushaltsvolumen der EU am Anfang des 21. Jahrhundert „gegenüber dem der UNO geradezu gigantisch“ (Zürn/Zangl 2003, 165). Mit seinem auf zwei Jahre berechneten Haushalt von 2,3 Mrd. Euro ist der UN-Haushalt aber immer noch größer als der Jahreshaushalt der WTO mit gerade 73,8 Mio. US-\$.

Freilich unterscheiden sich die einzelnen Staaten in der Realität vor dem Hintergrund differierender nationaler Akteurskonstellationen und Institutionenkontexten erheblich voneinander (Hay 2005; Jessop 2002, 259-267).⁴¹⁰ Zugleich gilt es zwischen der Stärke der Einzelstaaten zu differenzieren. Derzeit lassen sich innerhalb der Gruppe der starken Staaten mindestens vier Typen unterscheiden: erstens der *global vorherrschende amerikanische Staat*, der das weltweite Geschehen wie kein anderer beeinflussen kann und dennoch nicht über ein omnipotentes Machtgeflecht verfügt; zweitens *makro-regional führende Staaten mit globalem Wirkungsradius* wie Deutschland, Frankreich, Japan, zunehmend auch China; drittens weitere *makro-regionale Mächte mit weniger großer Wirkungsmacht* wie Italien, Russland, Brasilien oder Indien; viertens *starke Staaten mit geringerem Aktionsradius* wie Südkorea, Türkei, Israel, Ägypten oder Südafrika. Letztere Staaten können, sofern sie sich imperialistischer Praktiken bedienen, als *subimperialistische* Mächte bezeichnet werden.⁴¹¹ Die Europäische Union ist gegenwärtig die einzige „supra-nationale Staatengemeinschaft“, die das Potential hat, sich zu einer relativ homogenen politischen Einheit zu entwickeln. Auch sie besitzt in vielen Bereichen einen globalen Wirkungsradius, der sich teilweise mit den nationalen Strategien der Mitgliedsstaaten überschneidet.

Die Welt des marktliberalen Etatismus ist also von einer *modifizierten einzelstaatlichen Fraktionierung* gekennzeichnet. Die einzelstaatlichen Einheiten (sowie ihre, über eine relative Eigendynamik verfügenden, sich internationalisierenden Apparate) verfügen über genügend organisatorische, repressive und/oder konsensuale Möglichkeiten zur Garantierung, Durch- und Umsetzung weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Anpassungsprozesse. Auch weil sich die weltökonomischen Handlungszwänge weiterhin vorwiegend innerhalb der

⁴¹⁰ In einer Untersuchung verschiedener Sektoren des produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungsbereiche in mehreren Ländern, in die eine Vielzahl von Informationen über das Ausmaß staatlichen Besitzes, staatlicher Kontrolle von Marktzugang (u.a. über Lizenzierungsverfahren, Marktregulierungen) und der allgemeinen administrativen Regeldichte, etwa bei Unternehmensneugründungen, eingeflossen sind, heißt es, dass „trotz konvergenter Entwicklungen hin zur Privatisierung, Liberalisierung und der Etablierung wettbewerbsähnlicher Rahmenbedingungen auf ehemaligen Monopolmärkten nach wie vor wichtige länderspezifische Unterschiede hinsichtlich der Prozesse und Inhalte regulativer Reformen, vor allem der ‚Re-Regulierung‘ beobachtet werden. Sowohl Reformzeitpunkt, -tempo und -ausmaß als auch die Re-Regulierungsmuster folgten in den OECD-Ländern demnach keinem einheitlichen Trend. [...] [Die] länderspezifischen Reformpfade und -ergebnisse [werden] auf nationale Akteurskonstellationen und Institutionenkontexte zurückgeführt, zudem wird dem Politikerbe und Pfadabhängigkeitstendenzen ein prägender Einfluss auf die Reformdynamiken zugeschrieben“ (Jochem/Siegel 2004, 367).

⁴¹¹ Zur Kategorie des Subimperialismus gehören auch Staaten, die teilweise noch geringere Kapazitäten für eine offensive Machtpolitik als letztgenannte Gruppe besitzen, z.B. Nigeria, Iran oder Indonesien.

einzelstaatlichen Räume (etwa durch das „Diktat der Zahlungsbilanz“) durchsetzen, bleiben diese die wichtigsten Handlungsräume zur Bearbeitung widersprüchlicher gesellschaftlicher Prozesse. Dieser Sachverhalt spiegelt sich beispielsweise darin wieder, dass in der amerikanischen Öffentlichkeit viele der wichtigsten „Gefahren“ für die amerikanisch dominierte „Globalisierung“ mit Fragen der Form von Staatlichkeit in Verbindung gebracht werden: Dem ist erstens die offen artikulierte Angst vor der *Abwesenheit von Staatlichkeit* („failed states“) zuzurechnen, denn diese berührt die Ordnung einiger Zonen der Weltwirtschaft, darunter geo-ökonomisch und geopolitisch relevante Bereiche im Nahen und Mittleren Osten, Zentralasien oder Afrika und wird nicht zuletzt als Rekrutierungsbasis terroristischer Netzwerke angesehen (Fukuyama 2004). Dazu werden zweitens *feindliche Staaten* („rogue states“, „Schurkenstaaten“) gezählt, die sich nicht oder nicht mehr an die vorgegebene internationale Ordnung halten (Garrett/Sherman 2003), unter anderem weil dies die in ihnen bestehenden Herrschaftsverhältnisse untergraben würde. Drittens wird vor *möglichen Konkurrenten* um die amerikanische Vorherrschaft („rival states“) gewarnt, etwa vor der „chinesischen Herausforderung“, etwas weniger stark vor Russland oder der EU (Mearsheimer 2003). Dementsprechend verfolgen die nationale Sicherheitsstrategie und die praktische Außenpolitik der Vereinigten Staaten das Ziel, eine „präemptive“ Suprematie auch gegenüber anderen Großmächten durchzusetzen (Harvey 2005, 192-201).

3.2. PHASEN DER HARTEN UND WEICHEN GEOPOLITIK

Die Politik der Einzelstaaten beschränkt sich nicht auf das „eigene“ Territorium. Sie ist gerade angesichts weltweiter sozio-ökonomischer und politischer Entwicklungen, Herausforderungen und Kräfteverschiebungen darauf angewiesen, in „externen“ Räumen zu agieren. Auf der internationalen Ebene kommt es daher im Falle der Interessensdivergenz mit anderen Staaten zu Konkurrenzverhältnissen sowie, im Fall der Zuspitzung, zu *Konflikten*. Kapitalistische Staaten müssen sich gewissermaßen als „Wettbewerbsstaaten“ konstituieren. Der allgemeine Hinweis darauf, dass sich auf der internationalen bzw. inter-gesellschaftlichen Ebene immer wieder Konkurrenzverhältnisse und sogar Konflikte herausbilden, muss historisiert werden. Bislang wurde in der Regel zwischen historischen Phasen der „formellen“ und „informellen“ imperialistischen Expansion unterschieden. Daran anschließend – jedoch mit einer höheren Trennschärfe versehen – gilt es, Varianten der kapitalistischen Außenpolitik zu differenzieren, wie das mit der Unterscheidung „weicher“ und „harter“ Geopolitik versucht werden kann.⁴¹²

Die *weiche* Variante der Geopolitik beschränkt sich auf die Einflussnahme auf einem fremden Territorium mit vorwiegend friedlichen Mitteln, die zu Abhängigkeiten führt und/oder ökonomischen bzw. politischen Druck ausübt. Im Rahmen weicher Geopolitik spielen politische oder diplomatische Maßnahmen bzw. Auseinandersetzungen, ökonomische Sanktionen sowie ökonomische Anreize eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung von Ambitionen im jeweiligen Zielland bzw. in der Auseinandersetzung zwischen Staaten.⁴¹³ Die *harte* Variante der Geopolitik zielt mit anderen Mitteln auf eine politische bzw. militärische Kontrolle externer Räume und/oder auf die Bewahrung bzw. Steigerung des internationalen

⁴¹² Gegenwärtig werden die Varianten der Geopolitik für gewöhnlich (und relativ unscharf) mit dem Terminus „imperiale Politik“ gekennzeichnet. Unter imperialer Politik versteht etwa Münkler im Gegensatz zur Herrschaft innerhalb eines Staates die sich von einem Zentrum her langsam abflachende politische und wirtschaftliche „Durchdringungsdichte“ anderer Räume (Münkler 2005).

⁴¹³ Ökonomische *Sanktionen* können in Handelssanktionen (z.B. Blockade, Embargo, Boykott) und finanzielle Sanktionen (z.B. Währungsattacke, Verbot von Auslandsdirektinvestitionen, Einfrieren von Finanzvermögen) unterteilt werden. Sie werden oftmals mit Hilfe harter geopolitischer Mittel (z.B. Überwachung eines Embargos durch das Militär) durchgesetzt (Grieco/Ikenberry 2003, 163-198). Eingesetzt werden können sie uni- oder multilateral. Ökonomische *Anreize* und *Hilfen* werden immer wieder dann geschaffen bzw. getätigt, wenn es um die Bildung strategischer Allianzen zwischen Staaten bzw. das Interesse an gesteigerten wirtschaftlichen Beziehungen geht. Um nur ein Beispiel zu nennen: In den 1970ern spielte der Export moderner deutscher Waffentechnik und Atomtechnologie nach Südafrika eine wichtige Rolle als Türöffner für den Zugriff auf internationale Märkte und Rohstoffquellen. Bekannt wurde 1975 im Rahmen einer Enthüllung des damals illegalen ANC in Südafrika, dass das Apartheidregime mit westdeutscher Hilfe eine atomare Urananreicherungsanlage gebaut hatte. Gegenwärtig gilt dies z.B. für staatlich vermittelte Wirtschaftsbeziehungen mit den Golfstaaten, die etwa im Rahmen einer Rundreise des damaligen Kanzlers Schröder im Jahr 2005 angebahnt wurden.

Machteinflusses in der Auseinandersetzung zwischen Staaten. Die Art der harten geopolitischen Strategie kann variieren – von der Drohung mit und Zurschaustellung von militärischen Kapazitäten über die Durchsetzung eines „Regimewechsels“ oder die Unterstützung von Staatsstreichen bis hin zu direkten Militärinterventionen.

Diese beiden Pole dürfen allerdings nicht als einander ausschließend gegenübergestellt werden.⁴¹⁴ In der Wirklichkeit werden beide Formen der Geopolitik oft kombiniert, weshalb ich für eine Analyse der Verflechtungen zwischen der weichen und der harten Geopolitik plädiere, in der die eine Form in einer historischen Phase die andere zwar überwiegen kann, sie sich gegenseitig jedoch niemals ausschließen müssen.

Historisch lassen sich hinsichtlich der Geopolitik der stärksten Industriegesellschaften folgende Phasen unterscheiden:

- eine Phase der Vorherrschaft vorwiegend weicher Geopolitik bis in die 1870er Jahre hinein, die vor dem Hintergrund der Infragestellung der britischen Quasi-Hegemonie und der Hochkonjunktur des Kolonialismus der europäischen Mächte ihr Ende fand,

⁴¹⁴ Eine einfache Entgegensetzung der „tauschförmigen Durchdringung“ (unterstützt von „weicher“ Geopolitik) und der „gewaltförmigen Expansion“ ist wenig überzeugend. Dan Diner grenzt mit dieser Herangehensweise die gegenwärtige amerikanische Politik von der Expansionspolitik Deutschlands oder Japans in den 1930ern ab: „Der Gegensatz zwischen westlicher, auf weltmarktlichem Universalismus beruhender, wesentlich abstrakt-tauschförmiger und informeller Ausdehnung und der kontinental bestimmten gewaltförmigen deutschen imperialen Expansion liegt nicht in der Produktionsweise begründet. Bei beiden handelt es sich um kapitalistisch verfasste Gesellschaften. Gleichzeitig handelt es sich aber um zwei verschiedene ‚civic cultures‘ – um zwei unterschiedlich geartete politische Formen im Kapitalismus“ (Diner 1993, 54). Im Rahmen dieser Gegenüberstellung neigt Diner dazu, die eine von der anderen Form des Imperialismus moralisch-ethisch zu trennen: „Von der moralischen und historischen Bedeutung her gesehen, handelt es sich freilich um einen Unterschied ums Ganze. Die atlantische Integration der Bundesrepublik Deutschland ist demnach nicht nur ein bündnispolitischer Vorgang. Es handelt sich um eine weltmarktlich flankierte Integration in eine andere politische Kultur, die Kultur der civil society als westlicher Zivilisation“ (Diner 1993, 54). Hierbei besteht die Gefahr, den „neuen“ Imperialismus zu verharmlosen. Auch wenn es erhebliche Unterschiede zur Außenpolitik des faschistischen Deutschlands oder Japans gibt (vom Holocaust einmal ganz abgesehen), sind die außenpolitischen Interventionen der „westlichen Zivilisation“ keinesfalls nur „abstrakt-ökonomische“. Direkte Gewaltanwendung, gezielte Zerstörung von Infrastruktur und Ermordung von Zivilisten etc., gehörten zu den Grundmerkmalen westlicher Außenpolitik nach 1990. Münkler spitzt dieses dichotomische Argumentationsmuster zu, indem er die sogenannte Zone eines „dauerhaften Friedens“ (im Westen) und eine Zone der „neuen Kriege“ (im Süden) unterscheidet. Die westlichen Interventionen dienen ihm zufolge nicht in erster Linie wie im Kolonialismus der Ausdehnung einer „Raubökonomie“, sondern „ganz im Gegenteil, deren Zurückdrängung und Begrenzung“ (Münkler 2002, 226).

- die historische Phase der Dominanz einer formellen imperialistischen Expansion mit vorwiegend harten geopolitischen Mitteln bis 1945, die in den beiden Weltkriegen eskalierte,
- eine vorwiegend über weiche geopolitische Strategien ausgeübte imperialistische Praxis zwischen 1945 und 1989 nicht nur im Nord-Süd-, sondern auch im Ost-West-Verhältnis, die jedoch insbesondere außerhalb des „Nordens“ immer wieder Formen harter Geopolitik annahm,
- eine vorwiegend auf weicher Geopolitik basierende Phase ab 1989, die nach 2001 von einer Tendenz hin zur Anwendung harter geopolitischer Strategien überlagert wurde.

Die Epoche des sog. „Freihandelsimperialismus“ begann im Prinzip mit der formalen Besiegelung der britischen Quasi-Hegemonie auf dem Wiener Kongress 1815. Bereits in der ersten, vorwiegend „informellen“ Phase imperialistischer Politik wurden jedoch Formen der harten Geopolitik angewendet. Die Siedlungskolonien dienten Großbritannien oftmals als Ausgangspunkt für eine Kontrolle ausländischer Gebiete zur Schaffung geopolitischer Stützpunkte oder zum Zwecke der ökonomischen Durchdringung umliegender Territorien.⁴¹⁵ Imperialistische Politik war dabei oft nur „mittelbar“ mit der wirtschaftlichen Expansion verbunden, da sie „gelegentlich die Gebiete wirtschaftlicher Entwicklung“ überschritt, jedoch „deren strategischem Schutz“ dienten (Robinson/Gallagher 1970, 188).

Mit der Errichtung des französischen Protektorats über Tunesien (1881) und der britischen Okkupation Ägyptens (1882) wurde eine Radikalisierung hin zu einer neuen Phase der harten Geopolitik eingeleitet (Schöllgen 1986, 38). Sowohl weltpolitische Kräfteverschiebungen – v.a. die Herausforderung der britischen Quasi-Hegemonie durch Deutschland, die Vereinigten Staaten und, etwas später, Japan – als auch innenpolitische, nationalistische Radikalisierungen sowie ökonomische Gewinnerwartungen hinsichtlich der Kolonialisierung, bewirkten eine Wende hin zur Phase des „klassischen Imperialismus“, die mit Versuchen der kooperativen Aufteilung der Welt begann (Berliner Kongokonferenz 1884/85), in drastische Gewaltexzesse

⁴¹⁵ Großbritannien besetzte oder annektierte zwischen 1841 und 1851 z.B. Neuseeland, den Pandschab und Hongkong. In den nächsten 20 Jahren wurden weitere Gebiete (z.B. in Niederburma, Lagos) dem britischen Weltreich einverleibt (Robinson/Gallagher 1970, 184 f.).

innerhalb der Kolonien einmündete (vgl. Davis 2004)⁴¹⁶, die ökonomischen und geopolitischen Konflikte innerhalb des „Nordens“ verschärfte (u.a. weil sie nicht mehr in die Rahmenbedingungen des britischen „Freihandelskapitalismus“ integriert werden konnten) und schließlich zu zwischenkapitalistischen Weltkriegen eskalierte. Das wilhelminische und später das nationalsozialistische Deutschland spielte dabei in ihrem militärischen Expansionsdrang zu einer Weltvorherrschaft die aggressivste Rolle unter allen kapitalistischen Industriegesellschaften.

Mit der Entstehung der bipolaren Weltordnung („Supermachts-Imperialismus“) nach 1945 war eine Wendung hin zu einer vorwiegend „informell“ wirksamen Geopolitik verbunden, die sich bereits in den zwei Jahrzehnten zuvor abzeichnete. Ein im Vergleich zum 19. Jahrhundert gewachsenes Nationalbewusstsein in den Kolonien erschwerte es den westlichen Kolonialmächten, ihre formelle Fremdherrschaft aufrechtzuerhalten. Eine militärische Übermacht garantierte nicht mehr die Kontrolle über das eroberte Territorium: „Das wichtigste Guthaben des Imperialismus war verschwunden, nämlich die Bereitschaft der Kolonialvölker, sich nach einer Eroberung ergeben von einer Handvoll Besatzer regieren zu lassen“ (Hobsbawm 1995, 692 f.). Nationale Befreiungsbewegungen waren eine Hauptkraft bei der Auflösung der großen europäischen Kolonialreiche. Zum anderen war dieser Prozess Ergebnis des Niedergangs der europäischen Mächte und ihrer wachsenden Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, die ihrerseits an einem Zugang zu den in der Zwischenkriegszeit für sie geschlossenen kolonialen Territorien interessiert waren. Dazu kam, dass große Teile der ehemaligen Kolonien auch an Bedeutung für die entwickeltesten Wirtschaften verloren. Auslandsinvestitionen flossen weniger in unentwickelte Länder als in die reichen Industrienationen. Ferner verringerte sich die Abhängigkeit von Rohstoffen – mit der Ausnahme des Rohöls.⁴¹⁷ Die formale politische Unabhängigkeit der Länder des „Südens“ führte jedoch zu neuen „informellen“, vorwiegend mit weichen geopolitischen Mitteln erzeugten Abhängigkeiten gegenüber dem „Norden“.⁴¹⁸ Die abhängige Akkumulation blieb

⁴¹⁶ Teilweise wirkte die Kolonisierung von fremden Gesellschaftsstrukturen derart zerstörerisch, dass die Eroberer in einigen Fällen (z.B. Ägypten) die Ausdehnung der informellen Verantwortung und schließlich den Wechsel von indirekter zu direkter Herrschaft durchsetzten (Robinson/Gallagher 1970, 197).

⁴¹⁷ Ein Erfolg der Autarkiebestrebungen großer Staaten in der Zwischenkriegszeit war die Entwicklung synthetischer Ersatzprodukte gewesen, die bessere Nutzung von Rohstoffen und die gesteigerte Produktivität der eigenen landwirtschaftlichen Produktion.

⁴¹⁸ Nach 1945 wurde die *Entwicklungspolitik* zu einem klassischen Feld der Nord-Süd-Beziehungen: „Die USA hatten am Ende des Zweiten Weltkrieges ein Interesse daran, kolonialpolitische Einschränkungen des Welthandels abzubauen [...] und gleichzeitig zu verhindern, dass der Rückzug der europäischen Kolonialmächte von den sozialistischen Ländern zur Ausweitung ihres Einflusses

die Regel, wiewohl es Ausnahmen gab und es zu Gegenreaktionen des „Südens“ kam, wie z.B. der Entwicklung von einem, zwischen den Fronten des Kalten Krieges stehenden, Bündnis der „Blockfreien“ 1956 seitens Indiens, Jugoslawiens und Ägyptens.

Ebenso wurden die innerwestlichen Konflikte (etwa zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich) mit den Mitteln der weichen Geopolitik ausgetragen. Die NATO-Staaten sowie Japan wurden nach 1945 durch ein „informelles amerikanisches Imperium“ dominiert und in ihrer Außenpolitik teilweise auch koordiniert (Panitch/Gindin, 2004a, 53). Der wirtschaftspolitische „Internationalismus“ der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion nach 1945 beförderte den Globalisierungsprozess: „[G]lobalization has its origins in the ideological geopolitics of the Cold War with US government attempts at both reviving Western Europe and challenging Soviet-style economic planning by stimulating a ‘free-world economy’ committed to lowering barriers to world trade and international capital flows. Globalization, therefore, did not just happen and it is not synonymous with the neo-liberal policies instituted by many national governments in the 1980s. It required considerable political stimulation without which technological and economic stimuli to increased international economic interdependence could not have taken place. From the standard American viewpoint, all states ideally would be internationalized; open to the free flow of investment and trade. This not only contrasted with the closed, autarkic character of the Soviet economy, it also had as a major stimulus the idea that the depression of the 1930s had been exacerbated by the closing down of international trade” (Agnew 2001, 143; vgl. Agnew/Corbridge 1995, 37-44). Dass dieses informelle „US-Imperium“ sich zugleich immer wieder formeller militärischer Interventionen bediente und sich in einer zeitweise an den Rand eines Atomkrieges eskalierenden Blockkonfrontation befand, verweist auf den brüchigen Charakter des „Gleichgewichts des Schreckens“.⁴¹⁹ Der Ost-West-Konflikt wurde zwar nicht direkt mit dem Mittel des Krieges zwischen den beiden Hauptkontrahenten ausgetragen, mündete aber in einer *indirekten* Weise immer wieder in gewalttätigen Konflikten (Koreakrieg, Vietnamkrieg etc.) bzw. Gewaltandrohungen. Dabei bediente sich die

genutzt würde. Um dies zu gewährleisten, sollten die betroffenen Staaten und Regionen durch Wirtschaftshilfe gestützt werden [...] Entwicklungshilfe wurde in diesem Verständnis als 'ökonomische Verteidigung' im Rahmen des Ost-West-Konflikts initiiert“ (Brock 1996, 280).

⁴¹⁹ Bereits in den 1920ern hatte es US-Präsident Wilson verstanden, im Rahmen des Diskurses universeller Rechte für sein Land den Status eines „informellen Imperiums“ zu reklamieren (vgl. Panitch/Gindin 2004a, 38). „Hinter Wilsons ideologischem Konzept verbarg sich in praxi eine ausgeprägte Macht- und Balance-of-Power-Politik, und zwar nicht nur gegen das wilhelminische Deutschland und dann gegen das sowjetische Russland, sondern auch gegenüber der bisher führenden demokratischen Weltmacht Großbritannien“ (Link 1996, 266).

zweite „Supermacht“ nach 1945, die UdSSR, wie weiter unten beschrieben, ebenfalls der weichen und harten Geopolitik. Auch in der Weltordnungsphase nach 1989 dominieren hinsichtlich zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen indirekte geopolitische Konflikte. Diese Auseinandersetzungen haben bisher noch nicht die Qualität von Stellvertreterkriegen wie im Kalten Krieg erreicht. Dennoch sind sie Ausdruck der Konkurrenz im Rahmen der weltweiten Kräfteverhältnisse.

Wie der Übergang der Phasen vorwiegend weicher Geopolitik in Phasen vorwiegend harter Geopolitik zeigt, kann die konkrete Gestalt internationaler Abhängigkeits- und Konkurrenzverhältnisse stark variieren. Stets hing sie dabei vom weltweit vorherrschenden Modus der Akkumulation und Regulation ab. Der Übergang zu einer Phase vorwiegend weicher Geopolitik, „der sich im Zuge der Durchsetzung des von den USA beherrschten fordistischen Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt hatte“, ist ein Beispiel hierfür. Er beruhte darauf, „politisch formell selbstständige und über eigene Staatsapparate verfügende Länder dem dominierenden Akkumulations- und Regulationszusammenhang ein- und unterzuordnen“ (Hirsch 2005, 106).⁴²⁰ Besonders im Prozess der Entkolonialisierung unterstützten die USA die Bildung formal selbstständiger Länder, die dem Zugriff der alten europäischen Kolonialmächte damit entgehen konnten und zugleich sich dem neuen Leitbild und der Führungsrolle des amerikanischen Kapitalismus (die mit dem internationalen Bretton Woods-Regulierungssystem gefestigt wurde) unterordnen sollten.

Weitere Faktoren beeinflussen die konkrete Gestalt der Geopolitik:

- So kann die *abnehmende Wirksamkeit des Gebrauchs bestimmter außenpolitischer Instrumente* den Rückgriff auf sie nicht mehr dienlich erscheinen lassen. Die Politik der klassischen Kolonialisierung als direkte Fremdherrschaft wurde beispielsweise nach 1945 zunehmend als gescheitertes Modell angesehen. Wie sich herausgestellt hatte, besteht die Notwendigkeit, „indigenen Statthaltern“ die formelle Macht zu übertragen, um eine einigermaßen stabile gesellschaftliche Integration sicherzustellen. Allerdings funktioniert dieses Modell nur dann, wenn sympathisierende inländische Eliten tatsächlich über eine hinreichend große soziale Basis in den beherrschten

⁴²⁰ Historisch bestand bisher eine Verbindung zwischen einem vorwiegend informellen Imperialismus und dem Bestehen einer hegemonialen Führungsmacht. Dies jedoch als einzigen Faktor in Rechnung zu stellen, wie dies im Neorealismus (im Theorem hegemonialer Stabilität) geschieht, ist unzulänglich. Hieraus ließe sich zudem die fragwürdige These ableiten, der zufolge die Welt nicht an zu viel, sondern an zu wenig Machtkonzentration (eines Staates) leidet.

Territorien verfügen. Wie der Versuch der Einsetzung einer US-freundlichen Regierung im Irak ab 2003 beweist, kann das Scheitern einer solchen Strategie in einem neokolonialen Backlash einmünden: „Weil die Besatzungsmächte kurz- und mittelfristig die unbedingte Kontrolle über das Land und dessen Bevölkerung sichern müssen, ist ‚Demokratie‘ im Irak eine operative Mission, d.h. die Installierung eines Kontrollregimes, das durch die Anwesenheit der Besatzungsmächte physische Gewalt annimmt und durch die politische und institutionelle Einflussnahme verrechtlicht wird, im Kern aber nur eine Unterwerfungs-, Enteignungs- und Kontrollstrategie [...] bleibt“ (Alnasseri 2004b, 79).

- Zugleich wird die Anwendung harter bzw. weicher Geopolitik von den konkreten *Zielen der Außenpolitik* und durch die *Stärke und geopolitische Rolle des Staates* mitbestimmt, *in dessen Territorium interveniert werden soll*. So wird das Ziel der Kontrolle von Erdölressourcen nicht notwendigerweise mit einer konfrontativen Politikform zu erreichen versucht (vgl. Bromley 2005). Eine partielle Kontrolle des Territoriums durch Militärstützpunkte oder formelle Handelsbeziehungen können ebenso dienlich sein, besonders dann, wenn mit den betroffenen territorialen Autoritäten freundschaftliche außenpolitische Beziehungen gepflegt werden. Geostrategisch relevante Seewege wie etwa die „Straße von Hormus“ können zudem durch den Einsatz von Seestreitkräften auf den Meeren gesichert werden. Eine Reihe großer Staaten (z.B. Frankreich, Deutschland, Russland, China, Indien) sichert sich ferner Einfluss, indem beispielsweise mit Hilfe von Waffenexporten an Bohrlizenzen zu gelangen versucht wird, oder durch die Entsendung militärischer Einheiten bzw. die Androhung von Gewalt andere Staaten eingeschüchtert werden.
- Ferner setzt die *rüstungsökonomische Dimension kapitalistischer Geopolitik* den Einzelstaaten Grenzen hinsichtlich der Reichweite, Intensität und Erfolgsaussichten ihrer Außenpolitik. Nicht wenige Kommentatoren sprachen angesichts der amerikanischen „Revolution in militärischen Angelegenheiten“ (Müller/Schörnig 2006, 97-110) in den 1990ern von einer fortan unbezwingbaren amerikanischen Armee. Die hiermit verbundene „Enthemmung“ gegenüber der Anwendung militärstrategischer Optionen (in der Aussicht eines relativ geringen Opferrisikos) hat jedoch Bruchstellen (Mölling 2004, 220). Wie die jüngsten Militärinterventionen in militärisch unterlegenen Staaten gezeigt haben, hat sich dies nur hinsichtlich des Luftkrieges als zutreffend erwiesen (Jugoslawien, Afghanistan). Beim Einsatz von Bodentruppen, bei dem die technische Überlegenheit keine so große Rolle mehr spielt,

traf dies nicht mehr zu, wie die Erfahrung im Irak nach 2003 belegt. Die Herstellung eines innenpolitischen Konsenses kann derart u.U. konterkariert werden.

- Zusätzlich spielen die *Kohärenz der Koordinierung der Außenpolitik* sowie die Formen der *Allianzbildung* und das kurzfristige *Verhalten der politischen Führung* eines Staates eine Rolle.⁴²¹
- Besondere Beachtung müssen die *innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse* bei der Bestimmung der Möglichkeiten außenpolitischen Handelns finden. Als „Gewinnermacht“, die zugleich relativ wenig menschliche Verluste zu beklagen hatte, waren die Regierungen der Vereinigten Staaten nach 1945 vor dem Hintergrund des Antikommunismus in einer vergleichsweise günstigen Lage, was die Legitimierung der Anwendung militärischer Gewalt betraf. Im Gegensatz hierzu war ein erneuter deutscher Militarismus nach 1949 nicht nur weltpolitisch erst einmal undenkbar. Eine antimilitaristische Stimmung im Inneren der Gesellschaft erschwerte die Wiederaufrüstungsbemühungen.⁴²² Insofern dürfen auch die amerikanische Niederlage im Vietnamkrieg und die mit diesem Krieg verbundenen erheblichen innenpolitischen Auseinandersetzungen in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden. Das „Vietnamsyndrom“ verunmöglichte es den USA bis in die 1980er, offene Militärinterventionen durchzusetzen (vgl. Neale 2004). Die normativen „Ressourcen“, die es einem Staat ermöglichen, eine Gewaltpolitik, die der eigenen Bevölkerung Opfer abverlangt, notfalls auch länger durchzuhalten, sowie die „innere“ Verfassung des Militärs, der Einfluss der Außen- und Verteidigungsministerien, d.h. das interne Machtgleichgewicht innerhalb der Staatsapparate müssen untersucht werden, wenn es um die Einschätzung geopolitischer Handlungsoptionen geht. Dabei kann sich auf analytische Instrumente bezogen werden, die u.a. Poulantzas entwickelt hat: Er

⁴²¹ Die für fast alle damaligen Kommentatoren überraschende Entstehung der deutsch-britischen Feindschaft am Ende des 19. Jahrhunderts (nach einer langen Zeit des Friedens Großbritanniens mit Preußen) kann als ein Archetyp der Entstehung zwischenkapitalistischer Konflikte (zumindest in dieser historischen Phase) in einem schwach regulierten Weltsystem verstanden werden. Obwohl Großbritannien fast in jedem Krieg nach 1688 Gegner von Frankreich gewesen war, fanden sich die beiden Mächte (1907 in der sog. Tripelentente ratifiziert) nun als Bündnispartner wieder. Dem zugrunde lag eine unvorhersehbare Verschiebung des Spielfeldes der Einflussphären und Machtrivalitäten auf dem ganzen Globus zuungunsten Großbritanniens, im Gefolge des wirtschaftlichen Aufstiegs Deutschlands, aber auch Nordamerikas und Ostasiens. Die Folge war ein Blocksystem in Europa, innerhalb dessen der Versuch des Ausgleichs scheiterte: „Die Blöcke wurden durch unflexible Militärplanungen noch unbeweglicher, und der Kontinent trieb in einer Abfolge internationaler Krisen, die nach 1905 zunehmend durch eine riskante Politik der Drohgebärden ‚bereinigt‘ wurden, manövrierunfähig auf einen Krieg zu“ (Hobsbawm 1999, 401).

⁴²² Ab 1990 gelangte die „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik allerdings ein gutes Stück voran (Hawel 2007).

unterscheidet zwischen *unterschiedlichen Artikulationen der Staatsapparate*, die von mindestens drei Faktoren abhängen. Erstens von der „Klasse oder Fraktion, die konkret die Hegemonieposition innehat“, zweitens von den Klassen und Fraktionen, die „am Machtblock beteiligt“ sind, drittens von den „Formen, die diese Hegemonie annimmt, [...] von der Natur der Widersprüche und vom konkreten Kräfteverhältnis innerhalb des Machtblocks“ (Poulantzas 1980, 242).

In der vorliegenden Arbeit werden konkrete Klassenstrategien und ihre Artikulation in den Staatsapparaten nicht näher untersucht. Zur Analyse des Einflusses von ökonomisch und/oder politisch einflussreichen sozialen Gruppen auf die Politik von Einzelstaaten in konkreten historischen Konstellationen bietet sich eine interne Differenzierung der Machteliten in *Klassenfraktionen* sowie ihre hieraus resultierenden *Strategien* an, die auch Kompromisse mit anderen Klassen bzw. Fraktionen innerhalb von Klassen einschließen. Die Machteliten differenzieren sich intern aus und entwickeln bestimmte Interessen sowie Strategien zur Durchsetzung derselben. Sie herrschen unter bestimmten *Machtkonfigurationen*, die sich in den Staatsapparaten verdichten.⁴²³

Bevor nun das gegenwärtige Verhältnis von harter und weicher Geopolitik vor dem Hintergrund einer instabilen Weltwirtschaft und eines marktliberal-etatistischen Staatensystems diskutiert wird, soll anhand eines der wichtigsten Mythen des Ost-West-Konfliktes noch einmal die analytische Erklärungskraft des in der hier vorliegenden Arbeit verwendeten breit gefassten Kapitalismusbegriffs in globaler Analyseperspektive sowie die Notwendigkeit der Differenzierung imperialistischer Praktiken unter Beweis gestellt werden.

⁴²³ Ob sich aus den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen kohärente *hegemoniale Konstellationen* herausbilden, ist daher eine empirische Frage. Die *Verschiebungen* der Machtverhältnisse innerhalb der Machteliten fanden z.B. Ende des 19. Jahrhunderts in Preußen-Deutschland einen Ausdruck in der Machtverschiebung von der Gruppe der Grundeigentümer hin zur später tonangebenden Schwerindustrie, oder seit den 1970ern, in einer Reihe entwickelter kapitalistischer Gesellschaften, in der Vergrößerung der Macht der auf Internationalisierung drängenden Einzelkapitalien und Vermögensbesitzer (z.B. institutionelle Anleger).

3.3. DIE STRUKTUR KAPITALISTISCHER (STAATEN-)KONKURRENZ UND DIE SOWJETUNION

Die Beschäftigung mit den Triebkräften des „Ost-West-Konflikts“ ist ein wichtiger Bestandteil einer Theoretisierung imperialistischer Phänomene und geopolitischer Konflikte *nach* der Phase des „klassischen Imperialismus“. Sowohl der Nutzen eines breit gefassten Kapitalismusbegriffs als auch einer globalen Analyseperspektive sowie eines differenzierten Begriffs von imperialistischer Politik bzw. Geopolitik lassen sich an diesem Beispiel näher erläutern.

Für die Vereinigten Staaten stellte sich der sowjetisch kontrollierte Rüstungsgürtel entlang der Waffenstillstandslinien nach Ende des Zweiten Weltkriegs als ein wesentliches Hindernis für das angestrebte Ziel einer liberal-kapitalistischen Weltordnung dar.⁴²⁴ Die sowjetische Expansion in Osteuropa in der zweiten Hälfte der 1940er wurde mit großer Sorge toleriert. Zugleich bestanden Befürchtungen hinsichtlich einer weiteren Ausdehnung des „kommunistischen“ Einfluss- und Herrschaftsbereichs in anderen Teilen der Welt.

Doch was genau war es, was sich in Osteuropa ausdehnte? Welchen Imperativen gehorchte die Geopolitik der UdSSR und anderer „sozialistischer“ Staaten? Viele Untersuchungsansätze der Disziplin der Internationalen Beziehungen haben sich der Analyse der Außenpolitik der Sowjetunion, Chinas und anderer „sozialistischer“ Staaten nur unzureichend gewidmet. In den neorealistischen Ansätzen der Internationalen Beziehungen beispielsweise wird der Ost-West-Konflikt, wie bereits dargelegt, unterkomplex als klassischer Großmachtkonflikt analysiert, in dem jede Machtsteigerung des Gegners als Bedrohung angesehen und daher mit einer eigenen Machtsteigerung begegnet wurde („Sicherheitsdilemma“). In den liberalen (und vielen marxistisch inspirierten) Arbeiten gilt die machtpolitische Auseinandersetzung dagegen als ein säkularer Konflikt zwischen verschiedenartigen Gesellschaftssystemen bzw. „Weltanschauungen“, und in den (neo-)institutionalistischen Ansätzen wird eine zu geringe Verregelungsdichte in den Ost-West-Beziehungen als Ursache des Kalten Kriegs bzw. die Etablierung kooperativer Modi der Konfliktaustragung als Mittel der Verhinderung „heißer“ Kriege betrachtet. In weiteren Beiträgen wird auf den vorwiegend reaktiven Charakter der sowjetischen Außenpolitik verwiesen (vgl. zur Übersicht Link 1996, Ruloff 1990, Zürn/Zangl

⁴²⁴ In den 1920ern führte der „System“-Konflikt „nur partiell und regional zu einer kritischen Spannung, weil dieser Antagonismus international ein Gegensatz neben anderen und das internationale System pluralistisch-multipolar strukturiert war“ (Link 1996, 248). Vor dem Hintergrund einer wahrgenommenen Bedrohung durch Deutschland und Japan erfolgte sogar eine Richtungsänderung zugunsten der Kooperation mit der Sowjetunion.

2003, 38-148).⁴²⁵ In der ambitionierten Staats- und Weltmarktdebatte der 1970er spielt der Kalte Krieg eine untergeordnete Rolle. Neusüss verweist auf eine „zweite Ebene des Klassenkampfes“ – die „Ebene staatlicher Auseinandersetzungen unterschiedlicher Gesellschaftssysteme“ (Neusüss 1972, 206). In einem ansonsten sehr gehaltvollen Aufsatz von Poulantzas zur Struktur des *Weltsystems* (Poulantzas 2001) bleibt der Ost-West-Konflikt kaum erwähnt. Noch in den aktuellen imperialismustheoretischen Analysen überwiegt die Tendenz, die „sozialistische“ Außenpolitik nicht zu berücksichtigen: Panitch/Gindin scheinen in ihrer Geschichte des amerikanischen „Imperiums“ zu vergessen, dass zwischen 1945 und 1989 nicht nur ein einziger Staat imperialistische Strategien verfolgte – in dieser Zeit sei „einzig und allein der amerikanische Staat ‚aktiv‘ imperialistisch“ gewesen (Panitch/Gindin 2004a, 52). Die IB-Theoretiker Müller/Schörnig nehmen diese Art von Schlussfolgerung zum Anlass, eine grundsätzliche Fehlerhaftigkeit der „marxistisch“ orientierten Imperialismustheorie zu konstatieren (Müller/Schörnig 2006, 70).⁴²⁶

Der Kalte Krieg war nicht nur ein *System-Gegensatz*: Im Folgenden werde ich meiner Vorgehensweise folgend, aus einer globalen Analyseperspektive, die These vertreten, der zufolge die „sozialistischen“ Staaten denselben Imperativen unterworfen waren, dem auch der „kapitalistische“ Westen unterlag.⁴²⁷ Der Ost-West-Konflikt kann demgemäß als Auseinandersetzung zweier *kapitalistischer* Weltordnungsmodelle konzeptualisiert werden, auch wenn deren Herrschaftssysteme verschiedenartig ausgeprägt waren. Wie Adorno andeutet, ist dieser Gegensatz *das* Spezifikum der Weltordnungsphase zwischen 1945 und 1989: „Selbst die Imperialismustheorien sind mit dem erzwungenen Verzicht der großen

⁴²⁵ Etwas differenzierter sah dies Dieter Senghaas: „Ein Rüstungswettkampf ist den Staaten des Ostblocks nicht mehr nur aufgezwungen, sondern er wird von ihnen autonom mitgemacht“ (Senghaas 1972, 18).

⁴²⁶ Bis heute wird das Fehlen einer plausiblen Charakterisierung der „sozialistischen“ Staaten bemängelt, etwa in der Diskussion um die „Erbschaft des Marxismus“ in der Philosophie: vgl. Derrida 2004, 68 ff.

⁴²⁷ Die globale Perspektive, der Ansatz, das Verhältnis UdSSR/Weltwirtschaft/Weltstaatsystem zum Ausgangspunkt für die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung der UdSSR zu machen, ist in diesem Fall besonders wichtig. Viele Autoren, die im Prinzip an einer kritischen Analyse des Ostblocks interessiert sind, konzentrieren sich einseitig nur auf das Territorium der UdSSR bzw. des Ostblocks. Paresh Chattopadhyay bemerkt in seiner Studie: „[W]e study [the USSR] as a basically closed economy, abstracted from its international economic relations“ (Chattopadhyay 1994, XIII). Resultat dieser verengten Perspektive ist der Versuch, allein aus dem Inneren dieser Staaten heraus ihre wesentlichen Strukturmerkmale zu analysieren. Diese Herangehensweise, so sinnvoll sie beispielsweise für die Analyse spezifischer Merkmale der Sowjetunion sein kann (vgl. den Aufsatz von Michael Burawoy und Pavel Krotow zur Beschreibung der Tatsache, wie tief die Kommandowirtschaft in das Alltagshandeln eingelassen war: Burawoy/Krotow 1992) – ist für die Analyse der sowjetischen Geopolitik wenig hilfreich.

Mächte auf Kolonien nicht bloß veraltet. Der Prozess, den sie meinten, setzt sich fort in dem Antagonismus der beiden monströsen Machtblöcke“ (Adorno 1996a, 360).

Eine wesentliche Ursache für Unzulänglichkeiten bei der Untersuchung des Ost-West-Konflikts liegt in der bis heute vorherrschenden Auffassung, der zufolge in den Systemen in Ost und West grundsätzlich andere soziale Triebkräfte wirkten. Um diese Sicht zu korrigieren, gibt es verschiedene mögliche Vorgehensweisen. Kees van der Pijl hat den Versuch unternommen, auf der Basis der ungleichen Entwicklung des Weltkapitalismus im Hinblick auf die verschiedenen Beziehungskomplexe zwischen Staat und Gesellschaft zwei Idealtypen zu unterscheiden. Er kann als ein Versuch der *Beschreibung* des Phänomens der sowjetischen (Außen-)Politik gelten, ohne diese allerdings theoretisch angemessen erfassen zu können. Zum einen beschreibt van der Pijl das vorherrschende „Lockesche Kerngebiet“, in dem sich gesellschaftliche Prozesse weitgehend selbst steuern, zum anderen die „Hobbesschen Randstaaten“, in der die Dynamik der gesellschaftlichen Integration vom Staat ausgeht: „Die reichen Länder sind dabei – grob gesagt – mit dem lockeschen Zentrum deckungsgleich. Die fremdbestimmte, penetrierte Peripherie wird dagegen nicht nur von Armut beherrscht, sondern hat auch unter unklaren Machtverhältnissen, Regellosigkeit und Willkürherrschaft zu leiden. Zwischen diesen beiden Extremen haben sich Staaten und Gesellschaften herausgebildet, die – trotz aller bestehenden Unterschiede – sinnvollerweise als hobbessche Konfigurationen zu charakterisieren sind“ (van der Pijl 1996, 20). Zu den hobbesschen Randstaaten gehörten das „Frankreich Richelieus, das Preußen der Stein-Hardenberg’schen Reformen bis zum Meiji-Japan und Russland/UdSSR, nach dem 2. Weltkrieg auch Osteuropa und schließlich in den 60er und 70er Jahren die großen Dritte-Welt-Länder wie China, Indien, Brasilien“ (ebd.). Die „hobbesschen“ Staaten orientierten sich an kapitalistischen Imperativen, um mit den „lockeschen“ Kerngebieten in Konkurrenz treten oder diese gar überholen zu können. Der sowjetische Staat (als klassischer „hobbesscher“ Staat) setzte dieses Ziel im Prozess der „passiven Revolution“ durch (van der Pijl 2006, 217 ff.). Eine Industrialisierung unter extrem rückständigen Voraussetzungen brachte eine besonders despotische Staatsform mit sich. Die ursprüngliche Akkumulation, die in Westeuropa Jahrhunderte brauchte, wurde in der Sowjetunion ab Ende der 1920er in einem Jahrzehnt brutal durchgesetzt. Das Resultat war aber ähnlich: Bauern wurden von ihren Produktionsmitteln getrennt und konnten nun dazu gezwungen werden, ihre Arbeitskraft zu

verkaufen.⁴²⁸ Dabei bildete sich eine herrschende „Staatsklasse“ heraus, die sich kapitalistischer Methoden bediente (van der Pijl 1996, 173 ff.). Rechtlich gesehen war fortan der von der Partei kontrollierte Staat (der vorgeblich der Staat der Arbeiter und Bauern war) der Besitzer der Produktionsmittel. Hinter dieser Erscheinungsform verbarg sich, ähnlich wie in der formellen Gleichheit von Kapitalisten und Arbeitern auf dem Markt, die Realität einer Klassenausbeutung. Die Partei- und die Staatsbürokratie als neue herrschende Klasse besaßen die politische Macht und übten dadurch die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel aus (Mattick 1971, 299).⁴²⁹

Wie aber kann eine solche Dynamik theoretisch verallgemeinert werden? Handelt es sich um denselben Prozess, der schon in den spätf feudalen, absolutistischen Staaten des 18. Jahrhunderts sich durchsetzte, die dem Kapitalismus in Großbritannien nacheiferten? Diese These vermag nicht zu überzeugen. Es bestehen unübersehbare Unterschiede zwischen der Zeit des Absolutismus und der Zeit ab den 1920ern. Dazu gehört die Konsolidierung eines kapitalistischen Weltmarkts, aber auch die Tatsache, dass die alte zaristische Machtelite Anfang der 1920er Jahre kaum mehr existierte (aufgrund der Enteignungen und ihrer Emigration). Stattdessen eroberte die stalinisierte Kommunistische Partei (auch mit Hilfe des

⁴²⁸ Zuvor (eigentlich schon zwischen 1917 und 1923) kam es v.a. vor dem Hintergrund extrem rückständiger sozio-ökonomischer Verhältnisse und einem Ausbleiben weiterer sozialer Revolutionen in den entwickelten Industrienationen zu einem Prozess der Degeneration der russischen Revolution. Dabei wurden die sozialen, politischen und kulturellen Errungenschaften der Revolution von 1917 wie z.B. Arbeiterräte, rechtliche Gleichstellungsvorhaben und kulturelle Freiheiten ausgezehrt und schließlich abgeschafft.

⁴²⁹ Es gehört zu den Mythen der Charakterisierung des Ostblocks, von einer politischen Kontrolle der unteren Klassen auszugehen und derart seinen fortschrittlichen Charakter gegenüber dem kapitalistischen Westen zu behaupten. Heike Solga hat gezeigt, dass die Arbeiterklasse in der DDR von politischen wie ökonomischen Entscheidungen in der Gesellschaft ausgeschlossen war. Stattdessen kontrollierte eine kleine Schicht von Partei- und Staatsbürokraten der SED durch ihre gesellschaftliche Herrschaftsposition die Produktion: „Die Trennung von (juristisch fixiertem) ‚Volkseigentum‘ und tatsächlicher Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel war die Ursache für die Entstehung von verschiedenen Klassen [...]. Wie in kapitalistischen Klassengesellschaften galt [...]: Wer entschied, wie und was produziert wurde, der hatte auch die Entscheidungsmacht darüber, wie der produzierte Reichtum verteilt wurde“ (Solga 2001, 37; vgl. auch: Resnick/Wolf 1989, 269 ff.). Ebenso wird häufig davon abgesehen, dass nicht Planwirtschaft und Verstaatlichung für sich genommen die Basis einer sozialistischen Gesellschaft ausmachen, sondern die *Ziele*, an denen sie ausgerichtet werden. Wie bereits Engels schrieb, hebt die zunehmende Verstaatlichung im Kapitalismus das Kapitalverhältnis nicht auf, sondern kann es auf die Spitze treiben: „Das ist ja gerade der wunde Punkt, dass, solange die besitzenden Klassen am Ruder bleiben, jede Verstaatlichung nicht eine Abschaffung, sondern nur Formveränderung der Ausbeutung ist“ (Engels 1968b, 64). Im Übrigen kann auch der Trend zur „Planwirtschaft“ in Marktwirtschaften enorm sein – „The scope and scale of planning in giant corporations like Ford, Toyota, GEC or ICI dwarfs that of most, if not all, of the Soviet ministries“ (Clarke 1990, 23). „Der ‚realsozialistische‘ Staatsapparat, in Gestalt etwa von Spezialministerien für kleinste Industriezweige, tat ähnliches wie die Arbeitskreise der kapitalistischen Großindustrie“ (Krzymanski 2004, 37).

alten Staatspersonals) die alleinige Verfügungsgewalt über die russische Industrie, und erzwang, unter einem erheblichen, vorwiegend geopolitischen Druck von außen, die Unterordnung der Gesellschaft unter die Anforderungen der Konkurrenz mit kapitalistischen Staaten.⁴³⁰

In den Ansätzen einer Theoretisierung der „sozialistischen“ Außenpolitik der UdSSR ab den 1940ern u.a. bei Castoriadis, Cliff und Mattick spielte im Gegensatz zu anderen Imperialismusdeutungen der Ost-West-Konflikt eine besondere Bedeutung, als Teil eines weltweiten imperialistischen Gesamtzusammenhangs (vgl. Castoriadis 1988d, Cliff 1975, Mattick 1971). Dabei wurde vom „Imperialismus“ der Sowjetunion (und später auch Chinas) gesprochen.⁴³¹ An ihnen lässt sich heute kritisch anknüpfen, um zu einem Verständnis sowohl der kapitalistischen Geopolitik, die sich nach 1945 in Form des Rüstungswettlaufs manifestierte, als auch des Charakters der „sozialistischen“ Staaten zu finden. In der angelsächsischen Debatte hat in den letzten 20 Jahren eine kritische Weiterentwicklung der Stalinismusforschung stattgefunden, auf die in der weiteren Argumentation ebenso zurückgegriffen wird.

Dabei verwende ich zur Charakterisierung der Ostblockländer (heute noch China und andere „sozialistische“ Staaten wie Nordkorea), in Ermangelung eines besseren Begriffs, den des „bürokratischen Staatskapitalismus“⁴³². Der Begriff ist nicht unzweideutig, weil er sehr Unterschiedliches zum Ausdruck bringen kann. In meinem Verständnis ist damit *nicht* dasselbe gemeint, was ab den 1930ern etwa Friedrich Pollock (und eigentlich auch Bucharin in den 1920ern) vertrat, dass nämlich der „Staatskapitalismus“ die Wert- und Akkumulationsgesetze außer Kraft setzt und die alten Krisenmechanismen nicht mehr greifen (Pollock 1975a, 1975b).⁴³³ Wie bereits Franz Neumann kritisierte, können direkte politische

⁴³⁰ Castoriadis spricht u.a. deshalb von „bürokratischem Kapitalismus“, weil im Ostblock wie im westlichen Kapitalismus die unbegrenzte Ausdehnung der Beherrschung von Natur und Gesellschaft sowie die unbegrenzte Entfaltung der Produktivkräfte mit allen Mitteln betrieben wurden (Castoriadis 1988b).

⁴³¹ Einige „chinafreundliche“, maoistische Imperialismusanalysen arbeiteten mit der Kategorie des sowjetischen „Sozialimperialismus“, werden hier aber nicht weiter behandelt (vgl. Schmierer 1981).

⁴³² Im Folgenden werden nicht die Standardbegriffe „Staatssozialismus“ oder „real existierender Sozialismus“ verwendet, weil diese m.E. die kapitalistischen Merkmale dieser Regime ausblenden.

⁴³³ Seiner Meinung trat an die Stelle der krisenbelafteten Konkurrenz zunehmend die staatliche Lenkung der Produktion und Verteilung der Güter. „Wirtschaftliche Probleme im herkömmlichen Sinne wird es dann nicht mehr länger geben, wenn die Koordination aller wirtschaftlichen Aktivitäten mit Bewusstsein ins Werk gesetzt wird anstatt durch die 'natürlichen Gesetze' des Marktes“ (Pollock 1975a, 117). Pollocks Vorstellungen bildeten einen wichtigen ökonomietheoretischen Unterbau für die Schriften Horkheimers und Adornos und ihrer Betonung des „autoritären Staates“ und der „total verwalteten Welt“.

Eingriffe in den Markt dessen Eigendynamik höchstens zeitweise oder lokal begrenzt aufheben (Neumann 1977, 367 ff.).

Um den Begriff des „Staatskapitalismus“ nicht missverständlich zu verwenden, müssen der Weltmarkt, das Weltstaatensystem und weitere inter-gesellschaftliche Kräfteverhältnisse als Ausgangspunkte der Analyse dienen. Aus einer globalen Perspektive stellt der Trend hin zu staatskapitalistischen Volkswirtschaften ein zentrales *Phasenmerkmal* des weltweiten Kapitalismus ab den 1930ern dar.⁴³⁴ Die Ostblockstaaten stellten gewissermaßen die extremste Form der Staatsintervention dar. Gleichzeitig wurde die Verwertungsdynamik den jeweiligen Staaten von den Rhythmen der Weltwirtschaft und den Kräfteverhältnissen des Staatensystems diktiert, was auch in deren interner Krisenanfälligkeit zum Ausdruck kam. Die von mir weiter oben charakterisierten Strukturmerkmale des Kapitalismus traten in modifizierter Form wieder auf.⁴³⁵ Daher auch ist die These, der Ostblock repräsentiere weder eine Form des Kapitalismus, noch eine des Sozialismus, empirisch kaum aufrecht zu erhalten.

Der Zwang zur Kapitalakkumulation im Ostblock

Die Zielvorgabe des Stalinismus, den ökonomischen Vorsprung des Westens aufzuholen und diesen schließlich zu überholen, erforderte anfänglich eine Politik der Autarkie, die zu Beginn der 1930er auf recht günstige weltwirtschaftliche Voraussetzungen traf. Zwischen 1914 und 1930 wuchs der weltweite Außenhandel kaum. In den 1930ern war der Drang zur

⁴³⁴ Eine zu enge Definition des Kapitalismus, die geopolitische Staatenkonflikte außerhalb des Rahmens kapitalistischer Logik diskutiert, wie sie der (an anderen Punkten gewinnbringende) „Hamburger Ansatz“ zur Kriegsursachenforschung verwendet, kann dementsprechend den Ost-West-Konflikt nur außerhalb seiner Kapitalismustheorie analysieren: „Es handelt sich [im Ost-West-Konflikt] nicht um ein der kapitalistischen Weltentwicklung immanentes, aus ihrer Logik rekonstruierbares Phänomen, sondern um einen äußeren Gegensatz, der insgesamt auch nur begrenzt theoriefähig ist“ (Siegelberg 1994, 155).

⁴³⁵ Es herrschte dabei eine „staatliche“ Form der Ausbeutung der Lohnarbeit vor. In den Arbeiten von Stephen Resnick und Richard D. Wolff wird der Begriff „Staatskapitalismus“ auf der Basis der Klassentheorie und der Diskussion der Ausbeutung entwickelt (Resnick/Wolf 1995, 325 ff., Resnick/Wolf 1989). Es kann heute als gesichert angenommen werden, dass es in der Sowjetunion einen, wenn auch begrenzten, flexiblen Arbeitsmarkt gab, schreibt der Osteuropaforscher Mike Haynes: „It is now a commonplace of historiography to recognise that Soviet workers always moved between enterprises and that labour turnover continued at quite high levels even under the worse period of draconian labour legislation under Stalin“ (Haynes 2002a, 340). Der Arbeitsmarkt unterlag Regulierungen (was allerdings auch in „neoliberalen“ Volkswirtschaften nicht ungewöhnlich ist). Zwangsarbeit existierte in großem Ausmaß. Vergleichbar ist dies ebenfalls mit Prozessen innerhalb kapitalistischer Staaten: „[I]t is necessary to recognise that, under certain circumstances, capitalist and capitalist state control of the labour force can involve the elimination of the freedom to move and, therefore, the distortion of wage-labour. But this is only a partial negation of the role of wage-labour, because it remains constrained by the wider imperatives of the system and the drive to accumulate capital“ (Haynes 2002a, 341). Alec Nove z.B. weist auf höhere Löhne als Anreize zur Arbeit in entlegenen Gebieten Sibiriens hin (Nove 1980, 9).

Abschottung in allen wichtigen Volkswirtschaften ausgeprägt (Altvater/Mahnkopf 1996, 395 ff.).⁴³⁶ Das stalinistische Russland verkörperte dies am radikalsten. Eine Abschottung konnte im Zuge der Weltwirtschaftskrise Schutz bedeuten. Die Alternative wäre gewesen, die sowjetischen Produktionseinheiten mit den fortgeschritteneren Einzelkapitalien des Westens in eine selbstmörderische Konkurrenz treten zu lassen.

Staatliche Eingriffe und die Zentralisierung der Investitionsentscheidungen ermöglichten eine rapide Steigerung der Produktion. Eine Ursache dafür lag in der kombinierten und ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, die es den Staaten in „rückständigen“ Gesellschaften teilweise ermöglichte, die Mittel der fortschrittlicheren Ökonomien einzusetzen, um eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Mit dem politischen Ziel einer abgeschotteten Wirtschaft einher ging der Aufbau einer gigantischen Militärmaschinerie. Dabei wurde das Eindringen ausländischer Kapitalien in den Binnenmarkt mit staatlichen Mitteln (etwa durch das Verbot von Privateigentum) verhindert. Außerdem beinhaltete die staatskapitalistische Abschottungspolitik auch die Kontrolle der ökonomischen Transaktionen über die Grenzen des Territoriums hinaus. Das militärisch-industrielle System der UdSSR wurde zur Grundlage der Herrschaft der Bürokratie. Der militärische Wettbewerb während einer ökonomischen Epoche relativer Autarkie und unter der besonderen Bedingung von nur schwach ausgebildeten privatkapitalistischen Kräften ließ die russische Gesellschaft zu einer Kriegswirtschaft mutieren, wie Edward P. Thompson ausführt: „In den 30er Jahren hatte die Priorität der Schwerindustrie einen militärischen Akzent: Der Militarismus wurde nicht nur in den Überbau, sondern auch in die Basis eingebaut. Und der Militarismus fand notwendig seine ungeheure (und populäre) Ausweitung im Großen Patriotischen Krieg. In einem bezeichnenden Sinne war die Sowjetunion immer eine 'Kriegswirtschaft'. [...] Der Rüstungskomplex ist ebenso deutlich der führende Sektor der sowjetischen Industrie wie in den Vereinigten Staaten, nur dass er bürokratische Betriebsformen annimmt“ (Thompson 1981, 338f.). Der auf den „äußeren Konflikt“ ausgerichtete militärisch-industrielle Komplex war bis 1991 der bedeutendste Industriesektor der UdSSR.

⁴³⁶ Die Sowjetunion befand sich Ende der 1920er Jahre aufgrund der internationalen Isolation eigentlich in einer ungünstigen Situation. Doch bald hatte die Isolation einen positiven Effekt: „Paradoxerweise sollte ihr just dieser Umstand schon bald zum kraftvollsten ideologischen Argument verhelfen: Die Sowjetunion erschien sich immun gegen die gigantische Wirtschaftsdepression erwiesen zu haben, die die kapitalistische Weltwirtschaft nach dem Börsenkrach von 1929 verwüstete“ (Hobsbawm 1995, 468). Bereits der erste Fünfjahresplan der sowjetischen Führung ab 1928 hatte im Übrigen signalisiert, dass sich die herrschende Bürokratie ihrer Rolle als einer herrschenden Klasse bzw. Machtelite selbst bewusst geworden war.

Bis in die 1960er entwickelte sich die UdSSR gemessen an den BIP-Wachstumsraten außerordentlich schnell (Maddison 2001, 184 ff.). Hierin bestand ein materieller Grund für die westlichen „Ängste“ vor dem „Kommunismus“.⁴³⁷ Der Schwerpunkt der Industrialisierung lag in der Produktionsgüterindustrie, d.h. er beruhte auf vorwiegend „extensiver Akkumulation“ unter Vernachlässigung der Konsumgüterindustrien. Zum Teil lagen die Wachstumsraten des BIP höher als die der westlichen Industriestaaten (Haynes 2002b, 193). Nach der Eingliederung der osteuropäischen Staaten in den sowjetischen Herrschaftsbereich konnte von einer „Pax sovietica“ (Bohle 2002, 51 ff.) gesprochen werden, wenn sich auch die Herstellung russischer Vormacht gewaltförmiger als die Durchsetzung der amerikanischen Hegemonie in Westeuropa vollzog. Die Elemente des Zwangs besaßen ein Übergewicht (Deppe 2006, 68).

Die hohen Wachstumsraten des BIP begannen sich in den 1960ern abzuschwächen. Was in den 1930ern einen viel versprechenden Wachstumspfad bedeutete, mündete nach einigen Jahrzehnten hoher Wachstumsraten in der Stagnation. In vielen „sozialistischen“ Staaten kam es zu sinkenden Produktivitätssteigerungen und zur Erschöpfung der (ländlichen) Arbeitskräftereserven (Bohle 2002, 59 f.). Die erhöhte Bereitschaft, sich nun auch direkter dem Weltmarkt zu öffnen, brachte zuerst gewisse ökonomische Erfolge. Die Wachstumsraten erreichten aber nicht mehr die Höhe der Nachkriegszeit – im Gegenteil sanken sie. In den 1980ern stagnierte die Sowjetökonomie.

Wie Altvater und Mahnkopf betonen, ist eine Erklärung des Aufstiegs und Niedergangs der „sozialistischen Planung im Osten“ im Rahmen einer sich veränderten Weltwirtschaft möglich (Altvater/Mahnkopf 1996, 400 ff.). Deren einschneidende Krise ab 1929 gestattete es dem Modell „nachholender Industrialisierung mit Importsubstitution im nationalen Raum“, einen relativ effizienten Aufholprozess zu beginnen, der allerdings nach der Wiederherstellung des Weltmarkts nach 1945 mit Verzögerung an seine Grenzen stieß. Mehr und mehr brachte die Praxis der staatlich angestrebten relativen Autarkie keine Erfolge mehr. Der Druck in Richtung der Entwicklung der Produktivkräfte, der Ende des 19. Jahrhunderts zu Monopolisierungs- und Zentralisierungstendenzen führte und eine engere Anbindung von Einzelkapitalien, Kapitalfraktionen und Einzelstaaten mit sich brachte, entwickelte sich nach 1945, auch und gerade in einen Trend zur *Überschreitung* nationaler Räume. Die Versuche, Grenzüberschreitungen und die damit einhergehende neue internationale Arbeitsteilung zu

⁴³⁷ Daher erscheint die Vorstellung, den Kalten Krieg „nicht als Konflikt, sondern als eine Art von stillschweigender Übereinkunft“, als „imaginären Krieg“ analysieren zu müssen (Kaldor 1991, 168), die es den Supermächten ermöglichte, die Regulierung ihrer jeweiligen *Binnenbeziehungen* zu gewährleisten, zumindest als einseitig.

verhindern, führte, wie sich herausstellte, zunehmend zu einer ineffizienten Kapitalakkumulation. Das galt, so Altvater/Mahnkopf, in unterschiedlicher Intensität, für alle drei Varianten des staatlichen Dirigismus des Kapitalismus ab den 1930ern, der „sozialistischen Planung“ im Osten genauso wie dem „keynesianischen Interventionsstaat“ im Westen und dem „Entwicklungsstaat“ im Süden.⁴³⁸ So wie diese Versuche darauf abzielten, durch staatliche Regulierung die „Störungen“ der kapitalistischen Entwicklung zu überwinden – der „Plan- und Entwicklungsstaat“ wird daher zu Recht als das „Produkt einer spezifischen Phase der kapitalistischen Entwicklung“ (Altvater/Mahnkopf 1996, 397 f.) begriffen –, so scheiterten diese jedoch im Gefolge der Krisentendenzen nach Ende des langen Nachkriegsaufschwungs.

Aus Sicht der UdSSR war der geopolitisch-militärische Wettbewerb zwischen Staaten eine Notwendigkeit, um der Marktkonkurrenz auszuweichen, die wiederum genau diese staatlich dirigierte Ökonomie in Frage stellte. Die außenpolitischen Aktivitäten der Sowjetunion reproduzierten sich als Reaktion auf weltwirtschaftliche Entwicklungen – als ein Versuch, den möglichen schädlichen Auswirkungen der Marktkonkurrenz mithilfe einer Verschiebung der Konkurrenz in die geopolitische Dimension entgegen zu wirken. Dennoch spielte auch der rein ökonomische Konkurrenzdruck im Verlauf der Geschichte des Ostblocks eine bedeutende Rolle. Es gab im Ostblock, entgegen des stalinistischen Mythos der „zwei Weltmärkte“, eine direkte Verbindung zum Weltmarkt.⁴³⁹ Bereits die frühe Industrialisierung

⁴³⁸ Fast alle schwächeren bzw. neuen Kapitalismen setzten auf eine staatlich dirigierte Akkumulation. Der Aufstieg der südkoreanischen Ökonomie hatte neben einer günstigen weltpolitischen Konstellation (d.h. westliche Unterstützung) den Eingriff des Staates in den Markt zur Grundlage. Durch Mehrjahrespläne und die Kontrolle des einheimischen Finanzmarktes setzte der Staat die von ihm gewählten Investitionsschwerpunkte durch und konnte derart Exportnischen besetzen. Militärdiktatur und Staatsgewerkschaften ähnelten den stalinistischen Systemen (You 2002, 111-131). Ähnlich verliefen die Entwicklungen des staatskapitalistischen De-facto-Einparteienregimes in Singapur unter Lee Kuan Yew nach 1955, dessen politisch-ideologische Wendungen vom Sozialismus über den Antikommunismus zum Konfuzianismus nur wenig an der sozio-ökonomischen Basis Singapurs änderten (vgl. Lee 1997, 54-71).

⁴³⁹ Es gab zudem eine innere Konkurrenz zwischen Einzelkapitalien in den Ostblockländern. Trotz der zentralen Planung wirkten die Kapitalien als „viele“ Kapitalien aufeinander: „The enterprises were, of course, under the thumb of the ‚centre‘ [the party-state]. But, as fragments of this totality, they confronted one another as autonomous units based on wage-labour, whose product took commodity form“ (Chattopadhyay 2004, 116; vgl. Chattopadhyay 1994, 53 ff., 127 ff.). Wie Ökonomen nachgewiesen haben, war der nationale Planungsprozess auch ein kompetitiver Prozess, der sich in den Auseinandersetzungen zwischen zentralem Plan und den Interessen lokaler Manager, zwischen Managern, zwischen Managern und Arbeitern sowie zwischen Arbeitern und dem Arbeitsmarkt manifestierte. Patrick Flaherty spricht daher von „Plan-Anarchie“ bzw. „laissez faire corporatism“, in der ein administratives Kommandozentrum versuchte, eine Vielzahl konkurrierender ökonomischer „Subeinheiten“ hinter einer überspannenden Akkumulationsstrategie zu sammeln (Flaherty 1992, 120 ff.). Haynes folgert: „Thus we need to know not simply how enterprises related to one another and to central direction, but what forces and pressures lay behind this central direction“ (Haynes 2002a, 340).

der scheinbar vom Weltmarkt weitgehend abgeschotteten Sowjetunion basierte auf westlichem Technologietransfer: „Wenn man lediglich den relativ geringen Umfang des sowjetischen Außenhandels 1917-75 betrachtet, scheint dieses Bild [der autarken ökonomischen Entwicklung] zu stimmen. Wenn man jedoch den Inhalt des sowjetischen Außenhandels betrachtet, also nicht nur den ökonomisch-wertmäßigen Umfang, sondern die gebrauchswertmäßige Qualität, ergibt sich ein völlig anderes Bild: nämlich ein über die ganze Periode hinweg hoher Grad technologischer Abhängigkeit der sowjetischen Industrialisierung vom Weltmarkt“ (Spohn 1975, 230). Dabei hatte der Außenhandel der relativ rückständigen Sowjetunion der Struktur nach beinahe den Charakter eines unterentwickelten Landes, da hoch entwickelte Technologien vorwiegend im Austausch gegen Rohstoffe und Halbprodukte bezogen wurden. In den 1960ern intensivierten sich die ökonomischen Beziehungen zur Welt außerhalb des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) („Vodka-Cola-ventures“; Dale 2004, 218 ff.).⁴⁴⁰

Der RGW, 1949 als Antwort auf den Marshallplan und die amerikanische Weltmarktpolitik gegründet, stellte zwar einen Versuch dar, sich vom Weltmarkt unabhängig zu machen. Allerdings scheiterte dieser Versuch: „Seit 1958 nahm man in unterschiedlichem Maße die westlichen Weltmarktpreise rückwirkend als Preisbasis. Seit 1975 bestimmten die Mittelwerte der Weltmarktpreise der vorangegangenen fünf Jahre die jährlichen Intra-RGW-Preise. Der RGW stand somit in modifizierter Form in Beziehung zum Weltmarkt, was immer wieder zu Interessenskonflikten zwischen den RGW-Ländern führte“ (Klenke 2001, 32). Es kann daher von einer *modifizierten* Wirkungsweise der kapitalistischen Akkumulationsimperative gesprochen werden.⁴⁴¹

⁴⁴⁰ Robert W. Cox betont den Druck der Imperative des Weltsystems auf die Sowjetunion ebenso wie im hier vorgetragenen Ansatz (Cox 1987, 200 ff.; Cox 1991, 170 ff.). Dagegen analysiert er das *innere* System des Ostblocks im Gegensatz zum kapitalistischen als „redistributive Entwicklungsweise“ (Cox 1987, 53): „Both may organize production in similar ways in order to produce surplus for accumulation, but the mechanisms driving the accumulation process are different. Capitalist development is driven by opportunities for realizing profits in the market [...]. In redistributive development what is produced is determined by decision of the redistributors, i.e., the political authorities“ (Cox 1987, 398 f.). Diese Separierung des „inneren“ Systems von der „internationalen“ Konkurrenz ist m.E. nicht plausibel, da der „innere“ Mechanismus der Investitionsentscheidung eben auch und gerade von der „äußeren“ Wucht des kapitalistischen Weltzusammenhangs tangiert wurde.

⁴⁴¹ Bedeutete dies, dass nun die „Wert- und Akkumulationsgesetze“ auch direkt in der UdSSR wirkten? Chattopadhyay bejaht dies, indem er darauf hinweist, dass sowohl die Warenproduktion als auch die Geldform sich durch die Wirtschaftsplanung hindurch ausbildeten und zudem Überakkumulationskrisen entstanden (Chattopadhyay 1994, 49-98). M.E. gilt es hierbei, sorgfältig zu differenzieren. Das Problem besteht darin, dass die Diskussion um das „Wertgesetz“ oftmals zu abstrakt geführt wird und dessen „Modifikationen“ in der Wirklichkeit übersehen werden. Man sollte nicht vergessen, dass bereits Marx *nicht* davon ausgeht, dass sich Waren zu ihren „Werten“ tauschen, sondern zu ihren „Produktionspreisen“ (Marx 1986, 164-181). Daher wird sich „das“ Wertgesetz auch

Wie neuere Forschungen über die „real existierenden sozialistischen“ Staaten beweisen, gehörte die Unfähigkeit, sich der Internationalisierung der Kapitalströme nach 1945 anzupassen, zu den wichtigeren Ursachen des Niedergangs dieser Form des bürokratischen Kapitalismus. Wie Klenke in einer Untersuchung zur Entwicklung der DDR-Mikroelektronik darlegt, tat die DDR, als Teil des sowjetischen „Imperiums“, viel dafür, um angesichts westlicher Embargobestimmungen an das Know-how dieser viel versprechenden Technik zu gelangen, etwa durch informelle Kanäle, illegale Deals mit westlichen Firmen oder der Gründung einer Partnerschaft mit einem Unternehmen in Taiwan in den 1980er Jahren, um auf diese Weise südostasiatisches Know-how nutzen zu können (Klenke 2001, 98 f.).⁴⁴² Nach Angaben der DDR-Statistik wickelte die DDR mit den anderen „sozialistischen“ Staaten durchschnittlich etwa 65 % bis 75 % ihres Außenhandels ab. Seit den 1960er Jahren nahm hingegen der Handel mit den westlichen Industrieländern zu. Im Zuge der „mikrotechnologischen Revolution“ geriet die DDR-Wirtschaft in einen deutlicher werdenden Rückstand gegenüber westlichen Konkurrenten.⁴⁴³ Das betraf im Besonderen den

in einem „normalen“ Kapitalismus immer nur in modifizierter Form durchsetzen. Für die UdSSR lässt sich sagen, dass diese „Gesetze“ ähnlich wie in monopolisierten Sektoren westlicher Volkswirtschaften oder bei Staatskonzernen in modifizierter Form auftraten: „But the sense that bureaucratic distortion did exist in value relations and that the pressure of the law of value operated unevenly across the economy is of some importance. If, however, the pressure of the law of value is seen simply as a product of internal relations, it becomes difficult to analyse this. Western business economists, on the other hand, well understand that the more distant the pressures of the ‘market’, i.e. the more internal the operation of the firm, the greater the problems of efficient operation and resource allocation. Allocative and non-allocative efficiency is no longer so rigidly policed by the law of value. In the Soviet economy, this was writ large. We would suggest that the crucial point is that, for most of the economy, the law of value, without disappearing, was felt in inverse ratio to the closeness to competition with the external world, whether in a conventional market form or the less conventional military form. As one Soviet writer said in the early 1980s, when it comes to arms production, ‘we have to compare our product all the time with those produced abroad, what a pity this is not done in the case of civilian machinery’“ (Haynes 2002a, 345). Nicht die unmittelbare Quantität von Wettbewerbern, sondern die Qualität der Konkurrenz war die entscheidendere Variable (Sayer/Walker 1992, 156).

⁴⁴² Zur Entwicklung in der Sowjetunion vgl. Haynes 2002b, 99-106.

⁴⁴³ Klenke veranschaulicht dies anhand der Bedeutung der Mikroelektronik für den Maschinenbau: „Zwar hielt die DDR ihre Stellung unter den zehn [weltweit] führenden Werkzeugmaschinenproduzenten und -exporteuren, doch zeigte sich in mehrerlei Hinsicht die fehlende Mikroelektronisierung. Zum einen fiel der Anteil der Exporte, der auf den westlichen Märkten abgesetzt wurde, dramatisch von 17,5 % (1970) auf 12,2 % (1980) ab. Mit der breiten Durchsetzung der CNC-Steuerung 1984 erfolgte dann der Sturz auf 3,9 %. Das ursprüngliche Ziel der SED-Führung, mit der massiven Förderung des Werkzeugmaschinenbaus eine gewichtige Devisenquelle zu erschließen, gestaltete sich nicht nur in dieser Hinsicht immer schwieriger. Ende der 80er Jahre baute man bei über 80 % aller Westexporte westliche Steuerungen ein, da die einheimische CNC-Technik international nicht konkurrenzfähig war. Dies senkte den Exporterlös pro Wareneinheit, im Vergleich mit anderen führenden Ländern, auf 40 %. Die Deviseneinnahmen verminderten sich um 30-40 %. Die Entwertung der DDR-Exporte durch die mikroelektronische Revolution zeigte sich ebenso im EDV-Bereich. 1980 erzielte man mit den Exporten des Sektors ‚Büromaschinen und

Maschinenbau, aber auch die Entwicklung der Rüstungsproduktion, denn die geopolitische Konkurrenz hing mehr und mehr von der Fähigkeit der Entwicklung und des Einsatzes mikroelektronischer Bauelemente ab (Klenke 2001, 57). Es ist nachvollziehbar, dass die Erreichung zumindest eines militärischen „Patts“ von den stalinistischen Volkswirtschaften mit einer im Vergleich zu westlichen Volkswirtschaften niedrigeren Produktivität eine ungleich höhere Belastung bedeutete. „Die steigenden Rüstungsausgaben raubten so aber immer mehr Mittel für die wirtschaftliche Modernisierung. Für den Ostblock insgesamt verhielt es sich nicht anders. Mit ca. 40 % des Bruttosozialprodukts der NATO-Staaten unterlagen die Warschauer-Pakt-Staaten der mehr als doppelten Belastung, wenn das militärische Gleichgewicht gehalten werden sollte“ (Klenke 2001, 33). Dies belegt, dass die „sozialistischen“ Ökonomien trotz ihres staatlichen Außenhandelsmonopols weit davon entfernt waren, unabhängige Nationalwirtschaften zu sein. Vielmehr waren sie Teil der Weltwirtschaft und wurden „mit denen in ihr existierenden Konkurrenzverhältnissen konfrontiert. Nicht nur die Länder des Südens und Nordens waren ‚weltökonomisch Gefangene‘. [Auch für die Länder des Ostblocks galt, dass] ‚die Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft den Handlungsrahmen der herrschenden Klasse stellten“ (ebd.).⁴⁴⁴

Insgesamt spiegelte ein mangelhafter Technologietransfer durch die Abschottung vom Weltmarkt das Dilemma einer auf Autarkie ausgerichteten Volkswirtschaft wieder, die die Vorteile der neuen internationalen Arbeitsteilung nicht nutzen konnte. Der „multinationale“ Konzern wurde nicht umsonst bereits in den 1960ern zum Schlüsselbegriff der gewachsenen Bedeutung inter- und transnational agierender Kapitalien. Mehr und mehr wurde dabei die Vorstellung geschlossener Wirtschaften obsolet. Je stärker es zu einer globalen Produktentwicklung kam, wie das bei der Mikroelektronik der Fall war, umso offensichtlicher erwies sich das sowjetische Modell als defizitär. Der staatliche Dirigismus hinderte die DDR daran, stärker von den Internationalisierungstendenzen (im Rahmen eines eher stagnierenden BIP-Wachstums insgesamt) zu profitieren: „Da die Umstrukturierung der DDR und den anderen Ostblock-Staaten wesentlich größere Probleme bereitete als vielen westlichen Ländern, traf die Gesamtkrise in den Beziehungen zwischen Staat und Kapital, die mit der Globalisierung verbunden ist, die DDR und die anderen Ostblock-Staaten ungleich schärfer –

Datenverarbeitung’ in die BRD immerhin noch 32 % der vergleichbaren westdeutschen Erlöse, 1983 waren es nur noch 17 % und 1989 nicht einmal mehr 7 %“ (Klenke 2001, 57).

⁴⁴⁴ Die SED beispielsweise hob zwar hervor, dass der technische Fortschritt in der DDR einen anderen gesellschaftlichen Charakter als im Kapitalismus habe. In Wirklichkeit forcierte sie jedoch die Ausweitung der Schicht- und Nachtarbeit, um so eine volle Auslastung der neuen Maschinen zu erreichen (Klenke 2001, 59). Die Ausbeutung der Lohnarbeit wurde intensiviert.

die Kette brach am schwächsten Glied“ (Klenke 2001, 109).⁴⁴⁵ Der Übergang von „fordistischen“ in „postfordistische“ Arbeits- und Konsumformen gelang hier am wenigsten effektiv. Dieser Sachverhalt reflektierte sich nicht zuletzt in Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Partei- und Staatsbürokratie (nicht erst seit der Gorbatschow-Ära).

Im Prinzip wirkten im Ostblock die Strukturmerkmale des Kapitalismus also in modifizierter Form fort. Nach der Phase der ursprünglichen Akkumulation (etwa der Zwangsarbeit im Gulag), einer Art der „formellen Subsumtion“ der Arbeit unter das (Staats-)Kapital in Form von strengen Arbeitsgesetzen, der Zerstörung der unabhängigen Bauernschaft und der Vergrößerung der industriellen Arbeiterklasse, der Reduzierung der Löhne unter den Wert der Arbeitskraft etc., fand die „reelle Subsumtion“ der Arbeit unter das (Staats-)Kapital statt. Diese drückte sich u.a. in einer Entspannung der Arbeitskontrollen, steigenden Reallöhnen, einer drastischen Reduktion der Zwangsarbeit und einer steigenden Produktivität aus.⁴⁴⁶

Wie beschrieben, setzte sich in der Extremsituation der 1930er Jahre ein weltweiter Trend in Richtung „Staats“-kapitalismus durch. In der UdSSR fand dieser Trend seinen intensivsten Ausdruck. Damit wurde das für den Kapitalismus kennzeichnende Strukturmerkmal der „Besonderung“ des Politischen als relativ eigenständiger Sphäre im Ostblock zurückgedrängt.⁴⁴⁷ Staats- und Parteibükratien als kollektive Eigentümer der Produktionsmittel wurden zu den dominanten gesellschaftlichen Akteuren. Die enge Zusammenführung ökonomischer und politischer Macht sowie die damit verbundene Nichtexistenz einer „Zivilgesellschaft“ wurden zu einem Hauptgrund für die innere Krisenhaftigkeit der staatskapitalistischen Gesellschaften. Zugleich unterlagen diese sowohl im Inneren („Plan-Anarchie“, konfligierende Verhältnisse zwischen staatlichem Zentralplan und der Planerfüllung auf der lokalen Ebene, Schattenwirtschaft) als auch und gerade im

⁴⁴⁵ Die Reformversuche der Ära Gorbatschow spiegelten u.a. den verzweifelten Versuch, die Integration in den Weltmarkt im Rahmen modifizierter staatskapitalistischer Strukturen und Klassenverhältnisse zu erreichen (Altvater 2001, 8).

⁴⁴⁶ Es wird hier von Unterschieden zu den Lohnverhältnissen in westlichen (Privat-)Kapitalismen abstrahiert (vgl. Deppe/Hoß 1989, 15-26). Gut vergleichbar sind sie mit dem südkoreanischen Kapitalismus der 1970er. Die Arbeitskraft war im Ostblock eine Ware. Unternehmen rangen um Arbeiter, denen z.B. (teilweise illegal) ein Bonus versprochen wurde, wenn sie bei ihnen arbeiteten. Arbeiter hatten ein gewisses Maß an Auswahlmöglichkeiten, was sich etwa in der Arbeitskräftefluktuation oder der erheblichen Urbanisierung ausdrückte (vgl. Haynes 2002b, 165-188). Die innere Lohndifferenzierung in der UdSSR wurde durch die Statusdifferenzierung verschärft (Nolte 1982, 76).

⁴⁴⁷ Das Konzept der Besonderung des Politischen im international fragmentierten Kapitalismus sagt freilich noch wenig über den konkreten Inhalt dieses Verhältnisses aus, etwa über das Maß an Staatsinterventionismus.

Äußeren (Konkurrenz mit dem „Westen“) den Handlungszwängen des Weltkapitalismus, was sich u.a. in internen Strategiekonflikten der herrschenden Machteliten ausdrückte.⁴⁴⁸

⁴⁴⁸ Zu neueren Untersuchungen der Ursachen der Stagnation und Krisenhaftigkeit in der UdSSR sowie den anderen „sozialistischen“ Staaten, vgl.: Chattopadhyay 1994, 67-98; Flaherty 1992; Haynes 2002b, 99-106, 191-204; Dale 2004, 213-254). Die Straffheit der zentralen Planung vor dem Hintergrund der relativen industriellen Rückständigkeit gegenüber den stärksten westlichen Ökonomien brachte spezifische Formen der Überakkumulation von Kapital, wirtschaftliche Disproportionen sowie Diskrepanzen zwischen zentralen Planvorgaben und lokaler Planerfüllung hervor. Zudem bildeten die Widersprüche der autoritären Herrschaft und der militärische „Overstretch“ (Ende der 80er wurden zwischen 15 % und 27 % des BIP für Rüstungsausgaben ausgegeben) zusätzliche Grundlagen der Krisenhaftigkeit des Regimes.

3.3.1. DIE SOWJETISCHE GEOPOLITIK

Die UdSSR, die als eine extreme Form der weltweiten Tendenz zum bürokratischen (Staats-)Kapitalismus ab den 1930ern zu verstehen ist, bildete eine spezifische Form imperialistischer Politik aus.

Es ist nicht einfach die Frage zu beantworten, *wer* den Kalten Krieg begonnen hat. Der konkreten historischen Abfolge ungeachtet, lässt sich hingegen eindeutig erläutern, *was* eine Folge der Supermächtskonfrontation war: Beide Mächte fürchteten, dass die jeweils andere ihren durch den Zweiten Weltkrieg erheblich erweiterten Einflussbereich *noch mehr* erweitern wollen würde. Im Falle des Versuchs einer solchen Erweiterung wurden erhebliche Konflikte bis hin zum Atomkrieg erwartet (Müller/Schörnig 2006, 74 ff.). Da jede Seite daran interessiert war, das internationale Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verschieben, war die Zeit nach 1945 nicht nur von einer aktiven USA und einer reagierenden UdSSR geprägt. Auch der sowjetische Staat verfolgte eine aktive Außenpolitik. Allerdings handelte es sich hierbei nicht um eine Symmetrie. Die UdSSR war nach 1945 eine starke Militärmacht, aber ökonomisch bei weitem nicht so mächtig wie die Vereinigten Staaten, was auch ihren geopolitisch-militärischen Einfluss einschränkte.

Die sowjetische Geopolitik konzentrierte sich in den Jahren nach 1945 auf die Machtübernahme in Osteuropa. Hiermit verbunden waren ausgedehnte Plünderungen von Produktivkräften und Ressourcen.⁴⁴⁹ Tony Cliff vergleicht die sowjetische Außenpolitik dieser Zeit mit dem japanischen Imperialismus vor 1945, auch wenn die UdSSR weder an Kapitalüberfluss litt noch Lohnerhöhungen ihre Existenz bedrohten: „Der japanische Staat betrachtete die Mandschurei als 'Erweiterung des Mutterlandes'. Das gleiche gilt für den stalinistischen Staat hinsichtlich der Ukraine, des Kaukasus, Bulgariens, Rumäniens usw. [...]. Aus der Sicht des japanischen Imperialismus war die Entwicklung der Mandschurei notwendig, um den Abstand zu den fortgeschrittenen westlichen Mächten zu überbrücken. Aus dem gleichen Grunde wird die stalinistische Bürokratie zu einer imperialistischen Politik getrieben“ (Cliff 1975, 235). Zusätzlich trieben der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften und geostrategische Überlegungen die russische Expansionspolitik an.⁴⁵⁰ „Das Satellitensystem

⁴⁴⁹ In der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland wurden schätzungsweise 30 % aller Industrieanlagen demontiert. Die Belastung der DDR-Wirtschaft durch Reparationen (inklusive Demontagen und Produktion) wird für das Jahr 1950 noch auf 25-30 % des BIP geschätzt (Klenke 2001, 27).

⁴⁵⁰ Die Kehrseite der Politik, in den beherrschten Ländern Industrien aufzubauen, war wie beschrieben der Raub von Kapital. Praktisch tendierte der sowjetische Staat in quasi klassisch-kolonialistischem Stil dazu, Produkte in Osteuropa zu niedrigen Preisen aufzukaufen, für eigene Produkte überhöhte Preise zu verlangen, und Unternehmen zu fördern, die die ausländischen Arbeitskräfte ausbeuteten

[...] ist das Kind jener Nachkriegskonstellation, in der die beiden Weltmächte [sich] [...] über ihre Einflussgebiete einigen mussten. In diesem Sinne ist das Satellitensystem die russische Antwort auf das amerikanische Bündnissystem, und die Scheinunabhängigkeit der Satelliten wird wichtig für Russland, weil sie die [...] Souveränität der amerikanischen Bündnispartner widerzuspiegeln geeignet ist“ (Arendt 1958, 58). In den Satellitenstaaten brachen Schauprozesse den Widerstand der einheimischen Kommunistischen Parteien gegen die Kontrolle durch die Sowjetunion. Die nationalen Polizeiapparate wurden überwacht. Die sowjetische Geopolitik der 1940er bis 1950er kann infolge dessen mit dem „Kontinental-Imperialismus“ Japans oder des zaristischen Russlands verglichen werden. Allerdings übernahm sie nur die geographischen Expansionsziele, nicht deren rassistisch-völkisch bestimmten Inhalt (vgl. Arendt 1958, 55f.).

Die Jahre 1949 bis 1961 umfassten zusätzlich den (schließlich gescheiterten) Versuch, das maoistische China in den sowjetischen Einflussbereich zu integrieren. Ab den 1960ern dehnte der sowjetische Imperialismus seinen Aktionsradius weiter aus, auch und gerade außerhalb des RGW, indem er seinen Einflussbereich z.B. in Indien, Syrien, Irak, Somalia, Äthiopien, Angola, Ägypten und Kuba (nicht immer erfolgreich) auszubauen versuchte.⁴⁵¹ Dabei wurde „pragmatisch“ nach dem Motto gehandelt, dass die UdSSR ihre globale Position durch gute Kontakte zu den Ländern der Dritten Welt verbessern könne – „selbst durch Annäherung an Regime, die Stalin noch als hoffnungslos bourgeois eingeschätzt hatte“ (McMahon 2006, 22). Die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen erfolgte nach Maßgabe geopolitischer Überlegungen. Zugleich näherten sich zahlreiche Entwicklungsregime des Südens wirtschafts- und gesellschaftspolitisch der UdSSR an.

Alles in allem verfügte die sowjetische Geopolitik nicht über die Einflussmöglichkeiten der Vereinigten Staaten. Der amerikanische Staat verzichtete in seinem Ziel der Kontrolle von Räumen zwar auf ein derart militärisch abgesichertes, direkt kontrolliertes Satellitensystem wie es die Sowjetunion in Osteuropa errichtet hatte, entwickelte aber insgesamt weit mehr

(Cliff 1975, 237 ff.). Die Kontrolle über die osteuropäischen Staaten wurde dazu benutzt, sie den Akkumulationszielen der UdSSR zu unterwerfen. Regelmäßige Säuberungen in den lokalen kommunistischen Bürokratien waren zur Durchsetzung dieser Ziele notwendig. Ebenso galt die Umsiedelung ganzer Nationen auch innerhalb der Sowjetunion als eine Methode zur Herrschaftsstabilisierung.

⁴⁵¹ In den 1970ern verstärkte sich vor dem Hintergrund der relativen Schwäche der USA (aufgrund der Niederlage in Vietnam, wirtschaftlichen Problemen etc.) der Expansionsdrang. Die UdSSR sah sich als Gewinner der inter-imperialistischen Konkurrenz. Bedeutsam war aus sowjetischer Perspektive die „Tatsache, dass ‚das sich verändernde internationale Kräfteverhältnis‘ – der Begriff fand Mitte der 70er Jahre Eingang in das sowjetische Lexikon – einen baldigen Sieg der mit der Sowjetunion verbündeten progressiven Kräfte versprach“ (Kanet 2006, 71). Zudem wurden die strategischen Waffensysteme sowie die Flotte ausgebaut.

Instrumentarien, um seinen internationalen Einfluss ökonomisch auszubauen (auch und gerade mittels „weicher“ Geopolitik) und gegebenenfalls militärisch abzusichern (mittels „harter“ Geopolitik). Dazu gehörte die teilweise Integration der europäischen Machteliten genauso wie der Militärschlag gegen Vietnam oder die Unterstützung pro-westlicher Bewegungen etwa im Nahen und Mittleren Osten sowie in Lateinamerika.

Dennoch war auch die Sowjetunion in eine erhebliche Anzahl gewalttätiger Konflikte involviert.⁴⁵² Die Verlagerung des Kalten Krieges an die „Peripherie“ nährte viele lokale Konflikte. Nach McMahon bestand „von 1945 bis 1990 zwischen dem Kalten Krieg und den heißen Kriegen in der Dritten Welt ein deutlicher konstitutiver, wenngleich kaum in einem Fall unmittelbarer oder gar ursächlicher Zusammenhang“ (McMahon 2006, 16). D.h., auch wenn die Konflikte nicht ursächlich von den beiden Supermächten provoziert wurden, so beeinflussten diese doch Verlauf, Richtung und Dauer vieler dieser Auseinandersetzungen (wie etwa die Unterstützung unterschiedlicher Kriegsparteien in afrikanischen Staaten, z.B. Angola, anzeigt).⁴⁵³

Es ist die These vertreten worden, dass die UdSSR im Verlaufe des Kalten Kriegs keinen direkten ökonomischen Nutzen aus seinem Satellitensystem ziehen konnte. Doch selbst wenn das ökonomisch zutrifft, ist das kein Beleg für den „nicht-kapitalistischen“ bzw. „nicht-

⁴⁵² Das galt auch für Konflikte *innerhalb* der „sozialistischen“ Staatenwelt, einer Ansammlung hochgradig militarisierter Länder. 1986 befanden sich drei der fünf hinsichtlich der Mannstärke größten Armeen der Erde in „sozialistischen“ Staaten (UdSSR, China, Vietnam). Zwischen sozialistischem Anspruch und Realität klaffte eine Lücke. Die Sowjetunion drohte nicht nur immer wieder, in anderen Staaten direkt einzugreifen, sondern ließ auch Taten folgen – in Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968 jeweils mit rund einer halben Million Soldaten in monatelangen Militäroperationen. Hinzu kamen Androhungen militärischer Maßnahmen gegen China sowie Polen Anfang der 1980er Jahre. China selbst „erteilte“ 1979 Vietnam militärische „Lektionen“ (Senghaas 1988, 111 ff.).

Galten die innersozialistischen Konflikte i.d.R. als „ideologische“ Auseinandersetzungen, so standen doch auch „sicherheitspolitische Konflikte“ hinter den Spannungen: „einmal in der Machtfigur zwischen China und der Sowjetunion in Abhängigkeit der Beziehungen beider zu den USA und Japan; zum zweiten im Beziehungsdreieck zwischen Sowjetunion, China und Vietnam und drittens in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Osteuropa, wobei Osteuropa für die Sowjetunion die Rolle eines 'cordon sanitaire' gegenüber der westlichen Militärallianz“ einnahm (Senghaas 1988, 116). Instabile Regime in Osteuropa bzw. Autonomiebestrebungen drohten, den „cordon sanitaire“ zu durchlöchern. Auch handfeste wirtschaftspolitische Konflikte traten auf, etwa in der Auseinandersetzung um die von der UdSSR diktierte „internationale sozialistische Arbeitsteilung“: Nordkorea und Rumänien weigerten sich zu Beginn der 1960er Jahre, einen „ungleichen Tausch“ zu akzeptieren (Senghaas 1988, 117). Hinzu kamen historisch gewachsene Konflikte zwischen der UdSSR und Polen, Jugoslawien und Albanien sowie der UdSSR und China.

⁴⁵³ Wie Kees van der Pijl unter Berufung auf Mike Davis argumentiert, sollte in Bezug auf die Strategie der USA von einer „erweiterten Abschreckung“ ausgegangen werden. Durch den Kernwaffenbesitz und die permanenten militärischen Interventionen sollte sowohl die UdSSR von einer Einmischung in Konflikte innerhalb des „Südens“ abgehalten als auch der interne Zusammenhalt des Westens erzwungen werden (van der Pijl 1996, 260 f.).

imperialistischen“ Charakter der UdSSR. So überstiegen die Gewinne aus den amerikanischen Auslandsdirektinvestitionen bis in die 1970er ebenfalls nie die Rüstungsausgaben (Harman 1999a, 87).⁴⁵⁴ Offiziell stellten sich die Supermächts-Imperialismen entweder als „defensiv/sozialistisch“ (UdSSR) bzw. als „freiheitlich/demokratisch“ (USA) dar. Diese Selbst-Stilisierung verdeckte jedoch die Ähnlichkeiten der beiden Imperialismen. In beiden Staaten zielten maßgebliche Interessen auf eine Fortführung bzw. Erweiterung der Kapitalakkumulation, wenn auch in widersprüchlicher Weise, und insoweit zur geopolitischen, räumlichen Absicherung dieses Vorhabens. Die enormen Kosten der jeweiligen geopolitischen Strategien – so „irrsinnig“ sie einzelnen Kommentatoren erschienen – waren in der Konfrontation zweier kapitalistischer Weltordnungsmodelle durchaus „rational“ in dem Sinne, dass sie den Propagandisten des Kalten Krieges als notwendiges Übel zur Verteidigung ihrer Herrschaftsbereiche galten. Zwar verloren „klassische“ kolonialimperialistische Interessen der direkten ökonomischen Ausbeutung eines Gebietes an Bedeutung, dafür aber spielte die expansionistische Praxis der „Machterweiterung“ durch die Anwendung weicher wie harter geopolitischer Maßnahmen eine immer größere Rolle (Castoriadis 1988d, 258).⁴⁵⁵

In einem Artikel schlussfolgert Edward P. Thompson aus dem Ost-West-Gegensatz: „Wenn man sie unter [dem Blickwinkel der Erstarrung in gleichartigen Verhaltensweisen] betrachtet, dann *haben* die USA und die Sowjetunion nicht militärisch-industrielle Komplexe, sondern sie *sind* militärisch-industrielle Komplexe“ (Thompson 1981, 342).⁴⁵⁶ Daher auch war in beiden Blöcken die Militarisierung der Gesellschaften eine wichtige Voraussetzung hinreichender „innerer“ Unterstützung und Legitimation. Michael Mann hat eine Studie über die Unterschiede des amerikanischen und sowjetischen Militarismus vorgelegt, in der er überzeugend darlegt, dass die Eliten beider Staaten gleichermaßen einer

⁴⁵⁴ Auch wenn die Unterschiede zur Phase vor 1945 erheblich waren, konnten in dieser neuen Weltordnungsphase, ähnlich wie zwischen 1870 und 1945, die Kosten die direkten materiellen Gewinne übersteigen. Die Erwartungen bestätigten nicht immer die Ergebnisse. Insofern ist die kausale ökonomische Begründung amerikanischer Militäraktionen etwa in Vietnam ohnehin wenig überzeugend. Im Übrigen flossen weit mehr amerikanische Auslandsdirektinvestitionen in die westlichen Industrieländer als in den umkämpften „Süden“.

⁴⁵⁵ Es waren tatsächlich oft irrational erscheinende, machtpolitische Interventionen und das Bedürfnis „Stärke zu zeigen“, die das Handeln der Kontrahenten bestimmte. Das erklärt vielleicht, warum Konflikte oft dort ausbrachen, in denen es gar keine vitalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen zu verteidigen galt (McMahon 2006, 25 f.).

⁴⁵⁶ Dabei muss man nicht wie Thompson ein neuartiges Stadium der Zivilisation, den „Exterminismus“, den Drang zur „Auslöschung“, konstatieren, um diesen Zusammenhang zu verstehen (Thompson 1981, 326 ff.). Eher sollte man von einer neuen Phase geopolitischer Konflikte ausgehen, die im Unterschied zu früheren Zeiten vor dem Hintergrund einer potentiell die Menschheit ausrottenden technologischen Zerstörungskraft ausgetragen wurden.

„Abschreckungsideologie“ folgten: „Such then is deterrence-science militarism, instrumentally rational, modernistic, private and shared between the Superpowers. I have emphasized that this is largely a private, even a secret militarism, of which even in the West the public has little knowledge and in which it has virtually no participatory role” (Mann 1987, 46).⁴⁵⁷

Eine geopolitische Intervention war es schließlich, die den Niedergang des sowjetischen Imperialismus beschleunigte: Der Einmarsch der UdSSR in Afghanistan mit dem Ziel, eine sowjetfreundliche Regierung gegen den wachsenden Widerstand in Teilen der Bevölkerung an der Macht zu halten, eröffnete Ende 1979 eine der brutalsten Militärinterventionen des Kalten Kriegs. 50000 sowjetische Soldaten sowie über 1,2 Millionen Afghanen kostete der Krieg das Leben.⁴⁵⁸ Die zehnjährige Intervention in Afghanistan trug zur Zerstörung der afghanischen, aber auch zur Krise der sowjetischen Gesellschaft bei. Der missglückte Feldzug wurde zum „Vietnam“ der Sowjetunion (Kolko 2002, 49). Die UdSSR musste sich im „Zweiten Kalten Krieg“ der 1980er Jahre geschlagen geben. Ihre „imperiale Überdehnung“ wurde zu einer der Hauptursachen für die schwerwiegenden ökonomischen Probleme des Landes (van der Pijl 1996, 261).

⁴⁵⁷ In den jeweiligen Bevölkerungen waren dagegen Unterschiede auszumachen, ein militarisierter Sozialismus stand einem „spectator sport militarism“, einer indirekteren Anteilnahme am Militarismus, gegenüber. Die Gründe hierfür lagen aber nicht im Wesen der beiden „Systeme“, sondern eher an unterschiedlichen Perzeptionen des Kalten Krieges (Mann 1987, 47 f.; vgl. Nolte 1982).

⁴⁵⁸ Das diese Intervention wiederum wenig mit konkreten ökonomischen Zielen als vielmehr mit geopolitischen Erwägungen sowie dem Bedürfnis der sowjetischen Führung zu tun hatte, Entschlossenheit und Stärke zu demonstrieren, darf nicht über ihren imperialistischen Charakter hinweg täuschen.

3.3.2. DER OST-WEST-KONFLIKT: FOLGEN FÜR DIE THEORIEBILDUNG, FOLGEN FÜR DIE AMERIKANISCHE POLITIK

Für die Analyse imperialistischer Phänomene hatte der Kalte Krieg erhebliche Auswirkungen. Im Zuge der Überlagerung des innerwestlichen ökonomischen Wettbewerbs durch die geopolitische Rüstungskonkurrenz kam es im „Westen“ unter der Führung der USA zu einer *partiellen Verselbständigung* der geopolitischen von der ökonomischen Konkurrenz.

Mary Kaldor machte in einem frühen Aufsatz auf eine „Loslösung“ der wirtschaftlichen Konkurrenz (innerhalb des „Westens“) von der militärischen Konkurrenz (USA-UdSSR) aufmerksam. Dabei trennt sie jedoch Geopolitik und „ökonomische Logik“ mechanisch, wenn sie von einer „Abtrennung des Krieges von der Produktionsweise“ spricht (Kaldor 1983, 709). Plausibler lässt sich von einer *partiellen* Verselbständigung der geopolitischen von der ökonomischen Konkurrenz sprechen. Das „westliche Staatenbündnis“ integrierte sich im Rahmen des Ost-West-Gegensatzes in einer Weise, die das Aufbrechen geopolitischer Konflikte innerhalb des Bündnisses weitgehend ausschloss. Dass die Zementierung dieses Beziehungsgeflechts (mittels der internationalen Organisationen, stärker verrechtlichten ökonomischen und politischen Beziehungen etc.) maßgeblich von der wirtschaftlichen und politisch-militärischen Vorrangstellung der USA abhing, ist augenfällig. Dieser Sachverhalt muss bei der Frage, inwieweit dieses Beziehungsgeflecht in den nächsten Jahrzehnten weiter ausgebaut oder in Frage gestellt wird, genau untersucht werden.

Die Phase des Kalten Kriegs ließ fortan theoretisch – im Rahmen eines verengten Blicks auf den „Westen“ – die Vorstellungen entweder des „Endes“ des Imperialismus oder eines Ultra- bzw. Superimperialismus entstehen, in der die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Mächten reduziert oder gar beseitigt waren, und stattdessen der „Nord-Süd-Konflikt“ zentral wurde (Sutcliffe 2002, 50).⁴⁵⁹ Viele Autoren lassen sich bis heute auf Basis einer Verengung des Blickwinkels auf den Westen zu der These verleiten, der Kalte Krieg markiere eine qualitative Transformation weg von inner-imperialistischen bzw. geopolitischen Gegensätzen. Anstatt von einer relativen Eindämmung der geopolitischen Konkurrenz im Westen vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts zu sprechen, wurde die Vorstellung einer gemeinsamen

⁴⁵⁹ Die Annahme eines „friedlichen“ Gegenpols im Ostblock untermauerte die These des US-Superimperialismus: Weil die „sozialistischen“ Staaten nicht als Teil eines imperialistischen Weltzusammenhangs verstanden wurden, sondern als anti- oder zumindest nichtkapitalistischer Gegenpol, war es leichter möglich, zu behaupten, dass die Welt nur noch von einer „imperialistischen“ Supermacht, den USA, dominiert würde.

oder vorwiegend im Interesse des amerikanischen Kapitals sich vollziehenden Kontrolle der Welt artikuliert – eine Tendenz, die wie beschrieben nur Teile der Wirklichkeit erfasst.

Auf einer ganz anderen Ebene sind politische Lehren aus dem Ost-West-Gegensatz gezogen worden, die heute einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf das Selbstbild, die politischen Ideen und die praktische Politik der Regierungen der Vereinigten Staaten ausüben: Der „Sieg“ über den Ostblock ist in einer Weise im kollektiven Gedächtnis der Machteliten sedimentiert, der nicht nur bei „neokonservativen“ Intellektuellen ein Gefühl der Überlegenheit hinterlassen hat. „The dissolution of the Soviet Union has left the United States feeling stronger than ever“ (Kolko 2002, 105). Eine andere Supermacht, die UdSSR, wurde mit Waffengewalt „friedlich“ besiegt, d.h. sie wurde „totgerüstet“ – in dieser Weise wurde der Militarismus als legitimes Mittel der Außenpolitik bestätigt, ein für die inneramerikanischen Kräfteverhältnisse nicht zu vernachlässigendes Erbe, das den Glauben an eine „amerikanische Ausnahmestellung“ („exceptionalism“) und die eigene „Rechtschaffenheit“ noch einmal gestärkt hat (McCarthy 2007).

Das Fortdauern dieses Übermachtbewusstseins unter anderen weltpolitischen Vorzeichen – der „Krieg gegen den Terror“ und die Interventionen in Irak etc. sind als asymmetrische Formen der Kriegsführung nicht einfach der Supermächtskonfrontation gleichzustellen – führt jedoch seit 2003 zu erheblichen außenpolitischen Schwierigkeiten und dementsprechend zu unterschiedlichen Einschätzungen der außenpolitischen Optionen innerhalb der amerikanischen Machteliten (vgl. die Kritik Fukuyamas an der „neokonservativen“ Regierungspolitik der USA, in: Fukuyama 2006; überblickartig: Hoffmann 2006).⁴⁶⁰

Bekannte Autoren wie William Pfaff kritisieren in diesem Zusammenhang, daß die außenpolitischen Präferenzen der Vereinigten Staaten von normativen Orientierungen geprägt werden, die dysfunktional für die amerikanischen Interessen sind. Die Vorstellungen einer historischen „Mission“ sind Pfaff zufolge derart tief verankert, daß eine Umkehr schwer vorstellbar erscheint: „[L]ittle sign exists of a challenge in American foreign policy debates to the principles and assumptions of an international interventionism motivated by belief in special national mission. The country might find itself with a new administration in 2009

⁴⁶⁰ Hohe (pensionierte) Generäle kritisierten etwa die Irak-Politik der amerikanischen Regierung, weil diese einer falschen Vorstellung hinsichtlich der notwendigen Größe der US-Besatzungsmacht erlegen sei. Statt einer erforderlichen Mannstärke von einer halben Million wurden erst einmal nur 125.000 Soldaten in den Irak geschickt. „Americas´s most senior generals did not stand up to Rumsfeld as he and his ideologues went forward with a plan they knew would not work – at least not until after they had retired“ (Galbraith 2006, 28).

which provides a less abrasive and more courteous version of the American pursuit of world hegemony, but one still condemned by the inherent impossibility of success“ (Pfaff 2007, 58; vgl. Layne 2006, 201).

DRITTER TEIL

MARKTLIBERALER ETATISMUS:

GEGENWÄRTIGE IMPERIALISTISCHE PHÄNOMENE

Die sozio-ökonomischen, politischen und ideologischen Krisenprozesse der 1970er, die veränderten kapitalistischen Klassenverhältnisse und schließlich der Umbruch von 1989 ließen ein neues weltweites Kräfteverhältnis entstehen. Dieses von den USA dominierte Machtgeflecht beruht im Rahmen eines marktliberal-etatistischen Staatensystems vorwiegend auf dem Einsatz weicher Geopolitik, ist aber auch durch den Einsatz harter geopolitischer Mittel gekennzeichnet. Wie Jung, Schlichte und Siegelberg argumentieren, die eigentlich eine der kapitalistischen Entwicklung innewohnende Tendenz zu einer nachhaltigen „Pazifizierung“ erwarten, „mehren sich die Anzeichen, dass mit der Krise des Fordismus und der Hegemonie des Neoliberalismus seit Anfang der 80er Jahre die immanenten Widersprüche des Kapitalismus und damit seine konfliktiven Seiten wieder stärker hervortreten“ (Jung/Schlichte/Siegelberg 2003, 53).⁴⁶¹ Seit 2001 hat die Militarisierung nicht nur der amerikanischen Außenpolitik die Koordinaten noch einmal ein Stück weit verschoben. Eine Reihe von Autoren sieht einen Trend in Richtung der verstärkten Anwendung harter Geopolitik voranschreiten, der mehrheitlich indirekt auch ein Kräftemessen zwischen den stärksten Industriegesellschaften und Makro-Regionen ausdrücken soll (Albo 2003, Callinicos 2003, Harvey 2005, Hirsch 2005).

Im Folgenden wird dem gegenwärtigen Mischungsverhältnis von weicher und harter Geopolitik und ihrer politischen Legitimation nachgegangen. Dem folgt eine Kritik der erwartungsvoll-optimistischen Thesen der „Theorie des demokratischen Friedens“. Meine theoretischen Vermutungen werden schließlich an den nicht-realisierten, global-imperialen Bestrebungen amerikanischer Machteliten, den transatlantischen Beziehungen, aktuellen geopolitischen Auseinandersetzungen und in einer Diskussion möglicher künftiger Großkonflikte zwischen China und den USA überprüft.

⁴⁶¹ Dieser Ansatz, der interessante empirische Untersuchungsergebnisse hervorgebracht hat, ist durch ein zu „enges“ Verständnis der „inneren Logik“ des Kapitalismus gekennzeichnet, in dem u.a. die geopolitischen Staatenkonflikte außerhalb des Rahmens entwickelter „bürgerlicher Gesellschaften“ diskutiert werden und ein Idealbild eines Kapitalismus der reinen Tauschwirtschaft vorherrscht: Es kommt demzufolge im Rahmen der Ausbildung eines entwickelten Kapitalismus, genauer einer „bürgerlichen Gesellschaft“, zur „Pazifizierung gesellschaftlicher Konflikte“ in den Metropolen (Siegelberg 1994, 87). Der Ansatz erinnert in diesem Punkt an die Imperialismustheorie Schumpeters. Gegenwärtige kriegerische Konflikte werden tendenziell auf Konflikte zwischen „traditionalen“ und „modernen“ Formen der Vergesellschaftung reduziert (Jung/Schlichte/Siegelberg 2003, 28; Siegelberg 1994, 38).

I. DAS GEGENWÄRTIGE MISCHUNGSVERHÄLTNIS HARTER UND WEICHER GEOPOLITIK

Wie oben beschrieben, bringt internationale Politik immer auch ein Kräftemessen zwischen den beteiligten staatlichen, aber auch weiteren gesellschaftlichen Akteuren zum Ausdruck. Kooperation und Konkurrenz, bzw. in einem ausgebildeteren Stadium, Konflikte, sind als zwei Seiten einer weltweiten kapitalistischen Vergesellschaftung zu verstehen, in der Interdependenz im Rahmen einer hochkomplexen ökonomischen Arbeitsteilung und Konkurrenzverhältnisse wesentliche Strukturmerkmale darstellen.

Die außenpolitischen Rivalitäten zwischen den größten Industriestaaten der Erde werden gegenwärtig meist in einem institutionalisierten Rahmen ausgefochten. Besonders die während des Kalten Krieges von den „westlichen“ Staaten errichteten internationalen politischen Institutionen konnten sich nach 1989, wenn auch zuweilen in modifizierter Form, erhalten, ihren Wirkungsradius häufig ausweiten und neue Staaten bzw. Regionen mit einbeziehen. Dem entspricht der weiterhin überwiegende Gebrauch *weicher* Geopolitik: Die ökonomischen und politischen Ressourcen von Einzelstaaten oder Staatenbündnissen werden auf der internationalen Ebene und im Rahmen inter- bzw. supranationaler Organisationen als Druckmittel eingesetzt, um möglichst förderliche Grundlagen für das eigene außenpolitische und außenwirtschaftliche Handeln zu schaffen. „Advanced capitalist states promote and regulate production globalization using state-created international organizations and trade agreements and intra-national policies and legislation that assist indigenous economic actors to execute transactions with competitive advantage over foreign counterparts. Examples include direct and indirect subsidies, technical assistance, and loans; tariff and non-tariff barriers on imports; dispute-resolution between economic actors; and intervention in capital/labor conflicts” (Gritsch 2005, 8). Gegenüber mittleren und schwächeren Staaten und/oder Regionen können die stärksten Staaten ihre politischen Strategien i.d.R. wirkungsvoll durchsetzen.⁴⁶² Besonders die schwächeren Staaten werden dazu veranlasst, rechtliche und politische Barrieren für monetäre und produktive Auslandsinvestitionen

⁴⁶² Dazu können sowohl ökonomische Abhängigkeiten, Sanktionen oder Anreize bzw. Hilfen wie auch politische bzw. diplomatische Interventionen in die Geschehnisse anderer Regionen gezählt werden. In den 1990ern wurden ökonomische Sanktionen (in den Bereichen Handel und Finanzen) erheblich öfter eingesetzt als jemals zuvor im 20. Jahrhundert (Grieco/Ikenberry 2003, 172). Die unilaterale Anerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens im Dezember 1991 durch Deutschland hat etwa die Konflikte des zerfallenden Jugoslawiens befördert. Die Einmischung in die inneren Verhältnisse des Balkans dauert bis heute an (van der Pijl 2006, 270 f.)

abzubauen und ihre politischen Institutionen und „Policies“ gemäß den „internationalen Standards“ zu restrukturieren, die oftmals, aber nicht nur (weil dies umkämpft ist) amerikanische Standards sind. Genötigt werden sie dazu, oftmals unter Androhung von Sanktionen, mit Hilfe bilateraler, plurilateraler oder multilateraler Handelsvereinbarungen (WTO), der EU, aber auch wichtigen anderen internationalen politischen Institutionen wie dem „Basler Ausschuss zur Bankenaufsicht“. Dabei kommen immer wieder auch Rivalitäten zwischen den stärksten Staaten in einer indirekten Weise zum Ausdruck.⁴⁶³ So werden häufig selektiv nationale und/oder makro-regionale Interessen durchgesetzt, die von Nachteil für andere große Staaten bzw. Makro-Regionen sind. Im Rahmen der Bildung des Freihandelsabkommen NAFTA gewannen amerikanische Investoren beispielsweise einen privilegierten Zugang zu den bis dato geschützten Bank- und Finanzsektoren sowie dem Verkehrswesen Mexikos⁴⁶⁴ und erlangten so Wettbewerbsvorteile gegenüber europäischen Unternehmen. Ähnliches gilt für den privilegierten Zugang westeuropäischer Unternehmen zu den Staaten Osteuropas im Zuge der Osterweiterung der EU.

Dass weiche und harte Geopolitik miteinander verflochten sind, wird in der Diskussion der Bedeutung der sogenannten „Akkumulation durch Enteignung“ deutlich: Aufbauend auf dem Werk Rosa Luxemburgs macht Harvey mit diesem Terminus auf eine zweite Form der Aneignung von Werten, neben der für kapitalistische Verhältnisse üblichen „erweiterten Reproduktion“, in Form von *Raub* oder *Reichtumstransfers* aufmerksam, die mitunter unter Androhung oder gar Anwendung von direkter Gewalt durchgesetzt werden. Die gesteigerte Bedeutung dieser Form der Aneignung von Reichtum seit den 1980ern sieht er mit den ungelösten Problemen der Überakkumulation von Kapital in den Metropolenstaaten verknüpft. Die Machteliten in diesen Räumen würden z.B. die Privatisierung von öffentlichen Gütern, die schon Grundlage der ersten ursprünglichen Akkumulation war, vermehrt durchsetzen, um ihre Kapitalakkumulation aufrechtzuerhalten (vgl. Harvey 2005, 143-151). Konkret wird hierunter ein diffuses Ineinandergreifen unterschiedlichster privater,

⁴⁶³ Die Versuche der Etablierung sog. internationaler bzw. „globaler Standards“ in den Bereichen der Wirtschaftspolitik scheitern oft an den Auseinandersetzungen *zwischen* den größten Industrienationen. Thompson arbeitet dies anhand der Konflikte um die Standardisierung von Anforderungen an Mindestkapitalreserven für Banken sowie einen bankaufsichtlichen Überprüfungsprozess im Basler Akkord 2 (Basel II) ab 1999 heraus: „different national financial systems continue to work relatively independently and to be supervised domestically. Broadly speaking, bank-dominated systems, such as those to be found in Germany and in many countries in the Far East, perceive themselves to be in danger of being burdened with too great a capital reserve requirement if Anglo-American banking and ‘stock-market-led’ systems become the ‘norm’“ (Thompson 2005, 2067).

⁴⁶⁴ Mexiko hat als abhängige Ökonomie im Zuge der Umstellung zum exportorientierten Wachstumsmodell jedoch nicht jegliche Souveränität an die USA abgetreten.

halböffentlicher und öffentlicher Prozesse verstanden: die fiskalische Handlungsunfähigkeit von Ländern durch internationale Anleihen, die über ihre gestundeten Tilgungen in Abhängigkeiten geraten⁴⁶⁵, die Enteignung von Vermögenswerten durch Kredit- und Aktienmanipulation (z.B. von Rentenfonds), die Privatisierung öffentlichen wie geistigen Eigentums, die Kommodifizierung von genetischem Material oder der Raubbau an natürlichen Ressourcen.⁴⁶⁶ Diese „Enteignungsökonomie“ (Zeller 2004a) funktioniert nur deshalb, weil hinter den handelnden Akteuren starke Staaten mit ihrer internationalen Verhandlungsmacht die Unterordnung schwächerer Akteure im Weltsystem garantieren.

Die Prozesse der Akkumulation durch Enteignung können als Formen der Geopolitik bezeichnet werden, wenn an ihnen staatliche Institutionen beteiligt sind und diese gewaltförmig und/oder unter Androhung von Gewalt agieren. Dabei sollten weiche und harte Formen der Gewaltausübung unterschieden werden. Der Versuch des Reinregierens in andere Staaten über finanzielle Macht, etwa über die Mechanismen der „Strukturanpassung“ (IWF), basiert vorwiegend auf weicher Geopolitik (Donnelly 2006, 150). Hier muss fallweise überprüft werden, ob es zur Androhung bzw. Anwendung harter Geopolitik kommt. Der Versuch der Nutzbarmachung des Irak im Rahmen einer neoliberalen Zurichtung der Volkswirtschaft nach 2003 basiert z.B. vorwiegend auf harten geopolitischen Maßnahmen (militärische Okkupation) und kann daher unmissverständlich als imperialistische Politik bezeichnet werden (Alnasseri 2004b, 81 f.).

Der überwiegende Gebrauch weicher Geopolitik im außenpolitischen Handlungsrepertoire der stärksten Staaten wird in der historischen *Konstellation* nach 2001 (im Rahmen der

⁴⁶⁵ Ein Beispiel für die Schaffung von Abhängigkeiten der ärmsten Länder besteht in der Anhäufung von *Auslandsschulden* (Chesnais 2004). Die Zinszahlungen und Tilgungen armer Staaten, die sich seit den 1970ern stark verschuldet haben, waren der Grund von solchen Abhängigkeiten.

⁴⁶⁶ In der Diskussion um die Akkumulation durch Enteignung gilt es jedoch, voreilige Schlüsse zu vermeiden. Besonders die Vorstellung einer *Verdrängung* der erweiterten Reproduktion durch die „Akkumulation durch Enteignung“ ist vorschnell. Eine Unterscheidung letzteren Prozesses zeigt, dass seine wesentliche Funktion darin besteht, positiv auf die erweiterte Reproduktion zurückzuwirken. Ashman und Callinicos differenzieren zwischen Prozessen der *Kommodifizierung*, der *Rekommodifizierung* und der *Restrukturierung* (Ashman/Callinicos 2006, 115-129). Der erste Begriff bezeichnet die Aneignung von zuvor nicht in Warenform existierenden Gebrauchswerten (z.B. Patentierung von Genen). Mit der Rekommodifizierung wird dagegen die Rückverwandlung in Warenform beschrieben (Privatisierung der öffentlichen Versorgung), mit dem Begriff der Restrukturierung wird allgemeiner ein Vorgang bezeichnet, der die Bedingungen der Reichumsproduktion insgesamt verändert, etwa die Transformation von Staats- in Privatkapital, was eine Umverteilung innerhalb der jeweiligen herrschenden Klasse darstellt. Wie Harvey bemerkt, rollt über China in der letzten Zeit „eine Welle der ursprünglichen Akkumulation nach der anderen“ (Harvey 2005, 152).

Die Prozesse der Akkumulation durch Enteignung in Afrika und wie diese mit militärischem Druck sowie der Hilfe afrikanischer „Kompradoren“ (v.a. südafrikanischen Machteliten) durchgesetzt wurden, werden beschrieben in: Bond 2004.

historischen *Phase* der „neuen Weltunordnung“ nach 1989) wieder stärker vom Einsatz harter Geopolitik ergänzt. In Umkehrung der Formel Gramscis zur Definition einer hegemonialen Situation könnte man von einer Konstellation sprechen, die eher von „Zwang, gepanzert mit Konsens“ als von „Konsens, gepanzert mit Zwang“ gekennzeichnet ist (vgl. Gill 2000, 32; Gill 2003b).⁴⁶⁷ Haug spricht von einer *hegemonistischen*, weil weniger auf Konsens basierenden, Politik der USA (Haug 2003a; Haug 2003b). In der Tat besitzt die Weltpolitik der USA und ihrer Verbündeten nicht mehr dieselben integrativen Fähigkeiten wie in den 1990ern (Smith 2005, 191 ff.). Anzeichen eines neuen Verhältnisses zwischen Konsens und Zwang lassen sich exemplarisch an den Beziehungen der USA zu schwächeren Ländern erkennen. Noch in den 1980ern und 1990ern bedienten sich die USA eher der „weichen“ Macht finanzkapitalistischer Mechanismen bzw. wirtschaftspolitischer Institutionen, um andere Länder zu kontrollieren – und wurden dabei von europäischen und japanischen Machteliten unterstützt. Ende der 1990er wurde dieses Modell partiell in Frage gestellt. Besonders in den Räumen des Nahen und Mittleren Ostens dient die harte Geopolitik verstärkt als Mittel zur Durchsetzung von Interessen, denn u.a. geraten die ölreichen Staaten nicht so leicht in finanzielle Abhängigkeiten wie beispielsweise die Länder in Lateinamerika: „Die Staaten im Mittleren Osten können folglich nicht über den IWF diszipliniert werden“ (Harvey 2004c, 39).⁴⁶⁸

Mit diesem Trend bestätigt sich eine wesentliche Aussage der vorliegenden Arbeit: Geopolitische Konflikte unterhalb der Schwelle des klassischen Krieges führen immer wieder zum Einsatz militärischer Mittel bzw. zur Androhung ihrer Anwendung. Die steigenden Militärausgaben (nicht nur der USA) der letzten Jahre sowie die gewachsene Bedeutung von Militärinterventionen belegen dies (vgl. SIPRI 2005). Dies gilt auch und gerade für die

⁴⁶⁷ Dies drückt sich auch innenpolitisch aus: „Innerhalb der westlichen Staaten beschleunigten die Ereignisse vom 11. September einen Prozess, der als Reaktion auf gesellschaftliche Desintegration und in Folge rechts-autoritärer Diskurse schon seit längerem in Gang war – eine Tendenz zur Einschränkung bürgerlicher Rechte und zur Expansion des neoliberalen Sicherheitsstaates. Eine internationale Konstellation wird repressiv nach innen gewendet [...]. [Gestärkt wurde dabei] eine Vorstellung vom Kampf des Guten gegen das Böse, der zivilisierten Welt gegen die Barbaren, des Kampfes der Kulturen“ (Candeias 2004a, 352 f.).

⁴⁶⁸ Freilich machen, quantitativ betrachtet, die westlichen Interventionen nur einen kleinen Teil des real stattfindenden Kriegsgeschehens in der Welt aus. Allerdings haben diese Gewalthandlungen die „mutmaßlich größten Auswirkungen auf das internationale System“ (Geis 2006b, 26). Insgesamt hat sich das Kriegsgeschehen in den letzten 50 Jahren von Europa vor allem in die Regionen der Dritten Welt verschoben, wo seither über 90 Prozent der Kriege stattfinden. Zum anderen hat sich der Anteil der zwischenstaatlichen gegenüber den innerstaatlichen Bürgerkriegen drastisch auf 17 Prozent der Kriege verringert (Jung/Schlichte/Siegelberg 2003, 56 ff.). Um diese Konflikte angemessen analysieren zu können, ist u.a. die Untersuchung subimperialistischer Strategien von Staaten sowie die Analyse sozio-ökonomischer Krisen und des Staatenverfalls nötig.

„demokratischen“ kapitalistischen Staaten, wie Friedensforscher nachweisen: „Demokratien sind zwar im Vergleich zu autokratischen Regimen seltener in zwischenstaatliche Kriege verwickelt. Sie weisen jedoch ein hohes Beteiligungsniveau an extrastaatlichen Kriegen [zwischen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren jenseits bestehender Staatsgrenzen] auf und besitzen vor allem ein hohes Risiko der Beteiligung an militärischen Interventionen“ (Chojnacki 2004, 96). In den asymmetrischen Konfliktstrukturen der Gegenwart, die mit dem Begriff des „Kleinen Krieges“, oder besser, des „asymmetrischen Krieges“ umschrieben werden können, agieren die stärksten kapitalistischen Staaten immer wieder gewaltförmig.⁴⁶⁹ Dabei haben militärstrategische und technologische Entwicklungen neue Optionen militärischer Interventionen geschaffen – u.a. dienen zielgenaue Luftangriffe, seegestützte Marschflugkörper sowie kleine Spezialeinheiten dazu, die „militärische Effektivität“ und die „Einsatzrisiken für eigene Soldaten sowie die politischen und moralischen Kosten“ zu senken. „Damit eröffnen sich neue Handlungsoportunitäten jenseits des klassischen zwischenstaatlichen Krieges und unterhalb massiver und direkter militärischer Operationen“ (Chojnacki 2006, 51 f.). In die gleiche Richtung zielt der Versuch, die Risiken von Bodenoffensiven auf lokale Bodentruppen zu übertragen, und diese als Kooperationspartner zu nutzen.⁴⁷⁰ Militärische Interventionen führen im Fall ihres Erfolges zumindest zeitweilig zu einer Begrenzung der Souveränität der betroffenen Staaten, zu einer faktischen *Semi-Souveränität*. Diese existiert u.a. in den informellen Protektoraten des neuen Jahrtausends: „Sovereignty, however, whether equal or unequal, is a constructed legal relationship, not a material fact – or, rather, it becomes a material fact through historically variable and contingent social institutions and practices of recognition. A revival of, for example, treaties of protection and guarantee is unlikely. Informal protectorates, however, exist today in Iraq, Afghanistan, Kosovo and Bosnia” (Donnelly 2006, 151).⁴⁷¹

Die Re-Artikulationen und Innovationen auf der militärstrategischen und -technologischen Ebene führen im Rahmen des Trends zum marktliberal-etatistischen Staat sowie seiner Internationalisierung zu einem neuartigen Mischungsverhältnis hinsichtlich der Formen harter Geopolitik: „Durch die Internationalisierung des Staates verzweigt sich der Gewaltapparat auf verschiedene Ebenen und funktionale Bereiche. Dabei kommt es zu mehr oder weniger fest

⁴⁶⁹ Militärstrategie und Kriegführung orientieren sich bereits länger an diesen Formen des Konfliktes, vgl. die Diskussionen über die Entwicklung der Strategie der „counterinsurgency“ (der 1960er) und der Doktrin des „low intensity conflict“ (der 1980er) (Daase 1999, 125-151).

⁴⁷⁰ Diese Interventionsform wurde im Kosovokrieg (mit der UCK) und bei der Bekämpfung der Taliban in Afghanistan (mit der Nordallianz) angewandt.

⁴⁷¹ Eine andere Folge militärischer Interventionen ist die in den letzten Jahren zu beobachtende Vervielfältigung von Konflikten, die etwa in Afghanistan und im Irak zu chaotischen Zuständen führt.

institutionalisierten militärischen und polizeilichen Kooperationen zwischen den Staaten, während gleichzeitig die USA in einer durchaus konflikthaften Weise als zentrale Gewaltinstanz zur weltweiten Absicherung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses fungieren. Die neoliberale Restrukturierung beinhaltet eine verstärkte Privatisierung des Gewaltapparats etwa in Form privater Sicherheitsdienste und Überwachungsagenturen [...]. Verstärkt werden von Regierungen private Militärunternehmen beschäftigt, wie von den USA im Irak-Krieg. [...] Zugleich nehmen ‚terroristische‘ Formen der Kriegführung angesichts der fast unbeschränkten militärischen Dominanz der Metropolenstaaten an Bedeutung zu. Dies führt zu einer Entgrenzung und zu einer faktischen Permanenz des Krieges, die in die einzelnen Gesellschaften hinein wirken und dort den Ausbau der Repressions- und Überwachungsapparate vorantreiben. Auch fördert dies die Verschränkung zwischen staatlichen und privaten Gewaltapparaten. Man kann in diesem Zusammenhang jedoch nicht einfach von einer Schwächung des staatlichen Gewaltmonopols sprechen“ (Hirsch 2005, 199).

Auch die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den stärksten Staaten üben einen wesentlichen Einfluss auf die Bestimmung der Möglichkeiten außenpolitischen Handelns aus. Aus diesem Grund spielen die *Legitimationsdiskurse* eine wichtige Rolle, um die Anwendung weicher, aber zunehmend auch harter geopolitischer Methoden zu rechtfertigen. Mit dem Ende des Kalten Krieges und noch mehr nach der behaupteten „Zäsur“ des 11.9.2001 sind etwa mit den Termini „erweiterte Sicherheit“ und „Terrorismus“ Schlüsselbegriffe geprägt worden, die bei der Neuausrichtung nationaler Sicherheitspolitiken eine zentrale Rolle spielen. Mit diesen Begriffen verbunden ist die Diskussion neuer Bedrohungsszenarien für die Sicherheit des jeweiligen Staates (bzw. der Bündnispartner oder des „Westens“), die zur Legitimierung staatlicher Zuständigkeiten bei der Anwendung von Gewalt beitragen. Dies wird mit positiv konnotierten Prinzipien wie dem einer den Menschenrechten verpflichteten Außenpolitik sowie dem Ziel der *Demokratisierung* untermauert. Gewalt wird derart „normativ über die unterstellte friedensstiftende Wirkung von Demokratien nach außen [legitimiert] [...] und sicherheitspolitisch über die Ziele der Befriedung innerstaatlicher Kriege und der Bekämpfung terroristischer Gefahren gerechtfertigt“ (Chojnacki 2006, 52). Seit 1989 werden die Begriffe „Sicherheit“ und „Verteidigung“ über ihre im „Supermächts-Imperialismus“ geltende Definition hinaus ausgedehnt. Der Begriff der „erweiterten

Sicherheit“, der u.a. als Konzept der „Human Security“ Eingang ins UN-System⁴⁷² gefunden hat, sowie ein neues, ausgedehntes Verständnis des Begriffs der „Verteidigung“, führen zur Neuausrichtung der nationalen Sicherheitspolitiken und internationalen Bündnisse. Das betrifft etwa die militärstrategischen Erweiterungen des Sicherheitsbegriffs, die in den Sicherheitsstrategien der EU oder der USA, den Streitkräftedoktrinen der NATO oder den Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr im Rahmen vielfältiger potentieller Bedrohungen und Unordnungen (wie Terrorismus, Ressourcenverknappung, Naturkatastrophen, gewaltsame Konflikte) zu finden sind (Hauswedell 2006, 63). Sicherheit wird hier immer weniger als der Schutz des eigenen Territoriums vor dem Angriff ausländischer Mächte, sondern vielmehr als die Verhinderung bzw. Linderung von Instabili-

⁴⁷² Die *Bedeutung der Vereinten Nationen* kann hier nur kurz untersucht werden. Es ist zu vereinfachend, die Gründung dieser Organisation im Juni 1945 nur auf das Interesse amerikanischer Regulierungs- und Kontrollinteressen zurückzuführen (Gowan 2003; vgl. Smith 2005, 97-108), denn in ihr fanden sich auch die Interessen anderer großer Mächte wieder. Die absolute Übermacht des Sicherheitsrates gegenüber der Generalversammlung liegt nicht nur im Interesse der USA. Faktisch war die UNO nach 1945 selten handlungsfähig, weil die Großmächte sich wechselseitig im Sicherheitsrat blockierten (Hankel 2006, 36). Insgesamt verfügt diese *inklusive Sicherheitsorganisation*, auch wenn sie über eine gewisse Eigendynamik verfügt und etwa als normative Kraft der Vernunft in der Weltpolitik gilt, über einen geringen Grad an Eigenständigkeit. In den 1980ern und dann v.a. mit dem Irakkrieg 1991 vollzog sich eine Aufwertung der UNO. Beschränkte sich die Sicherheitspolitik der UNO bis dato darauf, Waffenstillstandsabkommen zu vermitteln und diese durch „Peacekeeping“ umsetzen zu helfen (z.B. Blauhelmtuppen mit Beobachterstatus), wurde nun stärker das „robuste“ Peacekeeping (Schaffung von Sicherheit in Konfliktgebieten auch mittels Waffengewalt unter Beendigung des Konsensprinzips, da der Konsens der Konfliktparteien fortan nicht mehr als Bedingung für die Entsendung von Truppen galt) sowie das „Peaceenforcement“ betrieben, das u.a. Embargomaßnahmen, Luftschläge, Stationierung von Truppen, Hilfslieferungen, Strafgerichtshöfe und Flugverbots- sowie Sicherheitszonen umfasste. Doch noch immer besteht eine massive Ressourcenabhängigkeit, was sich am Mangel eigener Streitkräfte bemerkbar macht (Zürn/Zangl 2003, 206-254). Dies macht sich u.a. darin bemerkbar, dass die UNO beim Peaceenforcement auf die Bereitstellung entsprechend ausgerüsteter Streitkräfte der Mitgliedstaaten angewiesen ist und diese nicht in eine eigene Befehlsstruktur eingegliedert werden. Sowohl SFOR (in Bosnien) als auch KFOR (im Kosovo) „unterstehen nicht einer UNO-Befehlsstruktur, sondern greifen auf die Befehlskette der NATO zurück“ (Zürn/Zangl 2003, 252). Am sich in den 1990ern vollzogenen Wandel der UNO vom „Wahrer des Weltfriedens“ zu einem „Organ zur Durchsetzung elementarer Menschenrechte und gewaltpräventiver Politik“ (Hankel 2006, 95) werden deshalb wie vor 1989 die elastische Auslegung der UN-Charta und die als Legitimationsbeschaffungsmaßnahmen kritisierten UN-Resolutionen und -Beschlüsse (wie bereits z.B. die Autorisierung der Militärintervention 1950 in Korea, aber auch gegenüber dem Irak in den 1990ern) kritisiert. Tatsächlich ist die UNO keine neutrale Interventionsmacht, die oberhalb oder jenseits der kapitalistischen Staatenkonkurrenz steht. Nationale Interessen instrumentalisieren diese internationale Organisation permanent. In ihr drücken sich kapitalistische Staatenkonflikte aus, was sich etwa in der Auseinandersetzung um und den unterschiedlichen Auffassungen über die Besetzung des Sicherheitsrates ausdrückt. Insofern können auch die Hoffnungen auf eine Reform der Strukturen der Vereinten Nationen als gering eingeschätzt werden. Zugleich drücken sich die Gewalt- und Machtverhältnisse im internationalen Recht aus, was die grundlegende Reform der Völkerrechtsordnung unter kapitalistischen Bedingungen faktisch verunmöglicht (Miéville 2005, 271-293, 304-317; vgl. Marcuse 1995; differierende Prognosen werden diskutiert in: Gareis/Varwick 2006, 263-319).

täten in anderen Gebieten verstanden, deren Folgen das eigene Territorium treffen könnten. In diesem Zusammenhang werden etwa weltweite Einsätze der Bundeswehr legitimiert, die sich von einer „Verteidigungs-“ zu einer „Interventionsarmee“ entwickelt hat. Kritiker werfen der Politik der „erweiterten Sicherheit“ daher vor, als Vorwand für eine weitere Militarisierung der Außenpolitik von Staaten zu fungieren.

Tatsächlich wirkt diese Konzeption der „erweiterten Sicherheit“ in Bereiche hinein, die vor 1989 eher getrennt von „Verteidigungsaufgaben“ diskutiert wurden. Hinsichtlich der Entwicklungspolitik ist eine Verschmelzung sicherheitspolitischer und entwicklungspolitischer Diskurse zu beobachten. Der besonders in den 1990ern im Rahmen der liberalen Global-Governance-Vorstellungen propagierte, radikalisierte Ansatz von Entwicklungspolitik zielt auf die gesellschaftliche Transformation unterentwickelter bzw. „scheiternder“ oder gar schon „gescheiterter“ Staaten in Richtung einer liberalen Marktwirtschaft, um diese zu befrieden („liberal peace“) (Duffield 2001, 34). Da die Unterentwicklung als Gefahr für die eigene Stabilität verstanden wird, baut diese Argumentationsfigur auf eine Verbindung von humanitärer Hilfe und militärischen Interventionen (Duffield 2001, 37, 259). Faktisch werden nun mehr Bereiche, die vormals zur Entwicklungspolitik gezählt wurden, vor dem Hintergrund der Ausdehnung des Sicherheitsbegriffs dem Zuständigkeitsbereich der Militärs zugesprochen.⁴⁷³ Dabei wird oftmals von den in der „Konfliktbearbeitung“ engagierten NGOs in paternalistischer Weise das „neoliberale“ Gesellschaftsmodell propagandiert, ohne dessen eigene Widersprüchlichkeit wahrzunehmen. „Ihr ‚liberal peace‘ [trägt daher] [...] die aufkeimenden Strukturen eines ‚liberal war‘ in sich“ (Geis 2006b, 13; vgl. Duffield 2001, 264). Kritiker weisen zudem auf die höchst selektive Wahrnehmung „humanitärer Interventionen“ und auf den machtpolitischen Missbrauch der an humanitären Interventionen beteiligten Staaten hin (Chomsky 2000, Hippler 1996).

In der Legitimation des Kampfes gegen den „internationalen“ oder „islamistischen“ Terrorismus lassen sich weitere Gewalt rechtfertigende Begründungsmuster nachweisen. Diesem Diskurs liegt das Argument zugrunde, dem zufolge neue, netzwerkartig strukturierte (nicht-staatliche) Zellen von Terroristen die Ordnung der „westlichen Zivilisation“ bedrohen.

⁴⁷³ Im Entwurf für einen EU-Verfassungsvertrag werden die „zivilen“ und „militärischen“ Mittel der Außenpolitik miteinander verknüpft. Kritiker weisen auf die Gefahr hin, „dass zivile Konfliktbearbeitung in militärische Logik eingebunden wird und zur bloßen Begleitmaßnahme und Nachsorge degradiert wird. Die zivilen Komponenten sollen zwar kohärenter genutzt werden – eine Aufstockung der Mittel im zivilen Bereich wird jedoch nirgends festgelegt“ (Haydt/Pflüger/Wagner 2006, 89). Dagegen verpflichten sich die EU-Mitgliedstaaten, wie aus dem Verfassungsentwurf zitiert wird, „ihre militärischen Fähigkeiten regelmäßig zu verbessern“ (zit. in: ebd., 82).

Wenn nun Terroranschläge als „neue Erscheinungsformen“ des „Krieges“ bezeichnet werden und damit der Kriegsbegriff auf terroristische Akte ausgedehnt wird, berechtigt dies den Angegriffenen umgekehrt ebenso zu Kriegshandlungen (vgl. Münkler 2001, 587 ff.). Weil die amerikanische Regierung gegenwärtig nicht mehr zwischen Krieg und Terrorismus unterscheidet, wird die Ausrufung eines „permanenten Ausnahmezustandes“ sowohl zur legitimen Grundlage der Anwendung nicht mehr nur rechtsstaatlich erlaubter Mittel der Verbrechensbekämpfung als auch zugleich zur Begründung innerstaatlicher Einschränkungen demokratischer Rechte. Europäische Regierungen betonten im Umgang mit dem Terrorismus i.d.R. stärker die Notwendigkeit polizeilichen Vorgehens gegen terroristische Netzwerke.⁴⁷⁴ Die Vermeidung des Kriegsbegriffs ist hier aber nicht in erster Linie als Ausdruck antimilitaristischer Grundhaltungen zu lesen, sondern hängt mit innergesellschaftlichen Stimmungen gegenüber militärischen Interventionen zusammen. Für geforderte Interventionen wird hier gelegentlich der Begriff „Polizeiaktion“ – „die sich nach dieser Auffassung im normativen Rahmen einer ‚Weltinnenpolitik‘, als Vollzug einer kosmopolitischen Rechtsdurchsetzung abspielen soll – in Anschlag gebracht, um die Scheu westlich-demokratischer Öffentlichkeiten vor gewaltsamen Eingriffen in Konflikte weltweit abzumildern“ (Geis 2006b, 12).⁴⁷⁵ Im europäischen Kontext dient die Vermeidung des Kriegsbegriffs auch der Enttabuisierung kriegerischer Handlungen: „Das Militär wird immer mehr zur Hilfspolizei einer erzwungenen Welt-Innenpolitik. Wie sollen die Menschen, deren Horror vor dem Krieg nur zu verständlich ist, dies begreifen, wenn sie dauernd mit dem Wort ‚Krieg‘ geschreckt werden?“ (Eppler 2002, 94). Mit der Debatte um den Terrorismus verbinden sich weitere Diskurse (etwa um die „neuen Kriege“⁴⁷⁶ oder die „Krise der

⁴⁷⁴ Allerdings räumt etwa Erhard Eppler ein, dass das Eingreifen des Militärs erforderlich sein kann, wenn die Polizei „überfordert“ ist (Eppler 2002, 93).

⁴⁷⁵ Eine „kosmopolitische Rechtsdurchsetzung“ beinhaltet die „Erzwingung“ der Einhaltung von Normen, eine Aufgabe, die durch eine veränderte Aufgabenstellung der Streitkräfte (hin zu einer eher polizeilichen Arbeit bei der Herstellung von Sicherheit und Ordnung) verrichtet werden soll (Eppler 2002, 111).

⁴⁷⁶ Der Begriff des „neuen Krieges“ (Kaldor 2000, Münkler 2002) erfasst nur einen Teil der Realität. Zum einen kann zwischen *innerstaatlichen* Kriegen (bei denen mindestens ein staatlicher Akteur beteiligt ist) und *substaatlichen* Kriegen (bei denen nur nicht-staatliche Akteure beteiligt sind) unterschieden werden. Zwischen 1946 und 2003 waren 16 von 166 Kriegen letzterem Typus zuzuzählen, seit 1990 sind immerhin ein Viertel aller Kriege substaatliche Kriege. Innerstaatliche Kriege haben in den Jahrzehnten nach 1816 die *zwischenstaatlichen* Kriege mit einer Ausnahme (1930-39) immer überwogen (Chojnacki 2006, 49). Allerdings hat ihre Zahl gegenüber den zwischenstaatlichen Kriegen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erheblich zugenommen. Davon zu unterscheiden sind ferner *extrastaatlische* Kriege (zwischen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren jenseits bestehender Staatsgrenzen) (Chojnacki 2006, 56). Wichtig ist im Falle substaatlicher Kriege, dass es in ihnen oftmals um Staatsbildung geht – „schließlich lässt sich keine Kriegspartei finden, die in ihren Programmatiken einen Anti-Etatismus vertritt“ (Schlichte 2006, 126).

Staatlichkeit“), was zur Vermutung veranlasst, dass sich das Ineinanderschieben von Diskussionen über gewaltsame Konflikte, um politische Herrschaft („Staatszerfall“, dem zufolge sich in „unkontrollierbaren“ Räumen kriminelle und terroristische Netzwerke einnisten und damit eine Bedrohung auch für den Westen darstellen), von „organisierter Kriminalität“ und von „globalem“ „islamistischem Terrorismus“ zu einer neuen „Problematik“ verdichtet (Schlichte 2006, 121).⁴⁷⁷ „Die Redeweise von den ‚neuen Kriegen‘ und ihre Verschränkung mit anderen Phänomenen wie Staatszerfall und Terrorismus drohen damit zum Bestandteil einer ‚Erzählung der Angst‘ zu werden [...]. Der prognostizierte ‚Staatszerfall‘ ist schon zur anerkannten Problematik der Sicherheitsdoktrinen sowohl der USA wie der EU geworden. Die Erosion des Völkerrechts durch die Einführung der Ausnahme-Semantik für Kriegszustände hat ebenso begonnen [...]. Offenbar verrät die Redeweise von den ‚neuen Kriegen‘ mehr über die Konkurrenz von Ordnungsvorstellungen, über Sicherheitsbedürfnisse und Kontrollambitionen als über die Realität und die Gründe politischer Gewalt in der Weltgesellschaft“ (Schlichte 2006, 127).⁴⁷⁸

Um die Entwicklungen des Kriegsgeschehens zu verstehen, ist der weltweite Machtzusammenhang, z.B. das Ende sowjetischer Machtpolitik im „Süden“ nach 1989, mitzudenken. Für viele heutige „Warlords“, die oftmals aus dem Widerstand gegen Kolonialregime kamen und ursprünglich von einer der beiden Großmächte unterstützt wurden, blieben die „Hilfen“ nach 1990 aus. Die weltweite ökonomische Stagnationstendenz seit den 1970ern führte in vielen der ärmsten Länder der Erde ohnehin schon zu erhöhter Instabilität. Wie Dorothea Schmidt schreibt, sind seither wichtige Merkmale solcher „Gewaltunternehmer“ wie auch „korrupter“ Regierungen, dass diese „mangels des Zugriffs auf eigene Steuergelder (oder weil diese nicht ausreichen) selbst für die Finanzierung ihrer Aktivitäten aufkommen müssen, etwa durch Drogen-, Waffen- oder Edelsteinhandel, durch das Eintreiben von Schutzgeldern, durch Raub und Plünderungen oder Überweisungen aus der Diaspora“ (Schmidt 2002, 280). Diese Strukturen der „informellen“ und „kriminellen“ Ökonomie auf den Begriff der „Privatisierung der Gewalt“ zu reduzieren, ist unzutreffend. Und: Die Bürgerkriegsregionen stellen keine autarken Inseln dar. Kriegsökonomien sind sowohl was ihre Finanzierung als auch die von ihnen benötigten Waffenlieferungen angeht, in einem weltwirtschaftlichen Zusammenhang zu sehen (Schmidt 2002, 282).

⁴⁷⁷ Damit verbunden ist die erneut aufgegriffene These der *Barbarisierung*: Sie wirkt „auf gewisse Weise sehr alt. Jeder Regionalwissenschaftler wird in ihr die langen Kontinuitäten schnell erkennen. Sie reichen vom Bild des Barbaren, das sich das expandierende Europa von der Bevölkerung seiner kolonialen Zielgebiete gemacht hat, bis hin zu den Vorstellungen, die sich noch heute auch die allgemeine Publizistik von ‚Stammeskriegern‘ und allzeit gewaltbereiten Horden macht. Edward Said [...] und Maria Todorova [...] haben in viel beachteten Werken darauf aufmerksam gemacht, wie tief sich diese Vorstellungen über den Orient und über den Balkan ins westliche Allgemeinbewusstsein eingesenkt haben. Im Diskurs, der sich gegenwärtig in westlichen Gesellschaften über ‚den Islam‘ entwickelt, kann man analoge Dichotomisierungen beobachten [...]. Das entsprechende Werk über Afrika ist noch nicht geschrieben, hätte aber noch weniger Materialprobleme“ (Schlichte 2006, 122). Vgl. zur Dämonisierung des Islam bzw. zur Konstruktion eines „Anderen“: Alnasseri 2004c, Caglar 1997, Ruf 2006, Weyland 2004.

⁴⁷⁸ Um das in der UN-Charta verankerte Verbot der Gewaltanwendung zu unterlaufen, bezieht man sich auf die Ausnahmeregelung der „Selbstverteidigung“. Die sog. Verrechtlichung der Kriegführung gibt also keinen Anlass zur Beruhigung. Rechte sind dehnbar. Zudem fehlt auf der globalen Ebene ein

Alles in allem lassen sich die Militärinterventionen, die Aufwertung nationaler Sicherheitsstrategien und die beschriebenen Legitimationsdiskurse als Zeichen eines Trends in Richtung der Militarisierung der Außenpolitik lesen. Eine zeitgleich stattfindende Entwicklung könnte die Anwendung harter Geopolitik noch weiter erleichtern: die *Aushöhlung demokratischer Standards*. Maria Gritsch argumentiert, dass die Regierungsorgane der G7-Staaten im Zuge der Transformation von Staatlichkeit in den letzten 20 Jahren an Handlungsmacht *gewonnen* haben, weil immer mehr Entscheidungsgewalt an exekutive nationale, teilweise inter- oder supranationalisierte Apparate delegiert wurde (etwa an die Bürokratien der EU) und die Einzelstaaten zugleich im Zuge ihrer „Verschlankung“ (besonders bezogen auf soziale Sicherungssysteme und öffentliches Eigentum) bzw. der Schaffung öffentlich-privater Mischformen sich zunehmend der demokratischen Willensbildung entziehen. „Advanced capitalist states’ construction and use of global governance institutions, including the W.T.O., further shifts political-economic decision-making away from domestic citizenries and increases executive power. Lastly, by devolving domestic fiscal provisioning onto lower government levels or private actors, or diminishing absolute levels, states acquire autonomy through decreased accountability, reduced public participation, and a further narrowing of their agenda“ (Gritsch 2005, 3).⁴⁷⁹ Weniger die Entscheidungsbefugnisse der Einzelstaaten als solche, als die in ihr existierenden liberal-demokratischen Mechanismen werden ausgehöhlt. Eine autoritäre Wende der westlichen Staaten ist im Rahmen dieser Entwicklungen durchaus vorstellbar, besonders dann, wenn die institutionalisierten Mechanismen der Bearbeitung von Widersprüchen innerhalb einzelner Gesellschaften weniger gut funktionieren als in den Zeiten des keynesianischen Wohlfahrtsstaates bzw. des langen Wirtschaftsaufschwungs. Nicht wenige Autoren erwarten in diesem Zusammenhang Rückwirkungen auf außenpolitischem Feld. „Die mit der wettbewerbsstaatlichen Transformation verbundene und strukturelle politische Krise und Krise der Repräsentation kann Dynamiken in Gang setzen, die ihrerseits zwischenstaatliche Rivalitäten antreiben. Dies nicht zuletzt dann, wenn versucht

Mittel zur effektiven Ächtung des Verstoßes gegen die Prinzipien der UN-Charta, v.a. wenn sehr starke Staaten daran beteiligt sind.

⁴⁷⁹ Dabei kann der Einzelstaat seine Kräfte neu konzentrieren, wie am Beispiel von Privatisierungen abzulesen ist: „Superficially, privatization suggests a shrinking, less potent, state. Underneath, it entails shrinking citizen participation in previously state and public-mediated processes and institutions, and a more powerful state which sheds direct ownership, but retains indirect control. [In this] way states gain increased autonomy. Diminished responsibility for, and involvement in, intra-national fiscal provisioning allows the state to focus resources and attention on a narrower agenda, increase its cohesiveness as an actor, and further shield itself from intra-national contestation concerning ‘public’ goods“ (Gritsch 2005, 18).

wird, die Repräsentationskrise mit populistischen, nationalistischen und rassistischen Strategien der Legitimationsbeschaffung zu kompensieren. Ein allerdings eher noch harmloses Beispiel dafür ist der Konflikt zwischen Deutschland beziehungsweise Frankreich und den USA in Bezug auf den Irakkrieg“ (Hirsch 2004, 685). Die Überbetonung real existierender außenpolitischer Interessenskonflikte wurde ab 2002 von der rot-grünen Koalition benutzt, um das durch die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik entstandene innere Legitimationsdefizit zu kompensieren. Dass die Herstellung eines innenpolitischen Konsenses immer wieder auch über eine Abgrenzung nach „außen“ herzustellen versucht wird, hat bereits Wehler in seiner Analyse des „Sozialimperialismus“ betont (Wehler 1970, 85, vgl. Wehler 1984, 454-502). Die neuen Sicherheitsdiskurse nach dem Kalten Krieg führen derart zum Ausbau des Sicherheitsstaates. Der „Krieg gegen den Terror“, der erst einmal als eine Maßnahme des geeint agierenden „Westens“ erschien, sich ab 2002 aber verstärkt auch in innerwestlichen Auseinandersetzungen manifestierte, kann daher auch als ein Versuch verstanden werden, durch die Stilisierung einer „äußeren“ Bedrohung von inneren Problemlagen abzulenken oder zumindest über die Steigerung des nationalen Prestiges innenpolitische Defizite zu kompensieren. Der 11.9. ermöglichte in diesem Sinne die Akkumulation staatlicher Macht und eröffnete „Chancen“, der jeweiligen nationalen Gesellschaft eine neue Kontrollordnung aufzuzwingen.⁴⁸⁰

Der „demokratische Krieg“

Die Entwicklung der letzten 15 Jahre konterkariert damit wesentliche Hypothesen der Theorie des „demokratischen Friedens“ in der Tradition Kants (vgl. Czempiel 1998).⁴⁸¹ Die Vorstellung einer Friedfertigkeit „demokratischer“ Gesellschaften, zumindest untereinander, die eine erhöhte Sensibilität demokratisch gewählter Regierungen gegenüber den Kosten

⁴⁸⁰ Der 11.9. 2001 ermöglichte es zugleich, wie Condoleezza Rice es aus der Sicht der amerikanischen Staatsführung erklärt, einen weltpolitischen Machtzuwachs von historischer Tragweite anzustreben: „an earthquake of the magnitude of 9/11 can shift the tectonic plates of international politics. [...] Before the clay is dry again, America and our friends and our allies must move decisively to take advantage of these new opportunities. This is, then, a period akin to 1945 to 1947, when American leadership expanded the number of free and democratic states – Japan and Germany among the great powers – to create a new balance of power that favored freedom“ (Rice 2002).

⁴⁸¹ „Angesichts der seit 1990 relativ zunehmenden Gewaltneigung von Demokratien gerät die Theorie verstärkt unter Druck, wenn nicht unter Ideologieverdacht – schließlich ist eine popularisierte Fassung der These friedliebender Demokratien in außenpolitische Reden westlicher Politiker eingegangen“ (Geis 2006b, 26; vgl. Lock 2003). Müller spricht diesen Sachverhalt noch grundsätzlicher an: Die „liberale Theorie“, Grundlage der Theorie des demokratischen Friedens, „enthält in sich selbst, konsistent und logisch, die Wurzeln einer spezifisch demokratischen Militanz“ (Müller 2006, 241).

militärischer Handlungen und damit eine Abhängigkeit gegenüber dem „politischen Konsens“ (der Wählerschaft) behauptet, wird in Frage gestellt. Es sollte davon ausgegangen werden, dass demokratisch gewählte Eliten in kapitalistischen Gesellschaften „nicht *per se* gewaltaversiver als autoritäre Herrscher“ sind – „sie müssen ihre Entscheidungen aber sorgsamer abwägen und gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigen“ (Chojnacki 2004, 89). Insofern kommt den Legitimationsdiskursen eine hohe Bedeutung zu. Dazu gehören die soziale Konstruktion von *Gegnerschaft*, die Berufung auf eine reaktive *Verteidigungssituation*, die *Verschleierung* geopolitischer und ökonomischer Zielsetzungen sowie die *Dämonisierung* bzw. *Barbarisierung* des Gegners.

In der Disziplin der IB werden in den letzten Jahren verstärkt die Ambivalenzen und „Antinomien“ der Theorie des demokratischen Friedens diskutiert (vgl. die Aufsätze in: Schweitzer/Aust/Schlotter 2004; Geis 2006a). In einer kritischen Auseinandersetzung mit der Figur des „Friedensdreiecks“ im Ansatz des „demokratischen Friedens“ entwickelt Lothar Brock die Möglichkeit des *demokratischen Krieges*. In diesem Zusammenhang diskutiert er „problematische Aspekte“ der drei Eckpunkte des „Friedensdreiecks“ – Demokratie, Interdependenz und internationale Organisationen –, die bislang fast ausschließlich als eine sich selbst verstärkende Konstellation „zivilisierender“ Kräfte in der internationalen Politik identifiziert wurden (Brock 2006, 203). Dagegen können, so macht Brock plausibel, alle drei Variablen auch Konflikte generieren und Gewalt befördern. *Erstens* vollziehen sich wirtschaftliche Verflechtungen im Rahmen starker Macht- und Entwicklungsdisparitäten, ungleicher (und auch kombinierter) Entwicklung. „Die ungleichmäßige Entwicklung im Weltmaßstab ist [...] eine wichtige Hintergrundbedingung dafür, dass die Hoffnung auf eine globale Friedensdividende so rasch zerstoß, wie sie angesichts des friedlichen Endes des Ost-West-Konflikts entstanden war. Und obwohl die kriegerischen Auseinandersetzungen der Gegenwart nach den Formen der Gewaltausübung zuweilen archaisch anmuten, sind sie doch vollständig in den Weltmarkt integriert. Der Weltmarkt funktioniert so gesehen auch als Gewaltmarkt [...], über den die Finanzierung der zahlreichen Kriege und Konflikte abgewickelt wird“ (Brock 2006, 214). Interdependenz und ungleiche Entwicklung sind verknüpft, letztere erzeugt die Dynamik, die sich in wachsender Interdependenz niederschlägt. Hieraus resultieren widerspruchsvolle Folgen für die Kooperations- und Gewaltbereitschaft: Während auf der einen Seite Kooperationsdruck im Sinne eines „Interdependenz-Managements“ besteht, geht die ungleiche Entwicklung für die Staaten auf der anderen Seite „mit politischen Risiken einher, die sich seit Beginn der 1990er Jahre in einer breiten ‚Versicherheitlichung‘ wirtschaftlicher und sozialer Sachverhalte und einer Umorientierung

der Militärpolitik von der Territorialverteidigung auf eine militärisch abgesicherte Weltordnungspolitik niederschlagen“ (Brock 2006, 216).

Der Sachverhalt der ungleichen Entwicklung wird *zweitens* auf dem Feld internationaler Organisationen reflektiert, denn diese sind „unterinstitutionalisiert“ (Brock 2006, 223). Bis heute tragen sie als Bestandteil einer „internationalen Machthierarchie – vor allem in Gestalt der Weltwirtschaftsorganisationen [...] zur Reproduktion der ungleichmäßigen Entwicklung bei“ (Brock 2006, 216). Die unterinstitutionalisierte internationale Ordnung vollzieht sich ferner „als Einschränkung demokratischer Selbstbestimmung“: „Dieser zunächst unbeabsichtigte Effekt internationaler Organisationen und Verrechtlichung kann von den Regierungen sogar strategisch dafür genutzt werden, Partizipationsansprüche der Gesellschaft abzuwehren, soweit der Autonomieverlust durch internationale Koordination geringer ist als der Autonomiegewinn gegenüber der Gesellschaft [...]. Gerade für die am weitesten fortgeschrittene internationale Organisation, die EU, geht es unter dieser Perspektive nicht nur um ein Demokratiedefizit auf der *internationalen*, sondern auch um einen Entdemokratisierungseffekt auf der nationalen Ebene“ (Brock 2006, 218 f.).

Damit ist *drittens* das Fehlen ausgeprägter demokratischer Strukturen angesprochen. Zu Ende gedacht, fällt hiermit auch eine weitere Basisprämisse der Theorie des demokratischen Friedens.⁴⁸² Der „Demokratisierungsschub“ nach 1990 hat zwar, weltweit betrachtet, zur formalen Ausweitung von liberal-demokratischen Institutionen geführt, aber nicht zu ihrer *Vertiefung*, und damit zur Einlösung einer der zentralen Prämissen dieses Ansatzes, der zufolge erst eine umfassende Demokratisierung den Frieden vorbereitet (Czempiel 1996c).

Die Theorie des demokratischen Friedens unterschätzt zusammengefasst, dass die westlichen liberal-demokratischen Staaten in erster Linie kapitalistische Staaten sind und in einem weltweiten System existieren, das enorme Destabilisierungspotentiale in sich birgt. Liberale Demokratien können auf „alte“ Methoden der Gewalt und die Anwendung undemokratischer Mittel „zurückgreifen“ – prinzipiell ist dies auch zwischen entwickelten kapitalistischen Demokratien vorstellbar, wenn auch gegenwärtig unwahrscheinlich. Dass direkte militärische Konfrontationen zwischen entwickelten kapitalistischen Staaten in Zukunft wieder Realität werden, erscheint aufgrund der spezifischen weltpolitischen Konstellation nach 1989, den innergesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, den engen wirtschaftlichen Verflechtungen

⁴⁸² Ob die empirisch nachzuweisende Erhöhung der Gewaltneigung von kapitalistischen Demokratien seit 1990 vor allem in Form von militärischen Interventionen (Chojnacki 2006, 63 ff.) mehr mit den innergesellschaftlichen Entwicklungen als mit den internationalen bzw. inter-gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu tun hat, kann hier nicht geklärt werden. Für die Vereinigten Staaten wird dies diskutiert in: Glassman 2005.

(insbesondere in den transatlantischen Beziehungen) sowie den absehbar zerstörerischen Folgen eines Krieges zwischen hochindustrialisierten Ländern als kaum vorstellbar. Der Ausbruch von gewaltsamen Konfrontationen wäre wahrscheinlich an erhebliche sozio-ökonomische Krisen und Restrukturierungen der Konkurrenzverhältnisse, weltpolitisch veränderte Bündniskonstellationen und innenpolitische Radikalisierungen gebunden.

1. EXKURS: INTERNATIONALES RECHT IM FRAGMENTIERTEN KAPITALISMUS

Die Internationalisierungstendenzen des Politischen innerhalb der fragmentierten Weltwirtschaft, des marktliberal-etatistischen Staatensystems und weiterer intergesellschaftlicher Beziehungen finden zu einem gewissen Grad ihren Niederschlag im „internationalen Recht“.

Dabei sollte weiterhin von zwei unterschiedlichen Rechtsprinzipien – *Rechtstaatlichkeit* innerhalb der Einzelstaaten und juristische *Souveränität* zwischen den Einzelstaaten – ausgegangen werden, obgleich es auf der internationalen Ebene zur Etablierung von Zwischenformen kommt.⁴⁸³ Die Entstehung des modernen Völkerrechts, das als wichtigster Bestandteil des internationalen Rechts gilt, wird gewöhnlich mit der Zeit vor der Etablierung des kapitalistischen Weltmarkts in Verbindung gebracht („Westfälischer Frieden“ von 1648). Diese These ist allerdings fragwürdig, da es im Laufe des Übergangs zu kapitalistischen Verkehrsformen und der Überwindung der vorkapitalistischen „dynastischen Souveränität“ qualitative Modifikationen erfahren hat (Miéville 2005, 156-178; Gerstenberger 2006, 518). Das moderne Völkerrecht ist ein wichtiges Mittel, die Kommunikation der zum Weltmarkt erweiterten, vorher nur locker verbundenen Märkte zu regulieren und zu sichern. Dabei ist die Zusammenfassung der Staaten in der Völkerrechtsgemeinschaft vor allem wichtig, „um sowohl – im Friedensvölkerrecht – ihre nichtgewaltsam als auch – im Kriegsvölkerrecht – ihre gewaltsam ausgetragenen Differenzen und die Formen ihrer Kooperation an solche Regeln zu binden, die die (relative) Einheit des Gesamtsystems“ repräsentieren und aufrechterhalten (Abendroth 1973, 16). Eine Analyse der internationalen Beziehungen muss daher eine Analyse des Völkerrechts sowie der ihm zugrunde liegenden Kräftekonstellationen einschließen.

Auf internationaler Ebene vollziehen sich Integration und Kooperation gegenwärtig im Modus der „rechtsbasierten“ Übereinkunft. Die Rechtssubjekte, d.h. die Staaten, binden sich in der Regel freiwillig durch „Normen“.⁴⁸⁴ Realisiert werden diese durch Verträge,

⁴⁸³ „Während Rechtsstaatlichkeit von Staaten die Beachtung ihres binnenstaatlichen Rechts verlangt, verschafft Souveränität den Staaten eine Rechtfertigung dafür, sich willkürlich über internationales Recht hinwegzusetzen. Entstände daher international eine gehaltvolle Rechtsstaatlichkeit, so liefe dies auf eine fundamentale Transformation moderner Staatlichkeit hinaus“ (Zangl 2006, 123).

Im Folgenden wird davon ausgegangen, dass die „souveränen“ Staaten zugleich in *hierarchischen* Konstellationen koexistieren, die die Souveränität einschränken kann (vgl. Hobson/Sharman 2005).

⁴⁸⁴ Das Völkerrecht bzw. das internationale Recht ist primär ein Recht zwischen „vielen“ (relativ) souveränen Staaten, wie Miéville erläutert: „States, not classes or other social forces, are the fundamental contending agents of international law, and while their claims and counterclaims are informed by their own domestic class struggles, they do not 'represent' classes in any direct way. It is

Abmachungen oder normative Willensbekundungen in den oben beschriebenen internationalen politischen Institutionen. Bis zu einem gewissen Grad wird damit die Anwendung offenen Zwangs in der internationalen Politik zurückgedrängt. Ähnlich wie bei der Rechtsform im Einzelstaat sollen verbindliche Festlegungen in die internationalen Beziehungen eingeschrieben werden (Brock/Hessler 2005, 58). Politisches Handeln soll rationalisiert, an Regeln gebunden und damit vorhersagbar werden. Ohne diese „Selbstbindung der Staaten“ wäre ein geordneter Ablauf der internationalen Beziehungen permanent gefährdet.⁴⁸⁵

Ein gewisser Zwang zur Rechtsbindung bzw. Kooperation aufgrund sozioökonomischer Interdependenzen bildet allerdings nur eine Seite der weltweiten Beziehungen, wie schon Abendroth mit seiner Betonung von Markt- und Machtkonkurrenzen bemerkte (Abendroth 1973, 17). Diese den Kapitalismus charakterisierenden Merkmale berühren auch das Völkerrecht, was sich beispielsweise an der Fortentwicklung und Kodifikation des juristischen Instrumentariums vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und zunehmender Vernichtungskapazitäten nachweisen lässt. In den letzten Jahren ist im Zuge der Internationalisierungsprozesse eine widersprüchliche Tendenz zu einer *Transnationalisierung* des Rechts festzustellen. So sind einige Rechtsformen auf internationaler Ebene nicht mehr so stark an den Staat bzw. das intergouvernementale System gebunden (vgl. Teubner 1996). Die These eines „Weltrechts ohne Staat“ kann sich auf gewisse reale Entwicklungen stützen. So stellte die private Rechtsfindung („*Lex Mercatoria*“) auf der Ebene internationaler Wirtschaftsbeziehungen schon lange eine Ergänzung zu den öffentlichen Rechtsordnungen dar (Brock/Hessler 2005, 70).⁴⁸⁶ Heute sind Konzerne und NGOs nicht mehr nur an

generally the opposing ruling classes of different states that clash with the legal form, each with their own class agenda. These internecine battles between the 'warring brothers' of the ruling class make up a great swathe of the international legal structure, and in them there is little purchase for a fundamentally progressive, subversive or radical legal position [...]. This is not to foreclose any possibility of 'progressive' international legal moments or decisions" (Miéville 2005, 317).

⁴⁸⁵ Historische Vorreiter waren nicht nur die internationalen, staatlichen Sicherheitsinstitutionen (etwa die Übereinkommen des Wiener Kongresses von 1815 oder die Kodifizierung des humanitären Kriegsvölkerrechts auf den Haager Konferenzen von 1899 und 1907), sondern auch Institutionen etwa im Transport- und Verkehrswesen, in der Nachrichtenübermittlung oder im Messwesen. Schon im 19. Jahrhundert wurden internationale, standardisierte Regelungen geschaffen, die zur Ordnung (etwa zur Vermeidung von Schiffskollisionen) und Vereinheitlichung (etwa von Messgrößen) führten (Rittberger/Zangl 2003, 50 ff.).

⁴⁸⁶ Teubner nennt als weitere Beispiele die internen Rechtsordnungen multinationaler Konzerne sowie das internationale Arbeitsrecht und Menschenrechtsbestimmungen. Theoretisch rekurriert er auf Niklas Luhmann, indem er annimmt, dass eine „Weltgesellschaft“ bereits von dem Moment an existiert, wenn eine weltumspannende Kommunikation entsteht. Teubner versteht die Nationalstaaten nicht mehr als eigenständige Gesellschaften, sondern „als Formen der territorialen Binnendifferenzierung der Weltgesellschaft“ (Teubner 1996, 4). Seine Thesen ähneln der Empire-

juristischen Auseinandersetzungen, sondern auch an neuen Normsetzungen beteiligt. Global durchgesetzte Normen können so eine von den ursprünglich intergouvernemental geschaffenen Interessen losgelöste relative Eigendynamik entwickeln.

Allerdings muss zwischen Anspruch und Realität unterschieden werden. Von einer einheitlichen, universellen Rechtsordnung und der Etablierung einer umfassenden „internationalen Rechtsstaatlichkeit“ kann nicht gesprochen werden. Vielmehr koexistieren weiterhin verschiedenartige Rechtstraditionen (Brock/Hessler 2005, 68). Während es zu einer partiellen Entkopplung der *Rechtsentwicklung* von den Einzelstaaten etwa im Europäischen Gerichtshof⁴⁸⁷, dem Internationalen Strafgerichtshof oder den Schiedsverfahren innerhalb der WTO kommt, in denen Merkmale von inter- bzw. sogar transnationaler Rechtsstaatlichkeit auftreten (Zangl 2006, 146)⁴⁸⁸ – wobei diese Tendenzen im Umwelt- oder Handelsbereich ausgeprägter als im Sicherheitsbereich sind –, bleibt die *Durchsetzung* des Rechts besonders im Konfliktfall an das bei den Einzelstaaten verbleibende Gewaltmonopol gebunden. Die *Rechtserzeugung* ist nicht mehr allein den Staaten vorbehalten, die *Rechtsdurchsetzung* bleibt aber weiterhin auf das staatliche Gewaltmonopol angewiesen. Daher können sich „starke“ Staaten internationaler Rechtsprechung eher als „schwache“ Staaten entziehen, sofern sie sich dieser, wie der Fall des Verhältnisses der USA zum Internationalen Strafgerichtshof beweist, überhaupt unterwerfen (Hirsch 2005, 159). Im Ernstfall bedarf es weiterhin des Drohpotentials der einzelstaatlichen Gewaltmittel, um Recht bzw. eine Norm durchzusetzen. „Angesichts einer bislang fehlenden zentralisierten Gewalt auf internationaler Ebene stellt sich also die Frage der Absicherung von Entscheidungen. Dies trifft auch auf den relativ unabhängigen Streitschlichtungsmechanismus der WTO zu, denn die getroffenen Entscheidungen müssen umgesetzt werden. Ein Paradox der Normenbildung liegt genau darin, dass die Durchsetzung von Normen in vielen Fällen der Gewaltanwendung bedarf. Daher bleibt der Nationalstaat das ‚Nadelöhr‘ der Umsetzung von Normen – viele

These von Hardt/Negri, wenn letztere auch von einer „globalen Macht“ und nicht, wie Teubner, von einem globalen Netzwerk des Rechts ausgehen (vgl. Buckel 2003, 53 ff.). Zur kritischen Auseinandersetzung mit der Luhmann'schen Systemtheorie siehe die Aufsätze in: Demirovic 2001.

⁴⁸⁷ Sonja Buckel verweist darauf, dass sich der Europäische Gerichtshof vergleichsweise am stärksten transnationalisiert (bzw. europäisiert) hat. Die Frage des fehlenden Gewaltmonopols sei „de facto suspendiert“ (Buckel 2003, 62).

⁴⁸⁸ Globalisierungsoptimisten wie Zangl müssen konzedieren, dass etwa die „Nutzung von Streitbeilegungsverfahren weiter fortgeschritten ist als ihre Akzeptanz. Sowohl in der WTO als auch im SR [UN-Sicherheitsrat] ist die Neigung von beklagten Staaten, gegen sie gerichtete Entscheidungen zu befolgen, geringer als die Neigung von klagenden Staaten, die jeweiligen Streitbeilegungsverfahren anzurufen. Auf lange Sicht könnte dieses Ungleichgewicht das ganze Projekt internationaler Rechtsstaatlichkeit gefährden“ (Zangl 2006, 146).

internationale Normen müssen nationalstaatlich ratifiziert und umgesetzt werden – und im Fall der Normverstöße die wichtigste Sanktionsinstanz“ (Brand 2006, 288).⁴⁸⁹

Auf der Ebene der EU, die die bislang weitestgehende *Transnationalisierung* des Rechts aufzeigt, spielen der hohe Grad an ökonomischer Integration, die relative Homogenität einzelstaatlicher Strukturen sowie bedeutende Interessensidentitäten (etwa hinsichtlich des Handels) eine wichtige Rolle dabei, in sachlich begrenzten Gebieten eine Verrechtlichung herzustellen, die an die Verbindlichkeit des Binnenrechts erinnert. Allerdings bedeutet diese „regionale Binnenrechtsordnung“ noch keinen Schritt hin zu einer „Weltinnenordnung“ (Paech 2003, 25).

Bei der Analyse der Internationalisierung des Rechts muss es also um die Beschreibung einer Welt gehen, deren Entwicklung sich zwischen den Polen der Entstehung einer sich internationalisierenden Rechtsordnung mit transgouvernementalen Elementen und der Weiterexistenz einer politischen und wirtschaftlichen Ordnung widersprüchlich vollzieht, die grundlegend eine zwischenstaatliche Form hat und deren (Un-)Gleichgewicht sich aus der unterschiedlichen Stärke der jeweiligen Einzelstaaten bzw. Staatenbündnisse ergibt. Die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Widerspruch zukünftig in Richtung einer weiteren Inter- bzw. Transnationalisierung „aufgelöst“ wird, ist schon aufgrund der Nicht-Realisierbarkeit eines Weltgewaltmonopols im Rahmen der globalen kapitalistischen Warengesellschaft gering.⁴⁹⁰

⁴⁸⁹ Weil das internationale Recht ein wichtiger Bezugsrahmen heutiger Weltpolitik ist, werden hierin politische Hoffnungen gesetzt. Es kann jedoch darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Hoffnung auf eine Stärkung des internationalen Rechts in Bezug auf Menschenrechte und Demokratie im Regelfall voreilig ist. Die v.a. von liberal-kosmopolitisch orientierten Autoren (in Deutschland etwa Ulrich Beck) entwickelte Vorstellung einer kosmopolitischen Rechtsordnung basiert weiterhin auf den weltweiten Machtverhältnissen (Gowan u.a. 2001). Der Verweis auf die Zunahme der Bedeutung internationaler politischer Institutionen und der Rechtsprechung sagt noch wenig über die Inhalte sowie die tatsächlich vorhandenen Machtverhältnisse in diesen Institutionen aus. Zu einem großen Teil sind die neuen Regime und Institutionen, von denen eine „kosmopolitische Demokratie“ (Held 2002) erwartet wird, mit der Institutionalisierung kapitalistischer Großmachtinteressen verbunden. Daher auch können liberal-kosmopolitische Denker (Beck 2004; Shaw 2002) mit ihrer Betonung der Notwendigkeit von internationalem Recht mit den Diskursen der „neoliberalen Globalisierung“ in Einklang gebracht werden. Der NATO-Krieg gegen Serbien 1999 wurde Gowan zufolge gerade mit Hilfe einer Rhetorik von Menschenrechten und eines liberalen Kosmopolitismus legitimiert (Gowan u.a.. 2001, 9 f.). Insofern sind die Vorstellungen eines kosmopolitischen Rechts in der „Weltbürgergesellschaft“ politisch ambivalent (vgl. Deppe 2004). Selbst eher „optimistische“ Theoretiker im Hinblick auf die Durchsetzung internationaler Normen und Regeln wie Brock/Hessler anerkennen, dass die Normenbildung „in hohem Maße politisch umkämpft“ ist (Brock/Hessler 2005, 75). Der kulturrassistisch begründete, auch im „zivilisierten“ Westen propagierte „Kampf der Kulturen“ ist ein weiteres Beispiel für die angebrachte Skepsis (vgl. Alnasseri 2004c; Caglar 1997, Ruf 2006).

⁴⁹⁰ Die Überzeichnung der Tendenz zur „Transnationalisierung des Rechts“ hat teilweise mit einer eurozentrischen Sicht zu tun. Shalini Randeria weist darauf hin, dass der „neue“ Rechtspluralismus und die Mischung von Normen für ehemalige Kolonien wie Indien keineswegs neu sind. So existierte

„Selbst in der OECD-Welt scheint die Etablierung einer der innerstaatlichen Rechtsstaatlichkeit entsprechenden internationalen Rechtsstaatlichkeit wenig wahrscheinlich. Die sich heute andeutende internationale Rechtsstaatlichkeit bleibt nach wie vor bereichsspezifisch und konnte noch nicht einmal andeutungsweise integrierte Strukturen internationaler Rechtsstaatlichkeit ausbilden“ (Zangl 2006, 148). Wie China Miéville in seiner Arbeit über die Theorie des internationalen Rechts zusammenfasst, drücken sich im internationalen Recht immer auch Gewalt- und Machtverhältnisse aus: „Law is a relation between subjects abstracted of social context, facing each other in a relationship predicated on private property, dependent on coercion. Internationally, law's 'violence of abstraction' is the violence of war“ (Miéville 2005, 318). Er behauptet, dass die internationale „Rechtsform“ eine juristische Gleichheit bei zugleich reell existierenden ungleichen Gewaltverhältnissen setzt. Internationales Recht und imperialistische Politik sind daher zwei Seiten einer Medaille: „The international legal form assumes juridical equality and unequal violence of sovereign states. In the context of modern international capitalism, that unequal violence *is imperialism itself*. The necessity of this unequal violence derives precisely from the juridical equality: one of the legal subjects makes law out of the legal relation by means of their coercive power – their imperialist domination. Specifically in its universalised form, predicated on juridical equality and self-determination, *international law assumes imperialism*. At the most abstract level, without violence there could be no legal form. In the concrete conjuncture of modern international capitalism, this means that without imperialism there could be no international law“ (Miéville 2005, 293).

Ob die Herausbildung eines „globalen“ Sicherheits- und Kontrollregimes (Negri/Hardt 2004) – heute etwa durch den „Kampf der Kulturen“ und den „Krieg gegen den Terror“ begründet – eine neuartige „global-imperiale“ Qualität besitzt, ist zu bezweifeln. Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, dass die „feindlichen Brüder“ (Marx) *gemeinsame* Begründungsmuster für internationale Politik vorlegen und (zumindest partiell) übereinstimmend handeln – der Hype des Antikommunismus in den 1950ern oder die westliche, rassistische Kampagne gegen den chinesischen „Boxeraufstand“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts (als Begründung für eine innerimperialistische Allianz zur Zerschlagung des Aufstandes) können als Belege dafür dienen (vgl. Luxemburg 1981, 341 f., 476).

auf Sri Lanka britisches Landrecht seit der Einführung durch den Kolonialstaat parallel zur traditionellen Rechtsordnung (Randeria 2003).

II. GEOPOLITISCHE UND ÖKONOMISCHE KONKURRENZVERHÄLTNISSE

Bisher sind in diesem Teil der Arbeit die alten und neuen Varianten der Geopolitik noch kaum unter dem Gesichtspunkt der Konflikte *zwischen* den mächtigsten Industriegesellschaften diskutiert worden. Dieses komplizierte Geflecht von Kooperation, Konkurrenz und Konflikt soll nun kurz beschrieben werden. Eine herausragende Bedeutung werden zukünftig vermutlich die amerikanisch-chinesischen Beziehungen erhalten. Sie werden in einem abschließenden Abschnitt untersucht.

1. ANSPRUCH UND REALITÄT DES AMERIKANISCHEN „IMPERIUMS“

Die weltweiten Kräfteverhältnisse nach 1989 wurden von den USA dominiert. Es ist den amerikanischen Regierungen jedoch nicht gelungen, die in den 1990ern annähernd erreichte, *hegemoniale Führung* zu festigen. Im Gegenteil deutet sich eine Erosion der amerikanischen Vorherrschaft und ihrer „Leitbilder“ an, die zur Verstärkung geopolitischer Konflikte auch zwischen ehemals engen Bündnispartnern führen kann. Die These des US-Niedergangs (Wallerstein 2003, Arrighi 2005a, 2005b) erscheint allerdings vorschnell. Auf absehbare Zeit wird der amerikanische Staat die Vorzüge einer einheitlichen Volkswirtschaft mit enormen Kapazitäten, die sich in den 1990ern vergrößerten (auch wenn sie relativ betrachtet noch immer bei weitem nicht das Ausmaß der ökonomischen Vorherrschaft nach 1945 erreicht haben), sowie eine im Verhältnis zu anderen Industriestaaten enorme militärische Übermacht auf sich konzentrieren und daher sowohl einen übergreifenden ökonomischen Anziehungspunkt als auch ein, wenn auch prekäres, politisches „Gewaltmonopol“ darstellen, welches nicht nur die amerikanischen, sondern auch andere international operierende Einzelkapitalien sowie Staaten für ihre Reproduktion zu nutzen versuchen.

Eine Analyse amerikanischer Machtkapazitäten kann zur Spezifizierung des „Empire-Diskurses“ beitragen. Es ist aufgrund der historisch einzigartigen Machtkapazitäten nicht allein als ideologisches Wunschenken bzw. überhöhter Ausdruck einer amerikanischen „Ausnahmestellung“ zu begreifen, wenn amerikanische Machteliten das Ziel eines

übergreifenden „Imperiums“ formulieren (Rilling 2004).⁴⁹¹ Wie Bacevich erklärt, zielt die amerikanische Außenpolitik schon seit Jahrzehnten strategisch auf die Schaffung eines globalen Marktes, der vom amerikanischen Staat reguliert wird: „[C]entral to this strategy is a commitment to global openness – removing barriers that inhibit the movement of goods, capital, ideas, and people. Its ultimate objective is the creation of an integrated international order based on the principles of democratic capitalism, with the United States as the ultimate guarantor of order and enforcer of norms“ (Bacevich 2002, 3, vgl. 79-116, 215 ff.).⁴⁹² Nach 2001 wurde diese Globalstrategie lediglich offener formuliert (Panitch/Gindin 2004a, 7 ff.).⁴⁹³ Aus der Vormachtstellung resultieren „Hegemonialrenten“ (unter anderem aufgrund des Leitwährungsmechanismus), die die Kosten der Aufwendungen für die Herstellung dieser Ordnung (Verteidigungsausgaben etc.) übertreffen können (Massarat 2004, 22 ff.).

Tatsächlich kontrollieren die Vereinigten Staaten den internationalen Raum wie kein anderer Akteur. Zu einem gewissen Grad fungiert damit ihre *Weltordnungspolitik* auch als *Dienstleister* der international um stabile Verwertungsmöglichkeiten und Wertschöpfungsketten bemühten Einzelkapitalien sowie von Teilen der politischen Machteliten anderer Industriestaaten. Die in den Staaten des „Westens“ in Ansätzen geteilte kulturalistische Vorstellung eines neuen Konflikts zwischen der „zivilisierten Welt“ und der „barbarisierten Welt“ deutet auf diesen Sachverhalt hin, auch wenn unterschiedliche Taktiken

⁴⁹¹ Dem Neorealist Morgenthau zufolge wird die offizielle Politik weiter vorwiegend in der Sprache des Liberalismus gerechtfertigt, weil die amerikanische Bevölkerung Realpolitik und realistische Annahmen negativ bewertet. Die Verlautbarungen der Politik bekunden daher in der Regel Moralismus und Optimismus. Das gilt ebenso für die Wissenschaft: „American academics are especially good at promoting liberal thinking in the marketplace of ideas. Behind closed doors, however, the elites who make national security policy speak mostly the language of power, not that of principle and the United States acts in the international system according to the dictates of realist logic. In essence, a discernible gap separates public rhetoric from the actual conduct of American foreign policy“ (Mearsheimer 2003, 25).

⁴⁹² Dieser Anspruch korrespondiert in der gegenwärtigen Phase mit der Masse der Profite, die amerikanische Unternehmen *im Ausland* realisieren: „Taking the year 2000 as a reference, the comparative size of USDIA profits [Profite, die von US-Unternehmen bzw. deren Tochterfirmen im Ausland erzielt wurden] appears striking. USDIA profits represented 53% of domestic profits. This shows the dramatic importance of this category of income from the rest of the world in the formation of corporate profits in the United States“ (Duménil/Lévy 2004b, 662).

⁴⁹³ Wie Neil Smith darlegt, haben amerikanische Globalstrategen im 20. Jahrhundert immer wieder global-imperiale Ziele angestrebt (auch und gerade unter Wilson, Roosevelt und Clinton). Dabei begreift er den amerikanischen Liberalismus als einen national orientierten „Internationalismus“, der nie, wie konservative Kräfte kritisieren, einfach nur einem idealistischen Politikansatz Rechnung trug, sondern immer auch, im Sinne des Realismus, geopolitische Ambitionen durchzusetzen suchte („geographies of practical liberalism“) (Smith 2005, 44-52; vgl. McCarthy 2007). Ein bekannter Protagonist dieses „liberalen Realismus“ sei gegenwärtig etwa Michael Ignatieff (Smith 2005, 170 ff.).

debattiert werden, wie diesem Konflikt entgegenzutreten sei (was aber auch für die Diskussionen in den USA selbst zutrifft, vgl. Nye 2003, Fukuyama 2006).⁴⁹⁴

Doch dies ist nur ein Teil des Gesamtbilds. Die *Umsetzung* der normativen Ziele gelingt nämlich nur gegen starke Widerstände – im „alten“ Europa schlechter als im „neuen“, in Japan besser als in China, in Indien besser als in Russland, in Lateinamerika schlechter als in Südostasien, im Nahen Osten schlechter als in Zentralasien.⁴⁹⁵ Der Versuch der Bildung eines weltumspannenden *Imperiums*, der mit der hegemonialen Kontrolle und Regulierung anderer

⁴⁹⁴ An dieser Stelle kann nicht genauer auf die internen intellektuellen und politischen Verschiebungen innerhalb der Macheliten der Vereinigten Staaten eingegangen werden (vgl. hierfür den Aufsatz von Glassman, der Kontinuitäten und Wandel der amerikanischen Außenpolitik in einer neogramscianischen Perspektive diskutiert: Glassman 2005). Auf der obersten Führungsebene der amerikanischen Politik hat in den 1990ern eine ideologische Verschiebung stattgefunden. Die Clinton-Regierung stand für eine Betonung *geo-ökonomischer* Weltpolitik: „The term used to describe the school of thought represented by this team was ‘globalists’, [...]. The new concept was that competition among states was shifting from the domain of political-military resources and relations to the field of control of sophisticated technologies and the domination of markets“ (Gowan 2000, 27 f.; vgl. Hirst/Thompson 2002, 118 f.). In den letzten Jahren der Clinton-Regierung sowie in der nachfolgenden Bush-Administration wurde wieder verstärkt nach Maßgabe *geopolitischer* Strategien agiert, denen zufolge die *geo-ökonomische* Vorherrschaft eine *geopolitische* (Macht-)Grundlage zur Voraussetzung hat.

Im Neokonservatismus bündelte sich schließlich eine Kritik der *liberal-internationalistischen Lesart* der Moderne mit dem Versuch der *Re-Moralisierung* der Außenpolitik. „Drawing upon the tradition of virtue in liberalism allows for a conservatism that embraces the free market, draws upon the symbolic legacy of figures such as Adam Smith, and yet advocates a conservatism of values, ‘character’, and individual and civic responsibility. Patriotism and self-sacrifice can be redeemed by mobilizing the authority and symbolic power of the Founders and Federalists, and of the Republic itself, and can be turned into a dynamic and outward-looking nationalist politics embodying universal principles. Such a conception of national greatness can mobilize all behind it at home, acting as a spur to virtue domestically and as a guide and inspiration to vigorous and virtuous action internationally“ (Williams 2005, 321; vgl. Henning 2006, 61-82, 103 ff.; McCarthy 2007). Bisher mangelt es etwa in der Disziplin der IB an einer Auseinandersetzung mit den theoretischen Fundamenten des Neokonservatismus. Es ist wohl zu einfach, ihn als eine Unterströmung des Neorealismus zu bewerten, gegen dessen „wissenschaftlichen Rationalismus“ er sich explizit richtet.

⁴⁹⁵ Das Verhältnis der USA zu den Ländern Lateinamerikas hat sich in den letzten Jahren verändert, wie sich insbesondere am Scheitern des schnellen Aufbaus einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA/ALCA) zeigte. Auch die Planungen eines eigenständigeren monetären Regionalismus in Lateinamerika (Mercosur) deuten hierauf hin. Es gibt mehrere Gründe dafür, dass die Führungskraft der USA in früheren Jahrzehnten zunehmend durch eine Politik der Dominanz ersetzt wird: „[C]lients and collaborators in Latin America are still in place, but their power is tenuous at best; mass resistance is building up throughout the region; the mercantilist, liberal-protectionist model of empire [z.B. FTAA/ALCA] is provoking opposition among sectors of Latin American export elites; the US seeks to monopolize the takeover of the remaining major public enterprises as they are privatized, avoiding losses to Europe as occurred, especially to Spain, during the previous wave in the 1990s; military clients are still in place but they are not present everywhere or to the same degree, particularly in Venezuela, Brazil, Ecuador and Bolivia; the US can use the momentum of its military-political conquests in Asia to pressure and blackmail conformity among Latin America political elites“ (Petras u.a. 2005, 67). Es gehört im Übrigen zu den nicht-intendierten, paradoxen Effekten der von den USA durchgesetzten Öffnung vormals relativ geschützter Märkte in Lateinamerika, dass hiervon in erster Linie europäische transnationale Konzerne profitieren (Cammack 2004, 266 f.).

„Vasallenstaaten“ einhergeht, sowie die Strategie offener Märkte, stoßen auf Widerstände. Der Wunsch nach einem „US-Imperium“ wird von der *Realität* des „Imperialismus“, d.h. der geopolitischen Machtrivalitäten im internationalen Staatensystem und der Instabilität der Weltwirtschaft, konterkariert. Das trifft abgeschwächt auch auf die enge „transatlantische Partnerschaft“ zu: Das imperial ausgerichtete Programm der Vereinigten Staaten definiert *Ansprüche* an die „Alliierten“ – etwa den deutlichen Vorrang der NATO und deren Erweiterung auch zur europäischen Sicherheitsorganisation, die Entwicklung einer europäischen Verteidigungspolitik im Rahmen der NATO, die Angleichung der Bedrohungswahrnehmungen und der hieraus resultierenden Schritte –, die allerdings nicht ohne weiteres *umgesetzt* werden. Die Beständigkeit des transatlantischen Bündnisses in den 1990ern war keine zwangsläufige, sondern eine unter größeren Anstrengungen seitens der USA politisch erkämpfte Entwicklung, wie das amerikanische Engagement in den Balkankriegen, die NATO-Osterweiterung, die Einflussnahme auf die EU-Osterweiterung oder, zuvor, die Durchsetzung der Bretton-Woods-Institutionen zu entscheidenden Mitteln der Etablierung des marktliberalen „Washington Consensus“ und des anglo-amerikanischen Modells der freien Marktwirtschaft anzeigt. Dass dieser Zustand umkämpft ist, wird bei „Superimperialismustheoretikern“ unterschätzt.⁴⁹⁶ Wie Hirsch argumentiert, bleiben die „Triadezentren“ in eine „ständige Auseinandersetzung um die Kontrolle von Märkten, Investitionsgebieten und Rohstoffquellen verwickelt. Interventionskriege wie auf dem Balkan, in Afghanistan oder im Irak liegen einerseits im Interesse der kapitalistischen Metropolen an der Erhaltung der von ihnen bestimmten ökonomischen, militärischen und politischen Weltordnung. Zugleich sind sie auch ein Mittel der Auseinandersetzung zwischen ihnen um Rohstoffvorkommen, Marktzugänge und Investitionsgebiete“ (Hirsch 2005, 165).

Die Differenz zwischen den „imperialen“ Zielen und Ansprüchen der amerikanischen Weltordnungspolitik und ihrer „imperialistischen“ Umsetzung kann am Fall der *Kontrolle der Weltölrressourcen* exemplifiziert werden. Auf der einen Seite steht hier der Anspruch, als globaler, hegemonialer Ordnungsgarant die Ölnachfrage zu regulieren, indem auch die Interessen anderer berücksichtigt werden: „[T]he United States has used its military power to fashion a geopolitical order that provides the political underpinning for its preferred model of

⁴⁹⁶ Daher auch wird den in den USA stattfindenden, strategischen Debatten um die Frage, wie ein künftiger Aufstieg geopolitischer und ökonomischer Rivalen verhindert werden könne, kaum eine Rolle zugebilligt. Die Debatten um die „Risse“ im transatlantischen Verhältnis in den Jahren 2003 und 2004 sollten ernst genommen werden, auch wenn sie medial mit politischen Übertreibungen angereichert wurden, deren Wahrheitsgehalt sorgfältig überprüft werden muss.

the world economy: that is, an increasingly open liberal international order. US policy has aimed at creating a general, open international oil industry, in which markets, dominated by large multinational firms, allocate capital and commodities. The power of the US state is deployed, not just to protect the particular interests of the United States consumption needs and US firms, but rather to create the general preconditions for a world oil market, confident in the expectation that, as the leading economy, it will be able to attain all its needs through trade“ (Bromley 2005, 254). Diese Zielsetzung der Schaffung eines globalen, amerikanisch dominierten Öl-Marktes, trifft allerdings in der Realität auf strategische Präferenzen anderer Akteure, die mitunter mit den amerikanischen kollidieren. Der Raum des Nahen und Mittleren Ostens ist ein einleuchtendes Beispiel für den in dieser Arbeit verwendeten „Multi-Akteurs“-Ansatz. In dieser Weltgegend interagieren mehrere, relativ wirkungsmächtige lokale Staaten und weitere inter-gesellschaftliche Akteure in einem Raum hoher geopolitischer Bedeutung – schon seit Ende des 19. Jahrhunderts kam es daher zu Einflussversuchen von Großmächten, die die Machtverhältnisse in der Region modifizierten.⁴⁹⁷ Auch die lokalen Staaten, teilweise als subimperialistische Mächte, agieren mit eigenen außenpolitischen Bestrebungen der Kontrolle von Räumen: Einige OPEC-Staaten haben seit den 1970ern vor dem Hintergrund der steigenden weltweiten Abhängigkeit gegenüber den Erdölressourcen an Relevanz gewonnen, wodurch sie eine nicht unbedeutende Machtstellung erlangten.⁴⁹⁸ Des Weiteren haben innerhalb der Region bis in die 1970er nationalistische, seitdem vor allem politisierte religiös-nationale Bewegungen Einfluss auf die Politik von Einzelstaaten gewonnen. Zwischen den Staaten, bzw. den Kräfteverhältnissen, die sie repräsentieren, finden oft Auseinandersetzungen statt, die selten zugunsten aller beteiligten Interessen gelöst werden

⁴⁹⁷ Von der Bedeutung der Ressource *Wasser* für die Entstehung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte in der Region wird hier abgesehen (vgl. Klare 2001). Ebenso bleibt der Israel-Palästinakonflikt unberücksichtigt.

⁴⁹⁸ In den 1970ern wurde mit der Verstaatlichung großer Teil der Ölindustrie eine Machtverschiebung zugunsten der Erdöl exportierenden Staaten erwirkt. „[T]he trend towards ever greater dependence on Middle East oil that began under US hegemonic leadership continued apace during the 1980s and 1990s. Indeed, the position of dominance in world oil production held by the United States in 1945 is now held by the Middle East. In fact, current production figures significantly underestimate the longer-term dominance of the Middle East, since production elsewhere – that is, in the higher-cost regions outside the Middle East – is being run down at a much faster rate, given the underlying reserve positions“ (Bromley 2005, 232). Die größten Ölkonzerne (ExxonMobil, Chevron-Texaco in den USA, Royal Dutch-Shell, BP in Großbritannien bzw. den Niederlanden sowie TotalFinaElf in Frankreich) haben weniger Einfluss als vielfach angenommen – „[they] currently produce only some 35 per cent of their sales volume and have ownership rights to proven reserves of a mere 4.2 per cent of the world total. Nine out of the top ten of the world’s oil companies ranked by reserves are national oil companies. This is the enduring legacy of the OPEC revolution in ownership of reserves and of the fact that most reserves are held by OPEC. For the United States, and its oil companies, reversing this trend would be a first-class objective“ (Bromley 2005, 252).

können. Zugleich spielen sich in dieser Region indirekte geopolitische Konflikte zwischen den größten Staaten der Welt ab: Die europäischen und ostasiatischen Mächte sind beispielsweise erheblich abhängiger von den Öl- und Gasressourcen des Nahen Ostens als die Vereinigten Staaten, die ihre Ölimporte in den letzten Jahrzehnten stärker diversifiziert, d.h. auf andere Weltregionen ausgeweitet haben. Weil die Regierungen der Vereinigten Staaten um die *strategische Bedeutung* der Ware Öl wissen, reagieren sie mit ihrem Ringen um den Nahen und Mittleren Osten nicht in erster Linie auf das Interesse einiger einheimischer Ölkonzerne (und die damit zusammenhängenden Industriezweige), sondern möchten als vorherrschende Kraft die *Bedingungen* und *Regeln der Aneignung* der Energieressourcen bestimmen, auch wenn dafür wie im Fall des Irakkriegs 2003 Aktionen nötig sind, die sich unmittelbar überhaupt nicht ökonomisch „rechnen“. Eine Vormacht in dieser Frage, so die Annahme, befördert die Vorherrschaft in anderen Bereichen, etwa die Kontrolle der Weltleitwährung (vgl. Alvater 2005, 163 ff.).⁴⁹⁹ Das Ziel der Vereinigten Staaten, die freundschaftlichen Beziehungen zu Saudi-Arabien zementieren und andere Großmächte von den zentralen Entscheidungen der Region ausschließen zu können, wird jedoch von den beteiligten Akteuren mitunter in Frage gestellt.⁵⁰⁰ De facto stellen sich die ausgeklügelten außenpolitischen Strategien der USA („Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens“; vgl. Asmus/Pollock 2002) als ein mehr oder minder effektives *Krisenmanagement* dar und nicht als eine hegemonial-imperiale Führung. Dies hängt nicht zuletzt mit den innergesellschaftlichen Verhältnissen der Staaten der Region zusammen, weshalb beispielsweise auch freundschaftliche Beziehungen zu den Machteliten Saudi-Arabiens keine Garantie dafür darstellen, dass sich interne politische Machtverhältnisse nicht zu Ungunsten Washingtons verändern könnten. Zusätzlich spielte in den letzten Jahren zunehmend die Wahrnehmung veränderter *inter-gesellschaftlicher* Kräfteverhältnisse eine Rolle in der Geopolitik der Vereinigten Staaten: „War after 2003, therefore, was bigger than oil, much as that was a central calculation. Rather, a Middle East coalition of interests linking Iraq, Saudi

⁴⁹⁹ Es kann aber auch die Vorherrschaft in der Regulierung der Handelsbeziehungen in der Region befördern: „[I]n a striking riposte to the Euro-Mediterranean Partnership project of 1995, the Bush administration made public immediately after the victorious drive to Baghdad a plan to create a comprehensive free trade area linking the United States with the Middle East by 2013 (the EU target date had been 2010)“ (van der Pijl 2006, 368).

⁵⁰⁰ Ein interessantes Beispiel für das Scheitern amerikanischer Außenpolitik im „Greater Middle East“ ist in diesem Zusammenhang die Politik der Sanktionen gegenüber Libyen, Irak und Iran. *Nicht-amerikanische* Ölkonzerne profitierten davon, lukrative Verträge bzw. Vorverträge abzuschließen: „Even the multilateral sanctions against Saddam Hussein were breaking down, so that from 1996 through to the build up to the second US-led war, Iraq was the dominant source in the growth in supply of Gulf oil. In fact, between 1995 and 2001, the supply growth of Libya, Iran and Iraq was 44.6 per cent, while that of OPEC as a whole was only 14.5 per cent“ (Bromley 2005, 249 f.).

Arabia and Islamist movements would have provided a significant threat to the vision of US-centered globalism that harked back to Wilson, received a booster shot with Roosevelt, and was again in sight with the advent of globalization and victory in the cold war in the 1980s“ (Smith 2005, 190).

Bereits diese Sachverhalte verweisen darauf, dass die USA weder eine hegemoniale Führungsmacht noch ein Imperium, sondern lediglich der vorherrschende bzw. dominante Akteur der Weltpolitik sind: „Empires set the rules. They do not need to assert awkward, implausible and almost universally rejected exceptions for themselves. A state that cannot obtain widespread endorsement of its preferred international norms is not an empire. A state that can't even get grudging acquiescence by its leading 'allies' is not even much of a hegemon“ (Donnelly 2006, 160).⁵⁰¹ Mit dem systematischen Ausstieg aus internationalen Verträgen (z.B. Atomteststopvertrag, Vertrag über biologische und toxische Waffen, ABM-Vertrag, Ratifizierung des Internationalen Strafgerichtshofs) gewinnt die USA zwar auf der einen Seite an Entscheidungsfreiheit, verliert aber zugleich an Fähigkeit, seine „Bündnispartner“ im Konsens zu führen (Cox 2005, 208).⁵⁰² Vielmehr scheinen die Vereinigten Staaten mit ihren militärischen Aktionen darauf zu setzen, ihre Bündnispartner einschüchtern zu wollen (Bacevich 2002, 141 ff., 220 ff.). Der riskante Versuch, über den Einsatz militärischer Kapazitäten die eigene Vorherrschaft zu befestigen oder gar auszubauen, bringt jedoch nicht den erwarteten Erfolg. Der amerikanische Hegemonismus hat „zu einer Reaktion geführt, die man als ‚Soft-Balancing‘ bezeichnet hat: Frankreich und Deutschland haben nämlich versucht, amerikanische Initiativen politisch zu blockieren, oder sie haben ihre Mitarbeit verweigert, als sie darum ersucht wurden. Desgleichen haben die asiatischen Länder sich aktiv darum bemüht, regionale multilaterale Organisationen zu bilden, da Washington bei ihnen den Eindruck erweckt, es interessiere sich nicht besonders für ihre Bedürfnisse. Hugo Chavez in Venezuela hat die Öleinkünfte des Landes dafür eingesetzt, Länder in den Anden und in der Karibik aus der amerikanischen Einflussosphäre herauszulösen, während Russland und China zusammenarbeiten, um die Vereinigten Staaten nach und nach aus Zentralasien hinauszudrängen“ (Fukuyama 2006, 192).

⁵⁰¹ Das gilt besonders für den Nahen und Mittleren Osten: „And to depict the war [on terror] as an example of 'regional hegemony' is ludicrous, as illustrated not only by the clear rejection of American leadership by neighboring Syria and especially Iran but by the inability of the United States to bring even Iraq onto the Israeli side in its conflict with Palestine, the most contentious international issue in the region“ (Donnelly 2006, 161).

⁵⁰² Auch in den USA selbst wird es schwerer, von Hegemonie zu sprechen, wenn die Innenpolitik sich verstärkt als „imperatives Notstandshandeln“ (Lock 2003) legitimiert.

Im Vergleich zur Mitte der 1990er Jahre hat sich die USA vom Ziel der hegemonialen politischen Führung eher entfernt als diese zu erreichen, wiewohl ihre Führungsfähigkeit in verschiedenen Bereichen variiert. Ökonomisch sind die Vereinigten Staaten [2006] eher in der Lage, hegemonial zu wirken als auf der geopolitischen oder ideologischen bzw. normativen Ebene, allerdings muss auch hier zwischen einzelnen Bereichen unterschieden werden: Die „Krise“ der WTO deutet auf einen Verlust amerikanischer Führungsfähigkeit im internationalen Handel hin, im Bereich der internationalen Finanzbeziehungen dagegen scheint sie aufrechterhalten werden zu können.⁵⁰³

In diesem Zusammenhang wird plausibel, warum Teile der amerikanischen Machteliten im Rahmen ihrer Globalstrategien nicht nur die *Einbindung*, sondern auch die *Eindämmung* möglicher Konkurrenten um die globale Vorherrschaft diskutieren (vgl. Mearsheimer 2003; Layne 2006, 134-158; für eine Diskussion aus der Perspektive der Partei der Demokraten: Brzezinski 1997). Dabei galten in den 1990ern besonders Russland und China als mögliche Wettbewerber um die Rolle der Führungsmacht bzw. als Kräfte des „Counter-Balancing“: „It so happens that the two traditional wings of American ‘national security’, the Atlantic and the Pacific, have Russia at one extremity and China at the other. Towards one and the other the United States deploys both deterrence and persuasion, Theodore Roosevelt’s ‘Big stick’ along with William Taft’s ‘dollar diplomacy’, embellishing the combination with a few tasteful Wilsonian grace-notes” (Achcar 2000a, 114; vgl. Mearsheimer 2003, 400).

Virulent werden die Konkurrenzen um Einfluss- und Interessenssphären zwischen den USA sowie China und Russland im Hinblick auf den „Eurasian Continental Rim“ (Cohen 2003, 13). Dieser sich von Osteuropa über den Kaukasus bis nach Zentralasien erstreckende Staatengürtel befindet sich seit der Auflösung der Sowjetunion in einem Prozess der geopolitischen Restrukturierung. Bis 1991 waren 14 der heutigen Staaten Republiken der Sowjetunion. „Die Ende 1991 vollzogene Auflösung des gebietsmäßig größten Staates der Welt verursachte mitten in Eurasien ein ‚Schwarzes Loch‘. Es war, als sei das Herzland wie es die Geopolitiker genannt haben, plötzlich aus der Landkarte herausgerissen worden. Diese

⁵⁰³ Allerdings ist auch dies nicht völlig unumstritten. Ein amerikanischer Vorschlag zur Einsetzung eines neuen Mechanismus zur Bearbeitung von Finanzkrisen (SDRM) innerhalb des IWF im Jahr 2001 – „to facilitate a quasi-judicial process of debt reorganization on the basis of US-style bankruptcy court proceedings, but now operating internationally for sovereign debt” (Thompson 2005, 2066) konnte aufgrund des internationalen Kräfteverhältnisses nicht durchgesetzt werden: „[A]s it stands, the European Union is moving towards the creation of a common framework for the adoption of collective action agreements in bonds issued within Europe, whereas the US government failed to support the SDRM and confined the seeking of a solution to ‘further study’“ (Thompson 2005, 2067).

neuartige und verwirrende geopolitische Lage stellt für Amerika einen ungemeinen Ansporn dar“ (Brzezinski 1997, 130). Als langfristige Aufgabe wird von Brzezinski u.a. das Problem erörtert, wie das „erneute Aufkommen eines eurasischen Imperiums“ verhindert werden kann (ebd.). In der Tat spielt die neue Situation im Herzen „Eurasiens“ seit Beginn der 1990er eine wichtige Rolle in den außenpolitischen Strategien nicht nur der USA, sondern auch Russlands, Chinas und europäischer Staaten – ein neues „Great Game“ wurde und wird antizipiert (vgl. Achcar 2000a; 2000b; Rashid 2002, 232-255; van der Pijl 2006, 347-358). Faktisch hat sich bis 2006 der Einfluss der USA rund um den Kaukasus und in Zentralasien ausgeweitet, die EU hat dagegen mit ihren Ambitionen zur Ausweitung ihres Einflussbereichs in ihrer „weiteren Nachbarschaft“ nur geringe Erfolge zu verzeichnen. Eine koordinierte Energiepolitik der europäischen Staaten ist ohnehin nicht besonders weit entwickelt.⁵⁰⁴ Russland dagegen ist weiterhin in der Region verankert.⁵⁰⁵ Die NATO-Osterweiterung und andere Abkommen zwischen ehemaligen Sowjetrepubliken und den USA werden in Russland als eine strategische Bedrohung gewertet, die zu Bemühungen um die Bildung einer politischen Allianz mit China geführt haben. „The milestones in this intractable deterioration of relations with the West included the new turn in Moscow’s relations with Peking“ (Achcar 2000a, 115). Die Expansionsbestrebungen westlicher Staaten haben in Russland national-imperialen Ambitionen Auftrieb gegeben. „This has revived the ideology of ‘Eurasianism’. Its two interrelated theses are that Russia is more an Asian than a European power and therefore ‘should place itself at the head of Asia in the struggle against European predominance’” (van der Pijl 2006, 353). Nach der schweren Rezession 1998 hat sich diese Vorstellung unter Putin gefestigt: „A new type of contender posture, capitalist but with restored primacy for strategic direction by the state [...]. Putin’s rise boosted the Eurasianist strand in Russian opinion that seeks a return to great power status under a broadly anti-Western aegis” (van der Pijl 2006, 356; vgl. für die innenpolitische Entwicklung: Kryschtanowskaja 2005, 150-170).⁵⁰⁶ In China

⁵⁰⁴ Andererseits gibt es seit 1993 bzw. 1994 entwicklungspolitische Programme der EU, die im Rahmen des Auf- und Ausbaus von Pipelinenetzen (INOGATE) sowie der Erschließung von Verkehrswegen (TRACECA) dazu beitragen, eine eigenständigere Energieversorgung zu entwickeln – auch gegen das „traditionelle russische Raummonopol“ (Ehlers 2006, 188).

⁵⁰⁵ Cohen geht sogar davon aus, dass Russland in Zentralasien noch immer über eine überlegene strategische Position verfügt. „The United States would be at a major disadvantage militarily and politically were it to seek to establish a permanent military presence within Central Asia. Substantial Russian populations live in North and East Kazakhstan and in Kyrgystan, and Tajikistan is dependent upon Russian troops for protection against rebel Islamic fundamentalists“ (Cohen 2003, 20).

⁵⁰⁶ Ob dies zukünftig Verbindungen zur EU eher behindern und den Schulterschluss mit China befördern wird, bleibt abzuwarten.

Bereits heute bestehen (prekäre) Versuche Russlands, die zentralasiatische Wirtschaftskooperation zu verbessern, etwa im Rahmen der Eurasian Economic Community (mit Weissrussland, Kasachstan,

wurden die amerikanischen Bemühungen, nach 2001 eine Kette von Militärstützpunkten in Zentralasien zu errichten und ihre Truppen auf die Philippinen zurückzuschicken, wo die US-Stützpunkte Anfang der 1990er geschlossen worden waren, als eine Strategie der Umzingelung bewertet.⁵⁰⁷ Zudem versuchen die lokalen Regierungen (kleiner Staaten, aber auch mittelgroßer wie der Türkei oder dem Iran), ihre Machtstellung im Rahmen strategischer Partnerschaften mit einer oder mehrerer der intervenierenden Großmächte zu halten bzw. auszubauen.

Wie sich das Verhältnis der USA zu den Staaten der EU entwickelt, wird im nächsten Abschnitt erörtert.

Kirgisistan und Tadschikistan), einer Zollunion. Interessanterweise haben sich die Staaten der von den USA forcierten GUAM-Sicherheitsallianz (früher GUUAM) zwischen Aserbaidschan, Georgien, Moldawien und Ukraine von dieser Kooperation ferngehalten (van der Pijl 2006, 357).

⁵⁰⁷ U.a. mit der 2001 gegründeten Sicherheitsallianz SCO (Shanghai Cooperation Organization) mischt sich China in das Machtgefüge Zentralasiens ein. Diese Kooperation mit Russland, Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisistan und Usbekistan, die sich dem Kampf gegen den regionalen Terrorismus verschrieben hat, dient aus der Sicht Chinas einer erweiterten Einflussnahme in dieser Weltgegend. Sie könnte sich zu einem Gegengewicht zu den USA entwickeln, wenn letztere sich etwa in regionale Konfliktherde einmischen möchte, dies aber zugleich von der SCO geleistet werden könnte (Yom 2002).

2. EU-USA: KONFLIKTBELADENE PARTNERSCHAFT

Mit der historischen Phase der „neuen Weltunordnung“ ab 1989 hat sich das transatlantische Verhältnis gewandelt. Die makro-regional führenden Staaten Deutschland und Frankreich und die von ihnen angeführte EU pendeln zwischen der Unterordnung unter den Schutzschirm der Vereinigten Staaten und der Bildung unabhängiger politischer Institutionen auf der europäischen Ebene zur Entfaltung eigener, weltpolitischer Ambitionen. Die sich nach 1945 heraus gebildete asymmetrische Interdependenz, die zur Einbindung und teilweise Unterordnung von strategischen Projekten der deutschen Machteliten (weniger der französischen) in bzw. unter diejenigen der amerikanischen geführt hat, droht sich in eine konfliktreichere Beziehung zu verwandeln, wie im Nachfolgenden belegt werden soll.

Während des Kalten Krieges profitierten die starken Staaten Europas von der Hegemonie der USA. Dennoch traten Spannungen innerhalb des westlichen Bündnisses auf. In den 1950ern beispielsweise in Nordafrika (Algerienkrieg ab 1954, Suez-Krise 1956) oder in dem Versuch Frankreichs, eine stärkere „französisch-deutsche Partnerschaft“ zu entwickeln. Später dominierten wirtschaftspolitische Konflikte (z.B. über die amerikanische Währungspolitik). In den späten 1970ern wurde auf amerikanischer Seite die mögliche Hinwendung relevanter deutscher Kapitalfraktionen in Richtung Osteuropa befürchtet, die mit einigen Gegenmaßnahmen beantwortet wurden – „by deploying Pershing missiles in Germany, the US was able to break the Soviet-German détente and pull Germany firmly back under its political leadership in the early 1980s“ (Gowan 2000, 15). Zugleich setzten die Westeuropäer zu Beginn der 1980er Jahre gegen den Druck der USA die Lieferung von Erdgas aus der UdSSR durch. Niemals kam es jedoch zu schweren, bestandsbedrohenden Krisen der „transatlantischen Gemeinschaft“. Die freundschaftlichen Beziehungen intensivierten sich sogar im Laufe der Zeit. In dieser Weise drückte sich ein innerwestliches Strukturmuster des Kalten Krieges aus: die relative Eindämmung der westlichen Staatenkonflikte vor dem Hintergrund des diese Konflikte überlagernden Ost-West-Gegensatzes. Eine wesentliche materielle Basis dieser Übereinkunft war der lange Wirtschaftsaufschwung nach 1945, dessen Ende in den 1970ern nicht in schwere Krisen vergleichbar mit denen der 1930er mündete, was die institutionalisierte Bearbeitung der innerwestlichen Konkurrenzverhältnisse weiterhin zuließ.

Nach 1989 entstand ein neuer Rahmen für die transatlantischen Beziehungen (Cox 2005, 210). Eine Debatte um mögliche innerwestliche Konflikte lebte wieder auf. Besonders das wiedervereinigte Deutschland galt als möglicher Pol einer offensiveren Balance-Politik gegenüber den USA. Faktisch zog es der deutsche Staat vor, seine außenpolitischen

Ambitionen stärker als bislang im Rahmen des Projektes „Europäische Integration“ zu entwickeln. Wie Gowan begründet, standen den europäischen Großmächten in den 1990ern drei strategische Optionen offen: *erstens* die Bildung eines pan-europäischen Wirtschafts- und Sicherheitsgürtels mit dem Ziel der engen Einbeziehung Russlands und zugleich des möglichen Einflussverlusts der Vereinigten Staaten. Diese Option, die seit 1986 von der UdSSR und später von Russland propagiert wurde, wurde nur zwischen 1989 und 1991 ernsthaft in Erwägung gezogen.⁵⁰⁸ Eine *zweite* Option bestand in der Fokussierung auf die Schaffung einer auf Mittel- und Westeuropa konzentrierten politischen Integration, die aber ebenso wahrscheinlich die amerikanische Stellung in Europa herausgefordert hätte. *Drittens* erschien die fortgesetzte Unterordnung Europas unter die erneuerten Strategien zur Aufrechterhaltung der amerikanischen Hegemonie als eine relevante Option. Die Bildung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde in dieser Perspektive als ein von den USA gebilligtes, zur amerikanischen Vorherrschaft sich komplementär verhaltendes Machtgeflecht verstanden (Gowan 2000, 34 ff.). De facto pendelt die Politik der EU-Länder bis heute zwischen den beiden letzteren Varianten.⁵⁰⁹ Erst im Jahr 2003 schien plötzlich auch wieder eine Achse „Paris-Berlin-Moskau“ vorstellbar. Dasselbe Jahr markierte die bisher schärfste Krise der transatlantischen Gemeinschaft.

Um die Tiefe dieser Auseinandersetzung zu verstehen, kann an Untersuchungen in der Disziplin der IB angeknüpft werden, die Konkurrenzverhältnisse und Konflikte im transatlantischen Verhältnis auf vier Ebenen herausgearbeitet haben: (politische) *Interessen*,

⁵⁰⁸ Es lohnt sich, dies in Erinnerung zu rufen: „1989-90 the German government was very interested in this ‘One Europe’ project; so was the Mitterrand administration in France. The plan of Herrhausen, Chair of the Deutsche Bank and very close to Kohl in the autumn of 1989, embodied the concept: he argued for a collaborative effort between the EC and the USSR to revive the economies of East Central Europe. The initial concept of Jacques Attali and Mitterrand for the European Bank for Reconstruction and Development, along with the concept of a European Confederation from the Atlantic to the Urals [...] embodied the same idea. The difference was that Herrhausen's plan implied leadership on the economic front by the three big German private banks [...] while Attali's public bank, the EBRD, could be under his (French) leadership. Another aspect of the ‘One Europe’ project was demonstrated in the support in Germany in 1990 for making the CSCE the central collective security framework for the whole of Europe. [...] This Kohl-Mitterrand approach towards building a ‘One Europe’ project with Russia – at least on the economic front – was still evident at the end of 1990, in their joint support for a free trade agreement between the EC and the USSR [...]. The ‘One Europe’ project failed for a number of reasons: first, because of adamant and vigorous US hostility; secondly, because of the lack of strong unity between France and Germany in advancing the project; and, thirdly, because the Gorbachev leadership was, despite its rhetoric of a Single European Home, unclear itself as to whether it feared a united Germany to the point of preferring a strong US role in Europe“ (Gowan 2000, 32 f.).

⁵⁰⁹ Deutschland besitzt hierbei eine mittlere Stellung zwischen Frankreich, dessen Staatsführung des Öfteren seine eigenen geopolitischen Präferenzen in Konflikt mit denen der USA wähnt, und etwa Japan, dessen politische Führung sich noch stärker als die europäischen Großmächte an dem sicherheitspolitischen Schutzschirm der USA orientiert (Gießmann 2006, 37).

(ökonomische) *Interdependenz*, *Institutionen* und *Identitäten*. Unter Einbezug aller vier Variablen konstatieren selbst konstruktivistische Ansätze in den IB gegenwärtig eine Krise der transatlantischen Beziehungen. Sie ist allerdings auf den genannten Ebenen unterschiedlich weit ausgeprägt: „When it comes to political interests and to threat perceptions [...] the transatlantic relationship is in crisis. Regarding economic interdependence, there is no crisis, but the economic ties are weaker than conventional wisdom assumes and, more important, is unlikely to save the political relationship when the latter is not in good shape. A mixed picture emerges with regard to the institutional framework of the transatlantic community. While NATO as a political institution is in crisis, other parts of the institutional settings remain largely intact including NATO’s military integration [...]. Last not least, while there is no immediate breakdown in the sense of community, the collective identities and values beneath the transatlantic community are shakier than is often assumed. [...] In sum, the crisis scorecard does not sustain an alarmist picture according to which the transatlantic community is beyond repair. [...] The emerging overall picture is one of a crisis underneath the surface that is somehow lingering on. There seems to be a latent crisis of the transatlantic community which might escalate into a full-blown and manifest crisis by any further trigger event which could shake up the Atlantic order beyond repair“ (Risse 2006, 18; vgl. Heise/Schmidt 2005).⁵¹⁰ Noch einige Jahre zuvor war in konstruktivistischen Ansätzen von einer hohen Wahrscheinlichkeit der Vertiefung der „transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft“ ausgegangen worden (vgl. Risse 2002). Cox schlägt vor, von einer neuartigen Lage auszugehen, die nicht mehr adäquat durch das alte Konzept der festen „Sicherheitsgemeinschaft“ (und komplementäre Begriffe wie der des „Westens“) zu erfassen ist.⁵¹¹ Seine empirischen Untersuchungen münden in folgender Auffassung: „[T]here is mounting evidence to show that an increasingly large number of policy-makers (and publics) on both sides of the Atlantic are no longer thinking in terms of a collective ‘we’ [...] once you have got over the niceties, most policy-makers simply do not see their peers across the Atlantic in especially communitarian terms. Quite the reverse. The refrain I heard in both Washington and Brussels was remarkably similar. ‘Yes we have to try harder; and yes Bush in his second term is doing his best to mend fences. But something has

⁵¹⁰ Risse schlägt daher ein „new transatlantic bargain“ vor, um eine Vertiefung der Krise zu verhindern (Risse 2006, 32; vgl. Moravcsik 2003, 74). Zugleich werden gegenwärtig auch wieder Vorschläge einer Erweiterung der NATO zum globalen Sicherheitsakteur gemacht, durch die Einbeziehung Japans, Brasiliens, Indiens und anderer Staaten (vgl. Daalder/Goldgeier 2006).

⁵¹¹ Um das Konzept der Sicherheitsgemeinschaft zu verteidigen, fasst Pouliot es im Gegensatz zu Cox breiter und bezieht es auch und gerade auf die Konflikte innerhalb der „Gemeinschaft“ (Pouliot 2006).

changed. Basic assumptions drawn from more settled times no longer hold. Testing and very difficult times thus lie ahead.” (Cox 2006, 133).

Wie in dieser Arbeit herausgearbeitet wurde, hängen die Bandbreite und Intensität zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen auch an den *sozio-ökonomischen Verschiebungen*, die sich in den jeweiligen nationalen bzw. makro-regionalen Räumen sowie zwischen ihnen abspielen und die die spezifischen politisch-räumlichen Kontrollstrategien beeinflussen. Die Entstehung eines sozio-ökonomisch und politisch relativ stark integrierten europäischen Staatenblocks hat bisher allerdings relativ wenig zur Verschärfung transatlantischer Konflikte beigetragen, was möglicherweise mit dem relativ schwachen Wirtschaftswachstum der EU seit 1989 und der erheblichen Abhängigkeit von der US-Ökonomie zusammenhängt. Auf einem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs wurde zwar im Jahr 2000 die Bildung des weltweit wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraums bis 2010 („Lissabon-Strategie“) proklamiert (van der Pijl 2006, 287). Eine einheitliche, gegen die USA gerichtete politisch-räumliche Kontrollstrategie ist jedoch nicht zu erkennen, wenn dies auch von einigen Vordenkern der Machtpolitik in Erwägung gezogen wird (vgl. Münkler 2004a).⁵¹² Zugleich brechen etwa in Deutschland Konfliktlinien über die Ausrichtung der deutschen sowie der EU-Außenpolitik auf, wobei u.a. eine umfassende Debatte zur Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik gefordert wird (Jäger 2004).⁵¹³ Konservative Autoren orientieren sich dabei gegenwärtig stärker an einer Einordnung gegenüber der amerikanischen Strategie als einige Vordenker der Sozialdemokratie der „neuen Mitte“ wie etwa Münkler. Autoren, die einerseits eine Fortsetzung der festen transatlantischen Partnerschaft anstreben, argumentieren andererseits, dass „die Europäer sich gegenüber den USA machtvoll behaupten und darauf achten [sollten], dass sie nicht nur zu einem taktischen

⁵¹² „Wenn Europa jetzt nicht auf die Schiene der Selbstverschweigerung gerät, also darauf vertraut, von Freunden umzingelt zu sein, und sich möglichst klein macht, um als bloße Kapitalsammelstelle in der Welt zu fungieren –, könnte ihm eine komplementäre, vielleicht sogar eine konkurrierende Rolle gegenüber den amerikanischen Ordnungsvorstellungen zuwachsen. [...] Europa müsste dann eine Großmachtrolle mit mindestens hegemonialer Ausstrahlung übernehmen“ (Münkler 2004a, 544).

⁵¹³ Bereits in den 1960er Jahren gab es einen außenpolitischen Streit zwischen den „deutschen Gaullisten“ (z.B. Adenauer, Strauß), die sich allmählich aus dem Schatten der Siegermächte heraus lösen wollten, und den „Atlantikern“ (z.B. Erhard), den letztere für sich entscheiden konnten (Jäger 2004, 160). Trotzdem gelang es ersterer, einflussreicher, das Auseinanderklaffen von ökonomischer und geopolitischer Macht Deutschlands befürchtender Strömung innerhalb der bundesrepublikanischen (nicht nur der bayerischen) Machteliten, mit Erfolg eine Strategie der Reduzierung von Rüstungsimporten und den Aufbau einer eigenen deutschen Waffentechnik durchzusetzen. Allerdings scheiterte das Ziel, Atommacht zu werden, nicht zuletzt an Frankreich, das seine atomaren Kapazitäten nicht mit Deutschland teilen wollte.

Mittelstück amerikanischer Globalstrategie zwischen Nordamerika und Eurasien reduziert werden“ (Hacke 2004, 179). Die Entstehung eines „europäischen“ Imperialismus droht allerdings an den innereuropäischen Konkurrenzverhältnissen (etwa mit Großbritannien), innergesellschaftlichen Krisen sowie an einer hieraus resultierenden institutionellen Schwäche der EU zu scheitern. Paradoxerweise könnte die Realisierung einer zentralen Prämisse des (Neo-)Institutionalismus in der Disziplin der IB, die Annahme einer Schwächung zwischenstaatlicher Konflikte *durch* Institutionalisierung, in diesem Fall eine gegensätzliche Wendung erfahren: Erst die weitere Vertiefung der institutionellen Strukturen der EU kann diesen disparaten Machtblock dazu befähigen, eine eigenständigere und machtvollere Weltpolitik zu betreiben.⁵¹⁴ Noch ist die EU also eher ein „schlafender Riese“, der jedoch „mittel- und langfristig zu einer imperialen Großmacht erwachen kann“ (Bieling 2005, 262; vgl. Carchedi 2001, 114 ff., 190-198).⁵¹⁵ Ob sich die in der Zeit des Kalten Krieges herausgebildete relative Entkoppelung von ökonomischer und geopolitischer Konkurrenz im transatlantischen Raum wieder stärker *verkettet* wird, hängt u.a. von der Entwicklung transatlantischer Währungskonflikte ab (Carchedi 2001, 157 ff.). Im Falle eines ökonomischen Aufstiegs Ostasiens könnte dieser Trend beschleunigt werden. Eine Folge wären dann womöglich auch erhebliche Umstrukturierungen der Finanz- und Handelsbeziehungen innerhalb des „Westens“, die bislang durch ein hohes Maß an Interdependenz ausgezeichnet waren.

⁵¹⁴ Daran wird, mit Rückschlägen, gearbeitet: So werden die nationalen Armeen sowie deren Delegationen in den entstehenden europäischen Streitkräften seit Jahren einer erheblichen Umstrukturierung und Reorganisation unterzogen, die dem offiziell deklarierten Ziel der EU dienen, den Herausforderungen der neuen Weltordnung mit einer globalen Interventionsfähigkeit gerecht werden zu können (vgl. die Aufsätze in: Pflüger/Wagner 2006).

⁵¹⁵ Im sog. „Solana-Papier“ von 2003, das den Entwurf einer europäischen Sicherheitsstrategie präsentierte (und in modifizierter Form im Dezember 2003 zur offiziellen Militärstrategie der EU erklärt wurde), werden „europäische Interessen“ definiert. Sie sollen u.a. ein frühzeitiges robustes militärisches Handeln ermöglichen (Reiter 2005, 57-65; Riemer/Hauer 2005). Allerdings schreitet diese supranationale Absichtserklärung langsamer als geplant voran (Riemer/Hauer 2005, 104). Das in der Summe der Verteidigungsausgaben der Mitgliedsstaaten liegende Potential der EU (zwischen 170 und 190 Mrd. Dollar) wird aufgrund fortdauernder einzelstaatlicher Verteidigungshaushalte und nationaler Infrastrukturen (noch) nicht realisiert. Es findet daher eine Parallelentwicklung von militärischen Fähigkeiten und Kapazitäten der nationalen Militärapparate statt, die sich nicht einfach ergänzen, und „es nur mit Mühe schaffen, bescheidene Modernisierungsprogramme miteinander abzusprechen und umzusetzen. Nur ein bescheidener Teil (ca. 100.000) der über zwei Millionen Soldaten der EU-Staaten ist heute in der Lage, bei Interventionen eingesetzt zu werden“ (Krause 2005, 57). Kritiker der Militarisierung der EU verweisen auf erhöhte Anstrengungen in den letzten Jahren, dieses Potential zu realisieren (van der Pijl 2006, 289; vgl. Haydt/Pflüger/Wagner 2006). Die ersten autonomen, unabhängig von den Strukturen der NATO durchgeführten Militäreinsätze (seit 2003 in Afrika) dienen unter anderem der Entwicklung einer funktionierenden Militärstruktur.

Bisher sind es eher die, wiewohl mit sozio-ökonomischen Veränderungen zusammenhängenden, *geopolitischen Verschiebungen* seit 1989 gewesen, die in Europa Gegenmachtkonzepte entstehen ließen.⁵¹⁶ Faktisch hat das westliche Bündnis mit der Kapitulation der UdSSR seine als selbstverständlich angenommenen Existenzgrundlagen verloren. Eine neue „gemeinsame Bedrohung“, die die Bildung einer dauerhaften strategischen Einheit erfordern und garantieren würde, ist nicht an die Stelle der alten getreten. Der „internationale Terrorismus“ hat noch nicht die Wirkmacht des (auf einer erheblich „gefährlicheren“ materiellen Basis, d.h. einer hochgerüsteten Großmacht, beruhenden) „Antikommunismus“ erreicht. Exemplarisch lässt sich dies an der Entwicklung der NATO belegen (vgl. Varwick/Woyke 1999). Die Strukturen der NATO, die im Nordatlantikat ihr Zentrum finden, können als kollektives institutionalisiertes Gremium zur Lösung intrakapitalistischer Konflikte verstanden werden.⁵¹⁷ Im Gefolge der veränderten weltpolitischen Konstellation ab 2001 ist dieses Terrain der Konfliktaustragung in eine Krise geraten: „After 9/11, the NATO Council invoked Article 5 of the North Atlantic Treaty for the first time in the history of the alliance – and nothing happened. It was not NATO that intervened in Afghanistan to uproot the Taliban and the Al Qaeda network, but the U.S. and a coalition of the European willing (and others). When the Iraq crisis erupted, the NATO Council never did what it was supposed to do, namely to manage the transatlantic security partnership. It never discussed the conflict over Iraq, largely for fear that such an open dispute might lead to the collapse of NATO. Instead, the dispute erupted in the UN Security Council. Suicide of NATO for fear of death?“ (Risse 2006, 12). Zeitgleich blieb jedoch die militärische Funktionsfähigkeit der NATO erhalten, was nicht nur auf ihre institutionelle Beharrungstendenz zurückzuführen ist. Die NATO stellt sich (nicht nur aus Sicht der USA) als ein selektives Instrument dar, dessen Nützlichkeit fallweise ermittelt wird.⁵¹⁸ Weiterhin ist

⁵¹⁶ Dies sagt freilich noch wenig über deren gesellschaftliche Durchsetzungskraft aus.

⁵¹⁷ Es wirkt überzeichnet, wenn behauptet wird, dass die NATO über eine „bloße Allianz weit hinaus“ geht: „Im Ergebnis wurde so die anarchische Grundstruktur des internationalen Systems im Geltungsbereich des Nordatlantikvertrages in ein stark institutionalisiertes System transformiert, in dem das Vertrauen in andere Staaten und Informationen über ihre Absichten besonders hoch ist“ (Jachtenfuchs 2006, 80). Wie im Anschluss an dieses Argument konzediert wird, ist die „gemeinsame Ausübung des Gewaltmonopols“ bei NATO-Interventionen „nicht mit dessen Delegation an eine unabhängige Institution zu verwechseln, in deren Gefolge die Staaten wie bei einer integrierten europäischen Armee unter einheitlichem Kommando und einheitlicher politischer Führung das Gewaltmonopol verlieren würden“ (ebd.).

⁵¹⁸ Interessant sind in diesem Zusammenhang die militärstrategischen Positionen hinsichtlich der NATO in Deutschland. Wie in „Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation“ geschlussfolgert wird, besteht im schlimmsten Fall ein „fast unmöglicher Spannungsbogen“ zwischen dem Anspruch Washingtons auf eine ausdrückliche Unterstützung durch

der Einsatz von NATO-„Stabilisierungstruppen“ in Afghanistan oder auf dem Balkan, die NATO-Osterweiterung sowie eine expansive Bündnispolitik über die territorialen Grenzen der NATO-Mitglieder hinaus (im Kaukasus und in Zentralasien etwa im Rahmen der „Partnership for Peace“, im Süden im „Mittelmeerdialog“) bei der systematischen Einflussnahme auf auswärtige Staaten in einem Rahmen hilfreich, wie er von den NATO-Staaten als Gewinn interpretiert wird. Die funktionierende praktisch-organisatorische Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten ermöglichte im April 2003 die Aufnahme des ersten „out of area“-Einsatzes (in Afghanistan). Insofern bleiben die USA, aber auch Deutschland und Frankreich, an der NATO weiter interessiert (vgl. Theiler 2003). Auf der einen Seite wird sie als Instrument einkalkuliert, mit dem die europäischen Staaten auf eine Bündnispolitik festgelegt werden, die weitgehend amerikanischen Bedingungen folgt, auf der anderen Seite als eine Ordnungsmacht verstanden, mit der (vor dem Hintergrund fehlender weltpolitischer Durchsetzungskraft Europas) eben auch europäische Interessen zu einem gewissen Grad gesichert werden können. Die gemeinsam durchgeführte Militärintervention gegen Jugoslawien 1999 war ein Ausdruck jener *Interessenkomplementarität* von europäischen Staaten und den USA, die im Grunde jedoch auf gegensätzlichen Zielsetzungen beruhte. Während die EU die amerikanische Armee benötigte, um den Balkan kontrollieren zu können, lag den Vereinigten Staaten Amerika an einem erfolgreichen Beispiel, um sich (ähnlich wie bereits 1995 in Bosnien) als der einzig qualifizierte Sicherheitsgarant Europas darzustellen und behaupten zu können.⁵¹⁹ Gegenwärtig [2006] scheint es, als sei allen Beteiligten klar, dass die Eskalationsgefahr, die aus den nächsten Etappen des Kriegs gegen den Terror erwachsen kann, beträchtlich ist – was in der Signalisierung beider Seiten zum Ausdruck kommt, dass sie eine geopolitische Konfrontation (die freilich nicht kriegerische

die Verbündeten und den Zielen „Kerneuropas“. Politisch werde die NATO zwar in den Augen Kerneuropas wichtiger, wenn auch „nicht als Mittel zur Schmiedung einer weltweiten Koalition gegen den Terror“, sondern „als privilegierter Zugang zur Meinungsbildung in Washington und als letztes Instrument zur Beeinflussung der amerikanischen Weltmachtpolitik. [...] Das wohl entscheidende Kernproblem ist die deutliche Machtasymmetrie der beiden Seiten. Der Beitrag der europäischen Staaten zur Weltmachtpolitik der USA bleibt begrenzt und dementsprechend auch ihr Einfluss auf Washington. Sollte sich dies nicht ändern, drohen die Vereinigten Staaten das Interesse an einem ewig quengelnden Juniorpartner zu verlieren, der mehr ärgert als nutzt, während die Europäer sich irgendwann durch eine Abspaltung vor einer Bevormundung durch die USA zu schützen versuchen könnten“ (Theiler 2003, 309). Zum Management dieser Konflikte wird aber für eine fortgesetzte Reform der „neuen“ NATO plädiert.

⁵¹⁹ Zum einen wurde damit das NATO-Bündnis erst einmal gefestigt: „The war sealed ‘the unity of the [NATO] alliance against a background where the launch of the Euro could pull it apart’“ (van der Pijl 2006, 279). Zum anderen verhalf es den USA zu geostrategischen Vorteilen: „[T]he US forward push has facilitated the access to Caspian and Central Asian energy resources for American and Anglo-Dutch capital by redrafting the geostrategic situation. For continental Europe, on the other hand, independent access to these resources has been restricted“ (ebd.).

Formen annehmen muss), also die Aufkündigung des Bündnisses, verhindern wollen. Dennoch ist die NATO in zentralen Fragen der Weltpolitik gegenwärtig nicht mehr die Schaltstelle „westlicher Weltordnungspolitik“: „NATO will survive, and will do so by continuing to be a useful vehicle performing all sorts of necessary roles from peace-keeping through to keeping a US foot in the European camp. [...] Nonetheless, this cannot obscure a simple but unfortunate fact of modern strategic life – the organization has become more or less irrelevant when it comes to dealing with the most urgent security issues of our day“ (Cox 2005, 224; vgl. Cremer 2006).

Die transatlantischen Konsultationen auf anderem Terrain, etwa direkte zwischenstaatliche Kontakte, zeichnen sich ebenfalls durch Spannungen aus, die hinter der offiziellen Rhetorik verborgen sind. Im Konflikt mit dem Iran, einer subimperialistischen Macht, die die antiamerikanischen und antiisraelischen Stimmungen in der Region zum Ausdruck bringt und sich dadurch auf eine recht starke Basis berufen kann⁵²⁰, lässt sich dies verdeutlichen. Im Prinzip haben die europäischen Staaten in den 1990ern eine Politik der Einbindung gegenüber dem Iran praktiziert, weil das Land mehr noch als der Irak von ökonomischem und geopolitischem Interesse für die EU ist. Die meist als Kehrtwende in den (kern-)europäisch-amerikanischen Beziehungen interpretierte diplomatische Offensive Frankreichs und Deutschlands *an der Seite* der USA im Jahr 2006, wirkt bei genauerer Betrachtung eher als eine politische Offensive nach vorne, um einer bedingungslosen Unterordnung unter die amerikanische Führung vorzubeugen. Eine defensive Zurückhaltung in dem hauptsächlich von den USA geschürten Konflikt ist aus Sicht der EU-Führungsmächte unangebracht, weil es sie aus dem gefährlichen Spiel um Eskalation und Deeskalation herauskatapultieren würde.⁵²¹ Eine strikte Verweigerung in dieser weltpolitisch brisanten Frage würde sie aus Räumen ausgrenzen, in denen sie eigene Interessen verankert sehen, gewahrt und ausgebaut wissen wollen.

Zu einer weiteren Verschärfung der geopolitischen Konflikte mit den USA in dieser Region könnte es dann kommen, wenn etwa mit dem Beitritt der Türkei zur EU deren Außengrenzen sich plötzlich noch näher an den „heißen Konfliktzonen“ befinden. In einem EU-Kommissionspapier heißt es: „Der türkische Beitritt würde die Grenzen der EU auf Länder hin ausdehnen, die derzeit Spannungsherde sind, und er würde den Problemen der Region auf der außenpolitischen Agenda der EU einen höheren Stellenwert verleihen“ (zit. in: Pflüger

⁵²⁰ Innenpolitisch steht das Regime im Jahr 2006 jedoch nicht so stark da, wie westliche Kommentatoren dies oftmals annehmen.

⁵²¹ Zugleich könnten sich die USA im Falle einer kriegerischen Eskalation auf das Scheitern der Ausschöpfung aller diplomatischen Mittel berufen.

2006, 161).⁵²² Zusätzlich könnte die mögliche Polarisierung zwischen China (sowie möglicherweise Russland) und den USA die EU vor die Aufgabe stellen, sich neu zu positionieren. Ob die kleinen Auseinandersetzungen mit den USA von heute etwa über die Aufhebung des Waffenembargos an China zu den größeren Konflikten von morgen eskalieren, ist offen.⁵²³ Die Möglichkeit existiert dessen ungeachtet.

An dieser Stelle soll noch auf ein weiteres, auch normativ aufgeladenes Spannungsfeld des transatlantischen Verhältnisses hingewiesen werden: In der Regel wird der Hinweis auf die Politik des *Soft-Balancing* (Kern-)Europas als Plädoyer für den „Multilateralismus“ gelesen. Ähnlich wie China oder Russland treten die Regierungen Deutschlands und Frankreichs offiziell für eine „Rückkehr“ zur „multilateralen“ außenpolitischen Entscheidungsfindung ein. Diese diplomatische Formel kann (und wird) jedoch auch als ein Programm zur schrittweisen Beschränkung der Macht der USA verstanden, als ein Weg in Richtung von einer „unipolaren“ hin zu einer „multipolaren“ Welt, der nur oberflächlich so gedeutet werden kann, als ginge es um einen weniger konfliktreichen Weg zu einer gerechteren Welt.⁵²⁴

De facto basieren die Außenbeziehungen zwischen den stärksten Staaten jenseits der politisch-diplomatischen Konfrontation „Multilateralismus“ versus „Unilateralismus“ ohnehin auf einem komplexen *Ineinandergreifen* uni- und multilateraler Politikformen, die, wie oben beschrieben, nicht als einander diametral entgegengesetzt betrachtet werden dürfen (vgl. Görg/Wissen 2003). Zweifellos stellen beispielsweise die öffentlichen Stellungnahmen der

⁵²² „Einerseits ist die Südostflanke der EU nach dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens die schwächste Stelle Europas [...] darüber hinaus [hat Europa] ein vitales Interesse an der Stabilisierung der Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens auf der einen und des Kaukasusraumes wie des Kaspischen Beckens auf der anderen Seite. Diese Stabilität ist nicht ohne die Türkei zu sichern“ (Münkler 2004b, 1464).

⁵²³ Als Beispiel für eine recht unverhohlene Drohung der amerikanischen Regierung gegenüber der China-Politik Kerneuropas kann folgender Ausschnitt einer Rede von Nicholas Burns, Staatssekretär für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium, dienen: „Allerdings waren wir bestürzt über die Aufstockung der chinesischen Streitmacht, insbesondere über die Stationierung von ballistischen Flugkörpern gegenüber von Taiwan. Wir begrüßen Bestrebungen zur Veränderung des militärischen Gleichgewichts in der Meerenge in keiner Weise. Der Präsident äußerte sich in Europa eindeutig: Aufgrund von Menschenrechts- und regionalen Sicherheitsbedenken ist die Aufhebung des EU-Waffenembargos eine schlechte Idee. Wir werden die Bestrebungen der EU in dieser Hinsicht nicht unterstützen. Dies hätte, wie der Stellvertretende Außenminister Zoellick vor kurzem sagte, Auswirkungen auf unsere transatlantische Partnerschaft, insbesondere falls der US-Kongress ein Gesetz zur Einschränkung des Verkaufs bedeutender amerikanischer Technologie an EU-Länder verabschieden sollte. Ganz eindeutig ist es jetzt an der Zeit, dass die Vereinigten Staaten und die Europäische Union einen ernsthaften strategischen Dialog über ihre gemeinsamen Interessen in Asien und im Pazifik führen“ (Burns 2005).

⁵²⁴ Auch eine gemeinsame, multilateral regulierte Welt der kapitalistischen Staaten und privaten Akteure wird m.E. eine Weltgewaltordnung sein.

Bush-Administration seit 2001 eine Akzentverschiebung dar, die eine *taktische* Wende in der Außenpolitik widerspiegeln und vom Autor dieser Arbeit als Ausdruck einer neuen weltpolitischen Konstellation innerhalb der Phase der neuen Weltunordnung interpretiert werden.⁵²⁵ Ein regelrechter *strategischer* Bruch mit der Vergangenheit findet damit allerdings nicht statt. Auch die Clinton-Regierung übergang die UNO und ergriff einseitig Maßnahmen, wenn sie es für notwendig hielt. Ihre Betonung *multilateraler* Weltpolitik war in Wirklichkeit ein *instrumenteller* bzw. *selektiver* Multilateralismus, der nach der Maßgabe erfolgte, mit der Zustimmung und Unterstützung anderer Länder zu handeln, wenn es als sinnvoll erachtet wurde – zugleich sich aber die Möglichkeit vorzubehalten, alleine zu handeln, wenn dies als zweckmäßig angesehen wurde. Uni- und Multilateralismus schließen einander nicht aus: In bestimmten Feldern der Außenpolitik kann unilateral gehandelt werden, während gleichzeitig in anderen multilaterale Abkommen abgeschlossen werden. Auch existieren Zwischenstufen. In der Realität oszilliert die Politik der Einzelstaaten daher zwischen den Polen Uni- und Multilateralismus. Kapitalistische Staaten agieren immer selektiv, weil sie ihre außenpolitischen Entscheidungen an ihrer Position im internationalen System sowie den internen Akteurskonstellationen und Kräfteverhältnissen ausrichten. Das gilt für Russland oder China genauso wie für die Staaten der Europäischen Union (z.B. in der EU-Agrarpolitik) oder die Vereinigten Staaten (vgl. Pollack 2003, 124 ff.). Die Vereinigten Staaten verfügen gewiss über die größten Machtpotentiale, auch in weltpolitisch brisanten Fragen „unilateral“ zu handeln. Doch selbst die neokonservativen „Unilateralisten“ verzichten nicht auf multilaterale Politik, wenn es aus ihrer Sicht amerikanischen Interessen dienlich ist (etwa in der Wirtschaftspolitik). Es kann die These vertreten werden, „dass die USA und Großbritannien zu den ‚top dogs‘ in der internationalen Staatenhierarchie gehören und daher zwar internationale Organisationen befürworten, um Transaktionskosten bei der Verfolgung der eigenen Interessen zu sparen, im Zweifelsfalle sich aber lieber auf die eigene Kraft verlassen, statt Kooperationsbereitschaft auf Seiten anderer Staaten durch eine weitergehende Selbstbindung zu erzeugen“ (Brock 2006, 218). In der Positionierung Deutschlands, Frankreichs und Russlands gegen den Irakkrieg 2003 kam zum Ausdruck, dass auch diese Staaten „unilateral“ Politik durchsetzen können. Sollte eine Gegenmachtbildung in intensiverem Maße verfolgt werden, und die USA (oder andere Staaten) seltener freiwillig in

⁵²⁵ Die Proklamierung eines autonomen Rechts präventiver Militärmaßnahmen innerhalb der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA, die auch die nukleare Strategie betrifft, ist eine solche Verschiebung innerhalb dieses Prozesses (Jäger 2004, 150-156).

multilaterale Verfahren einwilligen, droht eine Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse bis hin zu zwischenstaatlichen Konflikten.

Die Instabilitäten in den transatlantischen Beziehungen drücken eine historisch beispiellose Form sozio-ökonomischer und geopolitischer Interdependenz und Konkurrenz aus. Weitere Forschungen werden nötig sein, um ihren empirischen Verlauf genauer zu dokumentieren.

3. CHINA-USA: EIN NEUER GROßKONFLIKT?

In den Untersuchungen der Entwicklungstendenzen in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China lassen sich zwei konträre Positionen unterscheiden: Einerseits konzentriert sich die Analyse auf bestimmte ökonomische Dimensionen und tendiert dazu, partnerschaftlich-kooperative Beziehungen zu antizipieren, andererseits steht ein „Sicherheitsdilemma“ und/oder der Aufstieg Chinas zu einer neuen Weltmacht im Vordergrund und werden geopolitische Konflikte prognostiziert (vgl. Skidelsky 2005, 30; vgl. Davydov 2005). Die erste Position orientiert sich an der starken bzw. optimistischen Globalisierungsthese, der zufolge die Transnationalisierung von Handel, Finanzen und Produktion zu einer Integration der Weltwirtschaft führt, die tendenziell in eine Homogenisierung der Einzelstaaten einmündet („Weltinnenpolitik“). Dabei wird auf das Agieren mächtiger wirtschaftlicher Akteure verwiesen, die an einer transnationalen Integration sowie der Harmonisierung amerikanisch-chinesischer Beziehungen interessiert sind und mitunter gezielt Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik zu nehmen versuchen. Dasselbe Interesse wird einer transnational ausgerichteten chinesischen Wirtschaftselite zugeschrieben (Sklair 2002, 259 ff.). Autoren, die die Integration Chinas in die Weltwirtschaft vorhersagen, berufen sich unter anderem auf die scheinbar harmonisierenden Effekte der Einbindung Chinas in internationale politische Institutionen wie der WTO.

Die zweite Position vertritt die These, dass es zu einer geopolitischen Herausforderung der amerikanischen Vorherrschaft durch die VR China kommen wird. Sowohl der Weltsystemtheoretiker Arrighi als auch der Gesellschaftskritiker Klare und der Neorealist Mearsheimer argumentieren, dass aus der Sicht des amerikanischen Staatsapparates das einwohnerreichste Land der Erde zum neuen Herausforderer nicht nur auf der ökonomischen Ebene heranwächst. In den nächsten Jahrzehnten sei mit einer sich verschärfenden Konkurrenz bis hin zu militärischen Konflikten zu rechnen. Giovanni Arrighi verweist auf eine Verschiebung der weltweiten Wertschöpfung weg von den USA und Europa in Richtung Ostasien. Der asiatische Anteil am weltweiten Bruttosozialprodukt ist zwischen 1960 und 1999 von 13 % auf 26 % gestiegen (Arrighi/Hui/Hung/Seldon 2003). Anstatt den Aufstieg Chinas zu bremsen, hätten die engen Beziehungen zwischen Washington und Peking diesen eher befördert (Arrighi 2005a, 75). Folge hiervon sei die Krise des alten und die Entwicklung eines neuen Hegemons. Für Michael T. Klare verfolgt der amerikanische „Kampf gegen den Terror“ das strategische Ziel, die Expansion Chinas einzudämmen. „It [der Krieg gegen den Terrorismus] is not aimed primarily at the defeat of global terrorism, the incapacitation of rogue states, or the spread of democracy in the Middle East. These may dominate the

rhetorical arena and be the focus of immediate concern, but they do not govern key decisions regarding the allocation of long-term military resources. The truly commanding objective – the underlying basis for budgets and troop deployments – is the containment of China“ (Klare 2006). John J. Mearsheimer geht, aus einem neorealistischen Blickwinkel, von einem fast unvermeidlichen Konflikt aus, wenn das chinesische Wirtschaftswachstum anhalten und die Staatsführung modernisierte Streitkräfte aufbauen sollte.⁵²⁶ Um dies zu verhindern, sei eine frühzeitige, notfalls auch aggressive Eindämmung nötig. Die Förderung des chinesischen Booms wird als eine trügerische Hoffnung „liberaler“ Politiker gewertet: „A wealthy China would not be a status quo power but an aggressive state determined to achieve regional hegemony. This is not because a rich China would have wicked motives, but because the best way for any state to maximize its prospects for survival is to be the hegemon in its region of the world. Although it is certainly in China's interest to be the hegemon in Northeast Asia, it is clearly not in America's interest to have that happen“ (Mearsheimer 2003, 402).⁵²⁷

Im Folgenden werde ich mit Hilfe meines analytischen Rahmens versuchen, eine über diese theoretischen Ansätze hinausreichende komplexere Sichtweise zu entwickeln, die im Gegensatz zur These der harmonischen Integration auf potentielle Konfliktverhältnisse hinweist, ohne die voreiligen Schlüsse u.a. von Arrighi oder Mearsheimer zu teilen. Dabei gehe ich von der zentralen Frage aus, wie stark und nachhaltig der chinesische Aufschwung überhaupt ist, um daran anschließend das Geflecht sozio-ökonomischer und geopolitischer Kooperations-, Konkurrenz- und Konfliktverhältnisse näher zu untersuchen.⁵²⁸

Die aufholende Entwicklung Chinas

Diskussionen über eine mögliche „Bedrohung“ durch China werden in den USA bereits seit längerem auch in der Öffentlichkeit geführt, etwa nachdem es 1996 zu einem Konflikt über Taiwan gekommen war und die USA einen Teil ihrer Pazifik-Flotte demonstrativ vor der taiwanesischen Küste patrouillieren ließ (Achcar 2000a, 124). Doch in den letzten Jahren mischen sich in alte geopolitische Drohkulissen auch ernsthafte Sorgen um das weltwirtschaftliche Gewicht Chinas und seiner daraus folgenden möglichen geopolitischen Ambitionen. Dies ist angesichts der Tatsache, dass Ost- bzw. Nordostasien zu den instabileren

⁵²⁶ Amerikanische Militärstrategen gehen davon aus, dass China nicht vor 2015 eine direkte militärische Bedrohung gegenüber den USA wird ausüben können; einen Kriegsausbruch zwischen den beiden Staaten halten sie daher nicht vor 2030 für wahrscheinlich (vgl. Davydov 2005, 11).

⁵²⁷ Paul Wolfowitz, eine der neokonservativen Schlüsselfiguren, vergleicht gar den Aufstieg des Deutschen Reichs Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Aufstieg Chinas heute (Wolfowitz 1997).

⁵²⁸ Dabei bleibt das sowohl für die amerikanische als auch chinesische Ostasienpolitik herausragend wichtige Verhältnis zu Japan weitgehend unberücksichtigt.

Regionen der Welt gehört, nicht erstaunlich, weshalb auch in harmonisierenden Globalisierungsdiskursen darauf verwiesen wird, dass Einfluss- und Machtbeziehungen in dieser Region relativ unbeständig und die Sicherheitsarchitekturen wenig entwickelt sind – „the spread of democracy and accelerating interdependence from the forces of globalisation were widely considered to have significantly reduced the likelihood of war between major powers. But within this generally optimistic outlook, Northeast Asia was usually singled out as the possible exception“ (Huisken 2006, 193).

Die VR China hat als regionaler Akteur in der Weltwirtschaft und -politik eine zunehmende Bedeutung erlangt. Als außenpolitische Marksteine sind die Bindung an die Sowjetunion nach 1949, die zunehmenden Konflikte bis hin zum Bruch mit der „sozialistischen Brudernation“ ab 1956 und schließlich die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA sowie die Entstehung einer bilateralen „strategischen Partnerschaft“ zu nennen, denen ab 1978 auch die verstärkte außenwirtschaftspolitische Einbindung in den Weltmarkt folgte.⁵²⁹ Die ökonomische Öffnung gegenüber dem Westen führte im Unterschied zu den historischen Erfahrungen anderer Entwicklungsländer jedoch nicht zu einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten und Einschränkungen des (geo)politischen Handlungsspielraums, sondern ebnete einer Vergrößerung der Machtkapazitäten Chinas den Weg.

Als größtes „Entwicklungsland“ der Erde verfügte die chinesische Volkswirtschaft nicht nur weltweit über das größte Arbeitskräftereservoir, sondern stellte auch einen riesigen (potentiellen) Markt dar. Durch staatsdirigistische Maßnahmen wurde die von der Kommunistischen Partei diktatorisch regierte chinesische Volkswirtschaft seit den 1970ern umstrukturiert, etwa durch die Schaffung begrenzter Sonderwirtschaftszonen, die den Zufluss ausländischen Kapitals ermöglichen sollten, ohne die Kontrolle Pekings über die joint-ventures aufzugeben, und den ausländischen Direktinvestitionen gewisse organisationelle und finanzielle Hilfestellungen boten. Der Staat transformierte sich von einer kommandowirtschaftlichen Entwicklungsdiktatur zu einem nicht minder autoritären nationalen Wettbewerbsstaat. Derzeit privatisiert die Staatsbürokratie Teile der vormals verstaatlichten produktiven Ressourcen und liberalisiert das Außenhandelsregime. Bis heute gelingt es einer Politik des „starken Staates“, den Zustrom ausländischen Kapitals für die ökonomische Entwicklung Chinas in Dienst zu nehmen.

Im Rahmen meines weiter oben entwickelten konzeptionellen Ansatzes kann China als eine *aufholende Ökonomie* bezeichnet werden, die gegenwärtig von einer besonderen

⁵²⁹ Mit dem Ende der „Systemkonkurrenz“ nach 1989 wurde diese strategische Partnerschaft in den USA von Teilen der Machteliten in Frage gestellt.

weltwirtschaftlichen Konstellation profitiert. UNCTAD zufolge ist China gegenwärtig der weltweit attraktivste Produktionsstandort (UNCTAD 2005, 34) – im Gegensatz zu den Produktionsbedingungen in den alten Zentren: „the rate of accumulation on a world scale slid back after the 1970s [...] the industrial countries are now accumulating at a slower rate than the world as a whole [...] The baton of 'super-accumulator' was passed [...] to China in the 1990s. In the early 2000s the growth of capital stock in China could easily be 12 % or more“ (Glyn 2006, 86f.).⁵³⁰ Gewissermaßen spiegelverkehrt zu den USA basiert der chinesische Boom auf einer sehr hohen Investitionsquote (Bruttoinvestitionen im Verhältnis zum BIP) und einer vergleichsweise geringen Konsumquote (Li/Zhu 2005; Cho 2006, 84). Im Gegensatz zu den Entwicklungspfaden Japans und Südkoreas gründet der chinesische Exporterfolg in viel stärkerem Ausmaß auf ausländischen Direktinvestitionen (ADI). In den 1990ern kamen über 70 % der ADI aus den asiatischen Nachbarstaaten, weitere Anteile aus Nordamerika und Europa. Um die Kosten zu senken, kommt es zur massenhaften Verlagerung der Produktionsstätten nicht mehr nur in die chinesischen Küstenregionen.

Die Restrukturierung des Produktivkapitals in China und besonders die „netzwerkbasierte Massenproduktion“ hebt das Land in den Status eines neuartigen, weltweit relevanten strategischen Standorts der einstigen „Peripherie“. Dabei führt die ungleiche und kombinierte Entwicklung zur Modernisierung. Lüthje spricht in einer Untersuchung der High-Tech-Wirtschaftssektoren von bedeutenden industriellen Entwicklungseffekten: „Aus Sicht der meisten Theorien der internationalen Arbeitsteilung muss es paradox erscheinen, dass die Dynamik der vertikalen Desintegration an der Spitze der Produktionsketten die Entstehung moderner und hochgradig integrierter Industriekomplexe an low cost-Standorten in unverhofftem Maße begünstigt. Dabei werden auch zunehmend relativ hochwertige Produktionsprozesse, namentlich die Einführung neuer Produkte, in die Großbetriebe und Industrieparks in den newly industrializing countries verlagert“ (Lüthje 2004, 69). Diese Prozesse stärken die ökonomische Potenz der chinesischen Volkswirtschaft, während sie

⁵³⁰ Wie Brenner herausstellt, hängt das mit den noch immer relativ niedrigen durchschnittlichen Profitraten in den alten Zentren zusammen: „The necessary, if not sufficient, condition for the sustained growth of US – and global – expenditures on new plant, equipment, and software, as well as productivity, employment, and GDP is a dramatic and sustained increase in the rate of profit, the critical missing factor in the expansion of the 1990s after 1995-97, and of course for the whole period since the end of the 1960s. The average rate of profit in the US non-financial corporate sector during the business cycle of the 1990s did not rise palpably above its level during those of the 1970s and 1980s, remaining about 20 per cent below the average for the postwar boom (1948-69), and proved insufficient to underpin a decisive break from the long downturn“ (Brenner 2006, 323 f.; vgl. die teilweise unterschiedlichen Schlussfolgerungen in: Duménil/Lévy 2004a, 24; Herr/Hübner 2005, 253 ff).

zugleich die Kontrollmacht der Partei- und Staatsbürokratie einschränkt. China ist nicht bloß eine „verlängerte Werkbank“ oder nur Anlagesphäre für die Überakkumulation von Kapital aus Ostasien oder dem „Westen“. Sowohl chinesische Einzelkapitalien als auch der Staat bzw. die Provinzregierungen versuchen, wie bereits andere Akteure in früheren wirtschaftlichen Aufholprozessen, vom technologischen Fortschritt und den entwickelsten technologischen Standards zu profitieren (Brenner 2006, 324).⁵³¹ Auch wenn die Hälfte der chinesischen Exporte gegenwärtig mit Hilfe ausländischer Investitionen produziert wird, *versuchen* die chinesischen Machteliten diesen Sachverhalt in vielfältiger Weise zu nutzen: über „spill-over-Effekte“ durch technischen Fortschritt, durch die „Gewöhnung“ der chinesischen Zuliefererindustrie an Weltmarktstandards, durch eine bessere Ausbildung und Disziplinierung der Arbeitskräfte, durch Steuereinnahmen, durch die eigene technologische Standardsetzung (etwa im Versuch der Regierung, einen eigenen Standard für Mobiltelefone zu schaffen, u.a. um Lizenzzahlungen zu sparen) u.a.m.⁵³² Aufgrund der hohen Gewinnmargen, die in China erzielt werden können sowie seiner Bedeutung als Absatzmarkt, existiert im Ausland eine Tendenz zur relativen Akzeptanz chinesischer Zugangsvoraussetzungen, trotz der Mitgliedschaft in der WTO seit 2001, die im Allgemeinen als wirtschaftspolitische Schwächung Chinas wahrgenommen wird (aufgrund des Abbaus von Handelsbeschränkungen und Marktöffnungen, die dem chinesischen Staat gewisse Restriktionsmöglichkeiten erschweren).⁵³³

Im Ergebnis führt dies zu einer widersprüchlichen Entwicklung mit offenem Ausgang: Zum einen besteht eine hohe Abhängigkeit vom exportorientierten Wirtschaftswachstum sowie

⁵³¹ Belegt wird diese These auch mit den Folgen des „Offshoring“ von Forschungs- und Entwicklungsausgaben nach Ostasien. Wie in einer Untersuchung herausgestellt wird, versuchen die lokalen Regierungen hiervon zu profitieren: Der Prozess des Offshoring „also raises tough policy and strategic challenges. Across the region, governments and domestic firms are all searching for strategies that would enable them to benefit from integration into GINs [Globale Innovationsnetzwerke]“ (Ernst 2006, 3, 25).

⁵³² Dies ist kein widerspruchsfreier Prozess. Gegenwärtig scheint es, dass sich in China diejenigen Teile der Machteliten, die den Nutzen der Kooperation für die wirtschaftliche Entwicklung betonen, denjenigen gegenüber stehen, die eine zu starke Abhängigkeit des Landes vom Ausland befürchten. Die Aussichten externer Effekte des ausländischen Kapitalzuflusses überwiegt gegenwärtig das Risiko von Verdrängungseffekten gegenüber der einheimischen Industrie.

⁵³³ Westliche Konzerne (und Staaten) versuchen dennoch, Formen des „Protektionismus“ zu unterbinden. So werden sogenannte „local-content-Bestimmungen“ (die das „Gastland“ China nutzt, um eine Beteiligung chinesischer Firmen an der Zulieferung von Produktionselementen durchzusetzen) in den Vertragswerken der WTO (z.B. GATS, TRIMS) eingeschränkt bzw. verboten. Ob dies durchgesetzt werden kann, hängt von den jeweiligen Kräfteverhältnissen ab. Die im Rahmen der WTO ausgetragenen Handelsstreitigkeiten (Stahlstreit mit den USA, Auseinandersetzung um Textil- und Schuhexporte mit der EU) belegen dies. Die mit Brasilien und Indien gebildete Bündnisgruppe G 22 innerhalb der WTO, mit dem Ziel der Abschaffung von Exportsubventionen der Industrieländer sowie deren Marktöffnung, hat zur Krise der WTO beigetragen.

dem kontinuierlichen Zufluss von ADI⁵³⁴, von dem die Innovationsfähigkeit des Landes abhängt und die die Hinwendung Pekings zu multilateralen Formen der Kooperation erklärt.⁵³⁵ Zum anderen wird eine zu große Abhängigkeit der chinesischen Volkswirtschaft zu verhindern gesucht. Infolgedessen reguliert der Staat weiterhin große Bereiche des chinesischen Kapitalismus, auch wenn das private Kapital in den letzten Jahren zunehmend die Prozesse der Kapitalakkumulation dominiert: „the state still strongly influences the pattern of investment through its control of the credit system and its policy of creating 'national champions' in sectors such as cars and steel“ (Glyn 2006, 87). Es wird eine sich modifizierende Strategie des *dynamischen Protektionismus* verfolgt. Bis in die 1990er hinein lag der Schwerpunkt der Entwicklungsstrategie noch auf der Binnenwirtschaft, danach verlagerte er sich auf die Exportwirtschaft: „Bevor sich die VR China dem Weltmarkt öffnete, baute sie nach maoistischem Selbstversorgungsprinzip eine eigene industrielle Basis auf. Damit schuf sie Ausgangsbedingungen, die sich von anderen Ländern der Dritten Welt grundsätzlich unterscheiden. Während diese Länder die nationalstaatliche Modernisierung durch Rückgriffe auf Ressourcen des monetären Weltmarktes finanzierten und damit im Sumpf der Auslandsverschuldung untergingen, finanzierte die VR China ihre zweite Modernisierung marktwirtschaftlicher Prägung eigenhändig. [...] Bei dem Kapitalimport aus dem Ausland war vorrangig Produktivkapital zugelassen, wobei die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der chinesischen Regierung die Aktivität des ausländischen Kapitals in Richtung weltmarktorientierter Produktion steuerten“ (Cho 2005, 161). Ab Mitte der 1990er, im Zuge der Binnenmarktöffnung, dem sich beschleunigenden Privatisierungstrend (den Angehörige des Partei- und Staatsapparates auch zu ihren Gunsten durchsetzen), der Liberalisierung der Beteiligung an Kapitalgesellschaften sowie der beginnenden Verschmelzung der bereits geöffneten Sonderwirtschaftszonen mit anderen Sektoren der chinesischen Volkswirtschaft, zielte die Wirtschaftspolitik des Zentralstaates bzw. seiner regionalen Subeinheiten auf den selektiven Schutz einheimischer Unternehmen und die Importsubstitution. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik ist durch fortdauernde Staatsinterventionen, planende Steuerungen der

⁵³⁴ Die chinesische (und japanische) Notenbank legen ihre Währungsreserven in US-Staatspapieren an. Es geht der Notenbank nicht vorrangig darum, ihre Reserven profitabel anzulegen (denn die Papiere werfen wenig Zinsen ab), sondern den hohen Wechselkurs des US-Dollar zu „stützen“, damit die eigenen Exporte in die USA weiter preisgünstig bleiben können. Es handelt sich also um Subventionen (nicht nur) für die heimische Exportindustrie, damit jedoch zugleich auch um die Finanzierung der exorbitanten Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite der USA.

⁵³⁵ Der Beitritt zur WTO kann somit auch als Versuch betrachtet werden, die Schwäche der Binnennachfrage durch Exportsteigerungen (auch zum Nachteil für die stärker binnenmarktorientierten Staatsunternehmen) auszugleichen.

wirtschaftlichen Gesamtentwicklung und die politisch gelenkte Allokation von Investitionen gekennzeichnet (Cho 2005, 106 ff.).⁵³⁶

Der Trend zur Privatisierung bzw. das veränderte Verhältnis zwischen Staat, privatem und ausländischem Kapital geht nicht einfach mit einer Schwächung des Einflusses der politischen Institutionen einher.⁵³⁷ Große Staatsunternehmen werden in „Mischkonzerne“ umgewandelt, in regions-, branchen- und eigentumsformübergreifende Industriegruppen. In einigen Sektoren ist es bereits gelungen, weltweit konkurrenzfähige Unternehmen zu schaffen: „[G]overnment leaders have also worked to create a few world-class Chinese companies in an attempt to ensure an independent, national base for China’s future industrial development. The companies targeted to become national champions include Huawei (which produces telecommunications equipment), Haier (white goods/consumer appliances), Lenovo (personal computers), TCL (televisions), and Baosteel (steel)“ (Hart-Landsberg/Burkett 2006, 19 f.). In den letzten Jahren kam es sogar zur Übernahme ausländischer Unternehmen – TCL hat beispielsweise den angeschlagenen deutschen TV-Hersteller Schneider sowie den französischen Konzern Thomson übernommen und wurde zum weltgrößten TV-Produzenten, Lenovo hat die Computersparte bei IBM erworben. Bis 2015, so die optimistischen Planungen, soll die Zahl der chinesischen Unternehmen in der Liste der 500 größten Unternehmen von 20 auf 50 erhöht werden.⁵³⁸

⁵³⁶ Staatliche Institutionen konzentrieren sich weiterhin auf die Bereitstellung grundlegender Bedingungen der Akkumulation wie Infrastruktur und Rohstoffversorgung. So werden spezielle Anstrengungen zur Unterstützung „generativer“ Wirtschaftssektoren (z.B. Stahlproduktion, Transportwesen) unternommen. Die weltweit umfangreichsten Investitionen in den Aufbau von Infrastrukturen haben eine massive Urbanisierung zur Folge (vgl. Ciccantell/Bunker 2004, 578 ff.). Im Rahmen langfristiger nationaler Entwicklungspläne wird, neben den Einjahres- und Fünfjahresplänen, die Förderung einheimischer Innovationen betrieben. Auf die vier großen staatlichen Banken entfallen fast drei Viertel der Kreditvergabe. Ferner werden (im Rahmen der Wechselkurspolitik) durch die Unterbewertung des Yuan in Folge seiner Kopplung an den US-Dollar positive Nachfrageeffekte erzielt (Priewe 2005, 26 ff.). Aus der ostasiatischen „Finanzkrise“ 1997/98, die eine krisenanfällige Schwachstelle der ostasiatischen Staaten in Folge der Liberalisierung des Kapitalverkehrs offen legte, hat Peking wichtige Lehren gezogen. Die staatliche Kontrolle über den Kapitalverkehr und das Währungsregime soll daher so weit wie möglich aufrechterhalten bleiben. Hinzu kommen Ansätze, nationale Hochtechnologieunternehmen zu schaffen und den Forschungs- und Entwicklungssektor zu fördern (Priewe 2005, 30; Ernst 2006, 7).

⁵³⁷ Im Zuge seiner Modernisierung vollzieht der chinesische Staat gewissermaßen einen Wandel hin zu einem „schumpeterianischen Workfare-Regime“, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können (vgl. Jessop 2002, 119 ff.; 247-267). Es geht nicht mehr nur um Niedrigkostenproduktion und den staatlichen Schutz der Industrie, sondern auch und gerade um den Versuch, durch technologische Innovationen zur Steigerung der Akkumulationsrate beizutragen.

⁵³⁸ Dass die Erzeugung „nationaler“ Champions zumindest bislang nicht wie erwartet funktioniert hat, wird im Gegensatz zu diesen optimistischen Prognosen in den Untersuchungen von Nolan konstatiert (vgl. Nolan 2004, 205 ff.; vgl. Nolan/Jin 2004). So bestehen weiterhin in Schlüsselindustrien wie der Luftfahrt u.a. erhebliche Importabhängigkeiten und technologische Rückstände.

Inwieweit ein exportgestütztes Wirtschaftswachstum auch eine anhaltende Steigerung der Binnennachfrage nach sich zieht, ist allerdings eine offene Frage. Hochrechnungen, die ausgehend von den gegenwärtigen Wachstumsraten auf die Produktionskapazitäten der VR China in 20 Jahren schließen, bleiben angesichts zahlloser Unwägbarkeiten fragwürdig. Sie vernachlässigen die krisenhafte und ungleichzeitige Realität kapitalistischer Volkswirtschaften. Mögliche Krisenanfälligkeiten Chinas sind u.a.: die unsichere Entwicklung der Weltwirtschaft, der internationalen Finanzmärkte und die damit verbundene mögliche Begrenzung der Absatzmärkte für chinesische Exportgüter, drohende Überkapazitäten in China selbst, die innere ungleiche Entwicklung und das sich daraus ergebende enorme Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle, die mittelfristig drohende Beschäftigungskrise, die Umwelt- und Gesundheitskrise, die Krise der Staatsfinanzen sowie die den Konflikten im Staatskapitalismus sowjetischer Prägung ähnelnden Spannungen zwischen den gesamtwirtschaftlichen zentralen Planvorgaben und der Planerfüllung auf der lokalen Ebene (vgl. Brenner 2006, 341; Cho 2005, 97 ff., 109).

Doch selbst wenn sich die derzeitigen BIP-Wachstumsraten nicht aufrechterhalten lassen, ist der Trend zu einer möglichen Rezentrierung der Weltwirtschaft in Ostasien nicht zu übersehen, auch wenn man sich den voreiligen Schlüssen von Arrighi nicht anschließt. Die weltwirtschaftlichen Konsequenzen dieser Entwicklungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Kapitalien der entwickelten Volkswirtschaften (auch in Ostasien) schaffen sich vor dem Hintergrund der Überakkumulation von Kapital paradoxerweise neue Konkurrenten in dem Maße, wie sie selbst versuchen, vom chinesischen Wachstum zu profitieren. Resultat ist eine Restrukturierung der Konkurrenzverhältnisse auf den internationalen Märkten, da die chinesische Staatsbürokratie nicht nur ausländische Direktinvestitionen begünstigt, sondern auch selbst bzw. in der Form chinesischer Konzerne zum ausländischen Großinvestor aufsteigen will. In der weiteren Argumentation soll untersucht werden, inwieweit diese weltwirtschaftlichen Entwicklungen zu nicht-intendierten geopolitischen Konflikten führen können.⁵³⁹

⁵³⁹ Die chinesische Staatsführung ist sich explizit bewusst darüber, dass die Schaffung einer starken „nationalen“ Volkswirtschaft die Position in der *Weltwirtschaft* verbessern kann: „Our nation’s position in the international economic order will be to a large extent determined by the position of our nation’s large enterprises and groups“ (zit. in: Nolan 2004, 186). Inwiefern diese Verschiebung auch zu Verwerfungen innerhalb des *Weltstaaten systems* führen kann, wird nicht direkt angesprochen.

Virulente Konkurrenz- und potentielle Konfliktverhältnisse

Wie bereits mehrere Male in der Geschichte des Kapitalismus geschehen, stellen die Entwicklungsstrategien aufholender Ökonomien relativ stabile globale Kräfteverhältnisse und weltweit abgesteckte Interessenssphären „alter“ Großmächte in Frage und bergen damit eine Reihe neuer Konkurrenz- und möglicherweise folgenreicher Konfliktverhältnisse in sich. Sie bilden sich freilich im Rahmen der gegenwärtigen historischen Phase der kapitalistischen Entwicklung in einer spezifischen Weise aus. Im Folgenden werden die amerikanisch-chinesischen Beziehungen in einer weltweiten Perspektive analysiert. Abschließend wird auf die ostasiatischen Regionalisierungsprozesse eingegangen.⁵⁴⁰

In den vergangenen Jahren sind die denkbaren Folgen des chinesischen Aufschwungs eingehend untersucht worden. In dem vom East-West-Center vorgelegten „Asia Pacific Security Survey 2006“ werden die Resultate einer Umfrage vorgestellt, in deren Rahmen 73 Sicherheitsfachleute aus 15 Ländern der asiatisch-pazifischen Region interviewt wurden. Einhellig wird der Aufstieg Chinas als die global betrachtet langfristig bedrohlichste Entwicklung bewertet: „China overwhelmingly emerges as the principal long-term concern [...] In the overall tabulation [...] China ranks significantly in all five of the top long-term concerns. In rank order, these are: Chinese nationalism, competition for resources, and tensions in Sino-Japanese relations, the Taiwan Straits, and Sino-U.S. relations“ (Asia Pacific Security Survey 2006, 6 ff., 21 ff.).⁵⁴¹ In einem neueren Sammelband australischer Autoren wird Ostasien als die entwickelte kapitalistische Makro-Region bezeichnet, in der schärfere politische Konflikte bis hin zu Formen militärischer Auseinandersetzungen am wahrscheinlichsten seien (White 2006, 7).

Diesen Prognosen liegen eine Reihe bereits virulenter Konkurrenz- und teilweise Konfliktverhältnisse zugrunde. Hierzu gehören Territorialkonflikte in Ostasien, die einen chinesischen Nationalismus befördern.⁵⁴² Darüber hinaus basieren die Erwartungen auf der Realität einer außenpolitischen, von Zentralasien über den Mittleren/Nahen Osten bis nach

⁵⁴⁰ Die chinesisch-europäischen Beziehungen bleiben hier unberücksichtigt. China und die Kernstaaten der EU verfügen über enge Beziehungen. Ob hieraus die Möglichkeit eines „Sino-European cooperative bloc confronting a less vital Japanese-American one“ (Johnson 2005) erwachsen kann, wäre ein interessantes Untersuchungsfeld.

⁵⁴¹ Zu den 21 weiteren Themenfeldern zählten u.a. der amerikanische Unilateralismus, die Instabilität in Nordkorea, der islamistische Terrorismus, die Konflikte zwischen Israel und Palästina sowie zwischen Indien und Pakistan (Asia Pacific Security Survey 2006, Appendix II).

⁵⁴² China, so wird offiziell argumentiert, ist zudem „umgeben von bedeutenden Brennpunkten, die eine globale Dimension besitzen. Ich nenne hier nur einige Beispiele: die zwischen Russland und Japan umstrittenen Kurileninseln, der japanisch-südkoreanische Streit um die Insel Dokdo, der territoriale Anspruch Japans auf die chinesischen Diaoyu-Inseln. Die Sicherheitslage Chinas ist daher sehr kompliziert“ (Chen 2006, 327).

Afrika und Lateinamerika reichenden Offensive Pekings, die zu Bedrohungswahrnehmungen bei anderen führenden Staaten und insbesondere bei der USA führen.⁵⁴³ Dabei wird nach der „klassischen“ geopolitischen Maxime vorgegangen, der zufolge erfolgreiche ökonomische Beziehungen mit dem Ausland immer auch vom politischen Einfluss abhängen. Die eigenen wirtschaftlichen Stärken sowie die Abhängigkeiten, die sich für andere Länder aus den ökonomischen Beziehungen mit China schon ergeben haben, werden dazu genutzt, über die Schaffung wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Kooperationen zur eigenen Machtsteigerung beizutragen; und zwar in einem Ausmaße, das weit über die Handlungsspielräume subimperialistischer Einzelstaaten hinausgeht.

Die fragilen amerikanisch-chinesischen Beziehungen lassen sich am Beispiel der Rohstoffversorgung, aber auch anderen wirtschaftlichen Bereichen ablesen: „Washington’s failure to tighten its control over the ‘global oil spigot’ in West Asia was signalled most spectacularly by the signing of a major oil agreement between Beijing and Tehran in October 2004. Further south, oil fuels China’s push into Africa. In 2003 alone, China-Africa trade increased nearly 50 per cent to \$18.5 billion. Each year, more Chinese entrepreneurs arrive in Africa to invest where Western companies are uninterested in doing business, while the Chinese government (except for requesting that Taiwan not be recognized) provides development assistance with none of the strings that are attached to Western aid. Increasingly, African leaders look east for trade, aid and political alliances, shaking up the continent’s historical links with Europe and the United States. Equally significant are Chinese inroads in South America. While Bush paid only a fleeting visit to the 2004 APEC meeting in Chile, Hu Jintao spent two weeks visiting Argentina, Brazil, Chile and Cuba, announced more than \$30 billion in new investments and signed long-term contracts that will guarantee China supplies of vital raw materials“ (Arrighi 2005a, 78).⁵⁴⁴ Auch in Zentralasien dringt China in abgesteckte Interessenssphären der USA vor: „Mit Russland wurden letzte offene Grenzstreitigkeiten beigelegt und gemeinsam mit der [2001 gegründeten] Shanghai Cooperation Organization (SCO) ein regionaler politischer Mechanismus geschaffen, dessen Ziel darin besteht, gemeinsame Sicherheit zu organisieren und den Einfluss der USA im

⁵⁴³ Die chinesische Staatsbürokratie baut zudem ihre „Sicherheitsstrukturen“ aus (zwischen 1995 und 2005 wurde der Verteidigungshaushalt verdreifacht) und entwickelt eigenständige militärisch-industrielle Komplexe (Schmalz 2006, 30).

⁵⁴⁴ In Lateinamerika und Afrika sichern sich chinesische Unternehmen nicht nur Rohstoffquellen, sondern agieren als „Partner“ bzw. „Förderer“ der jeweiligen Lieferstaaten, was es den lokalen Machteliten einfacher macht, strategische Partnerschaften einzugehen.

wichtigsten Raum gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen – Zentralasien – zu verringern“ (Gießmann 2006, 38). Ferner wird eine Verbesserung der Beziehungen zu Indien angestrebt. Die außenwirtschaftliche und -politische Offensive der VR China ist Ausdruck der Stärkung eines makro-regionalen Machtzentrums des „Südens“ bzw. des „Ostens“.⁵⁴⁵ Chinesische Machteliten stellen heute eine „Multipolarisierung der Welt“ fest (Chen 2006, 327 ff.; vgl. Foot 2006, 80 ff.). Die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und China sind dem Oberst der Chinesischen Volksarmee und Stellvertretenden Verteidigungsattaché der chinesischen Botschaft in Berlin zufolge „wohl die kompliziertesten Beziehungen der Welt“ (Chen 2006, 331).

Dabei lassen sich Indizien für eine *relative Interesseneinheit* zwischen privaten Kapitalinteressen auch jenseits der chinesischen Staatsgrenzen und der sich teilweise privatisierenden Staatsbürokratie finden. Anhand des Phänomens der sogenannten „Auslandschinesen“ kann die Entstehung kapitalistisch-geopolitischer Machtstrategien beschrieben sowie die Relevanz einer über den engen Horizont staatlichen Handelns hinausgehenden inter-gesellschaftlichen Analyseperspektive erwiesen werden. Die von vorübergehend oder dauerhaft im Ausland lebenden ethnischen Chinesen in einer spezifischen Weise institutionalisierten Geschäftsnetzwerke in ganz Ostasien, die nicht einfach in einem kulturalistischen Sinne gedeutet werden dürfen (vgl. Yeung/Olds 2000, 12 ff.), spielen eine bedeutende Rolle in der weltpolitischen Formierung Chinas. Als mächtige Minderheiten in anderen Ländern Ostasiens – ein Sachverhalt, der mit ihrer historischen Rolle als Mittelsmänner imperialer Teile- und Herrsche-Politik in der Vergangenheit zu tun hat – entwickeln sie Interessen an einem gemeinsamen strategischen Projekt mit den herrschenden Machteliten Chinas. Weil sie am Aufschwung Chinas interessiert sind und über erhebliche ökonomische Macht verfügen – in den letzten Jahren kommt der größte Teil der ADI in China aus dieser „China connection“ bzw. diesem „China Circle“ (Naughton 1997, 5 ff.) –, hat sich mittlerweile eine relative Interessenkonvergenz mit der chinesischen Staatsbürokratie herausgebildet. „The formation of a Chinese capitalist class, interlocked with a wider Asian

⁵⁴⁵ Wie in Untersuchungen der „BRIC“-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) diagnostiziert wird, nimmt China unter den genannten Ländern eine herausragende Stellung ein. „Allerdings haben auch die übrigen Länder, etwa Russland innerhalb der Finanzstruktur, ihre Handlungsfähigkeit deutlich verbessern können und sind von äußeren Vorgaben unabhängiger geworden. Lediglich Brasiliens Entwicklung scheint zu stagnieren. Freilich bleibt gerade auf der Ebene der Sicherheit und der Wissenschaft die Vormachtstellung der traditionellen Zentren in näherer Zukunft unangefochten. Vorerst ist nur eine Verschiebung von Machtressourcen in einzelnen Sektoren zu beobachten, die sich allerdings mittelfristig in der Veränderung struktureller Machtbeziehungen äußern könnte“ (Schmalz 2006, 31).

network of ethnic Chinese power holders in the economy and in politics, has become a crucial force in the turn of the mainland to a contender role. Influencing its broad orientation and the speed of privatisation in various ways, the overseas Chinese have become strategic partners of the state class“ (van der Pijl 2006, 303). Diese transnational mächtige Gruppe entwickelt gerade aufgrund ihrer „Transnationalität“ ein spezifisches *nationales* Interesse aus, das durch ihre Rolle als „a ‚nation‘ without borders“ (Yeung/Olds 2000, 7) in einer Welt der Grenzen und des Nationalismus verstärkt werden kann: „The position of the overseas Chinese in Asia as [...] ‘market dominant’ ethnic minority all through their history has made them vulnerable to popular discontent, not least when an indigenous bourgeoisie finds the high grounds of the economy already occupied. Mainland China today wields the political clout [...] to offer protection to Chinese minorities abroad. But, in addition, the capitalist transformation has made available a one billion-strong population for economic exploitation as labour or customers. This conflation of political and economic motives is what unifies the overseas Chinese capitalist class with the privatising state class into a single social force. We are looking here at a major aspect of what makes the Chinese contender role specific“ (van der Pijl 2006, 306).

Dem Machtzuwachs China entspricht allerdings keine unmittelbare geopolitische Eskalationslogik.⁵⁴⁶ Die gegenwärtige Außenpolitik Chinas schwankt zwischen einem (eher unbewussten bzw. nicht intendierten) Risiko der Herausforderung und einer pragmatischen Anpassung an den Führungsanspruch der USA. Dies lässt sich am Beispiel der Ressourcensicherung aufzeigen: China ist als mittlerweile zweitgrößter Erdölimporteur der Welt auf gesicherte Bezugsquellen als Bedingung des eigenen Wirtschaftswachstums angewiesen. Nicht zufällig wird Pekings Interesse an exklusiven strategischen „Ölbeziehungen“ gerade in denjenigen Staaten am ehesten befriedigt, die von der amerikanischen Weltordnungspolitik in den Status von „Schurkenstaaten“ herabgestuft wurden. Die fehlende Konkurrenz von amerikanischen bzw. amerikanisch dominierten Konzernen hat seit 2000 zu einer Reihe von Vereinbarungen zwischen chinesischen Firmen und dem Iran geführt, die von einer weiteren ökonomischen Zusammenarbeit (etwa im Infrastrukturbereich) begleitet werden (Steinhilber 2006, 84 ff., 92 ff.). Ähnliches gilt für den Sudan oder Angola. Folge hiervon sind geopolitische Konflikte niedriger Intensität (die zur Kategorie weicher Geopolitik gehören) mit den USA, die sich im Ringen um die Sanktionen

⁵⁴⁶ Dies zeigt sich an der Taiwanfrage: Gegenwärtig [2006] nimmt Peking keine ernsthafte Konfrontationshaltung ein, wenn auch die Zugehörigkeit Taiwans zum Hoheitsgebiet Festland-Chinas weiterhin bekräftigt wird. In Taiwan selbst haben große Unternehmen wie Foxconn kein Interesse an einem Konflikt. Es sind eher nationalistische Gruppen, die einen Konfrontationskurs vertreten.

gegen den Iran im UN-Sicherheitsrat bzw. den Gegenleistungen, die die USA für härtere Sanktionen aufbringen müssten, oder der Ablehnung einer UN-Intervention im Sudan widerspiegeln. Zugleich bemüht sich Peking um eine Politik der Kooperation (vgl. Foot 2006). Offiziell tritt China als Verbündeter der USA im „Kampf gegen den Terror“ auf, wiewohl dies auch zur Legitimierung der Unterdrückung eigener „secessionistischer Bestrebungen“ dient. Dieser Pragmatismus ist nicht nur Ergebnis des Wechselspiels außenpolitischer Rhetorik. Ein überragendes Interesse der chinesischen Staatsbürokratie liegt in der fortdauernden Nutzung amerikanischer Kapitalzuflüsse für den eigenen Aufstieg.⁵⁴⁷ Faktisch versucht China, auch mit diplomatischem Geschick, den hegemonialen Führungsansprüchen der USA entgegenzutreten, ohne sie aber offen in Frage zu stellen. Denn an einer Eskalation der Konflikte hat Peking in seinem gegenwärtigen Entwicklungsstadium kein Interesse.

Freilich hängt der Entwicklungsgang immer auch von den innergesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und konkreten politischen Entscheidungen ab. Die chinesischen Ölinteressen im Irak, speziell in den nördlichen Kurdengebieten, sind ein anschauliches Beispiel für die Korrelation von außenpolitischem Handlungsspielraum und innergesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und damit der Notwendigkeit, den Blick auf die inter-gesellschaftlichen Beziehungen von Staaten zu richten, die wie in diesem Fall mit internen Unabhängigkeitsbewegungen konfrontiert sind. China kann es sich aus innenpolitischen Gründen nicht leisten, einen unabhängigen Kurdenstaat zu befürworten, auch wenn dies in seinem objektiven Interesse liegen mag. Nicht nur die USA würden dies verhindern wollen, die Unterstützung eines separaten Kurdenstaates könnte auch auf Unabhängigkeitsbewegungen auf chinesischem Territorium (Uiguren, Tibeter) ausstrahlen (Steinhilber 2006, 95 f.).

Im Rahmen ihrer hegemonialen geopolitischen Ambitionen nimmt die *Regierung der Vereinigten Staaten* den chinesischen Staat als strategische Bedrohung wahr und versucht Peking daher offensiv zur Hinnahme der eigenen Weltordnungspolitik zu nötigen; gleichzeitig will sie aber an den Vorteilen des chinesischen Wirtschaftsaufschwungs teilhaben. Die USA

⁵⁴⁷ Langfristig wird für den Fall einer tieferen Krise der US-Ökonomie eine eigenständigere Rolle angestrebt, etwa in der Währungspolitik: „China also hopes that, if and when the dollar-centred global financial regime unravels, it will have an economy sufficiently developed to permit the yuan to take its place among the world's major currencies without the need for external backing that the country's dollar reserves currently provide. That will allow it to deal with the collapse in American purchasing power when the US is finally forced to live within its means“ (Murphy 2006, 61).

reagiert auf den Aufstieg Chinas mit einer Politik des „active balancing“ (van der Pijl 2006, 326 ff.). Innerhalb dieses strategischen Rahmens sind Schwankungen festzustellen. So hat die amerikanische Regierung ihren im Jahr 2000 eingeschlagenen Konfrontationskurs⁵⁴⁸ nach 2001 wieder offiziell revidiert. Unter der Oberfläche diplomatischer Gesten und Regierungsverlautbarungen werden jedoch weiterhin sowohl geopolitische als auch ökonomische Eindämmungsmaßnahmen angestrebt (vgl. Davydov 2005, 12 ff.).

Um ein robustes, gegebenenfalls anti-chinesisches Allianzsystem zu etablieren, sollen erstens die bestehenden (Sicherheits-)Beziehungen besonders zu Japan, aber auch Australien und Südkorea gefestigt werden. Anvisiert wird zweitens die Einbindung weiterer Nationen in dieses Bündnis, was beispielsweise in der Anerkennung Indiens als Atommacht seinen Ausdruck findet – nach 30-jähriger Ächtung seiner Atommachtambitionen. Drittens wird das amerikanische Militär mittels einer geostrategischen „Einkreisung“ Chinas (v.a. neuen Stützpunkten in Zentralasien, wie z.B. in Pakistan, Afghanistan oder Kirgisistan) in den Dienst einer geopolitischen Drohkulisse gestellt. Viertens bestehen Bemühungen, die inter- und supranationalen politischen Institutionen im amerikanischen Interesse zu nutzen, was jedoch nicht als von vornherein sichergestellt gelten kann.⁵⁴⁹ Regelmäßig prangern amerikanische Unterhändler etwa „unfaire Handelspraktiken“ Chinas in der WTO an. Zudem wird, fünftens, währungspolitisch, eine erhebliche Aufwertung der chinesischen Währung Yuan gefordert, um die von der chinesischen Zentralbank betriebene Bindung an den Dollar aufzuheben. Sechstens werden politisch-ethische Verfehlungen der chinesischen Innenpolitik angeprangert und kritisiert (Menschenrechtsverletzungen, Demokratiedefizite).

Die China-Politik der amerikanischen Regierung ist nicht unumstritten. Insbesondere global ausgerichtete Kapitalfraktionen votieren für eine politische Mäßigung im Interesse guter

⁵⁴⁸ Im Jahr 2000 schrieb Condoleezza Rice: „This means that China is not a ‘status quo’ power but one that would like to alter Asia's balance of power in its own favor. That alone makes it a strategic competitor, not the ‘strategic partner’ the Clinton administration once called it. [...] The United States must deepen its cooperation with Japan and South Korea and maintain its commitment to a robust military presence in the region. It should pay closer attention to India's role in the regional balance“ (Rice 2000). Wiederholt wurden diese offiziellen Verlautbarungen z.B. im „Quadrennial Defense Review 2006“ des Verteidigungsministeriums: „Of the major and emerging powers, China has the greatest potential to compete militarily with the United States and field disruptive military technologies that could over time offset traditional U.S. military advantages“ (Quadrennial Defense Review 2006, 29). Zugleich wird betont, Peking dazu ermutigen zu wollen, eine „konstruktive“ Politik der Kooperation mitzutragen (ebd.).

⁵⁴⁹ Wie weiter oben nachgewiesen wurde, sind internationale politische Institutionen nicht bloß Instrumente der USA, sondern umkämpfte, z.T. relativ autonome Arenen.

ökonomischer Beziehungen.⁵⁵⁰ An dieser Auseinandersetzung lässt sich eine weitere, in der vorliegenden Arbeit vertretene These belegen: die Verschiedenartigkeit (jedoch wechselseitige Interdependenz) der Verwertungsinteressen des Kapitals und der Reproduktionsinteressen der staatlichen Instanzen (u.a. Aufrechterhaltung der einzelstaatlichen Souveränität, Bereitstellung einer materiellen und wissenschaftlichen Infrastruktur) in kapitalistischen Gesellschaften, die miteinander in Konflikte geraten können, deren Ausgang offen ist. Einzelbetriebliche Profitinteressen werden von der gegenwärtigen amerikanischen Regierung des Öfteren nicht berücksichtigt, weil sie den eigenen geopolitischen Ambitionen zuwiderlaufen: „The U.S., for example, restricts Boeing’s missile sales to China, to comply with international arms control treaties, protect Taiwan, and preserve the U.S.’ traditional ‘hard’ geopolitical hegemony“ (Gritsch 2005, 14).

In meiner Perspektive erscheint die „neokonservative“ Außenpolitik der USA daher nicht einfach als irrational, sondern als der riskante Versuch, die Stellung der Vereinigten Staaten

⁵⁵⁰ Dies lässt sich am Fallbeispiel der u.a. in den IT-Sektoren entstandenen netzwerkartigen, transnationalen Konzerne (cross-national-production-networks) erläutern, die einen Trend weg von Unternehmen mit eindeutig identifizierbarer nationaler Heimatbasis anzeigen: Die transnationalen Konzernpolitiken dieser Unternehmen sind erst einmal als komplexe Strategien zur Nutzung ungleicher Akkumulationsbedingungen zu verstehen (Lüthje 2001). Dabei sollte die Transnationalisierung auch von Teilen des Produktivkapitals im Rahmen ihrer Abhängigkeit von „ihrem“ Staat bzw. von mehreren Staaten und/oder inter- bzw. supranationalen Instanzen analysiert werden. „Zur zentralen Frage wird damit, wie der Zusammenhalt und die intra-sektorale Kohärenz der Produktionsketten [...] im globalen Maßstab gesichert werden und wie die auf der Verkettung unterschiedlicher Verwertungsbasen aufbauenden globalen Technologie- und Ausbeutungsstrategien institutionalisiert sind“ (Lüthje 2001, 58).

Ein qualitativer Unterschied zur Internationalisierung am Ende des 19. Jahrhunderts besteht gegenwärtig darin, dass es durch die Herausbildung staatenübergreifender *Wertschöpfungsketten* – d.h. nicht nur *Warenketten* –, in die einzelne nationale und/oder makro-regionale ökonomische Räume punktuell einbegriffen sind, zu einer Neuzusammensetzung etablierter ökonomischer Räume kommt. Dabei verflochten sich einstmals vorwiegend in nationalen Räumen agierende Unternehmen transnational. Die *konkrete* Ausprägung dieser transnationalen Produktionsstruktur unterscheidet sich aber regional erheblich (vgl. Lüthje/Schumm/Sproll 2002, 262 ff.). In den Untersuchungen transnationaler Produktionsnetzwerke in Asien wird das Ineinandergreifen von *Konvergenz* und *Diversität* konstatiert. In den „Netzwerken“ selbst sind i.d.R. einzelne Unternehmen führend, wenn sie etwa auf Grund eines Vorsprungs technologischen Wissens unverzichtbar sind. Chinesische Elektronikfirmen agierten bereits in den 1990ern in Netzwerken, die von amerikanischen Unternehmen dominiert wurden (Naughton 1997). Amerikanisch geführte Netzwerke unterscheiden sich jedoch von japanisch oder südkoreanisch bestimmten: „[A]lthough in some areas we find important similarities, firms continue to diverge in their approaches to the organization of international production. Nationality continues to matter, an argument that implies that an economic analysis that excludes history and the development of institutions is ill equipped to address the question of globalization“ (Ernst/Ravenhill 2001, 249). Auch der die Transnationalisierungsprozesse akzentuierende „global-value-chain“-Ansatz verweist auf den Fortbestand nationaler und/oder makro-regionaler Unterschiede (Gereffi/Humphrey/Sturgeon 2005, 98 f.). Sogenannte „parameter-setting-firms“ (also z.B. Intel, Microsoft, aber auch Shimano) werden weiterhin als wichtig für das Prestige von Staaten angesehen (Gereffi/Humphrey/Sturgeon 2005, 98). Ferner setzen die Staaten in hochtechnologischen Bereichen Patente und Produktstandards durch.

in der Welt zu festigen bzw. auszubauen, auch wenn dies bisweilen den Profitinteressen amerikanischer Konzerne zuwiderläuft. Sie ist nach Maßgabe meines breit gefassten Kapitalismusbegriffs nicht „anachronistisch“, sondern sehr wohl kompatibel mit den institutionalisierten Handlungszwängen kapitalistischer Vergesellschaftung im Weltzusammenhang.⁵⁵¹

Die komplexe, von widerstreitenden Interessen geprägte Gemengelage lässt gegenwärtig auf eine *Desintegration der Interessenartikulation* in den USA schließen. Es kann davon ausgegangen werden, dass große Teile der inter- und transnational operierenden Einzelkapitalien (die US-amerikanischen Großkonzerne, aber auch z.B. die taiwanesischen Contract Manufacturer in Südchina oder japanische Unternehmen) eine „kooperative Weltordnung“ unter Führung der USA als Ordnungsgaranten unterstützen. Aus Sicht dieser Kapitalien konterkariert die Geopolitik der Vereinigten Staaten dieses Anliegen jedoch nachhaltig, da es nicht sicher scheint, ob die vom amerikanischen Staat gegenüber China verfolgte Strategie der *Einordnung* mit dem Ziel der *Unterordnung* die erwünschten Ergebnisse liefert.

Eine wichtige Rolle für mögliche zukünftige Konkurrenzverhältnisse und Konfliktlinien spielen die *Regionalisierungsprozesse in Ostasien*, auf die ich nun abschließend eingehen werde: Die Bildung regionaler Institutionen und damit die Herstellung von gemeinsamer Handlungsfähigkeit verlaufen hier andersartig als beispielsweise in der EU, die dem ostasiatischen Integrationsprozess nicht einfach als Blaupause unterlegt werden kann. Die konkurrierenden Führungsansprüche eines aufstrebenden Chinas und eines geschwächten, aber weiterhin starken Japans (gemessen am BIP liegt Japan weit vor China) verhindern derzeit eine rasche Integration (Cho 2005, 179).⁵⁵²

⁵⁵¹ Andererseits kann argumentiert werden, dass die amerikanische Außen- und Außenwirtschaftspolitik den amerikanischen Unternehmensinteressen im Durchschnitt bisher kaum geschadet hat. „The United States concentrates the savings of other countries. [...] There, in the United States, rich classes spend tremendously and save very little. This capability to benefit from external financing is an important feature of contemporary U.S. imperialism. This external investment finances the U.S. economy, its public and external deficits, including the capability of this country to export capitals (with a large fraction in direct investment as compared with other countries). The financial U.S. assets held by the rest of world are now twice larger than the financial foreign assets held by the United States. We denote these relationships as the new configuration of imperialism“ (Duménil/Lévy 2006, 3; vgl. Massarrat 2004, 20 ff.).

⁵⁵² Die japanische Volkswirtschaft ist weiterhin, trotz der Stagnation in den 1990ern, die mächtigste Wirtschaftsmacht Ostasiens (Cho 2005, 174; Glyn 2006, 138 ff.) und ist ein enges Sicherheitsbündnis mit den USA eingegangen. Die Beziehungen zwischen Japan und China können sowohl als Konflikt- als auch als Kooperationsverhältnisse charakterisiert werden: „Economic interdependence is

Bei der Untersuchung der ostasiatischen Regionalisierungsprozesse ist festzuhalten, dass die „Politik“ nicht mit den sich internationalisierenden ökonomischen Akteuren Schritt hält: Die wirtschaftliche Integration ist weiter gediehen als die politische Kooperation bzw. der intergouvernementale Regionalismus. Unter der Direktion japanischer und taiwanesischer Unternehmen bildete sich in den letzten Jahrzehnten eine enge Verflechtung global-regionaler und über-regionaler Produktionsnetzwerke heraus. Seit 2000 vertieft sich diese Form der Regionalisierung (Brenner 2006, 326). Die *intra*-regionalen Handelsbeziehungen sind zwar im Vergleich zu EU und NAFTA geringer ausgebildet, allerdings umfassen sie ein bei weitem größeres Volumen als der ebenfalls zunehmende *inter*-regionale Handel mit Europa oder Nordamerika.⁵⁵³

Die vorwiegend ökonomisch motivierten Kooperationsbestrebungen zielen zunächst darauf ab, die Probleme der ostasiatischen Länder zu verringern – etwa um die Krisenanfälligkeit aufgrund schwach regulierter Finanzströme durch die Etablierung eines asiatischen Währungsfonds zu beheben. Die VR China erweist sich in diesem Prozess immer mehr als Motor der Integration (Loewen 2006; van der Pijl 2006, 321 ff.). So wird mit den ASEAN-Staaten (Association of Southeast Asian Nations) sowie, in einer verwickelteren Weise, mit Japan und Südkorea, über die Einrichtung einer Freihandelszone und den Abbau von Zöllen verhandelt. Prestigeträchtig war u.a. der 1. Ostasiengipfel (EAS) im Dezember 2005 in Kuala Lumpur, eine Plattform ohne Beteiligung der Vereinigten Staaten. China visiert ein makroregionales Szenario an, in dem es seine neu gewonnene ökonomische und politische Stärke wirksam ausspielen und institutionalisieren kann. Dabei wird der Yuan als mögliche regionale Alternative zum US-Dollar und japanischem Yen bei der Abwicklung von Exportgeschäften angesehen. Der Ausbau der Beziehungen mit den ASEAN-Staaten umfasst aus der Sicht Pekings neben den wirtschaftlichen Perspektiven nicht zuletzt auch ein machstrategisches Kalkül: die Eingliederung der bislang von den USA dominierten Länder Ostasiens in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, der von China geleitet wird. Diese Entwicklungsperspektive

deepening rapidly while the political relationship remains brittle and potentially antagonistic. A Japanese assessment of this relationship [...] is that the two countries ‘have boosted their sense of incompatibility’“ (Huisken 2006, 205). Die Ära des „Pazifismus“ in Japan gilt als beendet. „Japan may talk a lot about the dangers of North Korea, but the real objective of its rearmament is China“ (Johnson 2005).

⁵⁵³ Das vorwiegend amerikanische Ziel der Herstellung einer genuin „pazifischen Gemeinschaft“, institutionalisiert im Rahmen der 1989 gegründeten multilateralen APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation), konnte nicht erreicht werden. Seit 2001 ist die Bedeutung der APEC durch eine Vielzahl bilateraler Abkommen gefährdet, auch die verschiedenartigen kapitalistischen Entwicklungsmodelle der Mitgliedstaaten stehen der Integration im Weg (Ziltener 2004, 1467 ff.).

kann hinsichtlich der Beziehungen zu Japan möglicherweise nicht-intendierte, konfliktrichtige Folgen zeitigen.

Ob sich Chinas geopolitische Ambitionen verwirklichen lassen, bleibt fraglich: Abgesehen von einzelnen Verbindungen im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich sowie in Teilbereichen der Wirtschaft besteht noch wenig Interesse an einer originären politischen Einheit Ostasiens (unter der Führung Chinas). Die Staaten Ostasiens vertreten kaum gemeinsame außenpolitische Positionen, etwa in der Frage der Ressourcensicherung; eher agiert jedes Land für sich allein oder verharrt im Schatten der USA. Die beiden „Kernstaaten“ Ostasiens, China und Japan, sehen in einer ostasiatischen Einheit ein Mittel, um den jeweils eigenen Einfluss in der Region zu vergrößern, ohne dabei, wie in Europa, dem anderen Kernstaat die Perspektive einer analog erfolgenden Machtvergrößerung in Aussicht stellen zu können. Die Vereinigten Staaten hatten und haben, anders als in Europa, kein ernsthaftes Interesse an der Entstehung eines handlungsfähigen Regionalbündnisses, was z.B. an der scharfen Ablehnung der japanischen Initiative zur Schaffung des asiatischen Währungsfonds während der Asienkrise ab 1997 abzulesen war (Dieter 2005, 303 f.).⁵⁵⁴ Eine makro-regionale Konkurrenz zum IWF lief eindeutig den amerikanischen Interessen zuwider. Aus der Sicht der USA befindet man sich mit der Fortführung einer Politik der bilateralen Verhandlungen mit den jeweiligen Ländern in einer stärkeren Position.

Inwieweit die chinesischen Machteliten sich mit der Rolle der Mitregelungsinstanz begnügen und gegenwärtige bzw. zukünftige amerikanische Ambitionen in Ostasien dulden, bleibt eine offene Frage, da es hier um das konfliktrichtige Verhältnis zwischen einem makro-regional aufstrebenden und dem global vorherrschenden Einzelstaat sowie deren Bündnispolitik geht.

⁵⁵⁴ Der US-Dollar wird vermutlich auf absehbare Zeit weiter eine dominante Rolle spielen.

FAZIT

Um die Frage nach der fortdauernden Relevanz weltweiter Konkurrenz- und Konfliktverhältnisse trotz vielgestaltiger Kooperations- und Integrationsprozesse beantworten zu können, wurde in der vorliegenden Arbeit versucht, einen analytischen Rahmen zur Erklärung imperialistischer Politikformen auszuarbeiten und in der Untersuchung konkreter internationaler Entwicklungstendenzen und Kräftekonstellationen zu erproben. Dies geschah im Anschluss an eine theoriegeschichtliche Rekonstruktion historischer Imperialismusdebatten, die imperialistische Phänomene theoretisch-konzeptionell nur unzulänglich zu erfassen vermochten.

Die vorgelegte Argumentation will keine umfassende Theorie internationaler, konfliktträchtiger Vergesellschaftung liefern. Sie erhebt allenfalls den Anspruch, die folgenden Thesen plausibel untermauert zu haben:

1. Die Untersuchung der „horizontalen“ Dimension der kapitalistischen Staatenkonkurrenz im Rahmen einer breit gefassten Kapitalismusanalyse liefert einen unverzichtbaren Ansatzpunkt für eine theoretische Analyse imperialistischer Phänomene.
2. Der konkret-empirischen, von der Konstellation ausgehenden Analyse imperialistischer Politikformen dient ein historisierender Zugang, der eine Periodisierung kapitalistischer Entwicklung in Raum und Zeit vornimmt und die Wirkmacht institutionalisierter Handlungszwänge und -fähigkeiten berücksichtigt.
3. Um der Mannigfaltigkeit sozio-ökonomischer und geopolitischer Konkurrenz- und Konfliktverhältnisse auf der internationalen bzw. inter-gesellschaftlichen Ebene auch und gerade der historischen Phasen nach dem „klassischen Imperialismus“ gerecht zu werden, ist es notwendig, verschiedene Varianten der Geopolitik auszudifferenzieren.

1. Bezogen sich gesellschaftskritische Analysen bislang überwiegend auf die unmittelbar ökonomischen Ursachen imperialistischer Phänomene, so integriert der vorliegende Ansatz die Bedeutung der „horizontalen“ Dimension der kapitalistischen Geopolitik, die Konkurrenzverhältnisse zwischen den Einzelstaaten. Im Gegensatz zu den universalhistorisch argumentierenden und unterkomplexen machttheoretischen Ansätzen des (Neo-)Realismus in der Disziplin der Internationalen Beziehungen werden die einzelstaatlichen Handlungsimperative sowohl historisch als auch hinsichtlich ihrer innergesellschaftlichen Antriebskräfte im Rahmen einer breit gefassten Analyse kapitalistischer Vergesellschaftung und vor dem Hintergrund einer globalen Forschungsperspektive untersucht.

Die Pluralität der Einzelstaaten wird neben den Lohnarbeits-, Konkurrenz- und Geldverhältnissen als ein konstitutives Strukturmerkmal des kapitalistischen Weltsystems angesehen. Der Kapitalismus ist nur als „politische“ Ökonomie angemessen zu konzeptualisieren. Diese beruht auf strukturellen Interdependenzen zwischen ökonomischen und „besonderen“ politischen Instanzen und kann sich nur durch deren wechselseitige Vermittlung reproduzieren. Je einzelne politische Ökonomien materialisieren sich jedoch immer in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Handlungen sozialer Akteure in einer spezifischen und variierenden Art und Weise.

Die strukturelle Bedeutung „vieler“ kapitalistischer Einzelstaaten beruht auf mehreren Faktoren: Die kombinierte und ungleiche, dynamisch-krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung führt entgegen neoklassischer Annahmen nicht zu einer Homogenisierung bzw. Konvergenz auf Weltebene. Es bilden sich eher relativ immobile raum-zeitliche Fixierungen des Kapitals, insbesondere des Produktivkapitals, heraus, die hohe Anforderungen an staatliche Regulierungsapparate stellen. Diese wiederum versuchen, derartige Anforderungen in Abhängigkeit von einer kontinuierlich gelingenden Kapitalakkumulation zu erfüllen. Der Drang zur Raum-Zeit-Kompression (De-Territorialisierung) geht einher mit einer Produktion territorialer Fixierungen, die zu sichern der Einzelstaat, aufgrund seiner spezifischen sozialen, rechtlichen und infrastrukturellen Integrations- und Anpassungsleistungen, besonders geeignet ist. Parallel hierzu bildet der kapitalistische Einzelstaat in einer nicht unmittelbar ökonomisch ableitbaren, sondern auch auf seine Selbsterhaltung bezogenen Weise grundlegende Interessen an der Attraktivität der von ihm gesicherten und angebotenen Standortvorteile aus. Zugleich macht die Notwendigkeit der Schaffung klassenübergreifender Koalitionen zur Herstellung innergesellschaftlicher Kohärenz die Integrationsleistungen der vielen Einzelstaaten erforderlich, wenn diese auch nicht als „National“-Staaten vorgestellt

werden müssen, wie die (schwer zu realisierenden) Versuche der makro-regionalen politischen Integration anzeigen.

Auf Weltebene resultieren hieraus zwei grundlegende, relativ unabhängig voneinander existierende und nicht aufeinander zu reduzierende, jedoch sich zeitweise verschränkende Muster der sozio-ökonomischen sowie der geopolitischen Konkurrenz zwischen Einzelkapitalien bzw. Einzelstaaten: Kapitalbewegungen und kapitalistische Einzelstaaten orientieren sich an verschiedenartigen Kriterien der Reproduktion und bilden daher untereinander ein konstitutives Spannungsverhältnis aus, das regelmäßig divergierende Handlungsstrategien zur Folge hat, so dass ökonomische Interessen sich nicht unvermittelt in Staatshandeln niederschlagen müssen. Die wechselseitige strukturelle Abhängigkeit beider Akteursebenen führt aber immer wieder auch zu kongruenten Handlungsstrategien, die sich unter anderem in der geopolitischen Hilfestellung bei der internationalen Restrukturierung der Kapitalverwertung (in der Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionssphäre) und dem Versuch des Managements der internationalen öffentlichen Sphären ausdrücken. Solche Restrukturierungen sowie die Versuche zur Schaffung einer internationalen Ordnung lassen sich zugleich nicht hinreichend aus einzelnen Profitinteressen erklären, sondern müssen immer auch die Interessen einzelstaatlicher Instanzen in Betracht ziehen (die damit etwa auf die Aufrechterhaltung bzw. Erweiterung ihrer Souveränität und damit ihrer Machtbasis zielen).

Diese Sachverhalte verweisen darauf, dass kapitalistische Geopolitik, der Versuch der Kontrolle von Räumen (auch und gerade, wenn keine direkte territoriale Kontrolle über diese vorliegt), nicht nur durch die *zwischenstaatlichen*, oder erweitert, die *inter-gesellschaftlichen* Kräfteverhältnisse und Spannungen, erklärt werden kann, sondern erst in einer Kombination mit den *innergesellschaftlichen* Prozessen und Kräfteverhältnissen angemessen zu interpretieren ist. Hieraus ergibt sich wiederum eine Unterscheidung zwischen vielfältigen *Varianten* des kapitalistischen Imperialismus.

Aus den vielgestaltigen, komplexen Artikulationen von Kooperations- und Konkurrenzverhältnissen zwischen staatlichen Machtstrategien geht kein glatter, sondern ein durch viele Akteure konflikthaft strukturierter internationaler Raum hervor, der zusätzlich durch inter-gesellschaftliche Beziehungen überlagert wird. Als ein anarchisches, quer zu anderen sozialräumlichen Dimensionen verlaufendes multirelationales Geflecht befördert der Raum des Inter- und Transnationalen nicht intendierte bzw. nicht antizipierte Formen des gewaltförmigen Handelns.

2. In Reaktion auf die Vereinseitigungen sozialwissenschaftlicher Analysen, in denen historische Entwicklungstrends entweder voreilig extrapoliert oder aber in den engen Bezugsrahmen einer kapitalistischen Entwicklungslogik eingeordnet werden, wurde der Versuch unternommen, die kapitalistischen Strukturmerkmale in ihrem historischen Wandel zu analysieren. Dem liegt die in der vorliegenden Arbeit vertretene These zugrunde, der zufolge bei der Erforschung von internationalen Konkurrenz- und Konfliktverhältnissen die sich wandelnden Verbindungen der vier diskutierten kapitalistischen Strukturmerkmale bzw. ihre variierenden historischen Ausprägungen untersucht werden müssen. Strukturelle Dynamiken und Handlungszwänge werden in der historischen Realität in wesentlichem Umfang durch soziale und politische Handlungsstrategien überformt. Eine Theorie (zwischen-)kapitalistischer Sozialkonflikte muss den bewussten Handlungen von Kollektivakteuren Rechnung tragen, auch wenn diese „strukturell“ präformiert sind.

Das macht eine Explikation von historischen Phasen sozio-ökonomischer und geopolitischer Kräfteverhältnisse notwendig. Diese intermediäre Ebene dient dazu, eine unvermittelte Ableitung spezifischer historischer Konstellationen aus den konstitutiven Strukturmerkmalen zu vermeiden. Dabei werden *Weltordnungsphasen* beschrieben und ihre variierenden sozio-ökonomischen und geopolitischen Verlaufsformen dargestellt: die nicht-hegemoniale Phase des „klassischen Imperialismus“ (1870-1945), die Weltordnungsphase des „Supermachts-Imperialismus“ (1945-1989) und die Phase der „neuen Weltordnung“ ab 1989.

Die Differenzierung von abgrenzbaren historischen Weltordnungsphasen – die nicht der herkömmlichen Unterscheidung von wirtschaftlichen Entwicklungsphasen sowie Phasen der Staatlichkeit bzw. des Staatsinterventionismus entsprechen – wird nach Maßgabe von allen Phasen gemeinsamen, aber unterschiedlich ausgeprägten Unterscheidungsmerkmalen vorgenommen. Hinsichtlich der sozio-ökonomischen Dimensionen werden verschiedene Akkumulationstypen, unter anderem extravertierte bzw. intravertierte Akkumulationskreisläufe sowie aufholende bzw. dominante Ökonomien, vor dem Hintergrund (nicht direkt mit der Periodisierung von Weltordnungsphasen korrelierender) weltwirtschaftlicher Akkumulationsrhythmen und Wachstumsraten diskutiert. Ferner informieren inter- bzw. transnationale ökonomische Prozesse (z.B. Ströme von Auslandsdirektinvestitionen und Unternehmensrestrukturierungen) sowie die Unterscheidung von Leitwährungs- von Multiwährungssystemen über die phasenspezifischen Ausprägungen. Dabei lässt sich ein durchhaltender Trend zur krisenhaft-dynamisch verlaufenden, d.h. konfliktträchtigen Entwicklung, trotz erheblicher Modifikationen im institutionellen Aufbau der verschiedenen Kapitalismen, nachweisen, der sich phasenspezifisch durchsetzt.

Hinsichtlich der (geo-)politischen Dimensionen werden weitere Unterscheidungsmerkmale angeführt. Die Transformation von kapitalistischer Einzelstaatlichkeit und geopolitischen Strategien lässt sich vor dem Hintergrund der sich phasenspezifisch verändernden Bedeutung der „Politisierung der Ökonomie“, unter anderem durch sich wandelnde Formen des staatlichen Interventionismus in einem breit verstandenen Sinne auf mehreren räumlichen Ebenen sowie des Mischungsverhältnisses zwischen „harter“ und „weicher“ Geopolitik charakterisieren.

Die Weltordnungsphase des „klassischen Imperialismus“ von 1870 bis 1945, die durch zwei „große“ sozio-ökonomische Krisen und erhebliche Instabilitäten gekennzeichnet war, beruhte auf der Erosion der britischen Quasi-Hegemonie seit 1815, aus der u.a. ein Multiwährungssystem resultierte. Dies begründete eine nicht-hegemoniale Ära, in der rivalisierende Imperialismen das britische Reich herausforderten bzw. untereinander ökonomisch und machtstrategisch konkurrierten. Die Schärfe der Auseinandersetzungen sowie innergesellschaftliche Radikalisierungen eskalierten in Form des Gebrauchs vorwiegend harter Geopolitik.

Die Phase des „Supermächts-Imperialismus“ nach dem Zweiten Weltkrieg war durch eine vergleichsweise stabile sozio-ökonomische Entwicklung gekennzeichnet, wurde allerdings durch eine neuartige, vorwiegend geopolitische Konfrontation überlagert. Die hegemoniale Pax Americana im Westen (die sich in den internationalen politischen Institutionen sowie einem Leitährungsstandard niederschlug) und die stärker auf (repressiver) Dominanz beruhende „Pax Sovietica“ im Osten prägten die Struktur der Weltordnung auch noch im Gefolge der „großen“ Krise der 1970er. Mit Hilfe der typologisierenden Darstellung unterschiedlicher kapitalistischer Weltordnungsphasen und im Rahmen meiner erweiterten Definition kapitalistischer Grundformen gelang es dabei ansatzweise, eine Schwachstelle imperialismustheoretischer Diskurse – die Ausarbeitung eines zufrieden stellenden Erklärungsversuchs des „Systemgegensatzes“ nach 1945 – zu füllen. Dieser wird als Konflikt zweier *kapitalistischer* Weltordnungsmodelle konzeptualisiert, auch wenn deren Herrschaftssysteme verschiedenartig ausgeprägt waren. Aus einer globalen Analyseperspektive stellt der Trend zu bürokratisch-staatskapitalistischen Volkswirtschaften ein zentrales, weltweit unterschiedlich ausgeprägtes Merkmal ab den 1930ern dar. Die extremste Form bildete sich in der Sowjetunion und dem von ihr geführten Ostblock aus, die in modifizierter Weise den Rhythmen der Weltwirtschaft sowie den Kräfteverhältnissen des internationalen Staatensystems ausgesetzt war und sich dieser Konkurrenzlogik auch mit den Mitteln der Geopolitik zu erwehren suchte. Zugleich gelingt es in dieser Perspektive, die

Eindämmung „westlicher“ Staatenkonflikte vor dem Hintergrund des jene Auseinandersetzungen überlagernden Ost-West-Gegensatzes adäquater als historisch (phasen-)spezifische, und nicht zwingend als sich fortschreibende innerwestliche Harmonisierungstendenz zu fassen.

Mit der Phase der „neuen Weltordnung“ ab 1989 und dem Zusammenbruch des Ostblocks, der ein geopolitisches Vakuum hinterließ, wurde die bipolar strukturierte Welt von einer Vorherrschaft der Vereinigten Staaten abgelöst, die diese vor dem Hintergrund von inner- und inter-gesellschaftlichen Konkurrenzverhältnissen, instabilen Märkten und einem veränderten Mischungsverhältnis zwischen harter und weicher Geopolitik nicht in eine erneute, nunmehr globale Hegemonie überführen konnte.

Neuere Tendenzen der Transnationalisierung ökonomischer und anderer sozialer Prozesse, die gegenwärtig vorwiegend zu makro-regionalen Wirtschaftseinheiten mit teilweise politischer Integration führen, bedürfen weiterhin staatlich-institutioneller Regulierung, der Ressourcen der Einzelstaaten, und/oder – bisher in einem geringeren Umfang – inter- oder supranationaler institutioneller Arrangements. Die Weiterentwicklung dieses Trends verbietet ökonomistische Kurzschlüsse: Auch wenn die Einzelkapitalien mehr und mehr „global“ denken und handeln (und sich etwa auf die infrastrukturellen Voraussetzungen mehrerer Staaten gleichzeitig beziehen), werden die Einzelstaaten weiterhin von international wettbewerbsfähigen „einheimischen“ Kapitalien ausgehen müssen und ein Interesse an dauerhaften Beziehungen zu ihnen haben, weil sie sich in einer strukturellen Abhängigkeit gegenüber einer gelingenden Kapitalakkumulation innerhalb ihres Territoriums befinden. Zwar lassen sich Tendenzen zur Transnationalisierung von Machteliten nachweisen, doch handelt es sich eher um fragile Formen von kooperativem inter- und/oder transnationalem sozialem Handeln. Der sozio-ökonomische „Standortwettbewerb“ zwischen den Einzelstaaten trägt daher nach wie vor geopolitisches Konfliktpotential in sich. Wie in der Analyse der Transformation von kapitalistischer Einzelstaatlichkeit und geopolitischen Machtstrategien – die Neukonfigurationen sich überlagernder räumlicher Ebenen mit anstoßen – ergänzend untermauert wird, sind die anarchisch-kontingenten internationalen bzw. inter-gesellschaftlichen Beziehungen nur in geringem Maße institutionell verfestigt, wiewohl es zur Entstehung und Vertiefung internationaler politischer Institutionen kommt. Dieses Netzwerk stellt allerdings einen relativ inkohärenten Regulierungszusammenhang dar. In ihm setzen sich Verdichtungen von Kräfteverhältnissen konfligierender und nur teilweise in einen Kompromiss einzubindender Interessen „zweiter Ordnung“ durch und bleiben immer auch auf einzelgesellschaftliche Kräftekonstellationen bezogen.

3. Es werden in den Diskussionen über die kapitalistische Globalisierung häufig die „zivilisierenden“ Tendenzen und der „Rationalitätszuwachs“ dieses Systems hervorgehoben. Zwar wird mit der Etablierung des Kapitalismus, der Differenzierung in politische Sphäre und Sphäre der ökonomischen Reproduktion, und mit der scheinbaren Aufhebung des für diese Produktionsweise konstitutiven sozialen Abhängigkeitsverhältnisses im privatrechtlichen Vertrag, weltgeschichtlich erstmals die *Vorstellung* möglich, die gesellschaftliche Reproduktion auch ohne die Herrschaft von Menschen über Menschen zu gewährleisten. Die *Wirklichkeit* der kapitalistischen Produktionsweise steht jedoch der Realisierung dieser Vorstellung entgegen. Das Phänomen des kapitalistischen Imperialismus kann auf einer allgemeinen Ebene als die offene oder latente geopolitische Gewaltpraxis von kapitalistischen Einzelstaaten zur Verteidigung, Befestigung bzw. Steigerung ihrer Macht nach außen und mitunter auch nach innen genauso wie zur Unterstützung des Managements der internationalen öffentlichen Sphären vor dem Hintergrund weltweiter ökonomischer Abhängigkeiten und politischer Fragmentierung verstanden werden. Horkheimer/Adorno bezeichnen im Rahmen ihrer Diskussion über instrumentelle Vernunft den „Imperialismus“ dementsprechend als „die furchtbarste Gestalt der *Ratio*“ (Horkheimer/Adorno 1998, 108, Herv. TtB).

Erst wenn der Imperialismusbegriff jedoch historisiert und phasenspezifisch präzisiert wird, liefert er wirklich wertvolle Einsichten in die außenpolitischen Handlungsoptionen der Einzelstaaten im Weltzusammenhang, schützt sowohl vor ökonomistischen als auch universalhistorisch-machttheoretischen Engführungen, und kann zugleich als schwer wiegender Einwand gegenüber idealisierenden Globalisierungs-, Modernisierungs- und Zivilisierungsthesen dienen.

Was in der vorliegenden Arbeit als imperialistische Politikform bzw., genauer, als weiche oder harte Form der Geopolitik zu fassen versucht wird, liegt quer zur klassischen Trennung zwischen politischen und sozio-ökonomischen Phänomenen. Varianten der Geopolitik als Ausdrucksweisen der Regulierung von Konflikten müssen in ihrem sich historisch wandelnden Zusammenhang mit internen und externen Kräfteverhältnissen analysiert werden, die variierenden Inter- bzw. Transnationalisierungs- und „Nationalisierungs“-prozessen bzw. Fixierungen auf einzelstaatlicher Ebene unterliegen. Der Begriff des Imperialismus muss allerdings enger gefasst werden als in früheren Imperialismustheorien. Ökonomische Reichtumstransfers in den „Norden“ durch das Handeln internationaler Konzerne beispielsweise finden in einer durch „imperialistische Kräfteverhältnisse“ strukturierten Weltwirtschaft statt, d.h. aber nicht, dass sich solche Konzerne ihrerseits notwendigerweise

imperialistischer Praktiken bedienen bzw. imperialistische Strukturen selbst durchzusetzen versuchen müssen.

Auf der Ebene des Internationalen werden geopolitische Interessen von Einzelstaaten immer wieder komplementär oder gar in enger Übereinkunft mit anderen Einzelstaaten formuliert und durchgesetzt. Mitunter münden Konkurrenzverhältnisse, die sich in „expliziten“ Konkurrenzstrategien der handelnden Kollektivakteure ausdrücken können, aber auch in zwischenstaatlichen Konflikten. Weil die Intensität des Umgangs mit Konkurrenzen bzw. die Konfliktaustragung variiert, wird in der vorliegenden Arbeit mit einem Konzept gearbeitet, das Formen der internationalen Auseinandersetzungen auf einem Kontinuum anordnet. Dabei soll die Ausdifferenzierung geopolitischer Strategien dazu dienen, die vielschichtigen Konkurrenz- und Konfliktformen unterhalb der Schwelle der offenen Gewaltanwendung oder gar dem zwischenstaatlichen Krieg zu charakterisieren. Dies reicht von den Auseinandersetzungen in den Arenen der inter- und teilweise supranationalen politischen Institutionen, über handels- und währungspolitische Konflikte sowie bestimmten, „weichen“ geopolitischen Maßnahmen wie Sanktionen bis hin zu „harten“ geopolitischen Handlungen und Konfrontationen, die sich in der Androhung militärischer Gewalt bzw. der Zurschaustellung militärischer Kapazitäten präsentieren, die als „diskrete Hintergrundinformation“ über die globalen Kräfteverhältnisse informieren und beispielsweise das Durchsetzungsvermögen in internationalen Institutionen mit bestimmen. Sie können in ihrer Anwendung kulminieren. Dabei bilden militärstrategische und technologische Entwicklungen genauso wie innergesellschaftliche Kräfteverhältnisse einen Rahmen für variierende Optionen militärischer Interventionen. Auch zwischen den stärksten Staaten der Welt kann es zur Anwendung militärischer Macht kommen, in der Regel in indirekter Weise (Stellvertreterkonflikte bzw. -kriege). Aufgrund innergesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, technologischer Zerstörungspotentiale und ökonomischer Interdependenzen ist die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation von Konflikten zwischen den stärksten Staaten in zwischenstaatliche Kriege gegenwärtig als sehr gering einzustufen.

Im Rahmen meines Analyseinstrumentariums werden nicht-antizipierbare ökonomische und/oder hiermit verbundene geopolitische Konflikte als wahrscheinlich angenommen, wiewohl sie in meiner theoretischen Perspektive eines relativ offenen, widersprüchlichen historischen Handlungszusammenhangs nicht genau vorherzusagen sind. Die „Latenz“ der kapitalistischen Geopolitik, d.h. ihre „strukturellen“, sich in den unterschiedlichen Weltordnungsphasen durchhaltenden Ursachen, werden in den historischen Phasen bzw. Konstellationen von politisch-sozialen Kräften modifiziert. Sie bilden sich daher auch vor

dem Hintergrund der Phase der neuen Weltordnung ab 1989 in einer spezifischen Weise aus: Es lassen sich neue Kooperations- und Konkurrenzverhältnisse konstatieren, die in absehbarer Zeit in manifeste Konflikte einmünden können, wie das am Fallbeispiel der aufholenden wirtschaftlichen Entwicklung und des mit diesem Prozess verbundenen makro-regionalen, geopolitischen Aufstiegs Chinas aufgezeigt wurde. Ob die gegenwärtige weltweite, kooperativ-konfliktive Konstellation zukünftig im Rahmen einer amerikanischen Weltordnungspolitik stabil gehalten bzw. stabilisiert werden kann, bleibt offen. Die Vereinigten Staaten sind der einzige Staat, der ein imperiales, d.h. weltweites hegemoniales Projekt verfechten und durchzusetzen versucht. Doch dieser Versuch stößt auf Widerstände. Das trifft abgeschwächt auch auf den Bereich der engeren „transatlantischen Partnerschaft“ zu. Der von amerikanischen Machteliten unterstützte (und von Segmenten anderer Machteliten geteilte) Wunsch nach einem „US-Imperium“ wird von der Realität der geopolitischen Machtrivalitäten im internationalen Staatensystem, der Instabilität der Weltwirtschaft und den Konkurrenzverhältnissen im Bereich der Geld- und Währungsverhältnisse untergraben. „The world is more complex and dangerous than it was during the cold war. The decentralisation of military and political power, and the obduracy of the United States’ ambitions to guide a virtually unlimited number of nations, are a highly inflammable mixture“ (Kolko 2002, 147). Anzeichen einer Militarisierung außen- und teilweise innenpolitischer Beziehungen auch in liberal-demokratischen Gesellschaften können als Beleg dafür dienen.

Abschließend muss auf das Problem hingewiesen werden, dass erst auf der Grundlage umfangreicher empirischer Untersuchungen die spezifische Gewichtung der einzelnen kapitalistischen Strukturmerkmale zueinander, sowohl in einzelnen historischen Phasen als auch und gerade in den konkret-historischen Konstellationen, rekonstruiert werden kann. In der vorliegenden Arbeit werden historische Phasenmerkmale noch eher nebeneinander als in ihrer komplexen Verschränkung bzw. Vermittlung diskutiert, was erst in detaillierten Untersuchungen historischer Phasen und konkret-historischer Konstellationen zu leisten wäre. Zugleich besteht die Herausforderung, auch und gerade einige der theoretischen Fragen, die in dieser Arbeit nur ansatzweise diskutiert wurden (u.a. inter-gesellschaftliche Beziehungen, Formen supranationalen Handelns, staats- und rechtstheoretische Fragen), genauer zu untersuchen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abelshauser, Werner (1999): Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 47. Jg., 4/1999
- Abendroth, Wolfgang (1973): International Relations, Völkerrecht und Außenpolitik als Teildisziplinen der politischen Wissenschaft – ein Disput mit Ernst Otto Czempel, in: Krippendorff, Ekkehard (Hg.) (1973): Internationale Beziehungen, Köln
- Achcar, Gilbert (2000a): The Strategic Triad: USA, China, Russia, in: Ali, Tariq (Hg.) (2000): Masters of the Universe? NATO's Balkan Crusade, London/New York
- Achcar, Gilbert (2000b): Rasputin plays at Chess: How the West Blundered into a New Cold War, in: Ali, Tariq (Hg.) (2000): Masters of the Universe? NATO's Balkan Crusade, London/New York
- Adorno, Theodor W. (1993): Soziologie und empirische Forschung, in: Adorno, Theodor W. / Albert, Hans u.a. (Hg.) (1993): Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, München
- Adorno, Theodor W. (1996a): Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?, in: Adorno, Theodor W. (1996): Gesammelte Schriften, Band 8, Frankfurt/Main
- Adorno, Theodor W. (1996b): Negative Dialektik, in: Adorno, Theodor W. (1996): Gesammelte Schriften, Band 6, Frankfurt/Main
- Adorno, Theodor W. (1996c): Jargon der Eigentlichkeit, in: Adorno, Theodor W. (1996): Gesammelte Schriften, Band 6, Frankfurt/Main
- Adorno, Theodor W. (1996d): Über Statik und Dynamik als soziologische Kategorien, in: Adorno, Theodor W. (1996): Gesammelte Schriften, Band 8, Frankfurt/Main
- Aglietta, Michel (1979): A Theory of Capitalist Regulation. The US-Experience, London
- Agnew, John (2001): The New Global Economy: Time-Space Compression, Geopolitics, and Global Uneven Development, in: Journal of World-Systems Research, Vol. 7, 2/2001, in: jwsr.ucr.edu/archive/vol7/number2/pdf/jwsr-v7n2-agnew.pdf (Zugriff am 3.3.06)
- Agnew, John / Corbridge, Stuart (1995): Mastering Space: Hegemony, Territory and International Political Economy, London/New York
- Albert, Mathias (1994): ‚Postmoderne‘ und Theorie der internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 1/1994
- Albert, Mathias (2004): Weltgesellschaft und Weltstaat, in: Albert, Mathias / Moltmann, Bernhard / Schoch, Bruno (Hg.) (2004): Die Entgrenzung der Politik. Internationale Beziehungen und Friedensforschung, Frankfurt/New York
- Albert, Mathias / Reuber, Paul / Wolkersdorfer, Günter (2003): Kritische Geopolitik, in: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hg.) (2003): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen
- Albo, Greg (2003): The Old and New Economics of Imperialism, in: Panitch, Leo / Leys, Colin (Hg.) (2003): Socialist Register 2004, The New Imperial Challenge, London
- Albritton, Robert / Itoh, Makoto / Westra, Richard / Zuege Alan (Hg.) (2001): Phases of Capitalist Development. Booms, Crises and Globalizations, Houndmills/Basingstoke/Hampshire
- Albrow, Martin (1998): Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im Globalen Zeitalter, Frankfurt/Main

- Alnasseri, Sabah (2004a): Periphere Regulation. Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum, Münster
- Alnasseri, Sabah (2004b): Kriegs- und Enteignungsökonomie als Modus ursprünglicher Akkumulation. Der Fall Irak, in: Alnasseri, Sabah (Hg.): Politik jenseits der Kreuzzüge. Zur aktuellen politischen Situation im Nahen und Mittleren Osten, Münster
- Alnasseri, Sabah (2004c): Die Konstruktion der orientalischen Feindbilder, in: Alnasseri, Sabah (Hg.): Politik jenseits der Kreuzzüge. Zur aktuellen politischen Situation im Nahen und Mittleren Osten, Münster
- Alnasseri, Sabah / Brand, Ulrich / Sablowski, Thomas / Winter, Jens (2001): Raum, Regulation und Periodisierung des Kapitalismus, in: in: Das Argument, 239/2001
- Althusser, Louis / Balibar, Etienne (1972): Das Kapital lesen II, Reinbek bei Hamburg
- Altwater, Elmar (1969): Die Weltwährungskrise, Frankfurt/Wien
- Altwater, Elmar (2001): Vorwort, in: Klenke, Olaf (2001): Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert? Autarke Wirtschaftspolitik versus internationale Weltwirtschaft – das Beispiel Mikroelektronik, Frankfurt/Main
- Altwater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster
- Altwater, Elmar (2006): Die zerstörerische Schöpfung. Kapitalistische Entwicklung zwischen Zivilisierung und Entzivilisierung, in: Prokla, 143/2006
- Altwater, Elmar / Hoffmann, Jürgen / Semmler, Willy (1979): Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik, Berlin
- Altwater, Elmar / Hübner, Kurt (1988): Das Geld einer mittleren Hegemonialmacht – Ein kleiner Streifzug durch die ökonomische Geschichte der BRD, in: Prokla, 73/1988
- Altwater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (1996): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster
- Ambrosius, Gerold (1996): Internationale Wirtschaftsbeziehungen, in: Ambrosius, Gerald / Petzina, Dietmar / Plumpe, Werner (Hg.) (1996): Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen, München
- Amin, Samir (1975): Die ungleiche Entwicklung, Hamburg
- Amin, Samir / Arrighi, Giovanni / Frank, Andre Gunder / Wallerstein, Immanuel (1986): Dynamik der globalen Krise, Opladen
- Anderson, Benedict (1996): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt/New York
- Anderson, Benedict (2001): Western Nationalism and Eastern Nationalism. Is there a difference that matters?, in: New Left Review, II, 9/2001
- Anderson, Perry (1979): Die Entstehung des absolutistischen Staates, Frankfurt/Main
- Anderson, Perry (1981): Von der Antike zum Feudalismus. Spuren der Übergangsgesellschaften, Frankfurt/Main
- Anderson, Perry (2005): Spectrum – from right to left in the world of ideas, London/New York
- Angell, Norman (1910): Die große Täuschung. Eine Studie über das Verhältnis zwischen Militärmacht und Wohlstand der Völker, Leipzig

- Archer, Margaret (1990): Human Agency and Social Structure: A Critique of Giddens, in: Clark, Jon / Modgil, Celia / Modgil, Sohan (Hg.) (1990): Anthony Giddens: Consensus and Controversy, London/New York/Philadelphia
- Arendt, Hannah (1958): Die Ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus, München
- Arendt, Hannah (1976): Über den Imperialismus, in: Arendt, Hannah (1976): Die verborgene Tradition. Acht Essays, Frankfurt/Main
- Arendt, Hannah (2003): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, Frankfurt/Main
- Aron, Raymond (1963): Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt/Main
- Arrighi, Giovanni (1978): The Geometry of Imperialism. The Limits of Hobson's Paradigm, London
- Arrighi, Giovanni (1994): The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times, London/New York
- Arrighi, Giovanni (2002): The African Crises. World Systemic and Regional Aspects, in: New Left Review, II, 15/2002
- Arrighi, Giovanni (2003): Entwicklungslinien des Empire: Transformationen des Weltsystems, in: Atzert, Thomas / Müller, Jost (Hg.) (2003): Kritik der Weltordnung. Globalisierung, Imperialismus, Empire, Berlin
- Arrighi, Giovanni (2005a): Hegemony Unravelling – 1, in: New Left Review, II, 32/2005
- Arrighi, Giovanni (2005b): Hegemony Unravelling – 2, in: New Left Review, II, 33/2005
- Arrighi, Giovanni / Silver, Beverley J. (1999): Conclusion, in: Dies. (1999): Chaos and Governance in the Modern World System, Minneapolis/London
- Arrighi, Giovanni / Moore, Jason W. (2001): Kapitalismus in welthistorischer Sicht, in: Das Argument, 239/2001
- Arrighi, Giovanni / Hui, Po-keung / Hung, Ho-fung / Seldon, Mark (2003): Historical Capitalism, East and West, in: Arrighi, Giovanni / Hamashita, Takeshi / Seldon, Mark (Hg.) (2003): The Resurgence of East Asia. 500, 150 and 50 year perspectives, London/New York
- Ashcroft, Bill / Griffiths, Gareth / Tiffin, Helen (Hg.) (1995): The Post-colonial Studies Reader, London
- Ashman, Sam (2006): From World Market to World Economy, in: Dunn, Bill / Radice, Hugo (Hg.) (2006): 100 Years of Permanent Revolution. Results and Prospects, London
- Ashman, Sam / Callinicos, Alex (2006): Capital accumulation and the State System: Assessing David Harvey's The New Imperialism, in: Historical Materialism. Research in Critical Marxist Theory, Vol. 14, 4/2006
- Asia Pacific Security Survey 2006, Report by Richard W. Baker, East-West Center, Honolulu, in: <http://www.eastwestcenter.org/stored/pdfs/APSS2006Report.pdf> (Zugriff am 15.12.2006)
- Asmus, Ronald D. / Pollack Kenneth M. (2002): Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2002
- Auernheimer, Gustav (2004): Das neue alte Rom oder die USA als Imperium, in: Das Argument, 257/2004
- Bacevich, Andrew J. (2002): American Empire. The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy, Cambridge/London
- Balakrishnan, Gopal (2004): The Age of Warring States, in: New Left Review, II, 26/2004

- Balibar, Etienne (1998): Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie, in: Balibar, Etienne / Wallerstein, Immanuel (1998): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin
- Balibar, Etienne (2001): Gewalt, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 5, Hamburg
- Baran, Paul A. (1966): Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, Neuwied
- Baran, Paul A. / Sweezy, Paul M. (1970): Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Frankfurt/Main
- Barker, Colin (1991): A note on the theory of capitalist states, in: Clarke, Simon (Hg.) (1991): The state debate, Houndmills/London
- Barker, Colin (2006): Beyond Trotsky: Extending Combined and Uneven Development, in: Dunn, Bill / Radice, Hugo (Hg.) (2006): 100 Years of Permanent Revolution. Results and Prospects, London
- Barratt Brown, Michael (1972): Essays on Imperialism, Nottingham
- Beck, Ulrich (1998): Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? – Eine Einleitung, in: Beck, Ulrich (Hg.) (1998): Politik der Globalisierung, Frankfurt/Main
- Beck, Ulrich (2003): Pax Americana, Pax Europeana, in: Speck, Ulrich / Sznajder, Natan (Hg.) (2003): Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung, München
- Beck, Ulrich (2004): Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden, Frankfurt/Main
- Becker, David G. / Frieden, Jeff / Schatz, Sayre P. / Sklar, Richard L. (1987): Postimperialism. International Capitalism and Development in the Twentieth Century, London
- Becker, Joachim (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie, Marburg
- Beisheim, Marianne / Dreher, Sabine / Walter, Gregor / Zangl, Bernhard / Zürn, Michael (1999): Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung, Baden-Baden
- Benhabib, Seyla (1998): Hannah Arendt – Die melancholische Denkerin der Moderne, Hamburg
- Benjamin, Walter (1978): Über den Begriff der Geschichte, in: Ders. (1978): Gesammelte Schriften, I. 2, Frankfurt/Main
- Benz, Arthur (2002): Politische Steuerung in lose gekoppelten Mehrebenensystemen, in: Werle, Raymund / Schimank, Uwe (Hg.) (2000): Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit, Frankfurt/New York
- Bertram, Christopher (1990): International Competition in Historical Materialism, in: New Left Review, 183/1990
- Bidet, Jacques (1991): Für eine metastrukturelle Theorie der Moderne, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 39. Jg., 12/1991
- Bichler, Shimshon / Nitzan, Jonathan (2004): Dominant Capital and the New Wars, in: Journal of World-Systems Research, Vol. 10, 2/2004, in: <http://jwsr.ucr.edu/archive/vol10/number2/pdf/jwsr-v10n2-bandn.pdf> (Zugriff am 3.3.06)
- Biel, Robert (2000): The new Imperialism: Crisis and Contradictions in North/South relations, London/New York
- Bieler, Andreas / Morton, Adam David (2001): The Gordian Knot of Agency-Structure in International Relations: A Neo-Gramscian Perspective, in: European Journal of International Relations, Vol. 7, 1/2001

- Bieler, Andreas / Morton, Adam David (2003): Neo-Gramscianische Perspektiven, in: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hg.) (2003): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen
- Bieling, Hans-Jürgen (2004): Europäische Integration: Determinanten und Handlungsmöglichkeiten, in: Beerhorst, Joachim / Demirovic, Alex / Guggemos, Michael (Hg.) (2004): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/Main
- Bieling, Hans-Jürgen (2005): Die Europäische Union: eine neue Supermacht mit imperialen Ambitionen?, in: Prokla, 139/2005
- Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hg.) (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster
- Bieling, Hans-Jürgen / Lerch, Marika (Hg.) (2005): Theorien der europäischen Integration, Wiesbaden
- Biermann, Werner / Klönne, Arno (2005): Kapital-Verbrechen. Zur Kriminalgeschichte des Kapitalismus, Köln
- Blaschke, Jochen (Hg.) (1983): Perspektiven des Weltsystems: Materialien zu Immanuel Wallersteins, 'Das moderne Weltsystem', Frankfurt/Main und New York
- Bloch, Ernst (1971): Recht – Moral – Staat, Pfullingen
- Block, Fred (1994): The Roles of the State in the Economy, in: Smelser, Neil / Swedberg, Richard (Hg.) (1994): Handbook of Economic Sociology, Princeton
- Block, Fred / Evans, Peter (2005): The State and the Economy, in: Smelser, Neil / Swedberg, Richard (Hg.) (2005): Handbook of Economic Sociology, 2nd edition, Princeton
- Boccarda, Paul u.a. (1973): Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/Main
- Boeckh, Andreas (1993): Entwicklungstheorien: Eine Rückschau, in: Nohlen, Dieter / Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt 1. Grundprobleme, Theorien, Strategien, Bonn
- Bohle, Dorothee (2002): Europas neue Peripherie: Polens Transformation und transnationale Integration, Münster
- Bonacker, Thorsten (2005): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien – Einleitung und Überblick, in: Bonacker, Thorsten (Hg.) (2005), Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien, Wiesbaden
- Bond, Patrick (2004): Bankrupt Africa: Imperialism, Sub-Imperialism and the Politics of Finance, in: Historical Materialism. Research in Critical Marxist Theory, Vol. 12, 4/2004
- Bourdieu, Pierre (1979): Entwurf einer Theorie der Praxis, Frankfurt/Main
- Bourdieu, Pierre (1992): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital, in: Bourdieu, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg
- Bourdieu, Pierre (1997): Der Tote packt den Lebenden. Schriften zu Politik & Kultur 2, Hamburg
- Bourrinet, Philippe (2003): Victor Serge: Totalitarismus und Staatskapitalismus. Sozialistische Dekonstruktion und kollektivistischer Humanismus, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Band 17/2003, Fernwald/Annerod
- Boyer, Robert (2000): Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism? A preliminary analysis, in: Economy and Society, Vol. 29, 1/2000
- Brand, Ulrich (2004): Kritische Theorie der Nord-Süd-Verhältnisse. Krisenexternalisierung, fragmentierte Hegemonie und die zapatistische Herausforderung, in: Beerhorst, Joachim / Demirovic, Alex / Guggemos, Michael (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt

- Brand, Ulrich (2006): Die politische Form der Globalisierung. Politische Institutionen und soziale Kräfte im internationalisierten Staat, Habilitationsschrift, eingereicht an der Universität Kassel
- Brand, Ulrich / Brunnengräber, Achim / Schrader, Lutz / Stock, Christian / Wahl, Peter (2000): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?, Münster
- Brand, Ulrich / Demirovic, Alex / Görg, Christoph / Hirsch, Joachim (Hg.) (2001): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster
- Brenner, Neil (1994): Foucault's new functionalism, in: *Theory and Society*, 23, 5/1994, hier: <http://sociology.fas.nyu.edu/docs/IO/222/Brenner.TS.1994.pdf> (Zugriff am 6.2.06)
- Brenner, Neil (1997a): Globalisierung und Reterritorialisierung: Städte, Staaten und die Politik der räumlichen Redimensionierung im heutigen Europa, in: *WeltTrends*, 17/1997
- Brenner, Neil (1997b): Global, fragmented, hierarchical: Henri Lefebvre's geographies of globalization, in: *Public Culture*, 10, 1/1997, hier: <http://sociology.fas.nyu.edu/docs/IO/222/1997.Brenner.Public.Culture.pdf> (Zugriff am 6.2.06)
- Brenner, Neil (1999): Beyond state-centrism? Space, territoriality and geographical scale in globalization studies, in: *Theory and Society*, 28, 2/1999, hier: <http://sociology.fas.nyu.edu/docs/IO/222/1999.Brenner.TS.pdf> (Zugriff am 6.2.06)
- Brenner, Neil (2001): State theory in the political conjuncture: Henri Lefebvre's 'Comments on a new state form', in: *Antipode* 33, 5/2001, hier: <http://sociology.fas.nyu.edu/docs/IO/222/2001.Brenner.ANTIPODE1.pdf> (Zugriff am 6.2.06)
- Brenner, Neil (2004): Urban governance and the production of new state spaces in western Europe, 1960-2000, in: *Review of International Political Economy*, Vol. 11, 3/2004
- Brenner, Neil / Jessop, Bob / Jones, Martin / MacLeod, Gordon (2003) (Hg.): *State/Space: A Reader*, Oxford/Boston
- Brenner, Robert (1977): The Origins of Capitalist Development: A Critique of Neo-Smithian Marxism, in: *New Left Review*, 104/1977
- Brenner, Robert (1983): Das Weltsystem. Theoretische und historische Perspektiven, in: Blaschke, Jochen (Hg.) (1983): *Perspektiven des Weltsystems: Materialien zu Immanuel Wallersteins 'Das moderne Weltsystem'*, Frankfurt/New York
- Brenner, Robert (1986): The Social Basis of Economic Development, in: Roemer, John (Hg.) (1986): *Analytical Marxism*, Cambridge
- Brenner, Robert (1998): The Economics of Global Turbulence. A Special Report on the World Economy, 1950-98, in: *New Left Review*, 229/1998
- Brenner, Robert (2003): *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*, Hamburg
- Brenner, Robert (2004): Neuer Boom oder neue Bubble? Ist der gegenwärtige Aufschwung der US-Wirtschaft eine Seifenblase?, in: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, 4/2004
- Brenner, Robert (2006): *The Economics of Global Turbulence. The Advanced Capitalist Economies from Long Boom to Long Downturn, 1945-2005*, London/New York
- Brenner, Robert / Glick, Mark (1991): The Regulation Approach: Theory and History, in: *New Left Review*, 188/1991
- Brewer, Anthony (1990): *Marxist Theories of Imperialism. A Critical Survey*. London/New York
- Brock, Lothar (1993): Im Umbruch der Weltpolitik, in: *Leviathan*, 21. Jg., 2/1993

- Brock, Lothar (1996): Nord-Süd-Politik, in: Knapp, Manfred / Krell, Gerd (Hg.) (1996): Einführung in die internationale Politik, München
- Brock, Lothar (2006): Kriege der Demokratien. Eine Variante des Demokratischen Friedens, in: Geis, Anna (Hg.) (2006a): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, Baden-Baden
- Brock, Lothar / Hessler, Stephan (2005): Normen in der internationalen Politik: Geschichte, Bestimmungsfaktoren und Wirksamkeit, in: Behrens, Maria (Hg.) (2005): Globalisierung als politische Herausforderung, Wiesbaden
- Bröckling, Ulrich (2000): Am Ende der großen Kriegserzählungen? Zur Genealogie der „humanitären Intervention“, in: Mittelweg 36, 9. Jg., 4-5/2000
- Bromley, Simon (1995): Rethinking International Political Economy, in: MacMillan, John / Linklater, Andrew (Hg.) (1995): Boundaries in Question. New Directions in International Relations, London/New York
- Bromley, Simon (2005): The United States and the Control of World Oil, in: Government and Opposition, Vol. 40, 2/2005
- Brummer, Klaus (2005): Konfliktbearbeitung durch internationale Organisationen, Wiesbaden
- Bryan, Dick (1995): The Chase across the Globe: International Accumulation and the Contradictions for Nation States, Boulder/Oxford
- Bryan, Dick (2001): Global accumulation and accounting for national economic identity, in: Review of Radical Political Economics, 33/2001
- Bryan, Dick / Rafferty, Michael (2006): Capitalism with Derivatives. A Political Economy of Financial Derivatives, Capital and Class, Basingstoke
- Brzezinski, Zbigniew (1997): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt/Main
- Brzoska, Michael (1989): Militärisch-industrieller Komplex in der Bundesrepublik und Rüstungsexportpolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 40. Jg., 8/1989
- Bucharin, Nikolai (1925): Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals, in: Unter dem Banner des Marxismus, 1. Jg., 1925, Wien/Berlin
- Bucharin, Nikolai (1969): Imperialismus und Weltwirtschaft, Berlin
- Buckel, Sonja (2003): Global 'Non-State' – Überlegungen für eine materialistische Theorie des transnationalen Rechts, in: Buckel, Sonja / Dackweiler, Regina / Noppe, Ronald (Hg.) (2003): Formen und Felder politischer Intervention. Zur Relevanz von Staat und Steuerung, Münster
- Bull, Hedley (1977): The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics, London
- Bull, Hedley (1985): Die anarchische Gesellschaft, in: Kaiser, Karl / Schwarz, Hans-Peter (Hg.) (1985): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Bonn/Stuttgart
- Burawoy, Michael / Krotov, Pavel (1992): Der Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus in der früheren Sowjetunion: Arbeiterkontrolle und Bargaining in der Ökonomie, in: Prokla, 89/1992
- Burnham, Peter (1991): Neo-Gramscian Hegemony and the International Order, in: Capital & Class, 45/1991
- Burnham, Peter (2001): Marx, international political economy and globalisation, in: Capital & Class, 75/2001

- Burnham, Peter (2002): Class struggle, states and the global circuits of capital, in: Rupert, Mark / Smith, Hazel (Hg.) (2002): Historical Materialism and Globalization, London/New York
- Burns, Nicholas (2005): Eine transatlantische Agenda für das kommende Jahr, in: <http://vienna.usembassy.gov/de/policy/burns1.htm> (Zugriff am 14.9.2006)
- Busch, Klaus (1974): Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals, Frankfurt/Main
- Busch, Klaus (1978): Die Krise der Europäischen Gemeinschaft, Köln/Frankfurt
- Busch, Klaus (1981): Internationale Arbeitsteilung und Internationalisierung des Kapitals. Bemerkungen zur neueren französischen Weltmarktdiskussion, in: Leviathan, 1/1981
- Caglar, Gazi (1997): Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen. Der Westen gegen den Rest der Welt, München
- Callinicos, Alex (1995): Theories and Narratives. Reflections on the Philosophy of History, Cambridge
- Callinicos, Alex (2001a): Periodizing Capitalism and Analyzing Imperialism, in: Albritton, Robert / Itoh, Makoto / Westra, Richard / Zuege Alan (Hg.) (2001): Phases of Capitalist Development. Booms, Crises and Globalizations, Houndmills/Basingstoke/Hampshire
- Callinicos, Alex (2001b): Plumbing the Depths: Marxism and the Holocaust, in: The Yale Journal of Criticism, Vol. 14, 2/2002
- Callinicos, Alex (2002): Marxism and Global Governance, in: Held, David / McGrew, Anthony (Hg.) (2002a): Governing Globalization. Power, Authority and Global Governance, Cambridge
- Callinicos, Alex (2003): The New Mandarins of American Power, Cambridge
- Callinicos, Alex (2004): Making History. Agency, Structure and Change in Social Theory, Leiden/Boston
- Callinicos, Alex (2005): Epoch and Conjuncture in Marxist Political Economy, in: International Politics, 42/2005
- Callinicos, Alex (2006): The Resources of Critique, Cambridge
- Cammack, Paul (2004): ‚Signs of the Times‘: Capitalism, Competitiveness and the New Face of Empire in Latin America, in: Panitch, Leo / Leys, Colin (Hg.) (2004): Socialist Register 2005, The Empire Reloaded, London/New York/Halifax
- Candeias, Mario (2004a): Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik, Hamburg
- Candeias, Mario (2004b): Internationale Arbeitsteilung, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 6/II, Hamburg
- Candeias, Mario / Deppe, Frank (2001): Welcher Kapitalismus?, in: Candeias, Mario / Deppe, Frank (Hg.) (2001): Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime – Shareholder Society – Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie, Hamburg
- Carchedi, Guglielmo (2001): For Another Europe. A Class Analysis of European Economic Integration, London/New York
- Cardoso, Fernando Henrique (1974): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1974): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt/Main
- Carr, Edward H. (1948): The Twenty Years' Crises 1919-1939. An introduction to the study of international relations, London

- Castells, Manuel (2001): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1 der Trilogie. Das Informationszeitalter, Opladen
- Castoriadis, Cornelius (1981): *Devant la guerre*, Paris
- Castoriadis, Cornelius (1988a): The Concentration of the Forces of Production, in: Ders. (1988): *Political and Social Writings*, Volume 1, Minneapolis
- Castoriadis, Cornelius (1988b): The Relations of Production in Russia, in: Ders. (1988): *Political and Social Writings*, Volume 1, Minneapolis
- Castoriadis, Cornelius (1988c): The Yugoslavian Bureaucracy, in: Ders. (1988): *Political and Social Writings*, Volume 1, Minneapolis
- Castoriadis, Cornelius (1988d): The Situation of Imperialism and Proletarian Perspectives, in: Ders. (1988): *Political and Social Writings*, Volume 1, Minneapolis
- Castoriadis, Cornelius (1988e): The Role of Bolshevik Ideology in the Birth of the Bureaucracy, in: Ders. (1988): *Political and Social Writings*, Volume 3, Minneapolis
- Castoriadis, Cornelius (2001): Die "Rationalität" des Kapitalismus, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit*, Band 16/2001, Fernwald/Annerod
- Chase-Dunn, Christopher (2005): Social Evolution and the Future of World Society, in: *Journal of World-Systems Research*, Vol. 11, 2/2005, in: <http://jwsr.ucr.edu/archive/vol11/number2/pdf/jwsr-v11n2-chasedunn.pdf> (Zugriff am 12.3.06)
- Chase-Dunn, Christopher / Podobnik, Bruce (1999): *The Next World War: World-System Cycles and Trends*, in: Bornschieer, Volker / Chase-Dunn, Christopher (Hg.) (1999), *The Future of Global Conflict*, London
- Chattopadhyay, Paresh (1994): *The Marxian Concept of Capital and the Soviet Experience. Essays in the Critique of Political Economy*, Westport
- Chattopadhyay, Paresh (2004): The Soviet Question and Marx Revisted. A Reply to Mike Haynes, in: *Historical Materialism. Research in Critical Marxist Theory*. Vol. 12, 2/2004
- Chen, Chuan (2006): Chinas neue Sicherheitsdoktrin, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/2006
- Chesnais, Francois (2004): Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite, in: Zeller, Christian (Hg.) (2004): *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster.
- Chibber, Vivek (2004): The Return of Imperialism to Social Science, in: *Archives de Européennes de Sociologie - The European Journal of Sociology*, Vol. 45, 3/2004
- Chilcote, Ronald H. (Hg.) (2000): *Imperialism. Theoretical directions*, New York
- Chinn, Menzie / Frankel, Jeffrey A. (2005): Will the Euro Eventually Surpass the Dollar as Leading International Reserve Currency?, in: <http://ksghome.harvard.edu/~jfrankel/CASeures05may2+schsuez.doc> (Zugriff am 16.6.06)
- Cho, Hyekyung (2005): Chinas langer Marsch in den Kapitalismus, Münster
- Cho, Hyekyung (2006): Chinas Weg zum Staatskapitalismus, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 67/2006
- Chojnacki, Sven (2004): Demokratien und Krieg: Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001, in: Schweitzer, Christine / Aust, Björn / Schlotter, Peter (Hg.) (2004): *Demokratien im Krieg*, Baden-Baden

- Chojnacki, Sven (2006): Kriege im Wandel. Eine typologische und empirische Bestandsaufnahme, in: Geis, Anna (Hg.) (2006a): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, Baden-Baden
- Chomsky, Noam (2000): Der Neue Militärische Humanismus. Lektionen aus dem Kosovo, Zürich
- Ciccantell, Paul S. / Bunker, Stephen G. (2004): The Economic Ascent of China and the Potential for Restructuring the Capitalist World-Economy, in: Journal of World-Systems Research, Vol. 10, 3/2004
- Clarke, Simon (1990): Crisis of Socialism or Crisis of the State?, in: Capital & Class, 42/1990
- Clarke, Simon (Hg.) (1991): The State Debate, London
- Cliff, Tony (1975): Staatskapitalismus in Russland. Eine marxistische Analyse, Frankfurt/Main
- Cohen, Benjamin J. (2000): The Geography of Money, Ithaka/London
- Cohen, S.B. (2003): Geopolitical realities and United States foreign policy, in: Political Geography, Vol. 22, 1/2003
- Colás, Alejandro (2002): The class politics of globalisation, in: Rupert, Mark / Smith, Hazel (Hg.) (2002): Historical Materialism and Globalization, London/New York
- Colás, Alejandro (2005): Imperious civility: violence and the dilemmas of global civil society, in: Contemporary Politics, Vol. 11, 2-3/2005
- Collinson, Simon / Rugman, Alan M. (2005): Japanese Business is Regional, not Global, in: <http://www.kelley.iu.edu/rugman/Papers-books/Web%20Papers/Japanese%20Business%20is%20Regional.doc> (Zugriff am 13.1.06)
- Conert, Hansgeorg (1998): Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie, Münster
- Cox, Michael (2005): Beyond the West: Terrors in Transatlantia, in: European Journal of International Relations, Vol. 11, 2/2005
- Cox, Michael (2006): Let's Argue about the West: Reply to Vincent Pouliot, in: European Journal of International Relations, Vol. 12, 1/2006
- Cox, Robert W. (1987): Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History, New York
- Cox, Robert W. (1991): "Real socialism" in historical perspective, in: Miliband, Ralph / Panitch, Leo (Hg.): Socialist Register 1991: Communist Regimes – the Aftermath, London
- Cox, Robert W. (1993): Structural issues of global governance: implications for Europe, in: Gill, Stephen (Hg.) (1993): Gramsci, historical materialism and international relations, Cambridge
- Cox, Robert W. (1998a): Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der 'Internationalen Politischen Ökonomie', Marburg
- Cox, Robert W. (1998b): Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen: Jenseits der Theorie Internationaler Beziehungen, in: Ders. (1998a): Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der Internationalen Politischen Ökonomie, Marburg
- Cox, Robert W. (1998c): Gramsci, Hegemonie und Internationale Beziehungen: Ein Aufsatz zur Methode, in: Ders. (1998a): Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der Internationalen Politischen Ökonomie, Marburg

- Cox, Robert W. (1998d): Multilateralismus und Weltordnung, in: Ders. (1998a): Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der Internationalen Politischen Ökonomie, Marburg
- Cox, Robert W. / Schechter, Michael G. (2002): The Political Economy of a Plural World, London
- Cremer, Uli (2006): Kampf der Giganten? Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen, in: Pflüger, Tobias / Wagner, Jürgen (Hg.) (2006): Welt-Macht EUropa. Auf dem Weg in weltweite Kriege, Hamburg
- Czempiel, Ernst-Otto (1965): Die Entwicklung der Lehre von den Internationalen Beziehungen, in: Politische Vierteljahreszeitschrift, 3/1965
- Czempiel, Ernst-Otto (1981): Internationale Politik. Ein Konfliktmodell, Paderborn/München/Wien
- Czempiel, Ernst-Otto (1992): Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, München
- Czempiel, Ernst-Otto (1996a): Internationale Beziehungen: Begriff, Gegenstand und Forschungsabsicht, in: Knapp, Manfred / Krell, Gerd (Hg.) (1996): Einführung in die internationale Politik, München
- Czempiel, Ernst-Otto (1996b): Die USA und Westeuropa: Asymmetrie, Interdependenz, Kooperation, in: Knapp, Manfred / Krell, Gerd (Hg.) (1996): Einführung in die internationale Politik, München
- Czempiel, Ernst-Otto (1996c): Kants Theorem und die zeitgenössische Theorie der internationalen Beziehungen, in: Lutz-Bachmann, Mathias / Bohman, James (Hg.) (1996): Frieden durch Recht: Kants Friedensidee und das Problem einer neuen Weltordnung, Frankfurt/Main
- Czempiel, Ernst-Otto (1997): Alle Macht dem Frieden, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1997): Frieden machen, Frankfurt/Main
- Czempiel, Ernst-Otto (1998): Friedensstrategien. Eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga, Opladen/Wiesbaden
- Czempiel, Ernst-Otto (2003): Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, München
- Daalder, Ivo / Goldgeier, James (2006); Global NATO, in: Foreign Affairs, Vol. 85, 5/2006
- Daase, Christopher (1999): Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert, Baden-Baden
- Dahrendorf, Ralf (1963): Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München
- Dale, Gareth (2004): Between State Capitalism and Globalisation. The Collapse of the East German Economy, Bern
- Davis, Mike (1978): „Fordism“ in Crises: a review of Michel Aglietta's Régulation et crises: L'expérience des Etats-Unis, in: Review, Vol. II, 2/1978
- Davis, Mike (2004): Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter, Berlin/Hamburg/Göttingen
- Davydov, Andrei (2005): China in U.S. Contemporary Foreign Policy Strategy, in: Far Eastern Affairs, Vol. 33, 3/2005
- Decker, Claudia / Mildner, Stormy (2005): Die USA und EU auf Kollisionskurs? Neue Entwicklungen in den transatlantischen Handelsbeziehungen, in: Jäger, Thomas / Höse, Alexander / Oppermann, Kai (Hg.) (2005): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit, Wiesbaden
- Demirovic, Alex (1987): Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung, Hamburg/Berlin

- Demirovic, Alex (1997): *Demokratie und Herrschaft: Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*, Münster
- Demirovic, Alex (Hg.) (2001): *Komplexität und Emanzipation. Kritische Gesellschaftstheorie und die Herausforderung der Systemtheorie Niklas Luhmanns*, Münster
- Deppe, Frank (1999): *Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge*, Hamburg
- Deppe, Frank (2003): *Politisches Denken zwischen den Weltkriegen*, Hamburg
- Deppe, Frank (2004): *Habermas' Manifesto for a European Renaissance: A Critique*, in: Panitch, Leo / Leys, Colin (Hg.) (2004): *Socialist Register 2005, The Empire reloaded*, London/New York/Halifax
- Deppe, Frank (2006): *Politisches Denken im Kalten Krieg. Teil 1: Die Konfrontation der Systeme*, Hamburg
- Deppe, Frank / Heidbrink, Stephan / Salomon, David / Schmalz, Stefan / Schoppengerd, Stefan / Solty, Ingar (2004): *Der neue Imperialismus*, Heilbronn
- Deppe, Rainer / Hoß, Dietrich (1989): *Arbeitspolitik im Staatssozialismus. Zwei Varianten: DDR und Ungarn*, Frankfurt/New York
- Derrida, Jacques (2004): *Marx & Sons*, Frankfurt/Main
- Deudney, Daniel (2000): *Geopolitics as Theory: Historical Security Materialism*, in: *European Journal of International Relations*, Vol. 6, 1/2000
- Deutsche Bundesbank (2005): *Kapitalverflechtung mit dem Ausland*, Statistische Sonderveröffentlichung 10 der Deutschen Bundesbank, Frankfurt 2005, in: http://www.bundesbank.de/stat/download/stat_sonder/statso10.pdf (Zugriff am 19.4.06)
- Deutschmann, Christoph (1973): *Der linke Keynesianismus*, Frankfurt
- Dieter, Heribert (2003): *Die Demontage der multilateralen Wirtschaftsordnung durch die Dritte Welle des Regionalismus*, in: *Prokla* 133/2003
- Dieter, Heribert (2005): *Die Zukunft der Globalisierung. Zwischen Krise und Neugestaltung*, Baden-Baden
- Diner, Dan (1993): *Weltordnungen. Über Geschichte und Wirkung von Recht und Macht*, Frankfurt/Main
- Dobb, Maurice (1953): *Political Economy and Capitalism. Some Essays in Economic Tradition*, London
- Dobb, Maurice (1970): *Entwicklung des Kapitalismus. Vom Spätfeudalismus bis zur Gegenwart*, Köln/Berlin
- Dobb, Maurice (1984): *Eine Erwiderung*, in: Sweezy, Paul / Dobb, Maurice / Kohachiro, Takahashi / Hilton, Rodney / Hill, Christopher / Lefebvre, Georges / Procacci, Giuliano / Hobsbawm, Eric / Merrington, John (1984): *Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus*, Frankfurt/Main
- Donnelly, Jack (2006): *Sovereign Inequalities and Hierarchy in Anarchy: American Power and International Society*, in: *European Journal of International Relations*, Vol. 12, 2/2006
- dos Santos, Theotonio (1976): *Über die Struktur der Abhängigkeit*, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1976): *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*, Frankfurt
- Duffield, Mark (2001): *Global Governance and the New Wars. The Merging of Development and Security*, London/New York
- Duménil, Gérard / Lévy, Dominique (2001): *Periodizing Capitalism: Technology, Institutions and Relations of Production*, in: Albritton, Robert / Itoh, Makoto / Westra, Richard / Zuege Alan (Hg.) (2001): *Phases of Capitalist Development. Booms, Crises and Globalizations*, Houndmills/Basingstoke/Hampshire

- Duménil, Gérard/ Lévy, Dominique (2002): Das Wesen und die Widersprüche des Neoliberalismus, in: Aglietta, Michel/ Bischoff, Joachim/ Boccara, Paul/ Haug, Wolfgang F./ Hufschmid, Jörg/ Wallerstein, Immanuel u.a. (2002): Umbau der Märkte. Akkumulation – Finanzkapital – Soziale Kräfte, Hamburg
- Duménil, Gérard / Lévy, Dominique (2004a): Capital Resurgent. Roots of the Neoliberal Revolution, Cambridge/London
- Duménil, Gérard / Lévy, Dominique (2004b): The economics of US imperialism at the turn of the 21st century, in: Review of International Political Economy, Vol. 11, 4/2004
- Duménil, Gérard / Lévy, Dominique (2006): Imperialism in the Neoliberal Era: Argentina's Reprieve and Crises, in: <http://www.jourdan.ens.fr/levy> (Zugriff am 8.6.06)
- Durkheim, Emile (1988): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt/Main
- Eichengreen, Barry (2000): Vom Goldstandard zum Euro. Die Geschichte des internationalen Währungssystems, Berlin
- Ehlers, Kai (2006): Reicht Europa bis nach Kasachstan?, in: Pflüger, Tobias / Wagner, Jürgen (Hg.) (2006): Welt-Macht EUropa. Auf dem Weg in weltweite Kriege, Hamburg
- Elsenhans, Hartmut (1979): Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1979): Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt/Main
- Engels, Friedrich (1968a): Engels an Nikolai Franzewitsch Danielson, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich (1968): Marx-Engels-Werke, Band 38, Berlin
- Engels, Friedrich (1968b): Engels an Max Oppenheim, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich (1968): Marx-Engels-Werke, Band 38, Berlin
- Eppler, Erhard (2002): Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung von Gewalt, Frankfurt/Main
- Ernst, Dieter (2006): Innovation Offshoring. Asia's Emerging Role in Global Innovation Networks, Honolulu
- Ernst, Dieter / Ravenhill, John (2001): Convergence and Diversity. How globalization reshapes Asian production networks, in: Borrus, Michael / Ernst, Dieter / Haggard, Stephan (Hg.) (2001): International Production Networks in Asia: rivalry or riches?, London/New York
- Esser, Josef (1998): Der kooperative Staat – systemtheoretisch gewendet, in: Soziologische Revue, 21. Jg., 3/1998
- Esser, Josef (1999): Der kooperative Nationalstaat im Zeitalter der „Globalisierung“, in: Döring, Diether (Hg.) (1999): Sozialstaat in der Globalisierung, Frankfurt/Main
- Eucken, Walter (1950): Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin/Göttingen/Heidelberg
- Ferdowski, Mir A. (1996): Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg. Dimensionen - Ursachen – Perspektiven, in: Knapp, Manfred / Krell, Gerd (Hg.) (1996): Einführung in die internationale Politik, München
- Ferguson, Niall (2004): Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht, Berlin
- Ferguson, Niall (2006): The Next War of the World, in: Foreign Affairs, Vol. 85, 5/2006
- Flaherty, Patrick (1992): Cycles and Crises in Statist Economies, in: Review of Radical Political Economics, Vol. 24, 3/1992

- Foot, Rosemary (2006): Chinese strategies in a US-hegemonic global order: accommodating and hedging, in: *International Affairs*, Vol. 82, 1/2006
- Foster, John Bellamy (2002): The Rediscovery of Imperialism, in: <http://www.monthlyreview.org/1102jbf.htm> (Zugriff am 12.3.2003)
- Frank, Andre Gunder (1969): *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt/Main
- Frankel, Jeffrey A. (2004): The World Trading System and Implications of External Opening, in: <http://ksghome.harvard.edu/~jfrankel/currentpubsspeeches.htm#On%20Globalization%20and%20Trade> (Zugriff am 16.6.06)
- Frankel, Jeffrey A. (2005): What's Ahead: Decade of the Dollar, the Euro, or the RMB?, in: [http://ksghome.harvard.edu/~jfrankel/AthensDecade\\$euroRMB-J.doc](http://ksghome.harvard.edu/~jfrankel/AthensDecade$euroRMB-J.doc) (Zugriff am 16.6.06)
- Frankel, Jeffrey A. (2006): Could the Twin Deficits Jeopardize US Hegemony?, in: <http://ksghome.harvard.edu/~jfrankel/SalvatoreDeficitsHegemonJan26ref.pdf> (Zugriff am 16.6.06)
- Freeman, Alan (2004): The Inequality of Nations, in: Freeman, Alan / Kagarlitsky, Boris (Hg.) (2004): *The Politics of Empire. Globalisation in Crises*, London
- Freeman, Alan / Kagarlitsky, Boris (2004): Introduction: World Empire – or a World of Empires?, in: Freeman, Alan / Kagarlitsky, Boris (Hg.) (2004): *The Politics of Empire. Globalisation in Crises*, London
- Fröbel, Folker / Heinrichs, Jürgen / Kreye, Otto / Sunkel, Osvaldo (1974): Internationalisierung von Arbeitskraft, in: Kreye, Otto (Hg.) (1974): *Multinationale Konzerne. Entwicklungstendenzen im kapitalistischen System*, München
- Fröbel, Folker / Heinrichs, Jürgen / Kreye, Otto (1977): *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*, Reinbek
- Fuchs, Dieter (1999): Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: Soziale Integration, Sonderheft 39/1995*
- Fues, Thomas / Messner, Dirk (2003): Die Beziehungen zwischen Nord und Süd im Schatten der Irak-Krise: Perspektiven kooperativer Weltpolitik nach der Johannesburg-Konferenz, in: Hauswedell, Corinna/ Weller, Christoph/ Ratsch, Ulrich / Mutz, Reinhard / Schoch, Bruno (Hg.) (2003): *Friedensgutachten 2003*, Münster
- Fukuyama, Francis (2004): *Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik*, Berlin
- Fukuyama, Francis (2006): *Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg*, Berlin
- Galbraith, John Kenneth (1995): *Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, Hamburg
- Galbraith, Peter W. (2006): Mindless in Iraq, in: *The New York Review of Books*, Vol. 53, 13/2006
- Galtung, Johan (1976): Eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1976): *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*, Frankfurt/Main
- Galtung, Johan (1977): Gewalt, Frieden und Friedensforschung, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1977): *Kritische Friedensforschung*, Frankfurt/Main
- Gamble, Andrew (2005): Globalization: Getting the ‚Big Picture‘ Right. A Comment on Justin Rosenberg, in: *International Politics*, 42/2005
- Gantzel, Klaus Jürgen (1973): *Internationale Beziehungen als System*, Opladen
- Gantzel, Klaus Jürgen (1976): Zu herrschaftssoziologischen Problembereichen von Abhängigkeitsbeziehungen in der gegenwärtigen Weltgesellschaft, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1976): *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*, Frankfurt

- Gareis, Sven Bernhard / Varwick, Johannes (2006): Die Vereinten Nationen. Aufgaben, Instrumente und Reformen, Opladen
- Garrett, Banning N. / Sherman, Dennis M. (2003): Why Non-Globalized States Pose a Threat, in: YaleGlobal, 7.7.03, in: <http://www.bus.wisc.edu/update/winter03/globalization.asp> (Zugriff am 12.7.06)
- Geiger, Theodor (1963): Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit, München
- Geis, Anna (Hg.) (2006a): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, Baden-Baden
- Geis, Anna (2006b): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, in: Dies. (Hg.) (2006a): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, Baden-Baden
- Geiss, Immanuel (1991): Kontinuitäten des Imperialismus, in: Reinhard, Wolfgang (Hg.) (1991): Imperialistische Kontinuität und nationale Ungeduld im 19. Jahrhundert, Frankfurt/Main
- Gellner, Ernest (1991): Nationalismus und Moderne, Berlin
- Gellner, Ernest (1999): Nationalismus: Kultur und Macht, Berlin
- Genschel, Philipp / Uhl, Susanne (2006): Der Steuerstaat und die Globalisierung, in: Leibfried, Stephan / Zürn, Michael (Hg.) (2006): Transformationen des Staates, Frankfurt/Main
- Gereffi, Gary / Humphrey, John / Sturgeon, Timothy (2005): The governance of global value chains, in: Review of International Political Economy, Vol. 12, 1/2005
- Gerstenberger, Heide (1977): Zur Theorie des bürgerlichen Staates. Der gegenwärtige Stand der Debatte, in: Brandes, Volkhard (Hg.) (1977): Staat. Politische Ökonomie: Handbuch 5, Frankfurt/Main
- Gerstenberger, Heide (2006): Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt, Münster
- Gertler, Meric S. (1997): Between the Global and the Local: The Spatial Limits to Productive Capital, in: Cox, Kevin (Hg.) (1997): Spaces of Globalization. Reasserting the Power of the Local, New York / London
- Ghosh, Baidyanath N. (2001): Dependency Theory Revisited, Aldershot
- Giddens, Anthony (1987): The Nation-State and Violence. Volume Two of A Contemporary Critique of Historical Materialism, Berkeley/Los Angeles
- Giddens, Anthony (1995): Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/Main
- Giddens, Anthony (1997): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt/New York
- Gießmann, Hans J. (2006): Geostrategische Rivalitäten in Ostasien: Das Mächteviereck China – Japan – Russland – USA, in: Mutz, Reinhard / Schoch, Bruno / Hauswedell, Corinna / Hippler, Jochen / Ratsch, Ulrich (Hg.) (2006): Friedensgutachten 2006, Münster
- Gill, Stephen (Hg.) (1993): Gramsci, historical materialism and international relations, Cambridge
- Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neogramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hg.) (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster
- Gill, Stephen (2003a): Übermacht und Überwachungsgewalt im globalen Kapitalismus, in: Das Argument, 249/2003

Gill, Stephen (2003b): Grand Strategy and World Order: A Neo-Gramscian Perspective, Lecture delivered on April 20, 2000, at Yale University in ISS's Grand Strategy Lecture Series, Yale

Gilpin, Robert (1981): War and Change in World Politics, Cambridge

Girschner, Christian (2004): Die verkehrte Welt der Außenhandelstheorie, in: Gerlach, Olaf / Kalmring, Stefan / Kunitz, Daniel / Nowak, Andreas (Hg.) (2004): Peripherie und globalisierter Kapitalismus, Frankfurt

Glassman, Jim (2005): The new imperialism? On continuity and change in US foreign policy, in: Environment and Planning A, Vol. 37, No. 9

Glyn, Andrew (2006): Capitalism Unleashed. Finance, Globalization, and Welfare, Oxford

Glyn, Andrew / Hughes, Alan / Lipietz, Alain / Singh, Ajit (1991): The Rise and Fall of the Golden Age, in: Marglin, Stephen A. / Schor, Juliet B. (Hg.) (1991): The Golden Age of Capitalism. Reinterpreting the Postwar Experience, New York

Görg, Christoph (1994a): Regulation – ein neues „Paradigma“?, in: Esser, Josef / Görg, Christoph / Hirsch, Joachim (Hg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg

Görg, Christoph (1994b): Der Institutionenbegriff in der „Theorie der Strukturierung“, in: Esser, Josef / Görg, Christoph / Hirsch, Joachim (Hg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg

Görg, Christoph (2002): Einheit und Verselbständigung. Probleme einer Soziologie der 'Weltgesellschaft', in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 9. Jg., 2/2002

Görg, Christoph (2003a): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster

Görg, Christoph (2003b): Dialektische Konstellationen. Zu einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse, in: Demirovic, Alex (2003): Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie, Stuttgart/Weimar

Görg, Christoph / Wissen, Markus (2003): National dominierte globale Herrschaft. Zum Verhältnis von Uni- und Multilateralismus in der „Neuen Weltordnung“, in: Prokla, 133/2003

Gowan, Peter (1999): The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance, London

Gowan, Peter (2000): The Euro-Atlantic Origins of NATO's Attack on Yugoslavia, in: Ali, Tariq (Hg.) (2000): Masters of the Universe? NATO's Balkan Crusade, London/New York

Gowan, Peter (2002): US-Hegemonie und globale Unordnung, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2002

Gowan, Peter (2003): US:UN, in: New Left Review, II, 24/2003

Gowan, Peter / Panitch, Leo / Shaw, Martin (2001): The State, Globalisation and the New Imperialism: A roundtable discussion, in: Historical Materialism. Research in Critical Marxist Theory, Vol. 9, 1/2001

Gramsci, Antonio (1967): Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, Frankfurt/Main

Gramsci, Antonio (1992): Gefängnishefte, Band 3, Hamburg/Berlin

Gramsci, Antonio (1994): Gefängnishefte, Band 6, Hamburg/Berlin

Gramsci, Antonio (1998): Gefängnishefte, Band 8, Hamburg/Berlin

Gramsci, Antonio (2000): Gefängnishefte, Band 1, Hamburg/Berlin

- Greiner, Bernd / Müller, Christian Th. / Walter, Dierk (Hg.) (2006): *Heiße Kriege im Kalten Krieg, Studien zum Kalten Krieg, Band 1*, Hamburg
- Grieco, Joseph M. / Ikenberry, John G. (2003): *State Power and World Markets. The International Political Economy*, New York / London
- Gritsch, Maria (2005): *The nation-state and economic globalization: soft geo-politics and increased state autonomy?*, in: *Review of International Political Economy*, Vol. 12, 1/2005
- Grossmann, Henryk (1971): *Eine neue Theorie über Imperialismus und soziale Revolution*, in: Ders. (1971): *Aufsätze zur Krisentheorie*, Frankfurt/Main
- Grossmann, Henryk (1970): *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems (Zugleich eine Krisentheorie)*, Frankfurt/Main
- Grossmann, Henryk / Gumperz, Julian / Horkheimer, Max / Wittfogel, Karl August (1985): *Diskussion aus einem Seminar über Monopolkapitalismus*, in: Horkheimer, Max (1985): *Gesammelte Schriften, Band 12*, Frankfurt/Main
- Guttman, Robert (1996): *Die Transformation des Finanzkapitals*, in: *Prokla*, 103/1996
- Habermas, Jürgen (1973): *Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus*, Frankfurt/Main
- Habermas, Jürgen (1985): *Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen*, Frankfurt/Main
- Habermas, Jürgen (1996): *Kants Idee des ewigen Friedens – aus dem historischen Abstand von zweihundert Jahren*, in: Lutz-Bachmann, Mathias / Bohman, James (Hg.) (1996): *Frieden durch Recht: Kants Friedensidee und das Problem einer neuen Weltordnung*, Frankfurt/Main
- Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt/Main
- Habermas, Jürgen / Derrida, Jacques (2003): *Die Wiedergeburt Europas. Plädoyer für eine gemeinsame Außenpolitik – zunächst in Kerneuropa*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7/2003
- Hacke, Christian (2004): *Zum gegenwärtigen Stand der Disziplin der Internationalen Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Jäger, Thomas / Kümmel, Gerhard / Lerch, Marika / Noetzel, Thomas (Hg.) (2004): *Sicherheit und Freiheit. Außenpolitische, innenpolitische und ideengeschichtliche Perspektiven*, Baden-Baden
- Hall, Peter A. / Soskice, David (2001): *An Introduction to Varieties of Capitalism*, in: Hall, Peter A. / Soskice, David (Hg.) (2001): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford
- Halliday, Fred (2002): *The Pertinence of Imperialism*, in: Rupert, Mark / Smith, Hazel (Hg.) (2002): *Historical Materialism and Globalization*, London/New York
- Hankel, Gerd (2006): *Die UNO. Idee und Wirklichkeit*, Hamburg
- Hannah, Leslie (1998): *Die Überlebenschancen der Großen*, in: *Prokla*, 113/1998
- Harman, Chris (1998): *From feudalism to capitalism*, in: Harman, Chris (1998): *Marxism and History*, London
- Harman, Chris (1999a): *Explaining the Crises. A Marxist Re-Appraisal*, London
- Harman, Chris (1999b): *A people's history of the world*, London
- Harris, Jerry (2004): *Dialektik der Globalisierung*, in: *Das Argument*, 257/2004
- Harris, Nigel (1986): *The End of the Third World. Newly Industrializing Countries and the Decline of an Ideology*, Harmondsworth/Middlesex

- Hart-Landsberg, Martin / Burkett, Paul (2005): China and Socialism. Engaging the Issues, in: Critical Asian Studies, Vol. 37, 4/2005, in: <http://www.lclark.edu/~marty/China%20Roundtable%20part%202.pdf> (Zugriff am 20.5.06)
- Hart-Landsberg, Martin / Burkett, Paul (2006): China and the Dynamics of Transnational Accumulation: Causes and Consequences of Global Restructuring, in: Historical Materialism. Research in Critical Marxist Theory, Vol. 14, 3/2006
- Hartmann, Detlef (2001): Ökonomie des Krieges – Krieg der Ökonomie, in: *alaska – Zeitschrift für Internationalismus*, Nr. 239, 11/2001
- Hartmann, Martin / Honneth, Axel (2004): Paradoxien des Kapitalismus. Ein Untersuchungsprogramm, in: *Berliner Debatte Initial*, Jg. 15, 1/2004
- Hartmann, Michael (2002): Die Spitzenmanager der internationalen Großkonzerne als Kern einer neuen „Weltklasse“, in: Schmidt, Rudi / Gergs, Hans-Joachim / Pohlmann, Markus (Hg.) (2002): *Managementsoziologie. Themen, Desiderate, Perspektiven*, München/Mering
- Hartmann, Michael (2004): *Elitesoziologie. Eine Einführung*, Frankfurt/New York
- Harvey, David (1982): *The Limits to Capital*, Oxford
- Harvey, David (2003): Der ‚neue‘ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, in: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus* 5/2003, Hamburg
- Harvey, David (2004a): Von der Globalisierung zum Neuen Imperialismus; in: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus* 3/2004, Hamburg
- Harvey, David (2004b): Die Geographie des „neuen“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, in: Zeller, Christian (Hg.) (2004): *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster.
- Harvey, David (2004c): Der neue Imperialismus und die globale Enteignungsökonomie. Ein Interview, in: *Z. – Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 59/2004
- Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*, Hamburg
- Hasenclever, Andreas (2003): Liberale Ansätze zum demokratischen Frieden, in: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hg.) (2003): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen
- Haug, Wolfgang Fritz (2003a): Herrschaft ohne Hegemonie?, in: *Das Argument*, 249/2003
- Haug, Wolfgang Fritz (2003b): Hegemonialer Unilateralismus?, in: *Das Argument*, 250/2003
- Haug, Wolfgang Fritz (2003c): *High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie*, Hamburg
- Hauswedell, Corinna (2003): Vom „Gleichgewicht des Schreckens“ zur „schrecklichen Ungleichheit“ – die Asymmetrien der Weltordnung vertragen keine Militarisierung, in: Hauswedell, Corinna / Weller, Christoph / Ratsch, Ulrich / Mutz, Reinhard / Schoch, Bruno (Hg.) (2003): *Friedensgutachten 2003*, Münster
- Hauswedell, Corinna (2006): Das große Versprechen: „Erweiterte Sicherheit“, in: Mutz, Reinhard / Schoch, Bruno / Hauswedell, Corinna / Hippler, Jochen / Ratsch, Ulrich (Hg.) (2006): *Friedensgutachten 2006*, Münster
- Hawel, Markus (2007): *Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland*, Hannover
- Hay, Colin (2002): *Political Analysis. A Critical Introduction*, Houndmills/Basingstoke/Hampshire
- Hay, Colin (2005): Globalisation's Impact on States, in: Ravenhill, John (2005) (Hg.): *Global Political Economy*, Oxford

Haydt, Claudia / Pflüger, Tobias / Wagner, Jürgen (2006): EUropas verfasste Militarisierung: Verfassung – Sicherheitsstrategie und Defence Paper, in: Pflüger, Tobias / Wagner, Jürgen (Hg.) (2006): Welt-Macht EUropa. Auf dem Weg in weltweite Kriege, Hamburg

Haynes, Mike (2002a): Marxism and the Russian Question in the Wake of the Soviet Collapse, in: Historical Materialism. Research in Critical Marxist Theory, Vol. 10, 4/2002

Haynes, Mike (2002b): Russia. Class and Power 1917-2000, London

Heinrich, Michael (2001): Monetäre Werttheorie. Geld und Krise bei Marx, in: Prokla, 123/2001

Heinrich, Michael (2003a): Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, Münster

Heinrich, Michael (2003b): Imperialismustheorie, in: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hg.) (2003), Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen

Heinrich, Michael (2004): Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, Stuttgart

Heinrich, Michael (2005): Invaders from Marx, in: <http://www.oekonomiekritik.de/205InvadersfromMarx.htm> (Zugriff am 28.1.06)

Heins, Volker (2002): Globalisierung und soziales Leid. Bedingungen und Grenzen humanitärer Politik, in: Honneth, Axel (Hg.) (2002): Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus, Frankfurt/New York

Heintz, Bettina / Münch, Richard / Tyrell, Hartmann (Hg.) (2005): Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen, in: Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft 1/2005

Heise, Volker / Schmidt, Peter (2005): NATO und EU: Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft?, in: Jäger, Thomas / Höse, Alexander / Oppermann, Kai (Hg.) (2005): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit, Wiesbaden

Held, David (2002): Cosmopolitanism. Ideas, Realities and Deficits, in: Held, David / McGrew, Anthony (Hg.) (2002a): Governing Globalization. Power, Authority and Global Governance, Cambridge

Held, David / McGrew, Anthony / Goldblatt, David / Perraton, Jonathan (1999): Global Transformations. Politics, Economics and Culture, Cambridge

Held, David / McGrew, Anthony (Hg.) (2002a): Governing Globalization. Power, Authority and Global Governance, Cambridge

Held, David / McGrew, Anthony (2002b): Globalization/Anti-Globalization, Cambridge

Helleiner, Eric (2005): The evolution of the international monetary and financial system, in: Ravenhill, John (2005) (Hg.): Global Political Economy, Oxford

Hellmann, Gunther / Wolf, Klaus Dieter / Zürn, Michael (Hg.) (2003): Die neuen Internationalen Beziehungen – Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden

Henken, Lühr (2005): Der deutsche Rüstungsexport boomt und boomt und ... – Warum sich Schröder trotzdem so ins Zeug legt, in: FriedensJournal, Heft 3/2005, in: <http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse-2005-011LH-Rüstungsexporte.pdf> (Zugriff am 3.7.2005)

Henning, Klaus (2006): Aufstieg der „Neocons“. Politische Intellektuelle in den USA und der „Neue Imperialismus“, Köln

Herberg-Rothe, Andreas (2003): Der Krieg. Geschichte und Gegenwart, Frankfurt/Main

- Herr, Hansjörg / Hübner, Kurt (2005): *Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie. Eine geldwirtschaftliche Theorie der Globalisierung*, Berlin
- Herz, John H. (1974a): *Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma*, in: Ders. (1974): *Staatenwelt und Weltpolitik. Aufsätze zur internationalen Politik im Nuklearzeitalter*, Hamburg
- Herz, John H. (1974b): *Rückblick auf den Territorialstaat*, in: Ders. (1974): *Staatenwelt und Weltpolitik. Aufsätze zur internationalen Politik im Nuklearzeitalter*, Hamburg
- Higgs, Robert (Hg.) (1990): *Arms, Politics and the Economy. Historical and Contemporary Perspectives*, New York/London
- Hilferding, Rudolf (1955): *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*, Berlin
- Hilton, Rodney (1984): *Einführung*, in: Sweezy, Paul / Dobb, Maurice / Kohachiro, Takahashi / Hilton, Rodney / Hill, Christopher / Lefebvre, Georges / Procacci, Giuliano / Hobsbawm, Eric / Merrington, John (1984): *Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus*, Frankfurt/Main
- Hippler, Jochen (1991): *Die neue Weltordnung*, Hamburg
- Hippler, Jochen (1996): *Das langsame Austrocknen des humanitären Interventionismus*, in: Debiel, Tobias / Nuscheler, Franz (Hg.) (1996): *Der neue Interventionismus. Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, Bonn
- Hirsch, Joachim (1990): *Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute*, Hamburg
- Hirsch, Joachim (1994): *Politische Form, politische Institutionen und Staat*, in: Esser, Josef / Görg, Christoph / Hirsch, Joachim (Hg.): *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg
- Hirsch, Joachim (1998): *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*, Berlin
- Hirsch, Joachim (2001): *Weshalb Periodisierung?*, in: Candeias, Mario / Deppe, Frank (Hg.) (2001): *Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime – Shareholder Society – Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie*, Hamburg
- Hirsch, Joachim (2002): *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*, Hamburg
- Hirsch, Joachim (2004): *Was bedeutet Imperialismus heute?*, in: *Das Argument*, 257/2004
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*, Hamburg
- Hirsch, Joachim / Roth, Roland (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus*, Hamburg
- Hirsch, Joachim / Kannankulam, John (2006): *Poulantzas und Formanalyse. Zum Verhältnis zweier Ansätze materialistischer Staatstheorie*, in: Brethauer, Lars / Gallas, Alexander / Kannankulam, John / Stützle, Ingo (2006): *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*, Hamburg
- Hirst, Paul / Thompson, Grahame (2002): *Globalization in Question. The International Economy and the Possibilities of Governance*, Cambridge
- Hobsbawm, Eric (1995): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/Wien
- Hobsbawm, Eric (1999): *Das imperiale Zeitalter. 1875-1914*, Frankfurt/Main
- Hobsbawm, Eric (2005): *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt/New York

- Hobson, John A. (1968): Der Imperialismus, Köln/Berlin
- Hobson, John M. / Sharman, J.C. (2005): The enduring Place of Hierarchy in World Politics: Tracing the Social Logics of Hierarchy and Political Change, in: European Journal of International Relations, Vol. 11, 1/2005
- Hoffman, Stanley (2006): The Foreign Policy the US Needs, in: The New York Review of Books, Vol. 53, 13/2006
- Holloway, John (1993): Globales Kapital und nationaler Staat, in: Prokla, 90/1993
- Hönekopp, Elmar / Jungnickel, Rolf / Straubhaar, Thomas (Hg.) (2004): Internationalisierung der Arbeitsmärkte, Nürnberg
- Honneth, Axel (1994): Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie, Frankfurt/Main
- Hopkins, Terence K. / Wallerstein, Immanuel (1979): Grundzüge der Entwicklung des modernen Weltsystems. Entwurf für ein Forschungsvorhaben, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1979): Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt/Main
- Horkheimer, Max (1971): Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie, Frankfurt/Main
- Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W. (1998): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, in: Adorno, Theodor W. (1998): Gesammelte Schriften, Band 3, Frankfurt/Main
- Hübner, Kurt (1990): 'Wer Macht hat, kann sich alles erlauben!' Anmerkungen zu den Konzepten Hegemonie – Dominanz – Macht – Kooperation in der globalen Ökonomie, in: Prokla, 81/1990
- Hübner, Kurt (1998): Der Globalisierungskomplex: grenzenlose Ökonomie – grenzenlose Politik?, Berlin
- Hübner, Kurt (2003): Ausländische Direktinvestitionen, internationale Produktionsverflechtungen und nationale Arbeitsmärkte, in: Mahnkopf, Birgit (Hg.) (2003): Management der Globalisierung. Akteure, Strukturen und Perspektiven, Berlin
- Hübner, Kurt (2006): Währungskonflikte und Währungskooperation in der globalen Ökonomie, Forschungsbericht für die Hans Böckler Stiftung (ohne Ort; im Bestand des Autors).
- Huisken, Ron (2006): Northeast Asian security challenges, in: Ayson, Robert / Ball, Desmond (Hg.) (2006): Strategy and Security in the Asia-Pacific, Crows Nest/Australien
- Huntington, Samuel (1996): Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien
- Hymer, Stephen (1974): Die Internationalisierung des Kapitals, in: Kreye, Otto (Hg.) (1974): Multinationale Konzerne. Entwicklungstendenzen im kapitalistischen System, München
- Hymer, Steven (1976): Multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1976): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt/Main
- Ignatieff, Michael (2003): Empire Amerika?, in: Speck, Ulrich / Sznajder, Natan (Hg.) (2003): Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung, München
- Imbusch, Peter (1999): Moderne und postmoderne Perspektiven der Gewalt, in: Neckel, Sighard / Schwab-Trapp, Michael (Hg.) (1999): Ordnungen der Gewalt: Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges, Opladen
- Imbusch, Peter (2005): Die Konflikttheorie der Zivilisierungstheorie, in: Bonacker, Thorsten (Hg.) (2005), Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien, Wiesbaden

- Itoh, Makoto (2001): Spiral Reversal of Capitalist Development: What Does It Imply for the Twenty-First-Century?, in: Albritton, Robert / Itoh, Makoto / Westra, Richard / Zuege, Alan (Hg.) (2001): Phases of Capitalist Development. Booms, Crises and Globalizations, Houndmills/Basingstoke/Hampshire
- Jachtenfuchs, Markus (2006): Das Gewaltmonopol: Denationalisierung oder Fortbestand?, in: Leibfried, Stephan / Zürn, Michael (Hg.) (2006): Transformationen des Staates, Frankfurt/Main
- Jäger, Thomas (2004): Das Ende der Phantomdebatten. Die amerikanische Weltordnungspolitik zwingt Deutschland zu einer Grand Strategy, in: Jäger, Thomas / Kümmel, Gerhard / Lerch, Marika / Noetzel, Thomas (Hg.) (2004): Sicherheit und Freiheit. Außenpolitische, innenpolitische und ideengeschichtliche Perspektiven, Baden-Baden
- Jalée, Pierre (1971): Das neueste Stadium des Kapitalismus, München
- James, Harold (2003): Der Rückfall. Die neue Weltwirtschaftskrise, München/Zürich
- Jameson, Fredric (1991): Postmodernism – or, The Cultural Logic of Late Capitalism, Durham
- Jameson, Fredric (1992): Spätkapitalismus als Problematik des real existierenden Marxismus, in: Das Argument, 194/1992
- Jessop, Bob (1985): Nicos Poulantzas. Marxist Theory and Political Strategy, Houndmills/Basingstoke/Hampshire
- Jessop, Bob (1990): State Theory. Putting Capitalist States in their Place, Pennsylvania
- Jessop, Bob (2000): (Un)Logik der Globalisierung. Der Staat und die Reartikulation des ökonomischen Raumes, in: Das Argument, 236/2000
- Jessop, Bob (2001a): Globalisierung und Nationalstaat. Imperialismus und Staat bei Nicos Poulantzas – 25 Jahre später, in: Hirsch, Joachim / Jessop, Bob / Poulantzas, Nicos (2001): Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung, Hamburg
- Jessop, Bob (2001b): Bringing the State Back in (Yet Again): Reviews, Revisions, Rejections, and Redirections, in: <http://www.comp.lancs.ac.uk/sociology/papers/Jessop-Bringing-the-State-Back-In.pdf> (Zugriff am 3.2.06)
- Jessop, Bob (2001c): Nach dem Fordismus. Das Zusammenspiel von Struktur und Strategie, in: Das Argument, 239/2001
- Jessop, Bob (2001d): Kritischer Realismus, Marxismus und Regulation, in: Candeias, Mario / Deppe, Frank (Hg.) (2001): Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime – Shareholder Society – Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie, Hamburg
- Jessop, Bob (2002): The Future of the Capitalist State, Cambridge
- Jessop, Bob (2006): Spatial Fixes, Temporal Fixes and Spatio-Temporal Fixes, in: Castree, Noel / Gregory, Derek (Hg.) (2006): David Harvey. A Critical Reader, Oxford
- Jessop, Bob / Sum, Ngai-Ling (2006): Beyond the Regulation Approach. Putting Capitalist Economies in their Place, Cheltenham/Northampton
- Joas, Hans (1996): Die Modernität des Krieges. Die Modernisierungstheorien und das Problem der Gewalt, in: Leviathan, 1/1996
- Joas, Hans / Steiner, Helmut (Hg.) (1989): Machtpolitischer Realismus und pazifistische Utopie, Frankfurt/Main
- Jochem, Sven / Siegel, Nico A. (2004): Staat und Markt im internationalen Vergleich – Empirische Mosaiksteine einer facettenreichen Arbeitsverschränkung, in: Czada, Roland / Zintl, Reinhard (Hg.) (2004): Politik und Macht, Wiesbaden

- Johnson, Chalmers (2003): Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie, München
- Johnson, Chalmers (2005): No Longer the „Lone“ Superpower: Coming to terms with China, in: Japan Policy Research Institute (JPRI), Working Paper No. 105, in: <http://www.jpri.org/publications/workingpapers/wp105.html> (Zugriff am 15.3.2006)
- Jung, Dietrich / Schlichte, Klaus / Siegelberg, Jens (2003): Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945-2002), Wiesbaden
- Kädtler, Jürgen (2003): Globalisierung und Finanzialisierung. Zur Entstehung eines neuen Begründungskontextes für ökonomisches Handeln, in: Dörre, Klaus / Röttger, Bernd (Hg.) (2003): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells, Hamburg
- Kaldor, Mary (1983): Krieg und Kapitalismus, in: Das Argument, 141/1983
- Kaldor, Mary (1991): Der imaginäre Krieg, in: Das Argument, 186/1991
- Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt/Main
- Kaldor, Mary (2005): The idea of global civil society, in: Baker, Gideon / Chandler, David (Hg.) (2005): Global Civil Society. Contested futures, London/New York
- Kanet, Roger E. (2006): Sowjetische Militärhilfe für nationale Befreiungskriege, in: Greiner, Bernd / Müller, Christian Th. / Walter, Dierk (Hg.) (2006): Heiße Kriege im Kalten Krieg, Studien zum Kalten Krieg, Band 1, Hamburg
- Kant, Immanuel (1996): Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, Stuttgart
- Kanter, Rosabeth Moss (1996): Weltklasse – im globalen Wettbewerb lokal triumphieren, Wien
- Katzenstein, Robert (1973): Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Prokla 8/9, 3/1973
- Kautsky, Karl (1911): Krieg und Frieden, in: Die Neue Zeit. 29. Jg., Bd. 2. Stuttgart
- Kautsky, Karl (1914): Der Imperialismus, in: Die Neue Zeit, 32. Jg., Bd. 2, Berlin
- Kautsky, Karl (1915): Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund, Nürnberg
- Kay, Geoffrey (1988): Right and Force: A Marxist Critique of Contract and the State, in: Williams, Michael (Hg.) (1988): Value, Social Form and the State, Houndmills/Basingstoke
- Kemp, Tom (1967): Theories of Imperialism, London
- Kennedy, Paul (1989): Aufstieg und Fall der großen Mächte. 1500-2000, Frankfurt/Main
- Keohane, Robert O. (1984): After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton
- Keohane, Robert O. / Nye, Joseph S. (1975): Transnationale Beziehungen und Weltpolitik, in: Haftendorn, Helga (Hg.) (1975): Theorie der internationalen Politik, Hamburg
- Keohane, Robert O. / Nye, Joseph S. (1986): Macht und Interdependenz; in: Kaiser, Karl / Schwarz, R. (Hg.) (1986): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Bonn/Stuttgart
- Keohane, Robert O. / Nye, Joseph S. (1989): Power and Interdependence, Harvard
- Kentor, Jeffrey (2005): The Growth of Transnational Corporate Networks: 1962-1998, in: Journal of World-Systems Research, Vol. 11, 2/2005, in: <http://jwsr.ucr.edu/archive/vol11/number2/pdf/jwsr-v11n2-kentor.pdf> (Zugriff am 3.3.06).

- Keynes, John Maynard (1955): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin
- Kidron, Michael (1971): Rüstung und wirtschaftliches Wachstum. Ein Essay über den westlichen Kapitalismus nach 1945, Frankfurt/Main
- Kidron, Michael (1974): Imperialism: Highest Stage but One, in: Ders. (1974): Capitalism and Theory, London
- Kindermann, Gottfried-Karl (1965): Politische Theorie und internationale Politik in der Sicht der realistischen Schule Hans J. Morgenthau und Reinhold Niebuhrs, in: Politische Vierteljahresschrift, 3/1965
- Klare, Michael T. (2001): Ressource Wars. The New Landscape of Global Conflict, New York
- Klare, Michael T. (2006): Target China: The Emerging US-China Conflict, in: <http://japanfocus.org/article.asp?id=579> (Zugriff am 20.5.06)
- Klenke, Olaf (2001): Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert? Autarke Wirtschaftspolitik versus internationale Weltwirtschaft – das Beispiel Mikroelektronik, Frankfurt/Main
- Knöbl, Wolfgang (2002): Historische Friedensforschung und die These vom Verschwinden des Staates, in: Ziemann, Benjamin (Hg.) (2002): Perspektiven der Historischen Friedensforschung, Essen
- Knodt, Michèle / Jachtenfuchs, Markus (2002): Einleitung: Regieren in internationalen Institutionen, in: Knodt, Michèle / Jachtenfuchs, Markus (Hg.) (2002): Regieren in internationalen Institutionen, Opladen
- Koehlin, Tim (2006): U.S. Multinational Corporations and the Mobility of Productive Capital: A Skeptical View, in: Review of Radical Political Economics, Vol. 38, 3/2006
- Köhler, Benedikt (2004): Strukturen, Strategien und Integrationsformen transnationaler Konzerne, in: Soziale Welt, Vol. 55, 1/2004
- Kolko, Gabriel (1999): Das Jahrhundert der Kriege, Frankfurt/Main
- Kolko, Gabriel (2002): Another century of war?, New York
- Köbler, Reinhart (2003): Imperialismus und Globalisierung. Anmerkungen zu zwei Theoriekonzepten, in: Prokla, 133/2003
- Köbler, Reinhart / Wienold, Hanns (2001): Gesellschaft bei Marx, Münster
- Krätke, Michael (1991): Steuergewalt, Versicherungszwang und ökonomisches Gesetz, in: Prokla, 82/1991
- Krätke, Michael (2001): Gewalt und Ökonomie. Die Halb- und Unterwelten des Weltmarkts, in: Kritische Interventionen, 6/2001
- Krause, Joachim (2005): Amerikanische und europäische Konzepte zur internationalen Ordnung, in: Jäger, Thomas / Höse, Alexander / Oppermann, Kai (Hg.) (2005): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit, Wiesbaden
- Kriedte, Peter (2002): Handelskapital und Handelskapitalismus. Zur Theorie des frühen europäischen Kapitalismus, in: Prokla, 128/2002
- Krippendorff, Ekkehard (Hg.) (1973): Internationale Beziehungen, Köln
- Krippendorff, Ekkehard (1976): 'Imperialismus' in der Friedensforschung. Plädoyer für einen Begriff, in: HSFK / AFK (Hg.) (1976): Friedensanalysen – Für Theorie und Praxis 3, Schwerpunkt: Unterentwicklung, Frankfurt/Main
- Krippendorff, Ekkehard (1977): Internationale Beziehungen als Wissenschaft, Frankfurt/Main

- Krippendorff, Ekkehard (1983): Die Rolle des Krieges im kapitalistischen Weltsystem, in: Blaschke, Jochen (Hg.) (1983): Perspektiven des Weltsystems: Materialien zu Immanuel Wallersteins 'Das moderne Weltsystem', Frankfurt / New York
- Kromphardt, Jürgen (1987): Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus: von seiner Entstehung bis zur Gegenwart, Göttingen
- Krugman, Paul R. (1991): Geography and Trade, Cambridge
- Krugman, Paul R. / Obstfeld, Maurice (2004): Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft, München
- Kryschtanowskaja, Olga (2005): Anatomie der russischen Elite. Die Militarisierung Russlands unter Putin, Köln
- Krysmanski, Hans Jürgen (2004): Hirten & Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen – oder: Einladung zum Power Structure Research, Münster
- Lacher, Hannes (2002): Making sense of the international system, in: Rupert, Mark / Smith, Hazel (Hg.) (2002): Historical Materialism and Globalization, London/New York
- Lacher, Hannes (2005): International transformation and the persistence of territoriality: toward a new political geography of capitalism, in: Review of International Political Economy, Vol. 12, 1/2005
- Laclau, Ernesto (1971): Feudalism and Capitalism in Latin America, in: New Left Review, 67/1971
- Laibman, David (2005): Theory and Necessity: The Stadial Foundations of the Present, in: Science & Society, Vol. 69, 3/2005
- Layne, Christopher (2006): The Peace of Illusions: American Grand Strategy from 1940 to the Present, Ithaka/London
- Lee, Eun-Jeung (1997): Konfuzianismus und Kapitalismus. Markt und Herrschaft in Ostasien, Münster
- Lefèbvre, Henri (1974): Die Zukunft des Kapitalismus. Die Reproduktion der Produktionsverhältnisse, München
- Lefèbvre, Henri (1991): The Production of Space, Oxford/Cambridge
- Lefèbvre, Henri (2003): Space and the State, in: Brenner, Neil / Jessop, Bob / Jones, Martin / MacLeod, Gordon (2003) (Hg.): State/Space: A Reader, Oxford/Boston
- Leibfried, Stephan / Zürn, Michael (Hg.) (2006): Transformationen des Staates, Frankfurt/Main
- Lemke, Thomas (2001): Gouvernementalität, in: Kleiner, Thomas S. (Hg.) (2001): Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken, Frankfurt/New York
- Lenin, Wladimir I. (1971): Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland, in: Ders. (1971): Werke, Bd. 3, Berlin
- Lenin, I. (1977): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss, in: Ders. (1977): Werke, Band 22, Berlin
- Lepsius, M. Rainer (1995): Institutionenanalyse und Institutionenpolitik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: Politische Institutionen im Wandel, Sonderheft 35/1995
- Li, Minqi / Zhu, Andong (2005): Neoliberalism, Global Imbalances, and Stages of Capitalist Development, in: http://www.peri.umass.edu/fileadmin/pdf/working_papers/working_papers_101-150/WP110.pdf (Zugriff am 19.9.06)
- Lindlar, Ludger (1997): Das mißverständene Wirtschaftswunder: Westdeutschland und die westeuropäische Nachkriegsprosperität, Tübingen

Link, Werner (1994): Überlegungen zu einer strukturellen Konflikttheorie, in: Krell, Gert / Müller, Harald (Hg.) (1994): Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen, Frankfurt/New York

Link, Werner (1996): Die Entwicklung des Ost-West-Konflikts, in: Knapp, Manfred / Krell, Gert (Hg.) (1996): Einführung in die internationale Politik, München

Link, Werner (1998): Zur weltpolitischen Aktualität des Mächtegleichgewichts (Balance of Power), in: Masala, Carlo / Roloff, Ralf (Hg.): Herausforderungen der Realpolitik. Beiträge zur Theoriedebatte in der Internationalen Politik, Köln

Link, Werner (1999): Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Frankfurt/München

Liodakis, George (2005): The New Stage of Capitalist Development and the Prospects of Globalization, in: Science & Society, Vol. 69, 3/2005

Lipietz, Alain (1984): Imperialism or the beast of the apocalypse, in: Capital & Class, 22/1984

Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff „Regulation“, in: Prokla, 58/1985

Lipietz, Alain (1987): Mirages and Miracles. The Crises of Global Fordism, London

Lock, Peter (2003): Vom Umgang der Friedensforschung mit bewaffneter Gewalt im 21. Jahrhundert, in: <http://www.peter-lock.de/frame.php?datei=txt/ruf.html&menu=home&view=screen&lang=de> (Zugriff am 08.09.06)

Loewen, Harald (2006): Die ASEAN als Impulsgeber ostasiatischer Integration, in: http://www.giga-hamburg.de/content/publikationen/pdf/gf_asien_0602.pdf (Zugriff am 08.09.06)

Lüthje, Boy (1993): Die Neuordnung der Telekommunikationsindustrie in den USA, Wiesbaden

Lüthje, Boy (2001): Standort Silicon Valley. Ökonomie und Politik der vernetzten Massenproduktion, Frankfurt/New York

Lüthje, Boy (2004): Kehrt der Fordismus zurück? Globale Produktionsnetze und Industriearbeit in der „New Economy“, in: Berliner Debatte Initial, Jg. 15, 1/2004

Lüthje, Boy / Schumm, Wilhelm / Sproll, Martina (2002): Contract Manufacturing. Transnationale Produktion und Industriearbeit in der IT-Branche, Frankfurt/New York

Luxemburg, Rosa (1981): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: Luxemburg, Rosa (1981): Gesammelte Werke, Band 5, Berlin

Mackert, Jürgen (2006): Ohnmächtiger Staat? Über die sozialen Mechanismen staatlichen Handelns, Wiesbaden

MacMillan, John / Linklater, Andrew (Hg.) (1995): Boundaries in Question. New Directions in International Relations, London/New York

Macpherson, Crawford B. (1973): Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke, Frankfurt/Main

Maddison, Angus (2001): The World Economy: A Millennial Perspective (OECD), Paris

Maddison, Angus (1995): Monitoring the World Economy 1820-1992 (OECD), Paris

Magdoff, Harry (1970): Das Zeitalter des Imperialismus. Die ökonomischen Hintergründe der US-Außenpolitik, Frankfurt/Main

- Maihofer, Andrea (1992): Das Recht bei Marx. Zur dialektischen Struktur von Gerechtigkeit, Menschenrechten und Recht, Baden-Baden
- Mair, Andrew (1997): Strategic Localisation. The Myth of the Postnational Enterprise, in: Cox, Kevin (Hg.) (1997): Spaces of Globalization. Reasserting the Power of the Local, New York/London
- Mandel, Ernest (1968): Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt/Main
- Mandel, Ernest (1971): Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt/Main
- Mandel, Ernest (1973): Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung, Frankfurt/Main
- Mann, Michael (1987): The Roots and Contradictions of Modern Militarism, in: New Left Review, 162/1987
- Mann, Michael (1990): Geschichte der Macht, Erster Band: Von den Anfängen bis zur griechischen Antike, Frankfurt/New York
- Mann, Michael (1994): Geschichte der Macht, Zweiter Band: Vom Römischen Reich bis zum Vorabend der Industrialisierung, Frankfurt/New York
- Mann, Michael (1997): Hat die Globalisierung des Siegeszug des Nationalstaates beendet?, in: Prokla, 106/1997
- Mann, Michael (1998): Geschichte der Macht, Dritter Band. Teil I: Die Entstehung von Klassen und Nationalstaaten, Frankfurt/New York
- Mann, Michael (2001): Geschichte der Macht, Dritter Band. Teil II: Die Entstehung von Klassen und Nationalstaaten, Frankfurt/New York
- Mann, Michael (2003): Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA nicht die Welt regieren können, Frankfurt/New York
- Marcuse, Herbert (1967): Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied
- Marcuse, Herbert (1995): Der Friede als gesellschaftliche Lebensform, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1995): Den Frieden denken, Frankfurt/Main
- Marx, Karl (1958): Die deutsche Ideologie, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich (1958): Marx-Engels-Werke, Band 3, Berlin
- Marx, Karl (1959): Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich (1959): Marx-Engels-Werke, Band 4, Berlin
- Marx, Karl (1961): Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich (1961): Marx-Engels-Werke, Band 13, Berlin
- Marx, Karl (1962): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich (1962): Marx-Engels-Werke, Band 23, Berlin
- Marx, Karl (1963): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich (1963): Marx-Engels-Werke, Band 24, Berlin
- Marx, Karl (1967): Theorien über den Mehrwert, Zweiter Teil, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich (1967): Marx-Engels-Werke, Band 26.2, Berlin
- Marx, Karl (1968): Kritik der Hegelschen Dialektik und Philosophie überhaupt, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich (1968): Marx-Engels-Werke, Ergänzungsband (Band 40), Schriften bis 1844, Erster Teil, Berlin
- Marx, Karl (1983): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich (1983): Marx-Engels-Werke, Band 42, Berlin

- Marx, Karl (1986): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich (1986): Marx-Engels-Werke, Band 25, Berlin
- Massarrat, Mohssen (2004): Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 3/2004
- Mattick, Paul (1971): Marx und Keynes. Die Grenzen des 'gemischten Wirtschaftssystems', Frankfurt/Köln
- Mayer, Arno (1984): Adelsmacht und Bürgertum: Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848-1914, München
- McCarthy, Thomas (2007): Form Modernism to Messianism: Liberal Developmentalism and American Exceptionalism, in: Westend. Neue Zeitschrift für Sozialforschung, 4. Jg. 2/2007 (im Erscheinen)
- McDonough, Terrence (1999): Gordon's Accumulation Theory: The Highest Stage of Stadial Theory, in: Review of Radical Political Economics, Vol. 31, 4/1999
- McMahon, Robert J. (2006): Heiße Kriege im Kalten Krieg, in: Greiner, Bernd / Müller, Christian Th. / Walter, Dierk (Hg.) (2006): Heiße Kriege im Kalten Krieg, Studien zum Kalten Krieg, Band 1, Hamburg
- Mearsheimer, John J. (1990): Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War, in: International Security, 15/1990
- Mearsheimer, John J. (2003): The Tragedy of Great Power Politics, New York
- Mearsheimer, John J. (2004): Interview with John J. Mearsheimer, in: <http://globetrotter.berkeley.edu/people2/Mearsheimer/mearsheimer-con0.html> (Zugriff am 30.6.2005)
- Melman, Seymour (1997): From Private to State Capitalism: How the Permanent War Economy Transformed the Institutions of American Capitalism, in: Journal of Economic Issues, Vol. 31, 2/1997
- Miéville, China (2005): Between Equal Rights. A Marxist Theory of International Law, Leiden/Boston
- Mills, C. Wright (1959): Die Konsequenz. Politik ohne Verantwortung, München
- Mölling, Christian (2004): Mittel und Methoden der Kriegführung demokratischer Staaten, in: Schweitzer, Christine / Aust, Björn / Schlotter, Peter (Hg.) (2004): Demokratien im Krieg, Baden-Baden
- Mommsen, Wolfgang J. (Hg.) (1971): Der moderne Imperialismus, Stuttgart
- Mommsen, Wolfgang J. (1987): Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen, Göttingen
- Moravcsik, Andrew (1998): The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht, Ithaca
- Moravcsik, Andrew (1999): Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: Lipson, Charles / Cohen, Benjamin J. (Hg.) (1999): Theory and Structure in International Political Economy, Massachusetts
- Moravcsik, Andrew (2003): Striking a New Transatlantic Bargain, in: Foreign Affairs, Vol. 82, 4/2003
- Morgenthau, Hans J. (1963): Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh
- Moseley, Fred (1995): Capital in General and Marx's Logical Method: A Response to Heinrich's Critique, in: Capital & Class, 56/1995
- Mosley, Layna (2003): Global Capital and National Governments, Cambridge
- Mouffe, Chantal (2005): Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik, Wien

- Müller, Harald (1993): Die Chance der Kooperation. Regime in den Internationalen Beziehungen, Darmstadt
- Müller, Harald (2006): Kants Schurkenstaat: Der „ungerechte Feind“ und die Selbstermächtigung zum Kriege, in: Geis, Anna (Hg.) (2006a): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, Baden-Baden
- Müller, Harald / Schörnig, Niklas (2006): Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle. Eine exemplarische Einführung in die Internationalen Beziehungen, Baden-Baden
- Münkler, Herfried (2001): Sind wir im Krieg? Über Terrorismus, Partisanen und die neuen Formen des Krieges, in: Politische Vierteljahresschrift, 42. Jg., 4/2001
- Münkler, Herfried (2002): Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg
- Münkler, Herfried (2004a): Alte Hegemonie und neue Kriege. Herfried Münkler und Dieter Senghaas im Streitgespräch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2004
- Münkler, Herfried (2004b): Europas imperiale Herausforderung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2004
- Münkler, Herfried (2005): Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin
- Murphy, R. Taggart (2006): East Asia's Dollars, in: New Left Review, II, 40/2006
- Murray, Robin (1974): Der Nationalstaat und die Internationalisierung des Kapitals, in: Kreye, Otto (Hg.) (1974): Multinationale Konzerne. Entwicklungstendenzen im kapitalistischen System, München
- Nachtwey, Oliver (2005): Weltmarkt und Imperialismus – Zur Entstehungsgeschichte der klassischen marxistischen Imperialismustheorie, Köln
- Narr, Wolf-Dieter / Schubert, Alexander (1994): Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/Main
- Naughton, Barry (Hg.) (1997): The China Circle. Economics and Electronics in the PRC, Taiwan, and Hong Kong, Washington
- Neale, Jonathan (2004): Der amerikanische Krieg. Vietnam 1960-1975, Bremen
- Negri, Antonio (1984): Marx beyond Marx. Lessons on the Grundrisse, South Hadley
- Negri, Antonio (1996): Anmerkungen über die Entwicklung des Denkens beim späten Althusser, in: <http://www.episteme.de/Negri.htm> (Zugriff am 08.02.2002)
- Negri, Antonio (2001): Empire – das höchste Stadium des Kapitalismus, in: Le Monde Diplomatique, 1/2001
- Negri, Antonio / Hardt, Michael (1997): Die Arbeit des Dionysos. Materialistische Staatskritik in der Postmoderne, Berlin
- Negri, Antonio / Hardt, Michael (2002): Empire – Die neue Weltordnung, Frankfurt/New York
- Negri, Antonio / Hardt, Michael (2004): Multitude – Krieg und Demokratie im Empire, Frankfurt/New York
- Negt, Oskar (1975): 10 Thesen zur marxistischen Rechtstheorie, in: Rottleuthner, Hubert (Hg.) (1975): Probleme der marxistischen Rechtstheorie, Frankfurt/Main
- Neumann, Franz (1967a): Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft, in: Ders. (1967): Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt/Wien

- Neumann, Franz (1967b): Zum Begriff der politischen Freiheit, in: Ders. (1967): Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt/Wien
- Neumann, Franz (1977): Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Frankfurt/Main
- Neusüss, Christel (1972): Imperialismus und Weltmarktbevogung des Kapitals, Erlangen
- Neusüss, Christel / Blanke, Bernhard / Altvater, Elmar (1971): Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise, in: Prokla, 1/1971
- Niess, Frank (1973): Imperialismustheorie und politische Ökonomie der armen Welt, in: Politische Vierteljahreszeitschrift, 3/1973
- Niskanen, William A. (1990): Foreword: The Political Economy of U.S. Defense, in: Higgs, Robert (Hg.) (1990): Arms, Politics and the Economy. Historical and Contemporary Perspectives, New York/London
- Nolan, Peter (2004): Transforming China. Globalization, Transition and Development, London
- Nolan, Peter / Jin, Zhang (2004): The Challenge of Globalization for Large Chinese Firms, in: Nolan, Peter (2004): Transforming China. Globalization, Transition and Development, London
- Nölke, Andreas (2003): Weltsystemtheorie, in: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hg.) (2003): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen
- Nolte, Hans-Heinrich (1982): Militarismus in der sowjetischen Gesellschaft und internationaler Rüstungswettlauf, in: Das Argument, 131/1982
- Nove, Alec (1980): The Soviet Economy: Problems and Prospects, in: New Left Review, 119/1980
- Nye, Joseph (2003): Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht, Hamburg
- O'Brien, Patrick (1999): Imperialism and the Rise and Decline of the British Economy, 1688-1989, in: New Left Review, 238/1999
- O'Brien, Patrick (2003): The Myth of Anglophone Succession. From British Primacy to American Hegemony, in: New Left Review, II, 24/2003
- O'Connor, James (1976): Die Bedeutung des ökonomischen Imperialismus, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1976): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt/Main
- Offe, Claus / Ronge, Volker (1976): Thesen zur Begründung des Konzepts des „kapitalistischen Staates“ und zur materialistischen Politikforschung, in: Pozzoli, Claudio (Hg.) (1976): Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns. Zehn Thesen, Frankfurt/Main
- Olle, Werner / Schoeller, Wolfgang (1977): Weltmarkt, nationale Kapitalreproduktion und Rolle des Nationalstaats, in: Brandes, Volkhard (Hg.) (1977): Staat. Politische Ökonomie: Handbuch 5, Frankfurt/Main
- Paech, Norman (2003): Aktionsfeld Weltinnenpolitik. Völkerrechtliche Grundlagen einer Global Governance, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 3/2003
- Palma, Gabriel (1981): Dependency and Development: A Critical Overview, in: Seers, Dudley (Hg.) (1981): Dependency Theory. A Critical Reassessment, London
- Panitch, Leo (1998): Die Verarmung der Staatstheorie, in: Görg, Christoph / Roth, Roland (Hg.) (1998), Kein Staat zu machen, Münster
- Panitch, Leo (2000): The new imperial State, in: New Left Review, II, 2/2000

- Panitch, Leo (2002): Neuer Imperialismus – Neue Imperialismustheorie, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, 52/2002
- Panitch, Leo / Gindin, Sam (2002): „Schätze und Schund“. Eine Rezension zu Empire von Michael Hardt und Antonio Negri, in: Ränkeschmiede. Texte zur Internationalen ArbeiterInnenbewegung, Offenbach
- Panitch, Leo / Gindin, Sam (2003): Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus, in: Beckmann, Martin / Bieling, Hans-Jürgen / Deppe, Frank (Hg.) (2003): „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie, Hamburg
- Panitch, Leo / Gindin, Sam (2004a): Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium, Hamburg
- Panitch, Leo / Gindin, Sam (2004b): Finance and American Empire, in: Panitch, Leo / Leys, Colin (Hg.) (2004): Socialist Register 2005, The Empire Reloaded, London/New York/Halifax
- Parvus [A. Helphand] (1896): Der Weltmarkt und die Agrarkrisis, in: Die Neue Zeit, 14. Jg., Bd. 1, Stuttgart
- Parvus [A. Helphand] (1900/01): Die Industriezölle und der Weltmarkt, in: Die Neue Zeit, 18. Jg., Bd. 1, Stuttgart
- Paschukanis, Eugen (1966): Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, Frankfurt/Main
- Patnaik, Prabhat (2000): Whatever happened to Imperialism?, in: Chilcote, Ronald H. (Hg.) (2000): Imperialism. Theoretical directions, New York
- Petras, James / Veltmeyer, Henry (2001): Globalization Unmasked. Imperialism in the 21st Century, London/New York
- Petras, James / Veltmeyer, Henry / Vasapollo, Luciano / Casadio, Mauro (2005): Empire with Imperialism. The Globalizing Dynamics of Neo-liberal Capitalism, London/New York
- Petrowsky, Werner (1971): Zur Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus nach 1945, in: Prokla, 1/71
- Pfaff, William (2007): Manifest Destiny: A New Direction for America, in: The New York Review of Books, Vol. 54, 2/2007
- Pflüger, Tobias (2006): Europäische Geopolitik: Die EU, die Türkei und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, in: Pflüger, Tobias / Wagner, Jürgen (Hg.) (2006): Welt-Macht EUropa. Auf dem Weg in weltweite Kriege, Hamburg
- Pflüger, Tobias / Wagner, Jürgen (2006): Welt-Macht EUropa. Auf dem Weg in weltweite Kriege, Hamburg
- Picciotto, Sol (1993): Die Krise des internationalen Staats, in: Prokla, 90/1993
- Pivetti, Massimo (1994): Effective Demand, 'Marxo-Marginalism' and the Economics of Military Spending: A Rejoinder, in: Cambridge Journal of Economics, 18/1994
- Polanyi, Karl (1973): Der Hundertjährige Frieden, in: Krippendorff, Ekkehard (Hg.) (1973): Internationale Beziehungen, Köln
- Polanyi, Karl (1977): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Wien
- Polanyi, Karl (2003): Markstein 1935, in: Polanyi, Karl (2003): Chronik der großen Transformation. Artikel und Aufsätze (1920-1945), Band 2: Die internationale Politik zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg
- Pollack, Mark A. (2003): Unilateral America, multilateral Europe?, in: Peterson, John / Pollack, Mark A. (Hg.) (2003): Europe, America, Bush. Transatlantic relations in the twenty-first century, London/New York

- Pollock, Friedrich (1975a): Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?, in: Dubiel, Helmut (Hg.) (1975): Friedrich Pollock. Studien des Kapitalismus, München
- Pollock, Friedrich (1975b): Staatskapitalismus, in: Dubiel, Helmut (Hg.) (1975): Friedrich Pollock. Studien des Kapitalismus, München
- Poulantzas, Nicos (1972): Aus Anlass der marxistischen Rechtstheorie, in: Reich, Norbert (Hg.) (1972): Marxistische und sozialistische Rechtstheorie, Frankfurt/Main
- Poulantzas, Nicos (1974): Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt/Main
- Poulantzas, Nicos (1977): Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien, Frankfurt/Main
- Poulantzas, Nicos (1980): Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt/Main
- Poulantzas, Nicos (2001): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat, in: Hirsch, Joachim / Jessop, Bob / Poulantzas, Nicos (2001): Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung, Hamburg
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg
- Pouliot, Vincent (2006): The Alive and Well Transatlantic Security Community: A Theoretical Reply to Michael Cox, in: European Journal of International Relations, Vol. 12, 1/2006
- Priewe, Jan (2005): Chinas rätselhaftes Wachstum, in: Intervention. Zeitschrift für Ökonomie, Jg. 2, 2/2005
- Pryor, Frederick (2002): Quantitative notes on the extent of governmental regulations in various OECD nations, in: International Journal of Industrial Relations, Vol. 20, 5/2002
- Quadrennial Defense Review 2006, hg. vom Amerikanischen Verteidigungsministerium, in: <http://www.defenselink.mil/qdr/report/Report20060203.pdf> (Zugriff am 15.10.06)
- Randeria, Shalini (2003): Transnationalisierung des Rechts. Zur Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure, in: <http://www.wz-berlin.de/publikation/pdf/wm101/19.pdf> (Zugriff am 15.3.2006)
- Rashid, Ahmed (2002): Heiliger Krieg am Hindukusch. Der Kampf um Macht und Glauben in Zentralasien, München
- Ravenhill, John (2005): Regionalism, in: Ravenhill, John (2005) (Hg.): Global Political Economy, Oxford
- Reinhard, Wolfgang (Hg.) (1991): Imperialistische Kontinuität und nationale Ungeduld im 19. Jahrhundert, Frankfurt/Main
- Reiter, Erich (2005): Die Sicherheitsstrategie der EU, in: Jäger, Thomas / Höse, Alexander / Oppermann, Kai (Hg.) (2005): Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA. Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik, Baden-Baden
- Rennstich, Joachim (2002): A New, Globalized E-conomy? Trends, International Content, and Performance among the World's largest Corporations, in: http://www.isanet.org/noarchive/ISA02_MNC_Rennstich.pdf (Zugriff am 27.6.06)
- Rennstich, Joachim (2003): War in the Digital Age: Informational Power, Geopolitics, and the Fifth Dimension, in: http://www.longtermchange.net/jkr/pdfs/JKR03-War_Digital_Age.pdf (Zugriff am 13.4.06)
- Resnick, Stephen A. / Wolff, Richard D. (1989): Knowledge and Class. A Marxian Critique of Political Economy, Chicago/London
- Resnick, Stephen A. / Wolff, Richard D. (1995): The End of the USSR: A Marxian Class Analysis, in: Callari, Antonio / Cullenberg, Stephen / Biewener, Carole (Hg.) (1995): Marxism in the Postmodern Age: Confronting the New World Order, New York

Rice, Condoleezza (2000): Campaign 2000: Promoting the National Interest, in: Foreign Affairs, Vol. 79, 1/2000, in: <http://www.foreignaffairs.org/20000101faessay5-p10/condoleezza-rice/campaign-2000-promoting-the-national-interest.html> (Zugriff am 15.10.06)

Rice, Condoleezza (2002): Remarks by National Security Advisor Condoleezza Rice on Terrorism and Foreign Policy, Johns Hopkins University, Washington, D.C., in: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/04/20020429-9.html> (Zugriff am 14.2.06)

Riemer, Andrea K. / Hauser, Gunter (2005): Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA und die Europäische Sicherheitsstrategie: Ein Vergleich des Unvergleichbaren, in: Jäger, Thomas / Höse, Alexander / Oppermann, Kai (Hg.) (2005): Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA. Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik, Baden-Baden

Rilling, Rainer (2004): Starke Politik: Der Machtkörper des neuimperialen Projekts in den USA, in: Krysmanski, Hans Jürgen (2004): Hirten & Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen – oder: Einladung zum Power Structure Research, Münster

Risse, Thomas (2002): U.S. Power in a Liberal Security Community, in: Ikenberry, John G. (Hg.): America Unrivaled: The Future of the Balance of Power, Ithaca/London

Risse, Thomas (2006): The End of the West? Conclusions (Draft), in: http://www.atasp.de/downloads/conclusions_tr.pdf (Zugriff am 6.9.06); in: Anderson, Jeffrey / Ikenberry, John G. / Risse, Thomas (Hg.): The End of the West? Exploring the Deep Structure of the Transatlantic Order (im Erscheinen)

Ritschl, Albrecht / Wolf, Nikolaus (2002): The Russian Disease: Trade Blocs and Currency Blocs in the Inter-War Period and Their Effects on International Trade, Beitrag anlässlich des 44. Deutschen Historikertags in Halle 2002, in: <http://www.uni-tuebingen.de/uni/wwl/ritschlgravity.pdf> (Zugriff am 28.2.2006)

Ritsert, Jürgen (2000): Gesellschaft. Ein unergründlicher Grundbegriff der Soziologie, Frankfurt/New York

Rittberger, Volker (Hg.) (1990): Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Opladen

Rittberger, Volker (1995): Über die Friedensleistung internationaler Regime, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1995): Den Frieden denken, Frankfurt/Main

Rittberger, Volker / Hummel, Hartwig (1990): Die Disziplin 'Internationale Beziehungen' im deutschsprachigen Raum auf der Suche nach ihrer Identität: Entwicklung und Perspektiven, in: Rittberger, Volker (Hg.) (1990): Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Opladen

Rittberger, Volker / Zangl, Bernhard (2003): Internationale Organisationen – Politik und Geschichte, Opladen

Robinson, Ronald / Gallagher, John (1970): Der Imperialismus des Freihandels, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.) (1970): Imperialismus, Köln

Robinson, William I. (2002): Capitalist globalization and the transnationalization of the state, in: Rupert, Mark / Smith, Hazel (Hg.) (2002): Historical Materialism and Globalization, London/New York

Robinson, William I. / Harris, Jerry (2000): Towards a Global Ruling Class? Globalization and the Transnational Capitalist Class, in: Science & Society, Vol. 64, 1/2000

Rödel, Ulrich (1972): Forschungsprioritäten und technologische Entwicklung, Frankfurt/Main

Rödel, Ulrich (1974): Die Verschärfung der internationalen Kapitalkonkurrenz, in: Brandes, Volkhard (Hg.) (1974): Handbuch 1 – Perspektiven des Kapitalismus, Frankfurt/Köln

- Rödel, Ulrich (1997): Von der Totalitarismustheorie zur Demokratietheorie. Claude Lefort und Cornelius Castoriadis, in: Söllner, Alfons / Walkenhaus, Ralf / Wieland, Karin (Hg.) (1997): Totalitarismus: Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin
- Röpke, Wilhelm (1945): Internationale Ordnung, Zürich
- Rosecrance, Richard (2001): Das globale Dorf. New Economy und das Ende des Nationalstaats, Düsseldorf
- Rosenberg, Justin (1994): The Empire of Civil Society: A Critique of the Realist Theory of International Relations, London/New York
- Rosenberg, Justin (2000): The Follies of Globalisation Theory, London/New York
- Rosenberg, Justin (2005): Globalization Theory: a Post Mortem, in: International Politics, 42/2005
- Rosenberg, Justin (2006): Why is There No International Historical Sociology? in: European Journal of International Relations, Vol. 12, 3/2006
- Rostow, Walt Whitman (1960): Stadien des wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen
- Röttger, Bernd (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Münster
- Rowthorn, Robert E. (1971a): Die Bedeutung des Staates im modernen Kapitalismus, in: Kapitalismus in den siebziger Jahren, Referate vom Kongress in Tilburg im September 1970, Frankfurt/Wien
- Rowthorn, Robert E. (1971b): Imperialism in the 1970s – Unity or Rivalry?, in: New Left Review, 69/1971
- Ruf, Werner (2006): Barbarisierung der Anderen – Barbarisierung des Wir, in: Utopie kreativ, 185/2006
- Rugman, Alan M. / Verbeke, Alain (2004): Regional and Global Strategies of Multinational Enterprises, in: Journal of International Business Studies, Vol. 35, 1/2004
- Rugman, Alan M. / Collinson, Simon (2005): Multinational Enterprises in the New Europe: Are They Really Global?, in: Organizational Dynamics, Vol. 34, 3/2005
- Ruigrok, Winfried (2004): Das multinationale Unternehmen im Zeitalter der Globalisierung, in: Baudenbacher, Carl (Hg.) (2004): Internationales und Europäisches Wirtschaftsrecht, Band 1, St. Gallen
- Ruigrok, Winfried (2005): Multinational Corporations in the Global Economy, in: Stubbs, Richard / Underhill, Geoffrey R.D. (Hg.) (2005): Political economy and the changing global order, Oxford
- Ruloff, Dieter (1990): Theorien der Ost-West-Beziehungen, in: Rittberger, Volker (Hg.) (1990): Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Opladen
- Rupert, Mark / Smith, Hazel (Hg.) (2002): Historical Materialism and Globalization, London/New York
- Sablowski, Thomas (2003): Bilanz(en) des Wertpapierkapitalismus. Deregulierung, Shareholder Value, Bilanzskandale, in: Prokla, 131/2003
- Sablowski, Thomas / Alnasseri, Sabah (2001): Auf dem Weg zu einem finanzgetriebenen Akkumulationsregime?, in: Candeias, Mario / Deppe, Frank (Hg.) (2001): Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime – Shareholder Society – Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie, Hamburg
- Sablowski, Thomas / Rupp, Joachim (2001): Die neue Ökonomie des Shareholder Value, in: Prokla, 122/2001
- Said, Edward (1994): Kultur und Imperialismus. Einbildungskraft und Politik im Zeitalter der Macht, Frankfurt/Main

- Sandleben, Guenther (2003): Nationalökonomie & Staat. Zur Kritik des Finanzkapitals, Hamburg
- Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte, Frankfurt / New York
- Sauer, Birgit (2002): Gewalt, Staat und Geschlecht, in: Transit, 23/2002
- Sauer, Birgit (2003): Die Internationalisierung von Staatlichkeit. Geschlechterpolitische Perspektiven, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 51. Jg., 4/2003
- Sayer, Andrew / Walker, Richard (1992): The New Social Economy. Reworking the Social Division of Labor, Cambridge, Mass./Oxford
- Schieder, Siegfried (2003): Neuer Liberalismus, in: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hg.) (2003): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen
- Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hg.) (2003): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen
- Schimank, Uwe / Werle, Raymund (2000): Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit, in: Werle, Raymund / Schimank, Uwe (Hg.) (2000): Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit, Frankfurt/New York
- Schimank, Uwe (2005): Weltgesellschaft und Nationalgesellschaften: Funktionen von Staatsgrenzen, in: Heintz, Bettina / Münch, Richard / Tyrell, Hartmann (Hg.) (2005): Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen, in: Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft 1/2005
- Schlichte, Klaus (2006): Neue Kriege oder alte Thesen? Wirklichkeit und Repräsentation kriegerischer Gewalt in der Politikwissenschaft, in: Geis, Anna (Hg.) (2006a): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, Baden-Baden
- Schlögel, Karl (2006): Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik, Frankfurt/Main
- Schlupp, Frieder / Nour, Salua / Junne, Gerd (1973): Zur Theorie und Ideologie internationaler Interdependenz, in: Gantzel, Klaus Jürgen (1973): Internationale Beziehungen als System, Opladen
- Schmalz, Stefan (2006): Die Bedeutung der Zahl: Gedankenexperimente zur Rolle der BRIC-Staaten in der Weltwirtschaft, in: Z. – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 67/2006
- Schmidt, Alfred (1973): Imperialismus-Forschung, in: Leviathan, 4/1973
- Schmidt, Dorothea (2002): Kleinwaffen in „alten“ und „neuen“ Kriegen“, in: Prokla, 127/2002
- Schmidt, Ingo (2005): Transatlantische Währungskonkurrenz, in: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m8104b.pdf#search=%22Ingo%20Schmidt%20Transatlantische%20W%C3%A4hrungskonkurrenz%22> (Zugriff am 2.2.2006)
- Schmiede, Rudi (1973): Grundprobleme der Marx'schen Akkumulations- und Krisentheorie, Frankfurt/Main
- Schmiederer, Ursula: Systemkonkurrenz als Strukturprinzip der internationalen Politik, in: Gantzel, Klaus Jürgen (1973): Internationale Beziehungen als System, Opladen
- Schmierer, Hans-Gerhart (1981): Triebkräfte des sowjetischen Sozialimperialismus, in: Kommunismus und Klassenkampf, 9. Jg., 9/1981
- Schöllgen, Gregor (1986): Das Zeitalter des Imperialismus, München
- Schörnig, Niklas (2003): Neorealismus, in: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hg.) (2003): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen

- Schröder, Hans-Christoph (1970): Hobsons Imperialismustheorie, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.) (1970): Imperialismus, Köln
- Schumpeter, Joseph A. (1953): Zur Soziologie der Imperialismen, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 46, Tübingen in: Ders. (1953): Aufsätze zur Soziologie, Tübingen
- Schweitzer, Christine / Aust, Björn / Schlotter, Peter (Hg.) (2004): Demokratien im Krieg, Baden-Baden
- Seers, Dudley (Hg.) (1981): Dependency Theory. A Critical Reassessment, London
- Senghaas, Dieter (1972): Rüstung und Militarismus, Frankfurt/Main
- Senghaas, Dieter (Hg.) (1973): Friedensforschung und Gesellschaftskritik, Frankfurt/Main
- Senghaas, Dieter (1974): Elemente einer Theorie des peripheren Kapitalismus (Vorwort), in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1974): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt/Main
- Senghaas, Dieter (Hg.) (1976): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt/Main
- Senghaas, Dieter (Hg.) (1977): Kritische Friedensforschung, Frankfurt/Main
- Senghaas, Dieter (Hg.) (1979): Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt/Main
- Senghaas, Dieter (1988): Konfliktformationen im internationalen System, Frankfurt/Main
- Senghaas, Dieter (1995): Frieden als Zivilisierungsprojekt, in: Ders. (Hg.) (1995): Den Frieden denken, Frankfurt/Main
- Senghaas, Dieter (1997): Frieden – Ein mehrfaches Komplexprogramm, in: Ders. (Hg.) (1997): Frieden machen, Frankfurt/Main
- Senghaas, Dieter (2003a): Die Konstitution der Welt – eine Analyse in friedenspolitischer Absicht, in: Leviathan, 1/2003
- Senghaas, Dieter (2003b): War der Kalte Krieg ein Krieg? Realitäten, Phantasien, Paradoxien, in: Leviathan, 3/2003
- Serfati, Claude (2004): Militarismus: der bewaffnete Arm der Globalisierung, in: Zeller, Christian (Hg.) (2004): Die globale Enteignungsökonomie, Münster
- Shaw, Martin (1989): Ideen über Krieg und Militarisierung in der Gesellschaftstheorie des späten zwanzigsten Jahrhunderts, in: Joas, Hans / Steiner, Helmut (1989) (Hg.): Machtpolitischer Realismus und pazifistische Utopie, Frankfurt/Main
- Shaw, Martin (2000): Leo Panitch, The New Imperial State. Reply to article in New Left Review 2, 2000, in: <http://www.sussex.ac.uk/Users/hafa3/panitch.htm> (Zugriff am 12.6.2004)
- Shaw, Martin (2001): The Problem of the Quasi-Imperial State: Uses and Abuses of Anti-Imperialism in the Global Era, in: <http://www.martinshaw.org/empire.htm> (Zugriff am 12.6.2004)
- Shaw, Martin (2002): Theory of the Global State: Globality as Unfinished Revolution, Cambridge
- Siegel, Tilla (1980): Kapitalismus als Weltsystem – Methodische Probleme einer marxistischen Analyse des Weltmarktes, Frankfurt/New York
- Siegelberg, Jens (1994): Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft, Münster/Hamburg

Siegelberg, Jens (2000): Staat und internationales System – ein strukturgeschichtlicher Überblick, in: Siegelberg, Jens / Schlichte, Klaus (Hg.) (2000): Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden, Wiesbaden

SIPRI Yearbook 2005. Armaments, Disarmament and International Security, in: <http://yearbook2005.sipri.org> (Zugriff am 20.12.05)

Skidelsky, Robert (2005): The Chinese Shadow, in: The New York Review of Books, Vol. 52, 18/2005

Sklair, Leslie (2002): Globalization. Capitalism and its Alternatives, Oxford

Smith, Neil (2005): The Endgame of Globalization, London/New York

Smith, Ron / Dunne, Paul (1994): Is Military Spending a Burden? A 'Marxo-Marginalist Response to Pivetti, in: Cambridge Journal of Economics, 18/1994

Smith, Tony (2006): Globalisation. A Systematic Marxian Account, Leiden/Boston

Sohn-Rethel, Alfred (1973): Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen, Frankfurt/Main

Solga, Heike (2001): Aspekte der Klassenstruktur in der DDR in den siebziger und achtziger Jahren und die Stellung der Arbeiterklasse, in: Hürtgen, Renate / Reichel, Thomas (Hg.) (2001): Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin

Sombart, Werner (1913): Der Bourgeois. Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen, München/Leipzig

Sombart, Werner (1921): Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, 1. Band, 1. Hb., München/Leipzig

Sombart, Werner (1922): Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Band, 1. Hb., München/Leipzig

Sozialistische Studiengruppen (SOST) (1981): Kapitalistische Weltwirtschaft, Hamburg

Speck, Ulrich / Sznajder, Natan (Hg.) (2003): Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung, München

Spohn, Willfried (1975): Die technologische Abhängigkeit der Sowjetunion vom Weltmarkt, in: Prokla, 19/20/21

Steiner, Helmut (1989): Krieg, Frieden und internationale Beziehungen bei Karl Marx und Friedrich Engels, in: Joas, Hans / Steiner, Helmut (Hg.) (1989): Machtpolitischer Realismus und pazifistische Utopie, Frankfurt/Main

Steinhilber, Jochen (2006): Öl für China: Pekings Strategien der Energiesicherung in Nahost und Nordafrika, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 4/2006

Sternberg, Fritz (1971): Der Imperialismus, Frankfurt/Main

Storper, Michael / Walker, Richard (1989): The Capitalist Imperative. Territory, Technology and Industrial Growth, Oxford/New York

Strachey, John (1959): The End of Empire, London

Strange, Susan (1989): Toward a Theory of Transnational Empire, in: Czempiel, Ernst-Otto / Rosenau, James N. (Hg.) (1989): Global Changes and Theoretical Challenges. Approaches to World Politics for the 1990s, Massachusetts/Toronto

Strange, Susan (1994): States and Markets, London/New York

Sutcliffe, Bob (2002): How many capitalisms? Historical materialism in the debates about imperialism and globalization, in: Rupert, Mark / Smith, Hazel (Hg.) (2002): Historical Materialism and Globalization, London/New York

Sweezy, Paul (1970): Die Zukunft des Kapitalismus und andere politische Aufsätze, Frankfurt/Main

Sweezy, Paul (1984): Eine Kritik, in: Sweezy, Paul / Dobb, Maurice / Kohachiro, Takahashi / Hilton, Rodney / Hill, Christopher / Lefebvre, Georges / Procacci, Giuliano / Hobsbawm, Eric / Merrington, John (1984): Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, Frankfurt/Main

Swyngedouw, Erik (1997): Neither Global nor Local: „Glocalization“ and the Politics of Scale, in: Cox, Kevin (Hg.) (1997): Spaces of Globalization. Reasserting the Power of the Local, New York/London

Swyngedouw, Erik (2004): Globalisation or 'Glocalisation'? Networks, Territories and Re-Scaling, in: Cambridge Review of International Affairs, Vol. 17, 1/2004

ten Brink, Tobias (2004): VordenkerInnen der globalisierungskritischen Bewegung. Pierre Bourdieu, Susan George, Antonio Negri, Köln

ten Brink, Tobias (2006): Globalisierte Widersprüche. Die blockierte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, in: Hawel, Markus / Kritidis, Gregor (Hg.) (2006): Aufschrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt, Hannover

ten Brink, Tobias / Nachtwey, Oliver (2004): Die klassische marxistische Imperialismustheorie: Noch relevant?, in: Gerlach, Olaf / Kalmring, Stefan / Kunitz, Daniel / Nowak, Andreas (Hg.) (2004): Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie, Frankfurt

ten Brink, Tobias / Nachtwey, Oliver (2007): Lost in Transition. The German World Market Debate in the 1970s, in: Historical Materialism. Research in Critical Marxist Theory, Vol. 15 (im Erscheinen)

Teschke, Benno (2001): Geopolitik, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 5, Hamburg

Teschke, Benno (2003): The Myth of 1648. Class, Geopolitics and the Making of Modern International Relations, London

Teschke, Benno (2005): Bürgerliche Revolution, Staatsbildung und die Abwesenheit des Internationalen, in: Prokla, 141/2005

Teschke, Benno (2006): Imperial Doxa from the Berlin Republic, in: New Left Review, II, 40/2006

Teschke, Benno / Heine, Christian (2002): The dialectic of globalisation: A critique of Social Constructivism, in: Rupert, Mark / Smith, Hazel (Hg.) (2002): Historical Materialism and Globalization, London/New York

Teubner, Gunther (1996): Globale Bukowina. Zur Emergenz eines transnationalen Rechtspluralismus, in: Rechtshistorisches Journal, 15/1996, hier: http://www.jura.uni-frankfurt.de/fb/fb01/ifawz1/teubner/dokumente/BUKOWINA_DT.pdf (Zugriff am 15.3.1006)

Theiler, Olaf (2003): Die NATO im Umbruch. Bündnisreform im Spannungsfeld konkurrierender Nationalinteressen, Baden-Baden

Thompson, Edward P. (1981): Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation, in: Das Argument, 127/1981

- Thompson, Grahame (2005): Is the future "regional" for global standards?, in: Environment and Planning A, Vol. 37, No. 11
- Trotzki, Leo (1969): Die permanente Revolution, in: Trotzki, Leo (1969): Ergebnisse und Perspektiven; Die permanente Revolution, Frankfurt/Main
- Trotzki, Leo (1972): Wohin treibt England?; Europa und Amerika, Berlin
- Trotzki, Leo (1973): Geschichte der russischen Revolution, Erster Teil: Februarrevolution, Frankfurt/Main
- UNCTAD (2004): World Investment Report 2004. The Shift Towards Services, New York/Genf
- UNCTAD (2005): World Investment Report 2005. Transnational Corporations and the Internationalization of R&D, New York/Genf
- van Apeldoorn, Bastiaan (2000): Transnationale Klassen und Europäisches Regieren: Der European Roundtable of Industrialists, in: Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hg.) (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster
- van der Pijl, Kees (1996): Vordenker der Weltpolitik. Einführung in die internationale Politik aus ideengeschichtlicher Perspektive, Opladen
- van der Pijl, Kees (1998): Internationale Klassenverhältnisse, in: Bader, Veit M. / Benschop, Albert / Krätke, Michael R. / van Treeck, Werner (Hg.) (1998): Die Wiederentdeckung der Klassen, Hamburg/Berlin
- van der Pijl, Kees (2001): Die nationalen Grenzen der transnationalen Bourgeoisie. Oder: Wer sonst wird eine global integrierte Welt herbeiführen?, in: Bieling, Hans-Jürgen / Dörre, Klaus / Steinhilber, Jochen / Urban, Hans-Jürgen (Hg.) (2001): Flexibler Kapitalismus. Analyse, Kritik und politische Praxis, Hamburg
- van der Pijl, Kees (2003): Structures of Determination in Contemporary Global Change. Modes of Production and Modes of Foreign Relations, Paper for the Conference on Regulation, Paris, in: http://webu2.upmf-grenoble.fr/regulation/Forum/Forum_2003/Forumpdf/RR_Van_der_Pijl.pdf (Zugriff am 14.10.2006)
- van der Pijl, Kees (2006): Global Rivalries from the Cold War to Iraq, London
- Varga, Eugen (1930): Akkumulation und Zusammenbruch des Kapitalismus, in: Unter dem Banner des Marxismus, 4. Jg., 1930, Wien/Berlin
- Varga, Eugen (1974): Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt/Main
- Varwick, Johannes / Woyke, Wichard (1999): NATO 2000. Transatlantische Sicherheit im Wandel, Opladen
- Vilmar, Fritz (1965): Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt/Main
- Vilmar, Fritz (1973): Ursachen und Wandlungen des modernen Imperialismus, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1973): Friedensforschung und Gesellschaftskritik, Frankfurt/Main
- von Braunmühl, Claudia (1973): Weltmarktbeugung des Kapitals, Imperialismus und Staat, in: von Braunmühl, Claudia / Funken, Klaus / Cogoy, Mario / Hirsch, Joachim (1973): Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt/Main
- von Braunmühl, Claudia (1974): Kapitalakkumulation im Weltzusammenhang. Zum methodischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Nationalstaats, in: Backhaus, Hans-Georg u.a. (Hg.) (1974): Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 1, Frankfurt/Main
- von Braunmühl, Claudia (1976): Die nationalstaatliche Organisiertheit der bürgerlichen Gesellschaft. Ansatz zu einer historischen und systematischen Untersuchung, in: Backhaus, Hans-Georg u.a. (Hg.) (1976): Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, Frankfurt/Main

- Wade, Robert Hunter (2005): Über die Gründe global zunehmender Armut und Ungleichheit – oder warum der ‚Matthäus Effekt‘ vorherrscht, in: *Prokla*, 139/2005
- Walker, R.B.J. (1993): *Inside/Outside. International Relations as Political Theory*, Cambridge
- Wallerstein, Immanuel (1979): Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1979): *Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*, Frankfurt/Main
- Wallerstein, Immanuel (1986): *Das moderne Weltsystem – Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert*, Frankfurt/Main
- Wallerstein, Immanuel (2002): *Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts*, Wien
- Wallerstein, Immanuel (2004): *Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht*, Hamburg
- Waltz, Kenneth (1979): *Theory of International Politics*, Reading/Massachusetts
- Warren, Bill (1980): *Imperialism: Pioneer of Capitalism*, London
- Weber, Max (1920a): Vorbemerkung zu: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Weber, Max (1920): *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band I*, Tübingen
- Weber, Max (1920b): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Weber, Max (1920): *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band I*, Tübingen
- Weber, Max (1958): *Wirtschaftsgeschichte. Abriss der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Berlin
- Weber, Max (1964): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 2. Hb.*, Köln/Berlin
- Weber, Max (1993): Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, in: Ders. (1993): *Gesamtausgabe. Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik, Abt. 1, Band 4, 2. Halbband*, Tübingen
- Weeks, John (1982): Equilibrium, Uneven Development and the Tendency of the Rate of Profit to Fall, in: *Capital & Class*, 16/1982
- Weeks, John (1997): The law of value and the analysis of underdevelopment, in: *Historical Materialism. Research in Critical Marxist Theory, Vol. 1, 1/1997*
- Weeks, John (2001): The Expansion of Capital and Uneven Development on a World Scale, in: *Capital & Class*, 74/2001
- Wehler, Hans-Ulrich (1970): Einleitung, in: Wehler, Hans-Ulrich (1970) (Hg.): *Imperialismus*, Köln
- Wehler, Hans-Ulrich (1984): *Bismarck und der Imperialismus*, Frankfurt/Main
- Wehler, Hans-Ulrich (2000): Nationalstaat und Krieg, in: Rösener, Werner (Hg.) (2000): *Staat und Krieg, Vom Mittelalter bis zur Moderne*, Göttingen
- Wendt, Alexander (2003): Why a World State is Inevitable, in: *European Journal of International Relations*, Vol. 9, 4/2003
- Werle, Raymund / Schimank, Uwe (Hg.) (2000): *Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit*, Frankfurt/New York
- Westra, Richard (2001): Phases of Capitalism and Post-Capitalist Social Change, in: Albritton, Robert / Itoh, Makoto / Westra, Richard / Zuege, Alan (Hg.) (2001): *Phases of Capitalist Development. Booms, Crises and Globalizations*, Houndmills/Basingstoke/Hampshire

- Weyland, Petra (2004): Zur Konstruktion eines Feindes: Der Fall Islam, in: Schweitzer, Christine / Aust, Björn / Schlotter, Peter (Hg.) (2004): Demokratien im Krieg, Baden-Baden
- White, Hugh (2006): Studying strategy today, in: Ayson, Robert / Ball, Desmond (Hg.) (2006): Strategy and Security in the Asia-Pacific, Crows Nest/Australien
- Wickham, Chris (1988): Historical Materialism, Historical Sociology, in: New Left Review, 171/1988
- Williams, Michael C. (2005): What is the National Interest? The Neoconservative Challenge in IR Theory, in: European Journal of International Relations, Vol. 11, 3/2005
- Wirth, Margaret (1973): Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Prokla 8/9, 3/1973
- Wissel, Jens (2007): Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas' Staatstheorie, Baden-Baden (im Erscheinen)
- Wolf, Reinhard (2004): Macht und Recht in der ZIB, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 11. Jg., 2/2004
- Wolfowitz, Paul (1997): Bridging Centuries. Fin de Siècle All Over Again, in: The National Interest, Vol. 76, 47/1997
- Wolff, Richard D. (1976): Der gegenwärtige Imperialismus in der Sicht der Metropole, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1976): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt/Main
- Wood, Ellen Meiksins (2002): Global Capital, national states, in: Rupert, Mark / Smith, Hazel (Hg.) (2002): Historical Materialism and Globalization, London/New York
- Wood, Ellen Meiksins (2003): Empire of Capital, London/New York
- Wright, Erik Olin / Levine, Andrew / Sober, Elliot (1992): Reconstructing Marxism. Essays on Explanation and the Theory of History, London
- Wright, Steve (2000): Negris Klassenanalyse. Die autonomistische italienische Theorie in den siebziger Jahren, in: Das Argument, 235/2000
- Yeung, Henry Wai-chung / Olds, Kris (2000): Globalizing Chinese Business Firms: Where are They Coming From, Where are They Heading?, in: Yeung, Henry Wai-chung / Olds, Kris (Hg.) (2000): Globalization of Chinese Business Firms, New York
- Yom, Sean L. (2002): Power Politics in Central Asia, in: Harvard Asia Quarterly, Vol. 6, 4/2002, in: <http://www.asiaquarterly.com/content/view/full/129/5> (Zugriff am 4.10.06).
- You, Jong-Il (2002): Changing capital-labour relations in South Korea, in: Schor, Juliet / You, Jong-Il (Hg.) (2002): Capital, the State and Labour. A Global Perspective, Cheltenham/Northampton
- Zangl, Bernhard (2006): Das Entstehen internationaler Rechtsstaatlichkeit?, in: Leibfried, Stephan / Zürn, Michael (Hg.) (2006): Transformationen des Staates, Frankfurt/Main
- Zeller, Christian (2004a): Die globale Enteignungsökonomie, in: Zeller, Christian (Hg.) (2004): Die globale Enteignungsökonomie, Münster.
- Zeller, Christian (2004b): Ein neuer Kapitalismus und ein neuer Imperialismus?, in: Zeller, Christian (Hg.) (2004): Die globale Enteignungsökonomie, Münster.
- Ziebura, Gilbert (1972): Interne Faktoren des französischen Hochimperialismus 1871-1914, in: Mommsen, Wolfgang J. (Hg.) (1971): Der moderne Imperialismus, Stuttgart
- Ziemann, Benjamin (Hg.) (2002): Perspektiven der Historischen Friedensforschung, Essen

Ziltener, Patrick (2000): Die Veränderung von Staatlichkeit in Europa – regulations- und staatsrechtliche Überlegungen, in: Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hg.) (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster

Ziltener, Patrick (2002): Ostasiatische oder pazifische Handelsdynamik? Eine Analyse von UNCTAD-Handelsdaten, 1970–2000, MPIfG Working Paper 02/9, in: <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp02-9/wp02-9.html> (Zugriff am 10.8.06)

Ziltener, Patrick (2004): Pazifische Drift. Die APEC zwischen Bi- und Multilateralismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2004

Zintl, Reinhard (1999): Institutionen und gesellschaftliche Integration, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: Soziale Integration, Sonderheft 39/1995

ZK der SED (Hg.) (1971): Der Imperialismus der BRD, Berlin

Zürn, Michael (1994): We Can Do Much Better! Aber muss es auf amerikanisch sein?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 1/1994

Zürn, Michael (1998): Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt/Main

Zürn, Michael (2000): Vom Nationalstaat lernen. Das zivilisatorische Hexagon in der Weltinnenpolitik, in: Menzel, Ulrich (Hg.) (2000): Vom Ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen, Frankfurt/Main

Zürn, Michael (2002): Zu den Merkmalen postnationaler Politik, in: Jachtenfuchs, Markus / Knodt, Michèle (Hg.) (2002): Regieren in internationalen Institutionen, Opladen

Zürn, Michael (2003): Die Entwicklung der Internationalen Beziehungen im deutschsprachigen Raum nach 1989, in: Hellmann, Gunther / Wolf, Klaus Dieter / Zürn, Michael (Hg.) (2003): Die neuen Internationalen Beziehungen – Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden

Zürn, Michael / Zangl, Bernhard (2003): Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation, Frankfurt/Main